# Willy Klages

# Offene Fragen der Geschichte
# Chronik von 1900 bis 1933
# in zwei Bänden
# Band 4/1

Kampf um die Weltherrschaft,
Erster Weltkrieg,
Versailler Friedensverhandlungen,
Gründung der Weimarer Republik,
Gründung der UdSSR,
Faschismus,
Nationalismus und Diktaturen,
Weltwirtschaftskrise,
Hitlers Machtübernahme,
NS-Terrorismus ...

# Offene Fragen der Geschichte
# Chronik von 1900 bis 1919
# Band 4/1


| **Inhaltsverzeichnis Band 4/1** | **Seite** |
|---|---|
| Danksagung und Widmung | 3 |
| Vorbemerkungen | 4-5 |
| Gliederung (im Überblick) | 6-7 |
| Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugen-berichte von 1900 bis 1919 | 7-447 |
| | |
| **Inhaltsverzeichnis Band 4/2** | **Seite** |
| Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugen-berichte von 1920 bis 1933 | 2-446 |
| Anstatt eines Schlußwortes | 447-454 |
| Hinweise für den Leser<br>Quellen- und Literaturnachweis<br>Bildnachweis | 455-462 |

**Danksagung und Widmung**

> Alles wird uns heimgezahlt, wenn auch nicht von denen, welchen wir geborgt haben.
> *Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hugo Andreae, Christian Aschoff, Mees Baaijen, Jörg Baberowski, Matthias Bäkermann, Bruno Bandulet, Jonathan Bartlett, Reinhart Beck, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Gero Bernhardt, Ludwig Biewer, Immanuel Birnbaum, Georg Bluhm, Ehrhardt Bödecker, Justus Burgdorf, Oliver Busch, Georg Bydlinski, Christopher Clark, Robert Conquest, Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, Stèphane Courtois, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Bernhard Dernburg, Karlheinz Deschner, Anselm Doering-Manteuffel, Hans Dollinger, Klaus Dorst, Willy Dreßen, Jost Dülffer, Hans Ebeling, Sven Eggers, Jürgen Eick, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Frank Fabian, Jan von Flocken, Ivo Frenzel, Hans Frevert, Friedrich Georg, Horst Geyer, Hermann Glaser, Paul Gottfried, Hermann Graml, Guido Grandt, Des Griffin, Alfred Grosser, Hilke Günther-Arndt, Johannes Hartmann, Gerhard Hellwig, Rudolf Hemmerle, Frederik Hetmann, Hans Heumann, Werner Hilgemann, Andreas Hillgruber, Birgit Hoffmann, Joachim Hoffmann, Georg Holmsten, Wolfgang Hug, Peter Hüttenberger, Bernhart Jähnig, Oliver Janich, Ernst Johann, Alwin M. Josephy jr., Thomas Jung, Eugen Kaiser, Wanda Kampmann, Alfred Keil, John Maynard Keynes, Hermann Kinder, Jürgen Kocka, Erich Kosthorst, Ekkehard Kuhn, Bernd G. Längin, Rolf Lasius, Bernd Legath, Erik Lehnert, Rüdiger Lenhoff, Gerhard Linne, Jochen Löser, Andreas Lombard, Domenico Losurdo, Wilfried Loth, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Herbert Ludwig, Jim Macgregor, Golo Mann, Peter März, Werner Maser, Karel Meissner, Wolfgang W. Mickel, Horst Möller, Wolfgang J. Mommsen, Cyril Moog, Richard K. Moore, Wolfgang Müller, Martin Müller-Mertens, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Sibylle Obenaus, Herbert Obenhaus, Manfred Overesch, Edmond Paris, Geoffrey Parker, Ron Paul, Wolfgang Petter, Hermann Pfister, Daniell Pföhringer, Karl Ploetz, Walter Post, Brigitte Queck, Martin Rang, Walther Rathenau, Hans Werner Rautenberg, Käthe Recheis, Hubert Recker, Philipp Reclam, Sven Reuth, Werner Ripper, Helmut Roewer, Arthur Rosenberg, Werner Rügemer, Klaus-Jörg Ruhl, Friedrich Wilhelm Saal, Adelheid von Saldern, Thomas Schäfer, Theodor Schieder, Otto Schlisske, Heinz Dieter Schmid, Harald Scholtz, Thorsten Schulte, Gerd Schultze-Rhonhof, Irwin Shapiro, Roland Siegert, Nicolai Starikow, Harald Steffahn, Werner Stein, Gabor Steingart, Alexandra Stiglmayer, Rolf Stolz, Alfred Streim, Antony C. Sutton, Robert H. Tenbrock, Karl Teppe, Klaus Vondung, Patrick Walsh, Karlheinz Weißmann, Dietrich Wellershoff, Bernd-Jürgen Wendt, Berthold Wiegand, Rosemarie Wildermuth, Robert Wistrich, Alfred Maurice de Zayas und Christian Zentner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

## Vorbemerkungen

> Die Freiheit gefällt allen, am meisten aber denen, die den anderen keine lassen wollen.
> *Francesco Guerrazzi (1804-1873, italienischer Schriftsteller)*

Wer unsere gegenwärtige Welt beurteilen und verstehen will, muß zunächst wissen, wie es in früheren Epochen war und wie sich die Menschheitsgeschichte im Laufe der Jahrhunderte entwickelte.
Unsere Eltern, unsere Großeltern und deren Vorfahren starben und auch wir müssen ihnen irgendwann folgen. Was die Zukunft bringt, wissen wir natürlich nicht, aber wir sollten unsere Kinder, Enkel und Urenkel wenigstens über die Vergangenheit informieren und aufklären, damit sie daraus Lehren für die Zukunft ziehen und gefährliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und vermeiden können.
Die Geschichte der Menschheit zeichnete sich leider mehrheitlich nicht durch Nächsten- und Friedensliebe aus, sondern sie wurde in erster Linie durch gewalttätige Handlungen (kriegerische Eroberungen und Gewaltherrschaft) bestimmt. Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Toleranz und andere positive Charaktereigenschaften wurden seit jeher als Dummheit oder Schwäche ausgelegt und gnadenlos ausgenutzt. Schon in der Urzeit erschlugen sich die Menschen gegenseitig, wenn einheimische Sippen oder Stämme ihre überlebenswichtigen Höhlen und Siedlungsräume gegen fremde Eindringlinge verteidigten.
Jeder kämpfte unentwegt gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich spezielle Dinge und Vorteile vor den Konkurrenten zu sichern. Fast jeder suchte nur seinen eigenen Nutzen, damit er seine persönliche Existenz erhalten und seinen materiellen Besitz möglichst fortwährend vergrößern und schützen konnte. In diesem endlosen Existenzkampf setzten sich vor allem der Aggressionstrieb, Hab- und Machtgier, Neid, Trägheit sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.
Wie in der Natur bzw. im Tierreich dominierten grundsätzlich die Starken aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten (Diktatur von Einzelpersonen, Gruppen oder Völkern bzw. Staaten). Je brutaler und skrupelloser die unterworfenen Gegner ausgemerzt, versklavt oder vertrieben wurden, desto erfolgreicher konnten die expandierenden Eindringlinge ihre Machtpositionen erweitern und festigen.
Die Geschichtsschreibung wurde schon immer von den Siegern geprägt, deshalb wurden viele Ereignisse der Weltgeschichte naturgemäß sehr einseitig geschildert und Verbrechen der Gewinner in der Regel ausgeblendet. Die berufsmäßigen Geschichtsschreiber und Historiker berichteten und forschten gewöhnlich nicht im Auftrag einer objektiven historischen Wahrheit, sondern in erster Linie im Dienst der jeweiligen Machthaber. Die meisten Historiker, die als Universitätsprofessoren oder Lehrer ihren Lebensunterhalt verdienten, waren verständlicherweise nicht daran interessiert, ihre Arbeitgeber (Staatsregierungen) zu verärgern und ihre Existenz zu gefährden.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb z.B. über die deutsche Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts (x068/221): >>Die übergroße Mehrheit ihrer Vertreter schrieb zur Kaiserzeit im Sinn des Kaisers und der Monarchie, im Dritten Reich im Sinn Hitlers und der Nazis, danach im Westen (BRD) im Sinn der westlichen, im Osten (DDR) der östlichen Demagogen. So war, so ist es doch.
Aber diese sich gern so szientifisch (wissenschaftlich) gebende, diese scheinbar so behutsam abwägende, in Wirklichkeit freilich jede entschiedene Stellungnahme entschieden verweigernde Geschichtsschreibung ist meist nichts als die bestenfalls gelehrt am Wesentlichen vorbeiredende, ganze Generationen dreist an der Nase herumführende Wissenschaft eines im Grunde korrumpierten Tendenzkartells, das, wenn schon den Mächtigen nicht nach dem

Maul, so doch kaum je scharf zuwiderredet und alles als "unseriös", abtut, was nicht so notorisch-opportunistisch wie es selbst die Geschichte verdreht oder vernebelt, nicht so im Sinne der und des jeweils Tonangebenden sich geriert (benimmt).
Schließlich werden die Professionellen, Geschichtsschreiber und –lehrer, ja auch vom jeweiligen Staat bezahlt. Und wes Brot ich eß, des Lied ich sing.
Oder wie 1947 ... der britische Militärgouverneur General Robertson einprägsam sagte: "He who pays the piper calls the tune" ("Wer bezahlt, darf auch bestimmen") ...<<
Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.
Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch speziell aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Willst du die Weisheit dir erjagen, lerne Wahrheit erst ertragen.
*Sprichwort aus Deutschland*

Die Jahre 1900 bis 1933 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:
Rivalität der imperialistischen Mächte, Kampf um die Weltherrschaft, Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Ende der Zarenherrschaft, Gründung der Weimarer Republik, Versailler Verträge, Entfaltung des Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus, Hitlers Machtübernahme, Errichtung eines gesetzlosen NS-Terrorstaates.
Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.
Die Chronik informiert nicht nur über geschichtliche Ereignisse, sondern sie schildert auch das Leben der Menschen bzw. den täglichen Existenzkampf in den zurückliegenden Jahrhunderten. Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.
Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

**Gliederung (im Überblick):**

| | |
|---|---|
| 01. | **Erster Weltkrieg**<br>- Ostkrieg<br>- Westkrieg<br>-Mittelmächte (Verbündete des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg)<br>-Ententemächte (Gegner der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg) |
| 02. | **Deutsches Reich** (ab 23./24. März 1933 aktiver und passiver Widerstand gegen den NS-Terror)<br>NS-Regime (ab 23./24. März 1933 Errichtung eines gesetzlosen Terrorstaates)<br>- Österreich-Ungarn (bis 1918) |
| 03. | **Nordeuropa**<br>- Dänemark<br>- Norwegen<br>- Schweden<br>- Finnland |
| 04. | **Ostmitteleuropa**<br>- Estland<br>- Lettland<br>- Litauen<br>- Polen<br>- CSR (Ceskoslovenska Republica bzw. Tschechoslowakei, 1918 gegründet) |
| 05. | **Osteuropa**<br>- Ukraine<br>- Rußland (ab 1918 Sowjet-Rußland, seit 1922 UdSSR) |
| 06. | **Südosteuropa**<br>- Ungarn<br>- Serbien (ab 1918 Jugoslawien)<br>- Rumänien<br>- Bulgarien<br>- Albanien<br>- Griechenland<br>- Osmanisches Reich (ab 1923 Republik Türkei) |
| 07. | **Südeuropa**<br>- Italien<br>- Spanien<br>- Portugal |
| 08. | **Westeuropa**<br>- Schweiz<br>- Liechtenstein<br>- Frankreich<br>- Luxemburg<br>- Belgien<br>- Niederlande<br>- Großbritannien (bis 1921 einschließlich Irland)<br>- Irischer Freistaat (1922 gegründet, ohne Nordirland) |

| | |
|---|---|
| 09. | **Amerika**<br>- Kanada<br>- USA<br>- Mittelamerika<br>- Südamerika |
| 10. | **Asien** |
| 11. | **Afrika** |
| 12. | **Australien** |

**Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von 1900 bis 1919**

**1900**

Die Zeit für kleine Politik ist vorbei. Schon das nächste Jahrhundert bringt den Kampf um die Erdherrschaft.
*Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)*

**Deutsches Reich:** Im Jahre 1900 wird das 2. deutsche Flottengesetz verabschiedet. Dieses Flottengesetz strebt bis 1917 eine erhebliche Verstärkung der Kriegsmarine an.
Großadmiral Alfred von Tirpitz begründet die 2. Flottenvorlage folgendermaßen (x056/309, x237/223): >>Unter den gegebenen Umständen gibt es nur ein Mittel, um Deutschland, Handel und Kolonien zu schützen: Deutschland muß eine Flotte von solcher Stärke haben, daß selbst für die größte Flotte ein Krieg mit ihm ein solches Risiko in sich schließen würde, daß ihre eigene Überlegenheit gefährdet wäre. Für diesen Zweck ist es nicht absolut notwendig, daß die deutsche Flotte ebenso groß ist, wie die größte Seemacht, weil in der Regel eine große Seemacht nicht in der Lage sein wird, ihre ganze Kraft gegen uns zu konzentrieren. ...<<
>>... Aber selbst, wenn es ihr gelingen sollte, uns mit überlegenen Kräften entgegenzutreten, würde der Feind durch seine Überwindung des Widerstandes der deutschen Flotte so erheblich geschwächt werden, daß dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung zunächst nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre.<<
Kaiser Wilhelm II. erklärt am 3. Juli 1900 anläßlich einer Schiffstaufe (x237/203): >>... Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe. Aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm in der Ferne, jenseits von ihm, ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf.<<
Justus Burgdorf, Wolfgang Müller und Roland Siegert berichten später über die Aufrüstung der Flotte des Deutschen Reiches (x1.035/…): >>**Die Aufrüstung der deutschen Flotte (1898-1912)**
**Die historischen Hintergründe**
Nachdem die Supermächte Großbritannien, Rußland, USA und Japan ihre Flotten teilweise bereits Jahrzehnte zuvor hochgerüstet hatten, begann auch das Deutsche Reich 1898 mit der Aufrüstung seiner Flotte. Das wirtschaftlich enorm erfolgreich gewordene, noch junge Deutsche Reich fühlte sich berechtigt, in gleicher Weise am weltweiten Handel teilzuhaben und "Weltpolitik" zu betreiben.
In der deutschen öffentlichen Meinung war der Flottenbau ungemein populär, auch Intellektuelle wie der Soziologe Max Weber ("bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte") begeisterten sich. Der 1898 gegründete Deutsche Flottenverein gewann über eine Million Mitglieder. Die Leidenschaft für die Marine stellte ein nationaldeutsches Phänomen dar, das der Kaiser mit seiner Losung "Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser" auf den Punkt brachte.
Der Liberale Friedrich Naumann schrieb 1900: "Die Flotte ist eine alte liberale Forderung.

Wer das neue industrielle Deutschland will, der muß die Flotte wollen. In diesem Punkt ist unser Kaiser ganz modern."
Die Idee einer deutschen Flotte war in der Tat nicht neu: Schon die provisorische "Reichsregierung" von 1848 hatte mit dem Bau einer Nationalflotte begonnen (die nach dem Sieg der Reaktion meistbietend verkauft wurde, weil niemand unter den deutschen Fürsten sie haben wollte).

**Die Kritik am Kaiser**

Der deutsche Flottenbau wurde seinerzeit in Englands öffentlicher Meinung zu einer konkreten militärischen Bedrohung und einem Kriegsgrund stilisiert, wobei Deutschland unterstellt wurde, nach Weltherrschaft zu streben.
Ein großer Teil der heutigen Geschichtsschreibung, insbesondere auch der deutschen, sieht im vom Kaiser geförderten deutschen Flottenbau einen bedeutenden Teil der Schuld des Kaisers am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Hierbei folgen die Autoren den Argumenten der Sieger von 1918. Es wird die These vertreten, Deutschland habe Großbritannien mit dem Flottenbau jahrelang unnötigerweise provoziert, eine fatale Ausgangslage geschaffen und England faktisch zum Kriege herausgefordert.

**Die Tatsachen**

Der enorme gestiegene deutsche Welthandel schien eine größere deutsche Flotte zu erfordern. Eine starke Flotte versprach die ohnehin schon gewaltige Wirtschaftskraft Deutschlands noch weiter zu steigern. Dies war wohl der eigentliche Grund, weshalb England die deutsche Flottenrüstung kritisierte.
Die Herausforderungen Deutschlands bestanden Ende des 19. Jahrhunderts in Wissenschaft und Technologie, Wirtschaftswachstum und Konkurrenz im Welthandel, speziell mit Großbritannien. In den meisten wirtschaftlichen Bereichen hatte Deutschland das industrielle Mutterland England inzwischen überholt. 1907 produzierte Deutschland die doppelte Menge an Stahl wie Großbritannien. Während der britische Welthandel zwischen 1887 und 1907 lediglich um 80 Prozent zunahm, konnte der deutsche ein Plus von 250 Prozent verzeichnen.
Im berühmten Daily-Telegraph-Interview 1908 betonte Wilhelm II., daß es eben dieser gestiegene Welthandel sei, der eine starke Flotte erfordere: "Deutschland ist ein junges und wachsendes Reich. Es hat einen weltweiten, sich rasch ausbreitenden Welthandel. … Deutschland muß eine machtvolle Flotte haben, um seinen Handel und seine mannigfachen Interessen auch in den fernsten Meeren zu beschützen."
In England wurde die deutsche Flotte indes als konkrete militärische Bedrohung stilisiert, obwohl sie dies de facto nicht war.
Nimmt man den wirtschaftlichen Wettstreit beider Länder in Blick und das Potential, das eine starke deutsche Flotte dabei versprach, so fühlte man sich in England durch die Flotte in Wirklichkeit wohl wirtschaftlich bedroht. Dies freilich kann man Deutschland nicht anlasten.
Der Bau der deutschen Flotte folgte vor allem vier Motiven, die wohlbegründeten Notwendigkeiten entsprachen und zudem defensiven Charakter hatten:
1. Schutz der deutschen Fischerei
Deutschlands Fischer wurden regelmäßig - sogar in deutschen Hoheitsgewässern - von englischen Fischern in piratenhafter Manier auf offener See bedrängt und am Fischfang gehindert.
2. Schutz des deutschen Welthandels
England war durch seine Seemacht generell in der Lage, weltweit Handel zu dulden, zu behindern oder zu unterbinden.
3. Brechen möglicher Seeblockaden
Dieses Motiv fand seine Ursache in der britischen Tradition der Seeblockaden, mit denen schon häufig sowohl gegnerische als auch neutrale Länder von ihren Rohstoff- und Nahrungsmittelimporten abgeschnitten wurden. Die deutsche Flotte sollte daher so stark werden,

daß sie eine sogenannte "enge Blockade" der deutschen Nordseehäfen sprengen konnte.
4. Erreichung einer Bündnisfähigkeit mit Großbritannien
Dieses letzte, heute wohl überraschende Motiv, hatte politische Gründe: Für den Fall eines Konfliktes zwischen Großbritannien und anderen Seemächten erhoffte man sich, mit einer respektablen Flotte als Verbündeter attraktiv zu sein und zu einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe kommen zu können. Der Kaiser selbst sagte im Daily-Telegraph-Interview: "Es mag sogar sein, daß selbst England einmal froh sein wird, daß Deutschland eine Flotte hat, wenn sie beide zusammen gemeinsam auf derselben Seite in den großen Debatten der Zukunft ihre Stimmen erheben werden."
Zudem gab es eine defensive Intention gegenüber Großbritannien, insofern man damit rechnete, daß England im Konfliktfall gegenüber einer ausreichend starken Seemacht Deutschland lieber Frieden halten oder verhandeln würde.
Die Größe der deutschen Flotte sollte nur 60 Prozent der Größe der englischen Flotte erreichen. Für einen Krieg gegen England war die Flotte weder gedacht, noch geeignet.
"Das Prinzip Tirpitz war die Abschreckung durch Risiko. Nach seinem Plan sollte die deutsche Flotte in den folgenden zwei Jahrzehnten so stark wachsen, daß Großbritannien in seiner wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenz zu Deutschland es immer weniger wagen würde, Deutschland anzugreifen. Eine als Abschreckungsmacht - in der Grundidee also defensiv - ausgerichtete deutsche Schlachtflotte"
- Leserbrief von Dirk Wolff-Simon, Hannover, in der FAZ vom 03.07.2008
Das Konzept von Admiral von Tirpitz, Chef der deutschen Flottenrüstung, sah zur Erreichung der vier oben genannten Ziele die Endgröße einer deutschen Flotte bei lediglich 60 Prozent der britischen ("Tirpitzscher Risikogedanke" und "Risikoflotte").
Im Gegensatz dazu lag Großbritanniens Flottenpolitik eine andere Philosophie zugrunde: Die eigene Marine müsse die Summe der beiden nächstgroßen Flotten um 10 Prozent übertreffen, damit man notfalls gegenüber zwei verbündeten Seemächten bestehen könne (was sich in dem im Jahre 1899 erlassenen "Naval Defence Act" über den "Two Power Standard" manifestierte).
Wollte Deutschland Großbritannien als Seemacht tatsächlich gefährlich werden, hätte es eine Flotte der Größe der britischen bauen und Stützpunkte im Atlantik haben müssen. Dies hatten der Deutsche Kaiser und die Marineleitung jedoch nie angestrebt.
Der Flottenbau Deutschlands hatte für die Eliten Großbritanniens Symbolkraft. Er war aber keine wirkliche, ernsthafte Konkurrenz für England.
Dies hatte nicht zuletzt geographische Gründe: Im Gegensatz zu Großbritannien hatte Deutschland weltweit kaum Auslandsstützpunkte; es saß strategisch in der Nordsee fest. Dieser Aus- und Zugang konnte jederzeit von England durch eine Blockade abgeschnitten werden. Zudem war die "Risikoflotte" für einen Krieg um Englands Kolonialreich nicht konzipiert und dafür gänzlich ungeeignet.
All dies wußten auch Englands Marinestrategen; gleichwohl beharrten sie darauf, daß Deutschland mit seiner Flotte England unmittelbar bedrohe.
Auch alle anderen Großmächte betrieben Flottenrüstung - lange vor Deutschland, das erst als letzte Großmacht mit der Aufrüstung seiner Flotte begann.
Großbritannien hatte bereits 1889 und 1894 neue Flottenbauprogramme eingeleitet, Rußland 1890 und 1895, Japan 1896 und die USA 1897. Mit dem Baubeginn 1898 unternimmt Deutschland also beileibe nichts, was man zwangsläufig kriegstreibend nennen könnte.
Auch kann man schwerlich von einem deutsch-britischen Wettrüsten, sondern vielmehr von einem internationalen Wettrüsten sprechen, bei dem Deutschlands Rüstung stets im Kontext mit den Flotten zu betrachten ist, die sich vertraglich gegen das Deutsche Reich verbündet haben.

So verfügt zu Kriegsbeginn 1914 Deutschland über lediglich 45 Schlachtschiffe - gegenüber den 150 Schiffen der Flotten Englands, Frankreichs und Rußlands.
Im Ersten Weltkrieg selbst spielte die deutsche Flotte nur eine sehr untergeordnete Rolle. Es liegt folglich nahe, daß sie vorher von englischer Seite bewußt überbewertet wurde.
Die einzige Anwendung, die die deutsche Flotte im Ersten Weltkrieg fand, war die Skagerrak-Schlacht 1916, die ohne Einfluß auf den Verlauf des Krieges blieb; insbesondere änderte sie auch nichts an der britischen Seeblockade.
Auch in der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges ("Julikrise") spielte die Flotte selbst keine Rolle - es waren letztlich allein die Machtbündnisse selbst, die den Balkankrieg zum Weltkrieg eskalieren ließen:
"Das Risiko einer Beherrschung Westeuropas durch Deutschland mit allen möglichen, vor allem wirtschaftlichen Konsequenzen hätte Großbritannien niemals eingehen mögen, allerdings hat keiner der wirtschaftlichen oder kolonialpolitischen Interessensgegensätze trotz der scharfen beiderseitigen Propaganda in der Vorkriegszeit einen Krieg verursacht, sondern er wurde am Ende wesentlich durch die beiderseitigen Bündnisverpflichtungen ausgelöst."
(Andreas Krause: Scapa Flow. Die Selbstversenkung der wilhelminischen Flotte. Berlin 1999, S. 40)
"Nicht die deutsche Weltpolitik stand am Anfang der in den Krieg mündenden diplomatischen Verwicklungen, sondern weltpolitische Verschiebungen außerhalb des Reiches, auf die Berlin reagieren mußte und immer weniger konnte." (Dominik Geppert, FAZ vom 13.02.2012, S. 6)
Auch Wilhelm II. Biograph Prof. Clark bestätigte diese Einschätzung, wenn er schrieb: "Weder der ziellose Imperialismus deutscher 'Weltpolitik', noch der Bau von Schiffen waren schuld am Ausbruch des Krieges im Jahr 1914." (Christopher Clark: Wilhelm II. München 2008, S. 337)
"Nicht die Entscheidung Berlins, die deutsche Kriegsflotte auszubauen, habe die Entente-Mächte Rußland, Frankreich und Großbritannien gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zusammengeschweißt. Sorgen habe vor allem die schnelle Industrialisierung Deutschlands und die Eroberung neuer Märkte bereitet."
- Aus der Besprechung des Buches "Die Schlafwandler" von Prof. Christopher Clark bei focus online, Oktober 2013<<
Als Reichskanzler Chlodwig zu Hohenlohe (1819-1901) im Jahre 1900 seine Ämter niederlegt, verläßt der letzte fähige "Gründungspolitiker" die deutsche Reichsregierung. Der deutsche Kaiser verfügt danach nur noch über unerfahrenen Minister oder Berater, die nicht annähernd in der Lage sind, die herausragenden "Gründungspolitiker" des Deutschen Reiches zu ersetzen.
Trotz aller Fehler und Schwächen der deutschen Reichsregierung halten sich die angeblich "kriegslüsternen Deutschen" jedoch weiterhin diszipliniert zurück und führen bis 1914 keine Angriffskriege. Während sich fast alle europäischen Großmächte an zahlreichen Kriegen beteiligen und in ihren Kolonien heftige Auseinandersetzungen führen, konzentrieren die Deutschen ihre Kräfte vor allem auf den planmäßigen Aufbau des Reiches (Ausnahmen: Boxeraufstand in China und Niederschlagung von Volksaufständen in den afrikanischen Kolonien).
Am 27. Juli 1900 brechen die ersten Schiffe des deutschen Expeditionskorps in Bremerhaven zur Fahrt nach China auf, um den Boxeraufstand niederzuschlagen.
Kaiser Wilhelm II. verabschiedet die deutschen Soldaten am 27. Juli 1900 mit folgenden Worten (x073/22): >>... Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele Meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. Die Aufgaben, welche das alte Römische Reich Deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das Deutsche Reich in der Lage zu

lösen. Die Mittel, das ihm dies ermöglichte, ist unser Heer. ...
Eine große Aufgabe harrt eurer; ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts hohngesprochen. Es ist das um so empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist.
Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freudigen Ertragen von Leiden, möge Ehre und Ruhm euren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel. …
Der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, Meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal!
Nun könnt ihr reisen! Adieu Kameraden!<<
Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über die "Hunnenrede" vom 27. Juli 1900 (x1.035/…): >>**Die sogenannte Hunnenrede (1900)**
Da es schon immer schwerfiel, Wilhelm II. eine konkrete Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs nachzuweisen, war man bereits früh auf den Trick verfallen, so etwas wie eine strukturelle bzw. charakterliche oder auch mentale Disposition zu konstruieren, die für den Kriegsausbruch verantwortlich sein sollte. Das konnte der gelähmte Arm des Kaisers sein, den er durch Großmannssucht kompensieren mußte oder auch seine Vorliebe für Uniformen, die Flottenpolitik oder Bismarcks Entlassung.
Zu den in diesem Zusammenhang immer wieder auftauchenden Vorwürfen an Wilhelm II. gehört die sogenannte Hunnenrede. Wie bei einigen anderen Ansprachen des Kaisers versucht man aus ihr bis heute so etwas wie einen Zivilisationsbruch abzuleiten. Der Grundgedanke lautet: Während alle Welt sich diplomatisch gibt, fällt der Kaiser ins tiefste Mittelalter zurück und rasselt mit dem Säbel, ruft zum Völkermord auf.
**Die historischen Hintergründe**
Die Publikations- und Wirkungsgeschichte der Hunnenrede ist allerdings einigermaßen verzwickt. Sicher ist nur, daß Wilhelm II. am 27. Juli 1900 kurz nach 13 Uhr in Bremerhaven die zur Bekämpfung des Boxeraufstandes nach China abreisenden Truppen mit einer Ansprache verabschiedete. Es lagen die Truppentransporter "Batavia", "Dresden" und "Halle" bereit, um die Freiwilligen zu verschiffen. Neben den angetretenen Soldaten hatte sich eine Vielzahl Schaulustiger eingefunden. Darüber, was Wilhelm dort gesagt hat, gibt es verschiedene Auffassungen. Die offizielle Version, die sich auch in den offiziösen Redensammlungen des Kaisers (u.a. die von Johannes Penzler, Stuttgart 1904) findet, lautet folgendermaßen:
**Die offizielle Version der "Hunnenrede" im Wortlaut**
"Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele Meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. Die Aufgaben, welche das alte Römische Reich deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das neue Deutsche Reich in der Lage zu lösen. Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Heer.
In dreißigjähriger treuer Friedensarbeit ist es herangebildet worden nach den Grundsätzen Meines verewigten Großvaters. Auch ihr habt eure Ausbildung nach diesen Grundsätzen erhalten und sollt nun vor dem Feinde die Probe ablegen, ob sie sich bei euch bewährt haben. Eure Kameraden von der Marine haben diese Probe bereits bestanden, sie haben euch gezeigt, daß die Grundsätze unserer Ausbildung gute sind, und Ich bin stolz auf das Lob auch aus Munde auswärtiger Führer, das eure Kameraden draußen sich erworben haben. An euch ist es, es ihnen gleich zu tun.
Eine große Aufgabe harrt eurer: Ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die

Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts Hohn gesprochen. Es ist das um so empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist. Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freundlichen Ertragen von Leiden, möge Ehre und Ruhm euren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel.
Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Wahrt Manneszucht. Der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, Meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal! Nun könnt ihr reisen! Adieu Kameraden!"
Es fällt sofort auf, daß in dieser Rede die Hunnen mit keinem Wort erwähnt werden, so daß sich die Frage stellt, warum sie als "Hunnenrede" in die Geschichte eingegangen ist. Die Lösung verbirgt sich in einer anderen Version der Rede, in der eben jene Passage vorkommt. Bernd Sösemann (Historische Zeitschrift, Bd. 222 (1976), Heft 2) hat die Geschichte der Rede nachgezeichnet und folgende "zitierfähige, vollständige Fassung" veröffentlicht, die er aus den Redeversionen der "Lokalzeitungen Bremens (Weser-Zeitung) und Wilhelmshavens (Wilhelmshavener Tageblatt) vom 29. Juli" rekonstruierte:

**Die inoffizielle Version der "Hunnenrede" im Wortlaut**

"Zum ersten Mal, seitdem das deutsche Reich wiedererstanden ist, tritt an Sie eine große überseeische Aufgaben heran. Dieselben sind früher und in größerer Ausdehnung an uns herangetreten, als die meisten meiner Landsleute erwartet haben. Sie sind die Folgen davon, daß das deutsche Reich wieder erstanden ist und damit die Verpflichtung hat, für seine im Auslande lebenden Brüder einzustehen, im Moment der Gefahr.
Mithin sind nun die alten Aufgaben, die das alte römische Reich nicht hat lösen können, von neuem hervorgetreten, und das neue deutsche Reich ist in der Lage, sie zu lösen, weil es ein Gefüge bekommen hat, das ihm die Möglichkeit dazu gibt. Durch unser Heer, in dreißigjähriger angestrengter, harter Friedensarbeit, sind viele hunderttausende von Deutschen zum Kriegsdienste herangebildet worden.
Ausgebildet nach den Grundsätzen Meines verewigten großen Großvaters, bewährt in drei ruhmvollen Kriegen, sollt ihr nunmehr auch in der Fremde drüben (Zeugnis) ablegen, ob die Richtung, in der wir uns in militärischer Beziehung bewegt haben, die rechte sei. Eure Kameraden von der Marine haben uns schon gezeigt, daß die Ausbildung und Grundsätze, nach denen wir unsere militärischen Streitkräfte ausgebildet haben, die richtigen sind und an Euch wird es sein, es ihnen gleich zu thun. Nicht zum geringsten erfüllt es uns alle mit Stolz, daß gerade aus dem Munde auswärtiger Führer das höchste Lob unseren Streitern zuerkannt wurde.
Die Aufgabe, zu der Ich Euch hinaussende, ist eine große. Ihr sollt schweres Unrecht sühnen. Ein Volk, das, wie die Chinesen, es wagt, tausendjährige alte Völkerrechte umzuwerfen und der Heiligkeit der Gesandten und der Heiligkeit des Gastrechts in abscheulicher Weise Hohn spricht, das ist ein Vorfall, wie er in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommen ist und dazu von einem Volke, welches stolz ist auf seine vieltausendjährige Kultur. Aber Ihr könnt daraus ersehen, wohin eine Kultur kommt, die nicht auf dem Christentum aufgebaut ist. Jede heidnische Kultur, mag sie noch so schön und gut sein, geht zu Grunde, wenn große Aufgaben an sie herantreten.
So sende ich Euch aus, daß Ihr bewähren sollt einmal Eure alte deutsche Tüchtigkeit, zum zweiten die Hingebung, die Tapferkeit und das freudige Ertragen jedweden Ungemachs und zum dritten Ehre und Ruhm unserer Waffen und unserer Fahnen. Ihr sollt Beispiele abgeben

von der Manneszucht und Disziplin, aber auch der Überwindung und Selbstbeherrschung. Ihr sollt fechten gegen eine gut bewaffnete Macht, aber Ihr sollt auch rächen, nicht nur den Tod des Gesandten, sondern auch vieler Deutscher und Europäer.
Kommt Ihr vor den Feind, so wird er geschlagen, Pardon wird nicht gegeben; Gefangene nicht gemacht. Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.
Ihr werdet mit Übermacht zu kämpfen haben, das sind wir ja gewöhnt, unsere Kriegsgeschichte beweist es. Ihr habt es gelernt aus der Geschichte des Großen Kurfürsten und aus Eurer Regimentsgeschichte. Der Segen des Herrn sei mit Euch, die Gedanken eines ganzen Volkes begleiten Euch, geleiten Euch auf allen Euren Wegen.
Meine besten Wünsche für Euch, für das Glück Eurer Waffen werden Euch folgen! Gebt, wo es auch sei, Beweise Euren Mutes, und der Segen Gottes wird sich an Eure Fahnen heften und es Euch geben, daß das Christentum in jenem Lande seinen Eingang finde. Dafür steht Ihr Mir mit Eurem Fahneneid, und nun glückliche Reise. Adieu, Kameraden."
Es ist offensichtlich, daß es zwischen beiden Versionen gewaltige Unterschiede gibt. Das betrifft nicht nur die ganze Hunnenpassage, die zweite Version legt zudem nahe, daß der Kaiser zum Bruch des Kriegsvölkerrechts aufgerufen hat, wenn er davon spricht, daß kein Pardon gegeben werden solle. In der ersten Version war die Wendung so zu verstehen, daß der Gegner kein Pardon geben würde und man sich dementsprechend wappnen solle. Nun ist die Überlieferungsfrage das zentrale Problem bei der Beurteilung dieser Rede.
Es gibt noch andere ausführliche Fassungen der Rede, die zwar auch die Hunnenpassage enthalten, aber mehr Wert auf den christlich-missionarischen Aspekt legen. So in der Nordwestdeutschen Zeitung (Bremerhaven) vom 28. Juli 1900. Die Passage unmittelbar vor den Hunnen lautet dort:
"Ihr sollt fechten mit einem Euch ebenbürtigen, tapferen, verschlagenen Feind, gut bewaffnet und gut ausgerüstet. Aber Ihr sollt auch rächen den Tod unseres Gesandten und so vieler, nicht nur Landsleute, auch anderer Europäer! Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen."
Das Ende der Rede wird so wiedergegeben:
"Und Gottes Segen möge an Eure Fahnen sich heften und dieser Krieg den Segen bringen, daß das Christentum in jenem Lande seinen Einzug hält, damit solch' traurige Fälle nicht mehr vorkommen! Dafür steht Ihr Mir mit Eurem Fahneneid!"

**Was hat der Kaiser wirklich gesagt?**

Die Verwirrung über die Versionsgeschichte der Rede ist in den Unterschieden zwischen dem gesprochenen Wort des Kaisers und der zunächst von offizieller Seite verbreiteten Version zu suchen. Der Kaiser, das ist bekannt, hielt diese Ansprachen meistens frei und soll dazu geneigt haben, sich an der eigenen Rede zu berauschen und dabei verbal zu übertreiben. Angeblich soll das in Bremerhaven der Fall gewesen sein, so daß Bülow, damals noch Staatssekretär des Äußeren, und Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe noch während der Rede beschlossen, die anwesenden Journalisten zu verpflichten, die Rede erst zu veröffentlichen, wenn Bülow eine redigierte Fassung fertiggestellt hätte.
Daran hielten sich die meisten, so daß zunächst nur zwei Versionen verbreitet wurden. Die erste enthielt lediglich zwei Zitate des Kaisers, die zweite die wörtliche Rede in der oben zuerst angegeben Version. Die inoffizielle Langversion mit der Hunnenpassage geht vermutlich auf einen Mitarbeiter des Wolffschen Telegraphenbüros zurück, der die Rede mitstenogra-

phiert haben soll. Verbreitung fand diese Version vor allem in norddeutschen Lokalzeitungen und der sozialdemokratischen Presse.
Problematisch an all diesen Rekonstruktionen des Hergangs ist, daß sie sich im Wesentlichen auf Erinnerungen damals Beteiligter stützen. Diese Erinnerungen sind zumeist nach Ende des Kaiserreichs geschrieben und veröffentlicht worden, so daß eine Tendenz zur Selbstexkulpation (Selbstentlastung) nicht unwahrscheinlich und im Falle Bülow vielfach nachgewiesen ist. Daß Bülow in seinen Erinnerungen oft nicht die Wahrheit sagt, sollte bekannt sein, so daß seine Glaubwürdigkeit auch in diesem Fall angezweifelt werden darf.
Die oft kolportierten Berichte, wonach der Kaiser dem Journalisten sein Manuskript gegeben habe oder er sich nach Erscheinen der entschärften Version bei Bülow beschwert habe, daß die schönsten Passagen fehlen würden, können getrost als Fiktion betrachtet werden.
Allerdings ändert das nichts an der Frage, ob der Kaiser diese Worte wirklich gebraucht hat und wenn ja, wie er sie gemeint hat und ob sie geeignet sind, die später daraus abgeleiteten Anschuldigungen zu stützen. Hin und wieder ist zu lesen, daß die englische Presse die Passage erfunden haben soll, um anti-deutsche Hetze zu betreiben.
Das dürfte in diesem Fall ausgeschlossen sein. Zum einen entsprach ein konsequentes Vorgehen gegen Kolonialaufstände durchaus der englischen Praxis und fiel damit überhaupt nicht aus dem Rahmen des damals Üblichen (nur daß man es nicht so deutlich sagte), zum anderen ist der Hunnenvergleich so abwegig, daß man wohl kaum darauf hoffen konnte, damit durchzukommen.

**Interpretationsversuche**

Der Vergleich der Deutschen mit den Hunnen ist in mehrfacher Hinsicht absurd. Die wenigen Male, als die Hunnen in der deutschen Geschichte auftauchten, waren sie Feinde und wurden durchaus als entgegengesetztes Prinzip verstanden. Das war beim sogenannten Mongolensturm und der Schlacht bei Liegnitz im Jahre 1241 nicht anders als im Nibelungenlied und Attilas Feldzügen. Rein physiognomisch und vom Herkunftsgebiet liegt die Assoziation der Hunnen mit den Chinesen nahe (auch wenn diese wissenschaftlich falsch ist und beide miteinander Kriege führten). Die gelbe Gefahr, die Hunnen, waren durchaus ein gemeineuropäisches Feindbild.
Die Glaubwürdigkeit der Langversion leitet sich aus den unmittelbaren Reaktionen der Soldaten ab, die nach der Rede die Pardon-Wendung auf die Verladewaggons geschrieben haben sollen. Christopher Clark schreibt in seiner Wilhelm-Biographie dementsprechend:
"Die Widersprüche und logischen Unstimmigkeiten im Text lassen vermuten, daß Wilhelm womöglich, in gewohnter Manier, von einem harmloseren, vorbereiteten Entwurf abwich und Aussagen über ein Thema improvisierte, das ihn in den letzten Wochen intensiv beschäftigt hatte: nämlich die Brutalität und Skrupellosigkeit, mit der die Boxer über die europäischen Gesandtschaften in China hergefallen waren - was eine Woge haarsträubender Horrorgeschichten in der europäische Presse ausgelöst hatte -, und die Notwendigkeit einer exemplarischen Strafaktion."
Clark geht sogar so weit zu fragen, ob dem Kaiser nicht die Greueltaten der Engländer 1898 im Sudan bekannt gewesen seien, wo die Briten absichtlich verwundete Gefangene töteten, und er darin eine Legitimation für seine verbale Schärfe sah.
Daß man aus der Langversion auch die falschen Schlüsse ziehen kann, zeigt John Röhl, wenn er die Rede im dritten Band seiner Wilhelm II. Biographie wie folgt paraphrasiert: "Im Reich der Mitte sollten sich die deutschen Soldaten benehmen 'wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel', befahl der Oberste Kriegsherr in Anrufung der 'alten deutschen Tüchtigkeit'. Der 'Name Deutschland' müsse in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen. … Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht.

Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand." Diese Collage zeigt deutlich die Herangehensweise von Röhl: Durch die falsche Reihenfolge der Zitate wird der Eindruck erweckt, daß Wilhelm von seinen Soldaten ein Vorgehen gegen die Boxer in Manier der Hunnen fordert. Das liegt selbst dann nicht in der Intention des Kaisers, wenn man davon ausgeht, daß Wilhelm Deutsche und Hunnen an dieser Stelle in Beziehung setzt. Ihm geht es um den Ruf und nicht um Mord, wie sich den zahlreichen Bezügen zum Christentum entnehmen läßt.
Merkwürdig ist auch, daß Röhl von einer "verheerenden Wirkung … auf die öffentliche Meinung im In- und Ausland" spricht, ohne dafür Belege zu nennen. Sösemann, dem man sicher keine Kaisernähe unterstellen kann, kam bei seiner immer noch zitierten Untersuchung zu einem ganz anderen Ergebnis. In der näheren Umgebung des Kaisers kam die Rede demnach gut an, der Reichskanzler nannte sie "zündend".
In England und Frankreich gab es keinen Widerspruch. Der französische Außenminister erklärte sogar, daß die Ansprache "in ganz Frankreich den besten Eindruck hervorgerufen" hätte. In der deutschen Presse und im Reichstag wurde die Rede kontrovers diskutiert, ohne daß sich dazu eine einhellige Meinung herauskristallisiert hätte.
Grundsätzlich läßt sich sagen, daß die Gegner des Kaisers die Rede wörtlich nahmen, während seine Anhänger und auch die neutralen Beobachter gewisse verbale Übertreibungen nicht überbewerten wollten. Was Röhl damit suggerieren möchte, ist folgendes: Die Deutschen hätten, angestiftet vom Kaiser, in China ihren ersten Völkermord begangen und sich damit aus dem Kreis der zivilisierten Völker verabschiedet, so daß der Erste Weltkrieg wie die logische Konsequenz daraus erscheinen muß.
Über die Greueltaten der deutschen Soldaten in China gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die sogenannten "Hunnenbriefe", in denen Soldaten von Massakern berichten, sind von den Sozialdemokraten weidlich ausgenutzt und verbreitet worden. Es wird diese Greueltaten sicherlich gegeben haben.
Den Kaiser dafür verantwortlich zu machen, ist indes absurd, da er in allen Reden im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Truppen nach China auf die Wahrung der "Manneszucht" gedrängt hat (so auch am 2. Juli in Wilhelmshaven, am 6. Juli in Kiel und am 2. August in Bremerhaven). Hinter diesem heute unverständlichen Wort verbirgt sich die Forderung an die Soldaten, männlich und ritterlich zu kämpfen und sich gerade nicht zu Exzessen an der Zivilbevölkerung verleiten zu lassen. "… schonen sie die feindliche Bevölkerung", heißt es einmal ausdrücklich.
Das war in der damaligen Zeit bei der Bekämpfung von Kolonialaufständen keine Selbstverständlichkeit, wie nicht zuletzt das Vorgehen der Briten gegen die Buren in Südafrika gezeigt hat. Hinzu kommt, daß die Brutalität der chinesischen Aufständischen, der sogenannten Boxer, nicht nur auf Horrormeldungen beruhte. Ca. 30.000 chinesische Christen wurden im Zuge des Boxer-Aufstandes ermordet, Männer, Frauen und Kinder. Thomas Nipperdey hat in seiner Deutschen Geschichte daher für den Kolonialismus im Zeitalter des Imperialismus festgestellt: "Die Deutschen unterscheiden sich da in nichts, in gar nichts von anderen, nicht positiv, nicht negativ …"

**Alliierte Kriegspropaganda**

Spätestens mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs, als die alliierte Propaganda nach Stereotypen suchte, um ihre eigene Bevölkerung für den Krieg mobilisieren zu können (vgl. Hermann Joseph Hiery: Angst und Krieg. Amerikas Kreuzzug gegen die Hunnen, in: Franz Bosbach (Hrsg.): Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000), wurde diese gesamteuropäische Übereinstimmung geleugnet. In diesem Zusammenhang spielt die Hunnenrede eine unrühmliche Rolle. Der linksliberale Schriftsteller Emil Ludwig hat die Wirkung in seiner Abrechnungsschrift mit dem Kaiser (1925) dargestellt:
"Die Wirkung dauerte zwanzig Jahre. Durch nichts war ein deutscher Barbarengeist von sei-

nen Gegnern schon im Frieden leichter zu beweisen, als durch diese Rede seines Kaisers, und als im Weltkrieg einem Volk nach dem andern die Überzeugung suggeriert wurde, mitten in Europa wohnten 60 Millionen Hunnen, die den neuen Attila als ihren König verehrten, da verkannte man nicht bloß alle guten Instinkte des deutschen Volkes, auch noch die schlechten des Kaisers und beleidigte nach tausend Jahren durch den Vergleich mit Wilhelm dem Zweiten jenen todesmutigen, dämonisch wilden Räuberhauptmann mit der Krone.
Im doppelten Fehlgriff dieses Vergleiches wurde das doppelte Mißverständnis der Welt über Deutschland deutlich: ein großes, ruhiges Volk, das einem kleinen, prahlenden König sich in verächtlichem Gehorsam untertan fühlte, mußte nun für die klirrenden Worte seines eitlen Herrn büßen, der es zu Hunnen nur erniedrigt hatte, um den Attila zu spielen."
Ludwig versucht hier, einen Gegensatz zwischen dem Kaiser und dem deutschen Volk zu suggerieren, der sich an der sogenannten Hunnenrede gerade nicht festmachen läßt. Im Gegenteil: Ludwig macht sich mit dieser Auffassung in einer Art und Weise zum Erfüllungsgehilfen der alliierten Propaganda, wie sie vor allem aus der Zeit nach 1945 bekannt ist. Er übernimmt die Denkweise des Gegners, ohne nach den darin versteckten Intentionen zu fragen.
Vor allem die Briten und Amerikaner nahmen das Schlagwort von den "Hunnen" dankbar auf und waren damit offensichtlich nicht nur in den eigenen Reihen erfolgreich, wie die Beispiele Ludwig und Röhl bis heute zeigen. Es wurde mit der Rede von den Hunnen unterstellt, daß der Kampf gegen Deutschland ein Kampf gegen die Barbarei sei, der nicht im klassischen Sinne (ohne Diskriminierung des Feindes) geführt werden könne.
Damit ließ sich nicht nur die Bevölkerung mobilisieren, sondern auch die eigenen Kriegsziele verschleiern. Hinzu kommt, daß man mit dem "Hunnen" an viel ältere Vorbehalte gegen das deutsche Volk, das von Westen aus gesehen im Osten (und damit fast schon in Asien) hauste, merkwürdige Riten pflegte und sich durch die Pickelhaube auch äußerlich unterschied, anknüpfen konnte. Die absichtlich mißverstandene Rede des Kaisers schien diese Vorbehalte zu legitimieren.
Heute wird oft vergessen, daß diese alliierte Greuelpropaganda jeglicher Grundlage entbehrte. Weder wurden belgischen Kindern die Hände abgehackt, noch französische Frauen geschändet. Der Auslöser für die Titulierung der Deutschen als Hunnen war die Zerstörung der Bibliothek in der belgischen Universitätsstadt Löwen (25. August 1914), wobei die näheren Umstände bis heute nicht restlos aufgeklärt sind. Für beide Seiten stand die Schuld des anderen damals fest.
In Deutschland unterschrieben 93 Intellektuelle und Personen des kulturellen Lebens einen "Aufruf an die Kulturwelt" (4. Oktober 1914), in dem die Verantwortung für Löwen zurückgewiesen wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die alliierte Propaganda bereits auf das Hunnenfeindbild festgelegt (The Times vom 29. August 1914), so daß der deutsche Aufruf wie eine infame Verdrehung der Tatsachen erscheinen mußte. Was damals klar als Feindpropaganda zu identifizieren war, hat sich in der Folge, bis heute, als Anklagepunkt gegen das Kaiserreich erhalten. Gewandelt haben sich nur die Ankläger, vom Kriegsgegner zu den Nachgeborenen.<<
Nach Ablauf der sibirischen Verbannungszeit trifft Lenin am 6. September 1900 illegal in München ein. Lenin beschäftigt sich dort vor allem mit der Herausgabe der Zeitschrift "Iskra" ("Funke"), die nach Rußland geschmuggelt wird (x092/686).
Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow, Sohn eines Oberschulrats, Jurist, 1897-1900 Verbannung nach Sibirien, emigriert 1900 in die Schweiz, ab 1903 Führer der Bolschewiki, ein kleiner Mann mit Spitzbart und kahlem Schädel) ist ein außergewöhnlich dynamischer Mann und besitzt eine herausragende Intelligenz.
Lenin strebt in Rußland, daß vor dem Ersten Weltkrieg zu den rückständigsten Ländern Europas zählt, z.B. folgende Ziele an: Gewaltsame Machtübernahme und Abschaffung des Zaren-

tums, Einführung der sogenannten "proletarischen Diktatur" und Auflösung des russischen Großgrundbesitzes sowie Verstaatlichung aller Betriebe und Banken. Das Land der russischen Großgrundbesitzer soll nach der Revolution vorübergehend an die besitzlosen Kleinbauern und Landarbeiter verteilt werden.
Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1900 Güter im Wert von 10,4 Milliarden Goldmark und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).
Hinter der glänzenden Fassade des deutschen Industriestaates verbirgt sich naturgemäß auch erhebliche soziale Not und großes Elend. Die Löhne der deutschen Industriearbeiter reichen kaum zum Leben, obwohl die tägliche Arbeitszeit mindestens 12 Stunden beträgt. In den großen Städten hausen mehr als 50 % aller großen Industriearbeiterfamilien meistens nur in einem Raum oder in feuchten, lichtlosen Kellern.
Der deutsche Soziologe und Ökonom Werner Sombart (1863-1941) schreibt im Jahre 1900 über die Wohnungsnot im Deutschen Reich (x233/108): >>Wer würde es glauben, daß eine Anzahl Menschen bei uns heutigentags in "Wohnungen" kampiert, die überhaupt kein beheizbares Zimmer haben? Und doch belehrt uns die Statistik, daß es deren in Berlin über 15.000, in Barmen über 8.000 gibt usw. ...
Ja, in den meisten deutschen Großstädten wohnt ... annähernd die Hälfte aller Menschen in Wohnungen, die nicht mehr als ein Zimmer umfassen.
Übervölkert nennt die Statistik eine Wohnung, wenn 6 Personen und mehr in einem Zimmer, 11 Personen und mehr in 2 Zimmern hausen. Und selbst davon gibt es eine recht erkleckliche Zahl: in Berlin nahezu 30.000, in Breslau 7.000. in Chemnitz 50.000 ... usw. Man denke: 6 Personen und mehr in einem Raume, 11 und mehr in 2 Räumen! ...<<
Kaiser Wilhelm II. läßt Bismarcks Sozialreformen jedoch konsequent fortsetzen, so daß sich diese trostlosen Lebensumstände bis 1914 wesentlich bessern.
Das Deutsche Reich entwickelt sich allmählich zu einem fortschrittlichen, modernen Staat, der für damalige Verhältnisse eine vorbildliche soziale Gesetzgebung besitzt. Kein anderes Land verfügt in jener Zeit über vergleichbare Sozialgesetze, deshalb kann die deutsche Arbeiterschaft auch nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg den radikalen Kommunismus erfolgreich abwehren.
Die Deutschen sind schon damals besondere Bewunderer der Nordamerikaner und weder gegenüber den Franzosen noch anderen Europäern gibt es ausgeprägte Haßgefühle. Das Deutsche Reich ist kein beliebter Staat, denn wegen der vielfältigen Erfolge haben die "verbissenen Deutschen" traditionell immer zahlreiche Feinde und Neider. Viele Nachbarn belächeln oder verspotten die "preußischen Tugenden", aber trotz alledem ist das Deutsche Reich bis 1914 ein allseits geachteter Staat. Die deutschen Hochschulen sind weltbekannt und werden von Studenten aus allen Teilen der Welt besucht.
**Österreich-Ungarn, Serbien:** Infolge der ungarischen Unterdrückungspolitik rücken die seit uralten Zeiten verfeindeten Serben und Kroaten näher zusammen und verbünden sich nach 1900 gegen die Deutschen (Pan- bzw. Jugoslawismus).
Der deutsche Redakteur und Historiker Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den slawischen Nationalismus (x024/42): >>Der Panslawismus, die Idee von der Einheit aller slawischen Völker, hat nicht nur den Zusammenhalt des Habsburger Reiches untergraben, er diente auch als Richtlinie der russischen Außenpolitik und erlaubte es dem Zaren, als Repräsentant der slawischen Vormacht, als Sprecher und Beschützer aller Slawen aufzutreten - eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.
Schon vor dem Ersten Weltkrieg erschienen obskure Landkarten, in denen slawischen Staaten das ganze im frühen Mittelalter einmal slawisch besiedelte Gebiet Mitteleuropas einnahmen.

Die Deutschen sollten auf ein Reservat im Westen zurückgedrängt werden. Das waren gewaltige Übersteigerungen, die natürlich nicht von allen geteilt wurden, auch nicht als Wunschtraum. Aber sie kennzeichnen doch den slawischen Nationalismus und dessen Expansionsgelüste ...<<

**Rußland:** Ein Vertrauensmann des Zaren erklärt im Jahre 1900 (x233/124): >>Asien ist seinem ganzen Umfang nach im vollen Sinne des Wortes nichts anderes als ein Stück Rußlands. ...

In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen. ...<<

Russische Truppen besetzen im Jahre 1900 die Mandschurei in China. Im Verlauf dieser Militäraktion ertränken Kosaken und russische Polizisten im Juli 1900 in Ostsibirien, an der Grenze zur Mandschurei, mehrere tausend chinesische Zivilisten im Grenzfluß Amur.

Ein Zeitzeuge berichtet später über diesen Massenmord in Ostsibirien (x122/328-329): >>... Ich kam ungefähr ein Jahr vorher in die Stadt und war daher unfreiwilliger Zeuge dieser Greuel ...

Auf dem linken Ufer des Amur befindet sich eine Niederlassung der Kosaken. Dorthin wurden vor Sonnenaufgang unter Begleitung von Kosaken und Polizisten etliche tausend Chinesen, darunter Greise, Gebrechliche, Kranke, Frauen und Kinder, getrieben. Wer vor Krankheit oder Müdigkeit nicht weitergehen konnte, wurde von den Kosaken gleich am Wege niedergestochen. ...

Als man die unglücklichen Chinesen bis an das Ufer des Amurs herangetrieben (hatte), wurde ihnen befohlen, ins Wasser zu gehen. ... Der Fluß ist aber an diesem Orte einen halben Werst (über 500 Meter) breit und besitzt eine starke Strömung. Man kann sich den Schrecken denken, der die an das Wasser Herangetriebenen erfaßte.

Auf die Knie fallend, mit zum Himmel emporgehobenen Händen, oder auch sich bekreuzigend, flehten die Unglücklichen, man möge sie nicht auf solche Weise töten; dabei versprachen einige, zum Christentum überzutreten ...

Aber zur Antwort auf diese Bitten jagten die unbarmherzigen Vollzieher der Befehle der Behörden mit Gewehrkolben, Bajonetten und Säbeln die um Gnade Flehenden ins Wasser; jene aber, die sich niedersetzten und zögerten, wurden auf der Stelle ermordet.

Augenzeugen, die diesen Massenersäufungen beiwohnten, die während mehrerer Tage nacheinander vor Sonnenaufgang stattfanden, erzählten von schrecklichen, herzzerreißenden Szenen. ...

Nur sehr wenigen ... gelang es, ... beinahe das chinesische Ufer zu erreichen; aber auch von diesen Glücklichen blieb nur eine winzige Zahl am Leben. Als die Kosaken sahen, daß die Schwimmenden nahe daran waren, sich zu retten, schickten sie ihnen gut gezielte Kugeln nach. ...

Es vergingen mehrere Tage, seitdem auf dem Amur die Leichen der Ertränkten zum erstenmal zum Vorschein gekommen waren. Massenweise schwammen sie täglich den Fluß hinunter, manchmal zu zweit, bei den Zöpfen zusammengebunden. ...<<

**Italien:** König Umberto I. (1844-1900, italienischer König seit 1878) wird im Jahre 1900 in Monza auf offener Straße von einem Anarchisten erschossen.

**Frankreich:** Während der Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 wird allgemein die hohe Qualität deutschen Industrieprodukte gelobt (x233/104).

**Großbritannien:** Die Zeitung "Daily Mail" berichtet am 19. Mai 1900 über das Verhalten der Londoner Bevölkerung während des Burenkrieges (x233/120): >>Innerhalb von 5 Minuten nach der Bekanntgabe ... (der Befreiung des afrikanischen Ortes Mafeking durch britische Truppen) war das historische Haus des Oberbürgermeisters (von London) von einer Menge von nicht weniger als 20.000 Rasenden umgeben, die alle schrien: Mafeking ist frei!, oder in allen möglichen und unmöglichen Tonarten "God save the Queen" sangen.

Frauen weinten, ganz außer sich vor Freude, und Männer umarmten einander, die sich meist gar nicht kannten: Aber das machte nichts, denn Mafeking war frei. ...<<

**USA:** Nordamerika festigt nach dem Sieg über Spanien (1898) im Jahre 1900 seine herausragende Position als Industriemacht.

US-Senator Albert Beveridge erläutert im Jahre 1900 die "rechtmäßige Annexion" der Philippinen (x056/135): >>Die Philippinen sind unser auf ewig, sie sind "den Vereinigten Staaten zugehöriges Territorium", wie unsere Verfassung dies nennt. Und gleich jenseits der Philippinen sind Chinas unbegrenzte Märkte. Keines von beiden werden wir aufgeben. ...

Selbstbestimmung und innere Entwicklung haben das erste Jahrhundert unserer Geschichte geprägt; Verwaltung und Entwicklung fremder Länder werden unsere vorherrschenden Aufgaben im zweiten Jahrhundert sein. ...

Von allen Völkern des Menschengeschlechts hat Gott das amerikanische Volk dazu auserwählt, letztendlich die Führung zu übernehmen, bei der Erneuerung der Welt. ...<<

Der nordamerikanische Außenminister John Hay (1838-1905) erteilt der Auslandvertretung am 3. Juli 1900 folgende Weisung (x239/195): >>Bisher war es immer die Absicht des amerikanischen Präsidenten, mit den anderen Mächten gemeinsam zu handeln, um

1. mit Peking Verbindung aufrechtzuerhalten und die amerikanischen Beamten, Missionare und andere gefährdete Missionare zu schützen,
2. überall in China Amerikanern und ihrem Eigentum jeden möglichen Schutz zu gewähren, ...
3. die Ausbreitung der Unruhen in andere Provinzen des Reiches und ihre Wiederholung zu verhindern.

Noch ist es natürlich zu früh, die Mittel, die das letztgenannte Ziel erreichen könnten, zu benennen; aber die Politik der amerikanischen Regierung ist es, eine Lösung zu suchen, die China Sicherheit und einen dauerhaften Frieden bringt, die Chinas politische Einheit erhält, alle durch Verträge und vom Völkerrecht garantierten Rechte friedlicher Mächte schützt und allen Staaten der Welt das Prinzip gleichberechtigten Handelns in allen Teilen des chinesischen Reiches offenhält. ...<<

**China:** Der radikale chinesische Geheimbund der "Boxer" fordert im April 1900 zum Kampf gegen die langhaarigen Teufel aus dem Westen und die einheimischen Christen auf (x122/-413, x239/194): >>Die "Gesellschaft der Freiwilligen der geschlossenen Faust" wird die fremden Teufel bekämpfen. Die Freiwilligen werden die Häuser der Fremden verbrennen und die Tempel wieder herstellen. ...<<

>>... Fremde Teufel sind gekommen und haben durch ihre Lehre viele zu ihrem römischen und protestantischen Glauben verleitet. ...

Sie haben ohne Grenze ihre Kraft mißbraucht, bis alle guten Beamten verdorben und ihre Diener geworden waren aus Begierde nach fremdem Reichtum.

Der Telegraph und die Eisenbahnen sind eingerichtet worden, man hat Gewehr- und Geschützfabriken angelegt, und diese Anstalten verursachen den fremden Teufeln eine Freude der Bosheit; ebenso ist es mit den Lokomotiven, den Ballons und den elektrischen Lampen, Erfindungen, die diese fremden Teufel für vorzüglich halten.

Obwohl ihr Rang ihnen dies Recht nicht gibt, lassen sie sich in Sänften tragen; China betrachtet sie doch als Barbaren, die Gott verdammen wolle. Geister und Genien steigen vom Himmel herab, um sie zu vernichten; die ersten dieser Himmelsmächte, die auf die Erde gekommen sind, das "das Licht der roten Lampe" und die "Gesellschaft der Freiwilligen der geschlossenen Faust", werden die fremden Teufel bekämpfen. Die Freiwilligen werden die Häuser der Fremden verbrennen und die Tempel wiederherstellen. ...<<

Ein Mitglied der chinesischen "Boxerbewegung" begründet im Jahre 1900 den Aufstand gegen die europäischen Imperialisten (x073/20-21): >>Die westliche Zivilisation ist in unseren

Augen ... wie ein Ding von gestern. Die chinesische Zivilisation dagegen ist ungezählte Jahrtausende alt. ...
Auch bei uns gab es eine Zeit, da wir unsern "Kampf ums Dasein", unsre Jagd nach Reichtum, unsern Machthunger, unser Hasten und Hetzen und unsere Qual hatten. Auch wir hatten unsere klugen Erfindungen, ... aber wir haben lange genug gelebt, um zu erkennen, wie wenig notwendig und wie nutzlos alles das ist. ... So werden Sie überall in China dasselbe Maß und denselben gleichartigen Geist der Befriedigung finden. ...
Und nun kommt ihr, aus eurer westlichen Welt zu uns mit dem, was ihr eure "neuen Ideen" nennt. Ihr bringt uns eure Religion – ein Kind von neunzehnhundert Jahren; ihr fordert uns auf, Eisenbahnen zu bauen. ... Ihr wollt Fabriken bauen und dadurch unsere schönen Künste und Gewerbe verdrängen. ...
Gegen alles das erheben wir Einspruch. Wir wollen allein gelassen werden, wir wollen die Freiheit haben, unser schönes Land und die Früchte unsrer alten Erfahrung zu genießen. Wenn wir euch bitten, wegzugehen, so weigert ihr euch und bedroht uns gar, wenn wir euch nicht unsere Häfen, unser Land, unsere Städte geben.
Daher sind wir Mitglieder der Gesellschaft der sogenannten "Boxer" nach reiflicher Überlegung zu der Erkenntnis gekommen, daß die einzige Möglichkeit, euch los zu werden, darin liegt, daß wir euch töten.<<
Ein Berater der chinesischen Kaiserin zweifelt damals an den Erfolgsaussichten der "Boxer" (x239/195): >>Wo ein schwaches Volk sich zehn oder mehr mächtigen Staaten zu widersetzen wagt, kann das unvermeidliche Ergebnis nur der völlige Untergang sein. ...
Es bedarf keiner besonderen Weisheit um zu sehen, daß die Erfolgshoffnungen der Boxer nichts mehr als der Schatten eines Traumes sind.
Es ist wahr und nicht zu leugnen, daß alle, von den Majestäten auf dem Thron bis hinunter zum Niedrigsten in unserem Volke, durch die unaufhörliche Aggression der Fremden und ihre Beleidigungen gelitten haben.
Aus diesem Grunde wurden diese patriotischen Banden, die eine göttliche Mission der Vergeltung beanspruchen, organisiert. ...<<
Am 19. Juni 1900 wird beim sogenannten "Boxeraufstand" in Peking der deutsche Gesandte ermordet. Danach erfolgt am 21. Juni 1900 die offizielle chinesische Kriegserklärung an die Westmächte.
Nach größeren Massakern an Christen, greifen europäische und nordamerikanische Truppen ein. Sie erobern am 16. August 1900 Peking und befreien rund 1.000 Ausländer sowie etwa 3.000 chinesische Christen aus dem 55 Tage lang belagerten Gesandtschaftsviertel.
Beim Boxer-Aufstand in China werden etwa 200 Missionare und mindestens 20.000 chinesische Christen ermordet.
Ein deutscher Legationsrat berichtet später über die Zustände in der eroberten Hauptstadt Peking (x122/414): >>Plünderungen von Häusern durch die fremden Truppen, Brutalitäten bei den Haussuchungen, Trunkenheit und Vergewaltigung waren an der Tagesordnung. ... Wochenlang saßen die Chinesen zitternd vor ihren Häusern und fristeten ständig in Furcht vor dem ominösen Klopfen an der Tür, ihr kümmerliches Leben. ...<<
Der deutsche Admiral Bendemann (Chef des deutschen Kreuzergeschwaders) berichtet am 23. August 1900 (x056/296): >>Vom chinesischen Standpunkt aus ist es wohl verständlich, daß die Regierung der beständigen mehr oder minder offensiven Eingriffe der europäischen Mächte müde war, daß das Volk über das rapide Eindringen westlichen Wesens (Missionare, Einsenbahnen und Bergwerksunternehmen) beunruhigt und erbittert war; z.B. soll die aufständische und fremdenfeindliche Bewegung der Boxer (ein Geheimbund) starken Zugang aus all den Unzufriedenen gehabt haben, die wie z.B. Lastenträger, Fuhrleute, Karrenschieber, Gastwirte und zahlreiche andere Gewerbetreibende in den Ortschaften an der Straße Taku - Peking

durch den Betrieb der Eisenbahn brotlos geworden waren.
Endlich fürchteten beide, Volk und Regierung vereint, die europäischen Mächte planten eine Aufteilung Chinas. Zu verwundern ist diese Befürchtung nicht. Die europäische Presse jedenfalls hat dieses Thema in allen Tonarten seit Jahren erörtert.<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Niederschlagung des "Boxeraufstandes (x281/43): >>Im Sommer 1900 erhob sich schließlich das einfache Volk gegen die Besatzer. "Fremde Teufel sind gekommen", beginnt ein Aufruf gegen die Eindringlinge des Westens.
Die Volkserhebung wurde vom Westen auf den Namen Boxeraufstand getauft, weil viele der Aufständischen aus den ländlichen Boxervereinigungen stammten. Auch er wurde schließlich von einer internationalen Truppe niedergeschlagen.
Ein erneutes Zeichen der Demut war nun gefragt. Eine "Sühnemission" der Chinesen mußte nach Potsdam an den Hof von Kaiser Wilhelm II. reisen, um sich für den Aufstand zu entschuldigen.
Das stolze China war nur noch die Attrappe eines souveränen Staates, Schriftzeichen und Polizeigewalt blieben erhalten, doch die Regierung in Peking war nicht mehr Herr im Hause. Der westliche Poltergeist hatte das Regiment übernommen. China, das am Vorabend des Ersten Weltkrieges ein Viertel der Weltbevölkerung stellte und mit damals 440 Millionen Einwohnern mehr als eineinhalbmal so viele Menschen beherbergte wie Westeuropa, war eine Kolonie des Westens geworden. ...<<
China muß später 739 Millionen Silberdollar Entschädigung an 13 Nationen (275 Millionen Mark an das Deutsche Reich) zahlen (x056/295). Großbritannien erhält ferner Bahnbaurechte in seinen chinesischen Einflußgebieten.
Der nordamerikanische Historiker Kenneth S. Latourette (1884-1968) berichtet später über Chinas Schicksal nach dem gescheiterten Boxeraufstand (x056/296): >>... Von nun an verhielten sich für ein Vierteljahrhundert und mehr die Westmächte in China so, als sei das Reich ein erobertes und besetztes Land. Das Benehmen der meisten gegenüber den Chinesen war hochfahrend und sogar arrogant. So war klar, daß jede Gewalttat gegen einen Fremden durch eine sofortige und heftige Vergeltungsmaßnahme beantwortet wurde.
Ausländische Kanonenboote und Handelsdampfer befuhren die Küstengewässer, den Jang-Tse (Jangtsekiang) und seine Nebenflüsse. In Peking glichen die Botschaften einer Festung, die von ihren eigenen Truppen bewacht wurden. Jetzt aber mußte China seine eigene Kultur der der Eindringlinge anpassen oder seine politische Unabhängigkeit verlieren.<<
**Japan:** Hirobumi Ito (1841-1909, japanischer Staatsmann, Begründer des modernen Staatswesens und maßgeblich an Japans Aufstieg zur asiatischen Großmacht beteiligt, 1909 ermordet) schreibt um 1900 über die Modernisierung des Landes (x233/126): >>Von Anfang an haben wir das Erfordernis erkannt, daß das japanische Volk sich nicht nur westliche Methoden aneignen solle, sondern auch möglichst bald befähigt sein müsse, ganz ohne Hilfe fremder Anweisungen fertig zu werden.
In der ersten Hälfte haben wir viele Ausländer nach Japan gebracht, um zur Einführung moderner Methoden uns behilflich zu sein, aber wir hielten dabei stets im Auge, japanische Studenten zu befähigen, ihre berechtigte Stellung in der Nation einzunehmen, sobald sie etwas gelernt hatten. ...<<
**Afrika:** Französische Truppen erobern im Jahre 1900 die Tschadregion in Zentralafrika.

**1901**

Wir betrachten die Menschen der Antike häufig, als wären sie Kinder. Nein, gemessen an ihnen, an ihrer in die Tiefe dringenden, ernsten und unverdorbenen Lebensauffassung, sind wir Kinder.
*Lew Nikolajewitsch Graf Tolstoi (1828-1910, russischer Dichter)*

**Deutsches Reich:** Friedrich von Holstein (Vortragender Rat im Auswärtigen), der seit 1890 alle deutsch-englischen Bündnisverhandlungen leitet, hält die aktuellen britischen Bündnisvorschläge im Jahre 1901 für unzureichend.
Holstein schreibt im Jahre 1901 an den deutschen Botschafter in London (x069/89): >>Ich bin gegen den jetzigen Freundschaftssturm von Chamberlain und Genossen deshalb besonders mißtrauisch, weil die angedrohte Verständigung mit Rußland und Frankreich so vollständiger Schwindel ist. Wir können warten. Die Zeit läuft für uns. Ein vernünftiges Abkommen mit England läßt sich meines Erachtens erst dann erreichen, wenn das Gefühl der Zwangslage in England allgemeiner als heute geworden ist. ...<<
Der deutsche Historiker Wilhelm Schüßler (1888-1965) schreibt später über Holsteins verhängnisvolle Fehleinschätzung (x069/90): >>Nur die Entente mit England, die gemeinsame Operation auf dem weltpolitischen Felde bot die Sicherung Deutschlands. Allerdings muß man auch hier, bei der Entscheidung für England, auf die stolze Unabhängigkeit verzichten – wenn man die Weltlage richtig sah. ...
Aber den blinden Augen Holsteins und Bülows war diese Wahrheit verborgen; und so forderten sie das geschriebene Bündnis, verwarfen also die Entente, die England für bestimmte und für begrenzte Zwecke vorschlug. Und so mußte dann in Holsteins Auftrag der deutsche Botschafter am 19. Dezember 1901 in denkwürdiger Schicksalsstunde dem britischen Außenminister erklären: "Alles oder nichts!"
So endete das ganze Gespräch zwischen England und Deutschland, und so begann die verhängnisvolle Gruppierung der Mächte, die für das Reich so lebensbedrohend war.<<
In der Provinz Posen löst der deutsche Spracherlaß (Abschaffung des polnischen Katechismus) im April 1901 heftige Empörung aus. Die Bevorzugung der deutschen Sprache und der Beamtenerlaß vom 12. April 1898 sollen die Germanisierungspolitik in den Ostprovinzen unterstützen (x092/689).
Am 23. April 1901 fordert die polnische Zeitung "Dziennik Berlinski" (x064/123): >>Kein Pole darf sich mit einer Deutschen oder einem anderen fremden Mädchen verheiraten, das ist eine Todsünde ... Es ist besser, daß unsere Mädchen bis zum Tode ledig bleiben, ehe sie einen Deutschen heiraten. ...<<
**Schweden:** Im Jahre 1901 erfolgt in Stockholm die 1. Preisverteilung des "Nobelpreises".
**Frankreich:** Gabriel Hanotaux (1853-1944, französischer Historiker und Politiker, von 1894-98 Außenminister, fördert die Annäherung an Rußland und die koloniale Ausdehnung Frankreichs) berichtet im Jahre 1901 während eines Vortrages in Paris (x239/175): >>In weniger als einem halben Jahrhundert wird die Welt aufgeteilt sein; die noch freien Länder werden in Besitz genommen und die neuen Grenzen endgültig gezogen sein. Für neue Expansionen wird kein Platz mehr sein, es sei denn, um den Preis schrecklicher Erschütterungen. ...
Es geht nicht allein um eine gewaltige Zurschaustellung von Eroberungen; es geht auch nicht um die Vergrößerung des öffentlichen und privaten Reichtums; es geht darum, über die Meere hinweg in gestern noch unzivilisierten Ländern die Prinzipien einer Zivilisation auszubreiten, deren sich eine der ältesten Nationen der Erde sehr zu Recht rühmen kann; es geht darum, in unserem Umkreis und in weiter Ferne so viele neue Frankreichs zu schaffen wie möglich; es geht darum, inmitten der stürmischen Konkurrenz der anderen Rassen, die sich alle auf denselben Weg begeben haben, unsere Sprache, unsere Sitten, unser Ideal, den Ruf Frankreichs

und des Romanentums zu bewahren. ...<<

**Großbritannien:** Der britische Politiker Joseph Chamberlain wirbt im Jahre 1901 für ein Bündnis mit dem Deutschen Reich (x069/89): >>England müsse sich für die Zukunft nach Bundesgenossen umsehen. Die Wahl sei zwischen Rußland-Frankreich und dem Dreibund. Sowohl innerhalb des Kabinetts als auch im Volke gebe es Stimmen, die einen Ausgleich und ein festes Zusammengehen mit Rußland wünschen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die allmähliche politische Isolierung des Deutschen Reiches (x057/190-191): >>England hatte in Deutschlands mächtigem Aufschwung den eigentlichen Nebenbuhler seiner Seeherrschaft und Weltwirtschaft erkannt und entschloß sich deshalb, den deutschen Wettbewerb durch ein Zusammengehen mit Deutschland auszuschalten.

Ohne ein eigentliches Bündnisangebot zu machen, verhandelten englische Staatsmänner mit deutschen Diplomaten (1898 und 1900/01). Die Bündnisverhandlungen wurden aber von beiden Seiten mit so großem Mißtrauen geführt, daß nach dreimaligen Versuchen der englischen Regierung die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Somit vollzog sich eine entscheidende Wendung in der außenpolitischen Lage des Reiches. Die deutsche Regierung baute auf den unversöhnlichen Gegensatz zwischen England und Rußland und glaubte, beide Mächte gegeneinander ausspielen zu können. Aber das Schwanken zwischen England und Rußland hatte die Feindschaft beider zur Folge und sollte Deutschland zum Verhängnis werden. ...

Englands trat nun auf die Seite der Gegner Deutschlands und begann damit dessen Isolierung (1902). Zunächst schloß es ein Bündnis mit Japan und unterstützte es im Kriege gegen Rußland (1904/05). Dann verständigte es sich mit Frankreich (Entente cordiale), indem es auf seine Ansprüche in Marokko verzichtete und dafür freie Hand in Ägypten erhielt. Von größter Bedeutung war sodann die Verständigung mit Rußland, die den scheinbar unüberbrückbaren Gegensatz zwischen beiden Mächten beseitigte (1907). Persien wurde in eine nördliche russische und südöstliche englische Zone geteilt. Auch im fernen Osten erfolgte eine Abgrenzung der Machtbefugnisse.

Durch den Abschluß der Entente hatte sich die weltpolitische Stellung Deutschlands außerordentlich verschlechtert. Der Dreibund (Deutschland – Österreich –Italien) war durch den Gegensatz Österreich – Italien stark geschwächt, zumal Italien sich immer mehr der Entente näherte. Der einzige zuverlässige Bundesgenosse Österreich-Ungarn drohte in verschiedene Nationalitäten auseinander zu fallen.

Auf der anderen Seite stand die Triple-Entente (England – Frankreich – Rußland), der Japan und später auch Portugal angegliedert waren und der sich auch Italien (ohne das Bündnis mit Deutschland und Österreich zu kündigen) und Rumänien zugesellten. So war Deutschlands Vereinsamung vollzogen.

Die Führung der gegnerischen Mächtegruppe übernahm England unter seinem König Eduard VII. (1901-1910) und dem Außenminister Grey, unterstützt von Frankreich (Clemenceau, Delcassé und Poincaré) und Rußland (Iswolski und Sassonow).

Mit allen Mitteln wurde versucht, die Weltmeinung gegen Deutschland zu beeinflussen. Als die deutsche Regierung auf den beiden Haager Friedenskonferenzen (1899, 1907) die Erörterung der Abrüstungsfrage ablehnte, stellte man Deutschland vor der Welt als Erobererstaat hin, der durch seinen Militarismus den Weltfrieden störe. ...<<

**USA:** US-Präsident McKinley (seit 1897 Präsident, begründet die imperialistische Weltmachtpolitik Nordamerikas) wird im Jahre 1901 durch einen Anarchisten ermordet.

McKinleys Nachfolger, Vize-Präsident Theodore Roosevelt (1858-1919, US-Präsident von 1901-1909), setzt die US-Weltmachtpolitik konsequent fort.

*Abb. 48 (x239/189): "Der Schutzmann der Welt" – amerikanische Karikatur auf Theodore Roosevelts "Politik des großen Knüppels", 1905.*

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 25.10.2008) über Theodore Roosevelt (x887/...): >>**Er machte die USA zum "Weltpolizisten"**

Präsident Theodore Roosevelt betrieb Friedenspolitik, war aber durchaus auf die Interessen seines Landes bedacht

Theodore Roosevelt wurde 1858 in New York City als Sohn von Theodore Roosevelt senior und dessen Frau Martha Bulloch in eine sehr vermögende und gesellschaftlich etablierte Familie geboren. Weil er während der Kindheit starkes Asthma hatte, erhielt er überwiegend zu Hause Unterricht von Privatlehrern. 1876 ging er an die Universität Harvard, wo er bis 1880 studierte.

Zwei Jahre später begann Roosevelts politische Karriere. Er ließ sich als unabhängiger Kandidat bei der Republikanischen Partei für das Abgeordnetenhaus im Staat New York aufstellen und wurde gewählt. 1891 holte Präsident William McKinley ihn als Staatssekretär in das Marineministerium. Vehement unterstützte er in der ihm übertragenen Funktion die Forderung nach einem Krieg gegen Spanien, das sich den Unabhängigkeitsbestrebungen von Kuba widersetzte.

Als 1898 Roosevelts Ziel erreicht und der Krieg zwischen Spanien und den USA ausgebrochen war, trat er von seinem Amt zurück, um eine Kavallerieeinheit zu organisieren, der er als Oberst vorstand. Die von ihm angeführten "Rough Riders", die sich aus verwegenen Cowboys aber auch aus Sportreitern der Ostküsten-Oberschicht zusammensetzten, zeigte Roosevelt Führungskraft und großen Wagemut; der Einsatz auf Kuba ließ ihn zum Kriegshelden werden. 1899 kandidierte Roosevelt in New York als Gouverneur und gewann die Wahl.

Ein Jahr später wurde Roosevelt unter William McKinley Vizepräsident der Vereinigten Staaten. Als der Präsident 1901 durch den Anarchisten Leon Czolgosz angeschossen wurde und wenige Tage später seiner Verwundung erlag, wurde Roosevelt dessen Nachfolger und damit der jüngste Präsident der Vereinigten Staaten.

Roosevelt begann bereits sehr rasch, seine Ideen im Land zu verwirklichen. Energisch betrieb

er eine Politik, die man auf manchen Feldern eher von einem Demokraten als von einem Republikaner erwarten würde. So stärkte er die Position der Arbeitnehmer gegenüber jener der Arbeitgeber und setzte sich massiv für die Monopolkontrolle der Konzerne (Trusts) ein. Auch war er der erste Präsident der Vereinigten Staaten, der mit Booker T. Washington offiziell einen Schwarzen im Weißen Haus empfing. Des weiteren gründete Roosevelt eine Reihe von Nationalparks in den USA und gilt dadurch als früher Verfechter des Naturschutzes.
Den US-Amerikanern gefiel Roosevelts Politik und 1904 wurde er mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Er setzte seine Wirtschafts- und Innenpolitik der starken Zentralgewalt fort und machte sich weiter um den Naturschutz verdient, indem er die Anzahl der Nationalparks verdoppelte und 51 Naturreservate einrichtete.
Doch auch in der Außenpolitik setzte Roosevelt neue Akzente. Nachdem mit der Monroe-Doktrin bereits Südamerika de facto zum US-amerikanischen "Hinterhof" erklärt worden war, ging Roosevelt noch einen Schritt weiter, in Richtung Weltpolitik mit den USA in der Rolle des Weltpolizisten.
1905 gelang es Roosevelt, die miteinander Krieg führenden Mächte Rußland und Japan zu Friedensverhandlungen im US-Ostküsten-Badeort Portsmouth zu bewegen, wofür er im darauffolgenden Jahr als erster Amerikaner den Friedensnobelpreis erhielt. 1906 beendete er mit dem Eingreifen der USA in die Marokko-Krise die Isolationspolitik seines Landes gegenüber Europa.
Mit seinen für einen Republikaner unkonventionellen politischen Entscheidungen machte sich Roosevelt im eigenen Lager nicht nur Freunde. Bis 1909 verschärfte sich der Streit bei den Republikanern zwischen Befürworten und Gegnern derart, daß Roosevelt auf eine bis 1947 noch zulässige dritte Amtsperiode verzichtete. Er tat dieses in dem Glauben, in seinem späteren Nachfolger William Howard Taft, den er selbst einige Jahre zuvor ins Kabinett geholt hatte, einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben.
Taft erfüllte als Präsident zwar nicht die von Roosevelt in ihn gesetzten Hoffnungen, doch der Versuch eines politischen Comebacks mißlang dem Ex-Präsidenten. Bei den Republikanern mangelte es ihm an Unterstützung, und als unabhängiger Präsidentschaftskandidat neben Taft von den Republikanern und Woodrow Wilson von den Demokraten hatte er 1912 keine Chance.
Wenige Monate nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, in dem er sich für den Kriegseintritt seines Landes auf Seiten der Entente-Mächte stark machte, am 6. Januar 1919, starb Theodore Roosevelt in Oyster Bay, New York.
Geblieben ist von dem 26. Präsidenten der USA außer seinem Kopf an der Seite der Häupter von George Washington, Thomas Jefferson und Abraham Lincoln der Teddybär. Auf einer Jagd hatte "Teddy" Roosevelt sich geweigert, einen jungen Bären zu erschießen, den Jagdhelfer für ihn an einen Baum gebunden hatten. Der Pressezeichner Clifford Berryman hielt die Jagdszene in einer Karikatur fest, die auf der Titelseite der "Washington Post" veröffentlicht wurde.
Die Zeitungsleser schlossen den Bären ins Herz und wollten mehr von ihm sehen. Berryman ließ den Bären in den folgenden Karikaturen immer kleiner, runder und niedlicher werden und brachte ihn auf jeder Abbildung mit dem Präsidenten unter. Nun bedurfte es nur noch eines Schusses Geschäftstüchtigkeit, um aus dem zweidimensionalen Sympathieträger in der Zeitung eine dreidimensionale Knuddelpuppe zu machen. Über alledem wurde aus "Teddy’s Bear" "Teddy Bear", unser "Teddybär".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2020 im COMPACT-Spezial Nr. 25 (x365/20-21): >>**Mit dem großen Knüppel**
_ von *Sven Eggers*

Mit seinen Aggressionen in Lateinamerika und im pazifischen Raum am Ende des 19. Jahrhunderts trieb der US-Imperialismus zu voller Blüte. Am Anfang stand ein vermutlich inszenierter Vorfall.
Am 15. Februar 1898 wurde im Hafen von Havanna durch eine mysteriöse Explosion das zum Schutz amerikanischer Bürger und Besitzungen nach Kuba kommandierte US-Schlachtschiff "Maine" mitsamt Mannschaft in die Tiefe gerissen.
Das war ein willkommener Anlaß, um das umgehend für schuldig erklärte Spanien mit Sanktionen und Provokationen zur Erklärung eines Krieges zu nötigen, der zum endgültigen Aus der spanischen Herrschaft in Lateinamerika führen sollte.
Die USA konnten sich dadurch neue Absatzmärkte und Rohstoffquellen, mehr Einfluß in der Karibik und schließlich auch mehr Macht in der Weltpolitik sichern.
Im Zuge des willkürlich vom Zaun gebrochenen Krieges, der vom 23. April bis 12. August 1898 andauerte, rissen sich die Yankees Puerto Rico und Kuba unter den Nagel. Kolumbien wurde zerteilt, der Nordteil unter dem Namen Panama zur Quasi-Kolonie der Vereinigten Staaten.
1907 geriet die Dominikanische Republik unter US-Kontrolle, Haiti wurde 1915 von amerikanischen Truppen besetzt, Nicaragua 1916 unterworfen. Mexiko schlug man mit mehreren Invasionen zu Boden, anderen Ländern erging es nicht besser: Zum Teil durch militärische Überfälle (zum Beispiel in Chile 1891/92 und Venezuela 1895 beziehungsweise 1902/03), zum Teil durch wirtschaftliche Durchdringung verwandelte man den Halbkontinent in eine Halbkolonie.

**Blutbad auf den Philippinen**

Es folgte der Ausgriff in den pazifisch-asiatischen Raum. Schon 1854 war Japan gezwungen worden, sich dem US-Handel zu öffnen. 1893 wurden die Hawaii-Inseln, 1898 Guam und 1899 Samoa sowie die Philippinen zu Besitzungen Washingtons. Der damalige Präsident William McKinley bezeichnete die Eroberung letztgenannter Inselgruppe als "Gottesgeschenk", der republikanische Senator Albert J. Beveridge sah sie als "Sprungbrett nach China", dessen gigantische Märkte den Amerikanern nun offen stünden.

**"Das ist kein Krieg, es ist einfach ein Massaker und mörderisches Abschlachten."**
Britischer Augenzeuge

Vor allem auf den Philippinen gingen die USA grausam und brutal zu Werke. Dörfer und Felder wurden niedergebrannt, die Bevölkerung vertrieben. Bis zu 60.000 Filipinos starben durch Kämpfe, bis zu 600.000 durch Hunger und Krankheit. Im November 1901 berichtete ein Korrespondent für den "Philadelphia Ledger":
"Der gegenwärtige Krieg ist keine blutlose Operninszenierung; unsere Männer sind unbarmherzig, sie haben Männer, Frauen, Kinder, Gefangene, aktive Aufwiegler und verdächtige Leute, ab zehn Jahren aufwärts, getötet, der Hintergrund war der Gedanke, daß Filipinos kaum besser waren als Hunde." Und weiter:
"Unsere Soldaten haben Salzwasser in Männer gepumpt, um sie zum Reden zu bringen, sie haben Leute gefangen, die sich mit den Händen über den Köpfen friedlich ergeben haben, um sie dann eine Stunde später, ohne auch nur den geringsten Beweis zu haben, daß sie Aufwiegler wären, auf Brücken zu erschießen und sie sodann ins Wasser zu werfen, um diejenigen, die sie finden, abzuschrecken." Ein britischer Zeuge habe bestätigt: "Das ist kein Krieg, es ist einfach ein Massaker und mörderisches Abschlachten."
Es schlossen sich binnen weniger Jahre rund ein Dutzend direkter oder indirekter US-Interventionen in mittelamerikanischen Staaten an, um klarzumachen, wer dort nun das Sagen hatte. Die Zone um den 1914 fertiggestellten Panamakanal, eine der wichtigsten künstlichen Wasserstraßen der Welt, wurde direkt US-Territorium.

Auch das widerspenstige Mexiko, dem die USA bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts kriegerisch das Gebiet der nachmaligen Bundesstaaten Texas, New Mexiko und Kalifornien genommen hatten, bekam den "Big Stick", den "dicken Knüppel" zu spüren. Diesen hatte US-Präsident Theodore Roosevelt - 1901 mit Hilfe der Finanzgiganten John Pierpont Morgan und John D. Rockefeller zum Präsidenten der USA gewählt - im Jahr 1903 ganz offen zum Instrument amerikanischer Außenpolitik erklärt: "Sprecht sanft und tragt immer einen dicken Knüppel bei Euch, dann werdet Ihr es weit bringen."

**Pancho Villa rebelliert**

Auf Kuba marschierten zwischen 1912 und 1917 wiederholt US-Truppen ein, die Dominikanische Republik wurde von 1916 bis 1924 besetzt. In die Nachbarrepublik Haiti entsandte man 1915 US-Truppen, Honduras war von 1912 bis 1919 sowie 1924 von den Vereinigten Staaten okkupiert. Als Vorwand für den Angriff auf Mexiko - damals drittgrößter Erdölproduzent der Welt - im Jahr 1916 diente US-Präsident Woodrow Wilson eine (provozierte) Attakke des mexikanischen Volkshelden und Revolutionsgenerals Francisco Villa, genannt Pancho Villa, gegen das westlich von El Paso gelegene Dorf Columbus.

Solange er in Mexiko gegen Kräfte gekämpft hatte, die Washington unangenehm erschienen, war Pancho Villa von den USA hofiert worden. Als er sich jedoch gegen die US-Großkapitalisten zu wenden drohte, die sich mittels Dollar-Imperialismus im nördlichen Mexiko nicht weniger als 220.000 Quadratkilometer Wald und fruchtbaren Ackerboden angeeignet hatten, ließ man den vormaligen Verbündeten fallen.

Von seinen vermeintlichen Partnern um vereinbarte Waffenlieferungen betrogen, drang der Mexikaner mit seinen Leuten ins erwähnte Columbus vor, um sich die Waffen auf eigene Faust zu beschaffen. Dabei kam es zu Feuergefechten mit geschätzt 18 Toten.

US-Präsident Wilson vermied es 1916, Mexiko den Krieg zu erklären. Der Angriff wurde als "Punitive Expedition" (Strafexpedition) bezeichnet, erstreckte sich über 600 Kilometer mexikanischen Bodens und dauerte in weiträumigen Gefechten bis Februar 1917. Zwar konnten die mexikanischen Regierungstruppen den Invasoren bei Carrizal eine Niederlage beibringen, doch die US-Militärdampfwalze erwies sich schließlich als übermächtig.

Zwei Jahre zuvor, im April 1914, hatten die USA schon einmal eine sogenannte Strafexpedition gegen Mexiko unternommen: Mitten im Frieden war US-Marine-Infanterie in Vera Cruz gelandet. Als sich die Mexikaner dagegen wehrten, fielen mehrere tausend US-Soldaten über den Nachbarn her. Die Besatzer blieben bis November 1914, ein Vierteljahr nach Beginn des Ersten Weltkrieges, in Vera Cruz.

**"Es ist eine politische Notwendigkeit, amerikanischer Anmaßung oft und nachdrücklich entgegenzutreten."**

Bismarck

All die Aggressionen der USA blieben nicht ohne Folgen für Europa. Bismarck erkannte die gefährliche Gewitterfront, die sich jenseits des Großen Teiches zusammenbraute. Am 2. Dezember 1897, ein halbes Jahr vor seinem Ableben, mahnte der deutsche Kanzler:

"Es ist eine politische Notwendigkeit, amerikanischer Anmaßung oft und nachdrücklich entgegenzutreten." 20 Jahre später, 1917, drang ein US-amerikanisches Millionenheer nach Europa. Washingtons Truppen gaben dem von Bismarck geschaffenen zweiten Deutschen Kaiserreich den Todesstoß. Weitere drei Jahrzehnte später hatte Europa als weltpolitischer Machtfaktor ausgespielt - und zwar durch das Treiben der USA.

**Die Mutter aller US-Kriegslügen**

Schon seit den 1860er Jahren gehörte die Kontrolle Kubas zum Forderungskatalog US-amerikanischer Wahlkämpfe. Die Position der Interventionisten verschlechterte sich allerdings, nachdem der spanische Premierminister Praxedes Mateo Sagasta der Insel 1897 eine weitreichende Autonomie anbot. Die Reaktion Washingtons darauf war die Entsendung der

USS "Maine" in den Hafen von Havanna, die nach einer dreiwöchigen Liegezeit am 15. Februar 1898 mit einer gewaltigen Detonation, die 266 Mann der Besatzung in den Tod riß, in die Luft flog.
In der US-Presse, die sofort ohne Belege einen Terrorakt unterstellte, setzte nun ein Kesseltreiben für einen Krieg gegen Spanien ein, der wenig später auch offiziell erklärt wurde. Heute steht nach umfangreichen Untersuchungen fest, daß sich die Explosion im Inneren des Schiffes ereignete und diese somit entweder ein Unfall oder eine False-Flag-Aktion war. Der kalifornische Zeitungsmogul William Randolph Hearst hatte einem seiner Korrespondenten kurz zuvor in einem Telegramm mitgeteilt, er werde für Krieg sorgen.<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über den "neuen Imperialisten" USA (x281/16-17): >>Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts meldeten sich auch jene unmißverständlich zu Wort, die sich bisher eher zurückgehalten hatten, Amerikaner und Deutsche. Beide Nationen wollten mitreden, wenn es um die Neuaufteilung der Erdkugel ging.
Die USA, so ihr damaliger Präsident Theodor Roosevelt, müßten "mit sanfter Stimme sprechen, aber einen dicken Knüppel in der Hand halten". Der dicke Knüppel war die eigene Seestreitmacht, deren Aufbau er zügig vorantrieb. ...<<
Im Jahre 1901 leben in Nordamerika nur noch 270.000 Ureinwohner (x068/44).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten (x068/44-46): >>1825 erklärte Staatssekretär Clay: "Ihre Auslöschung ist unvermeidlich und kein großer Verlust".
"Schießen, wenn sie auf Schußnähe herankommen!", galt lange Zeit als Faustregel an der Grenze. Kurz, weithin waren die amerikanischen Militärs, die Politiker, die Beamten für Ausrottung oder doch rücksichtslose Unterdrückung der roten Rasse.
Und selbstverständlich waren es auch alle, die Gewinnsucht und Habgier … immer weiter vorwärts trieben, bis sie faktisch alles besaßen und die ursprünglichen Besitzer faktisch nichts mehr.
Und dies Land will der Welt Freiheit bringen, Demokratie! Will sie Moral lehren, Recht! Will "die Ketten zerbrechen", sie "glücklicher" machen, "retten", "bis alle Menschen vom Hunger befreit und gegen Krankheit geschützt sind!" Will ausgerechnet gar die Kluft zwischen weißen und farbigen Rassen restlos beseitigen - ja, was haben ihre Präsidenten uns nicht schon vorgelogen! Als ließe ihre ganze Geschichte, von Anbeginn bis heute, auch nur den leisesten Zweifel daran, daß sie jedes Volk, egal welches, vernichten werden wie die Indianer, wenn es ihnen ernsthaft im Weg steht und auch vernichtet werden kann.
Die Zahl der indianischen Bevölkerung vor Invasion der Weißen ist sehr umstritten. Die Angaben schwanken zwischen wenigen Hunderttausend und vielen Millionen. Nach eher vorherrschender Ansicht der Gelehrten aber lebten zu Anfang des 17. Jahrhunderts, also bei Beginn des mörderischen Raubzugs an der Ostküste Nordamerikas, etwa acht Millionen Menschen. Nach Abschluß der gloriosen "Landnahme" lebten nur noch 350.000. Eine genaue Zahl sichert die Volkszählung von 1901: 270.000 Indianer. Dies die große Pioniertat! Anders gesagt: … das "big killing".
Der allergrößte Teil der Indianer, dies ist unbestritten, fiel den Nordamerikanern zum Opfer; entweder direkt, durch Massaker, Abschlachtung, oder indirekt, durch Hunger, Elend, Epidemien. Und gab es auch immer wieder Offiziere, Beamte, Geistliche, die sich für die Indianer engagierten, die Masse des Militärs, des Klerus, der Beamten, die Regierung, das Volk war gegen sie.
Und die heutigen Indianer haben wohl recht, von einem gewollten Rassenmord zu sprechen. Ein Großteil der amerikanischen Intelligenz, der Gelehrtenwelt, sieht das nun ähnlich; erklärt

es als "Ausrottung" der Indianer, als "Vernichtung", "Menschenjagd", "Genocid". - "Lange vor Vietnam taten wir das gleiche mit den Indianern" (Stan Steiner).
Und nicht nur einmal wurde dies Blutbad mit der Judenbeseitigung Hitlers verglichen. Ermordeten die Amerikaner ebenso viele Indianer?
Oder mehr? …
Über Hitler klärten uns - das hat viel Geld gekostet - die Amerikaner auf. Nicht ganz, natürlich. Sie verschwiegen, daß sie selbst ihn finanzierten. Großzügig, sehr großzügig: seine Wahlen, seine Rüstung - und (damit auch) seinen Antisemitismus! Doch dazu werden sie noch lange schweigen. Auch ihre Indianervertilgung (die Quelle ihres Reichtums und ihrer Armut!) übergehen ihre Zeitungen, ihre Schulbücher noch im 20. Jahrhundert meist. Und in den Fernseh-, den Filmprogrammen figuriert der Indianer noch immer als der rote Teufel, der "bad guy", der nur Heimtücke und Kriegsgeschrei kennt, nur Brandfackel und Skalpmesser, Tomahawk und Tortur.
Rühmt doch auch der US-Informationsdienst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch: "Das waren handfeste Grenzer, die sich Land nahmen, wo es ihnen gefiel, und ihre Rechte (!) mit der Flinte - und mit endlosen Bibelsprüchen - verteidigten ..." Rühmt der US-Informationsdienst doch die "Kraftquelle von unschätzbarem Wert". Rühmt er doch "scharfe Augen und zuverlässige Flinten ... So mußte ein zupackender selbstsicherer Menschenschlag heranwachsen, der Wege durch die Wildnis zu bahnen ... lernte." Rühmt er doch:
"Sie glaubten an wahre Volksvertretung, Religion und Bildung und stellten die Vorhut der Zivilisation im Kampf gegen die weiter und weiter zurückgedrängte Wildnis dar."<<
**Persien:** In Persien beginnen im Jahre 1901 die ersten Erdölbohrungen.

**1902**

> Diktatur ist eine Staatsmacht, die sich unmittelbar auf die Gewalt stützt.
> *Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)*

**Deutsches Reich:** In Stuttgart erscheint im März 1902 Lenins politische Abhandlung "Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung".
In der Schrift "Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung" berichtet Lenin z.B. über die Agitation, Organisation und Aufgaben von "Berufsrevolutionären" (x058/296-298): >>Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein gar nicht haben konnten. dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. ...
Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. Ebenso entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz. ...
Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, d.h. aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen. ...
... Der politische Kampf der Sozialdemokratie ist viel umfassender und komplizierter als der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung. Genau so (und infolgedessen) muß die Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Partei unvermeidlich anderer Art sein als die Organisation der Arbeiter für diesen Kampf. Die Organisati-

on der Arbeiter muß erstens eine gewerkschaftliche sein; zweitens muß sie möglich umfassend sein; drittens muß sie möglichst wenig konspirativ sein (ich spreche natürlich hier und weiter unten nur vom autokratischen Rußland).
Die Organisation der Revolutionäre dagegen muß vor allem und hauptsächlich Leute umfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist (darum spreche ich auch vor der Organisation der Revolutionäre, wobei ich die revolutionären Sozialdemokraten im Auge habe).
Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen völlig zurücktreten, von den beruflichen Unterschieden der einen wie der anderen ganz zu schweigen. Diese Organisation muß notwendigerweise nicht sehr umfassend und möglichst konspirativ sein. ...
Nun behaupte ich:
1. Keine einzige revolutionäre Bewegung kann ohne eine stabile und die Kontinuität wahrende Führerorganisation Bestand haben;
2. je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird, die die Grundlage der Bewegung bildet und an ihr teilnimmt, um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein (denn um so leichter wird es für allerhand Demagogen sein, die unterentwickelten Schichten der Masse mitzureißen);
3. eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen;
4. je mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation einengen, und zwar so weit, daß sich an der Organisation nur diejenigen Mitglieder beteiligen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen und in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind, um so schwieriger wird es in einem autokratischen Lande sein, eine solche Organisation "zu schnappen", und
5. um so breiter wird der Kreis der Personen aus der Arbeiterklasse wie aus den übrigen Gesellschaftsklassen sein, die die Möglichkeit haben werden, an der Bewegung teilzunehmen und sich in ihr aktiv zu betätigen.<<
Das preußische Abgeordnetenhaus billigt am 5. Juni 1902 den sogenannten "Polenfonds" (350,0 Millionen Mark), um weitere polnische Ländereien zu erwerben (x092/691).
**Rußland:** Ein Komitee der Stadt Tula berichtet im Jahre 1902 über die Lebensverhältnisse der Landbevölkerung (x233/124): >>Die Behausung eines Bauern aus Tula ist gewöhnlich eine Hütte 18-20 Fuß groß und 7 Fuß hoch. ... Fast alle Hütten haben Strohdächer, welche oft undicht sind, und im Winter sind die Wände gewöhnlich mit Mist bedeckt, um das Innere warm zu halten. ... Gestampfte Erdböden sind die Regel, weil bei kälterer Witterung Lämmer, Kälber, Schweine und sogar Kühe in die Hütte gebracht werden.
In Gegenden ohne Wald gebrauchen die Bauern Stroh als Heizmaterial, und in Jahren schlechter Ernte sogar Mist, indem sie so ihre Felder des dringend nötigen Düngers berauben. ...
Fleisch, Mehl, Speck und Pflanzenöl erscheinen nur bei seltenen Gelegenheiten auf dem Familientisch. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands (x281/48-49): >>... Schon vor Beginn der industriellen Revolution lag das große Land wirtschaftlich hinter den Staaten Westeuropas, danach driftete man noch weiter auseinander.
Der Westen des Kontinents war immer schon wohlhabender, aber zunächst klaffte keineswegs der breite Wohlstandsgraben zwischen Ost und West. Im Jahr 1700 war das Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa (ohne Großbritannien) rund 60 Prozent höher als im Osten Europas. 120 Jahre später hatte sich der Abstand kaum verringert.
Dann erst setzte die Kontinentaldrift ein: Nach der Jahrhundertwende ging es den Weststaaten mehr als doppelt so gut wie ihren östlichen Nachbarn. Die Völker des Ostens hatten wenig

erfunden und auch die Erfindungen der anderen fanden kaum Beachtung. Die Bauernvölker sahen wohl, daß sich nebenan Großes tat, aber sie eiferten dem nicht nach. Sie waren Zuschauer, nicht Teilnehmer der Weltgeschichte. ...<<

**Spanien:** Alfons XIII. (1886-1941) wird im Jahre 1902 zum spanischen König gekrönt.

**Frankreich:** Frankreich und Italien einigen sich im Jahre 1902 darauf, daß Frankreich freie Hand in Marokko und Italien in Libyen erhalten soll (x142/359).

Der französische Historiker und Politiker Gabriel Hanotaux schreibt in seinem im Jahre 1902 veröffentlichten Buch "L'Energie francaise" über die Motive der Kolonialpolitik Frankreichs (x272/186-187): >>... Es geht darum, "jenseits der Meere in Landstrichen, die gestern barbarisch waren, die Prinzipien einer Zivilisation zu verbreiten, deren sich zu rühmen eine der ältesten Nationen des Globus wohl das Recht besitzt. Es handelt sich darum, in der Nähe und in der Ferne ebenso viele neue Frankreiche zu schaffen. ...

Die kolonisatorische Mission Frankreichs ist so alt wie seine Geschichte. Es gehört zu seiner Tradition, die verspäteten Völker in seinem Gefolge mitzunehmen. Die wirkliche Kolonisation ist die Opfergabe, die das Mutterland den jungen Völkern, seinen Kindern, in sich selber reicht.

Frankreichs Aufgabe ist die intellektuelle und moralische Evangelisation der Völker. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die französische Kolonialpolitik (x057/175-176): >>Mit aller Macht versuchte Frankreich sein Kolonialreich auszudehnen und erwarb nacheinander Tunis (1881), Französisch Kongo (1884), den Französischen Sudan (1893), Madagaskar (1894), Hinterindien (Tongking 1884-93) und schließlich Marokko (1906-11). Damit war das französische Kolonialreich auf über 10 Millionen Quadratkilometer mit etwa 60 Millionen Einwohnern angewachsen und nahm den zweiten Platz unter den Kolonialreichen ein.

Es sicherte Frankreich die Herrschaft im westlichen Mittelmeer, beteiligte es an der Erschließung Ostasiens und lieferte wichtige Rohstoffe, Kolonialwaren und Soldaten.

Die Grundlage der französischen Weltmachtpolitik beruhte hauptsächlich auf dem neugeschaffenen Kolonialreich, der französischen Kulturpropaganda sowie einer großzügigen Bündnispolitik (Rußland 1894, England 1904), wodurch der Weg freigemacht wurde zu einer aktiven Außenpolitik.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Kolonial- und Außenpolitik Frankreichs (x281/47-48): >>... Frankreich, die zweitgrößte Kolonialmacht, war noch vor Kriegsausbruch ein Verlierer. Derweil sich das französische Imperium von 1871 bis 1900 um rund neun Quadratkilometer ausweitete, sackte sein Anteil an der Weltproduktion im selben Zeitraum um 20 Prozent nach unten. Wohin man auch schaute, die Franzosen konnten den Gewinn an Quadratmeilen nicht in ökonomische Stärke verwandeln. Ihre relative Bedeutung schrumpfte.

Die Franzosen waren schon damals eine politische Nation; ihr Geltungsdrang war größer als ihre ökonomische Leistung. Fortwährend tauschten sie, wie die anderen Kolonialmächte auch, ihr ökonomisches Kapital gegen politisches Prestige.

Sie taten es in der Hoffnung, dieser Tausch würde sich am Ende auch wirtschaftlich rentieren, was er aber nicht tat. Milliarden wurden in den Kolonien und vor allem in den Ländern der diversen Bündnispartner ausgegeben, in der Türkei, auf dem Balkan, und auch die Russen profitierten. Als Gegengewicht zu den verhaßten Deutschen wurden sie von den spendierfreudigen Pariser Politikern aufs Schönste verwöhnt. All diese politischen Gratifikationen haben sich nie ordentlich verzinst, die Rendite der französischen Außenpolitik blieb kümmerlich.

Am Vorabend des Krieges (1914-18) war das Industriepotential der Franzosen um 60 Prozent kleiner als das der Deutschen. Selbst die Landwirtschaft, seit jeher in Frankreich ein nationales Heiligtum, erreichte pro Hektar nur 65 Prozent des deutschen Ausstoßes. Das Land war im

Zuge der industriellen Revolution relativ zu den Konkurrenten Deutschland und Amerika ärmer geworden. ...<<
Ein Vulkanausbruch auf der französischen Antilleninsel Martinique fordert am 8. Mai 1902 etwa 30.000 Todesopfer (x175/29).
**Großbritannien:** England und Japan schließen wegen der russischen Expansionsversuche in Ostasien (China und Korea) im Jahre 1902 ein Bündnis gegen Rußland.
Am 12. April 1902 siedeln Lenin und seine Gattin Nadeschda Krupskaja (1866-1937) von München nach London um (x092/690).
Ein Abgeordneter des Unterhauses kritisiert im Jahre 1902 die britische Kolonialpolitik in Indien (x073/4-5): >>Ungefähr 200 Millionen Rupien werden zur Zeit dem indischen Volk genommen, um die Gehälter und Pensionen europäischer Beamter innerhalb und außerhalb Indiens zu bezahlen. Die Geldmenge, die nach England abfließt, stellt einen völligen wirtschaftlichen Verlust dar. Was in Indien ausgegeben wird, trägt zum Verbrauch der Ausländer bei, läßt aber die Landeskinder weiterhin darben. ...
Es kann wohl keinen klareren Fall finanzieller Ungerechtigkeit geben als den, daß man die Inder mit den gesamten britischen Zivil- und Militärausgaben belastet. Da man doch zugibt, daß diese Ausgaben im Interesse des Weltreiches vonnöten und für die Erhaltung der britischen Macht im Osten von großer Wichtigkeit sind.
Die Amerikaner haben aus Kuba in wenigen Jahren eine sich selbst regierende Republik gemacht. Die Briten behandeln die Inder seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten wie Heloten (Unterworfene, Sklaven), und noch besteht keine Aussicht und werden keine Anstrengungen gemacht, daß die feierliche Verpflichtung, Indien zu voller britischer Bürgerschaft zuzulassen, ehrlich erfüllt wird. ...<<
Ein britischer Schriftsteller erläutert im Jahre 1902 die wirtschaftlichen Ziele des Imperialismus (x073/23): >>Es wird von allen Geschäftsleuten zugegeben, daß mehr Waren erzeugt werden können, als mit Gewinn zu verkaufen sind, und daß es mehr Kapital gibt, als (daß man) lohnende Anlagen finden kann. Dieser Stand der Dinge bildet die Wurzel des Imperialismus. ... Daher kommen wir zu dem Schluß, daß der Imperialismus den Versuch der großen Industrie-Kapitäne darstellt, erweiterte Absatzmöglichkeiten für unverkäufliche Produkte zu finden; sie wollen die Waren, die sie zu Hause nicht verkaufen können, und das Kapital, das sie im Inland nicht anlegen können, in ausländischen Märkten unterbringen. ...<<
Ein Vulkanausbruch auf der britischen Antilleninsel St. Vincent fordert im Jahre 1902 etwa 2.000 Todesopfer (x175/29).
**USA:** Im Jahre 1902 erhalten die Stämme der Cherokesen, Creeks, Choctaws, Chickasaws und Seminolen die US-Bürgerrechte zuerkannt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Rechtsstellung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten (x068/69-70): >>… Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gab es in den Vereinigten Staaten keinen freien Indianer mehr. Krankheiten und Hunger hatten unter ihnen gewütet, weiße Zivilisten und Militär sie zusammengeschossen, beraubt, verelendet, die feierlichsten Verträge laufend gebrochen.
Besaßen sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch rund 300.000 Quadratkilometer Land, hatten sie ein halbes Jahrhundert später noch etwa 100.000 Quadratkilometer; die Nachfahren ihrer Räuber und Mörder aber besaßen jetzt rund 9,4 Millionen Quadratkilometer Land, das 94fache - rechtmäßig, versteht sich. Denn Gewalt schafft Recht.
Aber noch nie hat Gewalt Gerechtigkeit geschaffen.
Nachdem man den Eingeborenen, den "Ausländern", so gut wie alles, was sie besessen, entwendet hatte, ließ man sich herab, ihnen das Bürgerrecht zu geben; den Indianern der sogenannten Fünf Zivilisierten Stämme (Cherokesen, Creeks, Choctaws, Chickasaws und Semino-

len) 1902, allen übrigen erst am 2. Juni 1924. …<<

**Guatemala:** Ein Vulkanausbruch in Guatemala fordert im Jahre 1902 etwa 6.000 Todesopfer (x175/29).

**Kuba:** Kuba (von 1511 bis 1898 spanische Kolonie) gründet im Jahre 1902 eine Republik. Die Karibikinsel wird anschließend weiterhin wirtschaftlich von den Vereinigten Staaten dominiert und muß den Nordamerikanern in seiner Verfassung ein Interventionsrecht im Fall von innenpolitischen Fehlentwicklungen sowie die Nutzung von Flottenstützpunkten einräumen.

**Afrika:** Nach äußerst brutaler Kriegsführung brechen überlegene britische Truppen den erbitterten Widerstand der Buren und beenden im Jahre 1902 den "Burenkrieg" (1899-1902). Die Burenstaaten werden danach aufgelöst und der britischen Kolonie Südafrika zugeordnet.

**1903**

> Der neuen Generation wünschen die Alten meist, sie solle es besser haben. Ich wünsche ihr nicht, daß sie es besser haben, sondern daß sie es besser machen möge als wir.
> *Georg von Siemens (1839-1901, deutscher Unternehmer)*

**Deutsches Reich:** Deutsche Firmen leiten von 1903-1913 den Bau der "Bagdad-Bahn" (Eisenbahnkonzession von 1888).

Diese Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) nach Bagdad (Irak) will man später bis zum Persischen Golf verlängern, um die großen Erdölquellen schneller erreichen zu können und weil man neue Absatzmärkte erschließen will.

Infolge der deutschen Aktivitäten im Osmanischen Reich verschlechtern sich vor allem die Beziehungen zu den Briten und Russen. Die Briten reagieren entrüstet, denn angeblich wird ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders ihr indisches Kolonialreich gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnen.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die deutsch-osmanischen Beziehungen (x307/435): >>In Anbetracht der sehr eingeschränkten Optionen, die Deutschland auf der globalen Bühne zur Verfügung standen und der relativ geschlossenen Bündnisblöcke in Europa erregte vor allem eine Region die Aufmerksamkeit der Staatsmänner, die an einer Weltpolitik ohne Krieg interessiert waren; das Osmanische Reich.

Die deutsche Politik hatte sich in dieser Region, wo die Rivalitäten der Kolonialmächte besonders heftig aufeinander trafen, traditionell eher zurückgehalten, doch in den 1880er Jahren wurde Berlin aktiver. Von der Regierung in Konstantinopel, die seit der britischen Besetzung Ägyptens (1882) ihren Partnern in Berlin aktiv den Hof machte, wurde die deutsche Regierung dazu regelrecht eingeladen.

Deutsche Banken, Baufirmen und Eisenbahngesellschaften hielten allmählich in den weniger entwickelten Gebieten des Reiches Einzug und erwarben Konzessionen und Interessensphären. Die Arbeit an einer weitgehend deutsch finanzierten und produzierten anatolischen Eisenbahn begann im Jahr 1888 und sollte Konstantinopel mit Ankara und Konya verbinden; beide Linien wurden bis 1896 fertiggestellt.

Die Unterstützung der Regierung für diese Projekte, die anfangs eher sprunghaft war, wurde nach und nach stärker und konsequenter. Im Jahr 1911 konnte der deutsche Botschafter in Konstantinopel das Osmanische Reich bereits als eine "politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre" Deutschlands bezeichnen.

Mit den Investitionen in osmanischen Territorien, in erster Linie in wichtige Infrastrukturprojekte, hofften die Deutschen, das Osmanische Reich angesichts der Bedrohung seitens der anderen Mächte, allen voran Rußland, zu stabilisieren. Und falls der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches das Tor zu einer territorialen Aufteilung unter den Weltreichen öffnen sollte, wollten sie sichergehen, daß sie einen Platz an dem Tisch bekamen, wo die Beute ver-

teilt wurde. ...<<
Der preußische Arbeitsminister erklärt am 23. Februar 1903 vor dem Abgeordnetenhaus (x056/271): >>Mein Herr Amtsvorgänger hat den Erlaß herausgegeben: wer sich agitatorisch an sozialdemokratischen Bestrebungen beteiligt innerhalb des Eisenbahnpersonals, der wird als Arbeiter sofort entlassen. ... (Zuruf von links: Verfassungsmäßige Rechte!)
Wer als nichtständiger Beamter dasselbe tut, dem wird ebenfalls gekündigt, und er wird entlassen; wer aber als Beamter, der den Treueid geschworen hat, sich an Umsturzbestrebungen macht, der wird einfach im Disziplinarverfahren beseitigt. ...<<
Zur "Führung einer geregelten Schuldisziplin" erteilt der Schulrat den Volksschullehrern in Gotha im Jahre 1903 folgende Anweisungen (x056/259): >>Damit jede Störung des Unterrichts unmöglich gemacht werde, hat der Lehrer ... darauf zu halten:
a) daß alle Schüler ... gerade ... und in einer Reihe hintereinander sitzen ...
b) daß jedes Kind seine Hände geschlossen auf die Schultafel legt ...
c) daß die Füße parallel nebeneinander auf den Boden gestellt werden ...
(Zur Heraufnahme von Büchern gilt folgendes): Die Kinder haben die betreffenden Lernmittel in 3 Zeiten heraufzunehmen und hinwegzutun. Gibt der Lehrer ... zum Heraufnehmen des Lesebuchs ... das Zeichen "1", dann erfassen die Kinder das unter der Schultafel liegende Buch; beim Zeichen "2" erheben sie das Buch über die Schultafel; beim Zeichen "3" legen sie es geräuschlos auf die Schultafel nieder, schließen die Hände und blicken den Lehrer an. ...
Alle breiten Auseinandersetzungen und Reden müssen wegfallen; hier muß ein Wink des Auges ... oder der einzige ... Ausruf: "Klasse –Achtung!" genügen, um die gesamte Schulordnung herzustellen.<<
**Rußland:** Der russische Innenminister Wjatscheslaw. K. Plewe (1846-1904) erklärt im Jahre 1903 (x056/301): >>Rußland ist durch Bajonette, nicht durch Diplomatie entstanden, und wir müssen die mit China und Japan strittigen Fragen mit Bajonetten entscheiden und nicht mit der Feder der Diplomatie. ...<<
**Serbien:** Serbische Offiziere, unter Führung des Nationalisten Dragutin Dimitrijevic, ermorden im Jahre 1903 in Belgrad König Alexander I. (1876-1903, seit 1889 König von Serbien), seine Ehefrau, den serbischen Ministerpräsidenten und weitere Regierungsmitglieder (x175/-35). König Alexander I. wird vermutlich die geplante Annäherung an Österreich-Ungarn zum Verhängnis.
Nachfolger des ermordeten Königs wird Peter I. von Serbien.
Peter I. (1844-1921, ab 1903 König der Serben, seit 1918 König der Serben, Kroaten und Slowenen) ist ein begeisterter Anhänger des radikalen "Jugoslawismus". Die "großserbische Bewegung" nimmt danach gefährliche Formen an.
**Frankreich:** Der Sozialistenführer Jean Jaurès (1859-1914, französischer Philosoph und Politiker, setzt sich für eine deutsch-französische Verständigung ein, ermordet) erklärt während einer öffentlichen Rede im Jahre 1903 (x233/142): >>Mut haben, das heißt, die Wahrheit suchen und sie auch sagen.
Das heißt, sich der Macht der gerade triumphierenden Lüge nicht unterwerfen, und weder in unserer Seele, noch mit unserem Mund, noch mit unseren Händen in blöden Beifall und fanatisches Hohngeschrei einstimmen. ...<<
**Belgien, Großbritannien:** Bei dem 2. Parteikongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der im Jahre 1903 in Brüssel und London stattfindet, trennen sich die radikalen Bolschewisten (russisch: bolsche = mehr, "Mehrheit") und die gemäßigten Menschewiki (russisch: mensche = weniger, "Minderheit").
**Großbritannien:** Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain erläutert am 6. Oktober 1903 während einer Rede in Glasgow den englischen Imperialismus (x058/265-266): >>Unsere Ziele sind zwei:

Zuerst wünschen wir alle die Erhaltung und Mehrung der nationalen Stärke und das Gedeihen des Vereinigten Königreiches. Das mag ein selbstsüchtiger Wunsch sein. Zwar enthält er in meinem Sinne etwas mehr als bloße Selbstsucht. Immerhin, sie können nicht erwarten, daß unsere Stellung und unsere Pflicht Fremden unter demselben Gesichtspunkt erscheint wie uns. Nach meiner Meinung hat Britannien in der Weltgeschichte eine große Rolle gespielt, und aus diesem Grunde wünsche ich, Britannien möge es weiter tun.
Unser zweites Ziel ist oder sollte sein: Die Verwirklichung des größten Ideals, das jemals Staatsmännern in irgendeinem Lande oder zu irgendeiner Zeit vorgeschwebt hat: die Schaffung eines Reiches, wie es die Welt noch nie gesehen hat.
Wir müssen bauen an der Einheit der Staaten um die Ozeane; wir müssen die britische Rasse konsolidieren; wir müssen dem ganzen Rattenkönig von Wettbewerbungen begegnen, die gegenwärtig Handelswettbewerbe sind, die früher etwas anderes waren und es auch einmal in der Zukunft wieder werden könnten. Aber was das auch sein möge, welche Gefahren uns auch drohen mögen, wir dürfen ihnen nicht länger als ein isoliertes Land gegenüberstehen; wir müssen ihnen entgegentreten gekräftigt, gestärkt und abgesteift durch die Strebepfeilerkraft aller jener Vettern von uns, aller kraftvoll und beständig wachsenden Staaten, welche dieselbe Sprache mit uns reden, auf dieselbe Flagge mit uns stolz sind. ...
... Unsere nationale Existenz beruht auf unserer industriellen Leistungsfähigkeit und Produktion. Wir sind nicht etwa ein wesentlich ackerbautreibendes Land; dies kann niemals die Hauptquelle unseres Wohlstandes sein. Wir sind ein großes industrielles Land. ...
... Daraus folgt eins: daß der Handel innerhalb unseres Weltreichs für unser Gedeihen in der Gegenwart unbedingt notwendig ist. Geht dieser Handel nieder oder hört er nur auf, im Verhältnis zu unserer Bevölkerung und zu der Abnahme des Handels mit auswärtigen Ländern, dann sinken wir zu einer Nation fünfter Klasse herab. Unser Schicksal wird dann das Schicksal der Reiche und Königtümer der Vergangenheit sein. ...
Ich habe gesagt, wenn unser Handel im Weltreich niedergeht, so gehen wir nieder.
Dazu mein zweiter Satz: Er wird unweigerlich niedergehen, wenn wir nicht vorbeugen solange es Zeit ist. ...
Ich glaube, wir müssen unsere insularen Gewohnheiten ein wenig ändern. Wenn ich in den Kolonien war, sagte ich ihnen gewöhnlich, daß sie zu provinzial seien; aber ich denke, wir sind auch zu provinzial. Wir denken zuviel an uns, und wir vergessen – es ist nötig, daß wir daran denken -, daß wir nur Teile eines größeren Ganzen sind.
Wenn ich von "unseren" Kolonien spreche, so ist das nur ein Ausdruck: sie sind nicht unser im possessiven Sinne. Sie sind Schwesterstaaten, fähig, mit uns Verträge auf dem Fuße von gleich zu gleich zu schließen, fähig, zu uns zu halten, willens, zu uns zu halten, aber auch fähig, mit uns zu brechen. ... Wir müssen näher aneinanderrücken, oder wir treiben auseinander. ...<<

**USA:** Im Jahre 1903 wird die Landenge von Panama (bis 1903 eine Provinz Kolumbiens) zum Bau des Panamakanals annektiert.
Panama bleibt danach bis zur Eröffnung des Panamakanals im Jahre 1914 ein Protektorat der USA.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Panama-Konflikt" (x068/167-169): >>... Kolumbien, dem das Panama-Gebiet gehörte (Panama war eine kolumbianische Provinz), wollte natürlich nicht auf seine Hoheitsrechte verzichten.
Zwar trat es am 22. Januar 1903 im Hay-Herrán-Vertrag der nordamerikanischen Kanalbaugesellschaft Land ab. Doch der kolumbianische Kongreß, der hier eine Einmischung der USA in innere Verhältnisse konstatiert, verweigert die Ratifikation des Vertrages, worauf die Vereinigten Staaten den Abfall der Provinz Panama von Kolumbien betreiben.

Präsident Roosevelt nennt den Parlamentsbeschluß von Bogota eine Beleidigung und die Abgeordneten "gierig und korrupt" – genau das, was er selbst war.
Er schickte am 2. November 1903 – seine berüchtigte "big stick-Methode" – Kriegsschiffe nach Panama, um das Recht "der freien und ungehinderten Durchfahrt" durch den Isthmus zu erzwingen. Am 3. November wird ein Aufstand in Panama City mit Roosevelts stillschweigendem Einverständnis und der Hilfe der New Panama Company inszeniert, die Verlegung kolumbianischer Truppen nach Panama City durch die US-Flotte verhindert, der Feuerwehrverein von Panama zu einer "Armee" gemacht.
Am 4. November erklärt sich die Provinz von Panama als unabhängig von Kolumbien, am 6. November erkennen die USA die Republik von Panama an, am 18. November pachten sie einen 16 km Streifen Land durch den Isthmus für immer und garantieren sowohl die Unabhängigkeit Panamas wie die Neutralität der Kanalzone, die jedoch Hoheitsgebiet der USA ist.
Präsident Roosevelt aber, der Panama dem kolumbianischen Staat entriß, bestreitet später jede Beteiligung an diesem Streich. Eiskalt lügt er am 4. Januar 1904: "Kein einziges Mitglied, kein einziger Mitarbeiter hat im geringsten dazu beigetragen, die Revolution vorzubereiten, auszulösen oder zu unterstützen."
Dabei wirft sein eigener Kongreß ihm später "eigenmächtiges Vorgehen" vor. Doch zynisch erklärt er (freilich schreibt man inzwischen 1911): "Wenn ich mich an die traditionelle und übliche Methode gehalten hätte, so hätte ich dem Kongreß einen an die 200 Seiten langen, äußerst würdigen Bericht unterbreiten müssen, und die Debatten hätten kein Ende gefunden. So aber habe ich die Kanalzone erobert und den Kongreß debattieren lassen, und während die Debatte sich entwickelte, ging es mit dem Kanal voran. ..."
In den zwei Jahrzehnten von 1898 bis 1918 machten die USA aus dem Westindischen ein "amerikanisches Meer". Sie unterhielten an den strategischen Punkten Marinebasen, um den Panamakanal zu sichern. Sie hatten Kuba, Haiti, die Dominikanische Republik und Nicaragua zu Protektoraten gemacht, nicht de jure zwar, doch de facto; hatten Puerto Rico geraubt und die Jungferninseln gekauft.
Und der gerade so "idealistisch" gesinnte Wilson, der doch Dollardiplomatie und militärische Interventionen verdammt, bahnt nicht nur eine neue Art der Einmischung an, indem er durch Verweigerung der diplomatischen Anerkennung eines Regimes bewußt dessen oppositionellen Kräfte ermutigt, sondern er befiehlt auch selbst blutige Interventionen; auf Kuba, Haiti, in der Dominikanischen Republik und – die weitaus schrecklichste, folgenreichste – in Europa durch die Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917.
Friedensnobelpreis 1920!
Gerade weil Europa seit vielen Jahren auf das bis dahin blutigste Inferno der Geschichte zugetrieben und dann darin versunken war, konnten die USA um so ungenierter in Lateinamerika operieren. Gleichzeitig verfolgten sie natürlich auch das ungeheure Schlachten jenseits des Atlantiks das sie selber bald als Kampf für Demokratie und dauerhaften Frieden propagieren sollten, während es ihnen im Grunde um wenig mehr ging als um ein einzigartiges Geschäft.<<

**1904**

Was hat man vom Leben? Nichts! Am besten, man stirbt. Aber davon hat man erst recht nichts. Da bleibt man doch lieber leben. Da hat man wenigstens was!
*Joseph Conrad, eigentlich Theodor J. Korzeniowski (1857-1924, englischer Schriftsteller)*

**Deutsches Reich:** Friedrich von Holstein berichtet im Jahre 1904 über das Krisengebiet Marokko (x056/310): >>Frankreich ... schickt sich zur Aneignung Marokkos an, unter vollständiger Ignorierung der berechtigten Interessen Dritter. ... Der auswärtige Handel und die auswärtige Industrie (werden) aus Marokko verdrängt. Insbesondere (werden) bei Eisenbahn- und

Minenkonzessionen sowie bei allen amtlichen Ausschreibungen lediglich Franzosen Berücksichtigung finden. Marokko ist heute noch eines der wenigen Länder, wo Deutschland für seinen Verkehr freie Konkurrenz hat. ...<<

**Österreich-Ungarn:** Der österreichische Journalist Theodor Herzl stirbt im Jahre 1904 in Wien.

Stefan Zweig (1881-1942, österreichischer Schriftsteller) berichtet damals über die Beerdigung des Leiters der Zionistischen Bewegung (x043/389): >>Ein sonderbarer Tag war es, ein Tag im Juli, unvergeßlich jedem, der ihn miterlebte. Denn plötzlich kamen (zu Herzls Begräbnis) auf allen Bahnhöfen der Stadt, mit jedem Zug bei Tag und Nacht aus allen Reichen und Ländern Menschen gefahren, westliche, östliche, russische, türkische Juden, aus allen Provinzen und kleinen Städten stürmten sie plötzlich herbei, den Schreck der Nachricht im Gesicht; niemals spürte man deutlicher, ... daß es der Führer einer großen Bewegung war, der hier zu Grabe getragen wurde.

Es war ein endloser Zug. Mit einem Mal merkte Wien, daß hier nicht nur ein Schriftsteller und mittlerer Dichter gestorben war, sondern einer jener Gestalter von Ideen, wie sie in einem Land, in einem Volk nur in ungeheuren Intervallen sich sieghaft erheben.

Am Friedhof entstand ein Tumult: Zu viele strömten plötzlich zu seinem Sarge, weinend, heulend, schreiend in einer wild explodierenden Verzweiflung, es wurde ein Toben, ein Wüten fast; alle Ordnung war zerbrochen durch eine Art elementarer und ekstatischer Trauer, wie ich sie niemals vorher und nachher bei einem Begräbnis gesehen.

Und an diesem ungeheuren, aus der Tiefe eines ganzes Millionenvolkes stoßhaft aufstürmenden Schmerz konnte ich zum ersten Mal richtig ermessen, wieviel Leidenschaft und Hoffnung dieser einzelne und einsame Mensch durch die Gewalt seines Gedankens in die Welt geworfen.<<

Hitler, der in der Volksschule sehr gute Leistungen bringt, versagt in der Realschule in Linz. Hitler wird zweimal nicht versetzt und muß 1904 vorzeitig die Schule verlassen.

**Italien:** Benito Mussolini (1883-1945, italienischer Lehrer, Chefredakteur und Politiker, gründet 1919 des faschistischen "Kampfbund", ab 1922 Regierungschef und "Duce" bzw. "Führer" der faschistischen Partei) sagt im Jahre 1904 über seine Religionsauffassung (x149/30): >>Es gibt keinen Gott. ... Die Religion ist vom wissenschaftlichen Standpunkt betrachtet Unsinn, in der Praxis eine Unsittlichkeit, bei den Menschen, denen sie anhaftet, eine Krankheit. ...<<

**Großbritannien:** Die Briten drohen dem Deutschen Reich am 24. August 1904 mit Krieg, falls die deutschen Waffen- und Kohlelieferungen an Rußland nicht eingestellt werden (x092/-697).

England und Frankreich einigen sich über strittige Kolonialfragen (in Ägypten und in Marokko) sowie Fischereirechte und schließen ein Bündnis. England erkennt die französischen Einflußgebiete in Marokko an, während Frankreich die englische Übernahme Ägyptens bestätigt.

Dieses britisch-französische Bündnis ändert das europäische Kräfteverhältnis zum Nachteil des Deutschen Reiches.

**USA:** US-Präsident Theodore Roosevelt rechtfertigt im Jahre 1904 die nordamerikanischen Interventionen in Lateinamerika (x058/274): >>... Es ist nicht wahr, daß die Vereinigten Staaten einen Landhunger empfinden oder Projekte gegen andere Nationen der westlichen Hemisphäre unterhalten mit Ausnahme derer, die ihrer Wohlfahrt dienen. Als einziges wünscht dieses Land die Nachbarländer stabil, in Ordnung und blühend zu sehen.

Jedes Land, dessen Volk sich gut benimmt, kann mit unserer herzlichen Freundschaft rechnen. Wenn eine Nation beweist, daß sie weiß, wie man mit vernünftiger Tüchtigkeit und Anstand politische und soziale Angelegenheiten anpackt, wenn sie Ordnung hält und ihre Schulden bezahlt, braucht sie kein Eingreifen der Vereinigten Staaten zu befürchten.

Chronisches Fehlverhalten oder Unfähigkeit, die auf eine allgemeine Lösung der Bindungen zivilisierter Gesellschaften hinausläuft, kann in Amerika wie überall letztlich die Intervention einer zivilisierten Nation erfordern.
In der westlichen Hemisphäre kann die Bindung der Vereinigten Staaten an die Monroe-Doktrin die USA, obgleich zögernd, zwingen, in abscheulichen Fällen von Fehlverhalten oder Unfähigkeit eine internationale Polizeimacht auszuüben. ...<<

**Asien:** Als Rußland die japanischen Interessen in der Mandschurei und in Korea bedroht, greifen die Japaner im Jahre 1904 ohne Kriegserklärung an (Kampf um die Vorherrschaft in Ostasien).

**Afrika:** In Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) beginnt ein großer Herero-Aufstand. Am 12. Januar 1904 ermorden aufständische Herero (Bantustamm) etwa 100 Deutsche (x089/-220).

Ein deutscher Farmer fordert danach den Einsatz von deutschen Kolonialtruppen (x056/307):
>>... Für solch unbarmherziges Rauben, Morden und Schänden kann es nur eine Strafe geben: den Tod ... Wer da von Schonung spricht, ist ein Verräter an seiner Rasse. ...
Von den überlebenden Mördern ... müssen für jeden erschlagenen Weißen mindestens 5 aufgehängt werden. Für die ... Überlebenden: Frondienst, bis diese sich ... bewußt ... sind: der Weiße, und ganz speziell der Deutsche, ist Herr und nicht gesonnen, seine Herrschaft abzutreten.<<

General Lothar von Trotha erklärt im Mai 1904 den aufständischen Hereros den Krieg (x056/-307): >>Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero ... erschossen.
Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück und lasse auf sie schießen.
Der große General des mächtigen Kaisers - von Trotha.<<
Die Herero werden im August 1904 in der Schlacht bei Waterberg geschlagen und fliehen in die fast wasserlose Omaheke-Wüste. Dort kommen die meisten Herero um.

Ein Historiker berichtet später über den Herero-Aufstand (x073/9): >>... Die Versuche, die Hauptgruppen der Herero im Kampf zu schlagen, scheiterten in der Regel schon dadurch, daß die deutschen Truppen beim Anmarsch angegriffen, häufig sogar umklammert wurden und in verlustreichen Gefechten nicht selten von Vernichtung bedroht waren oder sich zurückziehen mußten.
In der zweiten Phase ... unternahm der Generalleutnant von Trotha den Versuch einer Kesselschlacht. Den Herero gelang zwar der Durchbruch, der Fluchtweg wies aber in die wasserlose Omaheke. Die deutsche Verfolgung wurde darauf angelegt, daß die Hererokrieger und –familien in dieser Wüstensteppe umkamen.
Wenn auch die totale Vernichtung mißlang, ... so war das Ergebnis dieser Kriegsführung sowie der Kriegsgefangenenbehandlung, daß von geschätzten 60-80.000 Herero 1906 nur noch 16.000 lebten und damit zwischen 75 und 80 % der Herero umgekommen waren.<<

**1905**

> Arbeit ist eines der Verfahren, durch das A dem B Eigentum erwirbt.
> *Ambrose Bierce (1842-1914, nordamerikanischer Journalist)*

**Europa:** Spätesten ab 1905 beginnt in Europa ein Wettrüsten ("zu Lande und zu Wasser)", wie man es bisher noch nicht erlebt hat.

Die Rüstungsausgaben betragen z.B. für 1905, 1910 und 1913 (x056/312):
>>1. Rußland (1.069, 1.435 und 2.050 Millionen Mark),
2. Deutsches Reich (1.064, 1.377 und 2.111 Millionen Mark),
3. England (1.263, 1.367 und 1.491 Millionen Mark),
4. Frankreich (991, 1.177 und 1.327 Millionen Mark),

5. Österreich-Ungarn (460, 660 und 720 Millionen Mark).<<

**Deutsches Reich:** Das Deutsche Reich baut ab 1905 vor allem die bis dahin unbedeutende Flotte zu einer mächtigen Handels- und Kriegsmarine aus.

Im Jahre 1896 besitzt das Deutsche Reich erst 6 Schlachtschiffe und 4 Kreuzer, während Großbritannien über 33 Schlachtschiffe und 130 Kreuzer verfügt (x090/238). Der verstärkte Ausbau der deutschen Schlachtflotte (ab 1898) und der deutsch-britische Rüstungswettlauf, um die Vormacht zur See, wirken sich allmählich verhängnisvoll aus, denn die Briten fühlen sich zunehmend bedroht. Da die Artilleriegeschütze der neuen deutschen Schlachtschiffe allen bisherigen Geschützen überlegen sind, werden die bisher kampfstärksten britischen Kriegsschiffe entwertet (x065/340).

Infolge der Mißachtung des Vertrages von Madrid (1880) und um die deutschen Wirtschafsinteressen zu unterstützen (Firma Mannesmann und andere), führt Wilhelm II. einen Staatsbesuch in Tanger durch. Dort sichert der Kaiser dem Sultan seinen Schutz zu. Diese 1. "Marokkokrise" bringt Europa bereits im Jahre 1905 an den Rand eines Krieges. Der Kaiser entscheidet aber noch rechtzeitig, das "Marokko-Problem" politisch zu lösen.

Kaiser Wilhelm II. spricht am 22. März 1905 in Bremen über seine Vorstellung eines Weltreiches.

Wolfgang Müller und Roland Siegert berichten später über diese Rede des Kaisers (x1.035/…): >>*Anläßlich einer Denkmalsenthüllung im Jahre 1905 in Bremen hielt Wilhelm II. eine Rede von höchster Bedeutung. Er erläuterte darin, daß er mit dem aufstrebenden Deutschen Reich zwar nach einer Rolle als Weltmacht strebe, erteilte aber allen kriegerischen Mitteln dazu eine klare Absage.*

*Vielmehr betonte er, daß eine deutsche Weltmacht nach seiner Vorstellung das "absolute Vertrauen" der anderen Weltmächte (z.B. Großbritannien, USA) als "eines ruhigen, ehrlichen, friedliebenden Nachbarn" genießen solle.*

*Das Streben nach einem deutschen Weltreich mag manchem heute als leichtfertige Hybris erscheinen, doch entsprach es längst den Tatsachen: Vor allem was Wirtschaft und Wissenschaft betraf, war Deutschland 1905 durch atemberaubendes Wachstum bereits eines der drei mächtigsten Länder der Erde geworden.*

Bremen, 22. März 1905

**"Meine Vorstellung eines Weltreiches"**

"Ich habe mir gelobt, auf Grund meiner Erfahrungen aus der Geschichte, niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben, denn, was ist aus den großen sogenannten Weltreichen geworden? Alexander, Napoléon I., alle die großen Kriegshelden, im Blute haben sie geschwommen und unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick wieder aufgestanden sind und ihre Reiche zum Zerfall gebracht haben.

Das Weltreich, das ich mir erträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder von einer Hohenzollern-Weltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberungen durch das Schwert begründet sein wird, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen."

Quelle: Joachim von Kürenberg: "War alles falsch? - Das Leben Kaiser Wilhelms II.", 1951<<

Kaiser Wilhelm II. erklärt am 30. Dezember 1905 während eines Gespräches mit dem deutschen Reichskanzler von Bülow (x056/277): >>... (Ein Krieg im Jahre 1906 wäre auch deshalb besonders ungünstig), weil wir wegen unserer Sozialisten keinen Mann aus dem Lande lassen könnten, ohne äußerste Gefahr für Besitz und Leben der Bürger. Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach

außen. ...
Ein kluger deutscher Staatsmann erkennt die Grenzen, auf die sich jede Weltpolitik beschränken muß, wenn sie keinen Zusammenschluß sämtlicher Nationen in Waffen herausfordern soll. Die Schaffung eines deutschen (Herrschaftsbereichs) in Kleinasien (hängt) letzten Endes (von) ... einer deutschen Beherrschung der See oder einer deutschen Eroberung Konstantinopels und der zwischen den ... Südosten Deutschlands und dem Bosporus liegenden Ländern (ab).<<
Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 24. Dezember 1905 (x056/278): >>Wer in die Regierung eintritt, darf kein bürgerliches Gewerbe betreiben, darf nicht Bankier oder Kaufmann, darf nicht Fabrikant oder Schiffsreeder sein. ... Nur eine Ausnahme hat die löbliche Regel. Landwirte dürfen unsere Staatsmänner sein, und sie dürfen sich sogar nach Bismarcks Vorbild rühmen, die Interessen dieses einen, ihres eigenen Gewerbes, auch als Leiter des Staates zu vertreten. ...
Der Gedanke, daß der Finanz- und Handelsminister nebenbei ein Bank- und Handelsgeschäft weiterbetreibe, erscheint ungeheuerlich. Landwirtschaft aber mit allen ihren Nebengewerben ist jedem Minister erlaubt. ... Der landwirtschafttreibende Großgrundbesitz ist nach seinem Anteil am Staate und nach seinen Leistungen für diesen längst nicht mehr das, was er einst, namentlich für Preußen, gewesen ist, aber die Bevorzugung ist geblieben.
Handel, Gewerbe, Industrie, die ... jetzt dem Staate ganz überwiegend die Mittel und die Bedeutung verleihen, haben sich im staatlichen Leben noch nicht zur staatlichen Gleichberechtigung durchgerungen.<<
Der Allgemeine Deutsche Frauenverein fordert im Jahre 1905 (x056/223): >>... Gleiche Bildung für Mädchen, ... obligatorische Fortbildungsschulen für alle aus der Volksschule entlassenen Mädchen. ... (Gleichberechtigung) der höheren Mädchenschule. ... Unbeschränkte Zulassung ordnungsgemäß vorgebildeter Frauen zu allen wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Hochschulen. ...
Die Arbeit der Frau in der Erfüllung dieses Berufs ist wirtschaftlich und rechtlich als vollgültige Kulturleistung zu bewerten. ... (Im Berufsleben der Frau) gleicher Lohn für gleiche Leistung ...
Ehegesetze, durch welche beiden Ehegatten das gleiche Verfügungsrecht in allen gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere der gleiche Anteil an der elterlichen Gewalt gesichert wird. ... (Bessere) Rechte der unehelichen Kinder. ... Größere Verpflichtungen (des Vaters des unehelichen Kindes) gegen Mutter und Kind. ...
Zulassung zu Frauen zu verantwortlichen Ämtern in Gemeinde und Staat, ... (im) Mädchenschulwesen, (in) staatlicher und kommunaler Sozialpolitik, Arbeiterinnenfrage, Rechtspflege. ... Weibliche Schöffen und Geschworene (bei Gericht, gleiches Vereins-Recht für Frauen). Teilnahme der Frauen am kirchlichen, ... kommunalen, ... politischen Wahlrecht.<<
**Österreich-Ungarn:** In Mähren gelingt im Jahre 1905 der seit 1898 vorbereitete "Mährische Ausgleich" (Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen). In Böhmen scheitern die österreichisch-tschechischen Verhandlungen.
Wegen mangelnder Leistungen und fehlender Disziplin scheitert Hitler auch an der Staatsoberrealschule in Steyr und geht 1905 ohne die erhoffte "Mittlere Reife" ab.
**Rußland:** Der russisch-japanische Krieg (1904-05) wird von den Russen zu lässig bzw. schlampig geführt und endet im Jahre 1905 nach großen Nachschubschwierigkeiten mit einer katastrophalen russischen Niederlage (erster asiatischer Sieg über eine europäische Großmacht).

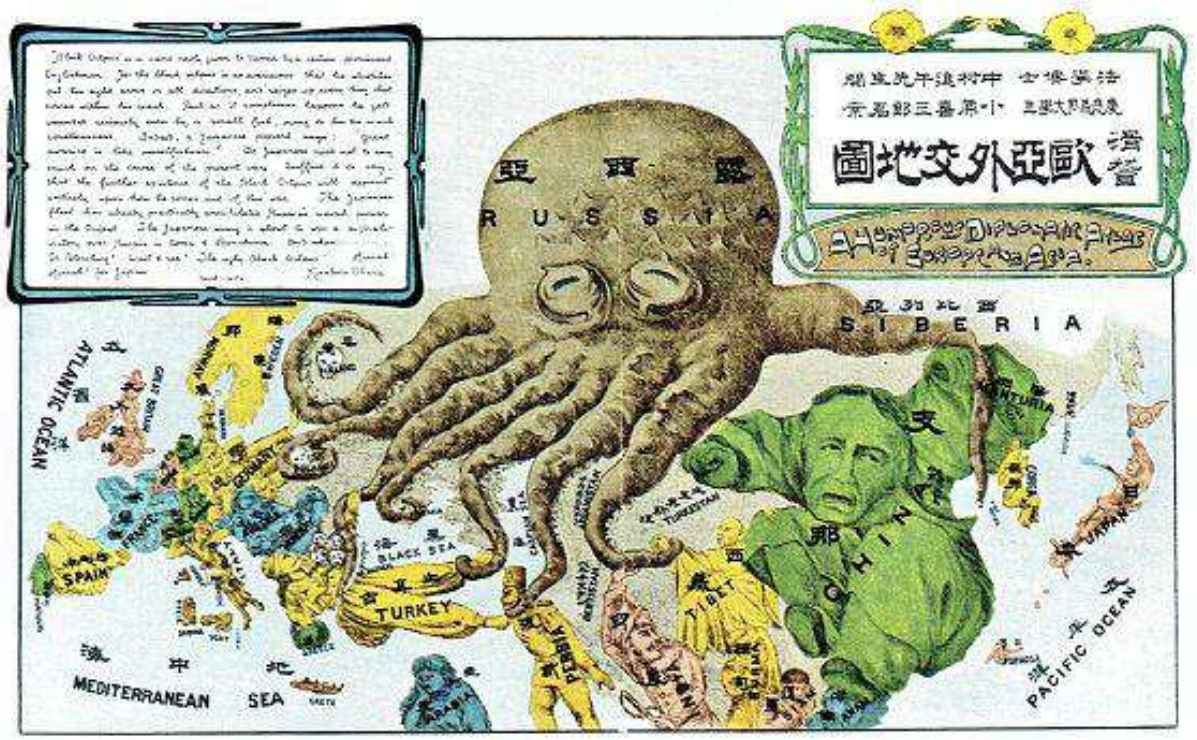


*Abb. 49 (x058/72.3): Polyp Rußland. Japanisches Flugblatt, 1904.*

Während der Friedensverhandlungen von Portsmouth (USA) muß Rußland die japanische Herrschaft in Korea anerkennen, die Südhälfte der Insel Sachalin (ehemalige russische Strafkolonie) und Port Arthur an Japan abtreten sowie die Süd-Mandschurei als japanisches Interessengebiet anerkennen. Japan wird zur führenden Großmacht im Fernen Osten, während sich Rußland wieder verstärkt dem Balkan widmet.

Nach der völlig unerwarteten Niederlage im russisch-japanischen Krieg 1904/05 ("Kleiner Krieg gegen den japanischen Zwerg") gerät das Zarenreich durch die erste russische Revolution (1905) erstmalig an den Rand des Zusammenbruches.

Als eine russische Arbeiterdelegation (etwa 150.000 Teilnehmer) am 22. Januar 1905 zum Petersburger Winterpalais des Zaren zieht, um eine Bittschrift zu überreichen, eröffnet die Palastwache das Feuer auf die große Menschenmenge.

Die Demonstranten wollen dem Zaren damals folgende Petition übergeben (x149/12): >>Wir, die Arbeiter der Stadt Sankt Petersburg, unser Frauen, Kinder und hilflosen alten Eltern, sind zu Dir, Herrscher, gekommen, um Gerechtigkeit und Schutz zu suchen. ...

Verweigere Deinem Volke die Hilfe nicht, führe es heraus aus dem Grab der Rechtlosigkeit, des Elends und der Unwissenheit, gib ihm die Möglichkeit, selbst sein Schicksal zu bestimmen, nimm von ihm das unerträgliche Joch der Beamten, reiße nieder die Scheidewand zwischen Dir und Deinem Volk. ...

(Im einzelnen lauteten die Forderungen: ... Gewährung von persönlichen Freiheitsrechten, Pressefreiheit, Steuersenkungen, Mindestarbeitslohn, Achtstundentag, Arbeiterschutzgesetzen und Volksbildung auf Staatskosten sowie Durchführung einer allgemeinen Bodenreform ...).<<

Ein Zeitzeuge berichtet über das "Petersburger Blutbad" im Januar 1905 (x122/428): >>Die erste Reihe der Soldaten (der kaiserliche Garde) kniete nieder und legte an. Niemand rührte sich, aber die Gesichter sind bleich geworden, viele bekreuzigen sich. Eine Salve geht in das Volk, das sich in der Nähe des Gartens und darin aufhält, geht in die Menge der Neugierigen und in eine Gruppe spielender Kinder.

Die Menge erstarrt. Einige denken, es seien Schreckschüsse. Aber ringsherum auf dem Platz

und hinter dem Gitter des Gartens stürzen Tote und Verwundete nieder. Von den Bäumen fallen die Jungen wie getötete Spatzen. ...
Irgendeiner wimmert mit lauter Stimme. Ein Teil der Menge duckt sich plötzlich und entflieht seitwärts. Die Soldaten machen eine Wendung und feuern eine Salve in Richtung ... der Palastbrücke. Eine weitere Wendung nach links und eine Salve in Richtung auf das Generalstabsgebäude, in die fliehende Menge. Die Leute fingen an zu schreien. ...
Das Volk stürzte sich voller Wut auf die Offiziere, die zufällig durch die Straßen kamen, warf sie von ihren Kutschen herunter ... und entriß ihnen die Säbel. Überall erschollen Schreie: "Mörder, Henker!"
Auf dem Nevskij, in der Gogol-Straße, auf der Morskaja, auf der Gorochovaja gab es Menschenansammlungen, die durch die aufgestachelte Kavallerie mit blankem Säbel auseinandergetrieben wurden. ...<<
Der "Blutige Sonntag" von Sankt Petersburg fordert etwa 500-1.000 Todesopfer und viele Verletzte (x178/9). Die russische Revolution ("Blutiger Sonntag", Meuterei der Kriegsmarine und andere Aufstände) wird zwar überall niederschlagen, aber der Zar muß trotz alledem nachgeben und politische Zugeständnisse machen. Das russische Volk erhält z.B. das Wahlrecht und eine demokratische Volksvertretung (Duma, russisches Parlament von 1905-17).
Ungeachtet der politischen Zugeständnisse verfolgt die russische Geheimpolizei weiterhin alle politischen Gegner. Der Zar läßt Tausende von Revolutionären in Ketten legen und zur Zwangsarbeit nach Sibirien schicken. Trotzki, Stalin und andere Anführer der Aufstände werden damals jahrelang nach Sibirien verbannt (x054/168).
Der Gouverneur des Gouvernements Cherson in der Ukraine berichtet am 17. Juli 1905 in einem Telegramm an den stellvertretenden russischen Innenminister über die Bauernaufstände (x067/50): >>Ich kehrte von der Bereisung einiger Unruheherde zurück. Die bäuerliche Bewegung wächst schnell, so daß man nicht mehr nachkommt.
Die Bauern jagen gemeinschaftlich, vorläufig ohne Zerstörung der Landsitze, die Arbeiter und die Bediensteten fort, dann bieten sie ihre Dienste zu unannehmbaren Preisen an. Das Wirtschaftsleben ist unterbrochen, die Ernte wird womöglich nicht eingeholt.
Zureden hilft wenig. Ich versuche es mit Verhaftung der Rädelsführer, mit der Aufstellung von Polizeiabteilungen, mit persönlichem Einsatz und Truppen, um den Verkehr abzustoppen: Aber bei dem ungeheuren Raum, der von der Bewegung erfaßt ist, bei ihrer unablässigen Verbreitung sind die üblichen Maßnahmen ungenügend. Außergewöhnliche Maßnahmen sind unumgänglich.
Ersuche um Erklärung des Belagerungszustandes in Jelisawetgrad oder der verschärften Alarmbereitschaft. Bitte um schleunigste Verstärkung der Gendarmerie. Nachts begebe ich mich erneut zu den Unruheherden. ...<<
Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schreibt später über die zunehmenden Proteste und Aufstände der russischen Bauern (x067/50): >>In den letzten 2 bis 3 Jahren vor der Revolution hatte sich das Verhältnis zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern aufs äußerste zugespitzt. Die "Mißverständnisse" flackerten bald hier, bald dort in ununterbrochener Reihenfolge auf. Seit dem Frühjahr 1905 wächst die Gärung auf dem Lande zu drohenden Dimensionen an. ...
Ihrerseits arbeitete die Bauernbewegung 4 Haupttypen des Kampfes heraus: Die mit gleichzeitiger Vertreibung der Eigentümer und der Plünderung der Gutshöfe verbundene Besetzung der Gutsländereien zu dem Zwecke der Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung; die Wegnahme des Getreides, Viehs, Heus und die Abholzung der Forsten zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse des hungernden Dorfes; die Streik- und Boykottbewegung, die entweder die Herabsetzung des Pachtzinses oder die Erhöhung des Arbeitslohnes zum Ziel hatte; und

endlich die Weigerung, Rekruten zu stellen und die Steuern sowie die Schulden zu entrichten. In den mannigfaltigsten Kombinationen verbreiteten sich diese Kampfarten über das ganze Land. ...
Im Gouvernement Cherson zogen die Bauern von Gut zu Gut in gewaltigen Scharen, mit zahlreichen Wagen, um die "geteilte" Habe heimzubringen. Fälle von Mord oder Gewalt waren nicht zu verzeichnen, denn die erschreckten Gutsbesitzer und Verwalter laufen von dannen, auf die erste Forderung der Bauern alle Riegel und Schlösser öffnend.
In demselben Gouvernement wird ein energischer Kampf um Herabsetzung des Pachtzinses geführt. Die Preise werden von den Bauerngemeinden selbst bestimmt – unter Wahrung der "Gerechtigkeit".
Nur das Kloster mußte 15.000 ha vollkommen unentgeltlich abtreten, denn die Mönche sollen, wie die Bauern meinten, zu Gott beten und nicht Landwucher treiben.<<
Der spätere russische Ministerpräsident Graf Witte schreibt am 22. Oktober 1905 in einer Denkschrift für den Zaren (x243/119): >>Der historische Fortschritt ist unaufhaltsam. Entweder wird die bürgerliche Freiheit durch Reformen verwirklicht oder durch eine Revolution. ...
Die Schrecken der russischen Revolution werden alles übertreffen, wovon die Geschichte berichtet. Es ist möglich, daß durch ausländische Einmischung das Reich in Stücke gerissen wird.
Man wird versuchen, die Idee des theoretischen Sozialismus zu verwirklichen; diese Versuche werden umsonst sein, aber dennoch von entscheidender Wirkung. Sie werden die Familie zerstören, das religiöse Leben vernichten, das Eigentum beseitigen und alle Rechtsgrundlagen untergraben. ...
Der Staatsanwalt muß sich an die Spitze der Freiheitsbewegung stellen. Es bleibt keine andere Wahl. ...<<
Im Jahre 1905 werden auch die nationalen Spannungen zwischen der deutsch-baltischen Oberschicht und den Esten sowie Letten immer bedrohlicher. Während der ersten russischen Revolution führen fanatische baltische Nationalisten mehrere Aufstände gegen die deutsch-baltische Oberschicht durch, die man jedoch mit russischer Hilfe brutal niederschlagen kann. Nach diesen schweren Unruhen fliehen etwa 5.000 deutsch-baltische Familien und siedeln in die "sichere" preußische Provinz Posen um (x035/325). Viele deutsche Gutsbesitzer bemühen sich jedoch weiterhin um die Stabilisierung und Stärkung der deutsch-baltischen Landwirtschaft.
Während und nach der russischen Revolution entwickeln sich auch in Polen Unruhen. Im Verlauf dieser Unruhen, die in wenigen Wochen durch russische Truppen niedergeschlagen werden, kommt es zwischen den pro- und antirussischen Parteien zu heftigen Auseinandersetzungen. Der prorussische Nationaldemokrat Dmowski will z.B. auf Ostpolen verzichten und den polnischen Staat bis zur Oder vortreiben (ehemalige Gebiete der Piastenherzöge). Pilsudski, der aus Litauen stammt, plant die Gebiete der litauischen Jagiellonenfürsten in den polnischen Staat einzugliedern und die polnischen Grenzen nach Osten zu verlagern (x064/112).
**Frankreich:** Nach der französisch-britischen Einigung (1904) schränkt die französische Regierung im Jahre 1905 in der Kolonie Marokko den bisher freien Wettbewerb drastisch ein.
Die liberal eingestellten Republikaner setzen im Jahre 1905 per Gesetz die völlige Trennung von Kirche und Staat durch (x069/75): >>Die Republik erkennt keinen Kult an. Sie besoldet und unterstützt auch keinen. Die Gebäude, die der öffentlichen Ausübung des Kultes oder zur Unterbringung seiner Diener dienen, sind und bleiben Eigentum des Staates, der Departements und der Gemeinden. Sie werden den Kulturgemeinschaften unentgeltlich zur Verfügung gestellt.<<
**Kanada:** Im Jahre 1905 verlassen die letzten britischen Truppen Kanada.
**Afrika:** In Deutsch-Ostafrika beginnt im Jahre 1905 der Maji-Maji-Aufstand des Wamatum-

bi-Stammes.
Angehörige des Wamatumbi-Stammes berichten später über den Sturm auf die deutschen Befestigungen (x239/184): >>... Sie umzingelten die deutschen Palisaden in vielen Reihen. Die Maji-Maji-Krieger schossen mehrmals, aber die Deutschen antworteten nicht. ...
Dann um 5 Uhr früh, als die Wamatumbi versuchten, in die Palisaden einzubrechen, befahl der Europäer seinen Askari (afrikanische Soldaten der deutschen Schutztruppen) zu feuern.
Oh, wieviele Männer an diesem Tage starben! Denn sie wußten nicht, was ein Maschinengewehr ist. Sie dachten, die Deutschen hätten keine Munition mehr und trommelten auf leeren Kanistern, um sie fortzuscheuchen. So wurden die zähen Kämpfer von Kugeln getroffen, manche in die Beine, andere in den Rücken, andere in die Nase. Viel zu viele Menschen starben an diesem Tag. ...<<

**1906**

| |
|---|
| Glückliche Zeiten dringen erst ins Bewußtsein, wenn sie vergangen sind.<br>*Eduard von Hartmann (1842-1906, deutscher Philosoph)* |

**Deutsches Reich:** Da US-Präsident Theodore Roosevelt vermittelt und Rußland längst noch nicht "kriegsbereit" ist, muß Frankreich im Kolonienkonflikt in Marokko zunächst nachgeben (Konferenz von Algeciras im Jahre 1906).
Für das Deutsche Reich stellt die 1. Marokkokrise trotzdem eine schwere diplomatische Niederlage dar, denn sie führt zur Isolierung des Reiches.
Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erklärt nach der Konferenz von Algeciras im deutschen Reichstag (x239/200): >>Eine Zeit der Beunruhigung liegt hinter uns. Es gab Wochen, wo der Gedanke an kriegerische Verwicklungen sich der Gemüter bemächtigte.
Wie kam das?
Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Machtfrage aufzuwerfen? Sollten wir, wollten wir um Marokko Krieg führen?
Nein, meine Herren, um Marokko nicht. Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort auch keine politischen Aspirationen (Ansprüche). ...
Aber wir haben wirtschaftliche Interessen in einem unabhängigen, bisher noch wenig erschlossenen, zukunftsreichen Lande. ...
Wir besaßen aus einem Handelsvertrag die Rechte der meistbegünstigten Nation. Darüber nicht ohne unsere Zustimmung verfügen zu lassen, war die Frage des Ansehens der deutschen Politik, der Würde des Deutschen Reiches, in welcher wir nicht nachgeben durften. ...<<
In den Jahren 1906/07 sorgen verschiedene staatliche Enteignungsgesetze und verstärkte Einwanderungen in Posen und Westpreußen für zusätzliche Unruhen in den deutschen Ostgebieten. Vor allem in Posen und Westpreußen ist das Verhältnis zwischen der polnischen Bevölkerung und den ostdeutschen Siedlern ziemlich angespannt bzw. oftmals ausgesprochen feindlich.
Der deutsche Schriftsteller Ernst Toller (1893 in Samotschin/Posen geboren, wegen Mitgliedschaft in der Münchener Räteregierung 1919 zu 5jähriger Haft verurteilt, emigriert 1933 in die USA, begeht dort im Jahre 1939 Selbstmord) berichtet später über seine Heimatstadt Samotschin in der überwiegend polnisch besiedelten Provinz Posen (x233/136-137): >>Samotschin war eine deutsche Stadt. Darauf waren Protestanten und Juden gleich stolz. Sie sprachen mit merklicher Verachtung von jenen Städten der Provinz Posen, in denen die Polen und Katholiken, die man in einen Topf warf, den Ton angaben.
Erst bei der zweiten Teilung Polens fiel die Ostmark an Preußen. Aber die Deutschen betrachteten sich als Ureinwohner und die wahren Herren des Landes und die Polen als geduldet. Deutsche Kolonisten siedelten ringsum in den flachen Dörfern, die wie vorgeschobene Fe-

stungen sich zwischen die feindlichen polnischen Bauernhöfe und Güter keilten.
Die Deutschen und Polen kämpften zäh um jeden Fußbreit Landes. Ein Deutscher, der einem Polen Land verkaufte, ward als Verräter geächtet. Wir Kinder sprachen von den Polen als "Polacken" und glaubten, sie seien die Nachkommen Kains, der den Abel erschlug und von Gott dafür gezeichnet wurde.
Bei allen Kämpfen gegen die Polen bildeten Juden und Deutsche eine Front. Die Juden fühlten sich als Pioniere deutscher Kultur. In den kleinen Städten bildeten jüdische bürgerliche Häuser die geistigen Zentren, deutsche Literatur, Philosophie und Kunst wurden hier mit einem Stolz, der ans Lächerliche grenzte, "gehütet und gepflegt".
Den Polen, deren Kinder in der Schule nicht die Muttersprache sprechen durften, deren Vätern der Staat das Land enteignete, warf man vor, daß sie keine Patrioten seien.
Die Juden saßen an Kaisers Geburtstag mit den Reserveoffizieren, dem Kriegerverein und der Schützengilde an einer Tafel, tranken Bier und Schnaps und ließen Kaiser Wilhelm hochleben. ...<<
Der deutsche Nationalökonom Ludwig Josef Brentano (1844-1931) kritisiert im Jahre 1906 bestimmte soziale Fürsorgemaßnahmen von Unternehmen (x239/97): >>Es handelt sich hier nicht um Wohlfahrtseinrichtungen rein karitativen Gepräges, sie sind über alles Lob erhaben.
Es handelt sich (hier) vielmehr um Maßnahmen, die sich überwiegend nur auf den Teil des Lebens des Arbeiters beziehen, wie Wohnungsfürsorge, Darlehensgewährung und dgl., deren Wirkung ... darin besteht, den Arbeitern innerhalb wie außerhalb der Unternehmungen zu jedweder Unterwerfung unter den Willen des Arbeitgebers zu zwingen.
So erhält jeder Betrieb damit ... gewissermaßen eine Garde, über die er unumschränkt zu verfügen vermag. ...<<
**Österreich-Ungarn:** Vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts wird im Jahre 1906 vereinbart, daß Böhmen durch 75 tschechische und 55 deutsche Abgeordnete vertreten werden soll.
Angesichts der äußerst radikalen anti-österreichischen Politik Serbiens werden die Österreicher zusehends unruhiger. Da Serbien vielerorts als der Urheber zahlreicher Schwierigkeiten angesehen wird, fordern österreichische Generäle bereits eine sofortige Besetzung Serbiens. Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand (1863-1914) lehnt damals jedoch militärische Lösungen ab und versucht den Serben wirtschaftlich beizukommen. Um Serbien in die Schranken zu weisen, verhängt Österreich-Ungarn z.B. eine Viehimportsperre. Serbien übersteht diesen sogenannten "Schweinekrieg" (1906-1908) jedoch mit französischer Kapitalhilfe (x061/359).
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den sogenannten "Schweinekrieg" von 1906-1908 (x307/56): >>... Allerdings war diese Maßnahme (für Österreich) kontraproduktiv, weil Serbien rasch andere Exportmärkte fand (insbesondere in Deutschland, Frankreich und Belgien) und nunmehr anfing, in großem Stil Schlachthöfe zu bauen. ... Schließlich verschaffte sich Belgrad nicht über Wien einen hohen Kredit, sondern über Paris (im Gegenzug für Rüstungsaufträge bei französischen Firmen). ...<<
**Frankreich:** Die französische Regierung zieht im Jahre 1906 das gesamte Vermögen der katholischen Kirche ein (x074/984).
**Großbritannien:** England und Frankreich schließen im Jahre 1906 ein Heeres- und Flottenabkommen gegen das Deutsche Reich.
Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium Sir Charles Hardinge (1858-1944) schreibt in einer Denkschrift vom 30. Oktober 1906 (x320/10): >>… Man muß allgemein zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland infolge seiner ehrgeizigen Pläne für eine Weltpolitik, eine maritime Vorherrschaft und eine militärische Vorherrschaft in Europa der einzige Störfaktor ist.<<

**USA:** In San Francisco fordert im Jahre 1906 ein Erdbeben etwa 450 Todesopfer (x175/60).
**Chile:** Ein Erdbeben in Valparaiso fordert im Jahre 1906 etwa 20.000 Todesopfer (x175/60).
**Kuba:** Die Kubaner führen im Jahre 1906 Aufstände gegen die US-Besatzungstruppen durch.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Aufstände gegen die US-Besatzungstruppen im Jahre 1906 (x068/163-164): >>… Kuba hatten die USA zunächst ihrer Militärverwaltung unterstellt, dann seine Souveränität 1901 durch einen Verfassungszusatz, das Platt Amendment, eingeschränkt (nach dem Senator O. H. Platt, Connecticut). Es sicherte ihnen ein - auch oft angewandtes - Interventionsrecht. Im Grunde betrachteten sie Kuba als ihr Land. Manche erklärten es als absurd, darüber auch nur zu diskutieren.
Einst hatte US-Außenminister William Seward dies so erhärtet: "Jeder Stein und jedes Sandkorn auf dieser Insel kommt aus der amerikanischen Erde und wurde aus dem Mississippi und den anderen Strömen, die in den Golf von Mexiko fließen, hinausgespült." 1902 ziehen sie sich zwar aus Kuba zurück. Doch 1906 eilt Kriegsminister Taft mit Truppen schon wieder hin, um Aufstände niederzuschlagen. Man bleibt bis 1909. Dann interveniert man militärisch noch 1912 und 1917-1919.
Bald besaßen Nordamerikaner in Kuba nicht nur Ölraffinerien und Zuckerplantagen. Auch die gesamte Energieproduktion befand sich in ihren Händen, der Telefon- und Telegrafendienst, fast alle Bergwerke sowie 80 % sämtlicher Straßenbahnen.
Doch selbst die Firmennamen waren spanisch. Man herrschte, ohne es zu signalisieren, ohne Flagge, ohne US-Verwaltung, man herrschte durch das Geld. Man trieb Geschäftspolitik, wobei, wie wohl überall auf Erden, die einheimische Geschäftswelt mit der fremden zusammenarbeitete gegen das eigene Volk.
Diese Politik suchte besonders Präsident William Howard Taft (1909-1913) zu fördern, der als Kriegsminister die militärische Okkupation Kubas (1906-1909) organisiert hatte. Als Nachfolger Roosevelts wollte Taft dessen "big stick policy", die "Politik des großen Knüppels", durch die "dollar diplomacy" ablösen. "Unsere Politik möchte Granaten durch Dollars ersetzen", erklärte er 1912. In Wirklichkeit setzte er Granaten und Dollars zugleich ein.<<

**1907**

> Alles, was man zum Leben braucht, ist Ignoranz und Selbstvertrauen.
> *Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)*

**Deutsches Reich:** Nach dem englisch-russischen Bündnis im Jahre 1907 sprechen viele Deutsche bereits von einer bewußten Einkreisung des Reiches.
Bernhard Dernburg (1865-1937, von 1907-10 Leiter des Reichskolonialamts, 1919 Reichsfinanzminister, 1918-30 Mitglied des Reichstages) erläutert im Jahre 1907 die reformierten Richtlinien der deutschen Kolonialpolitik (x239/184): >>Wenn man mit gewalttätiger Hand eingreift in uralte Lebensgewohnheiten, Familienrechte, wenn man mit aller Ehrlichkeit und allem Wohlwollen zu Felde zieht gegen den Aberglauben, wenn man Rechtsbegriffe auspfropft, wo das entsprechende Rechtsempfinden fehlt, wenn man deutsch verwaltet mit der Pünktlichkeit des hohen Rechnungshofs in Potsdam, wenn man die Neger, deren Leistungsfähigkeit in den Tropen teils durch die Ungewohnheit zur Arbeit, teils durch das furchtbare Klima eine beschränkte ist, zu stark anspannt, und wenn man ... über manche üblen und grausamen Gewohnheiten nicht unter Umständen wegsehen kann, so kommt man natürlich in den Zustand des ständigen Konfliktes, und wo man auf selbstbewußte, gut bewaffnete und ihrer numerischen Überzahl nach sichere Eingeborene trifft, kommt man selbstverständlich in den Aufstand, den man mit großen Opfern zu beruhigen hat.
Hier hilft nur langsame, verständige, überlegte Tätigkeit besonders befähigter und vorgebildeter Leute, dessen Bewegungsfähigkeit nicht zu stark eingeschränkt werden darf. Nicht zu viel

Vorschriften, keine Bürokratie, sondern Männer mit gesundem Menschverstand, freier Anschauung, die nicht zu viele Ziele gleichzeitig im Auge haben und den Druck der neuen Regierung nur da ausüben, wo es eben zur Erfüllung jener beschränkten Aufgaben absolut notwendig ist. ...
Hat man früher mit Zerstörungsmitteln kolonisiert, so kann man heute mit Erhaltungsmitteln kolonisieren, und dazu gehören ebenso der Missionar, wie der Arzt, die Eisenbahn wie die Maschine, also die fortgeschrittene theoretische und angewandte Wissenschaft auf allen Gebieten. ...<<
**Österreich-Ungarn:** Die Reichstagswahlen (erstmalig gilt ein allgemeines Wahlrecht) in Österreich-Ungarn besiegeln im Jahre 1907 die slawische Mehrheit (233 deutsche gegen 265 slawische Abgeordnete bei 28 Fraktionen) im arbeitsunfähigen Reichsrat (x061/357).
Hitlers Mutter Klara stirbt im Jahre 1907 mit 47 Jahren an den Folgen einer unheilbaren Krankheit. Hitler wird durch den frühen Tod seiner Mutter schwer erschüttert, denn im Gegensatz zum despotischen, spießbürgerlichen Vater Alois (gestorben 1903), den Hitler haßte, verehrte er seine Mutter beinahe abgöttisch.
**Rußland:** Grigori Jefimowitsch Rasputin (1869-1916, russischer Wanderprophet und mystischer Wundertäter) erhält im Jahre 1907 Zugang zum Zarenhof und gewinnt das Vertrauen der Zarin. Rasputin, der "heilige Teufel", wird am 31.12.1916 vermutlich von einem britischen Geheimagenten ermordet.
Rasputin sendet Zar Nikolaus II. kurz vor seiner Ermordung sein Testament mit folgender Warnung (x347/122): >>… Wisse, wenn Deine Verwandten den Mord an mir begehen, werden alle Deine Angehörigen und Kinder binnen zwei Jahren sterben. … Das russische Volk wird sie töten …<<
**Spanien:** Zu Beginn des 20. Jahrhunderts werden die kulturellen und sprachlichen Unabhängigkeitsbewegungen in Katalonien auf politischer Ebene fortgesetzt. Im Jahre 1907 wird infolge der wachsenden Bedeutung der katalanischen Sprache in Barcelona das Institut für katalanische Studien gegründet.
Im Jahre 1907 wird der 15jährige Franco Angehöriger der Militärakademie in Toledo.
**Niederlande:** Sir Edward Grey (1862-1933, 1905-16 britischer Außenminister) kritisiert während der Friedenskonferenz in Den Haag im Jahre 1907 den beschleunigten Aufbau der deutschen Kriegsflotte (x233/140): >>Der deutsche Kaiser kann die Konferenz, wenn er will, ... zum Scheitern bringen. Aber es muß deutlich gemacht werden, daß er die Verantwortung trägt, und nicht wir.
Wenn der Deutsche Reichstag ihm das Geld bewilligt, kann er uns zwingen, in den nächsten Jahren 10 oder 20 Millionen Pfund zu unseren Flottenausgaben hinzuzufügen. ...<<
An der 2. internationalen Friedenskonferenz in Den Haag (1907), die Nordamerika organisiert, nehmen bereits über 40 Staaten teil. Bei dieser Konferenz einigt man sich endgültig auf die Einrichtung des Haager Schiedsgerichtshofes und dehnt die Anerkennung des Roten Kreuzes (Genfer Konvention von 1864/1906) auf die Seekriegsführung aus.
Die erweiterten Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (HLKO) werden am 18. Oktober 1907 unterzeichnet und enthalten z.B. folgende verbindliche Vereinbarungen über die Humanisierung der Kriegsregeln, über den Schutz der Zivilisten und über allgemeines Völkerrecht:
Die Tötung oder Verwundung von wehrlosen Feinden ist untersagt. Zivilpersonen sind im Rahmen des "öffentlichen Gewissens" zu schützen.
Nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte bleibt die bisherige Rechtspersönlichkeit weiterhin erhalten. Ungeachtet der Auflösung bzw. dem Rücktritt der Staatsführung sind alle Bürger des Volkes zu schützen. Kein Staat kann sich einseitig von den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung lossagen.

Artikel 3 des IV. Haager Abkommens von 1907 lautet (x029/45): >>Die Kriegspartei, welche die Bestimmungen der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenenfalls zum Schadenersatz verpflichtet. Sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden.<<

**Großbritannien:** Ein englisch-russisches Bündnis soll im Jahre 1907 zur Entspannung in Afghanistan, Tibet und Persien führen und ist gleichzeitig gegen das Deutsche Reich gerichtet ("Stabilisierung des europäisches Gleichgewichtes").

Das unabhängige Persien wird später in 3 Zonen aufgeteilt. Die südliche Zone erhält England, während Rußland die nördliche Zone übernimmt (x074/988). Ferner werden die jeweiligen Gebietsinteressen Großbritanniens in Afghanistan und Rußlands in Tibet akzeptiert.

Das englische Foreign Office berichtet am 1. Januar 1907 über die "deutsche Weltpolitik" (x058/279-280): >>Deutschland hatte seinen Platz als eine der führenden, wenn nicht gar als die erste der europäischen Kontinentalmächte errungen. Doch über den europäischen Großmächten und jenseits von ihnen schienen die "Weltmächte" zu stehen. Es war auf einmal klar, daß auch Deutschland eine "Weltmacht" werden mußte. ...

Und so wurden denn Kolonien gegründet an Plätzen, die sich noch als herrenlos vorfanden, oder aus denen andere durch energische Geltendmachung eines deutschen Verlangens nach "einem Platz an der Sonne" verdrängt werden konnten: Damaraland, Kamerun, Togoland, Deutsch-Ostafrika, Neu-Guinea und andere Inselgruppen im Stillen Ozean ...

Journalisten, Geographen, Nationalökonomen, Handels- und Schiffahrtsfirmen sowie die ganze Masse der Gebildeten und Ungebildeten der öffentlichen Meinung erklären unaufhörlich mit einer Stimme: Wir müssen wirkliche Kolonien haben, wo deutsche Auswanderer sich ansiedeln und die nationalen Ideale des Vaterlandes verbreiten können, und wir müssen eine Flotte und Kohlenstationen haben, um die Kolonien zusammenzuhalten, zu deren Erwerb wir genötigt sind.

Auf die Frage: "Warum müssen? hat man die Antwort bereit: "Ein gesunder und mächtiger Staat wie Deutschland mit seinen 60.000.000 Einwohnern muß sich ausdehnen, er kann nicht stehenbleiben, er muß Gebiete haben, nach denen seine überschüssige Bevölkerung auswandern kann, ohne ihre Nationalität abzugeben."

Wenn man dagegen einwendet, daß die Welt jetzt tatsächlich unter unabhängigen Staaten aufgeteilt ist und daß Gebiete für Kolonisationszwecke nicht zu haben sind außer durch Wegnahme vom rechtmäßigen Besitzer, lautet die Antwort wiederum: "Wir können uns auf solche Erwägungen nicht einlassen. Not kennt kein Gebot. Die Welt gehört den Starken. Eine kraftvolle Nation kann ihr Wachstum nicht durch blindes Festhalten am Status quo hemmen lassen. Wir haben keine Absichten auf anderer Leute Besitzungen, aber wo Staaten zu schwach sind, um ihr Gebiet in der bestmöglichen Weise zu verwerten, ist es die offenbare Bestimmung derer, die dies tun können und werden, an ihre Stelle zu treten." ...

Ein kluger deutscher Staatsmann würde die Grenzen erkennen, auf die sich jede Weltpolitik beschränken muß, wenn sie keinen feindlichen Zusammenschluß sämtlicher Nationen in Waffen herausfordern soll. Er würde sich darüber klar sein, daß der Bau des Alldeutschtums mit seinen Außenbastionen in den Niederlanden, in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz, in den deutschen Provinzen Österreichs und am Adriatischen Meer niemals auf einer anderen Grundlage als den Trümmern der Freiheiten Europas aufgeführt werden könnte.

Es muß anerkannt werden, daß eine deutsche Vorherrschaft zur See mit dem Bestehen des britischen Reiches unvereinbar ist, und selbst wenn dies Reich verschwände, würde die Vereinigung der größten Militär- mit der größten Seemacht in einem Staate die Welt zwingen, sich zur Beseitigung eines solchen Alps zusammenzuschließen. ...

Wenn man es für nötig hält, eine Theorie zu formulieren und akzeptieren, die auf sämtliche festgestellten Tatsachen der deutschen Außenpolitik paßt, dann muß die Wahl zwischen den

beiden hier vorgetragenen Hypothesen getroffen werden:
Entweder strebt Deutschland geschlossen eine allgemeine politische Hegemonie und maritime Überlegenheit an, die die Unabhängigkeit seiner Nachbarn und schließlich die Existenz Englands bedroht.
Oder Deutschland hat, frei von einer derart scharf ausgeprägten Ambition und für den Augenblick nur darauf bedacht, seine rechtmäßige Stellung und seinen Einfluß als eine der führenden Mächte im Rate der Nationen zu benutzen, das Bestreben, seinen Außenhandel zu fördern, die Segnungen deutscher Kultur auszubreiten, das Betätigungsfeld seiner nationalen Kräfte zu erweitern und überall in der Welt neue deutsche Interessen zu schaffen, wo und wann immer sich eine friedliche Gelegenheit darbietet, wobei es einer ungewissen Zukunft die Entscheidung überläßt, ob nicht der Eintritt großer Veränderungen in der Welt Deutschland eines Tages einen größeren Anteil an direkter politischer Aktion auf Gebieten zuweisen wird, die jetzt nicht zu seinen Besitzungen gehören und zwar ohne jene Verletzung der feststehenden Rechte anderer Länder, die unter den jetzigen politischen Verhältnissen mit jeder solchen Aktion verbunden wäre. In beiden Fällen wäre Deutschland augenscheinlich klug, eine solch mächtige Flotte zu bauen, wie es dies nur vermag. ...
Solange England dem allgemeinen Grundsatz der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts treu bleibt, wären seinen Interessen nicht damit gedient, wenn Deutschland auf den Rang einer schwachen Macht herabgedrückt würde, da dies leicht zu einem französisch-russischen Übergewicht führen könnte, das für das britische Reich ebenso furchtbar, wenn nicht noch furchtbarer wäre. Es gibt keine bestehenden territorialen oder sonstigen deutschen Rechte, die England vermindert zu sehen wünschen könnte.
Solange die Aktion Deutschlands daher die Grenze eines berechtigten Schutzes bestehender Rechte nicht überschreitet, kann es immer auf die Sympathie und das Wohlwollen, ja sogar auf die moralische Unterstützung Englands rechnen.
Es wäre ferner weder gerecht noch politisch klug, die Ansprüche auf eine gesunde Ausdehnung zu ignorieren, die ein kraftvolles und im Wachstum begriffenes Land wie Deutschland ein natürliches Recht hat, auf dem Felde legitimen Strebens geltend zu machen.
Die freimütige Anerkennung dieses Rechtes hat England nie irgendeinem fremden Lande vorenthalten oder verweigert. Es darf daran erinnert werden, daß das Deutsche Reich seine bereits erfolgte Ausdehnung in nicht geringem Grade der Mithilfe oder dem nachgiebigen Geist Englands sowie dem britischen Grundsatz gleicher Möglichkeiten ohne Begünstigungen verdankt. ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die antideutsche britische Außenpolitik im Jahre 1907 (x307/220-224): >>... Die längste Liste der britischen Beschwerden finden sich in einem berühmten Memorandum zum gegenwärtigen Stand der britischen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland, das Eyre Crowe im Januar 1907 verfaßte, damals Leiter der westlichen Abteilung im Foreign Office. ...
Das Memorandum vom 1. Januar 1907 begann mit einem kurzen Überblick über die jüngste Marokkokrise. Crowes Darstellung enthielt den unverkennbaren Unterton einer Moralpredigt nach dem Motto "Selbst schuld". Der deutsche Tyrann hatte Frankreich bedroht in der Hoffnung, dessen "frische Freundschaft" mit Großbritannien "im Keim zu ersticken".
Aber er hatte den Mumm und die Treue von Frankreichs britischem Kumpel unterschätzt: Er "schätzte die Stärke des britischen Gefühls und den Charakter der Minister Seiner Majestät falsch ein". Wie die meisten Tyrannen war auch dieser ein Feigling, und die Aussicht einer "englisch-französischen Koalition in Waffen" reichte, um ihn abzuschrecken. Aber ehe er einen Rückzieher machte, bereitete sich der Tyrann noch mehr Schande, indem er sich bei dem britischen Freund Liebkind machen wollte und "eine Politik der Kooperation mit Deutschland in den schönsten Farbe malte". Und wie sollte Großbritannien nun auf diese unschöne Geste

reagieren?
Als die herausragende Weltmacht sei Großbritannien, so argumentierte Crowe, durch eine Art "Naturgesetz" verpflichtet, sich gegen jeden Staat zur Wehr zu setzen, der versuchte, eine gegen die britische Hegemonie gerichtete Koalition zu gründen.
Und genau das habe die deutsche Politik beabsichtigt. Das ultimative Ziel Deutschlands sei eine "deutsche Hegemonie, zunächst in Europa und später auf der ganzen Welt". Während die britische Hegemonie jedoch von allen begrüßt und gefeiert und wegen der politischen Liberalität und Freiheit des Handelns von keinem beneidet und gefürchtet werde, bewiesen die Äußerungen des Kaisers und der alldeutschen Presse, daß eine deutsche Hegemonie einer "politischen Diktatur" gleichkomme, die der "Ruin der Freiheiten Europas" wäre. ...
Man könnte vieles zu diesem faszinierenden Dokument sagen, daß Grey als empfohlene Lektüre Premierminister Sir Henry Campbell-Bannermann und anderen hohen Ministern zukommen ließ. Zunächst wäre da Crowes schon fast komische Neigung, die Kriege, Protektorate, Besetzungen und Annexionen des britischen Empires als natürlichen und wünschenswerten Zustand zu beschreiben, die vergleichsweise ineffektiven Manöver der Deutschen hingegen als grundlose und empörende Verletzungen des Friedens.
Wie konnten die Deutschen es wagen, Großbritannien wegen der Samoa-Frage zu belästigen, wenn London im Begriff war, den Streit mit Transvaal "dem Urteil des Krieges zu unterwerfen"!
Dazu kam die Tendenz, hinter jedem Konflikt den langen Arm der deutschen Politik zu vermuten. Folglich hatten selbstredend die Deutschen Großbritanniens "Unruhen mit Rußland in Zentralasien geschürt" und den europäischen Widerstand gegen die britische Besatzung Ägyptens "behutsam aufgehetzt". Wo immer es zu Spannungen zwischen Großbritannien und seinen Rivalen kam, zogen angeblich die Deutschen im Hintergrund die Fäden.
Was die Manipulation der Presse von Kairo bis London anging, so enthüllte Crowes Umgang mit diesem Thema eine gehörige Portion Paranoia: Die deutsche Pressearbeit war geradezu lächerlich verglichen mit den weit umfassenderen und höheren Subventionen, die St. Petersburg und Paris verteilten. ...
Auch die Franzosen seien, rief Crowe in Erinnerung, früher sehr lästig gewesen und hätten Großbritannien ständig grundlos herausgefordert. Aber mit ihrer knallharten Weigerung, auch nur einen Zoll Boden in Ägypten und im Sudan preiszugeben, gefolgt von der Androhung eines Krieges wegen Faschoda, hätten die Briten alldem ein Ende gemacht.
Nunmehr seien Großbritannien und Frankreich die besten Freunde. Daraus folgte, daß lediglich eine absolut "unnachgiebige Entschlossenheit", britische Rechte und Interessen in jeder Region des Globus zu schützen, "den Respekt der deutschen Regierung und der deutschen Nation" gewinnen werde. Ein solches Szenario ließ nicht allzu viel Raum, um die wachsende Macht des jüngsten europäischen Reiches einzugliedern.
Hinter diesen Befürchtungen verbarg sich, wenn auch in Crowes Text nur indirekt angedeutet, das gerade sensationelle Wirtschaftswachstum Deutschlands. Im Jahr 1862, als Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden war, entfiel auf die Industrieregionen der deutschen Kleinstaaten mit 4,9 Prozent der fünftgrößte Anteil an der weltweiten Produktion; Großbritannien lag mit 19,9 Prozent mit großem Abstand an der Spitze.
In den Jahren 1880 bis 1900 kletterte Deutschland auf Platz drei hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Und im Jahr 1913 lag es noch hinter den Vereinigten Staaten, aber bereits vor Großbritannien.
Anders ausgedrückt: In den Jahren von 1860 bis 1913 vervierfachte sich der deutsche Anteil an der weltweiten Industrieproduktion, während der britische Anteil um ein Drittel sank. Noch beeindruckender war der wachsende deutsche Anteil am Welthandel. Im Jahr 1880 kontrollierte Großbritannien 22,4 Prozent des Welthandels, die Deutschen belegten zwar den zweiten

Platz, hatten aber mit 10,3 Prozent einen deutlichen Rückstand. Im Jahr 1913 hingegen war Deutschland mit 12,3 Prozent Großbritannien hart auf den Fersen, dessen Anteil auf 14,2 Prozent geschrumpft war.
Wohin man auch blickte, waren die Konturen eines Wirtschaftswunders zu erkennen: Von 1895 bis 1913 schnellte die deutsche Industrieproduktion um 150 Prozent in die Höhe, die Metallproduktion um 300 Prozent, die Kohleproduktion um 200 Prozent. Im Jahr 1913 erzeugte und verbrauchte die deutsche Wirtschaft 20 Prozent mehr Strom als Großbritannien, Frankreich und Italien gemeinsam.
In Großbritannien schwang bei den Worten "Made in Germany" sehr stark das Gefühl einer Bedrohung mit, nicht weil die deutschen Handels- und Wirtschafspraktiken aggressiver und expansionistischer als andere waren, sondern weil sie die Grenzen der britischen Weltherrschaft aufzeigten.
Die deutsche Wirtschaftsmacht gab den politischen Ängsten der Entscheidungsträger auf ähnliche Weise Nahrung wie die chinesische Wirtschaftmacht heute. ...<<
Peadar Kearney (1883-1942) verfaßt im Jahre 1907 den Text der späteren Nationalhymne Irlands (x230/67):
>>Wir singen ein Lied, ein Soldatenlied,
Das im freudigen, brausenden Chor lebt,
Wie der Rauch unseres Feuers zum Himmel zieht,
Und den Blick zu den Sternen emporhebt.
Verlangend nach der nahen Schlacht
Und daß der Morgen bald erwacht,
Hier in der schweigend-ernsten Nacht
Wir singen Soldatengesang.

Dir unser Kriegerblut, Insel der Kelten!
Mancher von uns kam mit östlichem Boot,
Freiheit sein Schwur!
Fern bleiben, Vaterland, die dich entstellten,
Künftig der Küste: Knecht und Despot
Heut nacht wird betreten die bheàrna bhaoghail,
Ob Heil oder Weh zu uns kommen will,
Beim Flintenschußpfiff, der Kanonen Gebrüll:
Wir singen Soldatengesang.<<
**USA:** Im Oktober 1907 wird die Börse in New York durch den Zusammenbruch der Kupferkurse erschüttert. Zahlreiche US-Banken geraten in Zahlungsschwierigkeiten.
Die Vereinigten Staaten sind damals noch finanziell von Europa abhängig, denn sie haben hohe Auslandsschulden. Die französischen Banken, die in jener Zeit über sehr viel Kapital verfügen, leihen den US-Banken sofort 16 Millionen Dollar (x069/76).
**Afrika:** Die Aufstände in Deutsch-Südwestafrika (1904-1907) und in Deutsch-Ostafrika (1905-1907) werden im Jahre 1907 endgültig niedergeschlagen.
Bei diesen Kolonialkriegen sterben in Deutsch-Südwestafrika etwa 50.000-60.000 Angehörige des Herero-Stammes, etwa 10.000 Angehörige des Nama-Stammes und über 2.000 Deutsche. In Deutsch-Ostafrika kommen mindestens 75.000 Angehörige des Maji-Maji-Stammes um (x261/195).
Französische Truppen setzen sich ab 1907 in Marokko fest (x142/363).

**1908**

Dreierlei ist wichtig im Leben: Erstens: Toleranz. Zweitens: Toleranz. Und drittens: Toleranz.
*Henry James (1843-1916, nordamerikanischer Schriftsteller)*

**Deutsches Reich:** Das preußische Enteignungsgesetz vom 20. März 1908 ermöglicht den preußischen Ansiedlungskommissionen (1886 gegründet), polnische Grundbesitzer in den Ostprovinzen gegen Entschädigung zu enteignen (x092/711). Die polnischen Abgeordneten protestieren gegen diese "Germanisierung durch Enteignung" (Verstoß gegen die Gleichheit vor dem Gesetz und die Unverletzlichkeit des Eigentums).
Großadmiral Alfred von Tirpitz begründet am 17. Dezember 1908 schriftlich den weiteren Ausbau der deutschen Flotte (x058/274-275): >>Euer Durchlaucht (Reichskanzler von Bülow) richten die Frage an mich, ... ob Deutschland und das deutsche Volk einem englischen Angriff mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen können.
Bei der großen Überlegenheit der englischen Flottemuß ich diese Frage verneinen. ...
Was im übrigen die Kriegsgefahr anbetrifft, so haben wir derselben vom ersten Flottengesetz an ins Auge gesehen. Sie ist durch den fortschreitenden Ausbau unserer Flotte nicht größer, sondern kleiner geworden. Als Beweis führe ich an, daß sich große Kreise des englischen Volkes bereits vor unserer Flotte fürchten.
In wenigen Jahren wird unsere Flotte so stark sein, daß ein Angriff auf dieselbe auch für England ein großes militärisches Risiko bedeutet. Damit ist der Zweck der Flottenpolitik des letzten Jahrzehnts erreicht.<<
**Österreich-Ungarn:** Da Österreich eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtet bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen will, annektiert Österreich im Jahre 1908 die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina.

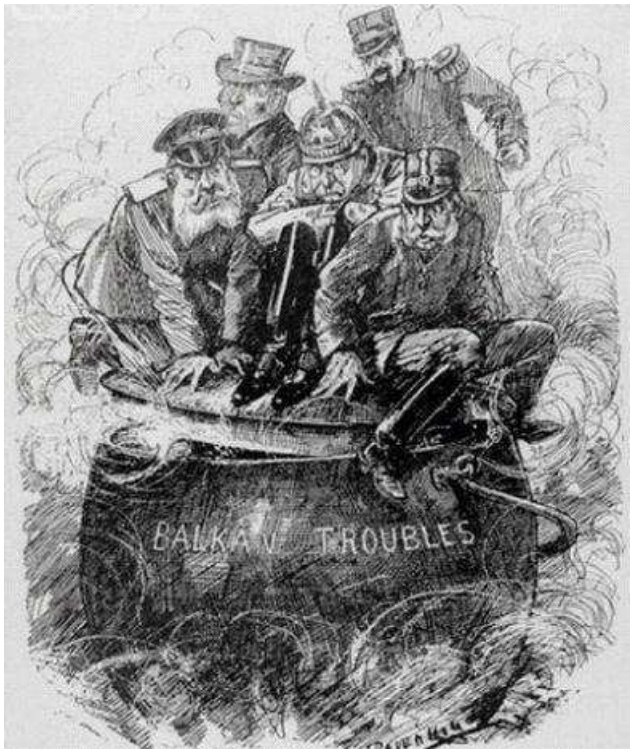


*Abb. 50 (x237/220): "Der kochende Kessel" (Karikatur aus der englischen Zeitschrift "Punsch", 1908).*

Die Annexion erfolgt ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Das Deutsche

Reich wird außerdem nicht über die österreichisch-russischen Geheimverhandlungen (Konferenz von Buchlau am 16. September 1908) informiert (x063/467).
Mit dieser schicksalhaften Annexion der strategisch überaus wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina verhindern die Österreicher, daß Serbien den angestrebten direkten Zugang zur Adria erhält. Serbien droht zwar mit Krieg, aber Rußland ist nach dem russisch-japanischen Krieg (1904-05) und der Revolution (1905) noch viel zu schwach, um gegen Österreich-Ungarn und das verbündete Deutsche Reich anzutreten.
Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow lehnt damals die österreichischen Kriegsabsichten ("Abrechnung mit Serbien") strikt ab. Nach deutscher Fürsprache kann der gefährliche Konflikt zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Rußland schließlich friedlich beigelegt werden. Die überflüssigen Warnungen der deutschen Regierung werden von den empfindlichen Russen als große Demütigungen empfunden.
Der Balkan bleibt weiterhin ein äußerst gefährlicher Konfliktherd, aber das Deutsche Reich hält trotz der bedrohlichen Lage starrsinnig an der bisherigen Bündnispolitik fest.
Die Jungtschechen fordern im Jahre 1908 weiterhin einen eigenen Staat und den Zusammenschluß mit den Slowaken (x184/19).
Jozef Pilsudski (1867-1935, ursprünglich Sozialist) organisiert ab 1908 in Krakau (Galizien) bewaffnete Einheiten, die jahrelang als Schützenvereine getarnt werden. Die polnischen Behörden in Österreich-Polen dulden die Bildung der Armeekader, so daß Pilsudski bis 1914 fast 200 Schützenverbände aufstellen kann (x064/114).
Der kunstbegeisterte Hitler zieht mit großen Zukunftsplänen nach Wien. Hier träumt Hitler von einer glorreichen Künstlerkarriere. Er lebt als "Kunstmaler" größtenteils vom elterlichen Erbe und einer relativ hohen Waisenrente. Im Jahre 1908 bewirbt sich der junge Mann zum 2. Mal an der Wiener Akademie für Bildende Künste, aber man lehnt ihn wieder wegen mangelnder "künstlerischer" Begabung und nicht ausreichender Leistungen ab.
**Rußland:** Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina beginnen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).
In Sibirien richtet im Jahre 1908 ein Riesenmeteor im Umkreis von 40 km gewaltige Verwüstungen an (x074/992).
**Osmanisches Reich:** Das Osmanische Reich wird im Jahre 1908 durch die Revolution der "Jungtürken" (Führung: Enver Pascha, 1881-1922, türkischer Politiker und Armeeführer) und durch Volksaufstände in Albanien und Arabien erschüttert.
**Italien:** Nach dem großen Erdbeben von 1783 (in Kalabrien über 29.000 Tote) wird Italien im Jahre 1908 wieder durch ein gewaltiges Erdbeben erschüttert. Dieses Erdbeben in Messina und Reggio di Calabria fordert etwa 100.000 Todesopfer (x175/60).
**Portugal:** König Karl I. (1863-1908, portugiesischer König seit 1889) und Kronprinz Ludwig Philipp werden im Jahre 1908 in Lissabon in ihrer Kutsche von 6 Anhängern der republikanischen Partei erschossen.
**Belgien:** Der belgische König Leopold II. verkauft im Jahre 1908 nach internationaler Kritik wegen des rücksichtslosen Ausbeutungssystems den "unabhängigen Kongostaat" an den belgischen Staat, der ihn als Kolonie Belgisch-Kongo übernimmt.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die belgische Kolonie Kongo (x281/35): >>... Die Generalprobe zur Globalisierung können wir mit Fug und Recht als die enthemmteste Etappe auf der Jahrhunderte währenden Jagd nach Wohlstand bezeichnen. Die Einheimischen konnten schon froh sein, wenn sie als Arbeitssklaven, bürokratische Handlanger oder Mitglieder einer Marionettenregierung mit dem Leben davonkamen. Mit ihnen ging man zuweilen rüder um als mit dem Schlachtvieh unserer Tage.
Allein im Kongo, der als rohstoffreiches Land galt und daher vom belgischen König Leopold

II. als "Privatkolonie" geführt wurde, sind im Gefolge der westlichen Landnahme nach neueren Schätzungen rund zehn Millionen Menschen gewaltsam umgekommen. ...<<

**Großbritannien:** Die "Daily-Telegraph-Affäre" (1908) wird von den Briten mit nationaler Entrüstung und maßlosen Haßausbrüchen beantwortet.

Durch diese antienglische Stellungnahme des deutschen Kaisers (während privater Gespräche in England), die Reichskanzler von Bülow leichtfertig veröffentlichen läßt, wird das angespannte deutsch-britische Verhältnis noch schwieriger.

Wolfgang Müller und Roland Siegert berichten später über die "Daily Telegraph-Affäre" (x1.035/…): >>**Die Daily Telegraph-Affäre (1908)**

**Die historischen Hintergründe**

Im Herbst 1907 unternahm Kaiser Wilhelm II. eine mehrtägige sehr erfolgreiche Reise nach Großbritannien. Im Anschluß an diesen Staatsbesuch hielt sich Wilhelm II. noch drei Wochen beim englischen Aristokraten Edward James Stuart-Wortley auf dessen Schloß Highcliff Castle auf. Beide diskutierten dort in privatem Rahmen die Möglichkeiten der Verbesserung des deutsch-englischen Verhältnisses.

Im einem der Gespräche äußerte Wilhelm II., daß er nicht verstehen könne, warum die Engländer so mißtrauisch ihm gegenüber seien. Er sei doch während des Burenkrieges (1899-1902) in Deutschland einer der wenigen Freunde Englands gewesen, entgegen der allgemeinen Stimmung im deutschen Volk. Daher wollte er damals auch keine Burenvertreter in Berlin empfangen, und an einem von Frankreich und Rußland geplanten Engagement gegen England wollte er sich nicht beteiligen.

Nach einem sorgevollen Brief seiner englischen Großmutter, Queen Victoria, habe er einen zusammen mit deutschen Generälen entworfenen Feldzugsplan nach England geschickt, der offensichtlich zum englischen Sieg über die Buren beigetragen habe.

Die Flottenpolitik des Reiches richte sich zudem nicht gegen England, sondern sollte lediglich wirtschaftlichen Interessen im Fernen Osten dienen.

Der ebenfalls anwesende britische Journalist Harold Spencer formte aus den Äußerungen des Kaisers ein fiktives Interview.

Knapp ein Jahr später, nach einem erneuten Zusammentreffen des Kaisers mit Stuart-Wortley in Deutschland, erhielt Wilhelm II. den Text dieses "Interviews" zugesandt mit der Bitte, die Veröffentlichung als Artikel in der englischen Zeitung "Daily Telegraph" zu genehmigen. Nach Freigabe durch den deutschen Reichskanzler erschien das Interview am 28.10.1908 im "Daily Telegraph"; am 29.10.1908 druckte die halbamtliche "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ohne Kommentierung die deutsche Fassung.

**Die Kritik am Kaiser**

Nach Veröffentlichung des Interviews brach vor allem in Deutschland ein Sturm der Entrüstung in Volk, Presse und Reichstag los: Der Kaiser habe sich im Interview zu englandfreundlich gezeigt und sei seinen Landsleuten, die aufgrund der Burenkriege mehrheitlich englandfeindlich eingestellt waren, in den Rücken gefallen.

Andere kritisierten, daß der Kaiser durch undiplomatische Äußerungen England in seinem Stolz verletzt habe (z.B. durch die Feststellung, der englische Sieg über die Buren ginge auf einen deutschen Feldzugsplan zurück) und durch die eigenmächtige kaiserliche Privatinitiative ganz Deutschland vor der Welt blamiert habe.

So notierte z.B. Baronin von Spitzemberg am 30.10.1908 in ihr Tagebuch: "Das Beschämendste, Kläglichste, Indiskreteste und Bedenklichste, was der Kaiser (sich) bisher geleistet (hat). Der Kaiser ruiniert unsere Stellung und macht uns zum Gespött der Welt." (Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Am Hof der Hohenzollern. Aus dem Tagebuch der Baronin Spitzemberg 1895-1914. München 1978)

Das Interview wurde in Deutschland allgemein als erneuter Beleg für das problematische

"persönliche Regiment" des Kaisers betrachtet.
Auch eine Gegendarstellung im "Reichsanzeiger" am 31.10.1908, die den korrekten Hergang der Ereignisse schilderte, konnte die Attacken gegen Wilhelm II. nicht mildern. Die englandfeindliche Stimmung im Land entlud sich in lautem Unwillen über der Person des Kaisers.
In England selbst wurde das Interview jedoch größtenteils gelassen aufgenommen. Der Skandal war somit fast ausschließlich innenpolitischer Natur.
Unter dem öffentlichen Druck, besonders des Reichstags, mußte Wilhelm II. auf Verlangen des Reichskanzlers Bülow ein in seinen Augen demütigendes und angesichts des wahren Hergangs der Ereignisse unangebrachtes Dokument unterzeichnen, im dem er versprach, sich künftig mit öffentlichen Äußerungen zurückzuhalten. Das Dokument lautete:
"In der heute dem Reichskanzler gewährten Audienz hörte seine Majestät der Kaiser und König einen mehrstündigen Vortrag des Fürsten von Bülow. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des Daily Telegraph im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Ursachen, er erläuterte ferner die Haltung, die er in der Verhandlung des Reichstages über die Interpellation eingenommen hatte.
Seine Majestät der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers entgegen und gab seinem Willen dahin kund: Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke Er seine vornehmste Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigte Seine Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten von Bülow Seines fortgesetzten Vertrauens."
Der Kaiser zog sich zurück, verfiel in wochenlange Depressionen und enthielt sich für lange Zeit öffentlicher Äußerungen. Sein Ansehen in Deutschland hatte schweren und dauerhaften Schaden genommen.

**Die Tatsachen**

Das berühmte "Interview" war gar kein Interview.
Wilhelm II. machte die betreffenden Aussagen in privatem Rahmen ein Jahr vor der Veröffentlichung. Es handelte sich um ein loses Gespräch im Rahmen eines dreiwöchigen privaten Besuchs. Der Kaiser antwortete nicht gezielt auf konkrete, von einem Journalisten gestellte, Fragen; erst danach wurde daraus ein Interview fingiert.
Daß im persönlichen Rahmen, in ungezwungener Atmosphäre bei einem dreiwöchigen Privataufenthalt unbedachte Äußerungen fallen, ist gewiß nicht ungewöhnlich und besonders beim spontanen und redefreudigen Charakter des Kaisers plausibel. Auch der Autor des Interviews selbst konstatierte, daß der Kaiser mit "impulsivem und ungewöhnlichem Freimut" sprach.
Der damalige Hauptkritikpunkt in Deutschland, daß das Interview zu englandfreundlich gewesen sei, kann heute nicht mehr gelten und sollte heute im Gegenteil eher ein positiver Beleg für den Kaiser sein: Er distanzierte sich im Interview von englandfeindlichen Stimmungen in Deutschland.
Die Daily Telegraph-Äußerungen des Monarchen waren vielleicht zu offenherzig und undiplomatisch, an ihrer wohlwollenden Absicht kann kein Zweifel herrschen. Gewiß hatte Wilhelm II. überspitzt formuliert und unglücklich argumentiert (was der Reichskanzler vor der Veröffentlichung hätte korrigieren können), aber die Äußerungen waren den historischen Tatsachen entsprechend.
Wilhelm selbst schrieb in seinen Memoiren über das Interview:
"Sein Zweck war die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. … Ich habe unter dieser ganzen Angelegenheit seelisch schwer gelitten." (Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten. Leipzig 1922, S. 98 f.)
Reichskanzler Bülow versäumte seine Pflicht, das zum "Interview" umgestaltete Gespräch vor

der Veröffentlichung zu korrigieren. Wilhelm II. handelte korrekt und legte es dem Kanzler zur Überarbeitung vor. Ein "persönliches Regiment" fand hier also nicht statt.
Wilhelm II. war mit der Veröffentlichung des Artikels im Daily Telegraph grundsätzlich einverstanden, hielt aber einige Streichungen für notwendig und leitete den Text an seinen Reichskanzler Bülow weiter mit der Aufforderung, den Text durchzusehen und etwaige Änderungen bzw. Korrekturen vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Aussagen Wilhelms II., die von der englischen Öffentlichkeit als undiplomatisch aufgefaßt werden konnten, hätten vor der Veröffentlichung somit korrigiert werden können.
Bülow (1849-1921), seit acht Jahren Reichskanzler und mit der Problematik der zunehmend negativen Reaktionen der Öffentlichkeit auf Äußerungen Wilhelms wohlvertraut, folgte der Weisung des Kaisers jedoch nicht. Nach eigenen Angaben las er den Text überhaupt nicht, sondern leitete diesen an Untergegebene des Auswärtigen Amtes weiter. Dort erfuhr das "Interview" nur minimale Änderungen, und Bülow schickte es an den Kaiser zurück, womit der Veröffentlichung nichts mehr im Wege stand.
Der Historiker Wolfgang Mommsen stellte fest: "Der Kaiser hatte sich also vollkommen korrekt verhalten; in verfahrensmäßiger Hinsicht war alles ordnungsgemäß abgelaufen." (Wolfgang Mommsen: War der Kaiser an allem schuld? Berlin 2002, S. 143)
Neueste Forschungen zeigen, daß der Reichskanzler das Interview sehr wohl gelesen hatte und es dennoch unterließ, Korrekturen vorzunehmen.
Der Vorwurf des "persönlichen Regiments" trifft in der Daily Telegraph-Affäre also nicht zu, da der Kaiser das Interview nicht einfach eigenmächtig freigab, sondern ausdrücklich den Reichskanzler konsultierte und um vorherige Korrektur bat.
Reichskanzler Bülow übernahm nicht die Verantwortung dafür, die Korrektur des Interviews unterlassen zu haben. Statt dessen ließ er zu, daß in der Öffentlichkeit allein der Kaiser als Verantwortlicher für die Affäre betrachtet wurde.
Reichskanzler Bülow und andere Bürokraten boten nach Veröffentlichung des "Interviews" zwar spontan ihre Entlassung an, ohne jedoch freilich ausdrückliche Verantwortung zu übernehmen. Wilhelm II. lehnte ab und erwartete, daß sich der Reichskanzler im Gegenzug vor den Kaiser stellen und die Tatsachen richtigstellen würde. Dies tat der Kanzler aber nicht - im Gegenteil: Weder vor dem Reichstag (10.11.1908) noch vor der Presse übernahm Bülow die Verantwortung für die unkorrigierte Veröffentlichung des Interviews.
Zudem behauptete Bülow, das Interview selbst nicht gelesen zu haben und schob die Verantwortung auf Untergebene im Auswärtigen Amt ab. Wilhelm II. jedoch wußte, daß der Kanzler das Interview sehr wohl persönlich gelesen hatte.
Neueste Forschungsergebnisse bestätigen dies nicht nur, sondern belegen sogar, daß Bülow nachträglich Schriftstücke manipulieren ließ, um seine Schuld zu vertuschen. Der Kanzler hatte also auch noch die Öffentlichkeit belogen.
Wilhelm II. fühlte sich verständlicherweise von seinem Kanzler verraten, das Band zwischen beiden war zerschnitten. Erst im März 1909 versöhnten sich Wilhelm II. und Bülow wieder, nachdem sich dieser beim Kaiser in einem Gespräch unter vier Augen für sein Verhalten entschuldigt hatte.
Wilhelm II. entließ Reichskanzler Bülow nicht allein aus Groll über die Daily Telegraph-Affäre, sondern auch, weil dieser 1909 keine regierungsfähige Mehrheit im Reichstag mehr hatte.
Der "Novembersturm" (Wilhelm II. über die Daily-Telegraph-Affäre) hatte sich gelegt. Im Sommer des darauffolgenden Jahres 1909 aber war Bülows Politik in eine Sackgasse geraten: Sein liberal-konservatives Bündnis ("Der Block") zerbrach an der Ablehnung der Erbschaftssteuer und an der geplanten Reform des preußischen Wahlrechts. Am 14.07.1909 trat Bülow zurück und empfahl dem Kaiser, Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921) zu seinem

Nachfolger zu bestellen. Obwohl der Kaiser anfangs Bedenken hatte, folgte er schließlich dem Ratschlag des scheidenden Kanzlers.

**Fazit**

Die Daily Telegraph-Affäre war eine der größten monarchischen Krisen im Kaiserreich und hatte Wilhelm II. nachhaltig beschädigt. Noch nie zuvor mußte ein deutscher Kaiser danach solche Zugeständnisse machen. Auch heute noch wird die Affäre fälschlicherweise als einer der Hauptbelege für ein "persönliches Regiment" des Kaisers gesehen. Dabei wird außerdem übersehen, daß der damalige Hauptkritikpunkt darin bestand, daß sich der Kaiser zu englandfreundlich (!) geäußert habe und heute hinfällig ist.

Das Jahr 1908 war für den Kaiser insgesamt ein Krisenjahr, das weitrechende Folgen auch für die öffentliche Position des Monarchen und sein Ansehen in Deutschland hatte.

Die im selben Jahr von dem rechtsradikalen Schriftsteller und Journalisten Maximilian Harden (eigentlich Felix Ernst Witkowsky; 1861-1921) in Gang gesetzte "Eulenburg-Affäre" hatte Wilhelm II. bereits erheblichen Schaden zugefügt. Der Kaiser wurde hier bezichtigt, sich in einem "unmännlichen, homoerotischem Umfeld" (dem "Liebenberger Kreis") zu bewegen, was ihn zu "weich" mache für einen harten außenpolitischen Kurs. Zentrale Figur dieses ersten großen Medienskandals war der enge Vertraute des Kaisers, Philipp Fürst von Eulenburg. Unmittelbar an die Eulenburg-Affäre schloß sich dann die Daily Telegraph-Affäre an.

Der Historiker Martin Kohlrausch bestätigt, daß beide Krisen in ihrer Gesamtwirkung die Monarchie fundamental und nachhaltig beschädigten: "Die Substanz der Krise der Monarchie von 1908 lag im Zusammenhang zwischen dem Schock zweier Skandale, die soweit gingen, die Abdankung des Monarchen in den Bereich des Möglichen zu bringen, und der gleichzeitigen Gewöhnung hieran." (Martin Kohlrausch: Der Monarch im Skandal. Berlin 2005, S. 292)

Das Selbstvertrauen des Kaisers schwand im Zuge der beiden Skandale, die Affären hinterließen Spuren in der Psyche des Kaisers: "Gesundet ist er niemals wieder von diesem Schlage", stellte sein Sohn, Kronprinz Wilhelm, später fest.<<

**1909**

> Es ist durchaus denkbar, daß das deutsche Volk untergeht, denn es besitzt fast alles, um sich das Jenseits, aber fast nichts, um sich das Diesseits zu erobern.
> *Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)*

**Deutsches Reich:** Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erläutert am 29. März 1909 angesichts der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Oktober 1908 die wesentlichen deutschen Motive für die Unterstützung der Donaumonarchie (x092/714): >>... Uns klar und offen an die Seite von Österreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Österreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen.

Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen aber müßte notwendig ihre Rückwirkung auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam repräsentieren und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Waagschale geworfen wird. ...

Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren. ...<<

Infolge der kurzsichtigen Ausgleichspolitik und der naiven, völlig unverständlichen Bündnistreue gerät das Deutsche Reich allmählich in den folgenden Jahren immer stärker in den Balkankonflikt hinein. Damals ahnt noch niemand, daß diese verhängnisvolle Nibelungentreue schon bald den Untergang des Deutschen Reiches besiegeln wird.

Friedrich Naumann, (1860-1919, deutscher evangelischer Theologe und christlich-sozialer Politiker, 1919 Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei) schreibt im Januar 1909 in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift "Die Hilfe" (x239/163): >>... Wer will leugnen, daß wir alle im stillen uns vor einer politischen Katastrophe fürchten, die nicht kommen muß oder soll, aber die doch kommen kann?
Wir überdenken die ungeheure Macht, die durch Erbschaft, Geschichte, Verfassung, Zeitlage und Personalkraft in diese eine Hand (des Kaisers) gelangt ist. ...
Die Monarchie ist ja deshalb so hoch gestiegen, weil es neben ihr überhaupt keine regierungsfähigen Stellen gibt.
Es gibt keine regierungsfähige Aristokratie und keine regierungsfähige Demokratie, keine regierende Parlamentsmehrheit, und nicht einmal eine Stelle, die morgen die sichere Führung der Staatsgeschäfte in die Hand nehmen könnte, wenn heute die Monarchie versänke. ...
Wir sind ein unpolitisches Volk, und deshalb kommen wir nicht los vom Monarchen. ...
"Dem impulsiven Regiment" entspricht eine Bildungsschicht, die ganz ebenso ist.
Dieser Kaiser, über den ihr euch aufregt, ist euer Spiegelbild! Ihr werdet in demselben Maße von seinem persönlichen Regime freiwerden, als ihr selbst etwas Politisches tut! ...
Wir alle müssen den Staat neu begreifen lernen, den neuen Staat mit seinem Großbetriebscharakter, und müssen von vorn an lernen, für den neuen Staat ein neues Regiment zu schaffen, eine Form des Regiments, die den Volksbedürfnissen entspricht in der Art des englischen Systems. ...<<
Der deutsche Mediziner Paul Ehrlich (1854-1915, begründet die moderne Chemotherapie und Serumforschung, 1908 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet) beendet im Jahre 1909 seine Versuchsreihen zur Herstellung eines Medikamentes gegen die meistens tödlich verlaufende Syphilis. Paul Ehrlich entwickelt 1909/10 mit dem japanischen Bakteriologen S. Hata das Syphilisheilmittel Salvarsan (Arsenpräparat).
**Österreich-Ungarn:** Das arbeitsunfähige österreichisch-ungarische Parlament wird im Jahre 1909 nur noch mit dem Verordnungsrecht regiert.
Als Hitlers Ersparnisse allmählich verbraucht sind, schlägt sich der 20jährige Müßiggänger mit seiner Waisenrente (bis 1910) und unregelmäßigen Gelegenheitsarbeiten durch. Der gescheiterte "Künstler" malt z.B. kleine Ölbilder nach Postkartenvorlagen, die er vor allem an reiche Wiener Juden verkauft. Praktische, körperliche Arbeiten lehnt der "egozentrische Künstler" und "Frührentner" grundsätzlich ab.
**Rußland:** Nach der "Bosnien-Krise" (1908/09) vereinbaren der russische Zar und der serbische König Peter I. in Sankt Petersburg im Jahre 1909 den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).
**Großbritannien:** Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die antideutsche britische Außenpolitik im Jahre 1909 (x307/220): >>... Im November 1909 bezeichnete Sir Charles Hardinge Deutschland als "die einzige aggressive Macht in Europa".
Derartige Behauptungen, die wie ein Mantra bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Depeschen, Briefen und Protokollen wiederholt wurden, verschmolzen zu einer neuen virtuellen Realität, eine Deutung des Weltgeschehens.
Warum entwickelten diese Männer eine so starke Feindschaft gegen Deutschland? Benahmen sich die Deutschen etwa "schlechter" als andere Mächte, drängten und forderten sie womöglich in Situationen, in denen andere Mächte einen sanfteren und fügsameren Modus operandi (Art und Weise des Handelns) fanden?
In einem Umfeld, in dem subjektive Eindrücke eine so große Rolle spielten und die Normen eines akzeptablen Verhaltens so variabel waren, ist es natürlich schwierig einzuschätzen, wie "provokativ" bestimmte Verhaltensweisen und Initiativen wirklich waren.
War die Krüger-Depesche etwa provokativer als die scharf formulierte Botschaft von Grover

Cleveland, die um dieselbe Zeit von Washington abgeschickt wurde, um die Briten vor Einfällen in Venezuela abzuhalten? War die Besetzung Kiautschous provokativer als die amerikanische Beschlagnahmung der Kanalzone oder als die Schaffung eines russischen Protektorats über die Mongolei? War das tölpelhafte Bemühen Deutschlands um den diplomatischen Triumph in Agadir provokativer als die unilateralen Schritte, durch die Frankreich im Jahr 1911 das französisch-deutsche Marokko-Abkommen brach?
Womöglich sind das die falschen Fragen. Die Germanophoben drückten sich bei ihren Vorbehalten gegen Deutschland selten konkret aus. Sie sprachen allgemein von prahlerischen Ambitionen und tyrannisierendem "Auftreten" der Deutschen, von der Unberechenbarkeit des Kaisers und der Bedrohung, welche die militärische Stärke Deutschlands für das europäische Kräftegleichgewicht darstellte, aber sie scheuten sich, echte deutsche Verstöße gegen internationale Geflogenheiten zu nennen. ...<<

**Osmanisches Reich:** Als der türkische Reformpolitiker Enver Pascha den Sultan Abdul Hamid II. im Jahre 1909 entmachtet, begrüßen die Armenier den Machtwechsel, denn sie glauben irrtümlich, bessere Lebensbedingungen zu erhalten. Die radikalen Jungtürken lehnen jedoch die Gleichstellung aller Nationalitäten entschieden ab. Sie schalten sogar die Araber, die bisher zahlreiche leitende Positionen besetzen, kompromißlos aus.
Nach den Zielvorstellungen der Jungtürken soll vor allem das gesamte Christentum vollständig aus Kleinasien verschwinden.
Da die Armenier die Jungtürken irrtümlich als Befreier begrüßt hatten, führen die "Alttürken" im Landesteil Kilikien blutige Rachefeldzüge gegen die Armenier durch, bei denen fast 20.000 Christen ermordet werden (x081/91).

**Spanien:** Der Aufstand im "spanischen Rifgebiet" in Nordmarokko (1908/09) nimmt im Jahre 1909 verheerende Ausmaße an und fordert hohe Verluste.
Da zunehmend mehr spanische Reservisten und Wehrpflichtige in Marokko eingesetzt werden und sich zusätzlich die wirtschaftliche und soziale Situation des Staates drastisch verschlechtert, erfaßt eine Protestwelle das gesamte Land. Im August 1909 rufen Anarchisten die Bevölkerung in verschiedenen Regionen zu Aufständen auf. In Barcelona kommt es während eines gewaltsam unterdrückten Generalstreiks zu schweren Straßenkämpfen zwischen den Arbeitern und der Armee.
Der spanische Ministerpräsident Antonio Maura y Montaner tritt nach 2jähriger Amtszeit wegen der blutigen Niederschlagung des Anarchistenauftandes am 21. Oktober 1909 zurück. Sein Nachfolger wird Segismundo Moret y Prendergast (1833-1913, Ministerpräsident bis 1910).

**Nicaragua:** Präsident Santos Zelaya (1853-1919) wird mit Unterstützung von US-Truppen im Jahre 1909 gestürzt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Imperialismus in Lateinamerika (x068/164-165): >>… Dies zeigte sich etwa in Nicaragua, wo US-Truppen 1909 die innenpolitischen Querelen zwischen Konservativen und Liberalen entschieden.
Präsident Zelaya hatte damals ein Darlehen der USA über 15 Millionen Dollar ausgeschlagen. Denn dafür forderten sie das alleinige Recht auf den eventuellen Bau eines rund 300 km langen transozeainischen Kanals sowie die Kontrolle über Finanzen und Zoll Nicaraguas, eines zwar kleinen Staates, dessen Goldminen und Plantagen sie aber ebenfalls interessierten.
Kaum hatte Präsident Zelaya seine Entscheidung bekannt gegeben, brach ein Aufstand gegen ihn aus, angeführt von dem früheren Buchhalter einer Pittsburger Handelsfirma, Adolfo Diaz, unterstützt von einem amerikanischen Kreuzer und dessen an Land stürmenden "marines". Zelaya wurde noch 1909 gestürzt, der einstige Buchhalter Präsident, und natürlich erwies er sich den USA in allem gefügig. Getreu ihrer Dollardiplomatie begannen sie, Geld in das Land

zu pumpen, sie kontrollierten schließlich den Zoll und übten praktisch das Protektorat aus.
Zum Schutz ihrer Ausbeutung landen am 14. August 1912 erneut US-Truppen in Nicaragua. Ein Aufstand gegen die Marionette Diaz wird bald darauf von Marinesoldaten niedergeschlagen, und bis 1925 hält man Nicaragua noch besetzt, nicht um es zu beschützen - vor wem auch -, sondern um es zu schröpfen. Zwei US-Banken arbeiten mit der US-Regierung zusammen, die Brown Brothers & Co. und die J. & W. Seligman & Co.
Dazu kommt die Zollhoheit sowie die Errichtung eines Marinestützpunkts und die Ermächtigung zu dem strategisch wichtigen Kanalbau. Nicaragua ist zwar staatlich souverän, aber wirtschaftlich fast völlig gebunden - ein "Neokolonialismus" raffinierter Form, eine US-Erfindung, und eine weitere Bastion des US-Imperialismus.
Bis 1925 wird Nicaragua finanziell und militärisch durch Nordamerika beherrscht. Und als es bald darauf zu einer liberalen Erhebung unter dem General Augustino Sandino kommt, besetzen die USA abermals das Land. Präsident Coolidge schickt das Marine-Corps und behauptet in bewährter Yankee-Heuchelei: "Wir führen ebenso wenig Krieg mit Nicaragua wie ein policeman mit den Passanten auf der Straße." Die neuerliche Einmischung provoziert den erbitterten Guerillakrieg Sandinos, den man 1934 ermordet.
Drei Jahre später gerät Nicaragua mit US-Hilfe unter die Diktatur des superkorrupten Anastasio Somoza Garcia, nicht nur nach Rolf Winter "der gnadenloseste Despot, der je in Mittelamerika ein hohes Amt besaß". Und auf diesen Mann und seine Brut konnten sich die USA verlassen. Bis 1979 terrorisierte der sich schamlos bereichernde Familienclan der Somoza Nicaragua über fast 40.000 Tote hinweg.<<
**Persien:** Britische und russische Truppen marschieren im Jahre 1909 in Persien ein und teilen das Land vereinbarungsgemäß (Vertrag von 1907) in eine russische (im Nordwesten), eine britische (im Südosten) und eine neutrale Zone auf.
**Afrika:** Im Jahre 1909 werden an den Schulen in Deutsch-Togo folgende Prüfungsaufgaben gestellt (x056/286): >>20. November: Nach Schönschreiben und Rechtschreiben, je eine halbe Stunde, Geographie, eine Stunde:
a) die großen Staaten Europas und ihre Hauptstädte
b) die Namen der bedeutendsten deutschen Flüsse und die Richtung, in der sie fließen (Test, ob sich die Schüler eine Karte vorstellen können)
c) die Namen der bedeutendsten deutschen Gebirge
Am Nachmittag Aufsatz: Welche guten Dinge haben uns die Europäer gebracht? Lesen aus (einem Lesebuch, genannt das) Dreikaiserbüchlein.
Nach dem Rechnen am 22. November wurde am 23. unter anderem auch Geschichte geprüft: Die Regierung Wilhelms I. und die Kriege, die er geführt hat. Nenne die Männer, die sein Regiment besonders unterstützt haben.<<

**1910**

> Die größte Entdeckung meiner Generation ist die, daß der Mensch nur durch die Änderung seiner Einstellung sein Leben ändern kann.
> *William James (1842-1910, nordamerikanischer Philosoph)*

**Deutsches Reich:** Der deutsche Kaiser und Zar Nikolaus II. schließen im Jahre 1910 in Potsdam ein Abkommen, daß beide Mächte keine feindliche Bündnispolitik führen werden (x074/998).
Der Hamborner Volksschullehrer und Schriftsteller Heinrich Kautz (1892-1978) schreibt im Jahre 1910 über das Alltagsleben im Ruhrgebiet (x092/718): >>In weitem Bogen zieht sich da eine eintönige Häuserkette durch das Feld: Kolonien, kleine Häuser sind es.
Einige Meter zurück liegen die Ställe und dann kommt das Feld. Das sind die alten Kolonien, in denen jede Familie eine eigene Haustür hat. Wer einmal in diesem kleinen Häuschen

wohnt, zieht nicht leicht aus. Man lebt und wohnt so schön für sich.
Schönere Räume bieten die großen Kolonien, die im Viereck zusammenstehen und schnurgerade Straßen begrenzen. Eine Haustür hat da viel durchzulassen. Aber jede Wohnung hat ihre Abschlußtür. Die Bewohner dieser Blocks haben kein Feld, höchstens draußen im Bruch ein Schrebergärtchen. Dafür aber gibt's einen schönen weiten Innenhof mit Anlagen, Bäumen, Spielplätzen, Sandhaufen und Pfosten zum Wäschetrocknen. ...
Die Straßen sind nicht gepflastert. In den Rinnsteinen spielen die Kinder und watscheln die Gänse. Frauen laufen barfuß umher. Sie bringen die Ziege oder das Schaf auf die Wiese. Andere binden sich die Röcke hoch und putzen.
In den Fenstern liegen die Kostgänger. Sie haben den ganzen Tag geschlafen und müssen gleich zur Nachtschicht. ...
Wie fein die Fenster manchmal aussehen! Oft findet man Blumenbänke mit reicher Schnitzarbeit. Ab und zu sieht man aber auch armselige Fenster, die weder Blumen noch Gardinen tragen, sondern nur eine alte Bettdecke vorgesteckt haben.
An sehr vielen Fenstern sieht man Schilder: "Büglerin", "Strickmaschine", "Kost und Logis" usw. Die Koloniebewohner sind durchweg arbeitsame Leute. Auch die Frauen wollen etwas mitverdienen.
Abends, besonders im Sommer, ist es recht lustig in der Kolonie. Überall ist Musik.<<
Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1910 Güter im Wert von 16,4 Milliarden Goldmark und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die damalige Entwicklung des deutschen Exporthandels (x057/184-187): >>Etwa vier Fünftel der in den Fabriken hergestellten Waren fanden in Deutschland Absatz, das übrige dagegen mußte auf ausländischen Märkten verkauft werden. Da gleichzeitig der Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln wuchs, vergrößerte sich der Welthandel Deutschlands beständig.
In der ganzen Welt waren die deutschen Waren angesehen, und der deutsche Kaufmann trat in scharfen Wettbewerb mit den englischen Kaufleuten, die bisher allein den Weltmarkt beherrscht hatten. Selbst in England fanden die deutschen Waren Absatz, so daß die englische Regierung den Stempel "Made in Germany" für deutsche Waren verlangte, um sie zu verdrängen. Aber diese Maßnahme wurde zur besten Empfehlung der billigen und guten deutschen Erzeugnisse.
Vor dem ersten Weltkrieg hatte ... der Gesamthandel Deutschlands (Ein- und Ausfuhr) den zweiten Platz in der Welt errungen und reichte nahe an denjenigen Englands heran (22,5 Milliarden gegen 27 Milliarden Mark). Dabei hatte sich der deutsche Handel seit 1890 um das Vierfache, der englische nur um das Doppelte vermehrt. ...
Die bedeutsame Entwicklung des deutschen Handels wäre nicht möglich gewesen ohne den ungeheuren Aufschwung des Verkehrs. ... Zahlreiche Kanäle verbilligten die Beförderung von Massengütern (Dortmund-Ems, Mittellandkanal, Berlin-Stettin). Duisburg entwickelte sich zum größten Binnenhafen. Neben den Wasserstraßen besaß Deutschland das größte Eisenbahnnetz auf dem Festland, den stärksten Briefverkehr und das größte Telegraphennetz Europas. ...
Für den Überseeverkehr baute Deutschland seit 1890 nur noch auf eigenen Werften seine Handelsschiffe und besaß 1914 die größten Schiffahrtsgesellschaften (Hapag, Lloyd), die besteingerichteten Dampfer für den Personenverkehr (Imperator, Vaterland) und die zweitgrößte Handelsflotte der Welt. Der Hamburger Hafen wurde zum größten Seehafen Europas ausgebaut und mit Bremen zum wichtigsten Einfuhrhafen Deutschlands.
Die Seeschiffahrt beherrschte nicht nur die von Deutschland ausgehenden Linien, sondern betätigte sich vielmehr auch im Verkehr zwischen fremden Häfen (Ostasien, Vereinigte Staa-

ten, Ostindien, Mittelmeerländer). Die deutsche Handelflagge wehte in allen Weltmeeren, in den neuerworbenen Handelniederlassungen (Kiautschou 1898) und in den deutschen Kolonien, die sich aus bescheidenen Anfängen gut entwickelt hatten. ...
Infolge dieser Wirtschaftsblüte wurde Deutschland immer weiter mit der Weltwirtschaft verflochten, woraus Neid und Mißgunst der übrigen Weltmächte, besonders Englands und eine bedenkliche Abhängigkeit vom Ausland entstanden.<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Entwicklung des Welthandels bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x281/46-47): >>... Die Interessenkonflikte zwischen den Nationalstaaten hatten sich über die Jahrzehnte verschärft. Denn der wachsende Wohlstand besaß von Anfang an einen Zwillingsbruder, der ihm auf Schritt und Tritt folgte: die Angst. Wo immer sich das Leben verbessert, folgt die Befürchtung, im nächsten Moment könne alles vorbei sein. Das Streben nach Wohlstand und die Angst ihn zu verlieren, sind bis heute die zwei wichtigsten Antreiber der neuzeitlichen Geschichte.
Das englische Königreich wirkte früh schon erschöpft. Der schnelle Aufstieg vom Inselvolk zur Weltmacht hatte die politischen und ökonomischen Kräfte überdehnt. Die Neuerwerbungen in Übersee mochten prestigeträchtig und exotisch sein, rentierlich waren sie oft nicht. Zu den Kosten der Eroberung kamen die Kosten der Besatzung hinzu, die schnell ins Unermeßliche steigen konnten.
Wer gehofft hatte, mit dem Quadratmeilen-Imperialismus das Fundament für den weltgrößten Binnenmarkt gelegt zu haben, sah sich getäuscht. Englands Bedeutung für die Weltwirtschaft schrumpfte. Deutschlands Anteil an der weltweiten Industrieproduktion hatte bereits 1913 den der Engländer überholt.
Das Deutsche Reich war allein schon aufgrund seiner Einwohnerzahl ein großer Brocken, der jährlich schwerer wog. Aus den 40 Millionen Deutschen des Jahres 1870 waren vor Kriegsbeginn 65 Millionen geworden. In Europa lebten nur in Rußland mehr Menschen.
Durch seine Mittellage war das Reich politisch zwar im Zentrum aller Konflikte, aber der Handel profitierte. Die deutsche Industrieleistung schoß empor, überragte bald die Nachbarstaaten. Aus den deutschen Hochöfen floß in den Jahren vor Kriegsbeginn mehr Rohstahl, als Franzosen, Russen und Engländer gemeinsam produzierten. Auch die neu entstandene chemische Industrie war ein Glanzstück. Mit Firmen wie Bayer, BASF und Hoechst produzierte sie damals rund 90 Prozent der industriellen Farbstoffe der Welt. ...<<
Wolfgang Müller berichtet später über das "Goldene Zeitalter" Deutschen Kaiserreiches (x1.035/…): >>**Deutschlands großer Sprung nach vorn**
Das vergessene Goldene Zeitalter: Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im Deutschen Kaiserreich
Im Kaiserreich unter Wilhelm II. erlebte Deutschland eine Glanzzeit; sie endete erst 1914 jäh mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Bis dahin gab es bahnbrechende Erfolge in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur - und Deutschland wurde zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Heute verbinden wir mit diesem sprichwörtlich Goldenen Zeitalter in erster Linie Militarismus und Untertanengeist - ein leichtfertiges und grotesk eindimensionales Urteil, wie die folgenden Fakten zeigen.
**Wirtschaft**
Die wilhelminische Gesellschaftsordnung bot neben einem hohen Maß an politischer Freiheit auch einen Rahmen, in dem sich die gesamte wirtschaftliche Freiheit voll entfalten konnte. Milton Friedmans (Ökonom und Nobelpreisträger, 1912-2006) Diktum, wonach sich politische und wirtschaftliche Macht in einer solchen Ordnung trennen und sich gegenseitig neutralisieren, trifft auf das damalige Wirtschaftssystem durchaus zu.
Hohenzollern-Deutschland war als konstitutionelle Monarchie ein Rechtsstaat, in dem Wirtschaft und Bildung eine bis dahin unerreichte Blütezeit erlebten.

Nüchterne volkswirtschaftliche Kennziffern - auch im internationalen Vergleich - sprechen eine deutliche Sprache:
Die durchschnittliche deutsche Arbeitslosenquote zwischen 1871 und 1914 betrug lediglich 1-2 % (zum Vgl.: Großbritannien: 5-10 %, Frankreich: 6-10 %). Das durchschnittliche Wachstum der Wirtschaft zwischen 1896 und 1913 lag bei 3,4 % jährlich.
Die Preise verhielten sich, bedingt durch den Goldstandard (offiziell seit 1.6.1909, in praxi schon seit 1875/76) und die geringe Staatsverschuldung, stabil, was sich auch anhand der Preissteigerungsrate ablesen läßt: Die jährliche Inflation zwischen 1871 und 1914 betrug gerade einmal 0,48 %.
Einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die weitgehend freien Wettbewerb, Rechtssicherheit, Privateigentum und Gewerbefreiheit gewährte, stand eine auf Effizienz und Effektivität hin orientierte Staatsverwaltung gegenüber. Auf 65 Millionen Einwohner im Deutschen Reich kamen 1891 nur 600.000 Verwaltungs- und Justizbeamte. Die Steuerlast pro Kopf war auch im Vergleich zu der Großbritanniens oder Frankreichs niedrig; der Staat hielt sich mit Eingriffen in die Wirtschaft eher zurück, so betrug die Staatsquote im Kaiserreich lediglich 14 % (heute 45 %).
Die Quote der Selbständigen war enorm hoch, die Unternehmen verfügten im Durchschnitt betrachtet über eine gute Eigenkapitaldecke. Der Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung in Europa erreichte eine Intensität, die erst wieder in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erreicht wurde. Dies betrifft auch Schlüsselbranchen wie die Montanindustrie.
Dabei ist zu ergänzen, daß das damalige Deutschland mit gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen fertig werden mußte. Der rasante Übergang von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat, das stetige Bevölkerungswachstum (1871: 40 Millionen Einwohner, 1914: ca. 68 Millionen Einwohner in Deutschland) sowie die zunehmende Internationalisierung des Warenverkehrs stehen stellvertretend für den epochalen Modernisierungsschub des Kaiserreichs:
"Während die Landwirtschaft ein Sorgenkind des Kaiserreichs blieb, setzte in den (1880er Jahren ein enormes Wachstum der Industrie ein. Das galt nicht nur für die Schwerindustrie, sondern vor allem für neue Industriezweige. So wurde die Elektroindustrie durch bahnbrechende Erfindungen, wie des Elektromotors und der Glühlampe, beflügelt. Alles in den Schatten stellte die chemische Industrie. Das von Bayer produzierte Schmerzmittel Aspirin wurde zum globalen Verkaufsschlager. Zu Beginn der 80er Jahre verfügte die chemische Industrie Deutschlands auf dem Weltmarkt über einen Anteil von fünfzig Prozent, der bis zur Jahrhundertwende auf neunzig Prozent gesteigert werden konnte.
Einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung leistete das Bankensystem. Zu der Vielzahl kleiner und kleinster Privatbanken kamen seit Beginn der (1870er Aktienbanken, die sich zu Großbanken entwickelten. Sie versorgten in dem kapitalarmen Deutschland die Industrie mit den nötigen Krediten. ... So schrumpfte der Abstand zur ersten Wirtschafts- und Handelsmacht England rapide. Bis 1914 hatte Deutschland den britischen Konkurrenten fast eingeholt und in zukunftsträchtigen Industrien weit hinter sich gelassen."
(Ralf Georg Reuth: Deutschlands vergessene Blütejahre. In: Welt am Sonntag, 15.01.2006)
Die wirtschaftliche Prosperität des Kaiserreichs war kein auf die Oberklasse beschränktes Phänomen. Schon dem jungen Kaiser Wilhelm II. lag viel daran, gerade auch die Arbeiter als "Vierten Stand" in das neue Deutschland zu integrieren.
Der Monarch verfolgte vor allem in den ersten Jahren nach seinem Herrschaftsantritt den Kurs eines sozialen "Volkskaisertums", das eine Ausbeutung der unteren Schichten durch die Industrie eindämmen sollte, was - trotz mancher Inkonsequenz seitens der Regierung und bleibender gesellschaftlicher Spannungen - gelang.
Golo Mann beschreibt die damalige Situation so: "Die wirtschaftliche Blüte kam, solange sie

dauerte, den breiten Volksmassen zugute. Bewundernswertes in der Förderung des Gesunden und Schönen leistete die Selbstverwaltung der Kommunen. Von weither kamen die Fremden, die in der geistreichen Arbeitswelt Berlins, in der behaglich freieren, gastlichen Atmosphäre Münchens oder Dresdens zu leben wünschten. Auf die Errungenschaften des liberalen Zeitgeistes war Verlaß. Mochte das Beamtentum rauhbeinig sein, es kannte seine Pflichten und die Rechte der Bürger. … Das Deutsche Reich war damals ein in seiner Wirklichkeit ungeheuer starker, konzentrierter, von dem Motor einer machtvollen Industrie vorwärtsgetriebener Nationalstaat."
(Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt 2004, S. 499)
Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte des Kaiserreichs schuf breiten Wohlstand. Dieses - in der Retrospektive - "goldene Zeitalter" fand erst mit der Katastrophe des Ersten Weltkrieges ein jähes, aber keineswegs zwangsläufiges Ende.
Der Brite Niall Ferguson meint: "Ganz sicher kann man heute nicht mehr die Ansicht vertreten (wie es Marxisten lange getan haben), der Erste Weltkrieg sei die Folge einer Krise des Kapitalismus gewesen, denn er beendete im Gegenteil eine Periode außergewöhnlicher globaler Wirtschaftsintegration, mit relativ starkem Wachstum und niedriger Inflation."
(Niall Ferguson: Krieg der Welt. Berlin 2006, S. 15)

**Rechtsordnung**

Am 1.1.1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) in Kraft, die erste einheitliche Grundlage für eine reichsweite Zivilrechtssprechung. Es regelte die Rechtsverhältnisse "natürlicher" und "juristischer" Personen untereinander.
Der Kaiser gab selbst wichtige Anregungen für dieses Werk und schaltete sich des öfteren in den Erstellungsprozeß ein.
Dank der begrifflichen Präzision und des systematischen Aufbaus in einem dennoch überschaubaren Rahmen, der eine flexible fallbezogene Handhabung durch den Richter ermöglichte, wurde es weltweit zum Vorbild. Selbst heute basieren wesentliche Teile des BGB auf dem Fundament aus der Kaiserzeit.

**Bildung und Wissenschaft**

Eine entscheidende Ursache dieses "ersten deutschen Wirtschaftswunders" (Ehrhardt Bödekker) lag in dem modernen und leistungsfähigen Bildungswesen der wilhelminischen Epoche. Das dreistufige Bildungssystem (Volksschule, Realschule, Universität) erwies sich als zeitgemäß und effizient, da es nicht nur gesellschaftlichen Eliten zugute kam, sondern in der Breite wirkte und damit den immensen Bedarf einer jungen dynamischen Wirtschaftsmacht an gutausgebildeten Menschen erfüllen konnte.
Die deutsche Analphabetenquote betrug um die Jahrhundertwende weniger als 1 % (Frankreich: 10 %, USA: 12 %, England 9,6 %). Entscheidende Weichenstellungen für die Schulpolitik waren die beiden Schulkonferenzen von 1890 und 1900, die beide auf Initiative des Kaisers zustande kamen und seine modernen Ideen in der Lehrplangestaltung berücksichtigten.
Besonders die Universitäten des Kaiserreichs gehörten zu den modernsten wissenschaftlichen Einrichtungen der damaligen Welt. Von 1901 (erstmalige Verleihung des Nobelpreises) bis 1918 ging mehr als ein Drittel (insgesamt 21!) aller Nobelpreise für wissenschaftliche Arbeiten an Forscher aus dem deutschen Kaiserreich.
Berlin galt als Weltzentrum der Physik. Max Planck holte 1914 Albert Einstein an die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin, wo er 1915 die allgemeine Relativitätstheorie veröffentlichte. Auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, vor allem in der Grundlagenforschung, hatten deutsche Forscher alle anderen Länder überflügelt.
Namen wie Emil Behring und Paul Ehrlich (Medizin), Max Planck und Albert Einstein (Physik) oder Otto Hahn (Chemie) stehen stellvertretend für eine "Nation im Rausch der Erkenntnis". Studienaufenthalte in Deutschland waren international begehrt - in manchen naturwis-

senschaftlichen Fächern waren bis zu 30 % der Studenten aus dem Ausland. Besonders intensiv war der Wissensaustausch mit den USA, wo Forschung und Lehre sowie die Organisationsstruktur deutscher Hochschulen zum Vorbild genommen wurden. Deutsch galt als weltweite Wissenschaftssprache.
Die Grundlage dieser Erfolge waren in erster Linie die hervorragenden institutionellen Rahmenbedingungen sowie die bahnbrechende Aufbauarbeit des "Bismarck des Hochschulwesens", Ministerialdirektor Friedrich Theodor Althoff. Er konnte sich während seines jahrzehntelangen Wirkens (1882-1907) stets größter Sympathie und Rückhalts bei Wilhelm II. sicher sein. Der wissenschaftsbegeisterte Kaiser hatte zweifellos die Zeichen der Zeit erkannt und forderte von Anfang ein praxisnahes und zeitgemäßes Bildungswesen:
"Wir stehen an der Schwelle der Entfaltung neuer Kräfte. Das neue Jahrhundert wird bestimmt durch die Wissenschaft, inbegriffen die Technik, und nicht wie das vorige durch die Philosophie. Dem müssen wir entsprechen."
Dem zielgerichteten wissenschaftspolitischen Engagement Wilhelms II. folgte die Durchsetzung des Universitäts-Charakters der technischen Hochschulen (TH Danzig, TH München, TH Breslau, etc.), die 1899 das Promotionsrecht und eine Rektoratsverfassung erhielten. Damit waren sie den klassischen Universitäten gleichgestellt.
Das "System Althoff" beruhte auf gezielter Auswahl und Förderung von wissenschaftlichen Talenten, der geschickten Bündelung unterschiedlichster Interessen (Industrie, Professoren, Staat) und der Unterstützung durch den Monarchen. Die Anstrengungen Althoffs finden ihren Höhepunkt in der Gründung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" (KWG, Sitz in Berlin-Dahlem) im Jahre 1911, zwei Jahre nach Althoffs Tod. Genau drei Monate vorher hatte Kaiser Wilhelm II. aufgerufen, unter kaiserlichem "Protektorat und Namen eine Gesellschaft zu gründen, die sich die Errichtung und Erhaltung von Forschungsinstituten zur Aufgabe stellt".
Diese Institution beruht auf dem - damals revolutionären - Ansatz einer Forschungsvereinigung, die größtenteils durch privates Mäzenatentum aus der Industrie mit teilweiser Unterstützung des Staates finanziert wird: eine Forschungseinrichtung völlig neuen Zuschnitts, die keine Verpflichtung zur Lehre kennt und außerhalb der Universitäten spezialisierte, meist um eine Koryphäe ihres Faches gebaute, Institute umfaßt (z.B. Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, Leitung: Otto Hahn, Doyen der deutschen Kernphysik. Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Leitung ab 1917: Albert Einstein).
Gemeinsames Ziel dieses "deutschen Oxfords" war es, der heimischen Wissenschaft eine Spitzenposition in der Welt zu verschaffen.
Erster Präsident der KWG war der Theologe Adolf von Harnack, ebenfalls ein Vertrauter des Kaisers (ihm folgte 1930 Max Planck).
1946 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgelöst und zwei Jahre später unter dem Namen "Max-Planck-Gesellschaft" wiedergegründet. Aus keiner anderen Institution gingen bis heute mehr Nobelpreisträger hervor.
Die Verbreitung der technischen Wissenschaften galt dem Kaiser als "vornehmste landesherrliche Pflicht". Der Monarch agierte als Brücke zwischen den traditionellen Elementen des Reiches (Heer, Beamtentum, Altpreußen, Junkeradel) und den wissenschaftlichen-technischen Neuerungen der Zeit. Es gelang - trotz der ihm oft zugeschriebenen Unstetigkeit und Oberflächlichkeit - eine insgesamt fruchtbare Symbiose von Alt und Neu.
Der Kaiser verfügte über "ein durchaus profiliertes und für sich stehendes bildungs-, hochschul- und wissenschaftspolitisches Engagement, dessen Spannweite und Intensität von keinem anderen zeitgenössischen Monarchen gehalten wurde. Auf diesem Gebiet waren die kaiserlichen Impulse effektiv, produktiv und teilweise außerordentlich innovativ".
(Frank-Lothar Kroll: Preußens Herrscher. München 2000, S. 303)

**Weltweite Aktivitäten**

Bisweilen erreichten diese Impulse sogar die Grenzen der damals bekannten Welt: In den Jahren 1901-1903 finanzierte der Kaiser die erste deutsche Südpolexpedition unter der Leitung des Geographen Dagobert von Drygalski mit 1,2 Millionen Goldmark. Das dabei erkundete arktische Territorium (Februar 1902) wurde konsequenterweise "Kaiser-Wilhelm-II.-Land" genannt, (87° 3' Ost und 91° 54' West), heute ist es Teil des australischen Antarktis-Gebietes. Eine zweite deutsche Expedition (1911/1912), die die Durchquerung des "weißen Kontinents" zum Ziel hatte, scheiterte.

**Deutsch-amerikanische Seeverbindung**

Generell war die deutsche Präsenz auf den Weltmeeren in der wilhelminischen Epoche von überragender Bedeutung: Nicht nur eine starke Flotte, sondern gerade auch die weltweite Handelsschiffahrt waren Voraussetzung für "Weltgeltung" des Landes.

Regelmäßig abgehende Dampfschiffe verbanden die deutschen Häfen mit den entlegensten Ecken der Welt und wurden neben Eisenbahntraßen und Telefonleitungen zu den Lebensadern einer bemerkenswerten internationalen Arbeitsteilung.

"Das Interesse des Kaisers galt vor allem der Passagierschiffahrt. Hier verlief die Entwicklung besonders dynamisch und wurden die größten Schiffe überhaupt gebaut. Während der Regierungszeit Wilhelms II. wuchsen die größten Passagierschiffe von etwa 10.000 auf 50.000 Tonnen.

Die beiden großen deutschen Reedereien, der Norddeutsche Lloyd (NDL) in Bremen und die Hamburg-Amerikanische Pacetfahrt-Actiengesellschaft (HAPAG) in Hamburg, gehörten zu den weltweit größten Schiffahrtsunternehmen. Als der amerikanische Bankier J. P. Morgan nach der Jahrhundertwende mit seinen Plänen für einen großen Schiffahrtskonzern deren Selbständigkeit zu bedrohen schien, rief dies den Kaiser auf den Plan, der auf ein von ausländischen Einflüssen unabhängiges Reedereigeschäft Wert legte." (Wolfgang König: Wilhelm II. und die Moderne. Paderborn 2007, S. 45)

Einer, der die Zeichen der Zeit erkannte und eindrucksvoll nutzte, war der jüdische Hamburger Reeder und dynamische Vorzeige-Unternehmer par excellence Albert Ballin (1855-1918), der - aus einfachen Verhältnissen kommend - aus der HAPAG die größte Reederei der Welt machte. Ballin war wie andere Wirtschaftsführer (Friedrich Albert Krupp, Emil Rathenau) und Ingenieure (Funktechniker Adolf Slbay, Maschinenbauer Alois Riedler, Wasserbauer Otto Intze und Photochemiker Adolf Miethe) einer der engsten Vertrauten aus dem technisch-industriellen Umfeld des Kaisers.

**Kultur und Gesellschaft: Nur ein "Untertanenstaat"?**

Plakative Schlagworte sind der Treibstoff allen Geschichte-Erzählens. Jedoch ist es ganz hilfreich, zuweilen die Fakten in Augenschein zu nehmen, um das eine oder andere tradierte Urteil einem "Praxistest" zu unterziehen. Kaum ein Vorurteil hielt sich so lange wie die "Sage von der illiberalen und repressiven Gesellschaft im deutschen Kaiserreich" (Tilman Krause: Unter Wilhelm Zwo war es gar nicht so. In: Die Welt, 27.05.2006).

Denn unvoreingenommene Historiker gestehen der wilhelminischen Epoche durchaus eine "zeittypische Modernität" zu.

So pflegte das Kaiserreich einen - für damalige Verhältnisse - großzügigen Umgang mit Minderheiten. Der renommierte britische Historiker Niall Ferguson kommt in seinem neuesten Werk zu dem Urteil: "In der Tat litten die Juden im Kaiserreich unter keinerlei gesetzlicher Diskriminierung, und der Zugang zu Bildung und Berufsleben stand ihnen mindestens so weit offen wie anderswo in Europa." (Niall Ferguson: Krieg der Welt. Berlin 2006, S. 147).

Die führenden Verleger der Zeit waren jüdischer Herkunft: Mosse, Ullstein, Singer, Sommermann, Fischer.

Die Medienlandschaft des Kaiserreichs war von außergewöhnlicher Pluralität geprägt:

Um 1900 erschienen in Deutschland 1.200 Zeitungen, Magazine und Zeitschriften, darunter über 100 Tageszeitungen, 65 mit klar politischer Ausrichtung. Selbst während des Ersten Weltkrieges konnte beispielsweise die englische "Times" in Berlin von jedermann gekauft werden.
Auch wenn der Kaiser selbst mit der modernen Kunst wenig anzufangen wußte (sie war ihm zu destruktiv), so konnte sich dennoch eine moderne Kunstszene ganz offen etablieren: Die Berliner Secession um Max Liebermann, die ab 1905 eine Ausstellungshalle mitten am Kurfürstendamm bezog, zeigte Kunstwerke von Käthe Kollwitz, Max Beckmann, Paul Klee, Wassily Kandinsky und Pablo Picasso und machte Berlin zur modernen Kunstmetropole.

**Fazit**

Das Kaiserreich kann nicht pauschal auf einen "Untertanen- und Militärstaat" reduziert werden. Die 30jährige Regierungszeit des letzten Deutschen Kaisers bedarf eines differenzierteren Urteils.
David Fromkin, Geschichtsprofessor an der Boston University, schrieb: "Ein Porträt von dem Deutschland vor gut 100 Jahren wäre nicht vollständig, wenn man nicht seine hervorragende kulturelle und wissenschaftliche Stellung erwähnen würde. 'Einsteins Deutschland', wie Fritz Stern es genannt hat, war bereit, die Welt in der Lehre und in den Wissenschaften anzuführen. Es brachte großartige Werke der Literatur und der Musik hervor.
Deutsch war die Sprache der Wissenschaft. Wer sich Hoffnungen auf eine Karriere in der Philologie machte, in der Philosophie, der Soziologie oder den Naturwissenschaften, war gut beraten, eine deutsche Universität zu besuchen. Die Deutschen waren das wohl kultivierteste Volk auf der Welt." (David Fromkin: Europas letzter Sommer. München 2005, S. 85f.)
Selbst John C. G. Röhl, der schärfste Kritiker Wilhelms II. der letzten 30 Jahre, stellte fest: "Dieses Kaiserreich war damals der erfolgreichste Staat der Welt: wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell, auch in sozialreformerischer Sicht." (Süddeutsche Zeitung, 4.6.2011)
Und der große jüdische Preußen-Kenner H. J. Schoeps kam vor über 30 Jahren zu dem Schluß:
"Bei einer historisch gerechten Würdigung des Kaisers, nach dem das Zeitalter seinen Namen hat, muß man eines wohl an die Spitze stellen: Ohne den Ausbruch der Weltkatastrophe von 1914, für die er nichts kann, würde das Urteil über seine Regierungszeit zweifellos günstiger ausfallen." (Hans-Joachim Schoeps in Otto-Ernst Schüddekopf (Hrsg.): Herrliche Kaiserzeit. Berlin 1973, S. 13)
"Als 1871 in Versailles das neue Deutsche Reich gegründet worden war, hatten die Schweizer eher skeptisch darauf reagiert. Preußen, die Führungsmacht, hatte keinen guten Ruf - die Republikaner verabscheuten das undemokratische Königreich.
Doch seither hatte Deutschland einen sagenhaften Aufschwung erlebt. Neben den USA war es bis vor dem Ersten Weltkrieg das dynamischste und modernste Land der Welt geworden: Seine Wirtschaft brummte, bald überholte sie die britische, vor allem die deutsche Wissenschaft genoß Weltruhm. Damals kamen die amerikanischen Studenten nach Deutschland, um zu studieren, nicht umgekehrt. Harvard kopierte die deutschen Vorbilder: Berlin, Heidelberg, Göttingen, Breslau. Es waren Namen, die klangen wie heute Yale, Stanford oder Princeton.
Niemand wurde in der Schweiz daher mehr bewundert als der deutsche Professor, der deutsche Ingenieur, der deutsche Unternehmer, aber auch der deutsche Offizier." - Markus Somm, Die Weltwoche (Zürich), 18.02.2010, S. 35<<

Der deutsche Journalist und Autor Bruno Bandulet berichtet später über das deutsche Kaiserreich (x1.035/…): >>**Das politische und wirtschaftliche System des Kaiserreichs und der BRD im pointierten Vergleich**

*Der Autor vergleicht in diesem Artikel von 2013 das politische und wirtschaftliche System des Kaiserreichs mit dem der Bundesrepublik und räumt pointiert mit der weitverbreiteten An-*

*sicht auf, das Kaiserreich sei gegenüber der Bundesrepublik in allem rückständig und in jeder Hinsicht unterlegen gewesen. Gerade jetzt, zum Centennium (Zeitspanne von 100 Jahren) des Ersten Weltkrieges, dominiert das vorwiegend negative Bild des Kaiserreichs die allgemeine Berichterstattung und bedarf dringend einer Korrektur.*

**Demnächst in diesem Theater: 1914 und das Kaiserreich**

Nur noch kurze Zeit bis 2014, dann werden 100 Jahre seit der Urkatastrophe vergangen sein, in der sich das alte Europa selbst in die Luft sprengte, die dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht ein Ende setzte. Dann werden sich Medien, Historiker und Politiker mit mehr oder weniger volkspädagogischem Eifer dem Anlaß zuwenden. Sie werden die Frage der Kriegsschuld wieder aufrollen, über den deutschen "Sonderweg" räsonieren, über das Kaiserreich den Stab brechen und über einen Mangel an Demokratie klagen, zu der die Deutschen erst nach Vollendung ihres langen Weges nach Westen gefunden hätten. Daß wir so lange warten mußten, um im freiesten Staat der deutschen Geschichte zu leben, ist eine zur Staatsräson erhobene Selbstdarstellung der hierzulande herrschenden politischen Klasse.

Woran aber läßt sich Freiheit messen?

Wie schneidet das 1871 gegründete und 1918 untergegangene Kaiserreich ab im Vergleich zu anderen Staaten vor 1914 und im Vergleich zur heutigen Bundesrepublik Deutschland?

Nicht schlecht, alles in allem.

In Großbritannien wurde das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erst 1918 eingeführt, im Deutschen Reich bereits 1871. Wahlberechtigt waren die Männer ab 25 Jahre, die Frauen - wie anderswo - erst nach 1918. In England und Frankreich wurde bei den Wahlen manipuliert, in Deutschland wurden sie korrekt durchgeführt. Die kommunale Selbstverwaltung im Kaiserreich war weitaus "demokratischer" organisiert als in England, wo sie von der Aristokratie und dem niederen Adel dominiert wurde, deren Stimmen ja auch bei den Parlamentswahlen stärker gewichtet wurden als die des gemeinen Volkes.

Die Spielart der deutschen Demokratie - verfassungsrechtlich eine konstitutionelle Monarchie - war eine andere als heutzutage, mit spezifischen Defiziten und Vorzügen, mit einer echten Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament, mit echtem Föderalismus und jedenfalls ohne das zeitgenössische System der Parteienherrschaft.

Oberstes Reichsorgan war der Bundesrat, in dem die Vertreter der 25 Bundesstaaten saßen. Er mußte ebenso wie der Reichstag allen Gesetzen zustimmen. Die direkten Steuern, so die Steuern auf Einkommen und Grundbesitz, waren ausschließlich Angelegenheit der Länder. Es gab keinen Finanzausgleich, keine Vermengung der Einnahmen, keine Verwischung der Zuständigkeiten.

Der Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat führte, wurde vom Kaiser ernannt. Er war insofern unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament. In der Realität war es so, daß bis 1914 kein Reichskanzler gegen den Reichstag regieren könnte, weil er auf die Zustimmung zu den Gesetzen und zum Haushalt angewiesen blieb.

**Politik ohne den Griff in die Kassen**

Der Berufspolitiker war eine noch seltene Spezies. Am ehesten war er bei den Sozialdemokraten anzutreffen, bei denen die Parteiangestellten einen Großteil der Abgeordneten ausmachten. Es sollte noch lange dauern, bis sich die Parteien den Staat zur Beute machten. Erst ab 1906 bezogen die Reichstagsabgeordneten Diäten, schon ab 1902 konnten sie gratis mit der Bahn nach Berlin fahren, um zu beraten und abzustimmen.

Für die vier oder fünf Sessionen einer Legislaturperiode mußten sie nicht mehr als einen bis vier Monate opfern. So blieb genug Zeit für den Beruf und zu wenig für eine Gesetzgebung am Fließband mit kürzestem Verfallsdatum, zu wenig für das ständige Drehen an der Umverteilungsschraube und für die Düngung eines undurchdringlichen Steuerdschungels. Nie herrschte weniger Leerlauf und mehr gesunder Menschenverstand in einem deutschen Parla-

ment.
Im Jahr 1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft, eine geniale, einmalige Kulturleistung. Unvorstellbar, daß heute der Bundestag und die staatliche Bürokratie noch die sprachliche und intellektuelle Kraft besäßen, ein solches Werk zu produzieren. Übrigens: Ihre Fraktionen mußten die Abgeordneten selbst finanzieren. Fraktionszwang in der heutigen Form herrschte nicht. Im Parlament saßen auch parteifreie Abgeordnete.
Während die Wahlbeteiligung im bundesrepublikanischen System seit Jahren zurückgeht, stieg sie bis zur letzten Reichstagswahl vor dem Krieg 1912 auf 85 Prozent. Der im Berliner Tiergarten seit 1894 ansässige Reichstag - das Gebäude hatte 24 Millionen Mark gekostet - fungierte als Tribüne der Nation, auf der demokratische Öffentlichkeit praktiziert wurde. Die großen Tageszeitungen druckten die wichtigsten Parlamentsreden nach, selbst radikale Auftritte der Linken, selbst zu Zeiten der Sozialistengesetze unter Bismarck.
Sagen zu können, was man denkt, ist gut.
Gehört und nicht totgeschwiegen zu werden, ist besser.

**Ein Reichstag der Meinungsvielfalt**

Statt Einheitsbrei, fortschreitender Sozialdemokratisierung und Parteienkartell: Meinungsvielfalt und ein Reichstag, der nie Langeweile verbreitete. Im 13. Reichstag von 1912 saßen - wie stets seit 1874 - 397 Abgeordnete, darunter 110 Sozialdemokraten, 45 Nationalliberale und 42 Linksliberale, 57 Konservative, außerdem die 91 Katholiken des Zentrums sowie die Vertreter der polnischen und dänischen Minderheiten.
Ein buntes Meinungs- und Parteienspektrum also mit der kompletten Bandbreite von links nach rechts - mit der konservativen Partei, die in der Zeit nach Bismarck von 25 Prozent der Stimmen bis auf 12,3 Prozent zurückgegangen war, mit liberalen Parteien, die schließlich unter 30 Prozent rutschten und mit Sozialdemokraten, die ihr Gewicht bis auf ein Drittel ausbauen konnten. Bestellt wurde der Reichstag nach dem Mehrheitswahlrecht, was häufige Stichwahlen notwendig machte, wenn im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit verfehlt wurde.
Die Abgeordneten genossen Immunität, waren laut Verfassung an Weisungen nicht gebunden und verstanden sich als Vertreter des gesamten Volkes. Das Wahlrecht förderte ihre Unabhängigkeit von den Parteiführungen. Erst ein späterer Bundestag konnte es wagen, auf Distanz zum Volk zu gehen und im nördlichen Innenhof des für 600 Millionen umgebauten Reichstagsgebäudes eine seltsame Installation der "Bevölkerung" zu widmen.

**Ein Staat, der Eigentum respektierte**

Wer nationale Selbstbestimmung dem Freiheitsbegriff zuordnet, wird im Deutschen Reich nicht weniger fündig. Die Gesetze wurden von gewählten Abgeordneten verabschiedet, nicht von einer anonymen Kommission in Brüssel initiiert, von einem Rat europäischer Regierungen beschlossen und schließlich vom deutschen Parlament gehorsam abgenickt. Die Vorstellung, daß jeder selbst für seine Finanzen verantwortlich ist, war im zwischenstaatlichen Verkehr ebenso selbstverständlich wie zwischen Regierung und Bürgern im Reich.
Daß Banknoten jederzeit in Gold eintauschbar waren, garantierte die Reichsbank, die in nationaler Verantwortung ihren Geschäften nachging - auch dies ein wesentliches Souveränitätsmerkmal. Mit Anleihen konnte wertsteigernd gespart werden. Von 1875 bis 1913 stiegen die Preise um nicht mehr als 0,375 % im Jahr bei positiven Realzinsen.
Gemessen an den Eigentumsrechten, der Grundvoraussetzung einer florierenden Wirtschaft, war das Kaiserreich ohne Zweifel der freieste Staat der deutschen Geschichte. Der Staat sorgte für Recht und Ordnung, setzte die Rahmenbedingungen und überließ es den Bürgern, ihr Leben in Selbstverwaltung frei zu gestalten. Die Belastung pro Kopf in Form von direkten und indirekten Steuern belief sich 1913 in Deutschland auf 54,62 Mark, erheblich weniger als in Frankreich oder England. Von Januar bis Juli für den Fiskus arbeiten zu müssen und erst danach auf eigene Rechnung, wäre den Untertanen des Kaisers als absurd erschienen.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges griff das Reich gerade einmal auf 14 Prozent des Volkseinkommens zu und sorgte dafür für die besten Universitäten der Welt, das fortschrittlichste Schulsystem, eine beispiellos niedrige Analphabetenquote von 0,9 Prozent und eine schlanke, korruptionsfreie und hocheffiziente Verwaltung, die "beste der Welt", um den Sozialdemokraten Otto Braun, den letzten preußischen Ministerpräsidenten, zu zitieren. (Mehr Zahlen und Fakten bei Ehrhardt Bödecker: Preußen und die Wurzeln des Erfolgs, München 2004.) Mit der nach Rußland jüngsten Bevölkerung Europas sahen die Deutschen stolz, optimistisch und fortschrittsgläubig in die Zukunft.
Das Kaiserreich - nicht in allem, aber in vielem vorbildlich - überlebte länger, als Weimar, das NS-Regime und die Adenauer-Zeit zusammengenommen dauerten. Daß und warum es im Sommer 1914 in einen Krieg schlitterte, der sich mit dem Eintritt der USA 1917 zur europäischen Tragödie auswuchs, ist eine andere Geschichte.
Dieser Artikel erschien ursprünglich in der Kolumne "DeutschlandBrief" des Magazins "eigentümlich frei", September 2013, Nr. 136. …<<
Aufgrund der jahrhundertelangen gemeinsamen Vergangenheit, die nicht selten äußerst tragisch verläuft, herrscht zwischen den Polen und Deutschen naturgemäß kein freundschaftliches Verhältnis. Die Lage ist vielmehr ausgesprochen spannungsgeladen, denn während der langen russisch-preußisch-österreichischen Fremdherrschaft (1772-1918) entwickelt sich in Polen ein radikaler Nationalismus gegen die Besatzungsmächte.
Um 1910 singen Polen z.B. folgendes antideutsches Lied (x064/123):
>>... Nicht mehr wird der Deutsche uns spei'n ins Gesicht.
Die Kinder uns nicht mehr germanisieren.
Bald kommt der Waffen ehernes Gericht,
der Geist wird uns anführen.
Blitzt nur der Freiheit goldnes Horn - zur Wehr!
Dazu verhelf' uns Gott, der Herr!<<
**Rußland, Japan:** Rußland und Japan verbünden sich im Jahre 1910 gegen den nordamerikanischen Einfluß in der Mandschurei.
Lenin erläutert im Jahre 1910 die Lehren aus den bisherigen gescheiterten russischen Revolutionen (x128/28-29): >>Die erste und grundlegende Lehre ist die, daß nur der revolutionäre Massenkampf imstande ist, einigermaßen ernste Verbesserungen im Leben der Arbeiter und in der Verwaltung des Staates durchzusetzen.
Keine "Sympathie" der gebildeten Leute für die Arbeiter, kein heroischer Kampf terroristischer Einzelkämpfer konnte die zaristische Selbstherrschaft und die Allmacht der Kapitalisten untergraben. Nur der Kampf der Arbeiter selbst, nur der gemeinsame Kampf ... konnte das tun, und als dieser Kampf schwächer wurde, begann man sofort den Arbeitern das, was sie sich erobert hatten, wieder zu entreißen. ...
Die zweite Lehre ist die, daß es nicht genügt, die Macht des Zaren zu untergraben, einzuschränken. Sie muß vernichtet werden. Solange die Zarenmacht nicht vernichtet ist, werden die Zugeständnisse des Zaren stets von kurzer Dauer sein. Der Zar machte Zugeständnisse, als der Ansturm der Revolution stärker wurde, und nahm alle Zugeständnisse wieder zurück, als der Ansturm schwächer wurde. Nur die Eroberung der demokratischen Republik, der Sturz der zaristischen Macht, der Übergang der Macht in die Hände des Volkes kann Rußland befreien von der Gewalt und der Willkür der Beamten, von der Duma, ... von der Allmacht der Gutsbesitzer und ihrer Helfershelfer im Dorf. ...
Die Arbeiter der Fabriken und Werke, das Industrieproletariat hat am entschlossensten und hartnäckigsten gegen die Selbstherrschaft gekämpft. Das Proletariat hat die Revolution mit dem 9. Januar und mit Massenstreiks begonnen. Das Proletariat hat den Kampf bis zur letzten Konsequenz geführt, indem es sich im Dezember 1905 zum bewaffneten Aufstand erhob, zur

Verteidigung der Bauern, die niedergeschossen, mißhandelt und gefoltert wurden. ...
Das Kapital ballt die Arbeiter in gewaltigen Massen in großen Städten zusammen, schließt sie zusammen, lehrt sie, gemeinsam zu handeln. Auf Schritt und Tritt stoßen die Arbeiter unmittelbar auf ihren Hauptfeind - die Klasse der Kapitalisten. ...
Auch die Bauern sind während der Revolution in den Kampf gegen die Gutsbesitzer und gegen die Regierung getreten, aber ihr Kampf war weitaus schwächer. Es ist berechnet worden, daß von den Industriearbeitern die Mehrheit (bis 3/5) am revolutionären Kampf, an den Streiks teilgenommen hat, von den Bauern dagegen zweifellos nur eine Minderheit: bestimmt nicht mehr als ein Fünftel oder ein Viertel. Die Bauern kämpften weniger hartnäckig, zersplitterter, weniger bewußt, nicht selten immer noch in der Hoffnung auf die Güte des Väterchens Zar. ...
An der Revolution hat auch die liberale Bourgeoisie teilgenommen, d.h. die liberalen Gutsbesitzer, Fabrikanten, Demokraten, Professoren usw. Sie bilden die Partei der "Volksfreiheit" (Konstitutionelle, Demokraten, Kadetten). Sie haben dem Volke viel versprochen und in ihren Zeitungen viel Aufhebens von der Freiheit gemacht. Sie hatten die Mehrheit der Deputierten in der I. wie in der II. Duma. Sie versprachen, auf "friedlichem Wege" die Freiheit zu erlangen, sie verurteilten den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern. ...
Als die Revolution bis zum entscheidenden Kampf gegen den Zaren, bis zum Dezember Aufstand des Jahres 1905 gediehen war, da haben die Liberalen durch die Bank die Freiheit des Volkes gemein verraten, da haben keine Dumas, keine honigsüßen Reden der Kadetten, keine ihrer Versprechungen den Zaren davon zurückgehalten, alle Reste der Freiheit zu vernichten, die Selbstherrschaft und die Allmacht der feudalen Gutsbesitzer wieder aufzurichten.<<
**Spanien:** Franco wird im Jahre 1910 in Nordmarokko im Kolonialkrieg eingesetzt.
**USA:** Die Einwohnerzahl der USA beträgt im Jahre 1910 rund 92 Millionen Menschen (x262/223).
**Mittelamerika:** Mexiko wird nach großen sozialen Spannungen von 1910 bis 1920 durch einen endlosen Bürgerkrieg erschüttert.
**Korea:** Japan annektiert im Jahre 1910 Korea. Die Japaner bleiben danach bis 1945 im Land.

**1911**

> Diplomatie ist die Kunst, einen Hund so lange zu streicheln, bis Maulkorb und Leine fertig sind.
> *Francois Faure (1841-1899, französischer Politiker)*

**Deutsches Reich:** Als französische Truppen in Marokko mehrere Aufstände der Einheimischen niederschlagen und als "Herren des Landes" auftreten, entsendet das Deutsche Reich im Jahre 1911 das Kanonenboot "Panther" nach Agadir (2. "Marokkokrise").
Aufgrund der akuten Kriegsgefahr (englisch-französische Mobilisierung) zieht sich das Deutsche Reich jedoch später endgültig aus Marokko zurück. Marokko wird ein französisches Protektorat (1912).
Das Deutsche Reich erhält zum Ausgleich französische Kolonien im Kongo.
Der Führer der Konservativen kritisiert damals im Reichstag die "Schwäche" der deutschen Reichsregierung (x233/140): >>Das, was uns den Frieden sichert, sind nicht diese Nachgiebigkeiten, sind nicht diese Einigungen, nicht diese Verständigungen, sondern das ist nur unser gutes deutsches Schwert (lebhafte Bravorufe von rechts) und zugleich das Gefühl, ... daß wir auch auf eine Regierung zu sehen hoffen, die gewillt ist, dieses Schwert zu gegebener Zeit nicht rosten zu lassen. (Bravorufe von rechts) ...<<
Der sozialdemokratische Führer August Bebel warnt nach der 2. "Marokkokrise" in einer Reichstagsrede vor einem Krieg in Europa (x233/143): >>... Es kann auch kommen, wie es zwischen Japan und Rußland gekommen ist. Eines Tages kann die eine Seite sagen: Das kann

nicht so weitergehen. Sie kann auch sagen: Halt, wenn wir länger warten, dann geht es uns schlecht, dann sind wir der Schwächere statt der Stärkere. Dann kommt die Katastrophe.
Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Blüten der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwaffen, gegeneinander ins Feld rücken. ...
Hinter diesem Krieg steht der Massenbankrott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit, die große Hungersnot (Widerspruch von rechts). Das wollen sie bestreiten? (Zuruf von rechts: nach jedem Krieg wird es besser!) ...<<
Durch die sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) sowie völlig unnötige, überzogene Machtdemonstrationen gerät das Deutsche Reich immer weiter in die internationale Isolation. Der einzige Bundesgenosse des Deutschen Reiches, unter den europäischen Großmächten, ist schließlich nur noch Österreich-Ungarn. Der angeschlagene Vielvölkerstaat kämpft aber längst seit Jahrzehnten verzweifelt um seine eigene Existenz.
Georg Heym (1887-1912, deutscher Dichter) schreibt im Jahre 1911 das Gedicht "Der Krieg" (x105/140-141):
>>Aufgestanden ist er, welcher lange schlief,
Aufgestanden unten aus Gewölben tief.
In der Dämmerung steht er, groß und unerkannt,
Und den Mond zerdrückt er in der schwarzen Hand.

In den Abendlärm der Städte fällt es weit,
Frost und Schatten einer fremden Dunkelheit.
Und der Märkte runder Wirbel stockt zu Eis.
Es wird still. Sie sehn sich um. Und keiner weiß.

In den Gassen faßt es ihre Schulter leicht.
Eine Frage. Keine Antwort. Ein Gesicht erbleicht.
in der Ferne "wimmert" ein Geläute dünn
Und die Bärte zittern um ihr spitzes Kinn.

Auf den Bergen hebt er schon zu tanzen an
Und er schreit: Ihr Krieger alle, auf und an.
Und es schallet, wenn das schwarze Haupt er schwenkt
Drum von tausend Schädeln laute Kette hängt.

Einem Turm gleich tritt er aus die letzte Glut,
Wo der Tag flieht, sind die Ströme schon voll Blut.
Zahllos sind die Leichen schon im Schilf gestreckt,
Von des Todes starken Vögeln weiß bedeckt.

Über runder Mauern blauen Flammenschwall
Steht er, über schwarzer Gassen Waffenschall.
"Über Toren, wo die Wächter liegen quer,
Über Brücken, die von Bergen Toter schwer."

In die Nacht er jagt das Feuer querfeldein,
Einen roten Hund mit wilder Mäuler Schrein.
Aus dem Dunkel springt der Nächte schwarze Welt,
Von Vulkanen furchtbar ist ihr Rand erhellt.

Und mit tausend roten Zipfelmützen weit
Sind die finstren Ebnen flackernd überstreut,
Und was unten auf den Straßen wimmelt hin und her,
"Fegt er in die Feuerhaufen, daß die Flamme brenne mehr."

Und die Flammen fressen brennend Wald um Wald,
Gelbe Fledermäuse zackig in das Laub gekrallt.
Seine Stange haut er wie ein Köhlerknecht
in die Bäume, daß das Feuer brause recht.

Eine große Stadt versank in gelbem Rauch,
Warf sich lautlos in des Abgrunds Bauch.
Aber riesig über glühenden Trümmern steht,
Der in wilde Himmel dreimal seine Fackel dreht.

Über sturmzerfetzter Wolken Widerschein,
In des toten Dunkels kalten Wüstenein,
Daß er mit dem Brande weit die Nacht verdorr,
Pech und Feuer träufet unten auf Gomorrh.<<

**Rußland:** Rußland und Frankreich schließen im Jahre 1911 ein Militär- und Flottenabkommen.

**Serbien:** In Serbien gründen im Jahre 1911 fanatische, radikale serbische Nationalisten die Geheimorganisation "Schwarze Hand" (Ziel: "Slawische Vereinigung oder Tod").

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" (x307/68-69): >>... Die Bewegung wahrte strenge Geheimhaltung. neue Rekruten legten in einem abgedunkelten Raum vor einer Gestalt mit Kapuze den Eid ab, unter Todesstrafe der Organisation bedingungslosen Gehorsam zu leisten.

Ich (Name) schwöre, mit dem Eintritt in die Organisation "Vereinigung oder Tod", bei der Sonne, die mich wärmt, bei der Erde, die mich nährt, vor Gott, bei dem Blute meiner Vorfahren, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich von diesem Moment an bis zum Tode die Gesetze dieser Organisation treu befolgen werde und daß ich immer bereit sein werde, jedes Opfer für sie zu bringen

Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich alle Aufträge und Befehle fraglos ausführen werde.

Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich alle Geheimnisse dieser Organisation mit ins Grab nehmen werde.

Mögen Gott und meine Kameraden in der Organisation meine Richter sein, falls ich jemals, ob wissentlich oder nicht, diesen Eid brechen sollte.

... Bis Ende 1911 war die Zahl der Mitglieder auf 2.000 bis 2.500 angewachsen ...<<

**Italien:** Als italienische Truppen im Jahre 1911 Tripolis und Cyrenaika besetzen und annektieren, kommt es zum italienisch-türkischen Krieg (1911-12).

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die "politischen Verwicklungen" auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...

Im Herbst 1911 begann Italien einen Eroberungskrieg in einer afrikanischen Provinz des Osmanischen Reiches und löste dadurch eine Kette opportunistischer Überfälle auf osmanische Territorien auf der Balkanhalbinsel aus. Das geopolitische Gleichgewicht, das eine Eindämmung lokaler Konflikte ermöglicht hatte, geriet schlagartig aus den Fugen. Im Zuge der beiden Balkankriege von 1912 und 1913 sah sich Österreich-Ungarn mit einer neuen und bedrohli-

chen Situation an der südöstlichen Peripherie konfrontiert, während der Rückzug des Osmanischen Reiches strategische Fragen aufwarf, die russische Diplomaten und Politiker auf keinen Fall ignorieren durften.
Die beiden kontinentalen Bündnisblöcke wurden immer tiefer in die Auseinandersetzungen und Aversionen in einer Region der Welt hineingezogen, die in eine Phase noch nie da gewesener Unbeständigkeit eintrat. Im Verlauf dieses Prozesses wurden die Konflikte auf dem Schauplatz Balkan eng mit der Geopolitik des europäischen Systems verknüpft, und dadurch bildete sich eine ganze Reihe von Eskalationsmechanismen heraus, die es letztlich ermöglichten, daß im Sommer 1914 ein auf dem Balkan ausgebrochener Konflikt binnen fünf Wochen den gesamten Kontinent erfaßte.<<
**Spanien:** Spanien und Frankreich beschließen im Jahre 1911 die Aufteilung Marokkos. Spanische Truppen besetzen das Rifgebirge und werden schon bald von den Rifkabylen (Berberstämme) angegriffen.
**Frankreich, Großbritannien:** In Frankreich und in England breitet sich im Jahre 1911 eine gefährliche Kriegsstimmung aus (Teilmobilmachung der britischen Flotte). Der französisch-britische Generalstab legt sogar schon die Gefechtsstreifen in Frankreich fest (x098/39).
Raymond Poincaré (1860-1934, 1913-20 französischer Staatspräsident; 1912/13, 1922-24, 1926-29 Ministerpräsident, begründet das Bündnissystem mit Großbritannien und Rußland, vertritt nach dem Ersten Weltkrieg gegenüber Deutschland eine starre Reparationspolitik, läßt 1923 das Ruhrgebiet besetzen) berichtet später über die zweite Marokkokrise (x233/141): >>Es gab zweifellos eine mögliche Politik, uns von unseren Freunden und Alliierten zu isolieren, um Deutschland zu beruhigen. ...
Aber diese Politik, die niemand ... zu empfehlen wagte, hätte uns rasch dem Reich der Hohenzollern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Sie hätte die endgültige Unterordnung Frankreichs, seine wirtschaftliche und moralische Knechtschaft, seinen unvermeidlichen Niedergang bedeutet.
Die Regierung war einhellig der Meinung, daß wir, anstatt unsere Ententen zu lockern, uns um ihre Festigung bemühen sollten, ohne ihren strikten defensiven Charakter zu verändern.<<
Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) berichtet damals über die drohende Kriegsgefahr (x056/310): >>Ich würde Opfer bringen, um den Frieden zu bewahren. Würde aber England in eine Lage gedrängt, in welcher der Frieden nur erhalten werden könnte, durch Aufopferung der großen und wohltätigen Stellung, die England im Laufe der Jahrhunderte erworben hat, ... dann sage ich mit Nachdruck, Friede um jeden Preis würde eine Demütigung sein, die ein großes Land nicht ertragen kann. Die Nationalehre ist keine Parteifrage, ebenso wenig wie die Sicherheit des großen internationalen Handels. ...<<
**Mexiko:** Der mexikanische Staatspräsident Porfirio Diaz (1830-1915, seit 1884 Staatspräsident) wird im Jahre 1911 gestürzt.
Nach dem Sturz des Diktators Diaz wird der im Jahre 1910 ausgebrochene Bürgerkrieg fortgesetzt. Die mexikanischen Revolutionäre Pancho Villa (1877-1923, ermordet) und Emiliano Zapata (1873-1919, ermordet) kämpfen vor allem für die Interessen des Agrarproletariats. Die revolutionären Unruhen in Mexiko dauern bis etwa 1920.
**Philippinen:** Ein Vulkanausbruch auf den Philippinen fordert im Jahre 1911 rund 1.300 Todesopfer (x175/29).
**China:** Eine Nordamerikanerin, die seit vielen Jahren in China lebt, berichtet über die Lebensverhältnisse der Chinesen um 1911 (x239/192): >>Sobald man die Vertragshäfen, wo die großen abendländischen Schiffe lagen, verlassen hatte, glaubte man sich Jahrhunderte weit in eine andere Kultur zurückversetzt.
Die große Masse ging den gleichen Aufgaben in der gleichen Weise nach wie ihre Voreltern.

Die reichen Leute und die Gelehrten lebten nach demselben Muster wie ihre Vorfahren seit Generationen, ja seit Jahrhunderten gelebt hatten. ... Die Wohnstätten solcher Männer lagen, von hohen Mauern umgeben, von dem Leben der Millionen Chinas völlig abgeschlossen.
In einem Pavillon, der sich zu einem der inneren Höfe öffnete, saßen die Männer oft an ihren Bibliothekstischen, herrlichen Werken der Kunsttischlerei, blätterten in den Bänden der alten Klassiker und dachten nach. ... Wurden sie dann müde des Studiums, konnten sie von einem Hof zum anderen schlendern, ohne jemals auf die Straße gehen zu müssen, bis sie ihre eignen Gärten erreichten, Stätten ausgesuchter Schönheit. ...
Im Jahre 1911 war China ein Land ohne Mittelstand, so daß ein gewaltiger Gegensatz bestand zwischen dem Leben der Vornehmen und jener anderen, der Bauern, der Handwerker. ...
In dem ganzen weiten Land China gab es so gut wie keine Maschinen für die Feldarbeit. Nicht einmal genug Tiere hatte man dazu. ...
Die ungeheuren Mengen Reis und Getreide, die nötig waren, um 400 Millionen zu ernähren, wurden im wahrsten Sinne des Wortes mit der Hand angebaut. ... Die Reisfelder wurden von Männern, Frauen und Kindern bepflanzt, die tief im schlammigen Lehm stehen mußten. Waren Reis und Hirse zur Ernte reif, so gingen die Bauern mit primitiven Sicheln auf die Felder, um zu mähen. Denn trennten sie auf dem Rande ungefügter Kisten die Ähren von den Halmen oder droschen das Getreide mit Flegeln.
Diese umständliche Art der Landbestellung machte es nötig, daß 85 vom 100 des Volkes von Tagesanbruch bis in die Dunkelheit derart werken mußte.
Wie in den Tagen 2.000 Jahre vor Christi wohnten die Bauern in Lehmhütten. Nur ganz wenige besaßen Steinhäuser mit Ziegeldächern. Aber auch hier waren die Fußböden nur festgestampfte Erde. Ein roher Tisch, eine Bank, zwei bis drei Schemel und ein Bett, in dem die ganze Familie schlief, waren die Besitztümer des Durchschnittshaushalts. ...<<
Sun Yat-sen (1866-1925, Anführer einer radikalen Reformbewegung zur Erneuerung Chinas) wird nach dem Sturz der Mandschu-Dynastie im Jahre 1911 Präsident der ersten "Provisorischen Regierung" Chinas. Mit dem Sturz der Mandschu-Dynastie beginnt die Geschichte des modernen China.
Ein Zeitzeuge, der im Jahre 1911 in Nanking die Besetzung durch die Aufständischen erlebt, berichtet (x073/93): >>Großkaufmann Wang Hung-chang stand ... auf der Seite der Rebellen, zumindest seit dem Frühjahr. ... Trotzdem hatte Wang Angst, als er nun ein abgehacktes Schreien hört: "Tod allen Mandschus!"
Wie sollte er sich den siegreichen Rebellen als Freund zu erkennen geben? Kurz entschlossen nimmt er ein scharfes Messer und schneidet seinen Zopf ab, auf den er selbst sehr stolz ist, ab. Der Zopf, vor dreihundert Jahren von den siegreichen Mandschukaisern für jeden Mann als verbindliche Haartracht eingeführt, ist zum verkappten Symbol der Unterdrückung geworden. Herr Wang befiehlt seinen Dienern, es ihm gleich zu tun. Sie gehorchen, meist unter Tränen.<<

**1912**

> Alle sind Irre; aber wer seinen Wahn zu analysieren versteht, wird Philosoph genannt.
> *Ambrose Bierce (1842-1914, nordamerikanischer Journalist)*

**Deutsches Reich:** Das Deutsche Reich fühlt sich zusehends durch die englisch-französisch-russischen Bündnisse bedroht und verlängert am 5. Dezember 1912 den unglückseligen Dreibund (von 1882) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien um 6 Jahre.
Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg (1856-1921) warnt im Jahre 1912 bereits vor Rußland (x063/482): >>... Die Zukunft gehört ihm - es wächst und wächst und legt sich als immer schwererer Alp auf uns.<<
Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erkämpft im Jahre 1912 schon 110 von 398

Mandaten und wird erstmalig stärkste Partei des deutschen Kaiserreiches (x063/428).
Der Katholik und linksliberale Politiker Eduard Windthorst (1834-1914) erklärt im Jahre 1912 zur Frauenbewegung (x261/162): >>Man könnte versucht sein, sich mit der Äußerung des Widerwillens zu begnügen und anzunehmen, daß die ganze Bewegung bald dem verdienten Spotte anheimfallen werde. Eine solche Annahme findet ihre Rechtfertigung schon in der Erwägung, daß in der psychischen und in der physischen Natur des Weibes ein unübersteigliches Hindernis liegt, den unbegrenzten Wettbewerb mit dem Manne aufzunehmen.
Man braucht doch nur an gewisse, mit der weiblichen Natur unabänderlich verbundene, oder infolge der Ehe sich ergebende Zustände zu denken, in denen auf kürzere oder längere Zeit die Arbeitsfähigkeit ganz aufgehoben oder doch erheblich vermindert ist. ...<<
Houston S. Chamberlain schreibt im Jahre 1912 (x233/160): >>Gute und schlechte Menschen gibt es nicht, für uns wenigstens nicht, nur vor Gott. ... Dagegen gibt es recht wohl gute und schlechte Rassen (der Satz wird auf die Juden bezogen) ...<<
Polnische "Vorkämpfer der Freiheit" hetzen im Jahre 1912 (x064/123): >>Die Deutschen morden unsere Seele, impfen den Kindern den preußischen Geist ein, germanisieren sie mit der Knute! Und jetzt rauben sie uns den Boden. Diesen Raub nennen sie Enteignung und nennen die Vergiftung der Seele "Verbreitung der Kultur".<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die Deutschfeindlichkeit der Polen (x025/182): >>... Über 100 Jahre Fremdherrschaft seit den "polnischen Teilungen" von 1792/95 dürften auch dazu beigetragen haben, nationale Leidenschaften freizusetzen.
Tatsache ist jedenfalls, daß sich spätestens im 19. Jahrhundert in Polen ein Nationalismus und damit ein Fremdenhaß entwickelte, von dessen Intensität und Verbreitung sich andere Völker mit weniger hitzigem Temperament kaum eine Vorstellung machen können. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen jedenfalls war die politische Rechte die tragende Kraft; mit wenigen Ausnahmen standen die polnischen Historiker, Schriftsteller und Journalisten rechts, und Deutschenhaß und Judenhaß gingen Hand in Hand.
Deutschfeindliche Literatur erreichte die höchsten Auflagen. Der Romancier Maciej Wierzbinski schrieb über "den Deutschen": "Er besitzt sogar die charakteristische Eigenschaft, daß ihm das Brot, das er dem Nächsten aus dem Mund reißt, am besten schmeckt."
Für den exilpolnischen Ministerpräsidenten Sikorski war die deutsche Nation "vergiftet bis ins Innerste", und ähnliche Glaubensbekenntnisse legten seine Minister Zaleski und Sayda ab. Sie formulierten später im großen, was dem Mann auf der Straße aus seinem Sprichwortschatz bekannt war: "Hau ihn, denn er ist ein Deutscher" oder "100 Jahre soll leben, wer den Deutschen in die Fresse schlägt" (Trinkspruch aus Mittelpolen). ...<<
Im Deutschen Reich leben im Jahre 1912 etwa 30.000 Millionäre (x074/1007). Zu den reichsten Deutschen zählen Kaiser Wilhelm II. und Bertha Krupp (1886-1957, Eigentümerin und Leiterin der Krupp AG in Essen).
**Österreich-Ungarn:** Um die österreichischen Militärbehörden abzuschütteln und weil ihm ab 1912 die nötigen Mittel fehlen, übernachtet Hitler fast nur noch in Männerwohnheimen oder im Obdachlosenasyl. Dort fällt der schmächtige junge Mann bereits durch seine fanatischen Reden und radikalen Ansichten auf. Ansonsten ist Hitler dauernd vor irgendwelchen Gläubigern und der österreichischen Musterungskommission (seit 1909) auf der Flucht.
Im Verlauf seines unsteten Lebens trifft der verbitterte, kleinbürgerliche und naive Hitler in Wien zahlreiche fanatische und zwielichtige Gestalten, die sein weiteres Leben entscheidend beeinflussen (wie z.B. die stadtbekannten Judenhasser Karl Lueger und Adolf Lanz sowie den fanatischen Nationalisten Georg von Schönerer, der später Hitlers politische Leitfigur wird).
Hitler kennt keine Langeweile, denn der arbeitsscheue Lebenskünstler ist ein fanatischer Leser. Während seiner Lesesucht "verschlingt" Hitler praktisch jeden Lesestoff, den er bekommen kann. Er liest Broschüren, Bücher und Zeitschriften über Religion, Militär, Medizin,

Kunst und primitive, rechtsradikale Gelegenheitslektüre. Hitler erwirbt dadurch zwar ein umfangreiches, aber oftmals nur naives und äußerst oberflächliches Allgemeinwissen.
Hitler, der unerschütterlich an sein unwissenschaftliches, begrenztes Weltbild glaubt, entwikkelt sich allmählich zu einer Person, die kein selbstkritisches bzw. normales Urteilsvermögen mehr besitzt. Hitlers Weltanschauung wird besonders durch primitive Rassentheorien beeinflußt. Er verliert schon bald jegliche christliche, humane Gesinnung.
In Hitlers Wahnvorstellungen nimmt vor allem der Antisemitismus eine Sonderstellung ein. Der jüdische Mensch wird für Hitler zu einem "Untermensch" und Parasit der Völker, der ausgemerzt werden muß.
**Rußland:** Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II. bekräftigen am 4. Juli 1912 während eines Treffens in Estland die russisch-deutsche Freundschaft.
Rußland baut mit französischer Unterstützung im Jahre 1912 das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkt das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).
Lenin und sein späterer Mitarbeiter Stalin unterstützen die erstmals im Jahre 1912 in Sankt Petersburg erscheinende bolschewistische Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit").
**Balkanstaaten:** Die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland schließen sich im Jahre 1912 unter russischer Leitung zum "Balkanbund" gegen das Osmanische Reich zusammen (x054/169). Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führt (1911/12), nutzt der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und greift das Osmanische Reich an.
Die angeschlagenen Türken werden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und müssen Mazedonien räumen. Italien verhindert aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Balkankriege 1912/13 (x057/192): >>Von Rußland beeinträchtigt, begannen die 4 Balkanmächte Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland den Krieg gegen die Türkei wegen der Aufteilung der europäischen Türkei (1. Balkankrieg 1912).
Aber ein Streit um die Beute führte zum Krieg Bulgariens gegen die übrigen Balkanstaaten, denen sich Rumänien anschloß (2. Balkankrieg 1913) und endete mit einer Niederlage Bulgariens. Die europäische Türkei wurde aufgeteilt (mit Ausnahme von Konstantinopel und Adrianopel) und als neuer Staat das Fürstentum Albanien errichtet. Hierüber zeigte sich Serbien bitter enttäuscht, obwohl es einen reichen Gebietszuwachs erlangt hatte und entfaltete eine großserbische Bewegung, die sich vor allem gegen Österreich-Ungarn richtete.
Die Balkankrise bedeutete eine ständige europäische Kriegsgefahr und war begleitet von einem Wettrüsten der Großmächte. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein, so daß sein Heer trotz der geringeren Einwohnerzahl größer war als das deutsche (1913). Es ergänzte seine Bündnisse durch Militärabkommen mit England und traf geheime Abmachungen mit Belgien, nachdem mit Rußland schon seit 1892 eine Militärkonvention abgeschlossen worden war. Rußland baute mit französischen Geldern sein Eisenbahnnetz in Polen aus und verstärkte sein Heer auf die Zahl von 2 ¼ Millionen. Auch zwischen England und Rußland wurde über eine Marinekonvention verhandelt.
Demgegenüber bestanden zwischen den Dreibundmächten keine militärischen Verabredungen. Deutschland verstärkte zwar seine Rüstung ebenfalls, aber wesentlich bescheidener infolge des Widerstandes der Linken im Reichstag (Wehrvorlage 1913).
Andererseits fehlte es nicht an Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und England, die wegen eines Neutralitätsabkommens miteinander verhandelten, ohne ein Ergebnis zu erzielen; denn England forderte immer wieder die Beschränkung der deutschen Flotte, obwohl die englische Flottenstärke der deutschen weit überlegen war. Die Isolierung Deutschlands war vollendet, die Spannung aufs höchste gestiegen.<<
**Frankreich:** Der französische Botschafter Paul Cambon (1843-1924) schreibt im Januar 1912 aus London an Ministerpräsident Raimund Poincaré (x307/328): >>... Gegen Österreich hegt

es (Italien) eine latente Feindseligkeit, die nichts besänftigen kann; was Frankreich betrifft, haben wir Grund zu der Annahme, daß es (Italien) im Falle eines Konflikts neutral bleiben oder wahrscheinlich den Gang der Ereignisse abwarten werde, ehe es sich beteiligt. Folglich müssen wir es (Italien) unbedingt enger an uns binden.<<

**Albanien:** Das "Unabhängigkeitslied" des Aleksander Stavre Drenova (1872-1947) wird im Jahre 1912 zur Nationalhymne Albaniens erklärt (x230/9):

>>Die Fahne, die im Kampf uns einte,
Bereit zum Schwur uns alle fand;
Ein Sinn, ein Ziel, bis frei vom Feinde
Und ohne Schmerz ist unser Land.
Wir stehn im Kampf für Recht und Freiheit,
Des Volkes Feinde stehn allein.
Der Held sein Leben unserm Lande weiht,
Noch sterbend wird er tapfer sein.

In unsern Händen blitzen Waffen,
Sie geben unserm Lande Schutz.
Sie sichern uns das Recht zum Schaffen
Und bieten jedem Feinde Trutz
Wir stehn im Kampf ...<<

**Spanien:** José Canalejas y Méndez (seit 1910 spanischer Ministerpräsident, ein liberaler Politiker), der sich erfolglos um wirtschaftliche Reformen einschließlich Respektierung der Monarchie bemüht, wird am 12. November 1912 von einem Anarchisten erschossen.

**Großbritannien:** Die englische Flotte verfügt im Jahre 1912 über mehr als die doppelte Stärke der deutschen Flotte (x069/91).

Der britische Diplomat Harold G. Nicolson (1886-1968) berichtet im Jahre 1912 (x307/698): >>... Es wäre von weit größerem Nachteil, ein unfreundliches Frankreich und Rußland zu haben als ein unfreundliches Deutschland. (Deutschland kann) uns reichlich zu schaffen machen, aber es kann unsere wichtigeren Interessen nicht ernsthaft bedrohen, insbesondere Rußland könnte uns hingegen extreme Schwierigkeiten und in der Tat Gefahr im Mittleren Osten und an unserer indischen Grenze bereiten und es wäre äußerst unglücklich, falls wir zu dem Status quo zurückkehren würden, der vor 1904 und 1907 Bestand hatte. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die britische Aufrüstung vor dem Ersten Weltkrieg (x281/282): >>... Es begann in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts noch sehr verhalten und beschleunigte sich im Verlauf der 90er. Die jährlichen britischen Militärausgaben verdoppelten sich von da an bis zum Kriegsausbruch.
Sogar die geplante Militärstrategie ließ sich am veranschlagten Wehretat ablesen, so daß jeder Kundige in Kontinentaleuropa vorhersehen konnte, wie er später angegriffen würde, ob zu Lande, aus der Luft oder vom Wasser her.
Die britische Marine meldete die größten Zuwachsraten. Von 1885 bis zum Kriegsjahr 1914 vervierfachte sich ihr jährlicher Etat. Die Engländer, das war die Botschaft an das übrige Europa, bereiteten sich auf einen Seekrieg vor. Den hatten sie seit jeher bevorzugt, er hatte sich aus Sicht der Militärs bestens bewährt. ...<<

Winston Churchill (Erster Lord der Admiralität) greift die deutsche Reichsregierung am 9. Februar 1912 "scharf" an (x056/309): >>Die Flotte ist für Großbritannien eine Notwendigkeit, während sie für Deutschland in vieler Hinsicht nur einen Luxus bedeutet. Unsere Flotte ist für das Dasein Großbritanniens von größter Wichtigkeit, ja sie bedeutet unsere Existenz selbst; für Deutschland ist sie ein überflüssiger Machtzuwachs.<<

Die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen

Kriegsflotte werden im Februar erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse macht. England lehnt es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt wird (x059/19).
Großbritannien schließt danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtet sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).
Das als unsinkbar geltende britische Passagierschiff "Titanic" rammt am 14. April 1912, um 23.40 Uhr, während der Jungfernreise im Nordatlantik einen Eisberg und sinkt nach 2 Stunden und 40 Minuten. Bei dieser Schiffskatastrophe sterben 1.503 Passagiere und Besatzungsmitglieder (x175/101-101).
Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" berichtet damals über den Untergang der "Titanic" (x269/147): >>Die furchtbare Katastrophe, die den Untergang des Riesendampfers "Titanic" zur Folge hatte, hat in der ganzen Welt Schrecken und Aufregung verursacht. ...
Es stellte sich bald heraus, daß vom menschlichen und schiffstechnischen Standpunkt aus die schwersten Fehler gemacht worden sind. Die Leitung der "Titanic" hat gewußt, daß sie durch die gefährlichste Strecke der Eisdrift fuhr, man hat vom Schiff aus selbst Eisberge gesichtet; trotzdem lief der Dampfer mit einer Geschwindigkeit von 23 Seemeilen, d.h. 42 Kilometer in der Stunde.
Das Wetter war sichtig und klar, also muß der Ausguck, dieser ungeheuer wichtige Posten, schlecht besetzt gewesen sein, sonst hätte man das Nahen des Eisberges bemerken müssen. Der schwerste Fehler aber war die ungenügende Zahl der Rettungsboote, die kaum ein Drittel der Passagiere fassen konnten. Und diese Boote sind oft halbleer abgefahren, was nicht für die angebliche Ruhe bei der Ausbootung spricht.
Die amerikanische Regierung hat eine Untersuchungs-Kommission von Senatoren eingesetzt, die Herrn Ismay (Direktor der White Star Linie) vernommen hat. Direktor Ismay, der sich ständig von Detektiven bewachen läßt, leugnet, den Kapitän zu einer Rekordfahrt veranlaßt zu haben. Wie auch das Verfahren endigen wird, den Schuldigen, den ungesunden Konkurrenz-Ehrgeiz der Schiffahrtsgesellschaften, wird man kaum treffen – und 1.635 Menschen und viele Millionen Werte liegen vernichtet auf dem Meeresgrund.<<
**USA:** New Mexiko und Arizona werden im Jahre 1912 US-Bundesstaaten.
US-Präsident William Taft (1857-1930, von 1909-1913 Präsident der USA) erläutert im Jahre 1912 die "Dollardiplomatie" der Vereinigten Staaten (x056/136): >>Erstens ist es offensichtlich, daß die Monroe-Doktrin in der Nachbarschaft des Panamakanals und im Gebiet der Karibischen See lebenswichtiger ist als irgendwo sonst ...
Es ist daher notwendig, daß die Länder in diesem Gebiet der Gefahr entzogen werden, die durch hohe Auslandsschulden und chaotische Staatsfinanzen entsteht und ständig die Möglichkeit internationaler Verwicklungen aufgrund der inneren Unordnung in sich birgt. Deshalb haben die Vereinigten Staaten mit Freude die amerikanischen Bankiers ermutigt und unterstützt, die bereit waren, jenen Ländern bei der Sanierung ihrer Finanzen hilfreich beizustehen ... Hierdurch ist mit einem Schlag die Bedrohung durch ausländische Gläubiger und durch revolutionäre Wirren beseitigt worden.
Der zweite Vorteil für die Vereinigten Staaten betrifft vor allem die Häfen am Golf und die Wirtschaft der Südstaaten. Die Republiken Mittelamerikas und der Karibischen See besitzen große natürliche Reichtümer. Sie benötigen lediglich ein gewisses Maß an Stabilität und die Mittel zur finanziellen Gesundung, um einer Zeit des Friedens und Wohlstands entgegenzusehen, die ihnen Gewinn und Glück bringt und gleichzeitig Bedingungen schafft, die mit Sicherheit einen blühenden Handel mit uns entstehen lassen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2020) im COMPACT-Spezial Nr. 25 (x365/22-24: >>**Stimmen gegen den Krieg**

_ von *Daniell Pföhringer*

Der US-Imperialismus blieb im eigenen Land nicht unwidersprochen. Schon früh entwickelte sich eine Gegenbewegung, in der sich prominente Köpfe engagierten.

Im Sommer 1878 bereist ein gewisser Samuel Langhorne Clemens aus den USA den Südwesten Deutschlands. Besonders beeindruckt ist er von den Flößern auf dem Neckar. Bei einer Wanderung nach Heidelberg fragen er und seine Begleiter einen der Männer, ob sie nicht ein Stück mitfahren könnten.

Doch der "Kapitän" ist skeptisch, er "rückte sich die Hosen hoch, dann schob er nachdenklich seinen Priem in die andere Backe", schildert der Tourist später die Begebenheit. "Schließlich sagte er genau das, was ich erwartete, nämlich daß er keine Erlaubnis habe, Passagiere zu befördern, und daher befürchtete, das Gesetz könnte ihn zur Verantwortung ziehen, wenn die Sache ruchbar würde oder ein Unfall geschähe. Also charterte ich Floß und Mannschaft und nahm die ganze Verantwortung auf mich."

Freudig besteigt man die vertäuten Fichtenstämme: "Mit einem munteren Lied ging die Steuerbordwache an die Arbeit, hievte das Ankertau auf, holte den Anker ein, und unser Fahrzeug setzte sich mit prächtigem Schwung in Bewegung und trudelte bald mit etwa zwei Knoten Stundengeschwindigkeit dahin." Das Erlebnis hinterläßt bei dem Amerikaner einen bleibenden Eindruck. Er schwärmt:

"Deutschland ist im Sommer der Gipfel der Schönheit, aber niemand hat das höchste Ausmaß dieser sanften und friedvollen Schönheit begriffen, wirklich wahrgenommen und genossen, der nicht auf einem Floß den Neckar hinabgefahren ist."

**Twains Antiimperialismus**

Bei dem begeisterten Besucher aus Übersee handelt es sich um keinen Geringeren als Mark Twain (1835-1910), wie sich Clemens als Schriftsteller nannte. Der literarische Vater von Tom Sawyer und Huckleberry Finn war jedoch nicht nur ein Freund der Deutschen, sondern gilt auch als einer der bekanntesten amerikanischen Gegner des US-Interventionismus.

Als Reaktion auf die Annexion Puerto Ricos, der Marianen und der Philippinen nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 gründete er die American Anti-Imperialist League, deren Vizevorsitz er von 1901 bis zu seinem Tod 1910 innehatte. Zur Intention der Vereinigung schreibt der Historiker Bernd Stöver in United States of America.

**Spanisch-Amerikanischer Krieg 1898**

Kriegsbeginn: 23. April 1898

Kriegsende: 12. August 1898

Verluste der USA und ihrer Verbündeten: 400 im Gefecht gefallene und etwa 5.000 durch Krankheit getötete Soldaten; hinzu kommen ungefähr 20.000 Verluste der kubanischen und philippinischen Verbündeten (Quelle: Pedro Pascual Martinez: …)

Verluste Spaniens und seiner Verbündeten: 10.000 im Gefecht gefallene und etwa 50.000 durch Krankheit getötete Soldaten (davon 700 bis 800 Spanier), wobei Tote durch Krankheit seit 1895 gezählt wurden (Jerry Keenan: Encyclopedia of the Spanish-American & Philippine-American Wars ).

Geschichte und Kultur: "Die Hauptargumente der Antiimperialisten, wie sie sich selbst nannten, fanden sich in den Traditionen der amerikanischen Geschichte. Sie sahen vor allem die Grundideen der amerikanischen Verfassung durch eine Expansionspolitik verletzt." Tatsächlich hatten George Washington und Thomas Jefferson eindringlich vor Konflikten mit fremden Mächten gewarnt. Man solle lieber "Frieden, Handel und ehrliche Freundschaft" mit anderen Völkern anstreben, so die beiden Gründerväter der USA.

**"Ich bin dagegen, daß der Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt."**

Mark Twain

Als Twain im Jahr 1900 von Journalisten gefragt wurde, was er unter Imperialismus verstehe und wie er dazu stehe, antwortete er: "Sie fragen mich, was Imperialismus bedeutet. Ich genieße nicht den Vorteil, genau zu wissen, ob sich unser Volk über den gesamten Globus ausbreiten will. Strebte es danach, würde ich das sehr bedauern. Ich hingegen meine, es ist weder klug noch eine notwendige Entwicklung, in China oder in anderen Ländern, in denen wir nichts zu suchen haben und die uns nicht gehören, Flagge zu zeigen."
Im New York Herald war zuvor ein Text des Literaten erschienen, in dem er Washington anklagte: "Sehr sorgfältig habe ich den Vertrag von Paris (mit dem Spanien die Philippinen an die USA abtreten mußte) gelesen, und ich erkannte, daß wir keineswegs beabsichtigen, die Philippinen zu befreien, sondern deren Bevölkerung zu unterwerfen. ... Ich bin dagegen, daß der Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt."
Twain ist nur ein Beispiel für die durchaus starke isolationistische Strömung in den USA, die stets von konservativen Kräften getragen wurde, wie der US-Ökonom Murray Rothbard (1926-1995), selbst strikter Antiinterventionist, in seinem in den frühen 1970er Jahren geschriebenen, aber erst 2007 postum veröffentlichten Buch "The Betrayal of the American Right" (2017 auf Deutsch unter dem Titel "Der Verrat an der amerikanischen Rechten" erschienen) dokumentiert.
Rothbard unterscheidet dabei zwischen der "Old Right", der klassischen amerikanischen Rechten, die Imperialismus und Militärinterventionen ablehne, und der "New Right", die die konservative Bewegung gekapert und die Ideale der "Old Right" verraten habe. Späte Ausläufer jener "Neuen Rechten" (nicht zu verwechseln mit dem, was darunter in Europa verstanden wird) sind etwa die Neocons.

**America First!**

Laut Rothbard ging die klassische Rechte zunächst aus innenpolitischen Gründen - wegen zunehmender zentralstaatlicher Tendenzen und der Mesalliance von Big Government und Big Business - in Opposition zum Establishment: Sie erkannte, daß nur ein derart räuberischer und wuchernder Staat in der Lage ist, mit Steuergeld finanzierte Kriege in fremden Ländern zu führen. Ein bekannter Vertreter dieses Lagers war der Publizist und Satiriker H. L. Mencken (1880-1956), der mit seinem 1924 gegründeten Monatsmagazin The American Mercury eine "herausragende Stimme für Frieden, Weltkriegsrevisionismus und Widerstand gegen den in Versailles auferlegten imperialistischen Status quo" war, wie Rothbard anmerkt.
So wie Mencken und sein Gefolgsmann Albert Jay Nock (1870-1945) die ungerechte Behandlung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg ablehnten, so setzten sie sich auch leidenschaftlich gegen einen Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg ein. Im August 1938 stellte Nock im Mercury fest: "Wir werden von keiner anderen Regierung außer unserer eigenen bedroht, und diese Gefahr ist erheblich; deshalb sollte unsere eigene Regierung beobachtet und an der kurzen Leine gehalten werden."

**Charles Lindbergh, Walt Disney und Henry Ford stellten sich gegen Roosevelt.**

Mencken und Nock unterstützten denn auch das America First Committee (AFC), das am 4. September 1940 unter anderem von dem späteren US-Präsidenten Gerald Ford gegründet worden war. Die Organisation, die zeitweise bis zu 800.000 Mitglieder zählte und von Prominenten wie dem Automobilindustriellen Henry Ford (1863-1947), dem Filmproduzenten Walt Disney (1901-1966) oder der Fliegerlegende Charles Lindbergh (1902-1974) unterstützt wurde, erinnerte Präsident Franklin D. Roosevelt (1882-1945) daran, daß er mit dem am 4. November 1939 erlassenen Neutralitätsgesetz versprochen hatte, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten. Das AFC stellte vier Grundsätze auf:
1. Die USA haben eine für keinen Gegner zu überwindende Landesverteidigung aufzubauen.
2. Keine fremde Macht kann ein entsprechend gerüstetes Amerika erfolgreich angreifen.

3. Die amerikanische Demokratie ist nur dann zu erhalten, wenn sich Washington aus dem Krieg in Europa heraushält.
4. Kriegsanleihen und andere Maßnahmen, die angeblich zur Verkürzung des Krieges beitragen sollen, schwächen in Wirklichkeit die nationale Verteidigung und beschleunigen die Verwicklung Amerikas in fremde Kriege.

**Gegen Trumans Doktrin**

So wie den Isolationisten vor dem Zweiten Weltkrieg pronazistische Tendenzen unterstellt worden waren, so verdächtigte man sie danach oft heimlicher Sympathien mit der Sowjetunion. Davor war selbst jemand wie Senator Robert A. Taft (1889-1953) nicht gefeit, obwohl er dem rechten Flügel der Republikanischen Partei angehörte.
Der Sohn des 27. US-Präsidenten William Howard Taft (1857-1930) wandte sich gegen die Doktrin von Präsident Harry S. Truman (1884-1972), der es angesichts der Konfrontation mit der Sowjetunion zum außenpolitischen Grundsatz der USA erklärte, "freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen".
In der ersten Sitzung des 80. Kongresses vom 18. März 1947 erklärte Taft: "Selbst wenn das wünschenswert wäre, ist Amerika nicht stark genug, die Welt mit militärischer Gewalt zu maßregeln." Und er fuhr fort: "Wir können nicht Macht und Gewalt in Übersee praktizieren und daheim die Freiheit erhalten. Wir können nicht von weltweiter Kooperation reden und gleichzeitig Machtpolitik ausüben."
Ähnlich äußerte sich der Abgeordnete George H. Bender (1896-1961) aus Ohio, ein Anhänger Tafts, der später sein Nachfolger im Senat werden sollte. Bender sagte in derselben Sitzung des Kongresses:
"Meiner Meinung nach ist das Programm des Weißen Hauses eine erneute Bestätigung des dem 19. Jahrhundert entstammenden Glaubens an Machtpolitik. Es ist eine Verfeinerung der Politik, die zunächst nach dem Vertrag von Versailles im Jahr 1919 übernommen wurde und entwickelt wurde, um Rußland einzukesseln und einen "Cordon sanitaire" um die Sowjetunion zu errichten. Es ist ein Programm, das auf eine neue Politik des Interventionismus in Europa hindeutet, als Begleitung unserer Monroe-Doktrin in Südamerika."

**"Wir können nicht Macht und Gewalt in Übersee praktizieren und daheim die Freiheit erhalten."**

Robert A. Taft

Mit dem Kalten Krieg verstummten solche kritischen Stimmen fast vollständig. Wegen ihrer antikommunistischen Haltung unterstützten viele Konservative alten Schlages die sogenannte Containment-Politik Washingtons. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und mit den US-Kriegen im Nahen Osten blühte der Antiinterventionismus wieder auf - und gelangte schließlich ins Weiße Haus.<<

**Afrika:** Marokko wird im Jahre 1912 ein französisches Protektorat. Spanien erhält das Rifgebiet.

**1913**

> Es gibt für unzählige nur ein Heilmittel - die Katastrophe.
> *Christian Morgenstern (1871-1914, deutscher Dichter)*

**Deutsches Reich:** Im Reichstag diskutieren die Abgeordneten am 14. Januar 1913 über das besondere Dienstverhältnis der Beamten (x056/257): >>Das Beamtenverhältnis ist nicht bloß ein Vertrag über bestimmte einzelne Arbeitsleistungen, sondern es ist ein Dienstvertrag, ein Treuevertrag, der die ganze Person umfaßt, ein Verhältnis der Treue, die durch den Eid beschworen ist, in welchem dem König Gehorsam und der Verfassung und des Gesetzen Befolgung zugeschworen wird.

Mit solchem Eid, mit dem Eingehen eines solchen Treueverhältnisses ist die Zughörigkeit zu einer Partei (SPD, 1913 = 110 Sitze im Reichstag), die die Republik erstrebt und dieses Ziel auf dem Wege der Gewalt und Revolution erreichen will, unvereinbar. ...<<
Da die österreichischen Behörden den wehrflüchtigen Hitler verstärkt verfolgen und ihm bereits dicht auf den Fersen sind, flüchtet Hitler im Mai 1913 nach München und gibt sich dort als Staatenloser aus.
Der "Dreibund" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Italien) beschließt am 7. September 1913 in Bad Salzbrunn (Schlesien), daß der "Dreibund" im Kriegsfall wie ein einzelner Staat handeln muß (x092/729).
Nach der französischen und russischen Heeresvermehrung der Vorjahre wird das deutsche Heer auf rund 800.000 verstärkt (x054/164). Die Ausschöpfung der allgemeinen Wehrpflicht kann jedoch im Frieden kaum vor 1917 wirksam werden (x098/41).
Nach den sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) versucht der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg ab 1913, die deutsch-britischen Beziehungen zu verbessern.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die Außenpolitik des deutschen Kaisers (x307/433): >>Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte – sehr zur Enttäuschung der Generäle. Wilhelm II. hoffte weiterhin auf eine langfristige Verständigung mit Großbritannien.
Seine Äußerungen im Jahr 1913 lassen darauf schließen, daß er einen englisch-deutschen Krieg immer noch für "undenkbar" hielt. Er blieb außerdem zuversichtlich, daß die deutsche militärische Stärke Rußland von einer bewaffneten Intervention in einem Konflikt zwischen Österreich und Serbien abhalten werde. ...<<
Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wird von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).
Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/184-188): >>Was das Kaiserreich bis heute zu einem Unikat in der deutschen Geschichte macht, ist der permanente Zuwachs in allen meßbaren sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Bereichen. ...
Das Kaiserreich ... zeichnete sich durch einen kontinuierlichen Zuwachs aus, ohne daß eine zuvor eingetretene Katastrophe kompensiert werden mußte. Die Bevölkerung steigt kontinuierlich, von 40 Millionen Menschen zur Zeit der Reichsgründung auf 68 Millionen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Obwohl die sogenannte "Fruchtbarkeit" schon etwa seit 1900 zu sinken beginnt, werden im Deutschland des Jahres 1913 rund dreimal so viele Kinder geboren wie heute.
Das Wachstum der Bevölkerungszahl resultiert aber vor allem aus einer steigenden Lebenserwartung. Der Reihe nach entdeckten Robert Koch und seine Schüler die Erreger der Volksseuchen, der Tuberkulose, der Cholera, des Typhus, der Diphtherie, der Meningitis und schließlich auch der Syphilis. Die Zahl der Krankenhäuser steigt enorm, in ihnen werden jetzt Röntgendiagnostik und Narkose bei Operationen praktiziert, Hygiene wird zum lebenserhaltenden Stichwort, in den Städten setzen sich Kanalisationen durch.
Unbestreitbar lastet auch wie anderenorts in Europa, die soziale Frage auf Deutschland. Das Proletariat bleibt deklassiert. Aber auch für die Arbeiter geht es, mühsam genug, aufwärts. Der Index der Reallöhne, nimmt man das Jahr 1895 mit 100, steigt von 66 im Jahr 1871 auf 125 im Jahr 1913. Gravierend verbessert sich in Deutschland, auch für die Arbeiter, die Ernährung. Thomas Nipperdey konstatiert, es habe in der weiteren Entwicklung des Kaiserreiches "keinen ausgeprägten Hunger mehr und keine massenhafte, dauernde, strukturelle Unterernäh-

rung" gegeben. ...
Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zwischen 1870 und 1914 verläuft nicht krisenfrei; sprichwörtlich ist die sogenannte "große Depression" geworden, die schon fünf Jahre nach der Reichsgründung ausbricht; sie nimmt ihren Ausgang vom Platzen großer Spekulationsblasen an den europäischen Börsen. In Deutschland hatte es ein zusätzlich stimulierendes Moment gegeben, die französischen Reparationsleistungen.
Aber insgesamt haben wir es doch unbestreitbar mit einem kontinuierlichen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft zu tun, basierend auf starker Nachfrage nach Investitionen, auf einer auch im internationalen Vergleich sehr jungen, leistungsfähigen und leistungswilligen Bevölkerung und auf einem international herausragenden Niveau in Forschung und beruflicher Bildung. So liegt in den fünf Jahren von 1896 bis 1900 die Zahl der relevanten physikalischen Entdeckungen auf den Gebieten von Wärme, Licht, Elektrizität und Magnetismus durch deutsche Forschungsleistungen bei 525, durch britische und französische bei 392.
Von 1870 bis 1913 verdoppelt die deutsche Landwirtschaft ihre Wertschöpfung, der Bergbau hingegen erzielt eine Verachtfachung, Industrie und Handwerk mehr als eine Verfünffachung. Deutschland wird zum Industrieland, die Landwirtschaft tritt zurück, zunächst nach ihrem Anteil an der Wertschöpfung, dann auch nach der Zahl der in ihr Beschäftigten.
Die Industrialisierung hat zugleich eine wohltuende Konsequenz für die deutsche Gesellschaft: Etwa mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kommt die bis dahin massenhafte Auswanderung, vor allem in die USA, zum Erliegen. Die Agrarier zetern zwar über die Industrialisierung des Landes, von der sie nicht zu Unrecht eine Schwächung ihrer gesellschaftspolitischen Basis und ein Erstarken der Sozialdemokratie befürchten.
Den sogenannten Junkern ist dies vielfach ein Graus: Die höheren Löhne in den Fabriken, die ihre Landarbeiter anziehen, die "gräßliche" Flotte, die Wilhelm II. bauen will, diese ganze Welt der rauchenden Schlote, der Labors, des unentwegten technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Aber auch sie profitieren durchaus davon, die Chemie läßt auch ihre Bodenerträge steigen.
Vor dem Ersten Weltkrieg wird das boomende Deutsche Reich sogar schon zum Einwandererland: Insbesondere italienische Arbeitskräfte – die Begriffe "Gastarbeiter" und "Migranten" ahnt damals noch niemand – arbeiten vor allem auf den großen Baustellen, etwa beim Kraftwerksbau, insgesamt bereits mehr als eine Million Menschen.
Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6 Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der französischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei.
So liegt der deutsche Anteil am Maschinenbau weltweit bei 20,7 Prozent, der britische bei 11,8 Prozent, der US-amerikanische allerdings bei 50 Prozent. Noch stärker aber ist das deutsche Gewicht in jenen Branchen, die man die neuen "Leitsektoren" der Zeit genannt hat, also die Trendsetter der zweiten industriellen Revolution, nach der Schwerindustrie, nach Kohle und Stahl, Eisenverhüttung und Eisenbahnbau. Neben dem Maschinenbau geht es hier um die Elektrizität und um die Chemie.
In der Elektroindustrie hat Deutschland 1913 einen Anteil an der Weltproduktion von 34,9 Prozent, vor den USA mit 28,9 Prozent und Großbritannien mit 16,0 Prozent. In der deutschen Elektrizitätsindustrie stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter allein in dem guten Jahrzehnt 1900 bis 1911 von 61.833 auf 169.123.
An der Weltproduktion von schwefelsaurem Ammoniak im Unfang von 1,3 Millionen Tonnen im Jahr 1913 hat Deutschland allein einen Anteil von 490.000 Tonnen, also knapp 40 Prozent.

Im zweiten Band des ungewollt als eine Art Schlußbilanz erschienenen Werkes "Deutschland unter Kaiser Wilhelm II." aus dem Jahr 1914 – ungewollt deshalb, weil der Kriegsausbruch kurz danach dieser Welt des ungebrochenen Aufschwunges ein abruptes Ende setzte – wird eine stolze Summe der ökonomischen Erfolge des Deutschen Reiches gezogen. ...
Nicht gänzlich zu Unrecht wird die ökonomische Position Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg vielfach mit der heutigen Chinas verglichen. Auch hier eine dynamisch aufstrebende, junge, die Exportmärkte usurpierende Macht. ...
Obwohl der Lebensstandard der Menschen in Deutschland vor 100 Jahren deutlich, um ein Mehrfaches, in gewisser Weise sogar um ein Vielfaches unter dem heutigen lag, war es eben zugleich insgesamt ein deutlich aufstrebendes Land mit einer international viel stärkeren Position, als es sie je danach noch einnehmen konnte.
Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<
Das Deutsche Reich und England einigen sich 1912/13 über die Auf- und Verteilung von portugiesischen Kolonien (x098/39-40).
Karl Helfferich (1872-1924, Bankier und Politiker, von 1901-17 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätig, ab 1920 führendes Mitglied der DNVP) schreibt im Jahre 1913 über die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kolonien (x239/208): >>Der Gesamthandel der Schutzgebiete in Afrika und der Südsee (Einfuhr und Ausfuhr) hatte im Jahre 1898 erst 46,6 Millionen Mark betragen, im Jahre 1912 stellte er sich auf 263 Millionen Mark; er hatte sich also in einem Zeitraum von 14 Jahren mehr als verfünffacht. ...
Der direkte Handel Deutschlands mit seinen Kolonien, der 1896 erst 11 Millionen Mark betrug, beläuft sich heute auf beträchtlich mehr als 100 Millionen Mark.
Trotzdem steht die Entwicklung des Deutschen Kolonialreiches auch heute noch in ihren Anfängen. Die Zukunft wird die vielversprechenden Ansätze in der Schaffung eines kolonialen Absatzmarktes für unsere Industrieprodukte und in den für die Erzeugung unserer heimischen Volkswirtschaft wichtigen Kulturen – erwähnt sei vor allem die Baumwollkultur – zu einer für unsere Weltstellung ins Gewicht fallenden Entwicklung zu bringen haben. ...<<
Der deutsche Historiker Percy E. Schramm (1894-1970) schreibt später über die deutschen Kolonien (x239/209): >>Sieht man von dem Kupfer und den Diamanten Deutsch-Südwestafrikas ab, so gab es unter den Produkten der deutschen Kolonien keinen Artikel, der Deutschland auf dem Weltmarkte eine besondere Stärke gab oder in absehbarer Zeit zu geben versprach.
An weißer Bevölkerung wurden in den deutschen Schutzgebieten 1913 gezählt: ... in Afrika 22.405, ... in der Südsee 1.984, ferner in Kiautschou 4.470. Es handelte sich demnach insgesamt um 28.859 Weiße, bei denen noch die in deutschen Gebieten lebenden Ausländer mitgezählt sind. ...<<
Der deutsche Kaiser Wilhelm II. weiht am 18. Oktober 1913 auf dem Blachfeld bei Leipzig das Völkerschlachtdenkmal ein.
**Österreich-Ungarn:** Österreich-Ungarn und Rußland verhandeln Anfang 1913 über die Expansionspläne Serbiens (x233/144): >>Rußland erklärte, daß es eine Vernichtung Serbiens nicht zulassen würde, Österreich verkündigte, es werde eine maßlose Vergrößerung Serbiens nicht hinnehmen, Zwischen diesen beiden Vetos handelte es sich darum, ein Mittel zu finden, um den Frieden am Leben zu erhalten. ...<<
Der tschechische Panslawist Karel Kràmar (1860-1937, 1918/19 erster Ministerpräsident der Tschechoslowakei) erklärt damals im Reichstag, daß die Tschechen den Tag herbeisehnen

würden, an dem sie vom Böhmerwald bis Wladiwostok in einem Reich leben dürften (x206/25).

**Rußland:** Der russische Außenminister Sergei Sasonow (1860-1927) informiert im Mai 1913 Nikolaus von Hartwig (1857-1914, seit 1909 russischer Botschafter in Serbien) über die zukünftige politische Entwicklung Serbiens (x307/453): >>Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muß es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. ...

Das gelobte Land Serbien liegt im Territorium des heutigen Österreich-Ungarn und nicht in der Richtung, in die es derzeit strebt, wo die Bulgaren ihm den Weg verstellen. Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens, ... sich durch zielstrebige und geduldige Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen. ...<<

Stalin schreibt im Jahre 1913 in seinem Buch "Nationale Frage und Marxismus" über den Begriff "Nation" (x156/9): >>Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart. ... Es muß hervorgehoben werden, daß keines der angeführten Merkmale, einzeln genommen, zur Begriffsbestimmung der Nation ausreicht. Mehr noch: Fehlt nur eines dieser Merkmale, so hört diese Nation auf, eine Nation zu sein. ...<<

**Balkanstaaten:** Im Verlauf der Bündnisverhandlungen des Jahres 1913 zwischen Bulgarien und Serbien erklärt der bulgarische Ministerpräsident vor dem Beginn des Balkankrieges (x233/144): >>... Gewiß, wenn die Liquidation der Türkei mit einem Zerfall Österreich-Ungarns Hand in Hand ginge, wäre die Lösung viel einfacher: Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, Rumänien Siebenbürgen und wir hätten nicht mehr das Eingreifen Rumäniens während unseres Krieges gegen die Türkei zu fürchten. ...<<

Als sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen können, greift Bulgarien Serbien an (Mai 1913). Danach beteiligen sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg (1913).

Bulgarien wird bis August 1913 entscheidend besiegt und muß z.B. Mazedonien, die Dobrudscha und Kreta abtreten.

Während des 2. Balkankrieges können Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne erzielen, aber Serbien wird trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich verteidigt angesichts der Unterstützung durch das Deutsche Reich (Dreibund) entschlossen die Selbständigkeit Albaniens (seit 1912/13 unabhängig) und fordert Serbien auf (Ultimatum vom 18.10.1913), die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzieht, ist die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrt Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.

**Bulgarien:** Am 29. September 1913 vereinbaren Bulgarien und das Osmanische Reich erstmalig eine Bevölkerungsumsiedlung in Europa (jeweils etwa 50.000 Staatsbürger).

**Griechenland:** König Georg I. (1845-1913, griechischer König seit 1863) wird im Jahre 1913 in Saloniki ermordet.

**Osmanisches Reich:** Nach den verlustreichen Balkankriegen (1912-13) behält das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete.

Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich müssen sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729).

Der deutsche Journalist Andreas Lombard berichtet später über den Bau der Bagdadbahn (x1.035/…): >>**Eine kleine Geschichte der Bagdadbahn**

Im Herbst 1912 erschien in der "Täglichen Rundschau" der Bericht eines Reisenden. Er hatte in Konstantinopel den Zug nach Ismid, dem antiken Nikomedia, bestiegen. Die neunzig Kilometer lange Strecke, am Beginn der legendären Bagdadbahn, war seit 1872 in Betrieb. Sie folgte dem alten Weg von Kriegern, Kreuzrittern und Karawanen. Adalbert Zimmermann schrieb:

"Um acht Uhr geht der Zug, und die Eisenbahnen sind in der Türkei pünktlich. Der Bahnhof von Haidar Pascha ist der größte und prächtigste der Türkei - der architektonische Heroldsruf der Auferstehung Anatoliens zu neuem, europäischem Leben. Ringsum trauern alte Zypressen über stillen Osmanengräbern. Auf dem Bahnsteig ein lärmendes, schwatzendes Durcheinander von Männern im Tarbusch und von Czapkalis - Hutträgern - mit Frauen und Kindern. Hamals (Lastträger) schleppen das Gepäck. Offiziere gehen plaudernd auf und ab, ganz wie die Leutnants zu Hause, nur daß sie nicht flirten, wenigstens nicht wahrnehmbar; denn so etwas gibt es für die Bekenner des Propheten nicht.

Die Türken, die mitfahren, passen von weitem auf, daß ihre Frauen richtig verstaut werden. Es sind Gemütsmenschen; viele von ihnen fahren erster oder zweiter Klasse, ihre Weiber aber müssen erbarmungslos in das überfüllte Haremlik dritter Güte hinein und richten sich dort zankend und schreiend mit ihren Habseligkeiten ein.

Der Zug ist ziemlich lang. Seine Durchgangswagen sind nach dem Muster unserer Speise- und Schlafwagen gebaut, so daß der Zug als Ganzes einen höchst feudalen Eindruck macht. Auch ein paar Güterwagen laufen mit. Einer davon steckt voller Rekruten, die in der europäischen Türkei ausgehoben worden sind und nun nach irgendeiner Garnison Anatoliens verfrachtet werden."

Die Bagdadbahn war das "Eisenband" um Orient und Okzident. Sie versprach die Verwandlung durstiger Steppen in fruchtbare Felder. Wo sich die Kontinente berührten und die Wege der Großmächte schnitten, wo Völker und Reiche sich über Jahrtausende grausame Kriege geliefert, wo in Antike und Mittelalter reiche Handelsstädte geblüht hatten, da sollten nach Jahrhunderten des Verfalls Frieden und Wohlstand einkehren.

Das syrische Aleppo, verkündete der Orientreisende Paul Rohrbach, werde das Antiochia des 20. Jahrhunderts sein. Befeuert von Babylon und Ninive, von Nebukadnezar und Lawrence von Arabien, von Karl May und den Märchen aus Tausendundeiner Nacht, entwickelte die Dampfmaschine ihre stärkste Kraft. Sie öffnete den Menschen die Weite des Raums und die Tiefe der Zeit. Sie war kein Verkehrsmittel, sie war der Schlüssel zur "Kornkammer Roms", zum biblischen Paradies.

Viele "Osmanli" sahen zum ersten Mal Geld für ihre Arbeit. Die Anführer der in Kleinasien wütenden Räuberbanden wurden Stationsvorsteher der anatolischen Eisenbahngesellschaft. Deutsche Baumwolle wuchs bei Adana, schwäbische Bauern schmiedeten Siedlungspläne und das Osmanische Heer genoß militärische Entwicklungshilfe. Den Bahnhof von Haidar Pascha errichtete die Baufirma "Philipp Holzmann & Cie". Der Schienenstrang nach Mesopotamien galt als das großartigste Unternehmen deutscher Weltpolitik.

Als Deutschland jene Achse, um die sich immer noch die Welt dreht, zum Schauplatz seiner "Politik der freien Hand" machte, schreckte es die anderen imperialistischen Mächte auf. Dem deutschen Ziel, mit der Ausweitung der Kapitalgeber auch den Fortbestand des Osmanischen Reiches zu sichern, mochten sie nicht folgen. Kaiser Wilhelm II. träumte davon, mit Deutschland, England und Frankreich dem einigen Europa eine Kraft zu geben, die Amerika wirtschaftlich die Stirn bieten könne.

Er wollte als ein Ebenbürtiger auftreten und dafür sogar die Gründung eines jüdischen Staates dem "verlogenen Krämervolk" der Engländer streitig machen, indem er im Rahmen seiner

Orientreisen beim Sultan für die zionistischen Pläne Theodor Herzls warb. Großbritannien gab mit eben diesem Projekt, das es keineswegs den Deutschen zu überlassen bereit war und das 1917 in der Balfour-Deklaration gipfelte, seiner Nahostpolitik die höchste Weihe.
Es fürchtete als potentieller Erbe des "kranken Manns am Bosporus" den trockenen Weg nach Indien als Konkurrenz zum Suez-Kanal, den es seit der Besetzung Ägyptens 1882 nicht nur finanziell, sondern auch militärisch kontrollierte. Es fürchtete um seine Stellung an der Mündung von Euphrat und Tigris und suchte daher die Bagdadbahn finanziell und durch Proteste bei der Hohen Pforte nach Kräften zu behindern.
Vergeblich warben die Deutschen um eine Beteiligung der Briten. Frankreich, das seine Interessen in Syrien bedroht sah, schloß sich dem Widerstand an, ebenso Rußland, das sich über einen Schienenweg von Mesopotamien nach Persien sorgte.
Georg von Siemens, ein Neffe des Erfinders und Unternehmensgründers Werner von Siemens, sah die Sache entsprechend nüchtern. Der Bankier und Politiker, Vorstandssprecher der Deutschen Bank seit 1870, führte bis zu seinem Tode 1901 die Verhandlungen zum Bau der Bagdadbahn, die 1892 Angora (Ankara) und 1896 Konya erreichte. Er wollte jene staatlichen Garantien von der Türkei erlangen, die Bismarck, obwohl kein grundsätzlicher Gegner des Projekts, ihm zu geben sich geweigert hatte.
Die Guthaben seiner Anleger gingen ihm vor. Kolonialistische Töne erhöhten nur das Geschäftsrisiko. Wilhelm II. aber nutzte 1898 in Damaskus seine Freundschaftsadresse an Sultan Abdul Hamid II. dazu, die dreihundert Millionen Mohammedaner ("die, auf der Welt zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren") zu Freunden des Deutschen Reiches zu erklären. Das lag ganz auf der Linie des Auswärtigen Amts, eines Tages den "Fanatismus des Islam" zu erregen, um das Deutsche Reich als neue Vormacht in Stellung zu bringen.
Siemens ging einen anderen Weg. Der Historiker Manfred Pohl schreibt: "In einem geheimen Anhang zur Bagdadbahn-Konvention von 1903 sicherte die Deutsche Bank zu, weder eine deutsche noch eine andere Emigration in die Türkei zu fördern." Prominente Deutsche und ganze Reisegruppen wollte man von Bahnfahrten abbringen.
Sultan Abdul Hamid II. wollte nach diversen Kriegen und dem Staatsbankrott von 1875 seinem niedergehenden Reich ein starkes Rückgrat geben - und seine Truppen per Bahn verschieben können. Er gab den Investoren eine Kilometergarantie, für die er Steuereinnahmen verpfändete. Die ab 1870 errichteten Teilstrecken wuchsen bald zu einem lukrativen Schienenweg zusammen. Seit 1889 verkehrte auch der "Orientexpreß" - so rückte Südanatolien vor die Haustüren von Paris.
1890 übernahmen die Deutsche Bank und der Wiener Bankverein die Aktienmehrheit an der Betriebs-Gesellschaft der Anatolischen Eisenbahnen des Baron von Hirsch und bauten zügig weiter. 1898 steigt immerhin die Banque Ottomane mit 40 Prozent ein. Siemens, stets um internationale Partner werbend, bleibt skeptisch. Schließlich könne man "zum gleichen Diskont Wechsel auf gute deutsche Häuser kaufen".
Aber ein Rückzug hätte den deutschen Botschafter in Konstantinopel, Marschall von Bieberstein, seinen Posten gekostet, den Sultan gedemütigt, den Kaiser enttäuscht und den europäischen Mächten große Schadenfreude bereitet. 1900, ein Jahr vor seinem Tode, reist Siemens nach England, das seine Interessen in Basra und Kuwait verteidigt.
Die Verhandlungen scheitern wieder. Siemens' Nachfolger Arthur von Gwinner erhält am 5. März 1903 die endgültige Konzession für den Weiterbau über Adana, Mossul, Samara, Bagdad und Basra an einen noch zu bestimmenden Ort am Persischen Golf sowie für den Betrieb auf 99 Jahre - nicht ohne erneut türkische Anleihen zu zeichnen und sämtlichen Würdenträgern Bakschisch zu zahlen: "Der Sultan selbst schickte uns von Zeit zu Zeit unter den tollsten Vorwänden neue Leute auf den Hals, die befriedigt werden mußten."
Daraufhin errichtet die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft am 13. April 1903 die "Société

Impériale du Chemin de Fer de Bagdad" mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Francs unter Federführung der Deutschen Bank und Beteiligung der Banque Ottomane, des Wiener Bankvereins sowie der Schweizer Kreditanstalt. 1904 erhält die Anatolische Bagdadeisenbahn-Gesellschaft eine Konzession für Erschließung und Abbau der mesopotamischen Ölvorkommen.
Das englisch-französische Bündnis desselben Jahres und das englisch-russische Bündnis von 1907 schließen den Ring um das Deutsche Reich. 1908 stürzen die Jungtürken den Sultan. Trotz des türkisch-italienischen Krieges und trotz der Balkankriege beginnt 1912 der Bahnbau in Bagdad. Im Sommer 1914 wird endlich eine Einigung mit England, nämlich ein Abkommen über Bewässerungsanlagen und Ölförderung in Mesopotamien sowie über den Hafenbau am Persischen Golf unterschriftsreif, aber es ist zu spät.
Die Türkei tritt an der Seite der Mittelmächte in den Krieg. Nun wird die Bahn aus militärischen Gründen, aber mit "Heeresuntauglichen" weitergebaut. Am Ende des Ersten Weltkriegs fährt sie durch das Taurus- und Amanusgebirge. Es fehlt nur noch ein Abschnitt von 300 Kilometern mit Mossul in der Mitte; der wird 1940 geschlossen.
Die schnelle Niederlage Serbiens hat dem Deutschen Reich die Nachschubwege in die Türkei geöffnet; Großbritannien antwortet 1915 mit der vergeblichen und verlustreichen Dardanellen-Offensive. Über den Völkermord an den mit Hammelwaggons deportierten Armeniern schreibt die Bahngesellschaft drastische Berichte, kann aber nur einige armenische Angestellte und deren Familien retten. Ab März 1917 rücken die Briten über Bagdad nach Norden vor.
Der Weltkrieg endet mit der Zerschlagung des Osmanischen Reiches. Aus den französischen und englischen Mandatsgebieten entstehen später die Staaten Syrien und Irak. Großbritannien kann seine Vormachtrolle auf Dauer nicht halten. Die Bagdadbahn, die zunächst unter internationale Kontrolle gestellt werden sollte, zerfällt gegen den Willen Großbritanniens aber in nationale Teilstrecken. Sie erzählt also auch vom Niedergang des Empire.
Ihr Bau bleibt eine beeindruckende Leistung, denn die Schwierigkeiten mit Arbeitern, Gelände und Material waren immens. Das Räuberwesen stand "in hellem Flor". Im Herbst kam das Dengue-Fieber, im Winter die Influenza, und im Landesinneren grassierte die Viehseuche. Die internationale Stimmung war geprägt von diplomatischen Demarchen, Anfragen in den Parlamenten und Polemiken in den Zeitungen. Die Engländer blieben abseits, und Rußland lehnte 1899 sogar Siemens Verkaufsangebot ab.
Daß die Deutsche Bank im Jahre 1924 - trotz Weltkrieg! - zufrieden auf ihre Investition zurückblicken würde, war unter diesen Umständen nicht zu erwarten. Im Warenverkehr lohnte sich die schnelle Belieferung der Mittelmeerhäfen. Im Personenverkehr brachten die Pilger Geld ein, die auf die Hedschasbahn nach Mekka und Medina umstiegen. Der "Agrikulturdienst" der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft brachte verbessertes Saatgut und neue Bewässerungsanlagen nach Konya, so daß die Steuereinnahmen später die Garantiezahlungen des Sultans übertrafen.
Die Bagdadbahn hatte es dennoch nicht vermocht, wie Rohrbach und Bieberstein einst hofften, "die Tore ihres Gebiets für die wirtschaftliche Betätigung aller Nationen gleich offen zu halten". Aber war es deshalb falsch, sie in Angriff zu nehmen? Karl Helfferich, der 1906 von der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts zur Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft gewechselt hatte und 1908 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank geworden war, schrieb nach dem Krieg über die Türkei-Politik des Kaiserreichs:
"Die große Frage war, ob Deutschland in seiner politischen und ebenso in seiner wirtschaftlichen Betätigung alles vermeiden wollte, was geeignet war, die Gefahr solcher Reibungen hervorzurufen. Es hätte dann nicht nur auf den Erwerb von Kolonien und Stützpunkten, auf den Ausbau seiner Kriegsflotte, auf eine Politik der Selbständigerhaltung großer und wichtiger Wirtschaftsgebiete verzichten müssen, sondern ebensosehr auf die Entwicklung seiner Indu-

strie, seines Außenhandels und seiner Handelsflotte."
Golo Mann über die Bagdadbahn
*"Der Bau der Bagdadbahn war eine jener Leistungen des Wirtschaftsimperialismus, die man nur positiv bewerten kann. Es gab keinen Rechtsgrund, keinen moralischen Grund, warum deutsche Industrie sich nicht in der Türkei sollte nützlich machen dürfen zu ihrem eigenen und anderer Leute Vorteil."*
- Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 1958<<
Ab 1913 führen die "Jungtürken" ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, die fast nur mit Fremdkapital finanziert werden. Vor dem Ersten Weltkrieg ist das Osmanische Reich bereits so hoch verschuldet, daß man sämtliche türkischen Staatseinnahmen an europäische Gläubiger verpfänden muß (x056/310). Ein Hauptgläubiger des Osmanischen Reiches ist das Deutsche Reich (mit etwa 500,0 Millionen RM bzw. 25 % der gesamten türkischen Schulden). Deutsche Unternehmen planen, finanzieren und bauen z.B. seit 1903 eine Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) nach Bagdad (Irak).
**Frankreich:** Arabische und syrische Intellektuelle gründen im Jahre 1913 in Paris eine arabische Nationalbewegung (x128/353): >>Wir Araber in Paris ... werden den Nationen in Europa zeigen, daß die arabische Nation eine lebendige nationale Einheit bildet; sie ist unteilbar, sie hat unter den Nationen einen besonderen Platz, sie nimmt eine politische Position von allererster Bedeutung ein, und sie stellt eine Macht dar, mit der gerechnet werden muß. ...<<
**Großbritannien:** Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.
Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.
Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. In Sankt Petersburg kochte die von der russischen Presse hochgepeitschte deutschfeindliche Stimmung. Bei Kriegsausbruch stürmten die aufgeputschten Massen die deutsche Botschaft und schlugen in einem Ausbruch von Vandalismus die Residenz nebst der Kunstsammlung des Grafen Pourtalès kurz und klein.
Es wäre anders gekommen, wenn sich Deutschland dauerhaft entweder mit Rußland oder aber mit England verständigt hätte, anstatt zwischen beiden so lange zu pendeln, bis diese sich untereinander zusammentaten. ...<<
**USA:** Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford (1863-1947) berichtet im Jahre 1913 über die Einführung der Fließbandarbeit und die Bildung von Großunternehmen (x191/-44, x056/203, x191/45): >>Bei den ersten Wagen, die wir zusammensetzten, fingen wir an, den Wagen an einem beliebigen Teil am Fußboden zusammenzusetzen, und die Arbeiter schafften die dazu erforderlichen Teile in der Reihenfolge zur Stelle, in der sie verlangt wurden – ganz so wie man ein Haus baut. ...
Der ungelernte Arbeiter verwendet mehr Zeit mit Suchen und Heranholen von Materialien und Werkzeugen als mit Arbeit und erhält dafür geringen Lohn, da das Spazierengehen bisher immer noch nicht sonderlich hoch bezahlt wird. ...
Der erste Fortschritt in der Montage bestand darin, daß wir die Arbeit zu den Arbeitern hinschafften, statt umgekehrt. Dazu wurden Fließbänder benutzt, um die zusammenzusetzenden Teile in handlichen Zwischenräumen an- und abfahren zu lassen. ...
Nach Möglichkeit hat jeder Arbeiter ein und dieselbe Sache mit nur ein und derselben Bewe-

gung zu verrichten. ...<<
>>... Ungefähr am 1. April 1913 machten wir unseren ersten Versuch mit einer Montagebahn. ... Das Zeittempo der Arbeit mußte zunächst sorgfältig ausprobiert werden. ... (Wir hatten) anfangs eine Gleitgeschwindigkeit (des Bandes) von 60 Zoll in der Minute. Das war zu schnell. ... 18 Zoll in der Minute – das war zu wenig. Schließlich setzten wir das Tempo auf 44 Zoll in der Minute fest. Die erste Bedingung ist, daß kein Arbeiter in seiner Arbeit überstürzt werden darf – jede erforderliche Sekunde wird ihm zugestanden, keine einzige darüber hinaus. ...<<
>>... Ein Riesenunternehmen ist eigentlich zu groß, um menschlich zu sein. Es wächst derart, daß es die Persönlichkeit des einzelnen erdrückt. In einem großen Unternehmen verschwindet die Gestalt des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers in der Menge.
Zusammen haben sie eine große produktive Organisation geschaffen, die ihre Artikel in die Welt hinausschickt und dafür einen Ertrag abwirft, der jedem am Geschäft Beteiligten seinen Lebensunterhalt gewährt. Das Unternehmen selbst wird die Hauptsache.<<
Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft. Der Freimaurer Thomas Woodrow Wilson leitet damit die ersten wesentlichen Schritte zur Durchsetzung der "Neuen Weltordnung" ein.

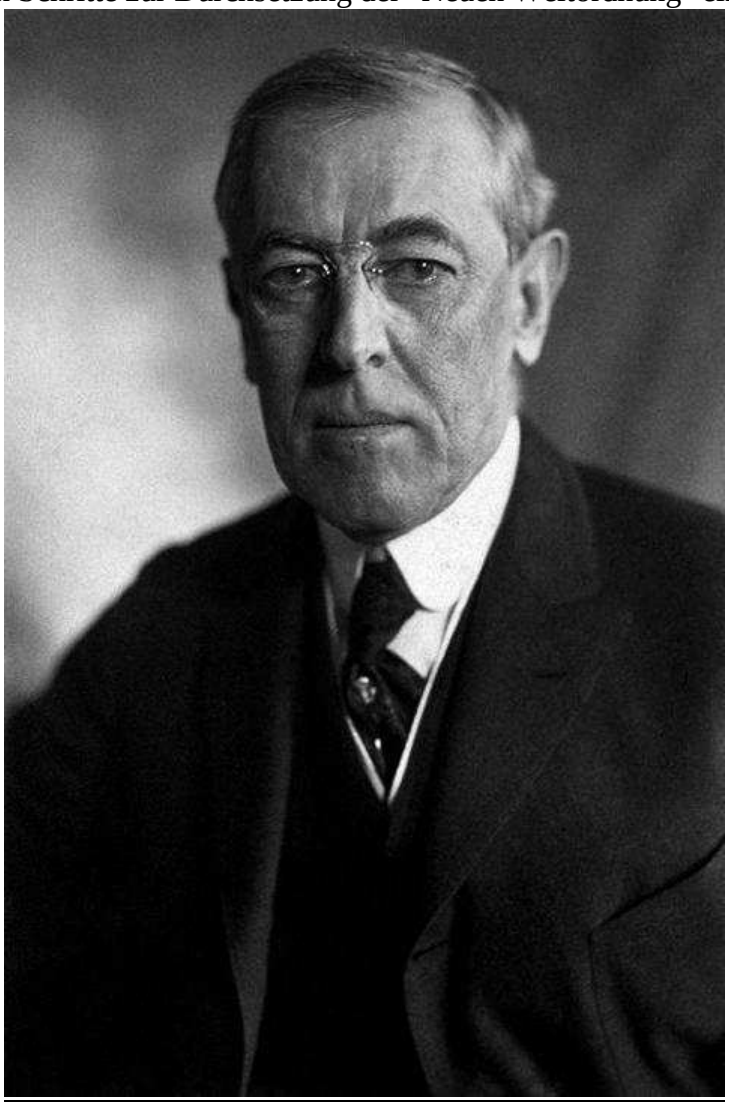

*Abb. 51 (x132/1.371): Woodrow Wilson, der 28. Präsident der Vereinigten Staaten.*

Der US-Historiker Carroll Quigley (1910-1977) schreibt in seinem Buch "Tragödie und Hoffnung" über die verborgenen Machenschaften und Ziele der geheimen Machtelite (x337/114):
>>Die Befugnisse des Finanzkapitalismus hatten (ein) weitreichendes Ziel und zwar kein geringeres als die Schaffung eines Weltsystems der Finanzkontrolle in privaten Händen mit der Fähigkeit, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise gemeinsam von den Zentralbanken der Welt in geheimen Absprachen, die in zahlreichen privaten Treffen und Konferenzen ausgehandelt werden, geführt werden.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über das US-Federal Reserve System (x364/61-65):
>>… **Der Coup der Coups**
Die Struktur der von den Tycoons der Großbanken und des big business geschaffenen Finanzkontrollen war unerhört komplex; ein Unternehmen beruhte auf dem anderen, beide waren wiederum mit halbunabhängigen Partnern verbunden, das ganze überragt von zwei Türmen wirtschaftlicher und politischer Macht, deren einer der in New York - von J. P. Morgan und deren anderer - in Ohio - von der Rockefeller-Familie geleitet wurde. Als diese beiden Gruppen schließlich zusammenarbeiteten, waren sie in der Lage, die Wirtschaft des Landes zum Teil zu beeinflussen und das politische Leben - zumindest auf Bundesebene - fast ausschließlich zu kontrollieren."
Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die amerikanische Wirtschaft derart dynamisch gewachsen, daß die internationalen Bankiers große Mühe hatten, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Ihre Macht und ihre Autorität wurden in Frage gestellt. Ein Weg mußte gefunden werden, um sicherzustellen, daß sie ihrer Macht nie verlustig gehen könnten. Sie beschlossen, daß "der Weg" die Gründung einer Zentralbank war, die sie selbst besitzen und leiten würden.
Es darf nicht vergessen werden, daß die internationalen Bankierfamilien seit mehr als zweihundert Jahren Europa beherrschten, nachdem es ihnen gelungen war die "Bank von England" und andere Zentralbanken in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz zu begründen. Seit dem "Coup der Coups" von 1815, als sie für einen lächerlich geringen Betrag die Kontrolle über England erkauften, beherrschten die Rothschilds das Bankwesen.
Alle ihre Bemühungen, auch den Vereinigten Staaten eine Zentralbank aufzuhalsen, waren fehlgeschlagen. Die US-Verfassung verlieh allein dem Kongreß die Autorität, "Geld zu prägen und seinen Wert zu bestimmen".
Die künstlich hervorgerufene "Panik von 1907" diente als "Beispiel" für die Unumgänglichkeit einer amerikanischen Zentralbank. Eine riesige Propagandakampagne sollte den Amerikanern diese Idee nahebringen.
Einige der führenden amerikanischen Bankiers schienen gegen diesen Plan zu sein, aber das war nur eine List. William McAdoo, Außenminister und Schwiegersohn Präsident Wilsons, sprach mit den "Gegnern" einer Zentralbank:
"Diese Gespräche mit Bankiers führten mich zu einer interessanten Schlußfolgerung. Nach und nach lichtete sich der Nebel der Widersprüche, und es wurde mir klar, daß die Finanzwelt durchaus nicht so sehr gegen den Gesetzentwurf war, wie es den Anschein hatte."
Das Federal Reserve System (eine Zentralbank) entstand mit der Verabschiedung des Bundesrücklagengesetzes (Federal Reserve Act) durch das Repräsentantenhaus und den Senat Ende Dezember 1913. Mit diesem Gesetz erhielten die Bankiers das Privileg zugesprochen, Geld ohne Gegenwert zu schaffen und es der amerikanischen Regierung gegen Zinsen zu leihen.
Der Weg für die Plünderung der amerikanischen Nation durch die internationalen Banker war frei.
**Es spielt keine Rolle mehr, wer die Gesetze macht**
Etwa in dieser Zeit betrat der geheimnisvolle "Colonel" Edward Mandell House die politische

Szenerie. Er war ein Agent der Internationalisten. Präsident Wilson sagte von ihm: "Mr. House ist mein zweites Ich. Er ist mein unabhängiges Selbst.
Seine und meine Gedanken sind eins. Wäre ich an seiner Stelle, würde ich so handeln, wie er sagt."
Im Herbst 1912, unmittelbar nach Wilsons erstem Wahlsieg, erschien anonym ein Buch mit dem Titel "Philip Dru - Administrator". Colonel House war der Autor.
In diesem Buch erläuterte House Pläne für eine Zentralbank, Einkommensteuer (beides Programmpunkte des Kommunistischen Manifests) und für einen "Sozialismus, wie er von Karl Marx erträumt wurde". Es steht außer Frage, daß "Sozialismus" und "Kommunismus" die Begriffe sind, die von den Illuminaten verwendet werden, um den entscheidenden Schritt zu tun zur Eroberung der Welt.
In den vergangenen Jahrhunderten hatten die internationalen Bankiers riesige Vermögen zusammengerafft, indem sie die Kriege der verschiedenen Nationen gegeneinander finanzierten. Es ist geschichtlich erwiesen, daß diese Nationen aufgrund ihrer Kriegsschulden bei den Bankiers geplündert, ausgeraubt und ausgeblutet wurden. Nur eine Gruppe gewann jeden Krieg: die Großbankiers.
"Geben Sie mir die Kontrolle über das Geld, und es spielt keine Rolle, wer die Gesetze macht", sagte Mayer Amschel Rothschild. Mit der etwa gleichzeitigen Einführung des Federal Reserve Systems und der Einkommensteuer war der Weg frei. Das Konto jedes Amerikaners und die riesigen Bodenschätze der Vereinigten Staaten waren von nun an manipulierbar im Rahmen der letzten Schritte zur Erreichung des teuflischen Ziels.
Viele amerikanische Patrioten erkannten die ernsten Gefahren der neuen Regelung. Der konservative Henry Cabot Lodge Sen. sagte, sie ermögliche den Bankiers, "den Goldwert in nicht einlösbarem Papiergeld zu ertränken". Charles A. Lindbergh Sen., der Vater des berühmten Fliegers, sagte: "Die unsichtbare Regierung der Finanzmacht wird eine Inflation erzeugen, wann immer den Konzernen eine Inflation gelegen kommt."
Aber anscheinend wollte niemand hören. Die Richtigkeit dieser Warnungen wird durch die Tatsache erhärtet, daß die nationalen Schulden der USA zum Zeitpunkt der Begründung des Federal Reserve Systems eine Milliarde Dollar betrug.
Heute steht die Verschuldung bei l.060.237.928.516 US-Dollar.

**Krieg bringt Zinsen**

Was als nächstes geschah, ist eine Demonstration der zunächst betrügerischen Taktiken der Verschwörer und ihrer völligen Verachtung des amerikanischen Volkes. Während Woodrow Wilson für seine Wiederwahl mit dem Slogan warb: "Er hielt uns den Krieg vom Leib", war sein alter ego "Colonel" House damit beschäftigt, hinter den Kulissen Vereinbarungen mit England zu treffen, die Amerikas Kriegseintritt sicherten.
Sobald Wilson wiedergewählt war, legten die Insider eine andere Platte auf und begannen, die Idee zu verbreiten, daß der Krieg unvermeidlich sei. Die Versenkung des britischen Munitionsschiffes "Lusitania" wurde hervorgeholt und - ebenso wie der U-Boot-Krieg - zu einer entscheidenden Frage erhoben.
In seinem explosiven Bestseller "The Lusitania" beweist Colin Simpson auf der Grundlage britischer Regierungsunterlagen, daß das berühmte Schiff bereits in der Anfangsphase des Krieges in ein Munitionsschiff umgerüstet wurde, obwohl man das zu jener Zeit und auch noch viele Jahre später heftig verneinte. Bevor die Lusitania New York am 1. Mai 1915 mit einer großen Ladung hochexplosiven Sprengstoffs an Bord verließ, warnten die deutschen Vertreter in den Vereinigten Staaten potentielle Passagiere immer wieder vor der Gefahr, in die sie sich bringen würden, wenn sie die Reise mitmachten.
Als die Passagiere an Bord gingen, wurden die Warnungen mündlich wiederholt. Sechs Tage später wurde die "schwimmende Bombe" von einem deutschen U-Boot-Torpedo getroffen.

Sie sank innerhalb von 20 Minuten. 1.201 Menschen, darunter viele Amerikaner, kamen ums Leben. Die Anwesenheit amerikanischer Staatsbürger auf einem britischen Kriegsschiff war selbstverständlich illegal. Jeder, der die Reise antrat, wußte, welches Risiko er auf sich nahm. In der darauffolgenden Propagandawelle wurden die Deutschen als mörderische Ungeheuer dargestellt, und das Ereignis wurde benutzt, um Amerika in den Krieg hineinzuziehen, den die Insider scheinheilig als den Krieg bezeichneten, "der allen Kriegen ein Ende machen" würde.
Amerika erklärte ihn am 6. April 1917.
Er stellte sich für die Bankiers und ihre Freunde als wahre Goldgrube heraus. Die Kriegsunkosten zwangen die Regierung, von den Bankiers gegen hohe Zinsen Geld zu borgen. Männer wie Bernard Baruch und Eugene Meyer verdienten als Leiter von Schlüsselprojekten Unsummen. Am 8. Januar 1918 forderte Präsident Wilson vor dem Kongreß die Bildung eines Völkerbundes. Dieser Schachzug hatte ohne Zweifel den Zweck, Amerika von seiner seit George Washington aufrechterhaltenen Isolationspolitik abzubringen. "Colonel" House und seine unsichtbaren Hintermänner waren eifrig an der Arbeit, um den nächsten Schritt in Richtung auf ihr Ziel tun zu können. …<<
Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schreibt im Jahre 2010 in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>… Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später (am 21. Dezember 2013): >>**100 Jahre Notenbank**
**Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed**
Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.
Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenen Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!
Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.
Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.
Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

**Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen**

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimtreffen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankenmoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

**"Ich habe mein Land betrogen"**

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger

Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollar-Scheine befinden sich heute im Ausland.
Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.
Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

**Fed in der Zwitterrolle**

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Governeurs der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.
Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.
Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.
Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

**Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht**

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.
Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den

Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.
Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."
Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest. …

**Fed war einst auf einem Imagehoch**

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.
Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.
Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.
Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.
Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.
Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echauffierten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

**Kurswechsel ist nicht in Sicht**

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenpapiere aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 23. Dezember 2013): >>**Die Kreatur von Jekyll Island**

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. …

**Geheimtreffen mit Großbankern**

… Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. …

**Rettungsanker für private Banken**

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. …

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/45): >>**"Rockefeller kann nie verlieren"**

_ *Interview mit Ron Paul*

Wer beherrscht die USA? Der Protagonist des kleinen libertären Flügels in der Republikanischen Partei äußert sich über die Macht der privaten Finanzinstitute - und die Notenbank Federal Reserve, die von diesen kontrolliert wird.

*Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: "Die Banken verlieren nie." Stimmt das?*

Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen Banken gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik der Zukunft.

*Können Sie diese Machtstruktur erklären?*

Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal Reserve System. Sie sind die Insider und kennen die zukünftigen Entwicklungen. Die Kontrolle über das Geld ist sehr wesentlich. ...

*Soll das heißen, wir haben im Grunde ein Ein-Parteien-System in den USA, das nur ansatzweise zweigeteilt ist?*

So ist es. Für mich als Libertären ist es fast unmöglich, eine eigene Partei zu gründen. Man muß ein Drittel seines Geldes und seiner Energie dafür aufbringen, um sich für die Abstimmungen zu bewerben. Die Amerikaner wurden darauf konditioniert, daß es toll ist, nur zwei Parteien zu haben. Wir wollen nicht wie Italien sein, wo es all die vielen unübersichtlichen Entscheidungsmöglichkeiten gibt. ...

*(Präsident) Thomas Jefferson hat uns gewarnt. Er sagte: "Wenn die amerikanische Bevölkerung es zuläßt, daß private Banken ihre Währung kontrollieren, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten."*

Ja, er hatte vollkommen recht. ... Doch das heißt nicht, daß die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank Fed (Federal Reserve) gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Finanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. ... Heute haben wir zwar immer noch eine langsame Inflation - die nichtsdestoweniger eine Menge Schaden anrichtet -, doch eines Tages wird das Land einer riesigen Katastrophe ins Auge sehen.

**Drogen und Banken**

*Selbst die Abgeordneten verstehen nicht, daß die Federal Reserve ein privates Unternehmen ist.*

Ich denke, die wenigsten verstehen, wie die Federal Reserve wirklich funktioniert. Auch wenn man sagt, sie sei privat, ist das noch sehr beschönigend. "Privat" würde bedeuten, sie wäre den Gesetzen des Markts unterworfen. Sie wurde von der Politik autorisiert, über diese gewaltige Macht zu verfügen. ...

**Die internationalen Bankiers sind Kumpel.**

*Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?*

Die internationalen Bankiers sind Kumpel. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. Durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank haben sie die totale Gewalt. Sie haben sogar Treffen, an denen nicht einmal die Finanzminister der Länder teilnehmen dürfen. Ihr einziges Ziel dabei ist, noch mehr neue Kredite zu generieren. ...

Quelle: Talkshow vom August 1988; Link: www.youtube.com/ watch?v=NDEgBWO54dA<<

Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild, unterstützte u.a. vor allem die Freimaurer und die Illuminaten) hatte bereits im Jahre 1790 die politische Macht des Geldes erkannt: >>Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die neue US-Welt-Regierung (x364/167-169):

>>… **Sanierung einer christlichen Nation**

Das bei weitem schwierigste Hindernis auf dem Weg zur Schaffung der Eine-Welt-Regierung sind die Vereinigten Staaten gewesen.

Amerika ist in der gesamten Erdengeschichte einmalig. Es gibt zwei fundamentale Gründe dafür: Amerikas Religion und Amerikas Verfassung.

Amerika hat das 20. Jahrhundert mit einer fast 300 Jahre alten Tradition begonnen, eine christliche Gesellschaft zu sein. Obwohl man von der Existenz Amerikas bereits 500 Jahre vor der Ankunft der Pilgrimväter wußte, setzt mit jenem Ereignis jedoch die "Amerikanische Geschichte" ein. Sie haben den ersten geordneten Versuch zur Besiedlung dieses riesigen neuen Landes unternommen. Wie es in dem berühmten "Mayflower Compact" heißt, bestand das Hauptziel für die Errichtung von Kolonien in der Neuen Welt in der "Verbreitung des christlichen Glaubens".

Von Anfang an, angefangen mit den ersten einfachen Kolonien und Siedlungen, verfügte die amerikanische Gesellschaft über eine Tradition eines tiefen, religiösen Glaubens, der fest auf der biblischen Offenbarung beruhte. Das Christentum war der primäre motivierende Faktor im Leben der Mehrzahl seiner Menschen.

Der US Oberste Gerichtshof hat bei zwei verschiedenen Anlässen erklärt, Amerika ist eine christliche Nation.

Dies war also das Amerika, das die Fesseln der Fremdherrschaft abwarf und dessen Führer die unschätzbar wertvolle Unabhängigkeitserklärung verfaßten - jenes großartige Dokument, das so beredt gegen des Menschen Unmenschlichkeit gegenüber seinen Mitmenschen und für das unveräußerliche, gottgegebene Recht des Menschen spricht, sein Leben frei und offen zu leben, frei von Tyrannei. Es war auch das Land, das sich die Verfassung und die "Bill of Rights" geschenkt hat, die speziell dazu aufgestellt wurden, jene Freiheitsrechte zu schätzen und zu bestärken.

Amerika war also das gesegnete und mitreißende Land, das die große amerikanische Republik hervorgebracht hat, das vorwärtspreschende, heißblütige, unabhängige, herrliche, produktive Amerika, in dem sechs Prozent der Weltbevölkerung in den Genuß von 50 Prozent des Weltwohlstandes kommen. Dies war das starke, vibrierend lebendige, zuversichtliche, freie und missionserfüllte Amerika, das, wie Abraham Lincoln vor 150 Jahren gesagt hat, "über alle Zeiten hinweg leben oder an Selbstmord sterben muß."

Dies war die Nation, die mit Beginn dieses Jahrhunderts zur Zielscheibe eines "Sanierungs-Programms" wurde, dessen Planung und Durchführung die sorgfältigste und heimtückischste

waren, die es jemals in der Menschheitsgeschichte gegeben hat. Die ganze Intrige basierte auf der Erkenntnis, daß es, um Amerika zu zerstören, notwendig war, sein System der Wertvorstellungen zu vernichten, das von der Bevölkerung allgemein anerkannt wurde. Um diese monumentale Aufgabe zu verwirklichen, mußte man die führenden Institutionen untergraben und aufweichen, um die sich die amerikanische Gesellschaft rankte.
Der sicherste Weg ist die Währung zerstören Im Gegensatz zu den "Sanierungs-Taktiken", die man im Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Japan benutzte, wurde die Zerstörung Amerikas als einer unabhängigen, souveränen Nation auf sehr viel subtilere Weise eingefädelt. Die von den Illuminaten in Amerika eingesetzten Abbruchkolonnen hatten für die Methode des "Frontalangriffs" nur Verachtung; vielmehr machten sie sich die Taktiken der Fabian'schen Sozialisten zu eigen.
Der erste große Durchbruch gelang jenen, die den traditionellen, verfassungsmäßigen "American way of life" zu zerstören suchten, mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Federal Reserve Bank am 23. Dezember 1913.
Dieses Gesetz, das man durchbrachte, als die meisten Abgeordneten bereits in die Weihnachtsferien gefahren waren, legte das nationale Währungssystem fest in die Hand der internationalen Banker.
Dem Lehrsatz folgend, daß "der sicherste Weg zum Umsturz einer bestehenden Gesellschaftsordnung der ist, seine Währung zu verderben" (Lenin), setzten die Geldleute sofort alles in Bewegung, um den Wert des Dollar zu zerstören.
Mit der Teilnahme am Ersten Weltkrieg - zunächst als Lieferant von Kriegsmaterial, dann als aktiver Teilnehmer - wurde die Dampfwalze der Vernichtung in Bewegung gesetzt. Mit diesen Handlungen wurde die Basis für die derzeitige riesenhafte amerikanische Staatsverschuldung und für die nationale Versklavung unter den Willen der internationalen Banker gelegt.
Der englische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes, der Berater von Roosevelt während des "New Deal" war, hat gesagt: "Lenin hat zweifellos Recht, es gibt keine einwandfreie beziehungsweise subtilere Methode zur Zerstörung der bestehenden gesellschaftlichen Grundlagen als das Verderben ihrer Währung.
Durch einen fortwährenden Prozeß der Inflation können Regierungen einen wesentlichen Teil des Wohlstandes ihrer Bürger heimlich und unbemerkt an sich reißen. Dieser Prozeß setzt alle verborgenen Wirtschaftskräfte auf Seiten der Zerstörung ein und zwar auf eine Weise, die nicht einer unter einer Million Menschen diagnostizieren kann." …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/42): >>**Das Ungeheuer von Jekyll Island**
_ von *Oliver Janich*
Eine Gruppe mächtiger Privatbanken beherrscht seit 1913 die US-Notenbank Federal Reserve und entscheidet so über das Schicksal der Wirtschaft. Demokratische Kontrolle gibt es nicht.
**Der Untergang der Titanic machte den Weg frei.**
In der Nacht vom 14. auf den 15. April 1912 ereignete sich eine Katastrophe, die sich in das kollektive Gedächtnis der Menschheit eingebrannt hat: Der Untergang der Titanic, der etwa 1.500 Menschen das Leben gekostet hat. Dieses Ereignis hat vielleicht aus einem ganz anderen - bis heute verborgenen - Grund den Lauf der Geschichte für immer verändert. Es ermöglichte den größten Raubzug aller Zeiten: die Gründung der US-Notenbank Federal Reserve, kurz Fed genannt. An Bord der Titanic befanden sich die reichsten Männer des Planeten und vehementesten Gegner einer Zentralbank:
Benjamin Guggenheim, Isidor Straus und John Jacob Astor. Andererseits sagte John Pierpont Morgan, der Eigner der Titanic-Reederei White Star Line und einer derjenigen, die seit Jahren im Geheimen an der Installation der Fed arbeiteten, die Reise in der eigens für ihn vorbereiteten Luxus-Suite in letzter Minute ab…

Nun war der Weg frei für die Gründung der Fed. Am 22. Dezember 1913, als die meisten Abgeordneten schon im Weihnachtsurlaub waren, beschloß der Kongreß, versteckt unter einem Stapel anderer Gesetze, die Etablierung einer privaten Notenbank.
Zu Tarnzwecken gab man ihr den Namen "Federal", um dem Volk zu suggerieren, es handele sich dabei um eine Regierungsbehörde. Die Nacht-und-Nebel-Aktion war nötig, weil die US-Verfassung eine solche Notenbank nicht vorsah. Im Gegenteil: den Bundesstaaten wurde im ersten Verfassungsartikel untersagt, ungedecktes Papiergeld, sogenannte Credit Bills, auszugeben und irgend etwas anderes als Gold oder Silber zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären. Der Kongreß erhielt lediglich das - nicht exklusive - Recht, Münzen zu prägen.
Auch privaten Personen oder Unternehmen war es somit erlaubt, Münzen herauszugeben. Aus heutiger Sicht wäre es wünschenswert gewesen, in der amerikanischen Verfassung deutlicher zu verankern, daß die Regierung auch keinem privaten Unternehmen das Monopol auf die Erzeugung von Geld übertragen darf. Denn genau in diese vermeintliche Lücke stießen die Banken mit der Etablierung der Fed.<<
**Afrika:** Der deutsche Arzt und Theologe Albert Schweitzer (1875-1965, 1902-05 evangelischer Dozent für das Neue Testament in Straßburg) läßt sich im Jahre 1913 als Missionsarzt in Lambarene/Gabun nieder und gründet dort ein Krankenhaus.
Albert Schweitzer berichtet später über seine Mission (von 1913 bis 1949) als Arzt und Prediger in Afrika (x199/227-229): >>Ich hatte von dem körperlichen Elende der Eingeborenen des Urwaldes gelesen und durch Missionare davon gehört. Je mehr ich darüber nachdachte, desto unbegreiflicher kam es mir vor, daß wir Europäer uns um die große Aufgabe, die sich uns in der Ferne stellt, so wenig kümmern.
Das Gleichnis vom reichen Mann und vom armen Lazarus schien mir auf uns gemünzt zu sein. Wir sind der reiche Mann, weil wir durch die Fortschritte der Medizin im Besitze vieler Kenntnisse und Mittel gegen Krankheit und Schmerz sind. Die unermeßlichen Vorteile dieses Reichtums nehmen wir als etwas Selbstverständliches hin. Draußen in den Kolonien aber sitzt der arme Lazarus, das Volk der Farbigen, das der Krankheit und dem Schmerz ebenso wie wir unterworfen ist, aber kein Mittel besitzt, um ihnen zu begegnen. Wie der Reiche sich aus der Gedankenlosigkeit gegen den Armen vor seiner Tür versündigte, weil er sich nicht in seine Lage versetzte, also auch wir. ...
An Operationen unternimmt man im Urwald natürlich nur die, die dringend sind und sicheren Erfolg versprechen. Am häufigsten habe ich es mit eingeklemmten Brüchen zu tun. In dem eingeklemmten Bruch wird der Darm undurchgängig. Er kann sich also nicht mehr entleeren und wird durch die sich bildenden Gase aufgetrieben. Nach einer Reihe von qualvollen Tagen tritt der Tod ein. Unsere Voreltern kannten dies furchtbare Sterben. Heute bekommen wir es in Europa nicht mehr zu sehn, weil bei uns jeder eingeklemmte Bruch, kaum, daß der Arzt ihn festgestellt hat, sogleich operiert wird.
Die Neger Zentralafrikas sind viel mehr mit Brüchen behaftet als die Weißen. So ist in Afrika dieses grausige Sterben etwas Gewöhnliches. Schon als Knabe war der Neger dabei, wenn ein Mann sich tagelang heulend im Sande der Hütte wälzte, bis der Tod als Erlöser kam.
Kaum fühlt also ein Mann, daß sein Bruch einklemmt, so fleht er die Seinen an, ihn ins Kanu zu legen und zu mir zu führen. Wie (soll ich) meine Gefühle beschreiben, wenn solch ein Armer gebracht wird? Ich bin ja der einzige, der hier helfen kann, auf Hunderte von Kilometern. Weil ich hier bin, weil meine Freunde mir die Mittel geben, ist er zu retten, während er sonst der Qual verfallen wäre.
Ich rede nicht davon, daß ich ihm das Leben retten kann. Sterben müssen wir einmal alle. Aber daß ich die Tage der Qual von ihm nehmen kann; das ist es, was ich als die große, immer wieder neue Gnade empfinde. Der Schmerz ist ein furchtbarerer Herr als der Tod. So lege ich dem jammernden Menschen die Hand auf die Stirne und sage ihn: "Sei ruhig. In einer

Stunde wirst du schlafen, und wenn du wieder aufwachst, ist kein Schmerz mehr." Darauf bekommt er eine beruhigende Einspritzung.
Die Operation ist vorüber. Unter der dunklen Schlafbaracke überwache ich das Aufwachen der Patienten. Kaum ist er bei Besinnung, so schaut er erstaunt umher und wiederholt fort und fort: "Ich habe ja nicht mehr weh, ich habe ja nicht mehr weh!" Seine Hand sucht die meine und will sie nicht mehr loslassen.
Dann fange ich an, ihm und denen, die dabei sitzen, zu erzählen, daß es der Herr Jesus ist, der dem Doktor und seiner Frau geboten hat, hier an den Ogowe (Fluß in Gabun) zu kommen und daß weiße Menschen in Europa uns die Mittel geben, um hier für die Kranken zu leben. Nun muß ich auf die Fragen, wer jene Menschen sind, wo sie wohnen, woher sie wissen, daß die Eingeborenen soviel unter Krankheiten leiden, Antwort geben.
Durch die Kaffeesträucher hindurch scheint die afrikanische Sonne in die dunkle Hütte. Wir aber, Schwarz und Weiß, sitzen untereinander und erleben es: "Ihr aber seid Brüder". ...
Beim Predigen muß ich mir Mühe geben, so einfach wie möglich zu reden. Ich darf nichts voraussetzen. Meine Zuhörer wissen nichts von Adam und Eva, von den Patriarchen, vom Volke Israels, von Moses und den Propheten, vom Gesetz, von den Pharisäern, von den Aposteln. ...
Natürlich predige ich auch über das eine oder andere Gebot. Aber darüber hinaus versuche ich, in ihrem Herzen das Verlangen nach Frieden mit Gott zu erwecken. Wenn ich von dem Unterschiede spreche zwischen dem Herzen, das keinen Frieden kennt, und dem Herzen, das voll Frieden ist, dann weiß auch der wildeste von meinen Wilden, was ich meine. Und ebenso, wenn ich ihnen Jesus schildere als den, welcher Frieden mit Gott in die Herzen von Männern und Frauen bringt, so verstehen sie ihn. ...<<

**1914**

Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.
*Bertha Freifrau von Suttner (1843-1914, österreichische Pazifistin und Schriftstellerin)*

**02.01.1914**

**Frankreich:** Ab 2. Januar 1914 veröffentlich die Pariser Zeitung "Le Matin" eine fünfteilige Reihe über "Das größere Rußland".
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über diese sensationelle Veröffentlichung (x307/538-539): >>Die von Chefredakteur Stéphane Lauzanne, der erst kurz zuvor von einer Reise aus Moskau und St. Peterburg zurückgekehrt war, verfaßten Artikel beeindruckten Leser in Berlin nicht nur wegen der hämischen Angriffslust im Ton, sondern auch durch die offensichtliche Genauigkeit und Struktur der darin enthaltenen Informationen.
Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift "Der Kriegsplan Rußlands". Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, daß dies "die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913" waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, "die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze" zu beachten.
Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue (französische) Rußland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wußten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus.
Der Effekt wurde noch durch die Vermutung gesteigert, daß die enthaltenen Informationen

von einer Regierungsquelle stammten. Die Zeitung "Le Matin" stand bekanntlich Poincaré nahe, und es war kein Geheimnis, daß sich Lauzanne auf seiner Rußlandreise mit Sasonow und hohen russischen Militärs getroffen hatte. Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In einem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche Zeit erschien, brachte die (russische) Militärzeitschrift "Raswetschik" ("Aufklärer"), die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden Krieg gegen Deutschland:
Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß daran gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.
Diese Form der halboffiziellen Propagandamache hielt bis in den Sommer hinein an. ...<<

**Januar 1914**

**Deutsches Reich, Österreich-Ungarn:** Hitler wird in München verhaftet und im Januar 1914 an Österreich ausgeliefert. Der begabte Schauspieler und überzeugende "Geschichtenerzähler" entgeht jedoch einer Bestrafung, weil Hitler den Beamten der österreichischen Behörden eine ergreifende, tragische Lebens- und "Leidensgeschichte" schildert, obgleich er körperliche Arbeit, Hunger und richtige Not nie kennengelernt hat.
Bei der folgenden Musterung wird Hitler als zu schwach und deshalb wehruntauglich eingestuft. Hitler kehrt danach als freier Mann nach München zurück.

**21.02.1914**

**Rußland:** In Rußland bereitet man sich bereits auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellt am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führt (x063/478).

**April 1914**

**Rußland:** George W. Buchanan (1854-1924, von 1910-1917 britischer Botschafter in St. Petersburg) berichtet im April 1914 (x307/698): >>Rußland wird rasch so mächtig, daß wir seine Freundschaft fast um jeden Preis erhalten müssen. Wenn es zu der Überzeugung gelangt, daß wir als Freund unzuverlässig und nutzlos wären, könnte es eines Tages einen Handel mit Deutschland schließen und die Handlungsfreiheit in der Türkei und Persien wiedererlangen. ...<<

**13.06.1914**

**Rußland:** Die russische Tageszeitung "Birschewija" ("Börsennachrichten") berichtet am 13. Juni 1914 (x307/539): >>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein** ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark schreibt später über diesen Presseartikel (x307/-539): >>Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die zutreffende Vermutung des Botschafters Graf Friedrich Pourtalès in St. Petersburg, daß der Beitrag von keinem Geringeren als Kriegsminister Wladimir Suchomlinow persönlich lanciert worden sei.
Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde. Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen (Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann). Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt. ...<<

**15.06.1914**

**Großbritannien:** Ein deutsches Unternehmen muß den Bauauftrag für die Bagdad-Bahn-Reststrecke zwangsweise an englische Unternehmen abgeben (britisch-deutsche Vereinbarung vom 15. Juni 1914).

**28.06.1914**

**Österreich-Ungarn:** Am 28. Juni 1914 fällt der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der

bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau werden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

**Das Attentat von Sarajevo**

Der Attentäter Gavrilo Princip (1894-1918, erhält nach dem Attentat eine 20jährige Zuchthausstrafe, stirbt an Knochentuberkulose) handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Crna ruka" ("Schwarze Hand"), die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).

*Abb. 52 (x175/115): In Sarajevo wird der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 von einem bosnischen Nationalisten ermordet.*

Erzherzog Franz Ferdinand mußte vor allem sterben, weil er eine konstruktive Balkanpolitik

des Ausgleichs anstrebte. Der österreichisch-ungarische Thronfolger plante eine vernünftige Neuaufteilung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates (sogenannte "Dreierlösung", selbständiger Staat für die Südslawen) und war gleichzeitig um eine ehrliche Aussöhnung mit den Slawen bemüht (x056/315). Diese Pläne genügten den großserbischen Nationalisten jedoch längst nicht mehr.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die geplante Balkanpolitik des Erzherzogs Franz Ferdinand (x307/153-154): >>... Der Erzherzog machte kein Hehl daraus, daß er die Absicht hatte, das Regierungssystem nach seiner Thronbesteigung zu reformieren. Sein Hauptziel war es, die ungarische Hegemonie im östlichen Teil der Monarchie zu brechen oder zu verringern.

Eine Zeitlang sprach sich Franz Ferdinand für eine Stärkung des slawischen Elements in der Monarchie aus, indem innerhalb des Reiches ein kroatisch (und damit katholisch) dominiertes "Jugoslawien" geschaffen wurde. Gerade der Umstand, daß er mit dieser Idee assoziiert wurde, erregte den Haß seiner orthodoxen serbischen Feinde. Im Jahre 1914 hatte er jedoch, wie es scheint, diesen Plan bereits aufgegeben und befürwortete statt dessen eine weitreichende Umstrukturierung, durch die das Reich zu einer Art "Vereinigte Staaten von Großösterreich" würde, mit 15 Mitgliedstaaten, von denen viele eine slawische Bevölkerungsmehrheit gehabt hätten.

... Was immer man von diesem Programm halten mochte – und die Ungarn hielten ganz offensichtlich wenig davon -, es präsentierte den Erzherzog jedenfalls als einen Mann mit radikalen Zielsetzungen, dessen Thronbesteigung dem üblichen Durchwursteln ein Ende gesetzt hätte, das die österreichische Politik im letzten Jahrzehnt vor 1914 zu lähmen schien.<<

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes bildete den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Crna ruka" ("Schwarze Hand") bewußt den Ersten Weltkrieg, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde.

Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem Kriegsausbruch.

Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg (wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913) ausgingen, und niemand bereit war, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuerte Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Entstehung des Ersten Weltkrieges (x057/193-194): >>Aus dem Streben nach weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Machtstellung der Großmächte und der von ihnen abhängigen Staaten hatten sich fortwährend neue Reibungsflächen und Gegensätze der Weltmächte ergeben. England wollte die Seeherrschaft behaupten, Frankreich seine Vormachtstellung in Europa wiedergewinnen, Rußland Landerwerb, um den Zugang zum Meer zu erreichen, Deutschland weltwirtschaftliche Entfaltung, Amerika und Japan die Vorherrschaft im Großen Ozean.

Aus diesem Machtstreben entstanden die besonderen Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (Balkan), Österreich und Italien (Irredenta, politische Bewegung Italiens), ferner zwischen Deutschland und Frankreich (Elsaß-Lothringen), Deutschland und Rußland (wegen Freundschaft Deutschlands mit Österreich und der Türkei), Deutschland und England (Handels- und Flottenfragen).

Immer straffer schloß sich die Entente zusammen und verstärkte ihre Rüstungen. Deutschland dagegen, besonders Kaiser Wilhelm II., war auf Frieden bedacht und versäumte es sogar, sich auf die drohende Gefahr eines Krieges militärisch, wirtschaftlich und politisch genügend vor-

zubereiten.
Der Anlaß zum Weltkrieg wurde die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin in Sarajewo durch serbische Verschwörer (28. Juni 1914).
Österreich forderte in einem Ultimatum an Serbien strengste Bestrafung der Schuldigen und Unterdrückung der gegen Österreich gerichteten großserbischen Bewegung (23. Juli 1914). Von Rußland unterstützt, lehnte Serbien die wesentlichen österreichischen Forderungen ab und begann die Mobilmachung (25. Juli 1914).
Deutschland nicht rechtzeitig genug über die österreichischen Schritte unterrichtet, suchte zu vermitteln und fand zunächst die Unterstützung Englands. Österreich erklärte nunmehr Serbien den Krieg (28. Juli 1914), ohne sich vorher mit Deutschland zu verständigen, worauf Rußland die Gesamtmobilmachung anordnete (29. Juli 1914). Infolge dieser drohenden Lage für Deutschland forderte seine Regierung die Einstellung der russischen Mobilmachung und erklärte, als keine Antwort erfolgte, den Krieg an Rußland (1. August 1914) und, nach einem vergeblichen Versuch, Frankreich zur Neutralität zu veranlassen, auch den Krieg an Frankreich (3. August 1914), daß bereits am 1. August mobil gemacht hatte.
England dagegen erklärte erst den Krieg an Deutschland, als dieses trotz des Widerstandes der belgischen Regierung deutsche Truppen zum Durchmarsch durch belgisches Gebiet in Bewegung setzte (4. August 1914). Auch Japan schloß sich der Entente an (Tsingtau). Dagegen blieben Italien und Rumänien zunächst neutral, während die Türkei und Bulgarien bald auf Deutschlands Seite traten.<<

**30.06.1914**

**Österreich-Ungarn:** Der deutsche Botschafter Tschirschky in Wien schickt am 30. Juni 1914 ein Telegramm an Reichskanzler Bethmann-Hollweg (x073/29-30): >>Graf Berchtold (österreichisch-ungarischer Außenminister) sagte mir heute, alles deute darauf hin, daß die Fäden der Verschwörung, der der Erzherzog zum Opfer gefallen sei, in Belgrad zusammenliefen. Die Sache sei wohl so durchdacht worden, daß man absichtlich ganz jugendliche Leute zur Ausführung des Verbrechens ausgesucht habe, gegen die nur mildere Strafe verhängt werden könnte. Der Minister sprach sich sehr bitter über die serbischen Anzettelungen aus.
Hier höre ich, auch bei ernsten Leuten, vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen und falls sie diese nicht akzeptieren, energisch vorgehen.
Ich benutze jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen. Vor allem müsse man sich erst klar werden, was man wolle, denn ich hörte bisher nur ganz unklare Gefühlsäußerungen.
Dann sollte man die Chance irgendeiner Aktion sorgfältig erwägen und sich vor Augen halten, daß Österreich-Ungarn nicht allein in der Welt stehe, daß es Pflicht sei, neben der Rücksicht auf seine Bundesgenossen die europäische Gesamtlage in Rechnung zu ziehen und speziell sich die Haltung Italiens und Rumäniens in allen Serbien betreffenden Fragen vor Augen zu halten.<<

**Juni 1914**

**Osmanisches Reich:** Die türkischen und russischen Armenier beraten Ende Juni 1914 in Erzurum, wie man sich im Kriegsfall verhalten soll. Als die russischen Armenier eine Forderung der Jungtürken ablehnen, auf türkischer Seite gegen Rußland zu kämpfen, ist das Schicksal der 1.845.450 türkischen Armenier besiegelt (x081/100).
Obgleich die türkischen Armenier später ausdrücklich versichern, pflichtgemäß gegen Rußland anzutreten, falls es zum Krieg kommt, werden sie pauschal als Volksverräter eingestuft.

**02.07.1914**

**Österreich-Ungarn:** Kaiser Franz Joseph I. schreibt am 2. Juli 1914 an Kaiser Wilhelm II. (x056/315-316): >>Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Sarajevo nicht um die

Bluttat eines Einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichen, und, wenn es auch vermutlich unmöglich sein wird, die (Mitwirkung) der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann man wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik, solche Verbrechen fördert ...
Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft (Zukunft) auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein ... (Den Frieden zu sichern) wird nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslawischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird.<<

**05.07.1914**

**Deutsches Reich:** Der österreichische Botschafter in Berlin telegrafiert am 5. Juli 1914 an den österreichischen Außenminister nach Wien (x056/316): >>Nach (Kaiser Wilhelms) Meinung muß ... mit dieser Aktion (gegen Serbien) nicht zugewartet werden. Rußlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf vorbereitet, und sollte es sogar zu einem Krieg gegen Österreich-Ungarn kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde. Rußland sei übrigens keineswegs kriegsbereit und werde (sich einen Waffengang) noch sehr überlegen.<<

**06.07.1914**

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung sichert Österreich-Ungarn am 6. Juli 1914 die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58).
Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg telegrafiert am 6. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Tschirschky in Wien (x073/30): >>Was Serbien anbelangt, so könne Seine Majestät (der deutsche Kaiser) zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen. ... Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werden.<<
Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" werden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wird durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

**07.07.1914**

**Österreich-Ungarn:** Der österreichisch-ungarische Ministerrat erörtert am 7. Juli 1914 in Wien das Vorgehen gegen Serbien (x058/281-282): >>... 1. Das alle Versammelten eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien im kriegerischen oder friedlichen Sinne wünschen;
2. daß der Ministerrat bereit wäre, sich der Ansicht des ungarischen Ministerpräsidenten anzuschließen, wonach erst mobilisiert werden sollte, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gerichtet und dieselben zurückgewiesen sowie ein Ultimatum gestellt worden ist.
Dagegen sind alle Anwesenden mit Ausnahme des königlich ungarischen Ministerpräsidenten der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und daß daher weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege des militärischen Eingreifens angebahnt würde.
Graf Tisza bemerkt, daß er bestrebt sei, dem Standpunkt aller anderen Anwesenden entgegenzukommen, und daher auch insofern eine Konzession machen würde, als er zugeben wollte, daß die an Serbien zu richtenden Forderungen sehr harte sein sollten, jedoch nicht solcher Art, daß man unsere Absicht, unannehmbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne. Sonst hätten wir eine unmögliche rechtliche Grundlage für eine Kriegserklärung. ...
Der Kriegsminister ergreift auf Wunsch des Vorsitzenden das Wort, um an den Chef des Ge-

neralstabes nachstehende drei Fragen zu richten:
1. Ob es möglich wäre, zuerst nur gegen Serbien zu mobilisieren und erst nachträglich, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergibt, auch gegen Rußland. ...
3. Wo man den Kampf gegen Rußland aufnehmen würde.
Der Chef des Generalstabes gibt auf diese Anfragen geheime Aufklärungen und ersucht darum, daß dieselben nicht in das Protokoll aufgenommen werden mögen.<<

**14.07.1914**

**Österreich-Ungarn:** Der deutsche Botschafter in Wien informiert den deutschen Reichskanzler am 14. Juli 1914 über die österreichischen Kriegspläne (x056/316): >>Ich habe mich schwer entschlossen, meinte der (österreichische Außen-) Minister, "zum Kriege zu raten, bin aber jetzt fast von dessen Notwendigkeit überzeugt, und ich werde mit aller Kraft für die Größe der Monarchie einstehen" ... Die Note (Ultimatum an Serbien) werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei.<<

**18.07.1914**

**Deutsches Reich:** Ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schreibt am 18. Juli 1914 in einem privaten Brief an den deutsche Botschafter in London (x056/316): >>Wir haben auch jetzt (Österreich) nicht zu einem Entschluß getrieben. Wir können und dürfen ihm aber nicht in den Arm fallen. ... Dann würde der Prozeß seines Dahinsiechens und inneren Zerfalls noch beschleunigt. ... (Die) Erhaltung eines möglich starken Österreichs ist für uns aus inneren und äußeren Gründen eine Notwendigkeit. ...
Wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Ob dies gelingen kann, wird zunächst von Rußland und in zweiter Linie von dem mäßigenden Einfluß seiner Ententebrüder abhängen. Je entschlossener sich Österreich zeigt, je energischer wir es unterstützen, um so eher wird Rußland still bleiben. Einiges Gepolter in Petersburg wird zwar nicht ausbleiben, aber im Grunde ist Rußland jetzt nicht schlagfertig. ...
In einigen Jahren wird Rußland ... schlagfertig sein. Dann erdrückt es uns durch die Zahl seiner Soldaten, dann hat es seine Ostseeflotte und seine strategischen Bahnen gebaut. Unsere Gruppe wird inzwischen immer schwächer. ... Läßt sich die Lokalisierung nicht erreichen und greift Rußland Österreich an, ... so können wir Österreich nicht opfern. Wir ständen dann in einer Isolation.
Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen. – Ich hoffe und glaube, ... daß der Konflikt sich lokalisieren läßt.<<

**20.07.1914**

**Rußland:** Eine russisch-französische Delegation verhandelt in Sankt Petersburg über die Zusicherung der Bündnistreue (20. bis 23. Juli 1914) im Kriegsfall. Die Bündnisverpflichtungen werden schließlich feierlich bestätigt.

**21.07.1914**

**Rußland:** Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg informiert den deutschen Reichskanzler am 21. Juli 1914 über ein Gespräch mit dem russischen Außenminister (x056/316): >>Der (russische Außen-) Minister fuhr erregt fort, auf jeden Fall dürfe Österreich ... nicht vergessen, daß ... es ... mit Europa zu rechnen habe. Rußland würde (Österreichs) Schritt in Belgrad, der auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig zusehen können ... auf jeden Fall dürfe von einem Ultimatum nicht die Rede sein ...
Rußland würde es nicht dulden können, daß Österreich ... Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Maßregeln treffe.<<

**23.07.1914**

**Österreich-Ungarn:** Die österreichisch-ungarische Regierung stellt Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast unannehmbares Ultimatum (Frist = 48 Stunden, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen). Die deutsche Regierung wird erst nach der Übergabe des Ultima-

tums informiert (x063/478).
**Rußland:** Nach französischer Bestätigung vom 23. Juli 1914, alle Verpflichtungen des französisch-russischen Bündnisses zu erfüllen, ist der russische Zar noch fester zum Krieg entschlossen. Angesichts der großen innenpolitischen Schwierigkeiten kann sich der Zar kein Zeichen von Schwäche leisten.
**24.07.1914**
**Rußland:** Der britische Botschafter in Sankt Petersburg schickt am 24. Juli 1914 ein Telegramm an den britischen Außenminister (x058/283): >>(Der russische) Minister des Äußern teilte mir heute morgen telephonisch mit, daß er eben Wortlaut des gestern von Österreich in Belgrad überreichten Ultimatums erhalten habe, das eine Antwort binnen 48 Stunden verlange. Dieser von Österreich getane Schritt (Ultimatum an Serbien) bedeute den Krieg und er bat mich, ihn auf der französischen Botschaft zu treffen. ...
Minister des Äußern drückte die Hoffnung aus, Seiner Majestät Regierung werde sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären. Er bezeichnete Österreichs Verhalten als unmoralisch und herausfordernd. Einige der von ihm erhobenen Forderungen seien vollkommen unannehmbar und es hätte niemals so gehandelt, ohne Deutschland vorher befragt zu haben. Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich Rußland nicht nur diplomatisch energisch unterstützen, sondern im Notfall auch alle ihm durch sein Bündnis auferlegten Verpflichtungen erfüllen werde.
Ich bemerkte, daß ich nicht im Namen Seiner Majestät Regierung sprechen könne, daß ich ihnen aber alle ihre Äußerungen telegraphieren würde. Ich vermöge persönlich keine Hoffnungen zu erwecken, daß Seiner Majestät Regierung eine Solidaritätserklärung abgeben würde, die Verpflichtungen einschlösse, Frankreich und Rußland mit Waffengewalt zu unterstützen. Wir seien an Serbien nicht unmittelbar interessiert und (die) öffentliche Meinung Englands würde seinetwegen niemals einen Krieg gutheißen ...
Da mich beide weiterhin drängten, wir sollten uns vollständig solidarisch mit ihnen erklären, bemerkte ich, Sie möchten meines Erachtens geneigt sein, Wien und Berlin eindringlich vorzuhalten, daß ein österreichischer Angriff aus Serbien europäischen Frieden gefährden würde. Sie dürften vielleicht darauf hinweisen, daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland zur Intervention zwingen, daß dadurch Deutschland und Frankreich hineingezogen würde und daß es bei einem etwaigen allgemeinen Krieg für England schwierig sein würde, neutral zu bleiben.
(Der russische) Minister des Äußeren sprach Hoffnung aus, daß wir jedenfalls scharfe Mißbilligung über Österreichs Schritt ausdrücken würden. Wenn der Krieg ausbräche, würden wir früher oder später hineingezogen, und wenn wir nicht von Anfang an gemeinsam mit Frankreich und Rußland vorgingen, würden wir den Krieg nur wahrscheinlicher gemacht haben ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den französischen Staatsbesuch in St. Peterburg (x307/635): >>Grey (britischer Außenminister) wußte in groben Zügen, was bei dem französischen Staatsbesuch in St. Petersburg herausgekommen war. In einer Sendung vom 24. Juli (nach Poincarés Abreise) berichtete Botschafter Buchanan, daß die Treffen in der russischen Hauptstadt eine "vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten" zwischen Rußland und Frankreich zur "Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa" ergeben hätten.
Die beiden Staaten hätten "feierlich" die "durch das Bündnis auferlegten Verpflichtungen" bestätigt; Sasonow hatte Buchanan gebeten, gegenüber Grey die Hoffnung zu äußern, daß die britische Regierung "sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären" werde.
In seinen Kommentaren zu dieser Sendung verwendete Eyre Crowe schärfere Formulierungen, als Grey es wohl getan hätte, aber er gab trefflich die innere Logik der Haltung wieder, die der

Außenminister einnehmen sollte:
Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Rußland sind der Ansicht, daß sie Vorwände sind und daß die größere Frage von Dreibund gegen Dreiverband (= Triple Entente) endgültig aufgeworfen ist. Ich glaube, es wäre unklug, um nicht zu sagen gefährlich, wenn England versuchte, dieser Meinung zu widersprechen oder durch Vorstellungen in St. Petersburg und Paris diese klare Sachlage zu verdunkeln. ...
In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu errichten, und um den Wunsch der Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten - in diesem Kampf sind unsere Interessen mit denen Frankreichs verknüpft.<<
Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die damaligen "russisch-britischen Beziehungen (x312/198-199): >>Rußland und Großbritannien führten 1914, mit französischer Vermittlung, streng geheime Verhandlungen über eine Marinekonvention. Für den Kriegsfall war angestrebt, daß es in der Ostsee zu gemeinsamen amphibischen Operationen gegen die deutsche Küste und damit gewissermaßen zur Errichtung einer dritten Front, keine 200 Kilometer nördlich der Hauptstadt Berlin, kommen solle.
Dahinter standen wiederum russische Bedürfnisse angesichts der starken deutschen Position im Osmanischen Reich, also im südlichen Vorgelände des zaristischen Imperiums. An der russischen Botschaft in London gab es aber einen deutschen Spion, den baltendeutschen Diplomaten Benno von Siebert. Durch ihn waren Reichskanzler und Auswärtiges Amt in Berlin über die russisch-britischen Absichten unterrichtet, ohne dieses Geheimnis freilich öffentlich werden zu lassen. ...<<
**Großbritannien:** England ruft am 24. Juli 1914 alle europäischen Großmächte zur Vermittlung auf.
Der deutsche Botschafter in London schickt am 24. Juli 1914 folgendes Telegramm nach Berlin (x237/229): >>Die Gefahr eines europäischen Krieges sei, falls Österreich serbischen Boden betrete in nächste Nähe gerückt. Die Folgen eines solchen Krieges zu viert, er (der englische Premierminister Grey) betonte ausdrücklich die Zahl vier und meinte damit Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland und Frankreich, seien vollkommen unabsehbar.
Wie auch immer die Sache verlaufe, eines sei sicher, daß nämlich eine gänzliche Erschöpfung und Verarmung Platz greife, Industrie und Handel vernichtet und die Kapitalkraft zerstört würde. Revolutionäre Bewegungen wie im Jahre 1848 infolge der daniederliegenden Erwerbstätigkeit würden die Folge sein. ...<<
**25.07.1914**
**Rußland, Serbien, Österreich-Ungarn:** Der russische Kronrat sichert Serbien am 25. Juli 1914 die "volle russische Unterstützung" zu, falls österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten sollten (x041/58).
Serbien ordnet daraufhin schon vor der Beantwortung des österreichischen Ultimatums die Mobilmachung an.
Obgleich Serbien die meisten Forderungen erfüllt, ordnet Österreich-Ungarn noch am Abend die Teilmobilmachung an.
**Großbritannien:** Der britische Diplomat Eyre Crowe (1864-1925) berichtet am 25. Juli 1914 (x307/699): >>Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muß sich Folgendes ergeben:
a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Rußland. ...Wie wird dann die Lage eines freudlosen England sein?
b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird's mit Indien und dem Mittelmeer stehen? ...<<

**26.07.1914**

**Deutsches Reich:** Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informiert Kaiser Wilhelm II., der damals eine Nordlandreise durchführt, am 26. Juli 1914 über die aktuelle Lage (x245/-25): >>Nachdem gestriger Abend vergangen, hat Eingang der Nachricht, daß Österreich die serbische Antwort als ungenügend erachtet, hier lebhafte patriotische Kundgebungen veranlaßt, die bedauerlicherweise zu einer antiserbischen Demonstration vor russischer Botschaft geführt haben.

Es ist zu gegenwärtigen, daß falls Eure Majestät von (der) Nordlandreise direkt nach Berlin kommen die mit Sicherheit zu erwartende sehr stürmische Begrüßung Eure Majestät zur Wiederholung dieser Demonstrationen führen wird.

Rußland würde dies ausbeuten, daß wir den Krieg mit ihm wollen. Der Zeitpunkt hierzu aber wäre verfrüht, solange Rußland gar keine aggressiven Schritte ergreift, Rußland aber muß rücksichtslos unter allen Umständen ins Unrecht gesetzt werden. Eure Majestät wage ich daher alleruntertänigst zu bitten, zunächst nach Potsdam zurückkehren zu wollen.<<

**Rußland:** Miroslav Spalajković (1864-1951, von 1906-1911 Leiter des serbischen Außenministeriums) berichtet am 26. Juli 1914 aus St. Petersburg (x307/601): >>Meiner Meinung nach bietet uns dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ereignis klug auszunutzen und eine volle Vereinigung der Serben zu erreichen. Deshalb ist es wünschenswert, daß Österreich-Ungarn uns angreift. In diesem Falle vorwärts im Namen des Herrn! ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den serbischen Politiker Miroslav Spalajković (x307/600-601): >>Am 26. und 27. Juli 1914 trafen begeisterte Depeschen von Spalajković mit der Neuigkeit ein, daß die Russen eine Armee von 1.700.000 Mann mobilisieren würden und die Absicht hätten, "unverzüglich eine energische Offensive gegen Österreich-Ungarn einzuleiten, sobald es Serbien angreife".

Der Zar sei davon überzeugt, meldete Spalajković am 26. Juli, daß die Serben "wie die Löwen" kämpfen würden und die Österreicher eventuell sogar aus eigener Kraft von ihrem Rückzugsort im Landesinneren aus schlagen könnten.

Die deutsche Haltung war zu dieser Zeit noch unklar, aber selbst wenn sich die Deutschen nicht an den Kämpfen beteiligen sollten, so Spalajković, sehe der Zar gute Chancen, "eine Teilung Österreich-Ungarns" zu bewerkstelligen; und wenn dies scheitern sollte, würden die Russen "die französischen Militärpläne ausführen, so daß der Sieg über Deutschland ebenfalls gewiß sei." ...<<

**27.07.1914**

**Deutsches Reich:** Anstatt Österreich-Ungarn zu beraten und zu überwachen, hält sich die deutsche Regierung, trotz der akuten Kriegsgefahr, größtenteils im Sommerurlaub auf. Der deutsche Kaiser erhält die serbische Antwort damals verspätet, weil er erst am 27. Juli 1914 von einer Nordlandreise zurückkehrt.

Wilhelm II. reagiert sichtlich erleichtert über die halb entgegenkommende serbische Antwort (x063/480): >>... Das ist mehr, als man erwarten konnte! ... Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesel (der österreichische Gesandte) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung empfohlen!<<

**Großbritannien:** Die englischen Vermittlungsversuche vom 27. bis zum 31. Juli 1914 bleiben erfolglos.

**28.07.1914**

**Deutsches Reich:** Kaiser Wilhelm II. weist am 28. Juli 1914 den deutschen Diplomaten Gottlieb von Jagow (1863-1935, von 1913-1916 Staatssekretär im Auswärtigen Amt) an, den Österreichern klarzumachen, daß nach seiner Meinung kein Kriegsgrund mehr bestehen würde.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über diese längst überfällige

Maßnahme des deutschen Kaisers (x307/667): >>... Noch am ... Morgen (28. Juli) um 10 Uhr schickte er eilends einen Brief an Jagow, in dem er erklärte, daß nun, da Serbien "eine Kapitulation demütigster Art" hingenommen habe, "jeder Grund zum Kriege" entfalle. Statt sofort in das Land einzumarschieren, sollten die Österreicher, so Wilhelm weiter, eine vorübergehende Besetzung der evakuierten Stadt Belgrad als Faustpfand für ein künftiges Entgegenkommen in Erwägung ziehen.
Noch wichtiger: Wilhelm wies Jagow an, den Österreichern mitzuteilen, daß nach seiner Einschätzung "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden sei" und daß Wilhelm persönlich bereit sei, den Frieden in Österreich zu vermitteln. ... Das werde ich tun auf Meine Manier, und so schonend für das österreich(ische) Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich."
Außerdem teilte er Generalstabschef Moltke mit, daß wenn Serbien seine Garantien für Österreich-Ungarn einhalte, in seinen Augen kein Kriegsgrund mehr vorliege. Im Laufe des Tages hielt er laut Angaben des Kriegsministers Falkenhayn "wirre Reden, aus denen nur klar hervorgeht, daß er den Krieg jetzt nicht mehr will und entschlossen ist, um diesen Preis selbst Österreich-Ungarn sitzen zu lassen.<<
Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informiert am 28. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien (x056/317): >>... Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft. ... (Österreich solle in Petersburg erklären), daß seine militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen Punkten des serbischen Gebiets bezwecken, um ... Garantien für künftiges Wohlverhalten zu (er)zwingen. ...
Erkennt die russische Regierung (dies) nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben, die im Begriffe steht, sich von Österreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zugunsten Österreichs ... und seiner Verbündeten verschieben.
Der deutsche Botschafter solle aber in Wien sorgfältig vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, ... die Verwirklichung des von Österreich ... erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden (zu ermöglichen), ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns (möglichst) zu verbessern ...<<
**Österreich-Ungarn:** Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärt Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.
Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien lautet wie folgt (x307/602): >>An meine Völker!
Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen. Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.<<
Jetzt ist die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit sind jetzt plötzlich eindeutig auf der Seite des "kleinen, schwachen serbischen Volkes".
Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe) schreibt damals über die Kriegserklärung an Serbien (x307/602): >>... Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher und möchte es noch einmal mit diesem wenig hoffnungsvollen Reich versuchen.<<

Pilsudski, der eine Niederlage der Russen erwartet, ruft die Polen am 28. Juli 1914 zum Kampf gegen Rußland auf (x064/124). Nach dem russisch-deutsch-österreichischen Krieg hofft bzw. erwartet man in Polen die Wiederherstellung der polnischen Eigenständigkeit.

**Großbritannien:** Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schreibt am 28. Juli 1914 an seine Frau (x307/706): >>... Alles treibt auf eine Katastrophe und Zusammenbruch zu. ... Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich. ...<<

**29.07.1914**

**Deutsches Reich:** Reichkanzler Bethmann-Hollweg teilt der britischen Regierung am Abend des 29. Juli 1914 mit, daß man keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebt, falls England neutral bleibt (x063/481).

**Österreich-Ungarn:** In der Nacht zum 29. Juli 1914 beschießen österreichisch-ungarische Einheiten der Marine und der Artillerie die serbische Hauptstadt Belgrad (x175/115).

**Rußland:** Zar Nikolaus II. schickt am 29. Juli 1914 ein Telegramm an Kaiser Wilhelm II. (x058/283): >>Ich bin froh, daß Du zurück bist. In diesem äußerst ernsten Augenblick wende ich mich an Dich um Hilfe.

Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden. Die Entrüstung in Rußland, die ich völlig teile, ist ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem auf mich ausgeübten Druck erliegen und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen werden.

Um ein solches Unheil wie einen europäischen Krieg zu verhüten, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir Mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.<<

Der russische Zar ordnet aber noch am selben Tag die Teilmobilmachung an, die jedoch nach einem Telegramm Kaiser Wilhelms II. noch einmal gestoppt wird.

**Großbritannien:** Der deutsche Botschafter in London meldet am 29. Juli 1914 dem Auswärtigen Amt (x056/316): >>Die britische Regierung wünscht, ... solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke, abseits zu stehen. Würden (Deutschland) aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere.<<

**30.07.1914**

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung fordert am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregregierung erstmalig (aber leider viel zu spät) mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Sasonow (russischer Außenminister) stellt unmittelbar bevorstehende Mobilmachung nicht in Abrede, meinte daraufhin, daß Rußland zu diesem Schritt von Österreich gezwungen sei, daß aber Mobilmachung noch lange keinen Krieg bedeute.

... Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit Petersburg ... würde schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist.

Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.

Bitte sich gegen Graf Berchtold (damaliger österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren) sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.<<

Der deutsche Generalstabschef telegrafiert (ohne Wissen des deutschen Reichskanzlers) am 30. Juli 1914 an den österreichisch-ungarischen Generalstab (x056/317): >>Russische Mobilisierung durchhalten: Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland (zu) mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensation zur Bundespflicht zwingen.<<

Der deutsche Reichskanzler telegrafiert am 30. Juli 1914, um 21 Uhr; an den deutschen Botschafter in Wien. Dieses Telegramm wird jedoch um 23.20 Uhr zurückgezogen (x056/317): >>Wenn Wien ... jedes Einlenken ... ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an dem ausbrechenden europäischen (Brand) zuzuschieben. ...
(Kaiser Wilhelm) hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien unternommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unwiderleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. ...
Glücken England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, während Rußland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation ...<<
Der französische Botschafter Cambon schreibt am 30. Juli 1914 aus Berlin an Ministerpräsident Viviani (x245/30-31): >>Einer der Botschafter, mit dem ich die engsten Beziehungen habe, hat um 2 Uhr Herrn Zimmermann gesehen. Nach Aussage des Unterststaatssekretärs dringen die militärischen Behörden sehr darauf, daß die Mobilmachung angeordnet werde, da jede Verspätung Deutschland um einige seiner Vorteile bringe. Doch bis jetzt ist es gelungen, dem Drängen des Generalstabs, der in der Mobilmachung den Krieg erblickt, zu widerstehen. Wie dem auch sei, die Mobilmachung kann von einem Augenblick zum andern beschlossen werden.
Ich weiß nicht, wer in den "Lokal-Anzeiger", ein im allgemeinen halbamtliches Blatt, eine verfrühte Nachricht gebracht hat, die geeignet ist, die Gemüter in Frankreich zu erregen.
Es kommt darauf an, die Mobilmachungsmaßnahmen in Frankreich erst dann zu veröffentlichen, wenn sie in Deutschland mit Sicherheit beschlossen sind, damit die englische öffentliche Meinung, die in den Ereignissen eine so große Rolle spielt, uns nicht irgendeine Initiative zuschreiben kann, die zum Krieg führte.
Ich habe Anlaß zur Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehls durchgeführt werden können, hier getroffen worden sind. Offensichtlich möchte man erreichen, daß wir unsere Mobilmachung zuerst bekannt geben. Wir dürfen diese Kalkül aber nicht aufgehen lassen und dürfen der Ungeduld nicht nachgeben, die sicherlich in der Presse und der öffentlichen Meinung in Paris entstehen wird.<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den französischen Diplomaten Paul Cambon (x307/256-257): >>Cambon hielt sich nicht für einen untergeordneten Angestellten seiner Regierung, sondern für einen Diener Frankreichs, dessen großes Wissen ihn für eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozeß qualifizierte.
Das überhöhte Selbstwertgefühl Cambons (das im Übrigen viele Botschafter teilten) wurde von der Überzeugung getragen, daß man Frankreich nicht nur repräsentierte, man "personifizierte" es. Obwohl Cambon von 1898 bis 1920 Botschafter in London war, sprach er kein Wort Englisch. Bei seinen Begegnungen mit Edward Grey (der seinerseits kein Französisch sprach) bestand er darauf, daß jede Äußerung ins Französische übersetzt wurde, selbst so leicht verstehbare Wörter wie "Yes".
Er war wie viele Mitglieder der französischen Elite, fest überzeugt, daß Französisch die einzige Sprache sei, mit der man rationale Gedanken ausdrücken könne und lehnte die Gründung französischer Schulen in Großbritannien mit der abwegigen Erklärung ab, in Großbritannien aufgewachsene Franzosen seien am Ende tendenziell geistig zurückgeblieben. ...<<
**Rußland:** Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ordnet Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs überraschend am 30. Juli 1914 die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gibt damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die russische Generalmo-

bilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651-652): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.
Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.
In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien.
Ein Telegramm des Botschafters Nikolai Schebeko in Wien vom 29. Juli, indem er erklärte, daß der Befehl zur Generalmobilmachung für den folgenden Tag "erwartet" werde, wurde auf den 28. Juli zurückdatiert und wie folgt umformuliert: "Der Befehl zur Generalmobilmachung ist unterschrieben worden" – in Wahrheit sollte der Befehl zur österreichischen Generalmobilmachung erst am 31. Juli erteilt werden und am folgenden Tag in Kraft treten.
Das französische Gelbbuch ging noch abenteuerlicher mit den Quellen um, indem kurzerhand ein fiktives Kommuniqué des Botschafters Paléologue vom 31. Juli eingefügt wurde, das erklärte, der russische Befehl sei "als Folge der Generalmobilmachung Österreichs" und der "Mobilmachungsmaßnahmen, welche das Deutsche Reich in den vergangenen sechs Tagen heimlich, aber kontinuierlich getroffen" habe, erteilt worden. In Wirklichkeit war Deutschland aus militärischer Sicht während der gesamten Krise eine Insel relativer Ruhe gewesen. ...<<
**Großbritannien:** Die britische Regierung lehnt am 30. Juli 1914 den deutschen Wunsch nach einer Neutralitätsgarantie ab (x175/113).

**31.07.1914**

**Deutsches Reich:** Kaiser Wilhelm II. erklärt am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und fordert Rußland ultimativ auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben (Frist = 12 Stunden). Frankreich wird aufgefordert neutral zu bleiben (Frist = 18 Stunden).
Die "Kölnische Volkszeitung" berichtet in der Abendausgabe vom 31. Juli 1914 (x191/7): >>Die Russen wollen den Krieg. ... (Auch die SPD erklärt:) Alle Parteileidenschaften schweigen. ... Wir Sozialdemokraten fühlen uns in dieser ernsten Stunde einig mit dem ganzen deutschen Volk ohne Unterschied der politischen und religiösen Überzeugung, den uns von der russischen Barbarei aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und mit dem letzten Blutstropfen für Deutschlands nationale Unabhängigkeit, Ruhm und Größe einzutreten.<<
**Frankreich:** Der belgische Gesandte in Paris schreibt am 31. Juli 1914 (x307/607): >>Der französische Generalstab ist für den Krieg. ... Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluß machen müsse.<<

**01.08.1914**

**Deutsches Reich:** Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortet, schickt Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481).
Da der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhält, erfolgt um 17.00 Uhr die deutsche Mobilmachung.
Gegen 19.00 Uhr wird die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg beginnt als deutsch-russischer Krieg.
Die Wochenzeitschrift "Die Aktion" berichtet am 1. August 1914 über die drohende Kriegsge-

fahr (x267/15-16): >>Das also ist die Kulturhöhe, die wir erreichten: Hunderttausende, die gesündesten, wertvollsten und wertevollsten Kräfte zittern, daß ein Ungefähr, ein Wink der Regierer Europas, eine Böswilligkeit oder eine sadistische Laune, ein Cäsarenwahn oder eine Geschäftsspekulation, ein hohles Wort oder ein vager Ehrbegriff, sie morgen aus ihrem Heim jagt, hinweg von Weib und Kind, hinweg von allem mühselig Aufgebauten, in den Tod.
Der irre Zufall kann heute, kann morgen, kann jede Minute rufen, und alle, alle werden kommen. Der Not gehorchend – aber gehorchend. Anfangs werden sie heulen, daß sie hier ihr Erdenglück zusammenbrechen sehen – bald jedoch werden sie, wenn auch nicht mit ganz sauberer Unterwäsche vom allgemeinen Taumel besessen sein und besinnungslos morden und gemordet werden. ...
Es ist dumm ein Wort der Vernunft zu sprechen, wenn die Stunde der Vernunft nicht da ist. ...
Der Chauvinismus (maßloser Nationalismus) ist die ständige Lebensgefahr der Menschheit. Er, allein er, kann über Nacht aus Millionen Vernunftwesen Besessene machen. ...<<
Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 1. August 1914 nach der Bekanntgabe der Mobilmachung (x267/16-17): >>Unter den Linden und vor dem königlichen Schloß sammelten sich bald nach der Bekanntgabe der Mobilmachung viele Hunderttausende von Menschen. Jeder Wagenverkehr hörte auf. Der Lustgarten und der freie Platz vor dem Schloß waren dicht angefüllt von den Menschenmassen, die patriotische Lieder sangen und wie auf Kommando gleichmäßig immer wieder den Ruf erneuerten: "Wir wollen den Kaiser sehen!"
Gegen ½ 7 erschien der Kaiser am mittleren Fenster der ersten Etage, von einem unbeschreiblichen Jubel und von Hurrarufen begrüßt. ...
Patriotische Lieder wurden angestimmt. Nach einiger Zeit trat in der Menge Ruhe ein. Die Kaiserin trat an die Seite des Kaisers, der den Massen zuwinkte, daß er sprechen wolle.
Unter tiefstem Schweigen sprach der Kaiser dann ungefähr mit weithin vernehmbarer, langsam stärker werdender Stimme:
"Wenn es zum Kriege kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder. In Friedenszeiten hat mich zwar die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich ihr aber jetzt von ganzem Herzen. Wenn uns unsere Nachbarn den Frieden nicht gönnen, dann hoffen und wünschen wir, daß unser gutes deutsches Schwert siegreich aus dem Kampf hervorgehen wird."
An diese Worte des Kaisers schloß sich ein Jubel, wie er wohl noch niemals in Berlin erklungen ist. Die Menge stimmte begeistert erneut patriotische Lieder an.<<
Der deutsche Schriftsteller Carl Zuckmayer (1896-1977, emigriert 1938 in die USA) berichtet nach dem Kriegsausbruch über die Reaktionen der Mainzer Bevölkerung (x239/202-203): >>Es war Samstag, der erste August. In unserer Gegend, der Mainzer Neustadt, war alles totenstill, kein Mensch und kein Fahrzeug auf der Straße, die Häuser wie ausgestorben. Aber von der Stadtmitte hörte man, undeutlich und verworren, ein leises Brausen von vielen Stimmen, Gesang, Militärmusik.
Ich lief in die Stadt. Je näher ich dem Schillerplatz kam auf dem sich das Gouvernement der Garnison befand, desto dichter war das Gedränge: so ging es sonst nur zu, wenn an Fastnacht der Rosenmontagzug erwartet wurde.
Aber die Stimmung war anders. Obwohl man Rufen, auch Schreien und Lachen hörte, war in dem ganzen Getriebe eine zielhafte Geschlossenheit, nichts von müßiger Neugier, so als hätte jeder dort, wo alle hinströmten, etwas Dringendes, Unaufschiebbares zu tun.
Mitten durch all die Menschen marschierten kleine Kommandos der Gouvernements-Wache, die an den Straßenecken noch druckfeuchte Plakate anschlugen, darauf stand in großen, weithin lesbaren Buchstaben:
"Seine Majestät der Kaiser und König hat die Mobilmachung von Heer und Flotte angeordnet. Erster Mobilmachungstag ist der zweite August.

gez. Wilhelm II.
Sonst nichts. Wer damals dabei war, hat diesen Text nie vergessen.
Da und dort traf ich Schulkameraden oder Freunde aus der Nachbarschaft und auch das gehörte zu dem Unfaßlichen: wir sprachen kaum miteinander, wir berieten uns nicht, wir schauten uns nur an, nickten uns zu, lächelten: es war gar nichts zu besprechen.
Es war selbstverständlich, es gab keine Frage, keinen Zweifel mehr: wir würden mitgehen, alle. ...<<
**Frankreich:** Die französische Regierung beantwortet am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482).
Um 16.55 Uhr ordnet Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).
**Großbritannien:** Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) läßt am 1. August 1914 ohne Genehmigung des britischen Kabinetts (nur mit Billigung des Premierministers) die britische Flotte mobilisieren (x307/691).
**02.08.1914**
**Deutsches Reich:** Um den gefürchteten Zweifrontenkrieg zu verhindern, soll der Westkrieg so schnell wie möglich entschieden werden, deshalb muß das Deutsche Reich einen Angriffskrieg gegen Frankreich führen. Belgien lehnt jedoch am 2. August 1914 die ultimative Forderung ab, den deutschen Truppendurchmarsch zu gestatten.
Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 2. August 1914 (x267/18): >>Bei den Standesämtern der Stadt- und Landgemeinden Großberlins sind am Samstag und Sonntag rund 1.800 Nottrauungen vollzogen worden; auf Berlin entfallen etwa 1.000 Nottrauungen.
In den Krankenhäusern und Wöchnerinnenheimen, wo die Bräute der zum Felddienst Einberufenen liegen, wurden gestern allein sechs Kriegstrauungen am Krankenbett durch den Standesbeamten vollzogen, wobei zumeist Ärzte als Trauzeugen fungierten.<<
**03.08.1914**
**Deutsches Reich:** Das Deutsche Reich kommt der französischen Kriegserklärung zuvor und erklärt Frankreich am 3. August 1914 den Krieg.
Der deutsche Reichskanzler beauftragt am 3. August 1914 den deutschen Botschafter in London (x056/317): >>Bitte (dem britischen Außenminister Edward Grey) zu sagen, daß, wenn wir zur Neutralitätsverletzung Belgiens schritten, wir dazu durch die Pflicht der Selbsterhaltung gezwungen würden ... Wir befänden uns in einer militärischen Zwangslage.
Die unselige russische Mobilmachung hätte uns, die wir bis dahin militärisch uns auf ... Defensivmaßregeln beschränkt hätten, plötzlich in Gefahr gesetzt, nachdem auch Frankreich schon vorher stark gerüstet hätte, von den Fluten von Ost und West verschlungen zu werden ...
Jetzt müßten wir, eingekeilt zwischen Ost und West, zu jedem Mittel greifen, um uns unserer Haut zu wehren.
Es liege keinerlei absichtliche Verletzung des Völkerrechts vor, sondern die Tat eines Menschen, der um sein Leben kämpft ... Rußland habe durch verbrecherisches Spielen mit dem Feuer (den Frieden zu erhalten) durchkreuzt ...<<
Ein 24jähriger deutscher Jurastudent, der bereits im September 1914 nach einer Verwundung in Frankreich sterben wird, schreibt am 3. August 1914 (x261/214): >>... Hurra!
Endlich habe ich meine Beorderung: morgen vormittag 11 Uhr in einem hiesigen Lokal. Stunde um Stunde habe ich auf meinen Befehl gewartet.
Heute vormittag traf ich eine junge bekannte Dame; ich schämte mich fast, mich in Zivilkleidern vor ihr sehen zu lassen. – Auch ihr meine guten Eltern, werdet mir recht geben: ich gehöre nicht mehr ins friedliche Leipzig.
Liebe Mutter, halte Dir bitte, bitte immer vor Augen, was ich seit gestern im Wechsel der

Stimmungen gelernt: Wenn wir in diesen Zeiten an uns und unsere Angehörigen denken, werden wir klein, schwach.
Denken wir an unser Volk, ans Vaterland, an Gott, an alles Umfassende, so werden wir mutig und stark.<<

**Belgien:** Als deutsche Truppen am 3. August 1914 in Belgien einmarschieren, bittet Belgien die vermeintlich unschlüssigen Briten um Hilfe.
Aufgrund des Einmarsches in Belgien gelten die Deutschen später als Kriegsverursacher, obgleich Rußland und Frankreich die Mobilmachung nachweislich vor dem Deutschen Reich anordnen.

**Frankreich:** Der französische Schriftsteller Romain Rolland (1866-1944, Unterstützer der pazifistischen Bewegung, erhält 1915 den Nobelpreis) schreibt am 3. August 1914 in sein Tagebuch (x239/204): >>Dieser europäische Krieg ist seit Jahrhunderten die größte geschichtliche Katastrophe; er bedeutet das Ende unserer heiligsten Hoffnungen in die Brüderlichkeit unter den Menschen.
Das Schlimmste ist das Gefühl, daß es nicht nur Fortschritt, sondern auch Rückschritt gibt. Noch 1870 hatte sich wenigstens eine Elite von Männern gegen den Krieg erhoben.
Bebel ließ nicht nach, gegen die Annexion Elsaß-Lothringens zu protestieren.
Diesmal ist der springende Punkt die Tatsache, daß sich die Sozialisten aller Länder ohne Zögern für den Krieg ausgesprochen haben. ...<<

**Großbritannien:** Der britische Außenminister Sir Edward Grey sagt am 3. August 1914 zu einem Freund (x191/7): >>Die Lampen gehen in ganz Europa aus, wir werden sie in unserm Leben nie wieder leuchten sehen. ...<<

**Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914**

Wesentliche Kriegsgründe waren z.B.:

1. Nationalitätenprobleme und weltweiter Imperialismus: Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatten sich infolge der großen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen dramatische Nationalitätenprobleme (Zeitalter des Nationalismus) und globale imperialistische Machtinteressen entwickelt, die man mit den damaligen politischen Mitteln und Gesellschaftsordnungen nicht mehr lösen konnte.
2. Der nordamerikanisch-deutsch-englisch-französische Kampf um die wirtschaftliche Vormachtstellung: Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.
3. Rüstungswettlauf: Alle europäischen Großmächte verfügten über hochgerüstete Armeen. Im Jahre 1914 verfügte z.B. Frankreich über eine schlagkräftige, moderne Armee, die über 910.000 Soldaten und 1.325.000 Reservisten besaß, während das Deutsche Reich nur 870.000 Mann und 1.180.000 Reservisten aufbieten konnte (x063/418).
4. Fehlende Kompromißbereitschaft: Kein Staat wollte damals auf seine vermeintlichen Ansprüche verzichten.
5. Verhängnisvolle Bündnispolitik: Der Automatismus bzw. die Eigendynamik der Paktsysteme erzwangen später zwangsläufig die Mobilmachungen und setzten die durchorganisierte Kriegsmaschine unaufhaltsam in Gang.
6. Versagen der europäischen Politiker: Nach Bismarcks Rücktritt gab es keine überragenden Persönlichkeiten mehr, die in der Lage waren, Verantwortung zu übernehmen und die dringend erforderlichen Vermittlerrollen zu übernehmen.

Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schreibt später (im Jahre 1926) über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293): >>… Im Laufe von drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere

Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die führenden britischen Kreise zu bereichern.
Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt.
Jede neue Akt der Kabbala (Geheimlehre) und Vergewaltigung, der Krieg mit China um das Opium, die Versklavung Ägyptens, der Burenkrieg, die Intervention zugunsten der zaristischen Generäle, alle kriegerischen Expeditionen wurden für zufällige Ausnahmen der allgemeinen Regel erklärt. …
Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.
Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.
Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. …<<
Der deutsche Historiker Imanuel Geiss (1931-2012) schreibt später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x272/93): >>Der auslösenden Funke entsprang dem nur scheinbar sekundären Spannungsherd zwischen Serbien und Österreich-Ungarn.
In Wirklichkeit verbarg sich dahinter der säkulare Konflikt zwischen dem dynastischen, übernationalen, konservativen Staatsprinzip und dem modernen, nationalrevolutionären und nationaldemokratischen Prinzip der Selbstbestimmung, der in mannigfachen Formen seit der Französischen Revolution bis in unsere Tage hinein die Weltgeschichte geprägt hat, ein Konflikt, der weit über die Betrachtung der "Kriegsschuldfrage" hinaus auf universalhistorische Zusammenhänge weist. ...
In einem tieferen Sinn fällt die letzte Verantwortung schließlich auf die Führungsschicht Österreich-Ungarns selbst zurück, weniger, weil sie Franz Ferdinand nach Sarajewo in eine "Allee von Bombenwerfern" schickte, als vielmehr wegen ihrer Unfähigkeit, das legitime Streben der Nationalitäten nach Freiheit, Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit (ein in Deutschland und Österreich bei der pauschalen Verurteilung der Attentäter von Sarajewo meist vernachlässigtes Motiv) zu erfüllen.
Durch das starre Festhalten an überholten Staats- und Gesellschaftsauffassungen gaben die traditionellen Mächte den politischen Regungen der jungen südslawischen Intelligenz im eigenen Land keinen Raum, so daß sie in ihrer Ratlosigkeit verzweifelt zu dem Mittel des politischen Mordes griff. ...<<
Der deutsche Historiker Walther Hubatsch (1915-1984) schreibt später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x056/320): >>Der Ausbruch dieses gewaltigen Ringens stellt sich als ein Bündel von vielerlei Ursachen dar: die großserbische Idee und die innere Schwäche Österreich-Ungarns; der Panslawismus und die alten Expansionsziele Rußlands auf dem Balkan; die Gelegenheit für Frankreich, seine 1870 eingebüßte Position europäisch wieder zu begründen; die englische Sorge vor einer Hegemonialstellung Deutschlands auf dem Kontinent und die Sicherung Belgiens.
Hinzu trat die Furcht (der Deutschen), die Bundesgenossenschaften zu verlieren und dann in der Krise isoliert zu sein; alles dieses bremste die Friedensbemühungen, die zu spät einsetzten

und durch die Technik der einander bedingenden Mobilmachung rasch wirkungslos wurden. ...<<

Der deutsche Historiker Theodor Schieder schreibt später über die Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg (x058/291-293): >>Unter den politischen Problemen des Krieges steht die Frage der Kriegsziele der Mächte an erster Stelle; sie ist eng mit dem Problem des Friedens verknüpft. Kriegsziele konnten von den Mächten und der Öffentlichkeit in den einzelnen kriegführenden Staaten intern diskutiert oder zum offiziellen Regierungsprogramm erhoben werden, sie konnten sich aber auch in zwischenstaatlichen Abkommen niederschlagen und dann als Grundlage eines Bündnisses gelten.

Zwischen den Mächten, die in den ersten Wochen in den Krieg eintraten, bestanden Vereinbarungen, die über defensive Ziele wie Sicherheit, Aufrechterhaltung des Gleichgewichts hinausgingen, nicht; für keine dieser Mächte ist ein expansives Programm der unmittelbar Grund des Krieges gewesen.

Der ausbrechende Krieg begehrte aber dann untergründige Begehrlichkeiten, er beseitigte die Hemmungen, die den Diplomaten und Militärs auferlegt waren, solange die bestehende Staatenordnung noch die Grundlage aller Überlegungen bildete. ...

Man wird sagen dürfen, daß nach den zwischen den Alliierten vereinbarten Kriegszielen die Türkei als selbständiger Staat zu existieren aufgehört hätte, während die Lebensfähigkeit Österreichs aufs äußerste geschwächt worden wäre. Immerhin zögerten namentlich die englischen Staatsmänner, Österreich durch Freigabe der Selbstbestimmung seiner kleineren Völker preiszugeben, solange noch die Chance eines Sonderfriedens mit der Monarchie bestand.

Schwieriger sind schon die alliierten Kriegsziele gegenüber dem Deutschen Reich zu bestimmen. Von einer Einheitlichkeit der drei Mächte wird man hier kaum sprechen können. Wenn auch ein englischer Staatsmann wie Lloyd George in seiner Knock-out-Erklärung die völlige Niederwerfung Deutschlands und des preußischen Militärdespotismus als Ziel der englischen Politik verkündet hat, so steht fest, daß England im letzten eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts durch ein übermächtiges Frankreich nicht wünschte, was kein anderer als Lloyd George selbst durch seine spätere Politik bezeugt hat.

Eine englische Kriegszieldenkschrift des Foreign Office von 1916, die die Grundlage der weiteren englischen Kriegszieldiskussion bildete, sprach nur von Wiederherstellung Belgiens und Rückgabe Elsaß-Lothringens. Sonst hielt sie am Grundsatz des Nationalitätenprinzips fest, forderte z.B. einen großpolnischen "Pufferstaat" in Personalunion mit Rußland. Außerdem ist von einer Auflösung der habsburgischen Monarchie und der Angliederung Deutsch-Österreichs an das Reich die Rede, das damit eine Entschädigung für seine Verluste an anderen Gebieten erhalten hätte.

Als die Ententemächte im Zusammenhang mit der Friedensinitiative des amerikanischen Präsidenten Wilson von diesem aufgefordert wurden, ihre Kriegsziele bekanntzugeben, taten sie dies in der Note vom 12.1.1917.

In ihr war außer der Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, der Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Rußlands und Rumäniens und einer "gerechten Wiedergutmachung für den Wiederaufbau Europas" die Rückgabe der geraubten Provinzen und Gebiete, also Elsaß-Lothringens, gefordert, schließlich aber auch die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft und die Befreiung der Bevölkerung, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sei, und die Entfernung des türkischen Reiches aus Europa.

In diesem Programm erschienen gegenüber Deutschland keine weitergehenden Forderungen als die auf Elsaß-Lothringen, was den Interessen der englischen Politik entsprach, hingegen mußte die massive Vertretung des Nationalitätenprinzips die Zerstörung der Lebensgrundlagen Österreich-Ungarns bedeuten.

Diese öffentlich bekanntgegebenen Kriegszielforderungen der Ententemächte stehen zeitlich in nächster Nähe zu einem informellen Abkommen zwischen Frankreich und Rußland vom Februar/März 1917, daß die extremsten Kriegsziele gegenüber Deutschland enthält.
In dieser Vereinbarung, die die Unterschrift Briands trug, wird davon gesprochen, daß Frankreich außer Elsaß-Lothringen das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Lothringen einschließlich des Saargebiets erhalten solle. Für die übrigen Gebiete links des Rheins wurde die Bildung eines autonomen und neutralen Staates vorgesehen. Rußland wurde dafür konzediert, daß es sich nach seinem Belieben seine Westgrenzen festsetzen dürfe, womit ihm Frankreich freie Hand auch in der polnischen Frage gab.
Diese Verhandlungen werden allerdings in einem Augenblick der eklatanten Schwäche Rußlands und des dringenden Bedürfnisses der französischen Politik geführt, den russischen Bundesgenossen nicht zu verlieren. Als dann doch dieser Fall eintrat, sind offensichtlich so extreme Forderungen wie im Winter 1916/17 offiziell nicht mehr vertreten worden.
Im Mittelpunkt stand jetzt die Forderung nach Rückgabe Elsaß-Lothringens, der auch die englische und amerikanische Regierung zustimmten, zum Teil wurde das Interesse auf weit entfernt liegende Interessengebiete in Rußland abgelenkt. Erst seit der großen Wende der Schlacht in Frankreich im Sommer 1918 kam der französische Ministerpräsident Clemenceau auf weitergehende Ziele zurück, wie sie dann im Zusammenhang der französischen Sicherheitspolitik am Rhein auf der Pariser Friedenskonferenz vorgebracht wurden.
Man kann daher sagen, daß die Bedingungen des Friedens von Versailles noch in der Atmosphäre des Krieges vorbereitet, daß sie aber zu ihrer vollen Schärfe erst nach der Niederlage der Mittelmächte entwickelt wurden. Einiges hat dazu wohl auch die Tatsache beigetragen, daß erst auf der Konferenz die Divergenz zwischen britischen und französischen Anschauungen über die Zukunft Deutschlands in Europa ganz offenkundig wurde und der französischen Konzeption dort noch eine weitere, völlig verschiedene, nämlich die des amerikanischen Präsidenten Wilson gegenübertrat. ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet im Jahre 2012 in der Einleitung seines Buches "DIE SCHLAFWANDLER. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog" über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x307/9-20): >>... Auf dem europäischen Kontinent herrschte Frieden an jenem Morgen des 28. Juni 1914, einem Sonntag, als Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie Chotek auf dem Bahnhof von Sarajevo ankamen.
Nur 37 Tage später befand sich Europa im Krieg. Der Konflikt, der in jenem Sommer begann, mobilisierte 65 Millionen Soldaten, brachte drei Reiche zu Fall und forderte 20 Millionen militärische und zivile Todesopfer sowie 21 Millionen Verwundete. Die Greuel des 20. Jahrhunderts in Europa gingen aus dieser Katastrophe hervor; es war, wie der amerikanische Historiker Fritz Stern es nannte, "die erste Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Große Krieg, aus der sich alle folgenden Katastrophen ergaben".
Die Diskussion, warum es dazu kam, begann, noch ehe die ersten Schüsse fielen, und sie ist bis heute nicht beendet. Sie hat historische Literatur von einzigartiger Fülle, Differenziertheit und moralischer Intensität hervorgebracht. Für Theoretiker der internationalen Beziehungen sind die Ereignisse von 1914 immer noch die politische Krise par excellence, so verworren, daß sie unzähligen Hypothesen Raum geben.
Ein Historiker, der den Ursprung des Ersten Weltkrieges untersucht, stößt auf mehrere Probleme. Das naheliegendste Problem ist das Überangebot an Quellen. Jeder kriegführende Staat hat mehrbändige, offizielle Editionen der diplomatischen Akten herausgegeben, das umfassende Werk mühsamer, kollektiver Archivarbeit. Staatsmänner, Befehlshaber, Minister, hohe Regierungsvertreter, Adjutanten und Höflinge haben Tagebücher und Memoiren geschrieben, alles in allem Zehntausende von Seiten. In diesem Meer von Quellen gibt es tückische Strömungen. Die meisten offiziellen Quelleneditionen, die in der Zwischenkriegszeit erschienen

sind, haben eine apologetische Tendenz.
Die 57-bändige deutsche Publikation "Die Große Politik", die 15.889 Dokumente, geordnet nach 300 Themenfeldern, umfaßt, wurde keineswegs aus rein wissenschaftlichem Interesse herausgegeben; man hoffte, die Offenlegung der Quellen vor dem Krieg werde ausreichen, um die in den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags enthaltene These der "Kriegsschuld" zu widerlegen.
Auch für die französische Regierung war die Veröffentlichung der Dokumente ein Projekt von "im Grunde politischem Charakter", wie Außenminister Jean Louis Barthou es im Mai 1934 ausdrückte. Es hatte zum Ziel, "ein Gegengewicht zu der Kampagne zu bilden, die Deutschland nach dem Vertrag von Versailles lancierte".
In Wien setzte man sich, wie Ludwig Bittner, der Mitherausgeber der achtbändigen Sammlung "Österreich-Ungarns Außenpolitik", im Jahr 1926 darlegte, zum Ziel, eine maßgebliche Quellenedition zusammenzustellen, ehe ein internationales Gremium (womöglich der Völkerbund?) die österreichische Regierung zur Veröffentlichung unter weniger günstigen Vorzeichen zwang.
Die frühen sowjetischen Quelleneditionen litten zum Teil unter dem Bestreben, den Nachweis zu erbringen, daß der Krieg vom autokratischen Zaren und seinem Bündnispartner, dem bürgerlichen Raymond Poincaré, initiiert worden sei. Die Sowjetregierung hoffte, auf diese Weise französischen Forderungen nach Rückzahlung der Vorkriegsdarlehen die rechtliche Grundlage zu entziehen.
Selbst in Großbritannien, wo die Edition "British Documents on the Origins of the War" unter hehren Appellen an die unparteiische akademische Lehre veröffentlicht wurde, war die erschienene Quellenedition nicht ganz frei von tendenziösen Auslassungen, die ein leicht unausgewogenes Bild von dem Platz Großbritanniens bei den Ereignissen unmittelbar vor Kriegsausbruch im Jahr 1914 ergeben.
Mit einem Wort, die großen europäischen Quelleneditionen waren, bei all ihrem unleugbaren Wert für die Forscher, Munition in einem "Weltkrieg der Dokumente", wie der deutsche Militärhistoriker Bernhard Schwertfeger in einer kritischen Studie aus dem Jahr 1929 anmerkte.
Die Memoiren der Staatsmänner, Befehlshaber und anderer Entscheidungsträger sind nicht weniger problematisch, so unverzichtbar sie auch für jeden sind, der die Ereignisse zu verstehen versucht, die sich im Vorfeld des Krieges abspielten. Einige sind ausgerechnet bei den brennenden Fragen enttäuschend zugeknöpft. Nehmen wir nur drei Beispiele:
"Die Betrachtungen zum Weltkriege", die der deutsche Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1919 veröffentlichte, sagen so gut wie nichts über seine eigenen Handlungen oder die seiner Kollegen während der Julikrise 1914 aus; die politischen Memoiren des russischen Außenministers Sergej Sasonow sind oberflächlich, aufgebläht, hier und da verlogen und absolut nichtssagend im Hinblick auf seinen Anteil an den maßgeblichen Ereignissen; die zehnbändigen Memoiren des französischen Präsidenten Poincaré über seine Jahre an der Macht sind eher propagandistisch als erhellend - es bestehen eklatante Diskrepanzen zwischen seinen "Erinnerungen" an die Ereignisse während der Krise und den zeitgenössischen Notizen in seinem unveröffentlichten Tagebuch.
Die liebenswürdigen Memoiren des britischen Außenministers Sir Edward Grey sind lückenhaft in der heiklen Frage nach den Zusagen, die er den Ententemächten vor August 1914 gemacht hatte, und nach der Rolle, die diese beim Krisenmanagement gespielt hatten.
Als der amerikanische Historiker Bernadotte Everly Schmitt von der University of Chicago Ende der 1920er Jahre mit Empfehlungsschreiben nach Europa reiste, um ehemalige Politiker zu interviewen, die an den Ereignissen beteiligt gewesen waren, war er schockiert über die augenscheinliche, völlige Immunität seiner Gesprächspartner gegen jeden Selbstzweifel. (Die einzige Ausnahme war Grey, der "spontan anmerkte", daß er einen taktischen Fehler begangen

hatte, als er versuchte, in der Julikrise mittels der Berliner Regierung mit Wien zu verhandeln, dabei war die erwähnte Fehleinschätzung von untergeordneter Bedeutung und der Kommentar entsprach eher einer typisch englischen Selbstkasteiung als einem echten Eingeständnis einer Mitverantwortung.)

Einige hatten auch Probleme mit dem Gedächtnis. Schmitt spürte Peter Bark auf, den ehemaligen russischen Finanzminister, der inzwischen als Banker in London tätig war. Im Jahr 1914 hatte Bark an Sitzungen teilgenommen, bei denen Entscheidungen von enormer Tragweite getroffen wurden. Aber als Schmitt sich mit ihm traf, blieb Bark hartnäckig dabei, daß er "kaum eine Erinnerung an Ereignisse aus jener Ära habe". Zum Glück sind die eigenen Notizen des Ministers aus jener Zeit aufschlußreicher.

Als der Forscher Luciano Magrini im Herbst 1937 nach Belgrad fuhr, um jeden Überlebenden zu interviewen, der nach dem damaligen Wissensstand in irgendeiner Form mit der Verschwörung von Sarajevo in Verbindung stand, stellte er fest, daß manche Zeugen zu Angelegenheiten Aussagen machten, von denen sie eigentlich nichts wissen konnten, andere hingegen "stumm blieben oder eine falsche Darstellung von dem, was sie wissen, lieferten" und wieder andere "ihre eigenen Aussagen noch ausschmückten oder in erster Linie an Selbstrechtfertigung interessiert waren".

Überdies bestehen immer noch beträchtliche Wissenslücken. Ein Teil der wichtigen Kommunikation zwischen Hauptakteuren spielte sich verbal ab und ist nicht dokumentiert - der Meinungsaustausch kann in diesen Fällen lediglich über indirekte Hinweise oder spätere Aussagen rekonstruiert werden. Die serbischen Organisationen, die mit dem Attentat zu tun hatten, waren extrem verschwiegen und hinterließen so gut wie keine schriftlichen Spuren.

Dragutin Dimitrijević, der Chef des serbischen Militärgeheimdienstes, ein zentraler Akteur bei der Verschwörung gegen Franz Ferdinand in Sarajevo, verbrannte in regelmäßigen Abständen alle seine Unterlagen. Von dem genauen Inhalt der ersten Gespräche zwischen Wien und Berlin darüber, was als Reaktion auf die Schüsse in Sarajevo unternommen werden sollte, ist vieles unbekannt.

Die Protokolle der Gipfeltreffen zwischen der französischen und russischen politischen Führung, die vom 20. bis 23. Juni in St. Petersburg stattfanden, Dokumente von potentiell enormer Bedeutung für das Verständnis der letzten Phase der Krise, sind nie gefunden worden (die russischen Protokolle sind vermutlich schlichtweg verschollen; das französische Team, das die "Documents Diplomatiques Français" herausgab, konnte die französische Fassung nicht finden).

Die Bolschewiken veröffentlichten viele zentrale diplomatische Dokumente in dem Versuch, die imperialistischen Machenschaften der Großmächte zu diskreditieren, aber sie erschienen in unregelmäßigen Abständen, ohne bestimmte Ordnung und konzentrierten sich generell auf bestimmte Themen wie die russischen Pläne am Bosporus.

Einige Dokumente (die genaue Zahl ist nicht bekannt) gingen im Chaos des Bürgerkriegs beim Transport verloren, und die Sowjetunion gab nie eine systematisch zusammengestellte Quellensammlung heraus, die sich mit den britischen, französischen, deutschen und österreichischen Editionen messen konnte. Die veröffentlichten Quellen auf russischer Seite sind bis heute alles andere als vollständig.

Die außerordentlich enge Verflechtung der Krise ist ein weiteres Kennzeichen. Die Kubakrise war schon komplex genug, dabei waren nur zwei Hauptakteure daran beteiligt (die USA und die Sowjetunion), sowie eine Reihe von Stellvertretern und untergeordneten Akteuren.

Eine Darstellung, wie der Erste Weltkrieg zustande kam, muß hingegen die multilateralen Interaktionen von fünf autonomen, gleichwertigen Akteuren (Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Rußland und Großbritannien) - sechs, wenn man Italien mitzählt - berücksichtigen.

Hinzu kommen mehrere strategisch wichtige und ebenso autonome, souveräne Akteure wie das Osmanische Reich und die Staaten auf der Balkanhalbinsel, einer Region, die in den Jahren vor Kriegsausbruch von starken, politischen Spannungen und einer extremen Instabilität geprägt war.
Verkompliziert wird das Ganze durch die Tatsache, daß die politischen Entscheidungsprozesse in den von der Krise betroffenen Staaten häufig alles andere als transparent sind. Man kann in den Ereignissen des Juli 1914 eine "internationale" Krise sehen, ein Begriff, der eine Gruppe von Nationalstaaten impliziert, die man sich als kompakte, autonome, eigenständige Einheiten vorstellen muß, wie Billardkugeln auf einem Tisch.
Aber die souveränen Strukturen, die in der Krise die Politik gestalteten, waren ausgesprochen uneinheitlich. Damals herrschte eine Unsicherheit (und unter Historikern besteht sie noch heute), wer innerhalb der verschiedenen Regierungsbehörden denn genau die Macht hatte, den politischen Kurs zu bestimmen; überdies gingen "politische Maßnahmen" (oder zumindest eine Politik fördernde Initiativen der verschiedensten Art) nicht unbedingt vom Zentrum des Systems aus; sie konnten von recht peripheren Orten im diplomatischen Apparat, von militärischen Befehlshabern, von Ministerialbeamten und sogar von Botschaftern ausgehen, die häufig auf eigene Faust Entscheidungsträger waren.
Die erhaltenen Quellen präsentieren uns somit ein Wirrwarr aus Versprechungen, Drohungen, Plänen und Prognosen - genau dies ist nicht zuletzt der Grund dafür, daß der Kriegsausbruch auf so irritierend vielfältige Weise interpretiert wurde und wird.
So gut wie jede Sichtweise der Ursprünge läßt sich anhand einer Auswahl der verfügbaren Quellen belegen. Und das erklärt wiederum zum Teil, weshalb die Literatur zu den "Anfängen des Ersten Weltkrieges" so gigantische Ausmaße erreicht hat, daß kein einziger Historiker (nicht einmal eine Fantasiegestalt, welche alle erforderlichen Sprachen fließend beherrscht) jemals hoffen kann, alle diese Werke zu Lebzeiten zu lesen - schon vor zwanzig Jahren umfaßte eine Bibliographie der damaligen Literatur 25.000 Bücher und Artikel.
Manche Darstellungen haben sich ganz auf die Frage der Verantwortung eines schwarzen Schafes unter den europäischen Staaten kapriziert (mit Deutschland als häufigstem Kandidaten, aber keine einzige Großmacht blieb von der Zuweisung der Hauptverantwortung völlig verschont); andere haben die Schuld aufgeteilt oder nach Fehlern im "System" gesucht. Die Frage war stets so aktuell und vielschichtig, daß die Diskussion unablässig weiterging.
Und im Kontext der historischen Diskussionen, die sich tendenziell mit den Fragen der Schuld oder der Beziehung zwischen individueller Urheberschaft und strukturellen Zwängen befaßten, erstreckt sich ein weites Feld an Kommentaren zu den internationalen Beziehungen, in denen Kategorien wie Abschreckung, Entspannung und Unabsichtlichkeit oder verallgemeinerbare Mechanismen wie Ausbalancieren, Verhandeln und Einreihen in den Vordergrund rücken. Obwohl die Erörterung dieser Frage inzwischen fast hundert Jahre alt ist, besteht kein Grund zu der Annahme, daß sie obsolet ist.
Auch wenn die Diskussion alt ist, so ist das Thema immer noch aktuell, eigentlich ist es heute sogar aktueller und bedeutsamer als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Die Umbrüche in unserer eigenen Welt haben unsere Sichtweise der Ereignisse von 1914 verändert. Es war einfach, sich die Katastrophe von Europas "letztem Sommer" als ein Kostümspektakel der Ära Eduards VII. vorzustellen.
Die verweichlichten Rituale und pompösen Uniformen, der "Ornamentalismus" einer Welt, die immer noch zum großen Teil in erblichen Monarchien organisiert war, hatten eine distanzierende Wirkung auf die heutige Erinnerung. Sie schienen zu signalisieren, daß die Protagonisten Menschen aus einer anderen, untergegangenen Welt waren. Die Vermutung hielt sich hartnäckig, daß die Akteure, wenn sie schon buschige, grüne Straußenfedern auf ihren Hüten trugen, auch entsprechende Gedanken und Motive gehabt haben mußten.

Dabei muß jedem Leser aus dem 21. Jahrhundert, der den Verlauf der Krise von 1914 aufmerksam verfolgt, deren Aktualität ins Auge springen. Alles fing mit einem Kommando von Selbstmordattentätern und einem Autokorso an. Hinter der Greueltat von Sarajevo stand eine erklärte Terrororganisation, die einen Opfer-, Todes- und Rachekult pflegte; überdies war diese Terrororganisation extraterritorial und kannte keinen eindeutigen geographischen oder politischen Ort. Sie war in Zellen über politische Grenzen hinweg verstreut, man konnte sie nicht zur Rechenschaft ziehen, zu einer souveränen Regierung unterhielt sie lediglich indirekt und heimlich Kontakte, die für Außenstehende kaum auszumachen waren.
Tatsächlich könnte man sogar behaupten, daß die Julikrise 1914 uns heute weniger fremd - weniger unerklärlich - ist als noch in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist an die Stelle des Systems globaler, bipolarer Stabilität ein weit komplexeres und unberechenbareres Gefüge von Kräften getreten, einschließlich einiger Reiche im Niedergang und aufsteigender Mächte - ein Zustand, der zum Vergleich mit der Situation in Europa anno 1914 geradezu einlädt.
Dieser Perspektivwechsel veranlaßt uns, die Geschichte der Entwicklung zum Krieg neu zu betrachten. Wenn man sich dieser Herausforderung stellt, so heißt das keineswegs, mit aller Gewalt einen banalen Gegenwartsbezug herzustellen, der sich die Vergangenheit so zurechtbastelt, daß sie den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, sondern es geht darum, jene Merkmale der Vergangenheit zu erkennen, auf die wir durch unseren veränderten Standpunkt einen klareren Blick erhalten haben.
Dazu zählt etwa der Balkankontext des Kriegsbeginns. Serbien ist einer der blinden Flecke der Historiographie zur Julikrise. Das Attentat in Sarajevo wird in vielen Darstellungen als reiner Vorwand behandelt, als ein Ereignis ohne großen Einfluß auf die eigentlichen Kräfte, deren Zusammenspiel den Konflikt herbeiführte. In einer ausgezeichneten Studie zum Ausbruch des Krieges 1914 erklären die Autoren: "Die Morde (in Sarajevo) allein lösten nichts aus. Erst die Art und Weise, wie dieses Ereignis ausgenutzt wurde, führte die Nationen in den Krieg."
Die Marginalisierung der serbischen und damit der breiteren Balkandimension der Geschichte setzte schon während der Julikrise ein, die als eine Antwort auf die Morde in Sarajevo begann, aber später eine andere Richtung erhielt und in eine geopolitische Phase eintrat, in der Serbien und seine Aktionen eine untergeordnete Rolle spielten.
Auch unser moralischer Kompaß hat sich verändert. Die Tatsache, daß ein serbisch dominiertes Jugoslawien als einer der Siegerstaaten aus diesem Krieg hervorging, schien implizit die Tat des Mannes zu rechtfertigen, der am 28. Juni die Schüsse abgab - so sahen es mit Sicherheit die jugoslawischen Behörden, die den Ort des Attentats mit Fußabdrücken aus Bronze und einer Tafel markierten, welche die "ersten Schritte in die Freiheit der Jugoslawen" feierten.
In einer Zeit, in der die nationale Idee noch jung und voller Versprechungen war, herrschte intuitiv Sympathie mit dem Nationalismus der Südslawen und wenig Sympathie für die schwerfällige Völkergemeinschaft des Habsburger Reichs. Die Kriege im Ex-Jugoslawien der neunziger Jahre haben uns an die Tödlichkeit des Nationalismus auf dem Balkan erinnert. Seit Srebrenica und der Belagerung Sarajevos fällt es schwerer, Serbien als reines Objekt oder Opfer der Großmachtpolitik zu sehen, statt dessen kann man sich leichter den serbischen Nationalismus als eigene historische Kraft vorstellen.
Aus der Sicht der heutigen Europäischen Union betrachten wir den zerfallenen Flickenteppich des habsburgischen Österreich-Ungarn tendenziell mit mehr Sympathie - oder zumindest weniger Verachtung. Schließlich dürfte heute kaum jemand auf die Idee kommen, die beiden Morde in Sarajevo als ein bloßes Unglück abzutun, das unmöglich gewichtigere Folgen zeitigen konnte.
Die Anschläge auf das World Trade Center im September 2001 haben uns exemplarisch vor

Augen geführt, inwiefern ein einziges, symbolträchtiges Ereignis - so tief es auch in einem größeren historischen Prozeß verwurzelt sein mag - die Politik unwiderruflich verändern kann, indem es bisherige Optionen zunichte macht und neuen Optionen eine unvorhersehbare Dringlichkeit verleiht.
Wenn man Sarajevo und den Balkan wieder in den Mittelpunkt der Geschichte rückt, so heißt das keineswegs, daß die Serben oder ihre Politiker dämonisiert werden, noch entläßt es uns aus der Verpflichtung, die Kräfte zu verstehen, die auf und in den serbischen Politikern, Offizieren und Aktivisten wirkten, deren Verhalten und Entscheidungen nicht zuletzt bestimmten, welche Konsequenzen die Schüsse von Sarajevo haben würden.
Das vorliegende Buch setzt sich zum Ziel, die Julikrise von 1914 als ein modernes Ereignis zu verstehen, als das komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten. Es befaßt sich weniger mit der Frage, warum der Krieg ausbrach, als damit, wie es dazu kam.
Die Fragen nach dem Warum und Wie sind logisch untrennbar miteinander verbunden, aber sie führen uns in verschiedene Richtungen. Die Frage nach dem Wie fordert uns auf, die Abfolge der Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ergebnisse bewirkten. Hingegen lädt uns die Frage nach dem Warum ein, nach fernen und nach Kategorien geordneten Ursachen zu suchen: Imperialismus, Nationalismus, Rüstung, Bündnisse, Hochfinanz, Vorstellungen der nationalen Ehre, Mechanismen der Mobilisierung.
Der "Warum-Ansatz" bringt zwar eine gewisse analytische Klarheit, aber er hat auch einen verzerrenden Effekt, weil er die Illusion eines ständig wachsenden Kausaldrucks erzeugt. Die Faktoren türmen sich auf und drücken auf die Ereignisse; politische Akteure werden zu reinen ausführenden Organen der Kräfte, die sich längst etabliert haben und ihrer Kontrolle entziehen.
In der Geschichte, die dieses Buch erzählt, bestimmen handlungsfähige und –bereite Entscheidungsträger das Bild. Diese Entscheidungsträger (Könige, Kaiser, Außenminister, Botschafter, Militärs und eine Fülle kleinerer Beamter) bewegten sich mit behutsamen, wohlberechneten Schritten auf die Gefahr zu. Der Ausbruch des Krieges war der Höhepunkt in einer Kette von Entscheidungen, die von politischen Akteuren mit bewußten Zielen getroffen wurden.
Diese Akteure waren bis zu einem gewissen Grad der Selbstreflexion fähig, sie erkannten eine Auswahl von Optionen und bildeten sich auf der Basis der besten Informationen, die ihnen vorlagen, ein Urteil. Nationalismus, Rüstung, Bündnisse und Hochfinanz waren allesamt Teil der Geschichte, aber man kann ihnen lediglich dann eine echte erklärende Bedeutung beimessen, wenn man aufzeigen kann, daß sie Entscheidungen beeinflußten, die - zusammengenommen - den Krieg ausbrechen ließen.
Ein bulgarischer Historiker der Balkankriege stellte unlängst treffend fest: "Sobald wir die Frage 'warum' stellen, wird Schuld zum Brennpunkt."
Fragen nach der Schuld und Verantwortung für den Kriegsausbruch flossen schon vor Beginn des Krieges in diese Geschichte ein. Der gesamte Quellenbestand steckt voller Schuldzuschreibungen (denn es ist eine Eigenart dieser Krise, daß alle Handelnden dem Gegner aggressive Absichten unterstellten und sich selbst defensive Intentionen bescheinigten), und das Urteil, das Artikel 231 des Friedensvertrags von Versailles enthält, hat dafür gesorgt, daß die "Kriegsschuldfrage" weiterhin aktuell ist.
Auch hier legt der Fokus auf dem Wie eine alternative Vorgehensweise nahe: eine Reise durch die Ereignisse, die nicht von der Notwendigkeit getrieben wird, eine Anklageschrift gegen diesen oder jenen Staat oder diese oder jene Person zu schreiben, sondern sich zum Ziel setzt, die Entscheidungen zu erkennen, die den Krieg herbeiführten, und die Gründe und Emotionen zu verstehen, die dahintersteckten. Das heißt nicht, daß die Frage nach der Verantwortung ganz aus der Diskussion ausgeklammert wird - nach Möglichkeit sollen die Antworten

auf die Warum-Frage jedoch aus den Antworten auf Fragen nach dem Wie erwachsen, statt umgekehrt. ...
Eine zentrale These dieses Buches lautet, daß man die Ereignisse vom Juli 1914 nur dann verstehen kann, wenn man die Wege, welche die Hauptentscheidungsträger beschritten, beleuchtet und ihre Sicht der Ereignisse schildert. Dazu genügt es allerdings nicht, einfach die Abfolge der internationalen "Krisen" Revue passieren zu lassen, die dem Kriegsausbruch vorausgingen - wir müssen uns vor Augen führen, wie jene Ereignisse empfunden und in Narrative eingewoben wurden, welche die Wahrnehmungen prägten und Verhalten motivierten.
Warum verhielten sich jene Männer, deren Entscheidungen Europa in den Krieg führten, ausgerechnet so und sahen die Dinge auf diese Weise?
Wie lassen sich das Gefühl der Angst und die dunklen Vorahnungen, die einem in so vielen Quellen begegnen, in Einklang bringen mit der Arroganz und Prahlerei, auf die wir stoßen - häufig zum Ausdruck gebracht von ein und derselben Person?
Warum spielten so exotische Besonderheiten der Vorkriegszeit wie die albanische Frage und das "bulgarische Darlehen" eine so große Rolle, und wie trafen sie in den Köpfen jener Personen, die die politische Macht innehatten, aufeinander? Als die Entscheidungsträger über die internationale Lage oder externe Bedrohungen diskutierten, sahen sie da die Realität oder projizierten sie ihre eigenen Ängste und Wünsche auf ihre Widersacher, oder beides?
So anschaulich wie möglich sollen hier die überaus dynamischen "Entscheidungspositionen" rekonstruiert werden, die von den Hauptakteuren im Vorfeld und während des Sommers 1914 eingenommen wurden.
In einer der interessantesten jüngeren Publikationen über diesen Krieg wird die These aufgestellt, daß er nicht nur keineswegs unvermeidlich, sondern tatsächlich "unwahrscheinlich" gewesen sei - zumindest bis zu seinem Ausbruch. Daraus würde folgen, daß der Konflikt nicht die Konsequenz einer langfristigen Verschlechterung der Beziehungen war, sondern kurzfristiger Erschütterungen des internationalen Systems. Ob man diese Anschauung nun teilt oder nicht, sie hat den Vorteil, daß sie das Element des Zufalls in das Geschehen einbringt. ...<<
Ehrhardt Bödecker berichtet später über das Deutsche Reich und den Ersten Weltkrieg (x1.035/…): >>**Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts**
… nannte George F. Kennan, USA-Diplomat und Sicherheitsberater, den Ersten Weltkrieg
**Vorgeschichte**
Frankreich, Rußland und England hatten sich in den Jahren 1879-1904 zu einem aggressiven Militärbündnis gegen Deutschland zusammengeschlossen. Durch zusätzliche Rüstungen, Eisenbahnbauten und Heeresvermehrungen in Rußland sollten die Rüstungsvorbereitungen gegen Deutschland bis 1916 beendet sein. Mit diesem Militärbündnis zerstörten diese drei Staaten die bisherige Mächtebalance in Europa. …
David Lloyd George wurde nach verschiedenen Ministerämtern 1916 Leiter des englischen Kriegskabinetts. In seinen Kriegserinnerungen schrieb er 1935: An dem Tage im Jahre 1904, an dem der englisch-französische Bündnisvertrag bekanntgemacht wurde, kam ich zu einem kurzen Besuch zu Lord Rosebery nach Dalmeny.
Seine erste Begrüßung war: "Sie sind wohl mit diesem französischen Vertrag ebenso zufrieden wie die anderen auch?" Ich versicherte ihm, es erfülle mich mit großer Befriedigung, daß unsere knurrigen und bissigen Beziehungen zu Frankreich endlich ein Ende gefunden hätten. Er erwiderte: "Sie irren sich sehr. Dieser Vertrag bedeutet den Krieg mit Deutschland!"
**Frankreich**
Seit Jahrhunderten richtete sich die Politik Frankreichs auf die Schwächung Deutschlands durch Fortdauer seiner Teilung in souveräne Einzelstaaten.
Als Preis für seine Neutralität im Krieg Preußens gegen Österreich 1866 forderte die französische Regierung vom preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck die Unterstützung

für die Abtretung des Saarlands, der Rheinpfalz, der linksrheinischen Gebiete von Rheinhessen, von Mainz, Köln, Trier, Worms, Speyer und Aachen sowie von Luxemburg, Kleve, Geldern, Jülich, Zweibrücken, Sponheim und Saarbrücken.
Im Vergleich zu diesen französischen Forderungen war die Erregung Frankreichs vier Jahre später über die Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland nach dem verlorenen Krieg 1870/71 nichts weiter als Scheinheiligkeit. Die Einheit Deutschlands wurde in Frankreich als Niederlage empfunden, gegen die mit den Propagandasprüchen "Rache für Sadowa (Königgrätz)" und "Nicht darüber reden, immer daran denken" in der Bevölkerung angekämpft wurde.

**Rußland**

Die staatliche Einheit wurde den Deutschen auch von Rußland nicht gegönnt. Schon im Juli 1866, alsbald nach der von Preußen gegen Österreich gewonnenen Schlacht von Königgrätz, forderte Rußland das englische und französische Außenministerium unter Berufung auf den Wiener Kongreß 1815 zu einer Intervention in Preußen auf. In den Verhandlungen des Wiener Kongresses wurden Deutschland weder eine zentrale Regierung noch einheitliche Maße oder eine einheitliche Währung erlaubt. Als Mitunterzeichner der Wiener-Kongreß-Akte glaubte Rußland zu einer Intervention in Deutschland berechtigt zu sein.
Bismarck drängte daher seinen König zum schnellen Friedensschluß mit Österreich in Nikolsburg 1866, um unveränderliche Tatsachen zu schaffen. Das war eine herbe Enttäuschung für die Russen. Weitere kamen hinzu: ihre Niederlagen im Krimkrieg (1856) gegen Frankreich, England und die Türkei - Preußen blieb neutral -, das als unbefriedigend empfundene Ergebnis des Berliner Kongresses (1878) sowie die Niederlage gegen Japan (1905).
Bei der russischen Führungsschicht entstand dadurch ein bis 1914 andauerndes Gefühl der Demütigung und des Hasses gegen Deutschland (George F. Kennan). Dieser Haß gefährdete die europäische Sicherheit und Stabilität, weil er von revolutionären inneren Unruhen in Rußland begleitet wurde.

**Großbritannien**

Die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands und seine zunehmende Stärke beunruhigten die politische Klasse in England. Ihr Interesse richtete sich auf die Bewahrung ihres kolonialen Imperiums, insbesondere Indiens. Denn von der Arbeit der 320 Millionen Menschen in den Kolonien hing der Lebensstandard der 43 Millionen Briten ab. England suchte daher ebenso wie Frankreich den Anschluß an Rußland "fast um jeden Preis" (Arthur Nicolson am 27.4.1914), weil Indien im Norden nicht durch die englische Flotte verteidigt werden konnte und daher Rußland "bei guter Laune" gehalten werden mußte.
Ohne Anlaß und ohne den geringsten Beweis wurde Deutschland im englischen Außenministerium verdächtigt, England als Weltmacht militärisch verdrängen zu wollen (Eyre Crowe, 1907). Gegen diese unbewiesene These wetterte der ebenfalls im englischen Außenministerium tätige Unterstaatssekretär Sanderson.
Er rügte die hysterische Furcht vor der kaufmännischen Tüchtigkeit der Deutschen und ihre Behinderung durch die britische Regierung im Ausland. Von dieser Kritik am eigenen Haus nahm der englische Außenminister Edward Grey keine Notiz, obwohl er wußte, daß die Bedrohungsängste der deutschen Regierung den Frieden in Europa gefährden konnten (Prof. Dr. Niall Ferguson, 1999, Schottland).

**Zitat**

"Denn nicht nur das Wettrüsten weckte die britischen Ängste und Befürchtungen, sondern die gigantische industrielle und kommerzielle Expansion Deutschlands als Ganzes. Der Stabschef der Marine Albrecht von Stosch hatte mit seiner Beobachtung aus dem Februar 1896 ganz recht, daß die wahre Erklärung für den Groll der Engländer gegen Deutschland in der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt liege."

Wegen seiner gefährdeten Mittellage und seines Bevölkerungswachstums war Deutschland von der Stabilität und Prosperität in Europa abhängig, außerdem von dem ungehinderten Warenaustausch mit allen Ländern der Erde. "Entweder wir exportieren Maschinen oder wir exportieren Menschen" (Reichskanzler von Caprivi, 1891). Die im Vergleich zu England und Frankreich wenigen deutschen Kolonien in Afrika und Fernost spielten nur eine untergeordnete Rolle.
England und Frankreich waren bestrebt, Deutschland militärisch und wirtschaftlich einzuschnüren. Hiervor fürchtete sich die deutsche Regierung. Andererseits war den anderen Ländern die Dynamik der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in Deutschland unheimlich. Daher die Angst auf beiden Seiten. Angst ist schon bei einem Individuum keine gute Grundlage für ein ausgewogenes Verhalten, viel weniger bei einer Regierung.
Die gelegentlichen "lauten" Töne aus Deutschland, auch der Bau einer Flotte, waren trotzdem kein Zeichen von Kriegswillen! Darüber bestand bei den französischen, vor allem aber bei den englischen Diplomaten kein Zweifel. Das beweisen die im Auftrag des Britischen Auswärtigen Amtes herausgegebenen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898-1914 (autorisierte deutsche Ausgabe 1926-1933).

**Der Weltkrieg entbrennt**

Am 28. Juni 1914 ermordete die serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" in Sarajevo den österreich-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie. Hinter den Serben stand der russische Panslawismus. Mit der Versicherung des deutschen Beistandes für den Kriegsfall in den Händen (sogenannter Blankoscheck) erklärte Österreich am 28. Juli 1914 aus Furcht vor einem Zerfall seines Vielvölkerstaates Serbien den Krieg. Kurz vorher hatte der französische Präsident Poincaré vom 20. bis 23. Juli 1914 demonstrativ die russische Regierung in St. Petersburg besucht (die Akten über den Inhalt dieser Gespräche sind der Forschung immer noch nicht zugänglich).
Durch diesen offenbar mit London abgestimmten Besuch wurde der Kriegswille der Russen gestärkt, so daß Rußland nur wenige Tage danach am 29. Juli zur Unterstützung der Serben die Teilmobilmachung, am 30. Juli die Generalmobilmachung seiner Truppen anordnete sowie den sofortigen Transport von sechs kampfstarken Armeen an die deutsche und österreichische Grenze. Eine Beschränkung des Konfliktes auf das balkanische Gebiet war nun nicht mehr möglich.
Was auf die russische Mobilmachung folgte, war eine Kettenreaktion aus Angst und Panik vor den unabsehbaren Folgen der unter den europäischen Großmächten bestehenden Bündnisverpflichtungen.
1. August 1914: Mobilmachung in Deutschland, Kriegserklärung an Rußland
3. August 1914: Kriegserklärung an Frankreich
4. August 1914: Kriegserklärung Englands an Deutschland
5. August 1914: Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland
5. November 1914: Kriegserklärung der Entente an die Türkei
Seit September 1914: Massive wirtschaftliche Unterstützung Englands und Frankreichs durch die USA.
Der Weltkrieg war entbrannt.
Wollte Europa den Krieg? Keine Nation hat den Krieg mit Vorbedacht provoziert. Auch der Deutsche Kaiser nicht. Alle sind in den Krieg hineingestolpert. Dieser Ansicht des englischen Premierministers Lloyd George schließt sich heute die herrschende Auffassung der internationalen Geschichtswissenschaft an.
Die Tragik bestand darin, daß sich die Großmächte in die Abhängigkeit von instabilen, von Unruhen und Aufruhren geplagten Ländern wie es Rußland und Österreich-Ungarn waren, begeben hatten. Man hat diese beiden "unruhigen Kantonisten" ohne ausreichende Kontrolle

handeln lassen und ist damit selbst in den Sog dieser Länder geraten. Diese beiden Länder haben Europa in den Krieg gerissen.

**Die Kriegsziele**

USA, England, Frankreich und Rußland waren sich einig, ihre beiden deutschen Gegner "ohne Mitleid" (Zar Nikolaus II.) zu vernichten und Deutschland in den Zustand seiner früheren Zersplitterung zurückzuführen sowie die Hohenzollernherrschaft zu beseitigen. Ein Verhandlungsfrieden wurde abgelehnt.

Deutschlands erstes Ziel war sein defensiver Wille zur Selbstbehauptung. Es hatte keine Expansionsziele. Die britische und russische Weltmachtstellung sollte unangetastet bleiben. In politischer und wirtschaftlicher Weitsicht wurde ein einheitlicher europäischer Wirtschaftsraum unter deutscher Führung angestrebt (Professor Dr. Wolfdieter Bihl, 1991, Wien).

**Das Kriegsende**

Nach dem erzwungenen Rücktritt des Deutschen Kaisers Wilhelm II. am 9. November 1918 wurde am 11. November 1918 der Waffenstillstand vereinbart. Die alliierte Hungerblockade gegen die deutsche Zivilbevölkerung blieb bis zum Sommer 1919 bestehen. Mindestens 700.000 Menschen starben dadurch in Deutschland an Hunger.

7. Mai 1919: Diktat der Friedensbedingungen an Deutschland. Damit endete der bisher größte Krieg der Weltgeschichte entgegen der europäischen Tradition ohne Verhandlungen.

Die USA strebten nach der Weltmacht und hatten sich daher vom ersten Kriegstag an einseitig für eine massive Unterstützung Englands und Frankreichs entschieden. Beide Länder weigerten sich daher - in der Gewißheit auf die amerikanische Kriegshilfe - auf die Friedensangebote Deutschlands im Dezember 1914 und im Dezember 1916 einzugehen. Die "Deutschen Friedensbemühungen während des Krieges waren Ausdruck einer wirklichen Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft" (Prof. Dr. Georges-Henri Soutou, 1989, Paris).

**Keine Friedensverhandlungen**

Die Ermittlung von Schuld und Ursache für den Beginn des Krieges mag für Historiker von Interesse sein. Wichtiger ist die Frage, warum England, Frankreich und die USA Gespräche mit Deutschland über einen Verhandlungsfrieden (1916/17) abgelehnt haben. Hat sie ihr unmenschlicher Haß blind gemacht für die Nöte Europas? Wegen ihrer mangelnden Friedensbereitschaft mußten noch Millionen von Soldaten sterben. So wurde der Krieg nicht durch Verhandlungen, sondern erstmals in Europa durch ein Diktat der Sieger beendet.

Die Friedensbedingungen widersprachen wirtschaftlicher und politischer Vernunft und verletzten das durch das Völkerrecht geschützte Privateigentum.

**Sie raubten Deutschlands geistiges Eigentum**

Die Patente und Warenzeichen deutscher Fabriken wurden beschlagnahmt. Am weitesten gingen die USA und England. Die USA holten mit einem Schlag den technischen Vorsprung Deutschlands von 20 Jahren ein. Den von Deutschland erfundenen und entwickelten Produkten wurde die Einfuhr in diese Länder verwehrt: Man raubte der deutschen Industrie nicht nur ihre Fabriken und Niederlassungen im Ausland, sondern zwang sie auch noch, einen erheblichen Teil ihrer Produktion zu Preisen zur Verfügung zu stellen, die weit unter dem Weltmarktpreis lagen.

Dieser Raub an den Früchten deutscher Tüchtigkeit verstieß gegen das damals (und heute noch) gültige Völkerrecht (Professor Dr. Carl Duisberg, 1923).

**Die Ruinierer Europas**

Als Wirtschaftsraum spielte Europa in Deutschland schon seit 1839 eine große Rolle (Friedrich List). Anders dagegen bei den Unternehmern und Staatsmännern der Entente. In senilem Starrsinn bestimmten sie 1918 das Schicksal Europas, ohne Rücksicht auf die Menschen, allein nach ihren machtpolitischen Interessen. Noch heute, nach über 80 Jahren, ist diese Ignoranz und Selbstüberschätzung von Clemenceau, Poincaré, Lloyd George und Wilson, diesen

Ruinierern Europas, unbegreiflich.
Nur Deutschland hielt als das technisch und wirtschaftlich führende Land des Kontinents den Schlüssel für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Europas in den Händen. Eine europäische Wirtschaftseinheit unter deutscher Führung hätte die Bedeutung Europas als Gegengewicht zu den Wirtschaftsräumen der USA und des fernen Ostens erhalten. Damit wären die Lebensgrundlagen aller europäischen Länder gestärkt worden (Vorwegnahme der heutigen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft).
"Der Versailler Vertrag entsproß einem Deutschenhaß, der sich bis 1885 zurückverfolgen läßt, ferner dem von der Propaganda erzeugten Zerrbild vom preußischen Militarismus." (Prof. Dr. Winfried Baumgart, "Vom europäischen Konzert zum Völkerbund", WBG 1974, S. 121)

**Haß statt Versöhnung**

"Deutschland hat nicht nur seine Handelsflotte und seinen Auslandsbesitz verloren, es hat auch 10 % seines Gebietes, 10 % seiner Kohle und 75 % seines Eisenerzes abtreten müssen. Das bedeutet die Beraubung eines ganzen Volkes. Diese Politik der Erniedrigung von Millionen lebendiger Menschen wird zu einem Bankrott und Verfall Europas führen, der uns alle erreicht. Sie kann die geschlagenen Mittelmächte nicht wieder zu guten Nachbarn machen. Anstatt Gedanken und Hoffnungen auf Eintracht in der europäischen Familie zu stärken, zementiert sie den Haß und den Nationalismus, von denen die Völker Europas jetzt besessen sind." (Zitiert nach Professor Dr. John Maynard Keynes, berühmter englischer Nationalökonom, 1922).
Das Samenkorn für das noch größere Unglück, das 1933 über Deutschland und Europa hereinbrach, war hier gelegt worden.
Aus der "Historischen Zeitschrift" vom Oktober 1998, Band 267, S. 399 ff, werden hier einige Bemerkungen des bekannten Weltkriegsforschers, Prof. Dr. Gregor Schöllgen aus Erlangen, auszugsweise wiedergegeben:
"Die Forschung über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs erfährt derzeit in der deutschen Geschichtswissenschaft eine bemerkenswerte Renaissance. So tritt der schwierige Vergleich der deutschen Politik mit der Politik anderer Akteure an die Stelle der bisher recht provinziell anmutenden Nabelschau deutscher Kriegsschuldforschung. Daß die sogenannte Fritz-Fischer-Kontroverse, die in den sechziger und siebziger Jahren die Geschichtswissenschaft wie die interessierte Öffentlichkeit in Atem gehalten hat, vollständig versiegt ist, überrascht nicht.
Die jetzt von deutschen Forschern für die Politik des kaiserlichen Deutschland vorgelegten Antworten lassen aufhorchen. Anders als ein bisher sorgfältig kultiviertes Vorurteil suggerierte, hat es in der deutschen Außenpolitik durchaus und immer wieder den Versuch gegeben, den Krieg zu vermeiden.
Es war in den Reihen des deutschen Militärs sicher, daß ein allgemeiner europäischer Krieg nicht kurz und für Deutschland nicht zu gewinnen sein werde. Daß die deutsche Politik im Juli 1914 versagte, hat in erster Linie mit dem Mangel an Alternativen zu tun, der dazu führte, daß es unter dem Eindruck der Situation und der drängenden Militärs zu einer so offenkundig irrationalen Entscheidung kam. Mit dem nur drittstärksten Heer, hatte Paul Sethe schon 1954 betont, fängt keine Regierung einen Eroberungskrieg gegen Weltmächte an.
Die Auffassung, daß Militärs und Politiker in Berlin entweder einen kurzen und für Deutschland erfolgreichen Krieg durchaus für möglich gehalten oder aber mit ihrer "Flucht nach vorn" ein ganz anderes, nämlich innenpolitisches Ziel verfolgt haben, hat heute kaum noch Anhänger. (An dieser These halten vorwiegend Historiker fest, die sich weniger an Wissenschaftlichkeit, sondern mehr an Ideologie ausrichten. "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf".)
Im 19. Jahrhundert wurde der Krieg, von vereinzelten warnenden Stimmen abgesehen, noch als ein Weg zur Konfliktlösung betrachtet. Ein Krieg wurde geführt, wenn andere Mittel - allen voran der Verhandlungsweg - nicht den gewünschten Erfolg versprachen.

Noch kannte man in Europa den modernen Massen- und Vernichtungskrieg nicht, weder seine Mittel, noch seine Methoden, noch die ideologisch motivierte Skrupellosigkeit einer totalen Kriegsführung (im Namen von Freiheit und Demokratie!), auch gegen die Zivilbevölkerung.
Die außereuropäische Welt war weitgehend verteilt; vor allem aber hatte Rußland im fernen Osten jene verheerende Niederlage gegen das aufstrebende Japan hinnehmen müssen, die das Zarenreich zwang, seine expansive Energie erneut auf Europa zu richten. Die Folge war eine Serie schwerer internationaler Krisen.
Um die Katastrophe des Kriegsausbruchs 1914 wirklich verstehen zu können, muß man den Blick in jene Zeit zurücklenken, in der die Weichen gestellt worden sind und fragen, ob sich die Akteure der Tragweite ihrer Entscheidungen bewußt gewesen sind und ob sie realisierbare Alternativen gesehen haben oder sehen konnten.
Neuere Forschungen lassen aufhorchen: Hatte man sich nicht darauf verständigt, daß nur die deutsche Politik in die Verantwortung für den Kriegsausbruch zu nehmen sei? Professor Dr. Konrad Canis (1998) sieht das anders. Vorsichtig in der Formulierung, eindeutig in der Sache, rückt bei ihm Großbritannien - wieder - als Hauptverantwortlicher ins Zentrum des Geschehens.
Daß die internationale Mächtekonstellation um die Jahrhundertwende in Bewegung kam, lag nicht an der deutschen Flotten- oder Weltpolitik, sondern in erster Linie an England. Folglich richtete sich diese Bewegung auch nicht gegen die Inselmacht, sondern gegen Deutschland, die stärkste Macht und der atemberaubendste Aufsteiger auf dem Kontinent. Nicht anders dachten die Historiker mehrheitlich in der Zwischenkriegszeit.
1929 bestritt Professor Dr. Gerhard Ritter die Ernsthaftigkeit der englischen Bündnisangebote an Deutschland von 1898 und 1901. Ebenso ist sich Canis heute sicher, daß es eine tatsächliche englische Bündnisbereitschaft nicht gegeben hat. England hatte nichts anderes vor, als Deutschland gegen Rußland in China in Stellung zu bringen, möglichst in die vorderste Front. Mit eben diesem Argument, und daher nicht ohne Grund, hatte der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow die angeblichen britischen Avancen zurückgewiesen.
Die Angst vor Macht- und Prestigeverlust beherrschte die deutsche Außenpolitik. Der wachsende Widerspruch zwischen fehlender Weltgeltung und steigendem Potential verstärkte die Nervosität der deutschen Politik. Im Zeitalter des Imperialismus wurde "Prestige" zum überragenden Handlungsmotiv einer jeden Großmacht. Dahinter stand tatsächlich keine Bereitschaft zum Krieg, schon gar nicht zum großen europäischen.
Und so hält es Canis für ungerechtfertigt, aus vollmundigen Äußerungen des deutschen Kaisers auf eine Kriegsbereitschaft der Reichsleitung zu schließen. Das alles ist gewiß noch nicht das letzte Wort, aber eine grundlegende Änderung wird diese Position in Zukunft nicht mehr erfahren."
Aus "Die Zerstörung Europas" (Propyläen, 1988, S. 102), Prof. Dr. Andreas Hillgruber:
"Die erstmalige Auswertung der Bulgarien und Rumänien betreffenden Akten des politischen Archivs des Deutschen Auswärtigen Amtes zeigt überraschend, daß sich (Reichskanzler) Bethmann Hollweg um eine Begrenzung des serbisch-österreichischen Konfliktes bemüht hat. Dem gleichen Ziel der Begrenzung des Konflikts dienten die deutschen diplomatischen Vorstöße in Bukarest. Doch Rumänien lehnte ab.
Aus diesen Aktenfunden ergibt sich, daß die deutsche Reichsleitung sich wohl des hohen Risikos ihrer Politik in der Krise bewußt war, sie legte es aber keineswegs - wie es Fischer und seine Schüler behaupteten - darauf an, die Krise zur Auslösung eines deutschen Kontinentalkrieges gegen Rußland und Frankreich zu nutzen."
Für seine Thesen, Deutschland habe einen lang vorbereiteten Eroberungskrieg führen wollen, konnte Fritz Fischer nach Prof. Dr. Niall Ferguson keinen einzigen Beweis vorlegen. Fischers Behauptungen fanden bei internationalen und nationalen Historikern nur deswegen so hohe

Aufmerksamkeit, weil sie sich bequem in die Umerziehungsrhetorik gegen Preußen-Deutschland einpassen ließen.
Aus "Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges" (WBG, 1991, S. 5) Prof. Dr. Wolfdieter Bihl, Wien:
"Erst wenn alle Archive der alliierten Staaten, auch deren Geheimbestände, uneingeschränkt auswertbar sind, wird eine größtmögliche Objektivität der Beurteilung im gesamteuropäischen Zusammenhang möglich sein."
Jens Ulrich Heine (1998), Odenthal:
"Wissenschaft bricht Monopole: "We have the men, we have the ships, and we have the money too." Nach dieser viktorianischen Devise regierten die Seemächte Westeuropas und Nordamerikas mit ihren Kolonien und ihrem Kapital in Nord- und Südamerika, Nah- und Fernost, Australien und im südlichen Afrika 200 Jahre lang über die Rohstoffe dieser Welt. Sie diktierten Ausfuhrmengen und -preise von Chilesalpeter, brasilianischem und malaysischem Naturkautschuk, von indischem und chinesischem Indigo, nordamerikanischer Baumund australischer Schafswolle, von heilender Chinarinde aus Ostindien, von Petroleum aus texanischem und arabischem Erdöl, südafrikanischen Diamanten und Edelmetallen u.v.m. Mit diesen Monopolen verschafften sie sich nicht nur Reichtum, sondern vor allem Macht. Macht über die "Habenichtse" dieser Welt.
Der Aufstieg der deutschen chemischen Industrie seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zur weltweiten Dominanz und Marktführerschaft läßt sich vor diesem Hintergrund auf eine einfache Formel bringen. In einem rohstoff- und devisenarmen Land bewirkte sie sehr erfolgreich den Austausch natürlicher Rohstoffe, die importiert werden mußten, durch Umwandlung nationaler Grundstoffe, die als synthetische Roh-, Zwischen- und Fertigprodukte in alle Welt exportiert werden konnten.
Mit künstlichen Farben, Fasern und Edelsteinen, mit Kunststoffen, Synthesekautschuk und -Treibstoffen, mit Arznei-, Pflanzenschutz- und Düngemitteln aus Kohle, Wasser, Kalk und Luft revolutionierten deutsche Wissenschaftler die Welt. "Wissenschaft bricht Monopole". Kaum jemand kennt die chemischen Zusammensetzungen dieser "Kunstprodukte".
Aber als Indanthren und Agfacolor, Perlon und Dralon, Plexiglas und Styropor, Buna und Moltopren, Aspirin und Salvarsan wurden Warenzeichen zu Gattungsbegriffen, bekannt seit eh und je. Deutsch wurde zur internationalen Sprache der Naturwissenschaften. Globalisierung gehörte von Anfang an zur Existenzgrundlage der deutschen chemischen Industrie. 1914 deckte sie 87 Prozent des Weltfarbstoffbedarfs und galt als "Apotheke der Welt".
Mit ihren Entdeckungen wiesen deutsche Forscher und Techniker den Weg aus Hunger, dem Mangel an Kleidung und industrieller Rückständigkeit - den Weg aus der Angst vor Abhängigkeit und Fremdbestimmung. Befreiung durch Chemie! Unerfüllbar erscheinende Wünsche und Sehnsüchte der Unterprivilegierten und ihre Hoffnungen auf wirtschaftlichen Fortschritt ließen sie Wirklichkeit werden - und beseitigten gleichzeitig Monopole und Einfluß der Wohlhabenden und Mächtigen.
Die Folge war die Feindschaft des britischen Imperiums und der Vereinigten Staaten, die die Märkte der Weltrohstoffe beherrschten und bis zum Weltkrieg hinter der deutschen Chemie herhinkten. Kurz vor Kriegsausbruch forderte die Londoner "Morning Post": "Es muß unser Ziel sein, den deutschen Handel zu vernichten".
Im Jahre 1919 bemerkte der englische Premierminister Lloyd George zu Lord Riddell: "Wir Briten haben uns durchgesetzt. Die deutschen Handelsschiffe sind ausgeliefert. Unser Hauptkonkurrent im Handel ist zum Krüppel geschlagen."

**Nachtrag**

In A 1080 APPENDIX TO THE CONGRESSIONAL RECORD (1941) wird von US-Senator Rush D. Holt ein Brief zitiert, den Winston Churchill im Jahre 1936 an Mr. William Griffin,

den Herausgeber und Verleger der Zeitung "New York Enquirer", gerichtet hat. Darin habe Churchill ausgeführt: … Amerikas Kriegseintritt war verheerend nicht nur für die USA, sondern auch für die Alliierten, denn wären die USA zu Hause geblieben und hätten sich um ihre eigenen Angelegenheiten gekümmert, wir (die Alliierten) hätten im Frühjahr 1917 mit den Mittelmächten Frieden geschlossen.
Es wäre nicht zum Kollaps in Rußland gekommen mit dem nachfolgenden Kommunismus, kein Zusammenbruch in Italien mit dem nachfolgenden Faschismus; und Nazismus würde jetzt nicht in Deutschland an die Regierung gekommen sein. …
"Der Krieg von 1914 aber wurde von England nicht Frankreichs oder gar Belgiens wegen geführt, sondern..., um Deutschland als Wirtschaftskonkurrenz wenn möglich für immer auszuschalten. ... Der Vertrag von Versailles sollte gar keinen Friedenszustand begründen, sondern die Machtverhältnisse derart regeln, daß das Ziel jederzeit mit neuen Forderungen und Maßnahmen gesichert werden konnte.
Daher die Auslieferung der Kolonien, der Handelsflotte, die Beschlagnahme der Bankguthaben, Besitzungen, Patente in allen Ländern, die Abtrennung von Industriegebieten wie Oberschlesien und dem Saarland, die Einführung der Republik, von der man mit Recht eine Untergrabung der Industrie durch die allmächtig gewordenen Gewerkschaften erwartete, und endlich die Reparationen, die wenigstens im Sinne Englands keine Kriegsentschädigung sein sollten, sondern eine dauernde Belastung der deutschen Wirtschaft bis zu deren Erliegen."
- Oswald Spengler, deutscher Geschichtsphilosoph und Schriftsteller (1880-1936) in "Jahre der Entscheidung", Sommer 1933 …
*Ehrhardt Bödecker Ehrhardt Bödecker gilt als einer der profiliertesten Kenner der preußisch-deutschen Geschichte.*
*Jahrgang 1925, wohnhaft in Berlin seit 1934, wurde er als Kriegsteilnehmer schwer verwundet. Er studierte Recht, Ökonomie und Geschichte in Deutschland und den USA und war anschließend als Anwalt, Verwaltungsrichter und Amtsrichter tätig. Seit 1966 war er selbständiger Privatbankier (Weberbank). 1995 ging er in den Ruhestand. Bödecker ist Inhaber und Gründer des im Jahre 2000 eröffneten "Brandenburg-Preußen Museums" in Wustrau nordwestlich von Berlin. Zahlreiche Buchveröffentlichungen über den Ersten Weltkrieg, Preußen und das Deutsche Kaiserreich, z.B. "Preußen und die Wurzeln des Erfolgs".*
*Bödecker schildert in seinem Essay die Vorgeschichte des Sommers 1914, die Interessenlage der kriegführenden Staaten und die Folgen des Ersten Weltkrieges.*
*Seine These: Durch das Eingreifen der USA 1917 wurde ein gerechter "Erschöpfungsfriede" auf Basis des status quo ante verhindert und das europäische Machtgleichgewicht auf Jahrzehnte empfindlich gestört. Der diktierte Friede von Versailles 1919 bildete keine Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Die Folgen waren Revolution, Revanchelust, Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus sowie ein neuer Krieg.*<<
Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über die Kriegsschulddebatte des Ersten Weltkrieges (x1.035/…): >>**100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo - zum aktuellen Stand der Kriegsschulddebatte**
**Der Weg zum Weltkrieg**
Der Erste Weltkrieg begann zunächst als dritter Balkankrieg zwischen der alten Großmacht Österreich-Ungarn und dem expansionslüsternen Serbien. Die Mobilmachung Rußlands im Westen (Richtung Ostpreußen), auf die Frankreich drängte, brachte den großen europäischen Konflikt. Erst der Eintritt Großbritanniens auf Seiten der Entente führte zum weltweiten Krieg der Mächte.
Obwohl sich das Attentat von Sarajevo erst in diesen Tagen zum einhundertsten Mal jährt, bestimmt die Debatte darum, was daraus folgte, den Buchmarkt und die historischen Feuilletons. Dabei geht es weniger um den am 28. Juni 1914 erschossenen österreichischen Thron-

folger und seine Frau als um die Frage, inwieweit die Tat Auslöser für den Ersten Weltkrieg war. Daran wiederum knüpft die Diskussion darüber an, ob damit eine geschlossene Ereigniskette ausgelöst wurde, sei es aus Berechnung oder Dummheit, oder ob es alternative Szenarien gab, die ebenso wahrscheinlich waren wie der Kriegsausbruch.

Um die Bedeutung des Attentats beurteilen zu können, muß man daher nicht nur die Reaktionen der europäischen Mächte untersuchen, sondern auch deren Beweggründe, gerade so und nicht anders zu reagieren. Damit befinden wir uns in einem vor allem in Deutschland umstrittenen Feld der kontrafaktischen Geschichtsschreibung. Diese hat es sich zur Aufgabe gestellt, denkbare Alternativen aus dem Kontext der Zeit zu entwickeln. Nicht um das Geschehene zu negieren, sondern um es besser zu verstehen.

**Neue Fragestellungen provozieren**

Der amerikanische Historiker Sean McMeekin sieht in seinem Buch *Juli 1914. Der Countdown in den Krieg* (Berlin: Europa 2014, 557 S.) "kontrafaktisches Denken als zentral für historische Untersuchungen an" und hält es für "weitaus konstruktiver als auf 'Konsens' angelegte Interpretationen, die sich gegen jedes weitere Argument abschotten". McMeekin weiß sich in dieser Auffassung einig mit Niall Ferguson, der bereits vor Jahren in seiner Aufsehen erregenden Untersuchung über die englische Kriegspolitik gezeigt hat, daß das Empire den "falschen Krieg" führte, der schließlich zum Verlust der englischen Vormachtstellung an die Amerikaner geführt hat.

Daß dieses kontrafaktische Denken in Deutschland in einem schlechten Ruf steht, zeigt nicht zuletzt die gereizte Reaktion der FAZ auf die Gesamtdarstellung des Ersten Weltkriegs von Jörg Friedrich, die vor kurzem unter dem Titel 14/18. Der Weg nach Versailles (Berlin: Propyläen 2014, 1072 S.) erschienen ist. Diese Gereiztheit hat einen konkreten Hintergrund.

In Deutschland werden, allen neueren Forschungen zum Trotz, 1919 festgelegte Axiome als Grundlage der Geschichtsschreibung akzeptiert. Das wichtigste Axiom lautet: Deutschland trägt die Hauptverantwortung (wahlweise auch die Alleinschuld) am Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Jeder Deutsche, der gegen diese Denkvoraussetzung verstößt, hat ein Problem.

Nun muß man aber, wenn die Hauptverantwortung erwiesen werden soll, zeigen, daß Deutschland auch anders gekonnt hätte. Wenn es keine Alternative gegeben hätte, wäre die Zuschreibung von Verantwortung sinnlos. Das wissen die Gereizten ziemlich genau, weshalb sie allergisch auf solche Untersuchungen reagieren.

Und sie liegen richtig damit. Daß nicht mehr von Alleinschuld die Rede ist, hängt vor allem damit zusammen, daß man den Blick vom angeblich Alleinschuldigen löste und der naheliegenden Annahme folgte, daß auch andere Mächte Interessen hatten, für die ein Krieg vielleicht viel passender war. Das kann man nur feststellen, wenn man dem kontrafaktischen Denken folgt und fragt: Konnten denn vielleicht auch die anderen Mächte, die Sieger, anders und liegt deshalb zumindest ein Teil der Schuld und Verantwortung für den Weltkrieg bei ihnen?

Daß die kräftigsten Schläge gegen das Dogma der Alleinschuld aus dem Ausland kommen, kann daher kaum verwundern. Wie die Verkaufszahlen der Bücher zeigen, ist zumindest das Publikum dankbar für diese Schützenhilfe. Das gilt insbesondere für Christopher Clarks Buch Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (München: DVA 2013, 895 S.), das sich durch frühzeitiges Erscheinen im Herbst letzten Jahres die Aufmerksamkeit allein sichern konnte, um die sich jetzt viele Publikationen bemühen.

Clark kommt weiterhin zugute, daß er sich hierzulande bereits einen Namen gemacht hatte. Mit seinen Büchern über Preußen und Wilhelm II. hatte er diese beiden entdämonisiert und so für öffentliche Debatten gesorgt.

Sein aktuelles Buch steht ganz in dieser Tradition: Abgesichert durch ein umfangreiches Quellenstudium versucht Clark den Gang der Geschichte insbesondere in der sogenannten Juli-

Krise zu rekonstruieren. Clark sieht in ihr das "komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten". Er konzentriert sich in seinem Buch auf das Wie, die Abfolge der Interaktionen, ohne expressis verbis die Frage nach der Schuld zu stellen.
Dazu holt Clark weit aus, wenn er mit der brutalen Ermordung des serbischen Königs im Jahr 1903 beginnt. Von den Drahtziehern und Akteuren dieses Umsturzes führt ein direkter Weg zur Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 in Sarajevo. Dieser repräsentierte die Zukunft der österreichischen Doppelmonarchie, die der erklärte Feind der serbischen Nationalisten war.
Der Thronfolger Franz Ferdinand war insofern das passende Opfer, weil er eine zwischen den Völkern ausgleichende Politik anstrebte, die den Falken in Österreich nicht gefallen konnte: Sie wollten die Dinge ebenso wie die Serben mit einem Krieg ins Reine bringen. Einen Automatismus zum Krieg gab es aber auch jetzt nicht.
Die Kriegsursache sieht Clark in der Entwicklung Europas von einem vielstimmigen politischen Ökosystem hin zur Konfrontation starrer Blöcke, die dann ihre innere Logik entwickelte. Diese griff schließlich nach dem Mord in Sarajevo mit aller Konsequenz in das Geschehen ein, und zog Europa, ohne daß es notwendig gewesen wäre, in den Weltkrieg. Da Clark kein Freund starker Thesen ist, finden sich in dem Buch keine expliziten Zuspitzungen, die sich mit Fritz Fischers These, die ja schon im dessen Buchtitel Griff nach der Weltmacht (1961) deutlich formuliert war, messen könnte.
Die These selbst allerdings, daß Deutschland die Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg trage, widerlegt Clark implizit. Dabei ist entscheidend, daß er sein Buch als internationale Vergleichsstudie angelegt hat, die, im Gegensatz zu Fischer, eben auch die Ereignisse, Gedanken und Personen der anderen Mächte in den Blick nimmt. Das Resultat ist eindeutig: Der Vorwurf der Alleinschuld bzw. Hauptverantwortung ist absurd. Laut Clark verteilt sich die Schuld auf alle Beteiligten, weshalb er von einer Tragödie spricht, aus der es letztlich kein Entrinnen gab.
Wenn man jedoch die einzelnen Ergebnisse von Clark nach der Verantwortlichkeit gewichtet, bleibt nur ein Schluß, daß zumindest alle anderen Mächte mehr Schuld am Ausbruch des Krieges hatten als Deutschland. Das für Deutschland entlastende Material wird von Clark in aller Ausführlichkeit ausgebreitet. Deutschland befand sich gegenüber den anderen Großmächten in einer benachteiligten Rolle und hatte geringere Handlungsoptionen, weil es auf den Kontinent beschränkt blieb und über kaum koloniale Handlungsmasse verfügte.
Deutschlands Streben nach Seegeltung sieht Clark durch diese Lage gerechtfertigt und erblickt darin keinen Grund für einen Krieg. Letztendlich unterstellt Clark der deutschen Führung eine gewisse Naivität, weil diese nicht bemerkte, wie rasant sich die internationale Lage gegen Deutschland entwickelte. "Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte - sehr zur Enttäuschung der Generäle."
Im Gegensatz zu den anderen Mächten konnte sich Deutschland von einem Krieg nicht viel versprechen. Das einzige Argument für einen Krieg war die wachsende Stärke der Gegner und die daraus folgende Überzeugung, daß es daher besser jetzt als später einen Krieg geben solle. Doch die Vertreter eines Präventivschlages waren in der Minderheit; auch in Deutschland gaben die zivilen Politiker den Ton vor, nicht die Militärs.
In Frankreich gab es dagegen unter den verantwortlichen Politikern einen weitverbreiteten Deutschenhaß, man sann auf Rache für 1871 und man fühlte sich durch Deutschland bedroht. Letztendlich führte der französische Druck auf Rußland zum Ausbruch des Krieges, bei dem Frankreich Deutschland unbedingt in einen Zweifrontenkrieg ziehen wollte. Rußland wiederum gab den Serben die volle Unterstützung für deren Provokationen gegen Österreich, nicht nur der panslawischen Sache wegen, sondern auch, weil Rußland eigene geopolitische Interes-

sen in der Region verfolgte.
Auch die beiden Ereignisse, die allgemein als Beleg für die deutsche Verantwortung gelten, werden von Clark zurechtgerückt. Der sogenannte Blankoscheck, mit dem Deutschland Österreich seine Treue versicherte, ist eine logische Folge aus der Einkreisung Deutschlands, das gezwungen war, das Bündnis mit seinem letzten verbliebenen Verbündeten zu bekräftigen. Clark erwähnt auch, daß es auf Seiten der Entente eine ganze Reihe von Blankoschecks gab, die Serbien, Rußland und Frankreich so selbstsicher in den Krieg ziehen ließen.
Das österreichische Ultimatum an Serbien vergleicht Clark mit dem, das die Nato Serbien 1999 in der Kosovo-Frage vorlegte und kommt zu dem Schluß, daß das von 1914 dagegen "harmlos" war.
Ähnlich wie Clark beschränkt sich auch Sean McMeekin auf die Vorgeschichte des Krieges. Er greift dabei auf vorhandene Quelleneditionen zurück und versucht die Ereignisse zu rekonstruieren, indem er jedem Tag (vom 5. Juli bis zum 4. August) ein zusammenfassendes Kapitel widmet. Allerdings stehen die einzelnen Fakten in einem gewissen Mißverhältnis zum salomonischen Urteil, das McMeekin schließlich in der Kriegsschuldfrage fällt.
Einerseits bemerkt er sehr richtig, daß der Blankoscheck durchaus im Sinne einer sofortigen Strafaktion gemeint war. Damit hoffte man in Berlin mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Weltöffentlichkeit hätte Verständnis, weil der zeitliche Zusammenhang mit dem Attentat klar war, Österreich würde Macht demonstrieren und so die Entente vielleicht von einer voreiligen Eskalation abhalten, was schließlich zur lokalen Beschränkung der Auseinandersetzung geführt hätte. Daß sich Berlin damit verrechnete, weil die Entente zum Krieg entschlossen war, gerät McMeekin völlig aus dem Blick, wenn er abschließend dennoch urteilt: "Der Blankoscheck war töricht und unsinnig."
McMeekin stellt dagegen richtig fest, daß Deutschland als "letzte der vier hauptsächlich am Krieg beteiligten Nationen" mobil machte und sich Deutschland selbst ins Unrecht setzte, indem es "aus Gründen der Ehre" nicht auf eine Kriegserklärung verzichtete. Frankreich und Rußland ließen gleich die Waffen sprechen. (Die erste Gefechte und Schlachten sowohl gegen Frankreich als auch Rußland fanden auf deutschem Boden statt!).
In Deutschland gab es keinen Willen zum Krieg, weil man wußte, daß ein Zweifrontenkrieg (vor allem gegen Englands Unterstützung der Entente) kaum zu gewinnen war. Der Schlieffenplan, der diesen Mangel beseitigen sollte, "spiegelte die deutsche Schwäche, nicht die deutsche Stärke" wider.
Aus deutscher Feder sind auf das hundertjährige Jubiläum von 1914 hin einige Gesamtdarstellungen des Weltkrieges erschienen, die sich zwangsläufig auch mit der Vorgeschichte des Krieges befassen müssen. Das erfolgreichste dieser Bücher stammt vom Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler. In *Der große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918* (Berlin: Rowohlt 2013, 924 S.) widmet er die ersten einhundert Seiten diesem Thema und spart dabei nicht mit Kritik an der Einseitigkeit und Radikalität der Fischer-These (um allerdings im Schlußteil des Buches die "wichtige Funktion" der Fischer-These für das politische Selbstverständnis der BRD zu betonen).
Münkler untersucht beispielsweise die Rolle des Militarismus, der ja im Verdacht steht, eine strukturelle Ursache für Deutschlands angebliche Kriegslüsternheit gewesen zu sein. Er kommt zu dem Schluß, daß dem militaristischen Image des Reiches keine relevanten Tatsachen entsprochen hätten. Bei Kriegsausbruch hatte man "keine hinreichenden Munitionsvorräte angelegt, geschweige denn für eine entsprechenden Bevorratung mit Rohstoffen und Lebensmitteln gesorgt, und es standen auch nicht genügend Truppen zur Verfügung, um eine großangelegte Offensive erfolgreich durchführen zu können".
Allerdings kommt Münkler in seinen Opus auch zu Einschätzungen, mit denen er Deutschland eine besondere Verantwortung (und damit auch Schuld) für den Weltkrieg zuschreibt,

z.B. wenn er der Auffassung ist, daß Deutschland als Reich in der Mitte Europas eine "besonders achtsame und die Eskalationsrisiken moderierende Politik" hätte betreiben müssen und in der Julikrise das Gegenteil davon getan habe.
Das stimmt ebensowenig, wie die Behauptung Münklers, daß es von Deutschland während des Krieges keine ernstgemeinten Friedensangebote an die Alliierten gegeben habe. Insofern unterscheidet sich Münklers Buch von den englischsprachigen Veröffentlichungen, weil es mit der Einsicht in die Haltlosigkeit der Fischer-These nicht ernst macht. Münkler sieht zwar auch, daß die anderen Mächte Interessen hatten und sich durch Blankoschecks gegenseitig befeuerten, bleibt aber trotzdem dabei, daß auf Deutschland eine besondere Verantwortung laste.
Daß man den Spieß auch umdrehen kann, zeigt dagegen Jörg Friedrich in seiner Geschichte des Ersten Weltkrieges. Den Ruf den Friedrich seit seinem Bestseller *Der Brand* (2004) genießt, bestätigt er auch mit seinem neuen Buch: Für Friedrich ist die Geschichtswissenschaft nur Mittel zum Zweck. Und der Zweck seines Unternehmens besteht darin, die Geschichte des Ersten Weltkriegs auf eine Weise zu erzählen, die den Leser an die Hand nimmt, sich nicht vor scharfen Urteilen scheut, Schlußfolgerungen zieht, Zusammenhänge aufdeckt und die auch vor "umstrittenen" Vergleichen nicht zurückschreckt.
Auch wenn Friedrich einem durchaus anthropologischen Ansatz folgt, der die damaligen Akteure bestimmten Zwängen ausgeliefert sieht, heißt das nicht, daß er kein gut oder böse mehr kennt. Im Gegenteil: Daß die Niedertracht bei der Entente zu Hause war, ist vielleicht noch nirgends so deutlich ausgesprochen worden wie hier. Friedrich scheut sich nicht, den Weltkrieg "mißlungen" zu nennen, u.a. deshalb, weil er "in einer schlechteren Welt endete als der, aus der er kam". Von Beginn an tat die Entente alles, den Krieg zu entfesseln, selbst als friedliebend dazustehen und Deutschland ins Unrecht zu setzen. "Deutschland, das lieber Aggressor als Verlierer sein wollte, war am Schluß beides."
Doch schon im Vorfeld des Krieges machten die Deutschen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. "Die Gegenseite redete gedämpft, dachte global, steckte weiträumig ihre Interessenfelder ab und wartete die Schritte der Berliner ab." Die Gemengelage, die schließlich zur Entfesselung des Ersten Weltkriegs führte, wurde, so Friedrich, durch das Attentat von Sarajevo ganz bewußt entfesselt. Gerade so viele Spuren durften nach Serbien führen, daß Österreich Serbien angriff und doch so wenig, daß Rußland dem unschuldigen Serbien zur Hilfe kommen konnte. Der Rest war durch Verträge geregelt.
Dagegen wurden die legitimen Bündnispflichten Deutschlands gegenüber Österreich von der Entente nicht anerkannt. Auch die Legitimität einer österreichischen Strafaktion gegen Serbien wird von Friedrich daher nicht in Zweifel gezogen. Zu dieser bestand, "auch nach heutigen engeren Maßstäben, hinreichender Anlaß": "Der Zusammenhang zwischen dem Al-Qaida-Kommando vom 11. September 2001 und dem afghanischen Taliban-Staat war nicht enger als der zwischen der Princip-Bande und den Herrschaftsverhältnissen in Serbien."
Friedrich konstatiert für die deutsche Seite ein ehrliches, wenn auch zunächst halbherziges Bemühen um Vermittlung, das es versäumt habe, den Österreichern konkret zu sagen, daß sie einen schnellen und kurzen Schlag, etwa die Besetzung Belgrads, empfehlen würden. Als sie sich gerade zu ernsthafterer Vermittlung entschlossen, "kam, vielleicht nicht ganz zufällig, die russische Generalmobilmachung dazwischen".
Damit ist angedeutet, was Friedrich im Detail ausführt: Daß es eben in Rußland und Frankreich ein ernsthaftes Interesse am Krieg gab und man sich dort nicht durch deutsche Vermittlungen um die Gelegenheit bringen lassen wollte. Also mußten, durch die Mobilmachung Rußlands, Tatsachen geschaffen werden, die schließlich im Ersten Weltkrieg mündeten. …
Friedrichs Buch ist damit dasjenige, das die Konsequenzen aus den neueren Forschungen am schärfsten formuliert. Allerdings braucht man auch hier für die Lektüre einen langen Atem,

weil sich diese Zuspitzungen verstreut auf tausend Seiten finden. Daß sich diese Sicht der Dinge durchsetzt, darf bezweifelt werden. Dafür läßt es sich mit der Kompromißformel von gleichverteilter Schuld zu gut leben. Sie tut keinem weh und bedient das Bedürfnis, an der Nachkriegsordnung, die 1919 errichtet und 1945 erneuert wurde, festzuhalten.
Die überwiegende Haltung der deutschen Feuilletons weist jedenfalls in diese Richtung. Allerdings bietet das von der neuen Forschung ausgebreitete Material die Basis für eine Neubewertung der Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Hat sich die Kompromißformel erst einmal durchgesetzt, wird auch diese wieder zur Revision stehen, so daß vielleicht am Ende doch die Wahrheit den Sieg davonträgt. …
Wer sich weiter jenseits der gängigen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg informieren will, kommt an dem bereits im Jahre 1999 erschienenen Band "Der falsche Krieg" ("The Pity of War") des britischen Historikers und Harvard-Professors Niall Ferguson nicht vorbei. Die FAZ urteilte:
"Beste kontrafaktische Historiographie führte Ferguson in seinem dritten Buch vor. … Er rekonstruierte die politische Diskussion in England vor 1914 und wies nach, daß das englische Kabinett sich mehrheitlich gegen einen Kriegseintritt ausgesprochen hatte. Hätte sich diese Ansicht durchgesetzt, dann hätte Deutschland einen Kontinentalkrieg gegen Frankreich und Rußland wohl gewonnen. Das Kaiserreich hätte überdauert, die Weimarer Republik und die NS-Diktatur hätte es nicht gegeben, demokratische Strukturen hätten sich allmählich entwikkelt.
Fergusons Buch wurde besonders in Deutschland heftig angegriffen. Offenbar war, wie Ferguson vermutet, den Deutschen der Gedanke an einen deutschen Sieg 1915 oder 1916 höchst unangenehm." (FAZ, 20.06.2007) …<<
Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>… Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkäut.
Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.
Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermürbungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<
Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>**Schlafwandler? Von wegen!**
Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante
Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.
Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant

und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.
Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.
Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."
Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:
"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. … Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.
Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.
Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! … Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."
An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.
Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.
Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

**Das Committee of Imperial Defence**

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin.

Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.
Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.
Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.
Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.
Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.
Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.
Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten. Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselposten des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.
Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.
Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.
Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "… machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, … daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."
Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche

Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)
Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. …<<

**04.08.1914**

**Deutsches Reich:** Kaiser Wilhelm II. ruft "sein Volk" am 4. August 1914 öffentlich zu den Waffen und erklärt feierlich (x073/31): >>... So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Drum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande ...
Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben.
Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Standes- und Konfessionsunterschied mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.<<
Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erklärt am 4. August 1914 im Reichstag (x245/72): >>Wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.
Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Das Unrecht - ich spreche offen -, das Unrecht, das wir tun, werden wir wiedergutzumachen versuchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! ...<<
Der SPD-Abgeordnete Hugo Haase (1863-1919, Jurist, 1897-1906 und 1912-18 Mitglied des Reichstages, ab 1917 Vorsitzender der USPD, 1918 Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten, stirbt an den Folgen eines Mordanschlages) erklärt am 4. August 1914 während der Reichstagssitzung im Namen seiner Partei (x092/740): >>Meine Herren,
Im Auftrag meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben.
Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab.
Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit französischen Brüdern für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.
Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen.
Nicht für oder gegen Krieg haben wir uns heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Parteien.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.
Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel.
Es gilt, die Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns damit im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf internationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.
Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.
Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.
Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.<<

**Die Kriegsbegeisterung im August 1914**

Die Bevölkerungen der kriegsführenden Staaten wurden damals von einem regelrechten Kriegsfieber erfaßt. In den großen europäischen Hauptstädten Berlin, London, Moskau, Paris und Wien begrüßten Tausende von kriegsbegeisterten Menschen den "gerechten Krieg". Nirgends zeigte sich offener Widerstand gegen den Krieg, denn jedes kriegsbeteiligte Land kämpfte angeblich für eine gerechte Sache.
In Berlin und in Wien sangen die Deutschen patriotische Lieder und meldeten sich in Massen freiwillig zum Kriegseinsatz.
Zu den beliebtesten deutschen Marschliedern im August 1914 zählt z.B. das Lied "Die Wacht am Rhein" (x191/7):
>>Es braust ein Ruf wie Donnerhall,
Wie Schwertergeklirr und Wogenprall:
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein!
Wer will des Stromes Hüter sein?
Lieb' Vaterland magst ruhig sein,
fest steht und treu die Wacht am Rhein! ...<<
Alle Klassen der deutschen Bevölkerung (auch die Sozialdemokraten und sogar der linksradikale Karl Liebknecht) waren damals für diesen vermeintlich gerechten Verteidigungskrieg und zogen bereitwillig für das Vaterland in den Krieg. Die Geistlichen segneten die eingezogenen Soldaten und die Waffen.
Die ausrückenden deutschen Truppen sangen forsche, fröhliche Lieder, als ob man nur in ein kurzes Manöver ziehen würde. Die blumengeschmückten Züge wurden von begeisterten Menschenmassen verabschiedet. Überall herrschte damals eine unglaubliche Mischung aus Jubel und großer Zuversicht, daß der Krieg schon bald zu Ende sein würde ("Wieder zu Hause, ehe das Laub fällt ...", "Weihnachten sind wir schon zurück!" ...).
Nach dem Kriegsausbruch meldete sich auch der kriegsbegeisterte Hitler sofort freiwillig beim deutschen Heer und wurde während des Ersten Weltkrieges als Meldegänger an der Westfront eingesetzt. Als Soldat blieb der kontaktarme und menschenscheue Hitler ein Au-

ßenseiter. Hitler war zwar ein unerschrockener und kaltblütiger Soldat (EK I), aber er wurde nicht befördert, weil er angeblich keine "Führereigenschaften" besitzen würde.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den preußischer Kriegsorden "Eisernes Kreuz" (x051/145): >>Eisernes Kreuz (EK), deutscher, ehemals preußischer Kriegsorden, gestiftet am 10.3.1813 von König Friedrich Wilhelm III. während der Befreiungskriege für Kriegsverdienste ohne Unterschied des Dienstgrads und des Stands, erneuert 1870, 1914 und 1939.
Das Eiserne Kreuz war im Ersten Weltkrieg in zwei Klassen und ein Großkreuz unterteilt, das Eiserne Kreuz von 1939 hatte vier Grade: 1. EK II (Ordensband in Rot mit schwarz-weißen Bordstreifen); 2. EK I (Steckkreuz); 3. Ritterkreuz des EK; 4. Großkreuz des EK (einziger Träger: Göring).
Das Tragen des Eisernen Kreuzes ist gemäß Gesetz vom 26.07.1957 in der Bundesrepublik nur ohne Hakenkreuzsymbol gestattet.<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über Hitlers Kriegsbegeisterung (x245/339): >>... (Für Hitler) ... bedeutete der Ausbruch des Ersten Weltkrieges geradezu eine Erlösung. Ein Zufall hat die Fotografie erhalten, auf der man Hitler mit begeistert gezogenem Künstlerhut unter der Menge auf dem Odeonplatz der Proklamation der Kriegserklärung zujubeln sieht.
Der allgemeine Enthusiasmus befreite ihn aus seinem gescheiterten, nutzlosen Leben; er fügte ihn als Kriegsfreiwilligen, ohne daß es eigener Anstrengung oder Entscheidung bedurft hätte, aus dem richtungslosen Dasein des Gelegenheitsmalers und Kaffeehausbesuchers, der normaler zwischenmenschlicher Kontakte unfähig war, in eine feste Ordnung, die anders als die anrüchige Kameraderie des Wiener Männerheims auch die nationalen und sozialen Bedürfnisse befriedigte.
Daß es die deutsche Wehrmacht und nicht die seiner Heimat war, hat Hitler später mit Beschimpfungen des Habsburger Reiches gerechtfertigt und symbolisch verklärt, sowenig konsequent es im Hinblick auf seine nachträgliche Kritik am wilhelminischen Deutschland war. Und daß es ihn wieder in eine reine Männergesellschaft führte, hat den weiteren Stil seines Lebens und Denkens entscheidend geprägt.
Die so viel zitierte "Vorsehung" hatte Hitler endlich auf seinen Weg gestoßen: "Mir selber kamen die damaligen Stunden wie eine Erlösung aus den ärgerlichen Empfindungen der Jugend vor, ... so daß ich, überwältigt von stürmischer Begeisterung, in die Knie sank und dem Himmel aus übervollem Herzen dankte".
Der Krieg erschien als das Ende aller Probleme des Lebens in einer Gesellschaft, in der er sich nicht zurechtgefunden, die er in der bezeichnend egozentrischen Art seines Denkens für das eigene Scheitern verantwortlich gemacht hatte.
Hier, und nicht erst in dem pathetisch gestelzten "Ich aber beschloß, Politiker zu werden" von 1918, liegt die entscheidende Wende: der Krieg als Umwerter aller Werte, der Kampf als Vater aller Dinge beherrscht nun das ganze künftige Leben Hitlers. ...<<

**Der "totale Krieg"**

Die naiven, romantischen Vorstellungen der Menschen erfüllten sich aber leider nicht, denn im Verlauf des Ersten Weltkrieges entfaltete sich sehr schnell eine neue, völlig unbekannte Kriegsart - der "totale Krieg".
Der Erste Weltkrieg war mit dem letzten französisch-deutschen Krieg von 1870/71 nicht zu vergleichen, denn es entwickelte sich kein "gerechter, heiliger Volkskrieg" mit kurzen Feldschlachten alten Stils. Dieser Krieg wurde kein kurzer Waffengang, sondern ein unerwartet grausamer und mörderischer Grabenkampf, der länger als 4 Jahre dauern sollte. Mit der "Hurrastimmung" ("Jeder Schuß ein Rus", "Jeder Stoß: ein Franzos" ...) und den patriotischen Liedern war es vor allem im Westen schnell vorbei, denn an der Westfront fanden fast nur erbit-

terte Stellungskämpfe statt.
Der erste große Krieg des 20. Jahrhunderts wurde hauptsächlich durch ungeheure Materialschlachten, Schützengräben, Stacheldrahtverhaue, endlose Artillerie- und Handgranatengefechte, blutige Nahkämpfe sowie durch den erstmaligen Großeinsatz von Massenheeren, Giftgas, Minen, Maschinengewehren, Flammenwerfern, Panzern, Kampfflugzeugen und U-Booten geprägt.
Im Ersten Weltkrieg entstand außerdem eine neuartige Kriegsberichterstattung. Um die Kampfkraft der eigenen Soldaten zu erhöhen, verbreiteten die Engländer und teilweise auch die Nordamerikaner zahlreiche Propagandaberichte über die angebliche Grausamkeit der Deutschen. Die Berichte von vermeintlich geschändeten Nonnen und Säuglingen mit abgehackten Händen in Belgien wurden von Historikern zwar nachträglich als eindeutige Lügen entlarvt, aber während des Ersten Weltkrieges glaubte fast jeder Engländer diese bösartigen Propagandageschichten, die fast täglich in den Zeitungen veröffentlicht wurden.
Die Greuelgeschichte vom kanadischen Soldaten, den die Deutschen angeblich an einem Scheunentor kreuzigten, bezeichnete der kanadische Kriegsminister Sir Sam Hughes später während einer Parlamentsrede als "glänzend geglücktes Garn", daß von ihm damals gebilligt wurde, um Kriegsfreiwillige anzuwerben (x063/490). Rachsucht, Gewinnstreben, gegenseitige Schmähungen und unwahre Propagandaberichte belasteten noch lange nach Kriegsende die Bemühungen um eine ehrliche Versöhnung und Völkerverständigung.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Greuelpropaganda" (x051/225): >>Greuelpropaganda (-hetze, -märchen), Bezeichnung für bewußte Falschmeldungen über Verbrechen des Gegners im Krieg.
Im Prinzip schon immer ein Mittel der psychologischen Kriegführung, wurde Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg insbesondere auf alliierter Seite so massiert eingesetzt, daß die Glaubwürdigkeit erheblich litt und damit die beabsichtigte Wirkung ausblieb oder gar in das Gegenteil umschlug, wenn offenkundige Lügen entlarvt wurden.
Bekannteste Beispiele waren die Behauptung, deutsche Soldaten hätten – auf ausdrückliche und detaillierte Anweisung Kaiser Wilhelms II. – belgischen Kindern die Hände abgehackt, sie vergewaltigt und gefoltert, oder z.B. die Meldung des "Daily Telegraph" vom März 16, Österreicher hätten 700.000 Serben vergast (sic!).
Diese Greuelpropaganda sollte sich im Zweiten Weltkrieg als beste Tarnung der SS für den Völkermord der Endlösung erweisen. Noch im Sommer 44 weigerten sich höchste alliierte Stellen (u.a. J. Pehle, Direktor des US-Kriegskomitees für Flüchtlinge) mit Hinweis auf die Greuelpropaganda, Meldungen über Gaskammern in Auschwitz zu glauben. Verzweifelte Zeugen wie Gerstein stießen auf eine Mauer des Unglaubens, die durch die Ungeheuerlichkeit der Berichte nur stabiler wurde; deutsche Dementis waren wesentlich erfolgreicher. Die verhängnisvollen Folgen der Greuelpropaganda sind bis in die neonazistische Szene zu spüren (Auschwitzlüge).<<

**"Mittelmächte" und "Ententemächte"**

Den "Mittelmächten", Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich (ab Oktober 1914) und Bulgarien (ab Oktober 1915), mit rd. 155 Millionen Einwohnern, standen die "Ententemächte", 30 Länder mit rd. 1.365 Millionen Einwohnern, gegenüber (x038/1.915/1.916).
Weder Österreich-Ungarn noch das Deutsche Reich (Heeresstärke 1913 = 662.000 Soldaten) waren militärisch und wirtschaftlich auf einen längeren Krieg vorbereitet. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn besaßen höchstens Lebensmittelvorräte für 1 Jahr und wurden nach dem Kriegsbeginn schnell von kriegswichtigen Rohstoffen abgeschnitten.
Da die deutsche Heeresleitung zwangsläufig den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen mußte, entschied man sich nach alter preußischer Tradition für eine offensive Kriegsführung, um schnelle Entscheidungen zu erzwingen.

Das Deutsche Reich mußte vom Kriegsausbruch bis zum Ende die militärische Hauptlast des Krieges tragen. Österreich-Ungarn konnte sich vielfach nicht auf seine Truppen verlassen, die aus vielen Völkerschaften bestanden. Auch die Türken und Bulgaren waren ständig auf deutsche Unterstützung angewiesen. Die deutschen Truppen waren zwar stärker als jeder einzelne europäische Gegner, aber trotz der Allianz mit den Mittelmächten viel zu schwach, um alle Feinde gleichzeitig zu schlagen.
Während die britischen und französischen Armeen der politischen Führung unterstellt wurden, gab es im Deutschen Reich keine einheitliche Führung. Kaiser Wilhelm II., der zwischen den Politikern und der deutschen Heeresleitung vermitteln sollte, scheiterte.
**Frankreich:** Léon Jouhaux (Sekretär des allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes) ruft am 4. August 1914 zur Kriegsteilnahme auf (x041/11): >>Im Namen all der Arbeiter, die schon zu ihren Truppen abgegangen sind und die wie ich morgen abgehen werden, erkläre ich, wir gehen auf das Schlachtfeld mit dem Willen, den Angreifer zurückzuschlagen.<<
**Großbritannien:** Die britische Regierung beendet am 4. August 1914 die diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich (gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung).
Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George berichtet damals über die Stimmung der europäischen und der englischen Bevölkerung (x041/10): >>Die Bevölkerung wurde vom Kriegsfieber gepackt. In sämtlichen Hauptstädten schrie sie nach Krieg. Die älteren Staatsmänner bemühten sich mit schwachen Kräften, den Krieg zu verhindern, während die Jugend der untereinander rivalisierenden Länder vor ihren Türen ungeduldig nach dem sofortigen Krieg verlangte. ...
Ich werde nie die kriegslustigen Massen vergessen, die sich in Whitehall versammelten, während das Kabinett über die Alternative Frieden oder Krieg beriet ... (Es fanden sich) zahllose Scharen junger Menschen in Westminster ein, um für den Krieg gegen Deutschland zu demonstrieren.<<
**06.08.1914**
**Deutsches Reich:** Serbien erklärt dem Deutschen Reich am 6. August 1914 den Krieg.
Später gehen z.B. noch folgende Kriegserklärungen an das Deutsche Reich:
Japan (23.08.1914), Italien (28.05.1915), USA (06.04.1917 = Beginn des Ersten Weltkrieges).
In Europa bleiben nur die Niederlande, die Schweiz, Spanien und die skandinavischen Länder bis zum Kriegsende neutral.
**Ostkrieg:** Polnische Truppen (Führung: Pilsudski) marschieren am 6. August 1914 aus Galizien in ehemalige polnische Gebiete ein.
**07.08.1914**
**Westkrieg:** Ein 24jähriger deutscher Soldat, der bereits im September 1914 fallen wird, schreibt am 7. August 1914 (x056/318): >>Lieber Vater, gute Mutter, ... es wird gut sein, wenn Ihr Euch schon jetzt voll tapferen Mutes und fester Selbstbeherrschung mit dem Gedanken vertraut macht, daß Ihr mich ... nicht wiederseht. ...
Jedenfalls habe ich die Absicht, draufzugehen "wie Blücher". Das ist jetzt einfach unsere Pflicht. Und die Stimmung ist jetzt allgemein so unter den Soldaten. Es ist eine Lust, mit solchen Kameraden zu ziehen. Wir werden siegen! Das ist bei solch kraftvollem Willen zum Sieg gar nicht anders möglich. ...
Seid stolz, daß Ihr in solcher Zeit und solchem Volke lebt und daß Ihr auch mehrere Eurer Lieben in diesen stolzen Kampf mitsenden dürft.<<
**19.08.1914**
**Ostkrieg:** Zahlenmäßig überlegene russische Truppen greifen das Deutsche Reich unerwartet früh an und dringen am 19. August 1914 in Ostpreußen ein. Obgleich sich die deutschen Einheiten erbittert zur Wehr setzen, ist die russische "Dampfwalze" nicht aufzuhalten. Die deutschen Truppen müssen den Rückzug antreten.

Alexander Solschenizyn berichtet später über den russischen Einmarsch in Ostpreußen im Jahre 1914 (x063/486): >>... Die bärtigen Bauern in ihren Kompanien kamen aus dem Staunen nicht heraus - wie bringen die Deutschen es fertig, ihre Wirtschaft so instand zu halten, daß man keine Spuren von Arbeit sieht, daß einfach alles so tipptopp dasteht? Wie können sie sich in solcher Reinlichkeit bloß frei bewegen? ...
Sie waren durch Polen gezogen, das war ein gewohnter Anblick, ... doch von der deutschen Grenze verwandelte sich alles, wie durch einen Schlag mit dem Zauberstab. Die Saaten, die Straßen, die Häuser - alles war hier anders, als wären sie nicht aus dieser Welt. Die gepflegten Wälder, die Dörfer, die Alleen waren schön - ja, selbst noch die Scheunen, die Stallungen für das Vieh! ...<<
Im Verlauf der russischen Offensive kämpfen am 19. August 1914 erstmalig polnische Wehrpflichtige aus Polen unter "fremden Fahnen" gegeneinander.
Die tschechischen Soldaten kämpfen zunächst für Österreich-Ungarn. In den ersten Kriegsmonaten desertiert nur ein geringer Teil und läuft zum Feind über (x063/468). Die Alliierten stellen erst ab 1916/17 "tschechische Legionen" auf.
**Deutsches Reich:** Kaiser Wilhelm erklärt am 19. August 1914 vor dem Ausrücken des ersten Garde-Regiments in Berlin (x267/28): >>Unser alter Ruhm ist ein Appell an das deutsche Volk und sein Schwert. Und das ganze deutsche Volk bis auf den letzten Mann hat das Schwert ergriffen.
Und so ziehe Ich denn das Schwert, das Ich mit Gottes Hilfe jahrzehntelang in der Scheide gelassen habe. (Bei diesen Worten zog der Kaiser das Schwert aus der Scheide, hielt es hoch über seinem Haupte und fuhr fort:) Das Schwert ist gezogen, das Ich ohne siegreich zu sein, ohne Ehre nicht wieder einstecken kann, und ihr alle sollt und werdet Mir dafür sorgen, daß es in Ehren wieder eingesteckt werden wird. Dafür bürgt ihr Mir, daß ich den Frieden Meinen Feinden diktieren kann.
Auf in den Kampf mit den Gegnern, und nieder mit den Feinden Brandenburgs! Drei Hurras auf unser Heer! (Und dann fügte der Kaiser hinzu:) Und jetzt wollen wir sie dreschen!<<

**20.08.1914**

**Rußland:** Der französische Botschafter in Sankt Petersburg schreibt am 20. August 1914 (x261/205): >>Der jetzige Krieg gehört nicht zu denjenigen, die durch einen politischen Vertrag beendet werden; ... es ist ein Krieg auf Leben und Tod, in welchem jeder Kämpfende seine nationale Existenz aufs Spiel setzt. ...<<
**Westkrieg:** Ein deutscher Soldat schildert am 20. August 1914 den ersten Anblick eines Schlachtfeldes (x267/29): >>Der Vormarsch des nächsten Tages führte bei Sonnenaufgang über das noch nicht aufgeräumte Schlachtfeld. Namentlich auf einem von der Marschstraße durchquerten Areal von (der) Größe von wohl zwei Quadratkilometern hatte die bayerische Artillerie ungemein saubere Arbeit getan. ... Verwüstung und Zerstörung, zertrümmertes Gerät und Gefährt waren kaum zu sehen. Toter lag bei Totem.
Im Chausseegraben, den wohl eine feindliche Nachhut behauptet hatte, hielten die Leichen Schulter an Schulter oft noch das Gewehr im Anschlag. ... Nicht Schützen, sondern Züge und Kompanien hatte ... unsere Artillerie erschlagen, während die nachdrängende Infanterie dem abziehenden Feind noch fern gewesen sein mußte, da kein Feldgrau auf dem blau und rot gesprenkelten Leichenfeld zu sehen war. ...<<

**26.08.1914**

**Ostkrieg:** Bei der Schlacht von Tannenberg (größte Einkreisungsschlacht der damaligen Kriegsgeschichte) erringen die deutschen Truppen (Führung: Generaloberst Paul von Hindenburg und Generalmajor Erich Ludendorff) glänzende Siege. Obgleich die russische Narew-Armee zahlenmäßig überlegen ist (191.000 Russen gegen 156.000 Deutsche), werden die russischen Truppen am 26. August 1914 nach kühnen Offensiven in Ostpreußen eingeschlossen

und bis zum 30. August 1914 bei Tannenberg entscheidend besiegt. Etwa 92.000 russische Soldaten geraten in deutsche Kriegsgefangenschaft (x104/268).
Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" berichtet damals über den deutschen Sieg bei Tannenberg (x269/169): >>Die Schlacht bei Tannenberg, in dem unter dem Generalobersten von Hindenburg eine ganze russische Armee, bestehend aus 5 Armeekorps vernichtet wurde, ist eine der glänzendsten Waffentaten aller Zeiten.
Vom Abtransport der riesigen Gefangenenmenge wird folgende lustige Episode erzählt. In einem überfüllten Eisenbahnzug konnten mehrere russische Offiziere nicht anders als in einem Wagen 4. Klasse untergebracht werden.
Die russischen Offiziere protestierten heftig, worauf ihnen der Leiter des Gefangenentransports trocken entgegnete: "Ja, meine Herren, Sie müssen schon entschuldigen, auf einen derartigen Andrang waren wir nicht vorbereitet!" ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Erich Ludendorff (x051/362): >>Ludendorff, Erich, geboren in Kruszewnia bei Posen 9.4.1865, gestorben in Tutzing 20.12.1937, deutscher General; bei Kriegsausbruch 1914 Oberquartiermeister bei der 2. Armee, 21.8.14 Generalstabschef der 8. Armee unter Hindenburg.
Die Siege bei Tannenberg und an den Masurischen Seen über die Russen begründeten Ludendorffs Mythos und seine steile Karriere zum Generalstabschef des Heeres, am 29.8.16 zum Ersten Generalquartiermeister und zu einer Art Militärdiktator. Auf ihn ging der Sturz von Reichskanzler Bethmann Hollweg zurück, er setzte den uneingeschränkten U-Boot-Krieg durch und forderte sofortigen Waffenstillstand, als seine letzten Offensiven 1918 gescheitert waren.
Am 26.10.18 entlassen, kämpfte Ludendorff nach dem Krieg mit seiner Popularität gegen die Republik, schürte die Dolchstoßlegende und putschte zusammen mit Hitler am 9.11.23. Im Gegensatz zum NSDAP-Führer freigesprochen, zog Ludendorff 1924 in den Reichstag ein, kandidierte 1925 erfolglos für das Amt des Reichspräsidenten und wandte sich 1928 endgültig vom Nationalsozialismus ab.
Zusammen mit seiner zweiten Frau Mathilde, geborene Spieß, verwitwete Kemnitz (1877-1966), hatte er 1925 den Tannenbergbund gegründet, dessen "deutscher Gotterkenntnis" er sich fortan ganz widmete. Obwohl Ludendorff sich öffentlich gegen Hitler stellte (31.1.33 Telegramm an Hindenburg), blieb er unbelästigt und erhielt 1937 ein pompöses Staatsbegräbnis.<<

**August 1914**

**Rußland:** Der russische Zar kündigt im August 1914 die Autonomie Polens an (x061/433).

**03.09.1914**

**Ostkrieg:** In Ostgalizien verbluten die oftmals nur mangelhaft ausgerüsteten österreichisch-ungarischen Truppen bereits während der ersten russischen Angriffsschlachten. Sie können die "russische Dampfwalze" nicht lange aufhalten, müssen am 3. September 1914 Lemberg aufgeben und den Rückzug antreten.
Die Kämpfe in Ostgalizien (August bis September 1914) fordern auf österreichisch-ungarischer Seite etwa 300.000 Tote und Verwundete (x065/356).
Nach dieser Katastrophe geraten die österreichisch-ungarischen Truppen ständig an allen Fronten in große Schwierigkeiten, die sie oftmals nur mit deutscher Waffenhilfe überstehen. Die österreichisch-ungarischen Truppen können während des Ersten Weltkrieges eigentlich nur die Kampffront gegen Italien mit eigenen Kräften halten.

**05.09.1914**

**Westkrieg:** Nach schweren Schlachten (30.08.-5.09.1914) stoßen die siegreichen deutschen Truppen über die Marne in Richtung Paris vor. Als Paris gefährdet wird, flüchten im September 1914 rund 800.000 Zivilisten aus der französischen Hauptstadt. Die französische Regie-

rung flieht ebenfalls und zieht überstürzt nach Bordeaux um (x054/178).
**Ententemächte:** England, Frankreich und Rußland verpflichten sich am 5. September 1914, keinen Sonderfrieden zu schließen (Vertrag zu London).

**09.09.1914**

**Westkrieg:** Ein 24jähriger deutscher Soldat, der bereits am 24. September 1914 sterben wird, schreibt am 9. September 1914 (x056/318): >>Immer noch diese fürchterliche Schlacht nun schon den vierten Tag. ...
(Ich) schreibe in einem grabartigen, etwa 40 cm tiefen selbstgeschaufelten Lager der Schützenlinie. Die Granaten schlugen vor und hinter uns so häufig ein, daß man es als ein Geschenk Gottes betrachten muß, wenn man heil davonkam. ...<<
**Deutsches Reich:** Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg schreibt am 9. September 1914 an Staatssekretär Clemens Delbrück (x243/10): >>1. Frankreich. Abtretung von Belfort, des Westhangs der Vogesen, des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne. ... Abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey. ... Kriegsentschädigung ... muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten 18 bis 20 Jahren erhebliche Mittel für Rüstungen aufzuwenden. ... Ein Handelsvertrag der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt. ...
2. Belgien. Angliederung von Lüttich ... an Preußen. ... Belgien ... (muß) zu einem Vasallenstaat herabsinken. ...
4. ... Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch ... Zollabmachungen ... unter deutscher Führung. ...
5. ... Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs. ...
6. Holland. ... Erwägen, ... (wie) Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reich gebracht werden kann. ...<<

**10.09.1914**

**Westkrieg:** Während der großen Marne-Schlacht (5.-12.09.1914) verliert die deutsche Heeresleitung, die sich weit hinter der Kampffront befindet, völlig die Übersicht, so daß der von der deutschen Heeresleitung entsandte Oberstleutnant Richard Hentsch in der Nacht vom 10. zum 11. September 1914 trotz deutscher Überlegenheit den Rückzug hinter die Aisne erteilt (x054/178).
Nach dem sogenannten "Wunder an der Marne" erstarren allmählich alle Fronten von Basel bis zur Nordsee. Durch den frühzeitigen Schützengraben- und Stellungskrieg scheitern letzten Endes alle deutschen Operationspläne. Der Krieg ist bereits zu diesem Zeitpunkt verloren (x099/37).

**13.09.1914**

**Westkrieg:** Ein französischer Soldat, der im April 1915 fallen wird, schreibt am 13. September 1914 an seine Mutter (x261/215-216): >>... Hier ist Krieg; hier betreten wir den Ort des Entsetzens. Wir haben die Dörfer Frankreichs, in denen der Friede schlummerte, verlassen. Jetzt ist alles nur noch gewaltsame Bewegung. Hier sieht man die ersten unmittelbaren Opfer des Krieges.
Die Soldaten: Blut, Schmutz und Schlamm, Verwundete. Diejenigen, denen wir zuerst begegnen, sind am leichtesten verwundet: Wunden an den Armen, den Händen. Bei den meisten bemerkt man deutlich neben der Müdigkeit und den Schmerzen ein Gefühl wahrer Erleichterung, weil sie noch leidlich gut davongekommen sind.
Weiter in der Gegend der Verbandstellen, Verscharren von Toten; 6 sind es, auf 2 Karren ausgestreckt. Flach daliegend, in zerrissenen Kleidern verloren, führt man sie in eine am Fuße eines Kruzifixes offene Gruft. Priester tun eher Kriegsdienst als Gottesdienst, denn auch sie sind als Soldaten eingezogen. Etwas Stroh und Weihwasser darüber und wir ziehen weiter.
Im Grunde sind diese Toten doch zu beneiden. Sie sind gepflegt gestorben. Was soll man von

denen sagen, die weiter vorn liegen und verschieden sind nach Nächten von Todeskampf und Verlassenheit!
... Von diesem Sturme wird uns ein endloses Verlangen nach Mitleid, Brüderlichkeit und Güte verbleiben.<<

**15.09.1914**

**Ostkrieg:** An den Masurischen Seen wird die russische Njemen-Armee vom 6. bis zum 15. September 1914 vernichtend geschlagen und verläßt fluchtartig die Provinz Ostpreußen.

**20.09.1914**

**Westkrieg:** Ein 24jähriger deutscher Soldat, der bereits am 24. September 1914 sterben wird, schreibt am 20. September 1914 (x056/318): >>Ich kann es selbst noch nicht recht fassen, ... ich bin (verwundet) auf dem Wege zu Euch und zur Heimat. Oh, was bin ich glücklich, wieder eine lichtere Welt zu sehen als diese Welt des Schreckens. ...<<

**26.09.1914**

**Westkrieg:** Der deutsche Journalist und Schriftsteller Hermann Löns (1866-1914), der als Kriegsfreiwilliger am Ersten Weltkrieg teilnimmt, fällt am 26. September 1914 bei seinem ersten Sturmangriff gegen französische Truppen.
Hermann Löns verfaßt vor seinem Tode im Jahre 1914 den Text des Soldatenliedes "Es blühen die Rosen ..." (x846/...):
>>Es blühen die Rosen,
die Nachtigall singt,
mein Herz ist voll Freude,
voll Freude es springt.
Ein Reiter zu Pferde,
so reit' ich durch's Land
für Kaiser und König
und Vaterland.

Im Wirtshaus am Wege,
da kehren wir ein
und trinken ein Gläschen
vom funkelnden Wein.
Ei, du Hübsche, du Feine,
komm setz' dich zu mir,
ein Ringlein von Golde,
das schenk' ich dir.

Und ist sie geschlagen,
die blutige Schlacht,
und haben wir Frieden
mit Frankreich gemacht,
dann bind' ich den Schimmel
wieder hier an,
denn treu ist, ja treu ist
der Reitersmann!<<

**13.10.1914**

**Frankreich:** Der russische Botschafter berichtet am 13. Oktober 1914 über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Delcassé in Paris (x239/204): >>Mit dem Vorbehalt, daß es jetzt noch zu früh sei, "das Fell des Bären zu verkaufen", ... gab Delcassé zu, daß es nicht sinnlos wäre, unter Verbündeten die gegenseitigen Ansichten und Wünsche beizeiten klarzu-

stellen.
Er sei überzeugt, daß dabei zwischen Rußland, Frankreich und England keine Unstimmigkeiten entstehen könnten. ... Für sich suche Frankreich in Europa keine Gebieteserwerbungen, natürliche mit Ausnahme der Rückgabe Elsaß-Lothringens. In Afrika strebe es ebenfalls nach keinen neuen Erwerbungen und werde sich mit der Berichtigung einiger kolonialer Grenzen begnügen.
Sodann sei das Hauptziel Frankreichs – und darin seien alle drei verbündeten Mächte völlig solidarisch – die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Man müsse es so machen, daß die einzelnen deutschen Staaten selbst daran interessiert seien.
Von den Einzelheiten der künftigen Organisation Deutschlands zu sprechen, sei noch verfrüht. England werde wahrscheinlich die Wiederherstellung eines selbständigen Hannovers verlangen, und dem würden sich natürlich weder Rußland noch Frankreich widersetzen. Schleswig und Holstein müßten an Dänemark fallen. ...
England suche ebenfalls keine Erwerbungen in Europa, werde aber kolonialen Zuwachs auf Kosten Deutschlands verlangen. ...
Was Rußland betreffe, so ... werde Rußland natürlich die Freiheit der Meerengen ... fordern und hier werde Rußland volle Unterstützung bei Frankreich finden. ...<<

**27.10.1914**

**Westkrieg:** Ein 20jähriger deutscher Soldat, der im August 1915 fallen wird, schreibt am 27. Oktober 1914 (x267/58): >>O fürchterliche Minuten!
Man fürchtet den Tod und könnte in solche Stunden den Tod herbeisehnen aus Entsetzen vor dieser Art des Todes. – Zwei Sturmangriffe mitgemacht; möchte keiner mehr folgen! Nichts sehnlicher als dieser Wunsch neben dem, gesund nach Hause zu kommen.
Wohin ist aller Mut geschwunden? Wir haben genug vom Kriegführen. Nicht feige braucht man zu sein, aber das Menschliche empört sich gegen diese Unkultur, dieses grauenhafte Schlachten! Weg, weg mit diesem Krieg! ...<<

**Oktober 1914**

**Osmanisches Reich:** Das Osmanische Reich tritt im Oktober 1914 an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ein.

**02.11.1914**

**Osmanisches Reich:** Nach türkisch-russischen Seegefechten am 2. November 1914 erhält das Osmanische Reich bis zum 5. November 1914 die russische, französische und britische Kriegserklärung.

**05.11.1914**

**Westkrieg:** Ein 21jähriger deutscher Soldat, der später fällt, schreibt am 5. November 1914 (x191/8): >>Ihr könnt Euch ja gar nicht ausmalen, wie so ein Schlachtfeld aussieht, man kann's nicht beschreiben, und schon heut' wo es erst einen Tag hinter uns liegt, schon heut' will ich's selbst kaum glauben, daß soviel viehische Barbarei und unsägliches Elend möglich ist.
Schritt für Schritt muß erstritten werden, alle hundert Meter ein neuer Schützengraben, und überall Tote, reihenweise! Alle Bäume zerschossen, die ganze Erde metertief zerwühlt von schwersten Geschossen, und dann wieder Tierleichen und zerschossene Häuser und Kirchen, nichts, nichts auch nur annähernd noch brauchbar!
Und jede Truppe, die zur Unterstützung vorgeht, muß kilometerweit durch dieses Chaos hindurch, durch Leichengestank und durch das riesige Massengrab. ...<<

**15.11.1914**

**Deutsches Reich:** Der deutsche Schriftsteller Otto von Traube (1879-1973) schreibt am 15. November 1914 über die voraussichtlichen Folgen des Ersten Weltkrieges (x267/66): >>Pes-

simistisch bin ich des Krieges wegen nicht. Die Fortschritte sind langsame, aber sichere; pessimistisch bin ich nur darüber, was hernach sein wird.
Das alte Europa wird nicht mehr sein: "der Europäer" ein Wort sein aus der Vorzeit; ähnlich wie "Ichthyosaurier" (Meerestiere des Erdmittelalters).
Haß gegen Haß werden es weiter scheiden und teilen ...<<

**21.11.1914**

**Osmanisches Reich:** Obgleich die Jungtürken keine fanatischen Anhänger des Islams sind, verkünden sie am 21. November 1914 feierlich den Dschihad ("Heiliger Krieg" der Mohammedaner gegen Andersgläubige). Jeder Ungläubige, der sich nicht dem Islam beugen will, soll sterben.

**USA:** Bernhard Dernburg berichtet am 21. November 1914 in einer Artikelserie der damals auflagenstärkste US-Wochenzeitschrift "The Saturday Evening Post" über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x1.035/…): >>**Deutschland und England: das eigentliche Problem**

England hat einen großen Seehandel erschaffen und enorme Besitzungen in Übersee erworben, und es fühlte sich in seiner Vormachtstellung sicher. Nur in Bezug auf die Vereinigten Staaten war es beunruhigt, die - bis Deutschland am Horizont als Großmacht auftauchte - von ihr behandelt wurden wie Deutschland vorm Kriege. Jetzt aber fühlte es, daß seine absolute Macht in Gefahr war.
Selbst in seinem eigenen Herrschaftsgebiet erzielt es einen sehr großen Anteil am Geschäft nur mit ausländischer Hilfe. Die meisten der großen Bankiers, von Rothschild abwärts, sind deutscher Herkunft; das gesamte englische Kreditwesen wäre zusammengebrochen, wenn die englischen Machthaber Baron Schröder nicht gezwungen hätten, innerhalb von vier Stunden englischer Staatsbürger zu werden; das Diamanten- und Goldgeschäft ist in den Händen von anglisierten Deutschen; es gibt eine große Beteiligung im Bereich von Produktionsunternehmen. Die Engländer können ohne deutsche Angestellte nichts anfangen.

**Deutscher Aufschwung als Problem für England**

Ich erinnere mich an eine Rede des Vorsitzenden der Londoner Handelskammer, Lord Southwark, nicht länger zurückliegend als letzten Juni (1914), in der er sagte: "Ihr Deutschen überholt uns, weil ihr sechzehn Prozent mehr arbeitet als wir und weil ihr den Sonnabend nicht als Feiertag betrachtet."
Die Deutschen lernen sämtliche Sprachen, während Engländer dies sehr selten tun. Wenn ein Engländer einen Stenographen sucht, um einen portugiesischen Brief nach Brasilien zu schreiben, muß er sich einen deutschen Schreiber nehmen.
Die deutsche Handelsmacht wurde in der gesamten Welt durch die Tatsache begründet, daß die Deutschen mit den Leuten in deren eigener Sprache sprechen, deren nationale Gefühle respektieren und ihre nationalen Bedürfnisse herausfinden und an sie genau das liefern, was sie zu erhalten wünschen. Der Deutsche sagt nicht "Wir können dies nicht tun" oder "Ihr müßt unsere Standards übernehmen", sondern führt sorgsam ihre Bestellungen aus, entsprechend den besten wissenschaftlichen Methoden und deshalb zum besten Preis.
Die deutsche Stahlindustrie hat, wegen ihrer verbesserten Methoden, einen großen Anteil am englischen Handel erlangt. Deutsche Maschinen sind, die Textilindustrie ausgenommen, effektiver als englische Maschinen. Der Bereich der elektrischen Industrie ist von England zugunsten Amerikas und Deutschlands vollständig aufgegeben worden.
Heute werden Farbstoffe über Amerika und Kanada zurück nach England verschifft. Deutsche eigenentwickelte Medikamente haben den Weltmarkt erobert, und die deutsche Konkurrenz ist überall zu spüren.
Sodann gibt es auch einen spürbaren Zuwachs an deutschen Schiffen, ungeachtet der Tatsache, daß praktisch sämtliche im Passagierbereich tätigen englischen Gesellschaften zur Hälfte pleite sind. Während die International Mercantile Marine Company die Zahlungen eingestellt

hat und die großen Linienschiffe der Cunard Line nur durch Zuschüsse überleben können, wurde von Deutschland eine recht prachtvolle Handelsmarine aufgebaut mit Schiffen, die im Komfort und in der Größe jedes beliebige von Englands Werften vom Stapel gelassene Schiff übertreffen. Selbst in das Geschäft der Bedarfsschifffahrt, des Rückgrates der englischen Schifffahrt, sind die Deutschen in umfangreichem Maße vorgedrungen.

Während also der Handel von Großbritannien und Irland seit 1870 von zwei Milliarden Dollar auf fünfeinhalb Milliarden stieg, ist der Deutschlands von einer auf fünf Milliarden gestiegen - mit anderen Worten, während Deutschlands Handel jetzt das Fünffache dessen beträgt, was er im Jahre 1870 betrug, beträgt der englische Handel nur das Zweiundeinhalbfache des einstigen Umfangs. Für eine Handelsnation wie England ist dies eine sehr ernste Situation. Sie betrifft das Herzstück der Existenz der Nation.

**Krieg gegen Deutschland als Lösung für England**

Demzufolge stand Großbritannien vor der Alternative, bessere Arbeitsgewohnheiten, verbesserte Maschinen, bessere Ausbildung, bessere Fremdsprachenkenntnisse zu erlangen - was heißt: fleißiger, weniger luxuriös und arbeitsamer zu sein - oder zu kämpfen.

Aber England war nicht daran gewöhnt, seine eigenen Kämpfe durchzustehen, ausgenommen mit der Flotte. Seine anderen Kollegen, deren Wohl ihm Herzensangelegenheit war, konnten für England in den Kampf ziehen, es war für England also nicht sehr schwer, seine Wahl zu treffen.

Das ist die wirkliche Erklärung für den gegenwärtigen Krieg.

Die Richtigkeit dieses Blickwinkels wird erwiesen durch die ständigen Aufforderungen Englands an Amerika, ihm dabei zu helfen, vom deutschen Handel loszukommen, eine Idee, die auf den amerikanischen Geist abstoßend wirkt.

Es war also nicht Deutschlands Militarismus, den England fürchtete, sondern den deutschen Handel und Handelsverkehr, welche es nicht zerstören konnte, wegen der dahinterstehenden Militär- und Flottenmacht.

**Deutschland verteidigt sich**

Deutschland wird jetzt von sieben Nationen angegriffen.

Es kämpft moralisch für seine Freiheit und für sein Dasein. Gegen niemanden empfindet es Groll. Es ist in seinen Ansprüchen maßvoll und will lediglich seinen Platz unter der Sonne behaupten.

Es tritt ein für Chancengleichheit, eine Politik der offenen Tür und weltweit offenen Handelsverkehr.

Es ist weder hunnisch noch barbarisch, wie die Amerikaner von den 25 Millionen Deutschen oder Deutschamerikanern erfahren haben werden, die in ihrer Mitte leben.

Deutschland ist auf Expansion aus, allerdings auf friedliche Weise, eine auf höhere Gewinne zielende Art und Weise, wodurch die Tüchtigeren und Arbeitsameren gewiß sein können, Erfolg zu haben. Dies ist für die ganze Welt von Interesse.

Deutschlands Bilanz ergibt vierundvierzig Jahre Frieden, und es hat niemals den Besitz seiner Nachbarn begehrt. Was also den moralischen Aspekt betrifft, schneidet es von den sich jetzt im Krieg befindenden Nationen am besten ab.

*Übersetzung aus dem Englischen: Thomas Kuzias. Erstveröffentlichung in: IfS intern Nr. 16/Juli 2014. …*

*The Saturday Evening Post, damals auflagenstärkste Wochenzeitschrift der USA, veröffentlichte im Herbst 1914 eine Artikelserie über den Ersten Weltkrieg. Darin sollten prominente Vertreter Frankreichs, Englands und Deutschlands den amerikanischen Lesern den Krieg aus der Perspektive des jeweiligen Landes erklären.*

*Den ersten Artikel verfaßte am 12. November der Engländer Arnold Bennett; der ehemalige französische Ministerpräsident Clemenceau folgte am 24. Oktober. Der deutsche Beitrag von*

*Bernhard Dernburg erschien am 21. November. Aus diesem Beitrag bringen wir den Schluß, in dem Dernburg die aus seiner Sicht wirklichen Gründe für den englischen Kriegseintritt darstellt. Der Artikel erschien aufgrund seiner Popularität im Jahre 1915 unter dem Titel "Search-Lights on the War" in den USA auch als Broschüre.*
*Bernhard Dernburg, aus einer jüdischen Familie stammend, war als Bankier, Aufsichtsrat und Kolonialbeauftragter früh international vernetzt. In der Weimarer Republik war er kurzzeitig Finanzminister und Vizekanzler sowie 10 Jahre lang Reichstagsabgeordneter der linksliberalen DDP, die er mitbegründet hatte. …<<*

**November 1914**

**Westkrieg:** Ein 23jähriger deutscher Soldat, der später fällt, schreibt im November 1914 (x191/8): >>Seit 8 Tagen im Schützengraben, einer Ruine, in der bei Regenwetter das Wasser rauscht und alles von Lehm und Dreck starrt und die auch Schutz gegen das furchtbare Granatfeuer geben soll. Kleine Menschenarbeit gegen gewaltige Kräfte. Noch lebe ich - ...
Bittet um gut Wetter und Essen für mich. Hunger und Regen sind die schlimmsten Feinde. Ihr ahnt ja nicht, was es heißt, tagelang, wochenlang im Schützengraben liegen, im feindlichen Feuer leben.
Nie wieder kann ich im Café bei einer Siegesnachricht gedankenlos Hurra schreien. Oh, die armen Patrioten!<<

**Dezember 1914**

**Ententemächte:** Die Alliierten beherrschen Ende Dezember 1914 alle Weltmeere und verstärken die Fernblockade gegen das Deutsche Reich. Nur in der Ostsee wird der deutsche Handelsverkehr aufrechterhalten.

**1914**

**Europa:** Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später in seinem Buch "Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands" über den Ersten Weltkrieg (x313/292-299): >>... Niemals vorher sah die Welt eine solche gigantische Materialschlacht wie während des Ersten Weltkrieges. Und niemals vorher starben so viele Menschen wie in diesem schrecklichen Krieg. ...
Als am 28. Juni 1914 der österreichische Thronfolger von einem Serben ermordet wurde, der damit die Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Nationalitäten innerhalb Österreich-Ungarns in das öffentliche Bewußtsein heben wollte, flog das Pulverfaß in die Luft.
Deutschland versicherte Österreich-Ungarn sofort, man stünde, komme was da wolle, an der Seite des deutschen Bruderstaates, sollte es zu einem Krieg kommen.
Also trat Österreich-Ungarn gegen Serbien in den Krieg ein. Serbien wiederum war durch einen Pakt mit Rußland geschützt, das jetzt ebenfalls mobil machte. Rußland seinerseits war Frankreich in einem Pakt verbunden - und Frankreich (mit) England. Eine Kettenreaktion setzte ein.
Mit anderen Worten: England, Frankreich, Rußland und Serbien befanden plötzlich mit Österreich-Ungarn und Deutschland im Krieg. (Später traten zahlreiche weitere Nationen in den Krieg ein, aber so gestaltete sich der Beginn.)
Die Menschen in Deutschland jubelten, als sie in den Krieg zogen. Man nahm an, alles werde lediglich ein "Spaziergang". Blumen steckten in den Gewehrläufen und hübsche Frauen warfen Kußhände, als Eisenbahnwaggons mit deutschen Soldaten (in) Richtung Front abfuhren.
Auf den Waggons standen flotte Sprüche wie "Auf in den Kampf, mir juckt die Säbelspitze" oder "Nach Paris!" Hunderttausende meldeten sich freiwillig.
Der deutsche "Blitzkrieg", der zuerst Frankreich lahmlegen sollte, wurde jedoch vor Paris jäh gestoppt. Dank englischer und französischer Truppen wandelte sich der Krieg schon bald zu einem mörderischen Stellungskrieg.
Die Heere krallten sich förmlich in ihren Stellungen in den Boden. Drahtverhaue und Schüt-

zengräben beschrieben die Situation auf beiden Seiten. Ein Durchbruch durch die Linien war praktisch unmöglich, gelang er einmal kurzzeitig, forderte das unvorstellbare Menschenopfer.
Doch nicht nur an der Westfront geriet der Krieg zu einem Stellungskrieg, sondern auch an der Ostfront, wo die Russen standen.
Zwei Jahre lang wurden nun auf beiden Seiten geschossen und gemetzelt, ohne daß sich die Fronten bedeutsam bewegten. Man warf seine gesamte Wirtschaftskraft in die Waagschale, legte kostspieligste Rüstungsprogramme auf und setzte alle Finanzreserven ein.
Man zog auch Zivilisten in den Krieg hinein, denn sie mußten Waffen und Munition herstellen; selbst Frauen arbeiteten auf einmal in Rüstungsbetrieben.
Schon nach relativ kurzer Zeit wurden in Deutschland die Lebensmittel knapp. Die Regierung gab Lebensmittelkarten an die deutsche Bevölkerung aus, das Essen wurde also rationiert.
Zusätzlich wurden weitere Länder in diesen unseligen Krieg hineingezogen: Die Türkei hatte sich schon im Jahre 1914 auf die Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns geschlagen, so daß nun auch im Vorderen Orient gekämpft wurde, im heutigen Irak und Israel. 1915 trat Italien in den Krieg ein und unterstützte die Franzosen, Russen und Engländer. Außerdem wurde in den deutschen Kolonien in Afrika gekämpft, im Südatlantik und im Pazifik.
Im Jahre 1916 beschloß die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL), mit Ludendorff und Hindenburg an der Spitze, an der Westfront die Wende erzwingen. Es kam zu einer verheerenden Materialschlacht bei Verdun (Frankreich), in deren Verlauf die unvorstellbare Zahl von 700.000 Menschen starb.
Trotzdem bewegte sich nichts.
Im Jahre 1917 schließlich hagelte es Kriegserklärungen aus aller Welt - an Deutschland und Österreich gerichtet. Zahlreiche Länder traten in den Krieg ein, so etwa Bolivien, Brasilien, China, Kuba, Griechenland, Japan, Liberia, Panama, Persien, Peru, Portugal, Rumänien, Uruguay und noch ein paar Staaten mehr, die Partei für die "Feinde" ergriffen.
Ein echter Weltkrieg entspann sich, in den drei Viertel der Erdbevölkerung verwickelt wurden.
Als sich sogar die USA einmischten, schien der Anfang vom Ende gekommen. Denn die Vereinigten Staaten waren in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht haushoch überlegen.
Doch auf deutscher Seite flackerte noch einmal Hoffnung auf: An der Ostfront, genauer gesagt in Rußland, war es zu inneren Unruhen gekommen. Hunger und Unzufriedenheit hatten auch hier Einzug gehalten, die Menschen murrten wider den Zar.
Die russische Wirtschaft war zusammengebrochen, es mangelte an Roh- und Brennstoffen und auf dem Land fehlte es an Pferden und Bauern. Arbeiter demonstrierten auf den Straßen.
Mit einem Wort: Die Revolution stand vor der Tür.
Genervt und überfordert trat der Zar zurück.
In Deutschland rieb man sich die Hände.
Eine neue russische Regierung trat auf den Plan. Sie bestand im Jahre 1916 aus zwei Flügeln: der rechten gemäßigten, konservativen Provisorischen Regierung und dem linken Petrograder Sovet (russisch sovet = Rat, das Wort "Sowjets" wurde hieraus gebildet; Petrograd = heute Sankt Petersburg). In diesem Sankt Petersburger Rat waren die Bolschewiki nur eine Splittergruppe. Trotz ihrer minimalen Größe hatten sie sich selbst jedoch den Namen Bolschewiki (= Mehrheitler) gegeben.
In Deutschland war klar: Man mußte das Feuer schüren, solange es heiß war. Hinter den Kulissen und unbemerkt von allen kam es zu dem seltsamsten Bündnis, das man sich vorstellen kann: Einem Bündnis zwischen dem deutschen Kaiserreich und einem russischen Revolutionär namens Lenin!
Kurz gesagt unterstützte das deutsche Kaiserreich jetzt diesen Lenin, der im Exil in der Schweiz festsaß. In einer hochgeheimen Aktion erlaubte man Lenin, in einem deutschen Gü-

terzug durch Deutschland über Finnland in Rußland einzureisen, nachdem man ihm die Hände gesalbt, also mit ordentlichen Bestechungsgeldern versehen hatte.
Er sollte für weitere Unruhe hinter den Linien zu sorgen, der neuen russischen Regierung die Hölle heiß zu machen, Öl in das Feuer zu gießen und Aufstände zu entfachen. Deutschland half den Bolschewiki hierbei mit Munition und Waffen und insgesamt 26 Millionen Mark, nach heutigem Wert rund 80 Millionen Euro.
"Lenins Eintritt in Rußland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch", drahtete im Jahre 1917 der Leiter des deutschen Nachrichtendiensts in Stockholm an den Generalsstab nach Berlin. Lenin wurde jetzt in Rußland aktiv, der Berufsrevolutionär sorgte geschickt für weitere Unruhen: Der rhetorisch hochbegabte, scharfzüngige Marxist propagierte unermüdlich seine Parolen und rührte die Trommel für die "kommunistische Weltrevolution". Deutschland unterstützte Lenin nach Kräften. Weitere Züge aus der Schweiz mit Hunderten von Revolutionären wurden heimlich nach Rußland geschleust. Die zerstörerische Propaganda in Rußland erreichte unvorstellbare Ausmaße.
Lenin und seine Helfershelfer forderte nun lautstark Frieden sowie ein Um- und Neuverteilung des Landes. Die Basis und der Einfluß der Bolschewiki vergrößerten sich, weitere deutsche Gelder halfen Lenin, Leute zu kaufen und Bestechungsgelder in die richtigen Taschen zu stecken.
Schließlich stürzte die konservative Provisorische Regierung. Lenin trat in dem geschickt herbeigeführten Tumult schnell an die Spitze der russischen Regierung Damit begann eine schreckliche Zeit für das Land: die kommunistische Diktatur.
Aber in Deutschland jubelte man zu diesem Zeitpunkt: Der neue Sowjetstaat schloß 1917 Frieden mit Deutschland - einen Frieden, der Deutschland viele Gebiete überließ. Der Mann, der diesen Frieden auf russischer Seite diktierte, war Lenin, ein Mann, den man selbst bezahlt hatte!
Deutschland fühlte sich als Sieger. ...
Auf der anderen Seite waren ... die USA in diesen massenmörderischen Krieg eingetreten. ...
Kein Geringerer als der damalige Marineminister Winston Churchill hatte einen Coup besonderer Güte gelandet, um die Vereinigten Staaten von Amerika zum Kriegseintritt zu bewegen - obwohl die USA eigentlich neutral waren und die Bevölkerung dort von einem Krieg nichts wissen wollte.
Wie gelang es Churchill, den US-Präsidenten und mit ihm das amerikanische Volk auf die Seite Englands zu ziehen?
Das hatte mit der Lusitania zu tun - einem britischen Passagierschiff und Luxusdampfer, der im Zuge des Krieges von England als "bewaffneter Hilfskreuzer" in die britische Kriegsflotte aufgenommen worden war.
Dieses Schiff mußte kriegswichtiges Material, wie Waffen und Munition, von New York nach Liverpool bringen. Damit es von den deutschen U-Booten angegriffen wurde, fälschte man die Papiere. Man fuhr unter "neutraler Flagge" und transportierte angeblich keinerlei Waffen, obwohl das nicht der Wahrheit entsprach. Offiziell fuhr man lediglich amerikanische Passagiere spazieren, VIPs, Urlaubsreisende und Weltenbummler.
Als die kaiserliche deutsche Botschaft von dem Schwindel Wind bekam, warnte sie Washington - vergebens. Die Lusitania überquerte im Jahre 1917 mit 1.258 Passagieren und 701 Besatzungsmitgliedern, 1.248 Kisten Granaten, 4.927 Kisten mit Gewehrpatronen und 2.000 Kisten Munition für Handfeuerwaffen den Atlantik. Das deutsche U-Boot U 20 entdeckte den Dampfer und gab Feuerbefehl. Die Lusitania wurde getroffen und sank nach 18 Minuten. 1.198 Menschen kamen ums Leben, darunter 94 Kinder und 287 Frauen. Unter den Opfern befanden sich auch rund 125 Amerikaner.
Das war eine der größten Schiffskatastrophen der Geschichte!

In England und den USA schrie man auf. Was unterstanden sich die Deutschen? Was dachten sie sich dabei, ein friedliches Schiff zu versenken, auf dem sich neutrale Amerikaner befanden?
Um es kurz zu machen: Die US-amerikanische Öffentlichkeit, die gewonnen werden mußte, wenn man die Vereinigten Staaten in den Krieg treiben wollte, war verunsichert. Natürlich wurde das Ereignis in den Medien der USA und Englands nicht der Wahrheit gemäß dargestellt. Die Tatsache des Munitions- und Waffentransportes verschwieg man wohlweislich.
Der alte Fuchs Winston Churchill rieb sich die Hände. Ein erstklassiger PR-Coup war geglückt, die amerikanische Öffentlichkeit begann, auf seine Linie einzuschwenken. Der größte Verbündete, den man sich vorstellen konnte, dachte darüber nach, in den Krieg einzutreten.
Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson besaß jetzt einen Hebel, mit dem er ansetzen konnte. Zweimal wurde Deutschland in scharfem Ton aufgefordert, die Versenkung der Lusitania als Verbrechen zu verurteilen. Das zweite Mal kam die Aufforderung einem Ultimatum gleich.
Winston Churchill jubelte in England.
Später gestand Churchill ein, daß er gezielt auf eine Verschärfung des U-Boot-Krieges hingearbeitet hatte, ohne jedoch in seinen Erinnerungen konkreter zu werden.
Die Akten des British Navel Intelligence Departments (= der britische Geheimdienst der königlichen Marine) bezüglich dieses Vorfalls befinden sich noch heute (!) unter Verschluß und unterliegen der Geheimhaltung.
Deutschland dachte nicht daran, sich zu entschuldigen. Es ist bis heute nicht geklärt, ob sich nicht deutsche Spione auf der Lusitania befanden, die die Wahrheit nach Berlin weitergegeben hatten. In Deutschland ging man jedenfalls davon aus, daß der "Feind" Kinder und Frauen nur als Schutzschilde in diesem Krieg benutzte. Und so erklärte Kaiser Wilhelm II. den unbegrenzten U-Boot-Krieg.
Damit trat die stärkste Macht der Welt, die USA, auf Seiten der Gegner Deutschlands im Jahre 1917 in den Krieg ein. ...
Mit einem Mal kam es im deutschen Reichstag und damit hinter der deutschen Front zu Protesten gegen den Krieg. Mahnende Stimmen plädierten für Frieden. Aber das Gespann Hindenburg/Ludendorff, die führenden Generale, scherten sich nicht um demokratische Stimmen oder die Vernunft. Sie setzten nun alles daran, auch im Westen eine Entscheidung zu erzwingen.
Zu Beginn des Jahres 1918 waren die Amerikaner nur mit bescheidenen Streitkräften auf Frankreichs Boden gelandet, doch die deutschen U-Boote konnten in der Folge den weiteren Transport der US-Soldaten nicht verhindern. Trotzdem entschloß sich Ludendorff, noch einmal alles auf eine Karte zu setzen.
Das Ziel war die endgültige "Niederwerfung Frankreichs". Eine blutige Schlacht, die alle bisherigen Schlachten in den Schatten stellte, wurde in Szene gesetzt - mit unvorstellbaren Verlusten auf beiden Seiten - um die Linie der französisch-englischen Streitkräfte zu sprengen. Da geschah das Wunder: Deutsche Truppen erzwangen den Durchbruch.
Die OHL jubelte. Der Angriff wurde immer weiter ins Feindesland hineingetrieben, doch den Engländern und Franzosen gelang es, die Lücke wieder zu schließen. Erneut erstarrte der Kampf im Grabenkrieg. Ludendorff suchte verbissen einen zweiten und dritten Durchbruch zu erreichen. Wieder gelang er teilweise: Es wurden viele feindliche Waffen erbeutet und ein erheblicher Geländegewinn erzielt.
Aber die Kraft des deutschen Heeres war inzwischen erschöpft. Starke französische und frische amerikanische Kräfte drängten die Deutschen zurück, plötzlich standen 1,8 Millionen Amerikaner auf Seiten der Feinde, während das deutsche Westheer inzwischen auf 1 Million zusammengeschrumpft war.

Noch aber wollten Ludendorff und Hindenburg nicht aufgeben. Wieder verbiß man sich in einem Stellungskrieg, als die Gegenseite die Initiative ergriff. Die Amerikaner schlugen im Verbund mit den Engländern und Franzosen erbarmungslos zu. Das Ergebnis? Das deutsche Westheer wurde unaufhaltsam, Stück für Stück, zurückgedrängt.
Gleichzeitig erreichten die Oberste Heeresleitung schlechte Nachrichten von anderen Fronten. Als sich zusätzlich der Zerfall des österreichisch-ungarischen Kaiserreiches ankündigte, wußte man im deutschen Lager, daß der Krieg verloren war.
Um die Ehre der Armee zu retten, knobelte Ludendorff einen infamen Plan aus: Der Waffenstillstand sollte nicht von der OHL unterbreitet werden, sondern von den deutschen demokratischen Parteien, die man dafür im Gegenzug künftig an der Regierung beteiligen würde. Den deutschen Parteien (Liberalen, der SPD und dem Zentrum) sollte die Schuld für den verlorenen Krieg in die Schuhe geschoben werden.
Aber die "Feinde", also die USA, England und Frankreich, waren nicht mehr an einem Waffenstillstand interessiert, man forderte die Kapitulation. Ludendorff zog sich geschwind aus der Affäre, indem er seine Entlassung einreichte. In Deutschland, so wußte er, brodelte es an allen Ecken und Enden, in Österreich-Ungarn zeichnete sich der Sturz der Monarchie ab. Eine Revolte machte sich außerdem in Wilhelmshaven und Kiel breit, wo Soldaten den Gehorsam verweigerten und nach russischem Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte forderten.
Der Krieg war verloren - an der Westfront genauso wie an anderen Fronten, die die Türken und die Deutschen in verschiedenen Teilen der Welt gehalten hatten und ebenfalls politisch und im Innern Deutschlands.
Die Kanonen hörten auf zu donnern, der Erste Weltkrieg war beendet.<<
**Westkrieg:** Der deutsche Offizier und Schriftsteller Josef von Lauff (1855-1933) verfaßt im Jahre 1914 den Text des Soldatenliedes "Als wir nach Frankreich zogen ..." (x846/...):
>>1. Als wir nach Frankreich zogen,
Wir waren unser drei:
Ein Schütze und ein Jäger
Und ich, der Fahnenträger
Der schweren Reiterei.

2. Drei Brüder und drei Herzen,
Der Fahne folgten sie.
Zu Lüttich auf dem Plane,
Da flüsterte die Fahne:
"Herr Jesus und Marie!"

3. Und als wir weiter zogen,
Wir waren unser zwei:
Ein Bückeburger Jäger
Und ich, der Fahnenträger
Der schweren Reiterei.

4. Zwei Brüder und zwei Herzen
Begrüßten Tau und Tag.
Am Abend purpurfarben
Zu Longwy in den Garben
Die Fahne "Amen" sprach.

5. Und als sie "Amen" sagte,

Riß noch ein Herz entzwei:
"Ade, mein lieber Jäger,
Dich grüßt der Fahnenträger
Der schweren Reiterei!"

6. "Ach Mutter, liebste Mutter,
Nur fest auf Gott gebaut!
Noch tut die Fahne schweben,
Die mir auf Tod und Leben
Mein Kaiser anvertraut."

7. Und flüstert sie einst leise:
"Nun gilt es dir, Gesell!",
Dann folgt der Fahnenträger
Dem großen Trommelschläger
Zum himmlischen Appell.<<

**Rußland:** Thomas G. Masaryk (1850-1937, ab 1918 tschechoslowakischer Staatspräsident) und der russische Außenminister Sasonow diskutieren im Jahre 1914 über die "Wiedergewinnung" des Sudeten- und Burgenlandes (slawischer Korridor der künftigen Tschechoslowakei nach Jugoslawien - x025/93).

**Osmanisches Reich, Armenien:** Als sich 1914/15 ca. 20.000 Armenier freiwillig der russischen Armee anschließen, um die russische Front im Kaukasus zu verteidigen, beginnen in Armenien die größten und blutigsten Verfolgungen aller Zeiten. Für den vermeintlichen Landesverrat der armenischen Überläufer ("türkische Dolchstoßlegende") muß das zurückgebliebene Volk der Armenier (rd. 1,8 Millionen Menschen) schon bald furchtbar büßen.

**Spanien:** Spanien bleibt im Ersten Weltkrieg neutral. Spaniens Wirtschaft zählt zunächst zu den Gewinnern des Krieges und steigert ab 1914 seine Rohstofflieferungen an die Kriegsmächte.

Im Jahre 1914 wird mit der Gründung der Mancomunitat de Catalunya in Katalonien erstmals seit 200 Jahren wieder ein politisches Organ geschaffen, um Teile des politischen Lebens unabhängig von der spanischen Zentralregierung zu regeln. Diese politische Selbstverwaltung bleibt jedoch nur bis 1925 bestehen.

**Frankreich:** US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärt während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden … Business - einzig und allein …<<

**USA:** Ein japanischer Unternehmer berichtet im Jahre 1914 in einer US-Zeitschrift über das besondere Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Japan (x067/70): >>In Japan besteht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Sozialbeziehung, die es in Ihrem Land nicht gibt.

Es ist dies die Beziehung zwischen dem Lehnsherrn und seinem Vasallen. Japan stand jahrhundertelang unter einem Lehnswesen, in dem derjenige, der roku (eine jährliche Bezahlung) gab, der Herr war, der Empfänger dieses roku war der Lehnsmann.

Diese alten Feudalbeziehungen zwischen dem Geber und dem Nehmer sind in unserem Land noch nicht gänzlich verschwunden, obwohl sie sich nun allmählich auflösen, da die Arbeitskräfte heute für Geldlohn arbeiten. Aber selbst heute noch darf der Lohnzahler etwas von die-

ser alten Einstellung des Herrn annehmen ... und zwar dem gegenüber, den er bezahlt. ...
Die fortschrittlicheren japanischen Arbeitgeber erkennen, daß ihre Interessen mit denen ihrer Arbeitnehmer übereinstimmen, daher geben sie ihnen alles, was in ihrer Macht steht. Die Kawasaki-Werft, deren Präsident ich jetzt bin, schickt von Zeit zu Zeit die besten Arbeiter nach Europa und nach Amerika, damit sie dort mehr über ihre Arbeit erfahren, und wer von dort wieder heimkommt, erhält bei uns eine vergleichsweise wichtige Position.
Arbeitskämpfe sind in unserem Land glücklicherweise sehr selten. Streiks gibt es nur manchmal und Aussperrungen praktisch überhaupt nie.
Ich persönlich habe den Arbeitern in unserer Firma immer gepredigt, daß ich als Präsident nicht nur gehalten bin, die Interessen des Kapitals, sondern auch die der Arbeiterschaft zu berücksichtigen, daß die Harmonie zwischen diesen beiden Elementen ganz wesentlich ist, wenn das Ganze erfolgreich sein soll, und daß ich von jedermann erwarte – vom Vorarbeiter bis hinunter zum kleinsten Handlanger -, daß er mir hilft, die Interessen des Unternehmens zu fördern.
Meine Männer, so scheint mir, sind von dieser Idee beeindruckt, und aus diesem Grund haben sie auch noch nie gestreikt.<<

**1915**

> Wir töten, wie man uns befahl, mit Blei und Dynamit, für Vaterland und Kapital, für Kaiser und Profit.
> *Erich Mühsam (1878-1934, deutscher Politiker und Schriftsteller)*

**03.01.1915**

**Westkrieg:** Ein 25jähriger deutscher Soldat, der bereits am 15. Januar 1915 fallen wird, schreibt am 3. Januar 1915 (x267/91-92): >>... Ganz eigenartig war Silvester hier. Es kam ein englischer Offizier mit weißer Fahne herüber und bat um Waffenruhe von 11 bis 3 Uhr zur Beerdigung der Toten (kurz vor Weihnachten waren hier heftige feindliche Angriffe gewesen, wobei die Engländer viele Tote und Gefangene verloren hatten). Sie wurde gewährt.
Es ist schön, daß man nicht mehr die Leichen vor sich liegen sieht. Die Waffenruhe aber wurde ausgedehnt. Die Engländer kamen aus ihren Graben heraus in die Mitte, tauschten Zigaretten und Fleischkonserven, auch Photographien aus mit den Unsern ... So herrscht vollständige Ruhe, die einem seltsam vorkommt. Wir und sie gehen und stehen auf der Deckung, über dem Graben. -...
Silvester riefen wir uns die Zeit zu und verabredeten, um 12 Uhr Salven zu schießen. Der Abend war kalt. Wir sangen Lieder, sie klatschten Beifall (wir liegen 60-70 Meter gegenüber), wir spielten Mundharmonika, dazu sangen sie und wir klatschten. Dann fragte ich, ob sie nicht auch Musikinstrumente da hätten, und dann kriegten sie einen Dudelsack vor (es ist die schottische Garde mit den kurzen Röcken und nackten Beinen), sie spielten ihre schönen elegischen schottischen Lieder darauf und sangen auch.
Um 12 Uhr knatterten Salven von beiden Seiten in die Luft! Dazu ein paar Schüsse unserer Artillerie, ich weiß nicht wohin die schossen, die sonst so gefährlichen Leuchtkugeln prasselten auf wie ein Feuerwerk, mit Fackeln wurde geschwenkt und Hurra geschrien. Wir hatten uns einen Grog gebraut und tranken den mit einem Hoch auf Kaiser Wilhelm und das neue Jahr. Es war rechtes Silvester, wie im Frieden.<<

**15.02.1915**

**Rußland:** Am 15. Februar 1915 erläßt die russische Regierung ein Gesetz, daß die zwangsweise Enteignung aller Balten-Deutschen ermöglicht (x035/326). Danach beginnt im Baltikum die systematische Zwangsenteignung des deutschen Landadels und der deutschen Großgrundbesitzer.
In Estland und Lettland besitzen die Deutsch-Balten fast 60 % des gesamten Landes. In Litau-

en gibt es damals vorwiegend nur russische und polnische Großgrundbesitzer, die mehrheitlich nicht enteignet werden.
Nachdem man die deutsch-baltische Führungsschicht nach über 700 Jahren Vorherrschaft endgültig ausgeschaltet hat, verzichten die Russen trotzdem nicht ganz auf die Deutschen. In Estland und Lettland stellen die Deutschen z.B. noch jahrelang die Oberbefehlshaber der Kriegsmarine (Admiral von Salza und Admiral von Keyserling).
Obgleich fast alle Rußland-Deutschen nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges widerstandslos in das russische Heer einrücken und loyal ihre Pflichten erfüllen, erklärt man die Volksdeutschen grundsätzlich zu russischen Staatsfeinden. Ab 1915 läßt Zar Nikolaus II. ca. 250.000 Volksdeutsche aus Wolhynien nach Sibirien und in die Baschkiren-Steppe verschleppen. Im Verlauf des russischen Bürgerkrieges (1918-21) kommt dort fast die Hälfte aller volksdeutschen Verschleppungsopfer um (x035/326).

**18.02.1915**

**Osmanisches Reich:** Die türkische Regierung erteilt offiziell den Befehl, alle im Osmanischen Reich wohnenden Armenier zu vernichten.
Ein Mitglied des jungtürkischen Zentralkomitees schreibt am 18. Februar 1915 an Djemal Bey, den türkischen Befehlshaber in Adema/Kilikien (x081/92): >>... Das Komitee ... hat die Ausrottung aller in der Türkei wohnenden Armenier beschlossen, keiner darf lebend entschlüpfen, und das Komitee hat der Regierung in diesem Sinne weitgehende Vollmacht erteilt. Die Regierung wird den Walis (oberste Verwaltungsbeamte einer türkischen Provinz) und den Heerführern die notwendigen Anweisungen für die Erledigung der Massaker geben.<<

**22.02.1915**

**Westkrieg:** Ein französischer Soldat, der im April 1915 fallen wird, schreibt am 22. Februar 1915 an seine Mutter (x261/216): >>Teure, vielgeliebte Mutter, ich will Dir die Güte Gottes und das Entsetzen auf Erden erzählen. ...
Um drei Uhr wurde der Sturm entfesselt: Sprengen von 7 Minengängen unter den Schützengräben des Feindes; es war wie ein fernes Donnern. Dann machten die 500 Geschütze einen Höllenlärm, währenddessen wir losgestürmt sind. ...
Die Nacht brach an, als wir uns in den eroberten Stellungen festsetzten. Die ganze Nacht war ich tätig, um für die Sicherheit unserer Truppen, die bis dahin wenig gelitten hatten, Vorkehrungen zu treffen. Ich mußte weite nächtliche Strecken zurücklegen, auf denen ich die Toten und Verwundeten beider Parteien antraf. Mein Herz neigte sich über alle, ich hatte aber nur Worte für ihren Jammer.
Morgens wurden wir mit ernstlichen Verlusten bis zu unseren früheren Stellungen zurückgetrieben; aber am Abend haben wir wieder angefangen: wir haben von unseren eroberten Stellungen wieder alles zurückgewonnen und auch hierbei habe ich meine Pflicht getan. ...
Der Hauptmann hat mich bei sich behalten und ich habe ihm den Plan unserer Stellung entworfen. Er teilte mir mit, daß er entschlossen sei, mich im Armeebefehl nennen zu lassen, als er vor meinen Augen fiel.
Dann habe ich während der dreitägigen fürchterlichen Beschießung auch den Dienst der Versorgung mit Patronen eingerichtet und aufrechterhalten, wobei ich 5 Mann verloren habe. Unsere Verluste sind entsetzlich, die des Feindes noch schlimmer. Du kannst dir nicht vorstellen, geliebte Mutter, was der Mensch dem Menschen anzutun vermag. ...
Endlich nach 5 Tagen des Entsetzens, die uns 1.200 Opfer gekostet haben, sind wir aus diesem Ort der Greuel zurückgezogen worden. Das Regiment ist im Armeebefehl genannt.
Liebe Mutter, wer wird das Unerhörte der Dinge, die ich gesehen haben, erzählen, wer wird aber von den sicheren Wahrheiten reden, die ein solcher Sturm entdecken läßt? ...<<

**Februar 1915**

**Ostkrieg:** Nach dem 2. Russeneinfall (November 1914) siegen die deutschen Truppen im Fe-

bruar 1915 bei der Winterschlacht in Masuren (über 100.000 russische Gefangene). Die Russen werden danach endgültig aus Ostpreußen vertrieben.

**06.04.1915**

**Westkrieg:** Ein französischer Soldat schreibt am 6. April 1915 (seinem Todestag) an seine Mutter (x261/216): >>Teure innig geliebte Mutter, jetzt stehen wir bereit auf der äußersten Stellung.
Ich sende dir meine volle Liebe. Was auch geschehen mag, das Leben hat uns manch Schönes gegeben. ...<<

**22.04.1915**

**Westkrieg:** Die Deutschen setzen am 22. April 1915 an der Kampffront in Westflandern zum ersten Mal giftiges Chlorgas ein. Bei diesem Gasangriff in der Nähe von Ypern (Belgien) sterben etwa 5.000 alliierte Soldaten und 10.000 erleiden schwere Vergiftungen. Dieser Gasangriff wird später damit begründet, daß die Franzosen bereits vorher ähnliche Kampfstoffe eingesetzt hätten (x175/120).

**25.04.1915**

**Osmanisches Reich:** Der türkische Innenminister Talaat Bey läßt am 25. April 1915 in Konstantinopel alle "gefährlichen Armenier" verhaften. Anschließend "verschickt" man etwa 600 Abgeordnete, Akademiker, Geistliche oder angesehene, reiche Armenier nach Kleinasien. Obgleich Talaat Bey den Häftlingen mitteilen läßt, daß es sich nur um eine "vorläufige Sicherheitsmaßnahme" handelt, kehren später nur 8 Armenier nach unsäglichen Leiden zurück (x081/97).

**26.04.1915**

**Ententemächte:** Die Ententemächte versprechen den Italienern am 26. April 1915 in London für einen "Frontwechsel" nach Kriegsende folgende Gebietsgewinne (x092/746): >>Tirol bis zum Brenner, Istrien mit der Stadt Triest sowie Görz, Teile der dalmatischen Küste; die Inseln Rhodos und den Dodekanes, Verwaltung von Kolonialgebieten der Mittelmächte ...<<

**April 1915**

**Schweden:** Thomas Mann (1875-1955, deutscher Schriftsteller und Nobelpreisträger 1929) warnt bereits im April 1915 vor der "deutschen Katastrophe".
Thomas Mann schreibt im Svenska Dagbladet (x063/530): >>Deutschland ist ja nicht nur eine physische Macht, es ist vor allen Dingen ein großes seelisches Faktum, ein integrierender Bestandteil des europäischen Geistes, ohne welchen Europa anders aussähe – unbedeutender höchstwahrscheinlich, aber jedenfalls anders. ...
Deutschland darf nicht gedemütigt, es darf in seinem Innern nicht zerbrochen, im Glauben an sich selbst durch einen Triumph des west-östlichen Bündnisses nicht verwirrt und erschüttert werden: das darf nicht sein, nicht nur um der deutschen, sondern auch um der europäischen Zukunft willen ...<<

**03.05.1915**

**Italien:** Da Österreich alle italienischen Gebietsforderungen starsinnig ablehnt (deutsche Vermittlungsversuche bleiben erfolglos), entscheidet sich Italien für das "gute Angebot" der vermeintlich stärkeren Ententemächte und kündigt am 3. Mai 1915 den mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn geschlossenen "Dreibund".

**07.05.1915**

**Großbritannien, USA:** Ein deutsches U-Boot versenkt am 7. Mai 1915 vor der Südküste Irlands den britischen Passagierdampfer Lusitania (Waffentransporter). 1.198 Menschen finden den Tod (darunter sind auch 139 US-Bürger). Obgleich die deutsche Botschaft in einigen nordamerikanischen Zeitungen rechtzeitig vor einer Fahrt mit dem bewaffneten Waffentransporter gewarnt hatte, droht Nordamerika den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen an (x041/66).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.
Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bilden sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...
Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.
Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."
Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.
Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.
Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.
Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 – sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten bestätigen, Munition für England an Bord – durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.
Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen im British Naval Intelligence Department noch immer geheimgehalten werden.
Danach drohte Präsident Wilson mit der Kriegserklärung, falls der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht eingestellt würde. Daraufhin gab Kanzler Bethmann-Hollweg im September 1915 nach. Aus Furcht vor Amerika wurde die Schlinge um den Hals der Briten gelockert.
Das aber scheint nach der Analyse von Robert O'Connel ein Fehler gewesen zu sein. Er hat 2001 gezeigt, daß die USA damals auf einen Kriegseintritt noch nicht vorbereitet waren, England hingegen, von der Zufuhr über See abgeschnitten, vor der Hungerkatastrophe stand. Bevor die USA wirksam hätten eingreifen können, wäre durch einen nachhaltigen Einsatz der

Torpedowaffe London 1916 gezwungen gewesen, Frieden zu schließen, der dann auch den Eingriff Washingtons erübrigt hätte.
Die von O'Connel angenommenen innenpolitischen Voraussetzungen für einen maßvollen Verständigungsfrieden mit Deutschland auch durch Frankreich und Rußland – Rücktritt der Regierungen aufgrund von Unruhen im Lande - stehen auf schwachen Füßen, doch wenn wir die Annahmen akzeptieren, faszinieren die Folgen. Die Turbulenzen der anschließenden Jahrzehnte in Europa entfielen ...
Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.
Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden – so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsopfer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. Dies erfordert allerdings die Zusatzannahme, daß jenes Patt die Entscheidung nicht einfach vertagt hätte, die 1914 gesucht worden war. Ein erneuter Ausbruch des Konfliktes wäre denkbar, so wie er 1939 ja tatsächlich stattgefunden hat.
Aber auch eine günstigere Folge jenes damals möglichen aber unterbliebenen Friedens kommt in Frage. Deutschland hätte eine konstitutionelle Monarchie bleiben können – allerdings mit der unter Max von Baden 1918 durch den Krieg bewirkten, im Frieden wohl verzögerten Parlamentarisierung. Die Aussichten der Donaumonarchie wären weniger günstig gewesen. sie hätte sich nach englischem Beispiel in ein Commonwealth verwandeln müssen. ...<<

**23.05.1915**

**Österreich-Ungarn:** Die "Wiener Zeitung" veröffentlicht am 23. Mai 1915 ein Manifest des Kaisers Franz Joseph I. (x267/116-117): >>An meine Völker!
Der König von Italien hat Mir den Krieg erklärt!
Ein Treuebruch, dessengleichen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreiche Italien an seinen beiden Verbündeten begangen worden.
Nach einem Bündnis von mehr als dreißigjähriger Dauer, währenddessen es seinen Territorialbesitz mehren und sich zu ungeahnter Blüte entfalten konnte, hat uns Italien in der Stunde der Gefahr verlassen und ist mit fliegenden Fahnen in das Lager unserer Feinde übergegangen.
Wir haben Italien nicht bedroht, sein Ansehen nicht geschmälert, seine Ehre und seine Interessen nicht angetastet; Wir haben Unseren Bündnispflichten stets treu entsprochen und ihm unseren Schirm gewährt, als es ins Feld zog.
Wir haben mehr getan: als Italien seine begehrlichen Blicke über Unsere Grenzen sandte, waren Wir, um das Bündnisverhältnis und den Frieden zu erhalten, zu großen und schmerzlichen Opfern entschlossen, zu Opfern, die Unseren väterlichen Herzen besonders nahegingen.
Aber Italiens Begehrlichkeit, das den Moment nutzen zu sollen glaubte, war nicht zu stillen. Und so muß sich das Schicksal vollziehen.
Dem mächtigen Feinde im Norden haben in zehnmonatigem gigantischen Ringen und in treuster Waffenbrüderschaft mit den Heeren Meines erlauchten Verbündeten Meine Armeen siegreich standgehalten.
Der neue heimtückische Feind im Süden ist ihnen kein neuer Gegner. ...
Ich grüße Meine kampfbewährten, siegerprobten Truppen, Ich vertraue auf sie und ihre Führer! Ich vertraue auf Meine Völker, deren beispiellosem Opfermute Mein innigster väterlicher Dank gebührt.
Den Allmächtigen bitte ich, daß er Unsere Fahnen segne und Unsere gerechte Sache in seine gnädige Obhut nehme.<<

**Italien:** Die italienische Regierung erklärt dem ehemaligen Bündnispartner Österreich-Ungarn am 23. Mai 1915 den Krieg.

**27.05.1915**

**Osmanisches Reich:** Die moslemischen Jungtürken ordnen am 27. Mai 1915 die Deportation der Armenier aus Anatolien in die Wüste von Mesopotamien an.

Die Jungtürken führen ihre Ausrottungspläne zielstrebig durch. Sie setzen überwiegend christenfeindliche Freischaren (Tschetas) und sonstige "Helfer" (Strafgefangene etc.) in Ostanatolien ein, um das armenische Problem endgültig zu erledigen. Auch die rebellischen Kurden, die regelmäßig die armenischen Siedlungen heimsuchen und Raubzüge durchführen, werden von den Türken informiert, daß die "Ungläubigen" (Armenier) ausgerottet werden sollen.

Im Verlauf dieser systematischen Aktionen kommt wahrscheinlich die Hälfte der etwa 2 Millionen deportierten Armenier um (x175/121).

**11.06.1915**

**Osmanisches Reich:** Der nordamerikanische Diplomat Leslie Davis (1876-1960) berichtet am 11. Juni 1915 aus der anatolischen Stadt Kharput über den Durchzug von armenischen Vertriebenen (x308/47): >>Einen erbarmungswürdigeren Anblick kann man sich nicht vorstellen. Sie sind ohne Ausnahme zerlumpt, schmutzig, hungrig und krank. Das ist nicht überraschend, da sie seit zwei Monaten marschieren, ohne die Kleider zu wechseln oder sich waschen zu können, ohne ein Obdach oder genug zu essen.

Ich habe einmal zugesehen, als ihre Nahrung gebracht wurde. Wilde Tiere könnten nicht schlimmer sein. Sie stürzten sich auf die Wachen mit der Nahrung, und die Wachen schlugen sie mit Keulen zurück, manchmal hart genug, um jemanden zu töten. Wenn man sie sah, konnte man kaum glauben, daß es Menschen waren. ...<<

**Die Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich**

Die Jungtürken wählten für die Ausrottung der Armenier bewußt die Jahre des Ersten Weltkrieges, denn während in Europa gewaltigen Materialschlachten stattfanden, die riesige Menschenverluste forderten, wurde die barbarische Verfolgung der Armenier in der übrigen Welt erwartungsgemäß kaum beachtet.

Allein in den großen Konzentrationslagern bei Meskene (östlich von Aleppo) und der Oase "Der es Zor" am Euphrat verhungerten nach türkischen Aussagen etwa 115.000 Armenier (x081/99). Etwa 0,5 Millionen Armenier wurden nach Ägypten und Syrien deportiert oder flohen nach Transkaukasien. Die restlichen 300.000 Armenier (überwiegend Frauen, Mädchen und Kinder) wurden zur Übernahme des Islams gezwungen oder als Sklaven verkauft. Nach Abschluß der "Säuberungsmaßnahmen" beschlagnahmten die türkischen Behörden das gesamte Eigentum der Armenier.

Als die Armenier in den Einöden der mesopotamischen Wüste qualvoll starben, sahen die westeuropäischen Großmächte tatenlos zu. Nach Abschluß der Gewalttaten im Osmanischen Reich bemühten sich die Großmächte nur halbherzig um die überlebenden Armenier.

Ein führender Mitarbeiter des Völkerbundes entwirft damals folgende bitterböse, sarkastische Resolution (x025/138):

>>Artikel 1: Kein Massaker an Armeniern darf durchgeführt werden, ohne das der Völkerbund einen Monat vorher entsprechend verständigt wird.

Artikel 2: Sollte sich das Massaker auch auf Frauen und Kinder erstrecken, ist der Völkerbund zwei Monate vorher zu verständigen.

Artikel 3: Sollte ein Massaker an Armeniern ohne Einhaltung dieser Formalitäten erfolgen, gilt es als nichtig und ungeschehen ...<<

Während der grausamen Armenierverfolgungen (1895-97, 1909, 1915-1916 und 1920-21) kamen etwa 1,0 Millionen Armenier um (x038/75, x175/121).

Obgleich das christliche Volk der Armenier trotz seiner überaus unglücklichen, wechselvollen

Geschichte auf eine ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken konnte und unvergeßliche Werke der Geisteswissenschaften hervorgebracht hatte, geriet das grausame Schicksal des armenischen Volkes schon bald vollkommen in Vergessenheit.
Die Türken versuchten später, die Vernichtung der Armenier mit der altbewährten "Dolchstoßlegende" (Volksverrat) zu rechtfertigen.
Ein entrüsteter deutscher Beobachter schreibt damals über den angeblichen Verrat der Armenier (x025/97): >>... daß armenische Soldaten zum Feinde übergegangen sind, mag auf Wahrheit beruhen; erscheint dies doch nur zu begreiflich nach der harten Unterdrückung. ... Ähnliches ist auch bei den Mittelmächten mit polnischen und tschechischen Regimentern geschehen, und doch hat niemand bei uns daran gedacht, dafür Unschuldige zu bestrafen, etwa die gesamte polnische Bevölkerung Deutschlands in die Ostsee zu schütten oder die tschechische Bevölkerung Österreichs auf den Pässen der Hochgebirge, den Gletschern Tirols erfrieren zu lassen. ...<<
Dr. Johannes Lepsius (1858-1926, evangelischer Theologe und Orientalist) schreibt später über den Völkermord an den Armeniern (x025/161): >>... Man darf aber nicht vergessen, daß es Religionsverfolgungen in Reinkultur niemals gegeben hat. Die Christenverfolgungen im Römischen Reich waren durch Gründe der Staatsräson diktiert, die Judenverfolgungen im Mittelalter und im Rußland der Neuzeit durch Habgier verursacht. Die Pogrome, die Mohammed selbst veranstaltete, hatten es ausschließlich auf Beute abgesehen.
Die jungtürkische Christenverfolgung, vielleicht die größte aller Zeiten, hatte die gleichen Motive: Staatsräson und Habgier.<<
Fridtjof Nansen (1861-1930, norwegischer Polarforscher und Staatsmann, Friedensnobelpreis 1922), der den europäischen Gefangenaustausch (1920) und die sowjetisch-russische Hungerhilfe (1920-23) leitet, schreibt später in seinem Buch "Betrogenes Volk" (1928 aus dem Norwegischen übersetzt) über den Völkermord an den Armeniern (x081/100-101): >>... Die türkischen Behörden vertrieben und vernichteten nicht nur die zahllosen Scharen verzweifelter Menschen, sie eigneten sich auch die gesamte Habe der armenischen Bevölkerung Anatoliens an, deren Wert in die Milliarden geht.
Alle diese Unmenschlichkeiten kommen nicht auf Rechnung des religiösen Fanatismus der Führer oder des Volkes. Die Jungtürken waren religiös gleichgültig, und es muß zum Lob der türkisch sprechenden Bevölkerung gesagt werden, daß sie nicht so schnell zu Plünderung und Mord bereit war, wie die Behörden es verlangten. An einigen Orten widersetzte sie sich sogar der "Landesverweisung" der Armenier, und mehrfach wollten die türkischen Beamten den ihnen erteilten Befehlen nicht folgen, sondern die Armenier retten. Allein mit solchen Schwierigkeiten wurden die Behörden schnell fertig, indem sie die barmherzigen Beamten entfernten oder auch ermorden ließen.
Der ganze Ausrottungsplan entsprang einzig und allein kalter politischer Berechnung; es handelte sich darum, ein Bevölkerungselement zu vertilgen, das überlegen war und das vielleicht beschwerlich werden konnte. Dazu kam noch Gier.<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Verfolgung der Armenier (x075/65): >>... Auflösung und Untergang der türkischen armenischen Gemeinschaft vollzogen sich unter den grauenvollsten Bedingungen. Und mit Beteiligung eines ganzen Verwaltungsapparates, dessen Mitglieder, wenn sie sich zurückhielten, bestraft wurden, sowie unter der mörderischen Mitwirkung vieler Kurden, ungeachtet der Tatsache, daß diese einer Ethnie angehörten, die selbst zuvor zahlreichen Massakern zum Opfer gefallen war und noch heute ausgesetzt ist.
Sie fanden weiterhin mit dem stillschweigenden Einverständnis der Kriegsgegner statt: Frankreich und Großbritannien prangerten die Verbrechen an, ohne jedoch entsprechende Vergeltungs- oder Einschüchterungsmaßnahmen einzuleiten, die dem allen hätten Einhalt gebieten

können.
Und alles geschah mit um so engerer Komplizenschaft mit dem befreundeten Deutschland: Die Regierung in Berlin befand sich in dem Dilemma, nicht als Komplize erscheinen zu wollen und gleichzeitig den türkischen Verbündeten nicht verletzten zu dürfen. Das führte dazu, daß dem Ersuchen um Tätigwerden der deutschen Diplomaten und anderer zu Zeugen gewordener Staatsangehöriger ... nicht stattgegeben wurde.<<

**Mai 1915**

**Ostkrieg:** Nach erfolgreichen deutsch-österreichischen Durchbruchschlachten müssen die russischen Truppen von Mai bis Oktober 1915 Galizien, Polen, Litauen und Kurland (außer Riga) räumen.

**10.06.1915**

**Osmanisches Reich:** In der Kemach-Schlucht kommen am 10. Juni 1915 etwa 25.000 deportierte Armenier um (x175/121).

**20.06.1915**

**Deutsches Reich:** Der deutsche Reichskanzler erhält am 20. Juni 1915 eine Denkschrift, die von 352 deutschen Hochschullehrern unterschrieben ist (x245/64-65): >>... Ganz gewiß, nicht Weltherrschaft, aber volle, der Größe unserer kulturellen, wirtschaftlichen und kriegerischen Kraft entsprechende Weltgeltung wollen wir.
Alle Ziele nationaler Sicherung auf einen Schlag zu erreichen, das mag der Überzahl unserer Feinde gegenüber nicht ausführbar zu sein. Aber bis an die äußerste Grenze des Erreichbaren sollen die mit so großen Opfern erzielten militärischen Erfolge ausgenutzt werden. ...
Mit der französischen Gefahr wollen wir, nach Jahrhunderten französischer Bedrohung und nach einem 1815 und 1870 und von 1871 bis 1915 währenden Revanchegeschrei, ein für allemal aufräumen. Nicht durch unangebrachte Versöhnungsbemühungen, denen Frankreich noch stets äußersten Fanatismus entgegengesetzt hat. Wir warnen zu diesem Punkte auf das allerdringlichste vor deutscher Selbsttäuschung. Wir müssen dieses Land um unseres eigenen Daseins willen politisch und wirtschaftlich rücksichtslos schwächen.
An unserer Ostgrenze, Grenzwall und Grundlage zur Wahrung unseres Volkswachstums, bietet es Land, das Rußland uns abtreten muß. Es muß landwirtschaftliches Siedlungsland sein, das uns gesunde Bauern, diesen Jungbrunnen aller Volks- und Staatskraft, bringt.
Kämen wir in die Lage, England, dem mit eigenen Blutopfern immer sparsamen, eine Kriegsentschädigung aufzuerlegen, kein Geldbetrag könnte hoch genug sein. Vorzugsweise mit seinem Geld hat England die Welt gegen uns aufgestachelt. Der Geldbeutel ist der empfindlichste Teil dieser Krämernation, am Geldbeutel vor allem muß sie, haben wir die Macht dazu, rücksichtslos getroffen werden. ...<<

**Juni 1915**

**Osmanisches Reich:** In Kilikien, Anatolien und in Mesopotamien beginnen im Juni 1915 die türkischen "Säuberungen".
Die völlig überraschten Armenier werden von den türkischen Soldaten ohne Vorwarnung aus ihren Häusern und Wohnungen gezerrt. Da die türkische Armee bereits die meisten Männer zum Kriegsdienst eingezogen hat, kann man die wehrlosen Frauen, Kinder und Greise leicht von Haus und Hof vertreiben. Die Armenier müssen fast ihr gesamtes Eigentum zurücklassen und werden später vollständig ausgeraubt. Jeder Bezirk wird planmäßig geräumt.
Alle Armenier müssen ihre Städte und Dörfer verlassen und werden in die arabischen Wüsten getrieben. Oftmals müssen die Armenier mehrere Hundert Kilometer, ohne Wasser und Nahrung, über unwegsame Gebirge marschieren, bis sie endlich in den arabischen Wüsten ankommen. Mit zunehmender Marschdauer lichten sich die Marschkolonnen der Todgeweihten. Trotz der unmenschlichen Strapazen erreichen noch Tausende zu Tode erschöpfte Armenier das Marschziel. Danach wartet der klägliche Rest des armenischen Volkes in den großen Wü-

stengebieten am Euphrat auf einen qualvollen Tod, der vielfach durch Seuchen beschleunigt wird.
Fridtjof Nansen (1861-1930, norwegischer Polarforscher und Staatsmann) berichtet später über diese türkischen "Säuberungen" im Juni 1915 (x081/98-99): >>... Die Unglücklichen wurden aus ihren Dörfern zu Herden zusammengetrieben und über das Gebirge nach den arabischen Wüstenebenen gejagt, wo nichts für die Aufnahme und den Unterhalt dieser Scharen hungernder und heruntergekommener Menschen vorbereitet war; für die Verpflegung unterwegs war ebensowenig Vorsorge getroffen. Es war ja die Absicht, daß, wer nicht unterwegs liegenblieb oder erschlagen wurde, desto sicherer Hungers sterben sollte.
Kaum waren die Kolonnen in Marsch gesetzt, so griffen die Gendarmen und Bewachungsmannschaften in ihrer Herzlosigkeit und Rücksichtslosigkeit zu rohester Gewalt. Was an Männern und halberwachsenen Knaben dabei war, wurde abseits geführt und niedergemacht. Frauen, Kinder und Greise wurden weiter getrieben und litten dabei unsagbar unter Hunger und Durst; das Essen war ungenügend und schlecht, wenn es überhaupt zu essen gab. Wer nur mit Mühe folgen konnte, wurde mit Peitschenhieben gejagt, bis er liegenblieb, oder auf der Stelle umgebracht.
So schmolzen die Kolonnen allmählich durch Hunger, Krankheit, Durst und Mord zusammen. Junge Frauen und Mädchen wurden geraubt, oder man veranstaltete Frauenmärkte an Orten, wo die mohammedanische Bevölkerung sich versammelt hatte: 20 Piaster (etwas über 3 Mark) für eine Jungfrau, 5 Piaster für Frauen oder Witwen. Kinder wurden meist dreingegeben. Mehrmals stürzten sich "Freischaren", Tschetas oder Kurden, auf die Kolonnen, plünderten, mordeten und vergewaltigten die Frauen.
... Statt die Opfer sofort zu töten, fügte man ihnen zuerst die unmenschlichsten Qualen aller Art zu, und dieses feige und grausame Vorgehen sollte nur den Machthabern den Schein verleihen, als handle es sich um eine "militärisch notwendige Maßnahme" ...<<

**05.08.1915**

**USA:** Die US-Publikation "The Archives of Reason" wendet sich am 5. August 1915 an die nordamerikanischen Kriegshetzer (x267/127): >>Mache einen schulterhohen Graben in deinem Garten, lasse ihn halb voll Wasser laufen und krieche hinein. Alsdann verharre darin zwei bis drei Tage ohne Nahrung. Dazu bestelle dir einen Geisteskranken, der aus geeigneter Entfernung mit Revolvern und Maschinengewehren auf dich schießt.
So hast du eine Veranstaltung, die dem Kriege völlig gleichkommt und deinem Lande sehr viel weniger kostet als die Wirklichkeit. ...<<

**28.08.1915**

**Italien:** Die italienische Regierung erklärt dem ehemaligen Bündnispartner (Deutsches Reich) am 28. August 1915 den Krieg.

**August 1915**

**Osmanisches Reich:** Enver Pascha (1881-1922, Führer der Jungtürken, Kriegsminister und türkischer Oberbefehlshaber) lehnt im August 1915 alle deutschen Hilfsleistungen für die Armenier ab, da die Türken diese Aufgabe selbst besorgen würden. Enver Pascha erklärt ferner, daß die Deutschen ihre Spenden und Geldmittel der türkischen Regierung zur Verfügung stellen können, falls sie sich unbedingt beteiligen wollen (x081/100).
Der deutsche Konsul in Erzurum berichtet im August 1915 nach Berlin (x075/62): >>Die Aussiedlung der Armenier ist nun zu einem gewissen Abschluß gekommen, das heißt, es befinden sich im Amtsbereich des hiesigen Konsulats keine Armenier mehr. ...<<

**15.09.1915**

**Osmanisches Reich:** Innenminister Talaat Bey teilt dem deutschen Botschafter am 15. September 1915 in einem Telegramm mit, daß die armenische Frage nicht mehr existiert (x081/-99): >>Es wurde schon früher mitgeteilt, daß die Regierung auf Befehl des Komitees be-

schlossen hat, alle in der Türkei wohnenden Armenier auszurotten.
Wer sich diesem Befehl widersetzt, kann nicht als Freund der Regierung angesehen werden. So bedauerlich auch die Mittel der Vernichtung sein mögen, so muß doch ohne Rücksicht auf Frauen, Kinder oder Kranke, ohne auf die Stimme der Gefühle oder des Gewissens zu hören, ihrem Dasein ein Ende gemacht werden.<<

**September 1915**

**Westkrieg:** Ein deutscher Soldat, der später fällt, schreibt im September 1915 (x191/10): >>... Dann kam die große französische September-Offensive (1915) ...
Halbbetäubt durch die ungeheuren Detonationen der schweren Granaten lagen wir in den Ruinen unserer zerschossenen Unterstände und warteten sehnsüchtig auf den französischen Sturm.
Am Morgen des 25. Septembers, nach siebzigstündigem schwerem Trommelfeuer, kamen sie endlich angestürmt, Tausende von blauen Gestalten mit aufgepflanztem Bajonett, alle in der festen Zuversicht, uns bereits tot anzutreffen, um über unsere Leichen hinwegzustürmen und endlich dem Vaterland die Freiheit zu bringen zu können. – Wenige Minuten später lagen sie fast alle als schrecklich verstümmelte Leichen vor unseren Graben ... – Dann trat die unheimliche Ruhe nach dem Sturm ein. Nur das jämmerliche Geschrei der Verwundeten war zu hören; es dauerte noch bis zum Morgen des folgenden Tages.
Endlich konnten wir uns nach den Verwundeten und gefallenen Kameraden neben uns umsehen. Traurige Bilder! Die meisten lagen verschüttet in den eingeschossenen Unterständen, viele gruben wir wieder heraus, teils noch lebend, teils tot.<<

**06.10.1915**

**Ostkrieg:** Nach dem vorzeitigen "Rückzug" im Jahre 1914 greifen am 6. Oktober 1915 österreichisch-ungarische Truppen Serbien erneut an und besetzen Belgrad (9.10.1915).
Die kampfstarken Serben kann man aber erst bis Dezember 1915 mit deutscher Waffenhilfe vollständig niederwerfen.

**17.10.1915**

**Westkrieg:** Ein 23jähriger deutscher Jurastudent, der ein Jahr später in Nordfrankreich fallen wird, schreibt am 17. Oktober 1915 (x261/215): >>... Anbei lege ich eine französische Soldatenpostkarte, die ich bitte, in meinen Kriegserinnerungen aufzuheben.
Die Karte stammt aus der Brieftasche eines gefallenen Franzosen. Überhaupt war es hochinteressant, die Briefschaften der gefallenen und gefangenen Franzosen zu studieren. Genau wie bei uns kehrt auch dort die Frage oft wieder: "Wie soll denn das noch enden?"
Zu meinem Erstaunen las ich eigentlich nie gehässige oder abfällige Bemerkungen über Deutschland oder die deutschen Soldaten. Hingegen sprach aus vielen Briefen der Angehörigen der feste Glaube an die Gerechtigkeit ihre Sache, teilweise auch Siegeszuversicht.
Mit jedem Briefe hofften Mutter, Frau, Braut, Kinder, Freunde, deren Photographien oft dabeilagen, auf fröhliche Rückkehr, auf baldiges Wiedersehen – und jetzt liegen sie alle tot und kaum verscharrt zwischen den Schützengräben und über sie pfeifen die Kugeln und singen die Granaten ihr grausiges Sterbelied.
Wohl denen, die wir oder die drüben wenigstens noch halbwegs anständig begraben konnten; noch heute aber hängen Fetzen von Menschenleibern in den Drahtverhauen. ...
Der Krieg verroht Herz und Gemüt, macht den Menschen kalt gegen alles, was ihn sonst ergriff und bewegte; und doch sind diese Eigenschaften, Härte und Unbarmherzigkeit gegen das Schicksal und den Tod notwendig für die heißen Kämpfe, zu denen der Schützengrabenkrieg führt.
Wer die ganze Tragik der mannigfachen Ereignisse, die schon der normale Tag hier bringt, auf sein Gemüt einwirken lassen will, der muß seinen Verstand verlieren oder mit hochgehobenen Armen zum Feinde überlaufen.<<

**Oktober 1915**

**Westkrieg:** Die große Herbstschlacht in der Champagne endet für die Alliierten erfolglos. Von September bis Oktober 1915 fallen etwa 300.000 Soldaten der Alliierten (x054/181).

**06.12.1915**

**Dänemark:** Der deutsche Botschafter in Kopenhagen schreibt am 6. Dezember 1915 an den Reichskanzler (x191/15): >>... Der Sieg und als Preis der erste Platz ist aber unser, wenn es gelingt, Rußland rechtzeitig zu revolutionieren und dadurch die Koalition zu sprengen. ...
Ich verkenne keineswegs die Rückwirkungen, die der Schritt auf unser innenpolitisches Leben nach sich ziehen kann.
Sind wir militärisch imstande, eine endgültige Entscheidung zu unseren Gunsten herbeizuführen, so wäre eine solche allerdings vorzuziehen, andernfalls bleibt nach meiner Überzeugung nur der Versuch, dieser Lösung, weil unsere Existenz als Großmacht auf dem Spiel steht – vielleicht noch mehr.<<

**1915**

**Westkrieg:** Hermann Albert von Gordon (1878-1939) verfaßt im Jahre 1915 den Text des Soldatenliedes "Argonnerwald, um Mitternacht ..." (x846/...):

>>1. Argonnerwald, um Mitternacht,
Ein Pionier stand auf der Wacht.
Ein Sternlein hoch am Himmel stand,
Bringt ihm 'nen Gruß aus fernem Heimatland.

2. Und mit dem Spaten in der Hand
Er vorne in der Sappe stand.
Mit Sehnsucht denkt er an sein Lieb:
Ob er sie wohl noch einmal wiedersieht?

3. Und donnernd dröhnt die Artill'rie.
Wir stehen vor der Infant'rie.
Granaten schlagen bei uns ein,
Der Franzmann will in unsere Stellung 'rein.

4. Er frug nicht warum und nicht wie,
Tat seine Pflicht wie alle sie.
In keinem Liede ward's gehört,
Ob er geblieben oder heimgekehrt.

5. Bedroht der Feind uns noch so sehr,
Wir Deutsche fürchten ihn nicht mehr.
Und ob er auch so stark mag sein,
In unsere Stellung kommt er doch nicht 'rein.

6. Der Sturm bricht los, die Mine kracht,
Der Pionier gleich vorwärts macht.
Bis an den Feind macht er sich ran
Und zündet dann die Handgranate an.

7. Die Infant'rie steht auf der Wacht,
Bis daß die Handgranate kracht,
Geht dann mit Sturm bis an den Feind,

Mit Hurra nimmt sie dann die Stellung ein.

8. Der Franzmann ruft: Pardon Monsieur!
Hebt beide Hände in die Höh',
Er fleht uns dann um Gnade an,
Die wir als Deutsche ihm gewähren dann.

9. Bei diesem Sturm viel Blut auch floß,
Manch junges Leben hat's gekost´.
Wir Deutsche aber halten stand,
Für das geliebte, teure Vaterland.

10. Argonnerwald, Argonnerwald,
Ein stiller Friedhof wirst du bald!
In deiner kühlen Erde ruht
So manches tapfere Soldatenblut.

11. Und komm' ich einst zur Himmelstür,
Ein Engel Gottes steht dafür:
Argonnerkämpfer, tritt herein,
Hier soll für dich der ew'ge Friede sein.

12. Du Pionier um Mitternacht,
Heut' steht ganz Deutschland auf der Wacht.
In Treue fest, im Wollen rein,
Als eine neue starke Wacht am Rhein !<<

**Italien:** Ein Erdbeben in den Abruzzen fordert im Jahre 1915 etwa 30.000 Todesopfer (x175/122).

**Spanien:** Franco wird von König Alfons XIII. im Jahre 1915 für seine Leistungen im Marokkokrieg zum jüngsten Major der spanischen Armee ernannt.

**Frankreich:** Masaryk, Benesch und andere tschechische Politiker planen im Jahre 1915 in Paris die Beseitigung der Habsburger und die Gründung eines tschechoslowakischen Staates (x206/25).

Masaryk schreibt im Jahre 1915 in einer vertraulichen Denkschrift für französisch-britische Politiker, daß Rußlands Wünsche und Pläne für die tschechischen Politiker entscheidend wären (x120/34).

Der französische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Henri Hauser (1866-1946) berichtet im Jahre 1915 über den Wirtschaftsaufschwung des Deutschen Reiches bis 1914 (x261/-147): >>Das arme Deutschland, das 1870 auf der ökonomischen Landkarte kaum mehr als ein weißer Fleck war, ist in wenig mehr als 40 Jahren zu einer der großen Weltmächte aufgestiegen; es ist ihm gelungen, ... nach dem Sieg auf dem Schlachtfeld im industriellen Bereich zu kämpfen und zu siegen. ...

(1914) nahm das Reich mit einem Außenhandelsvolumen von 25 Milliarden (Francs) nach England die zweite Stelle unter den Handelsstaaten der Erde ein. Es war zum zweitgrößten Erzeuger von Roheisen und Eisen geworden und übertraf damit sogar England, während es in der Weltstahlproduktion ebenfalls an zweiter Stelle stand. Seine Handelsflotte, die 1870 noch kleiner als die unsrige war, wurde 1913 lediglich von der englischen und amerikanischen übertroffen. ...

Der jährliche Verbrauch von Roheisen pro Köpf der Bevölkerung betrug 1893 weniger als 99

Kilogramm; 1899 erreichte er 155 Kilogramm; der Steinkohleverbrauch stieg von 1.940 auf 2.740 Kilogramm an. ...
In diesen 6 Jahren vollzog sich in Deutschland endgültig der Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat. Zu Beginn des 20. Jahrhundert lebten von 67 Millionen Deutschen kaum 17 Millionen von der Landwirtschaft. Jedes Jahr kehrten zahllose Bauern dem Lande den Rücken und strömten in die riesigen Fabriken. Die Städte wuchsen ganz im amerikanischen Tempo, und 45 hatten bereits zu jener Zeit mehr als 100.000 Einwohner, ganze Armeen von Arbeitern stellten sich unter das Kommando der Industriekapitäne – 15.000 bei Mannesmann, mehr als 30.000 bei Thyssen und 73.000 in verschiedenen Werken Krupps.
Das bis dahin arme Deutschland wurde mit einem Schlag reich. Sein Gesamteinkommen wurde 1895 auf 21 Milliarden Mark geschätzt; 1913 bewegten sich die Schätzungen zwischen 40 und 50 Milliarden, und das deutsche Volksvermögen wurde auf jetzt 320 Milliarden Mark taxiert. ...
Dieses gewaltige Anwachsen des Wohlstands wurde auch für den kurzsichtigen Beobachter an zahlreichen Anzeichen sichtbar. Wenn das Adjektiv "kolossal" die ihm heute eigene große Bedeutung in der deutschen Sprache erhalten hat, so liegt das an der Tatsache, daß die Entwürfe der Deutschen kolossal geworden waren, während ihre Ausführung ultraschnell vonstatten ging. ...
Unsere Perspektive ist begrenzt und kleinlich; wir entwerfen nur die nächste Zukunft; wir sehen nur 10, maximal 20 Jahre voraus; wir scheinen mit einer Art ökonomischen Kurzsichtigkeit behaftet zu sein.
Die Deutschen hingegen haben von 1880 bis 1913 in einer breiten und weitsichtigen Weise vorausgeblickt. Wenn sie ein Postamt oder eine Schule errichteten, so zogen sie nicht nur die Erfordernisse des Augenblicks in Betracht, sondern planten gemäß den möglichen Bedürfnissen von 50 Jahren später. Als sie eine Schleuse in Bremerhaven bauten, errichteten sie sie in einer Länge von 222 m; das war länger als irgendein großes Schiff der damaligen Zeit, und es bedurfte des ungeheuren Kapazitätszuwachses der Transatlantikschiffe, um die deutsche Kühnheit bei diesem Projekt nicht zu einem Irrtum werden zu lassen. ...
Noch etwas überraschte den Reisenden, ... nämlich der zunehmende Luxus: die luxuriöse Ausstattung der Wohnungen, der Möbel, der Kleidung und der Tafel. In 20 Jahren haben sich die deutschen Gewohnheiten selbst beim Mittel- und Kleinbürgertum vollkommen verändert. Der Genuß von Weißbrot und Wein wurde allgemein üblich, ebenso die Vorliebe für Kleidung aus englischem Tuch und Schnitt. Mit der Gier eines "Parvenü" (Emporkömmlings" strebte Deutschland danach, an den neuen Freuden teilzuhaben, so als betrachte es sie als Symbol für seinen endgültigen Eintritt in den Kreis der gebildeten zivilisierten Völker des Westens. ...<<
**USA:** Ein US-Ausschuß berichtet im Jahre 1915 über die Vermögenskonzentration in den USA (x058/193-194): >>1. Die Verfügungsgewalt über Fabriken, die Bergbau- und Transportindustrie ist in wachsendem Ausmaß in die Hände großer Aktiengesellschaften in der Form des Kapitaleigentums gelangt. Die Verfügungsgewalt über Kredite ist bei einer kleinen Zahl enorm mächtiger Finanzinstitute zentralisiert. Diese Finanzinstitute wiederum werden von einer kleinen Zahl von Financiers beherrscht.
2. Die amerikanische Industrie wird letztlich von einer kleinen Zahl reicher und mächtiger Finanzleute kontrolliert.
3. Am größten ist die Konzentration von Eigentums- und Weisungsrechten bei den Grundindustrien, auf deren Produktion der Wohlstand des Landes letztlich beruhen muß. ...
6. Fast ohne Ausnahme sind die Beschäftigten der großen Aktiengesellschaften (gewerkschaftlich) nicht organisiert. Das ist das Ergebnis der aktiven und angriffslustigen Anti-Gewerkschaftspolitik des Managements dieser Aktiengesellschaften. ...

8. Das Leben von Millionen Lohnempfängern ist deshalb dem Diktat einer relativ kleinen Zahl von Männern unterworfen.
9. Diese Industriediktatoren sind in der Mehrzahl gänzlich ohne Kenntnisse über jeden einzelnen der Industriezweige, die sie kontrollieren, mit Ausnahme der Finanzen, und sind gänzlich uninteressiert an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der in diesen Industriezweigen beschäftigten Menschen. Selbst wenn sie außergewöhnlich daran interessiert wären, blieben die Beschäftigten bloß Untertanen wohlwollender Industriedespoten.
10. Die Verbesserungen für Sicherheit und Hygiene ausgenommen, geben die Arbeitsbedingungen in diesen von Aktiengesellschaften kontrollierten Industrien Anlaß zu heftiger Kritik und bedrohen die Wohlfahrt der Nation.
11. Um den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verhindern, werden ausgeklügelte Spionagesysteme von den großen Aktiengesellschaften unterhalten. Sie lehnen es ab, mit den Gewerkschaften zu verhandeln; Beschäftigte, die im Verdacht stehen, Beziehungen zu Gewerkschaften zu unterhalten, werden entlassen.
12. Die Herrschaft der Männer, in deren Händen die entscheidende Kontrolle eines Großteils der amerikanischen Industrie liegt, ist nicht auf ihre Beschäftigten beschränkt, sondern weitet sich rasch zu einer Kontrolle des Bildungswesens und der "sozialen Einrichtungen" der Nation aus.
13. Diese Kontrolle erfolgt zum großen Teil über die Gründung enormer privat verwalteter Fonds mit unbestimmter Zielsetzung – im folgenden als "Stiftungen" bezeichnet – (ferner) über die Stiftung von Colleges und Universitäten, über Pensionskassen für Lehrer, über Spenden für private Wohltätigkeit als auch über die Kontrolle und Beeinflussung der öffentlichen Presse. ...
26. Im Juni dieses Jahres wurden zwei Professoren, die in ihrem Fach als Männer mit großer Begabung und vornehmem Charakter bekannt waren, aus ihren Stellungen entlassen. Ein triftiger Grund für diese Maßnahme wurde nicht bekanntgegeben. Beide waren Zeugen vor diesem Ausschuß und gaben Erklärungen ab, die auf ihrem eigenen Fachwissen und auf Erfahrungen beruhten und große Beachtung in der Öffentlichkeit fanden. ...<<

**1916**

> Aus dem Bett von Lehm und Jauche zur Attacke auf dem Bauche! Trommelfeuer - Handgranaten - Wunden – Leichen – Heldentaten – bravo, tapfere Soldaten. ...
> *Erich Mühsam (1878-1934, deutscher Politiker und Schriftsteller)*

**Januar 1916**

**Rußland:** Russische Truppen dringen in den Kaukasus ein und besetzen von Januar bis Juli 1916 Armenien.

**Osmanisches Reich:** Bei Aintab werden im Januar 1916 etwa 5.000-6.000 Armenier "in die Wüste geschickt", um qualvoll zu sterben.

**17.02.1916**

**Deutsches Reich:** Die Wochenzeitschrift "Allgemeiner Wegweiser für jede Familie" berichtet am 17. Februar 1916 über die angespannte Stimmung der deutschen Zivilbevölkerung (x267/224): >>Eine der unerfreulichsten Folgen des Krieges ist daheim die gereizte Stimmung des einzelnen gegen den anderen. Als ob auch nur einer von uns Deutschen etwas dafür könnte, daß der grausige Krieg überhaupt begonnen, und vor allem, daß er noch immer nicht beendet sei.
So berechtigt die Friedenssehnsucht ist, ihre Erfüllung läßt sich doch zurzeit nicht erzwingen, wie ja die Ereignisse seit dem großherzigen Angebot unseres Kaisers jedem Einsichtigen klar bewiesen. Es muß also weiter gekämpft und weiter durchgehalten werden.<<

**21.02.1916**

**Westkrieg:** Die deutschen Truppen führen massive Angriffe gegen die französische Festung Verdun durch, denn hier will man die französische Armee entscheidend besiegen. Trotz massiver Truppeneinsätze (50 Divisionen) scheitern jedoch alle deutschen Durchbruchversuche in der "Hölle von Verdun".
Ein deutscher Soldat, der später fällt, schreibt über die Schlacht bei Verdun (x243/9): >>... Auf die Sekunde pünktlich brüllten mehr als 1.200 Geschütze auf. Noch nie gab es das. ... Stundenlang geht das so. ... Wir schießen, schießen, schießen ohne Unterbrechung.
Mittags beginnen die Minenwerfer, ... das Getöse wird noch größer. ...
Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr steigert sich unser Artilleriefeuer zum Trommelfeuer. Unsere Batterie schießt in der Stunde etwa 200 Schuß.
Der Befehl kommt: "Von 4 Uhr 40 bis 5 Uhr Schnellfeuer."
Die Hölle bricht los, der Lärm ... ist unbeschreiblich. ...<<
Französische Soldaten schreiben damals über die "Hölle von Verdun" (x256/25): >>Verdun ist schrecklich ... weil hier der Mensch gegen Material kämpft, und mit dem Gefühl, auf die leere Luft einzuschlagen. ... Oh, wie ich die beneide, die mit aufgepflanztem Bajonett angreifen können, statt darauf zu warten, von einer Granate begraben zu werden. ...<<
>>... Wenn man von ferne das Pfeifen hört, so zog sich der ganze Körper zusammen, um der maßlosen Gewalt der Explosionswellen standzuhalten, und jede Wiederholung war ein neuer Angriff, eine neue Erschöpfung, ein neues Leiden. ...
Durch die Kugel zu sterben scheint nicht schwer; dabei bleiben Teile unseres Wesens unversehrt; aber zerrissen, in Stücke gehackt, zu Brei zerstampft zu werden, ist eine Angst, die das Fleisch nicht ertragen kann, und darin liegt im Grunde das große Leiden unter Artilleriebeschuß. ...<<
Im Verlauf der erbitterten, grauenvollen Materialschlachten erleiden beide Seiten schwerste Verluste. Während dieser strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun (vom 21.02.-16.12.1916) fallen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen (x041/63).

**15.04.1916**

**Osmanisches Reich:** Am 15. April 1916 jagen die Türken 4 Deportationskolonnen (etwa 19.000 Armenier) rund 300 km quer durch die Wüste nach Mosul (Stadt im Irak). Nur ca. 2.500 Armenier treffen nach 7 Tagen "mehr tot als lebendig" in Mosul ein.

**April 1916**

**Osmanisches Reich:** Bei Ras ul Ain sterben im April 1916 etwa 14.000 Armenier. Täglich werden etwa 300-500 Armenier aus dem Konzentrationslager abgeholt, anschließend ermordet und in einen Fluß geworfen (x081/99).
Fridtjof Nansen berichtet später über den Zustand der verschleppten Armenier (x081/100): >>... Die unseligen Schatten einstiger menschlicher Wesen, darunter viele hochgebildete Leute, aßen alles auf, was sie in die Finger bekamen. Die Gendarmen saßen völlig gleichgültig gegen diese Qualen dabei und bewachten sie, bis sie "fertig" waren. Eine vollkommene Hölle. ...
Die Armenier, die noch übrig waren, wurden vor die Wahl gestellt, zum Islam überzutreten oder zu sterben; die im Heeresdienst stehenden Armenier sollten Mohammedaner werden und sich beschneiden lassen. Alle Armenier sollten türkische Namen annehmen.
Die Zahl derer, die den Islam nahmen und sich beschneiden ließen, war groß; namentlich aber bemächtigten sich die Behörden aller Kinder, deren sie habhaft werden konnten. ...<<

**31.05.1916**

**Westkrieg:** Vor dem Skagerrak (Meeresarm der Nordsee zwischen Jütland und Norwegen) kommt es zur ersten und gleichzeitig letzten großen Seeschlacht (31.05.-1.06.1916) zwischen der deutschen Kriegsmarine und der englischen Grand Fleet.
Die Schlacht (21 deutsche Großkampfschiffe und Schlachtkreuzer gegen 37 britische Groß-

kampfschiffe) endet zwar ohne Sieger, aber die Verluste der Briten (115.000 BRT) sind fast doppelt so groß wie die deutschen Schiffsverluste (61.000 BRT, x041/65).

**24.06.1916**

**Westkrieg:** An dem Fluß Somme beginnt, unter Führung der Briten, die 1. Großoffensive (24.06.-26.11.1916) der Ententemächte mit einem gewaltigen Trommelfeuer. Der Artilleriebeschuß gegen die deutschen Stellungen dauert 8 Tage und 8 Nächte.

Obwohl die Angreifer zahlenmäßig weit überlegen sind und über wesentlich mehr Kriegsmaterial verfügen, können die deutschen Truppen ihre Stellungen am nordfranzösischen Fluß Somme fast vollständig behaupten und jeden Durchbruchversuch verhindern. Die 1. große Materialschlacht an der Somme scheitert unter riesigen Verlusten. Für eine äußerst geringfügige Einbuchtung der deutschen Somme-Front (deutscher Rückzug = nur ca. 12 km), müssen mehr als 1,0 Millionen Soldaten (über 0,4 Millionen Deutsche, 0,4 Millionen Briten und 0,2 Millionen Franzosen) im wochenlangen Trommelfeuer, durch Gelbkreuz-Gaseinsatz (Senfgas bzw. Lost) und Panzerangriffe sterben (x041/62).

**10.07.1916**

**Osmanisches Reich:** Der deutsche Botschafter telegrafiert am 10. Juli 1916 an den deutschen Reichskanzler Bethmann-Hollweg, die türkische Regierung habe sich weder durch die Vorstellungen Deutschlands noch durch die des amerikanischen Botschafters oder des Papstes noch durch andere Rücksichten "in der Ausführung ihres Programms: Erledigung der armenischen Frage durch die Vernichtung der armenischen Rasse, beirren lassen" (x081/99).

**Juli 1916**

**Ostkrieg:** An der russisch-deutschen Front bricht von Juni bis Juli 1916 eine russische Großoffensive unter riesigen Verlusten zusammen.

**08.08.1916**

**Ostkrieg:** Am 8. August 1916 beginnt eine russische Großoffensive in der Bukowina und in Galizien (August bis September 1916). Während die deutschen Truppen den Angriff abwehren können, müssen die österreichisch-ungarischen Truppen den Rückzug antreten.

**21.08.1916**

**Westkrieg:** Ein 19jähriger Soldat schreibt am 21. August 1916 (x073/38-39): >>An der Somme, 21. August 1916: Furchtbar ist es hier zu sein. Drei Tage und vier Nächte habe ich in vorderster Stellung gelegen. Es ist entsetzlich.

Am 17. abends erhielten wir Befehl, die vierte Stellung zu besetzen. Bald werden wir in die dritte und schließlich in die zweite Stellung vorgezogen. Der Weg dahin ist schon unbeschreiblich.

An einem zerschossenen Kloster vorbei geht’s in die Höhe. Der ganze Himmel ist ein unaufhörliches Zucken und Leuchten. Die Luft ist erfüllt vom Krachen und Donnern der Abschüsse, vom Platzen berstender Granaten, vom Heulen und Pfeifen der Geschosse, die hin- und herfliegen, Granaten haben die Straßen zerrissen. ...

Endlich sind wir genügend weit vor, und jetzt heißt's eingraben. Von einem Granatloch zum andern wird nach der Seite gearbeitet, bis ein zusammenhängender Graben entsteht. ...

In Regen und Kälte, ohne Mantel und Decke, ohne etwas Warmes zu trinken, ... haben wir dann drei Tage vorn zugebracht.

Erlaßt mir die Schilderung des Zustandes der Kompanie von verfrorenen, todmüden, durch das schwere Feuer niedergedrückten Leuten.<<

**27.08.1916**

**Rumänien:** Als der rumänischen Regierung große ungarische Gebiete als Kriegsbeute zugesagt werden (Banat, Bukowina und Siebenbürgen), tritt Rumänien am 27. August 1916 in den Krieg gegen Österreich-Ungarn ein.

**August 1916**

**Osmanisches Reich:** Nach dem russischen Vorstoß in türkisch besetzte Teile Armeniens und Persiens (Januar-April 1916) müssen die Russen im August 1916 alle Gebiete Türkisch-Armeniens wieder räumen.

Der deutsche Konsul berichtet im August 1916 nach Berlin (x075/62): >>Das neue Gesetz vom August dieses Jahres zieht das Fazit aus den Maßregeln der Regierung, durch die die osmanischen Armenier als lebensfähige Nation vernichtet werden sollen; auf die Massenaussiedlung mit der Niedermetzelung der Männer, Islamisierung der Zurückgebliebenen und der Kinder ist die Vermögenskonfiskation, auf diese nunmehr die Zertrümmerung der politischen Gemeinde erfolgt.<<

**Oktober 1916**

**Deutsches Reich:** Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg erklärt im Oktober 1916 vor den Abgeordneten des Reichstages (x256/29): >>Seit Anfang des Krieges sind wir dem Fehler nicht entgangen, die Kraft unserer Feinde zu unterschätzen. Wir haben diesen Fehler aus der Friedenszeit übernommen. Bei der staunenswerten Entwicklung unseres Volkes in den letzten 20 Jahren erlagen weite Schichten der Versuchung, unsere gewiß gewaltigen Kräfte im Verhältnis zu den Kräften der übrigen Welt zu überschätzen. ...<<

**05.11.1916**

**Mittelmächte:** Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn geben am 5. November 1916 die Gründung eines unabhängigen polnischen Königreiches (ohne Posen und Galizien) bekannt. Pilsudski übernimmt die Führung des polnischen Staatsrates.

Anstatt Frieden mit Rußland zu schließen, der damals durchaus möglich ist, aber von der deutschen Heeresleitung abgelehnt wird, gründen die Mittelmächte das Königreich Polen. Diese politisch und militärisch völlig falsche und sinnlose Entscheidung führt zum Abbruch der deutsch-russischen Friedensverhandlungen, denn Rußland ist nicht bereit, Polen aufzugeben.

**07.11.1916**

**USA:** Präsident Wilson wird am 7. November 1916 zum zweiten Mal gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Wiederwahl Wilsons (x068/176-177): >>… Am 7. November 1916 war Präsident Wilson - mit knapper Mehrheit - zum zweiten Mal gewählt worden. Und seinen Wahlkampf hatte er noch unter den drei P - Peace, Prosperity, Progress - … führen lassen. Die Deutsch-Amerikaner haben damals Wilson nicht gewählt, weil sie seiner Außenpolitik mißtrauten. Sie hatten Recht. Doch die Gewerkschaften hatten ihn gewählt - aus purer Dankbarkeit: "Er hat uns beschützt, mich und die meinen." So kann man sich täuschen. Denn Wilson, noch heute jenseits wie diesseits des Ozeans als "Friedenspräsident" gefeiert, war längst zum Krieg entschlossen.

Noch am 18. Dezember aber hatte der Wiedergewählte - wo zahlt Lügen, Täuschen sich mehr aus als in der Politik, in Priester-, in Verbrecherkreisen?

Namens des neutralen Amerika in einer Friedensnote an die kriegsführenden Mächte dafür plädiert, nicht länger "Millionen und Millionen Menschen weiter aufzuopfern ..." Noch in diesem Jahr auch konnte Wilson sagen, er habe bis jetzt, wie erwartet, die Nation aus dem Krieg herausgehalten, "und ich schwöre, daß ich mit Gottes Hilfe bei dieser Politik bleiben werde - wenn es möglich ist!" Denn schon damals will Wilson nicht, "daß diese Fahne, die wir alle lieben, ungestraft besudelt werden kann."

Zwar ist die "Fahne", so gut wie überall auf Erden, den Herrschenden ganz scheißegal. Die "Fahne" steht, so gut wie überall, für Geld und Macht. Die USA aber befürchten jetzt bei einem russischen Zusammenbruch den Sieg der Mittelmächte - und hatten doch immense Summen in den Sieg der Alliierten investiert. …<<

**21.11.1916**

**Österreich-Ungarn:** Der österreichische Kaiser Franz Josef I. (1830-1916) stirbt am 21. November 1916. Sein Nachfolger Karl I. (1887-1922) strebt schon bald eigenmächtig einen "Sonderfrieden" an (x054/184).

**12.12.1916**

**Mittelmächte:** Nach der Eroberung Rumäniens gibt die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Gleichzeitig bittet die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson (1856-1924), einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752): >>Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit 2 ½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. ...

Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. ...

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber auch von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. ...<<

**21.12.1916**

**USA:** US-Präsident Thomas W. Wilson fordert die kriegsführenden Staaten am 21. Dezember 1916 auf, ihre konkreten Friedensbedingungen zu nennen.

**26.12.1916**

**Mittelmächte:** Das Deutsche Reich verzichtet am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar sind.

**30.12.1916**

**Ententemächte:** Die Entente lehnt am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt werden.

Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hält der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68). Briand, der im Jahre 1926 mit Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis erhält, strebt eigentlich erst ab 1925 eine Verständigung mit Deutschland an.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die deutschen Friedensangebote seit 1916 (x057/194): >>Nachdem schon 1916 ein deutsches Friedensangebot von den Gegnern abgelehnt worden war, erfolgte unter Führung des Zentrumsabgeordneten Erzberger die Friedensresolution des Reichstages (1917). Darin wurde ein "Frieden der Verständigung ohne Annexionen" angeboten, aber ohne Erfolg.

Anfang 1918 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, in seinen "Vierzehn Punkten" die Grundlage eines Friedens aufgestellt. Die von Prinz Max von Baden gebildete Regierung rief Wilson als Vermittler an und bat um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund der "Vierzehn Punkte" (Oktober 1918).<<

Wolfgang Müller berichtet später über das Buch "Der Anfang vom Ende des alten Europa" (x1.035/…): >>**Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919,** Olzog-Verlag 2013

*Prof. Hans Fenske*

Der vorliegende Band des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg, Hans Fenske, ist ein sehr wichtiger Beitrag für die im kommenden Jahr

2014 anstehende geschichtspolitische Debatte um das 100jährige Jubiläum des Beginns des Ersten Weltkrieges.
Ein schmales Buch, das dank profunder Kenntnisse und der ruhigen, abwägenden Sprache des Autors zum großen Wurf gerät und vollauf überzeugt. Fenske legt detailliert dar, daß die Mittelmächte (Deutschland und Österreich-Ungarn) am Ausbruch des Ersten Weltkrieges keinesfalls alleinschuldig waren und auch nicht die hauptsächliche Verantwortung für die Weiterführung des Krieges - trotz mehrfacher, ernstgemeinter Friedensinitiativen u.a. des Papstes - trugen.
Besonders aufschlußreich sind die vergleichenden Ausführungen der Friedensverträge von Versailles und Brest-Litowsk (zwischen den Mittelmächten und Rußland). Fenske läßt letzteren in deutlich besserem Lichte erscheinen als die herkömmliche Geschichtsschreibung. Im Westen war ein Friedensschluß auf Basis des Status quo ante unmöglich, schließlich war es vor allem Frankreichs erklärtes Kriegsziel, "das Werk Bismarcks zu zerstören" (Théophile Delcassé).
Dies war nach dem Ausscheiden Rußlands aus der Entente nur durch das Eingreifen der USA auf Seiten Großbritanniens und Frankreichs 1917/1918 möglich. Dabei trat schon damals ein verhängnisvolles Muster der Intervention in raumfremde Angelegenheiten auf, das für die Außenpolitik der USA bis heute typisch werden sollte:
1. Umfassende Verteufelung des Kriegsgegners als Feind der ganzen Menschheit ("a war to end all wars", "make the world safe for democracy").
2. Nach dem militärischen Sieg folgt mangels klarer Zielvorstellungen und völliger Unkenntnis der vorliegenden geostrategischen Lage ein Friedenschluß, der nicht tragfähig ist und nur die Saat zu neuen Unruhen oder - wie im Falle des Versailler Diktates - eines neuen Weltkrieges legt.
3. Die USA weigern sich die Konsequenzen des angerichteten Chaos zu tragen und ziehen sich auf die sichere Basis jenseits des Atlantiks zurück. Wie 1918/1919 in Europa, so im 21. Jahrhundert im Nahen Osten.

**Fazit**

Dem Leser geht folgender Gedanke bei der Lektüre nicht aus dem Kopf: Hätte der Erste Weltkrieg ein anderes Ende gefunden als das Versailler Diktat, wieviel Leid hätte ganz Europa erspart werden können!
Fenske zeigt überzeugend, daß dieser Konflikt die entscheidende Grundlage für den Verlauf der letzten hundert Jahre war. Wer dieses Büchlein aus den Händen legt, weiß wo die Verantwortlichen für diese "Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts" zu finden sind.<<
Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schreiben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über die Ablehnung der deutschen Friedensvorschläge (x340/11-12): >>… Alle deutschen Angebote zwecks eines Ausgleichsfriedens wurden von den verantwortlichen Entente-Politikern umgehend abgelehnt. Sie konnten nicht anders, denn um die Blüte ihrer Jugend für die wirtschaftlichen Interessen weniger auf die Schlachtfelder treiben zu können, hatten sich Frankreichs und Englands Politiker bis zum letzten Penny bei amerikanischen Banken und Investoren verschulden müssen.
Ihnen drohte im Falle eines deutschen Sieges oder eines Ausgleichsfriedens der Bankrott. Die USA waren deshalb 1917 in den Weltkrieg auf Seiten der Gegner Deutschlands eingetreten, um ihre Investitionen zu retten.<<

**Dezember 1916**

**Deutsches Reich:** Im Deutschen Reich verstärkt sich ab Dezember 1916 allmählich die Hungersnot ("Kohlrübenwinter").

**1916**

**Ost- und Westkrieg:** Ein deutscher Divisionspfarrer fordert im Jahre 1916 die Soldaten in einer Broschüre auf, während des Krieges die "Religion der Nächstenliebe" zu ignorieren (x267/193-194): >>Ihr seid nicht hinausgeschickt, um den Gegner zu bedauern, der hat sein Los nicht anders verdient. Sondern ihr sollt als Männer mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Mittel anwenden, das uns einen baldigen und dauerhaften Frieden verschafft. ...
Die Welt hat wieder eine Eisenkur nötig, gebt ihr den deutschen Stahl zu kosten. Furcht und Schrecken muß vor euch hergehen. Gott hat es zugelassen, daß diese Prüfung die Menschheit trifft. Ihr habt sie nicht zu verantworten; ihr habt nur ein jeder an seiner Stelle, eure Waffen mit allem Nachdruck zu gebrauchen: Ihr Russen, ihr Belgier, und vor allem ihr englischen Kanaillen, da habt ihr, was euch zukommt ...
Krieg führen heißt Blut vergießen, und je ausgiebiger es geschieht, um so rascher werden unsere Gegner den Frieden suchen. ...
Unsere Schuld ist es nicht, wenn wir in der Blutarbeit des Krieges auch die des Henkers verrichten müssen. Den Soldaten ist das kalte Eisen in die Hand gegeben; er soll es führen ohne Scheu; er soll dem Feinde das Bajonette zwischen die Rippen rennen; er soll sein Gewehr auf ihre Schädel schmettern; das ist seine heilige Pflicht, das ist sein Gottesdienst. ...<<
Der deutsche Marineoffizier und Schriftsteller Bogislav von Selchow (1877-1943) verfaßt um 1916 den Text des Soldatenliedes "Morgen marschieren wir ..." (x846/...):
>>1. Morgen marschieren wir
In Feindesland.
Heiß in den Herzen glüht
Der Freiheit Brand.
Kehr ich nicht mehr zurück -
Was ist dabei?
Wenn nur mein Vaterland,
Mein Deutschland frei.

2. Drüben am Waldesrand
Blutroter Schein
Ruft uns zur Wehr und Pflicht
Wohl übern Rhein.
Seh' ich dein Aug nicht mehr,
Was ist dabei?
Wenn nur mein Vaterland,
Wenn Deutschland frei.

3. Sterb' ich im Norden dann
Und du im Süd,
Auf unsern Gräbern bald
Die Lilie blüht.
Bluten und sterben, ja -
Was ist dabei?
Wenn nur mein Vaterland,
Wenn Deutschland frei.<<

**Deutsches Reich:** Da der Krieg sehr viel Geld kostet, ruft die deutsche Regierung Anfang 1916 zu einer Goldsammlung auf.
Die Opferbereitschaft der Deutschen ist groß. Tausende tragen z.B. nur noch eiserne Uhrenketten mit der Aufschrift "Gold zur Wehr - Eisen zur Ehr".

Der spätere deutsche Außenminister Walther Rathenau schreibt im Jahre 1916 an einen antisemitischen Bekannten (x261/158): >>... Ich habe und kenne kein anderes Blut als deutsches. Vertreibt man mich von meinem deutschen Boden, so bleibe ich deutsch und es ändert sich nichts ...
Meine Vorfahren und ich selbst haben sich von deutschem Boden und deutschem Geist genährt und unserem, dem deutschen Volk erstattet, was in unseren Kräften stand. Mein Vater und ich haben keinen Gedanken gehabt, der nicht für Deutschland und deutsch war; soweit ich meinen Stammbaum verfolgen kann, war es das gleiche. ...
Ich bin in der Kultgemeinschaft der Juden geblieben, weil ich keinen Vorwurf und keiner Beschwernis mich entziehen wollte, und habe von beidem bis auf den heutigen Tag genug erlebt. Nie hat eine Kränkung dieser Art mich unwillig gemacht. Nie habe ich meinem, dem deutschen Volke, mit einem Worte oder einem Gedanken derlei vergolten. Mein Freund und jeder meiner Freunde hat das Recht und die Pflicht, mich zurechtzuweisen, wo er mich unzulänglich findet.<<

**Ostkrieg:** Während des "Hungerwinters" 1916/17 laufen Tausende von tschechischen Soldaten zu den Russen über (x120/29).

**Ententemächte:** Der tschechische Nationalrat wird im Jahre 1916 von England und Frankreich als völkerrechtliche Vertretung der Tschechen anerkannt.

**Schweiz:** Lenin analysiert im Jahre 1916 in seiner Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (x058/295-296): >>Der Imperialismus ist ein besonders historisches Stadium des Kapitalismus. ...
... Politische Reaktion auf der ganzen Linie ist eine Eigentümlichkeit des Imperialismus; Korruption, Bestechlichkeit in ungeheuren Dimensionen; Panama-Wirtschaft jedweder Art. ...
Die Ausbeutung der unterdrückten Nationen, die an Annexionen geknüpft ist, und insbesondere die Ausbeutung der Kolonien durch eine Handvoll Großmächte, verwandelte die "zivilisierte Welt" immer mehr in einen Schmarotzer auf dem Hundertmillionenkörper der unzivilisierten Völker.
Der römische Proletarier lebte auf Kosten der Gesellschaft. Die jetzige Gesellschaft lebt auf Kosten des modernen Proletariers. ... Der Imperialismus verändert ein wenig die Sachlage. Die privilegierte Schicht des Proletariats der imperialistischen Großmächte lebt zum Teil auf Kosten der 100-Millionen-Massen der nichtzivilisierten Völker.
Es ist begreiflich, warum der Imperialismus ein sterbender Kapitalismus ist! Das aus dem Kapitalismus erwachsende Monopol bedeutet das Absterben des Kapitalismus, den Beginn seines Überganges zum Sozialismus. Die gewaltige Vergesellschaftung der Arbeit durch den Imperialismus (das, was die Apologeten, die bürgerlichen Ökonomen "Verquickung" nennen) bedeutet dasselbe.<<

## 1917

> Ehrlichkeit ist nie Unrecht: aber ein Fehler ist es, an die Ehrlichkeit der anderen zu glauben.
> *Henri Barbusse (1873-1935, französischer Sozialist und Schriftsteller)*

### 09.01.1917

**Deutsches Reich:** Ein Mitglied des deutschen Kronrats berichtet am 9. Januar 1917 über die Ausführungen des für den U-Boot-Einsatz zuständigen Admirals der deutschen Kriegmarine zum Anfang des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und die Reaktion des deutschen Reichskanzlers (x237/233): >>England werde in höchstens 6 Monaten am Boden liegen, noch ehe ein Amerikaner das Festland betreten habe. ...
(Reichskanzler) Bethmann endlich legte in sichtlicher innerer Erregung nochmals die Gründe dar, die ihn bisher zum ablehnenden Votum gegen den U-Boot-Krieg über die Grenzen des Kreuzer-Krieges hinaus bestimmt hätten, namentlich die Besorgnis vor dem alsbaldigen Über-

tritt Amerikas in die Reihe unserer Feinde mit allen daraus folgenden Konsequenzen, schloß er damit, daß er angesichts der neuerdings veränderten Stellung der OHL und der kategorischen Erklärungen des Admirals über den Erfolg der Maßregel seinen Widerspruch fallen lassen wolle. ...<<

**10.01.1917**

**Ententemächte:** Die Ententemächte geben am 10. Januar 1917 erstmalig ihre offiziellen Kriegsziele bekannt und verlangen z.B.: Die Abtretung Elsaß-Lothringens, "Befreiung" der slawischen Bevölkerung, Wiederherstellung Polens, Beendigung der türkischen Besatzungspolitik, Räumung der besetzten Gebiete und Zahlung von "angemessenen" Reparationen (x041/69).

**17.01.1917**

**Deutsches Reich:** Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Arthur Zimmermann, sendet am 17. Januar 1917 ein geheimes Telegramm (falls die Vereinigten Staaten den Kriegseintritt erklären, sollen Bündnisverhandlungen mit Mexiko geführt werden) an den deutschen Botschafter in Washington.

Dieses geheime Telegramm wird durch den britischen Geheimdienst abgefangen, dechiffriert und später an den US-Botschafter in London übergeben.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die "Zimmermann-Note" (x068/182-183): >>... Viele Gründe mögen den Kriegseintritt der USA 1917 mitbestimmt haben, wirtschaftliche vor allem, machtpolitische, die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland, Wilsons Vorliebe für die Alliierten - darüber streitet man seit langem.

Eine Rolle - welchen Ausmaßes ist schwer zu sagen - spielte auch die berühmte "Zimmermann-Note". Es war dies ein Telegramm des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, A. Zimmermann, am 17. Januar 1917 an den deutschen Botschafter in Washington, der es dem deutschen Botschafter in Mexiko weiterleiten sollte.

Sein Wortlaut: "Wir haben die Absicht, am 1. Februar den totalen U-Boot-Krieg zu eröffnen. Trotzdem werden wir versuchen, uns die Neutralität der Vereinigten Staaten zu erhalten. Sollte dies mißlingen, unterbreiten wir Mexiko einen Bündnisvorschlag auf folgender Grundlage: den Krieg zusammen zu führen, den Frieden zusammen zu schließen mit der Vereinbarung, daß Mexiko die verlorenen Gebiete Texas, Neumexiko und Arizona zurückerhalten muß. Die Regelung bleibt Ihnen überlassen.

Sie werden den Präsidenten von Mexiko streng geheim über alles informieren, sowie der Kriegseintritt der USA feststeht, und ihm außerdem nahelegen, von sich aus Japan aufzufordern, seine Zustimmung zu geben, wobei er seine Vermittlung zwischen Japan und uns anbieten soll.

Lenken Sie die Aufmerksamkeit des Präsidenten auf die Tatsache, daß der totale Einsatz unserer U-Boote jetzt die Möglichkeit bietet, England in einigen Monaten zum Frieden zu zwingen. Bestätigen Sie den Empfang."

Unmittelbar nach der deutschen Entscheidung für einen neuerlichen uneingeschränkten U-Bootkrieg und in Erwartung der amerikanischen Kriegserklärung bietet hier das Deutsche Auswärtige Amt Mexiko ein Kriegsbündnis an zur Rückgewinnung der im nordamerikanischen Raubkrieg von 1848 verlorenen Gebiete. Beim Kriegseintritt der USA soll somit ein Großteil ihrer Truppen eine Kriegserklärung Mexikos binden. Mexikos Präsident Carranza versichert dem deutschen Außenminister auch seine warme Sympathie gegenüber Deutschland und verspricht eine verstärkte politische und militärische Kooperation.

Das Zimmermann-Telegramm, das kurioserweise über das Kabel des US-Außenministeriums läuft, ist weniger naiv als manche meinen wollten. Aber es wird durch die britischen Geheimdienste abgefangen und, da diese längst den deutschen Codeschlüssel besitzen, sofort dechif-

friert. Am 23. Februar übergibt es der britische Premierminister Balfour ("der dramatischste Augenblick meines ganzen Lebens") dem US-Botschafter in London, Page.
Es schlägt wie eine Bombe ein, wird vielfach für eine Fälschung gehalten, gilt auch amerikanischen Senatoren und in Kreisen der New Yorker High-Society als Machenschaft britischer Agenten, bis Zimmermann selbst auf einer Pressekonferenz am 2. März in Berlin erklärt: "Es ist die Wahrheit".
In den USA kommt es nun zu Entrüstungsstürmen ohnegleichen. Theodore Roosevelt, der alte Scharfmacher, schreibt an Senator Lodge: "Wenn Wilson nicht ab sofort den Krieg erklärt, werde ich ihn lebendig erwürgen."
Die öffentliche Meinung ist jetzt für den Krieg, den die "Zimmermann-Note" gewiß nicht verursacht, aber mit auslöst. ...<<

**22.01.1917**

**USA:** Präsident Wilson konkretisiert am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident fordert einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbestimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgarantie, anstelle der bisherigen Bündnisse (x041/180).

**31.01.1917**

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung informiert die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (ab 1. Februar 1917).
Obwohl der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg ausdrücklich vor den Folgen eines unbeschränkten U-Boot-Krieges warnt, setzen sich die Befehlshaber der deutschen Kriegmarine und hauptsächlich General Ludendorff durch ("letzte Trumpfkarte"). Danach wird ab 1. Februar 1917 jedes Schiff angegriffen, das sich der britischen und französischen Küste nähert.
Die Rechnung der deutschen Heeresleitung geht jedoch nicht auf, denn nach der Versenkung mehrerer US-Handelsschiffe (Waffentransporter) führt der verhängnisvolle deutsche U-Boot-Krieg schließlich zum nordamerikanischen Kriegseintritt (6.04.1917).

**14.02.1917**

**Rußland:** In einer Note des russischen Außenministers vom 14. Februar 1917 an den französischen Botschafter in Petersburg heißt es (x243/10): >>Euer Exzellenz (waren) so freundlich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik beabsichtige ...
1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. ... Das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers (werden) einverleibt. ...
3. Die übrigen linkrheinischen Gebiete ... sollen von Deutschland ganz abgetrennt (werden). ...
4. Die linksrheinischen Gebiete, die ... nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen (des Friedensvertrages) erfüllt haben werden. ...<<

**05.03.1917**

**Großbritannien:** US-Botschafter Walter Hines Page (1855-1918) telegraphiert am 5. März 1917 aus London an US-Präsident Wilson (x243/10, x340/61): >>... Vielleicht ist unser Eingreifen in den Krieg der einzige Weg, auf dem unsere hervorragende geschäftliche Lage erhalten und eine Panik (US-Rezession bzw. US-Depression) abgewendet werden kann. Das Unterseeboot hat den letzten Ausschlag gegeben für die Gefahr eines Weltfinanzkrachs. ...<<
>>Der Druck der herannahenden Finanzkrise übersteigt nunmehr die Leistungsfähigkeit des Hauses Morgan für die britische und die französische Regierung. … Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der einzige Weg, um unsere hervorragende Handelslage aufrechtzuerhalten und eine Panik zu vermeiden, die Kriegserklärung an Deutschland darstellt.<<

**08.03.1917**

**Rußland:** Die zahlreichen militärischen und sozialen Katastrophen sowie die allgemeine russische Kriegsmüdigkeit führen schließlich vom 8. bis zum 15. März 1917 zur russischen Revolution und zum Sturz des Zaren.

**09.03.1917**

**Rußland:** Ein bolschewistischer Augenzeuge berichtet am 9. März 1917 (x191/14): >>Auf der Hauptstraße Petrograds (Sankt Petersburg) waren ziemlich viele Leute. Die Arbeiter formierten einen Zug und bewegten sich unter dem Gesang revolutionärer Lieder die Straße entlang. ... Später tauchten die dunkelblauen Mützen der Studenten auf.

Das spazierende Publikum sympathisierte mit uns. Aus einigen Krankenhäusern begrüßten uns die Soldaten mit Winken. – Es wurde Militär aufgestellt, um den Demonstrationszug aufzuhalten und mit Gewalt aufzulösen. –

Die ersten Reihen kamen durch den Massendruck von hinten nach vorn geschoben, immer näher an die Soldaten heran. endlich kam es dazu, daß die Spitzen der Bajonette die Brust der in der ersten Reihe Stehenden berührten. Von hinten hörte man den Gesang revolutionärer Lieder, vorn herrschte schon Verwirrung. Frauen riefen mit Tränen in den Augen den Soldaten zu: "Genossen, nehmt eure Bajonette weg, schließt euch uns an!" -

Die Soldaten waren erregt, warfen rasche Blicke auf die eigenen Kameraden, noch ein Augenblick, ein Bajonett hebt sich langsam hoch, wird durch die Schultern der vorrückenden ersten Reihe harmlos in die Luft gehoben.

Ein donnerndes Hurra erschütterte die Luft. Die triumphierende Menge begrüßte ihre in graue Soldatenmäntel gekleideten Brüder. Die Soldaten mischten sich in die Menge der Demonstranten.<<

**10.03.1917**

**Rußland:** Die Zarin schreibt am 10. März 1917 an Zar Nikolaus II. (x191/14): >>... Die Stimmung der Streikenden und Aufrührer in der Stadt ist herausfordernder denn je. ... Junge Burschen laufen herum und schreien, daß sie kein Brot haben; sie tun das nur, um die Leute aufzuregen. Wenn es kalt wäre, würden sie wahrscheinlich alle zu Hause bleiben.

Aber die Sache wird vorübergehen, solange die Duma (das russische Parlament) sich anständig benimmt. Die schlimmsten Reden kommen ja nicht in die Zeitungen, aber ich bin der Ansicht, daß Reden gegen die Dynastie sofort und streng bestraft werden müßten.<<

**11.03.1917**

**Ententemächte:** Frankreich und Rußland vereinbaren während ihrer Geheimverhandlungen am 11. März 1917 die Aufteilung des Deutschen Reiches: Frankreich soll demnach Elsaß-Lothringen und das Saargebiet erhalten, während Rußland seine westlichen Grenzen "selbst bestimmen" kann. Der Rest des Deutschen Reiches soll als "Pufferstaat" dienen (x041/69).

**Persien:** Nach dem Abzug der russischen Truppen besetzen die Briten ab 11. März 1917 sämtliche persischen Gebiete.

**12.03.1917**

**Rußland:** Der Präsident der Reichsduma telegraphiert am 12. März 1917 an den Zaren Nikolaus II. (x245/103): >>Die Sitzungen der Reichsduma sind auf Anordnung Eurer Majestät bis zum April unterbrochen worden. Das letzte Bollwerk der Ordnung ist beseitigt. Die Regierung ist völlig machtlos und kann der Unordnung nicht Herr werden.

Die Truppen der Garnison sind unzuverlässig. Die Reservebataillone der Garderegimenter sind vom Geist der Revolte angesteckt. Sie töten ihre Offiziere. Sie schließen sich dem Pöbel und der Volksbewegung an und marschieren auf das Gebäude des Innenministeriums und der Reichsduma.

Der Bürgerkrieg hat begonnen und flammt auf.

Geben Sie sofort Anweisung, eine neue Regierung auf der Basis einzuberufen, wie ich sie ge-

stern in meinem Telegramm an Eure Majestät skizziert habe. Geben sie den Befehl zum Widerruf Ihres Befehls und berufen Sie die gesetzgebenden Kammern wieder ein. Verkünden Sie diese Maßahmen sogleich durch ein allerhöchstes Manifest.
Zögern Sie nicht, Majestät. wenn die Bewegung auf die Armee übergreift, triumphiert der Deutsche und der Fall Rußlands und damit der Dynastie wird unvermeidlich.
Ich beschwöre eure Majestät im Namen ganz Rußlands, diese Vorschläge zu verwirklichen. Die Stunde, die ihr Schicksal und das des Vaterlandes entscheiden wird, hat geschlagen. Morgen kann es bereits zu spät sein.<<

**13.03.1917**

**Rußland:** Die Arbeitersowjets rufen die Bevölkerung am 13. März 1917 zum Aufstand gegen die Zarenherrschaft auf (x243/123): >>Der Kampf hat begonnen und muß bis zum Ende durchgekämpft werden. Das alte Regime muß vollständig beseitigt und der Weg für eine Volksregierung freigemacht werden. Dies ist die Rettung für Rußland.
Um in diesem Kampf um die Demokratie erfolgreich zu sein, muß das Volk sein eigenes Regierungsorgan wählen. Gestern ... wurde in der Hauptstadt ein Sowjet der Arbeiter-Deputierten gebildet, der aus Vertretern der Fabriken, der Werkstätten, der meuternden Truppen und aus demokratischen und sozialistischen Parteien und Gruppen besteht.
Alle zusammen wollen wir vereint mit unseren Truppen die alte Regierung vollständig vernichten und eine Konstituierende Versammlung auf der Grundlage allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahlen einberufen. ...<<

**14.03.1917**

**Rußland:** Der Petrograder Sowjet erläßt am 14. März 1917 folgende Befehle an die Truppen (x149/14):
>>1. In allen Kompanien, Bataillonen, ... wie auch auf allen Schiffen der Kriegsflotte sind aus gewählten Vertretern der Mannschaften ... sofort Ausschüsse zu bilden. ...
3. In allen politischen Aktionen unterstehen die Truppenteile dem Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten und den eigenen Ausschüssen.
4. Den Befehlen der Kommission der Staatsduma ist nur in dem Falle Folge zu leisten, wenn diese den Befehlen und Beschlüssen des Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten nicht widersprechen.
5. Alle Waffen, wie Gewehre, Maschinengewehre, Panzerautos usw. haben sich unter der Kontrolle und zur Verfügung der Kompanie- und Bataillonsausschüsse zu befinden und sind unter keinen Umständen, auch nicht auf dahingehende Aufforderung, den Offizieren auszuhändigen.
6. ... Außer Dienst können die Soldaten ... keineswegs bei der Ausübung der jedem Staatsbürger zustehenden Rechte benachteiligt werden. ...<<

**15.03.1917**

**Rußland:** Die französisch-russischen Aufteilungspläne des Deutschen Reiches können nicht mehr realisiert werden, weil der russische Zar während der "März-Revolution" durch den russischen Justizminister Alexander Kerenski (1881-1970, letzter kaiserlicher Ministerpräsident und erster Staatspräsident der demokratischen Republik Rußland) gestürzt wird und am 15. März 1917 abdanken muß.
Während der "Februarrevolution" in Petrograd sterben 602 Soldaten, 587 Zivilisten, 73 Polizisten und 53 Offiziere (x191/14). Der Sozialist Alexander Kerenski gründet danach eine demokratische Republik.
Der deutsche Historiker Reinhard Wittram (1902-1973) schreibt später über die russische "Februarrevolution 1917" (x245/109): >>... Es war nicht die Revolution der Dumaparteien, so wenig es eine Revolution der Sozialisten war, nicht eine Revolution der Bauern, die erst später von ihr erreicht wurden, und nicht eine Revolution des Bürgertums, als die man sie zu in-

terpretieren begann, auch nicht eine bürgerliche Revolution.
Es war ein durch elementare Notstände bewirkter Massenaufstand, der leicht und rasch Erfolg hatte, weil der größte Teil der Masse bewaffnet war, weil die Soldaten und die Dumaparteien im Verlangen nach demokratischer Freiheit übereinstimmten und weil in der Auflehnung der Soldaten ein klassenkämpferisches Potential steckte.
Was zunächst nur in Petrograd geschah, fand stärksten Widerhall im ganzen Lande. Wohin diese noch unausgeformten Tendenzen sich wenden würden, war offen. ...<<

**16.03.1917**

**Rußland:** Die Provisorische Regierung erklärt am 16. März 1917 nach der Abstimmung mit dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates (x149/14): >>Das Kabinett wird sich in seiner Tätigkeit durch folgende Grundsätze leiten lassen:
1. sofortige Vollamnestie für alle politischen und religiösen Vergehen, darunter terroristische Attentate, Militäraufstände, Agrarrevolten usw.;
2. Redefreiheit, Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungs- sowie Streikfreiheit, mit Ausdehnung der politischen Freiheiten auf die Angehörigen des Heeres im Rahmen der militärisch-technischen Möglichkeit;
3. Aufhebung aller ständischen, konfessionellen und nationalen Beschränkungen;
4. sofortige Vorbereitung der Einberufung einer Konstituierenden Versammlung, die auf Grund des allgemeinen gleichen direkten geheimen Wahlrechts gewählt werden und die zukünftige Staatsform und Verfassung bestimmen soll;
5. Ersetzung der Polizei durch eine Volksmiliz mit gewählten Diensträngen, die den Organen der örtlichen Selbstverwaltung unterstellt sind;
6. Wahlen zur örtlichen Selbstverwaltung auf Grund des allgemeinen gleichen direkten geheimen Wahlrechts ...<<
Lenin schreibt später in seiner Schrift "Staat und Revolution" über das Schicksal der Provisorischen Regierung Rußlands (x149/15): >>Wir setzen uns als Ziel die Vernichtung des Staates, d.h. jeder organisierten und systematischen Gewalt, jeder Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt.
... Indem wir zum Sozialismus streben, sind wir überzeugt, daß er in den Kommunismus hineinwachsen wird, und im Zusammenhang damit wird jede Notwendigkeit der Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt, die Unterordnung eines Menschen unter den anderen, verschwinden. ...
Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats. ...
Zugleich ... bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. ...
Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wo der Widerstand der Kapitalisten endgültig gebrochen ist, ... wo es keine Klassen mehr gibt, erst da hört der Staat auf zu bestehen und kann von Freiheit die Rede sein. ...<<

**24.03.1917**

**Österreich-Ungarn:** Ungeachtet der bisherigen Nibelungentreue des Deutschen Reiches bittet Kaiser Karl I. am 24. März 1917 seinen Schwager (Prinz Sixtus von Parma-Bourbon) per Brief, geheime Friedensverhandlungen mit Frankreich und England zu führen (x267/228-230): >>Mein lieber Sixtus!
Das dritte Jahr dieses Krieges, welcher der Welt soviel Trauer und Schmerzen gebracht hat, nähert sich dem Ende. ... Niemand wird die militärischen Erfolge leugnen können, welche meine Gruppen, insbesondere auf dem balkanischen Kriegsschauplatz, errungen haben.

Frankreich hat seinerseits eine große Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltlos die herrliche, traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Geist der Aufopferung im ganzen französischen Volk. Daher ist es mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit in den Auffassungen und Bestrebungen mein Reich von Frankreich trennt und daß ich berechtigt bin zu hoffen, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, die in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft der Wiederkehr des Kriegszustandes, für welchen mich keine Verantwortung treffen kann, verhüten werden.
Zu diesem Zweck und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.
Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden; es muß seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten. Hiermit soll der Frage der Entschädigungen nicht vorgegriffen werden, die es für erlittene Verluste wird erhalten können.
Serbien wird in seiner Souveränität wiederhergestellt werden. Als Beweis für unsern guten Willen sind wir geneigt, ihm nach Billigkeit einen natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere ebenso wie weitgehende wirtschaftliche Vorteile zuzusichern ...
Die Ereignisse in Rußland zwingen mich, meine Gedanken bis zu dem Tage vorzubehalten, an welchem dort eine gesetzliche und definitive Regierung eingesetzt sein wird.
Nachdem ich Dir in dieser Weise meine Gedanken auseinandergesetzt habe, möchte ich Dich bitten, daß Du mir Deinerseits nach Rücksprachen mit den beiden Mächten vorerst die Meinung Frankreichs und Englands mitteilst, um so das Terrain für ein Einvernehmen vorzubereiten, auf dessen Grundlage offizielle Besprechungen eingeleitet und zur Befriedigung Aller geführt werden könnten. ...<<

**27.03.1917**

**Rußland:** Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten appelliert am 27. März 1917 an die Völker der Welt (x128/31-32): >>Genossen – Proletarier und Werktätige aller Länder!
Wir, die russischen Arbeiter und Soldaten, die im Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten vereinigt sind, entbieten Euch unsere flammenden Grüße und machen Euch Mitteilung von einem großen Ereignis: Die russische Demokratie hat den Despotismus des Zaren gestürzt und tritt nun ebenbürtig in Eure Familie ein, um ihre ganze Kraft in dem Kampf für unsere allgemeine Befreiung einzusetzen.
Unser Sieg ist ein großer Sieg für die Freiheit und Demokratie in der ganzen Welt. Die Hauptstütze der Weltreaktion und der "Gendarm Europas" gehören der Vergangenheit an. ...
Wir werden unsere Freiheit energisch gegen jeden reaktionären Angriff von innen und außen verteidigen. Die russische Revolution wird nicht vor den Bajonetten der Eroberer zurückweichen und sich durch fremde Streitkräfte unterkriegen lassen.
Aber wir rufen Euch zu: Befreit euch vom Joch Eures halbautokratischen Regimes, wie sich das russische Volk von der zaristischen Autokratie befreit hat.
Weigert Euch, zum Werkzeug der Eroberung und Gewalttätigkeit in den Händen von Königen, Grundbesitzern und Bankiers zu werden, und wir werden in gemeinsamer Anstrengung der fürchterlichen Schlächterei ein Ende bereiten, die eine Schande für die Menschheit ist und den Anbruch der russischen Freiheit verdüstert.
Arbeiter aller Länder!
Wir reichen Euch brüderlich die Hand über Berge von gefallenen Brüdern, über Ströme von Tränen und unschuldigem Blut, über die rauchenden Ruinen der Städte und Dörfer, über die

Schutthaufen der Kultur und fordern Euch auf, die internationale Einigkeit wiederherzustellen und zu stärken. Daran liegt die Garantie unserer künftigen Siege und der völligen Befreiung der Menschheit.
Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!<<

**30.03.1917**

**Deutsches Reich:** Die Kriegswirtschaftsämter erhalten am 30. März 1917 folgende Anweisungen (x267/231-232): >>Im Einvernehmen mit dem preußischen Staatskommissar ... ordne ich an, daß die Kriegswirtschaftsämter sich sofort mit den ihnen unterstellten Kriegswirtschaftsstellen in Verbindung setzen, um in weitesten Kreisen der Landbevölkerung in allen Teilen des Landes auf die außerordentlich schwierige Lage hinzuweisen, in der sich die städtische Bevölkerung und die Industrie, besonders die Rüstungsindustrie befindet.
Die Kriegswirtschaftsstellen müssen durch ihre landwirtschaftlichen Mitglieder und andere geeignete Persönlichkeiten jedem Landwirt dies klar machen. Es nützt nichts, wenn schriftliche Anordnungen erlassen werden, auch größere Versammlungen allein haben keinen Zweck; nur das von Mund zu Mund gesprochene Wort kann hier helfen. Lehrer und Geistliche müssen herangezogen werden.
Es muß jedem Landwirt zum Bewußtsein kommen, daß jedes Pfund Korn, das er über das unbedingt notwendige Maß in seiner Wirtschaft verbraucht, ein Unrecht gegen die Gesamtheit ist und unseren Feinden nützt. Jede Kartoffel und Kohlrübe, die noch irgend zur menschlichen Nahrung gebraucht werden kann, muß der städtischen Bevölkerung zugeführt werden.
Können die Kohlrüben nicht voll sofort jetzt verwendet werden, so sind sie einer Trocknungsanstalt schleunigst zuzuführen, damit sie nicht verderben. Auf eine restlose Abführung von Molkereiprodukten ist immer wieder hinzuweisen. Kein gesunder Erwachsener sollte auf dem Lande Vollmilch trinken. Vollmilch ist nur für Kinder und Kranke und zur Bereitung von Butter. Es dürfen nur zur Zucht geeignete Kälber aufgezogen und diese nur in den ersten Wochen mit Vollmilch gefüttert werden.
Es muß in diesen Besprechungen darauf hingewiesen werden, daß es keinen Zweck hat, sich über Maßnahmen, die bisher getroffen sind, zu unterhalten und sonstige rückwärtige Betrachtungen zu machen, sondern mit allem Nachdruck muß gefordert werden, daß alle Nahrungsmittel restlos den zuständigen Stellen zugeführt werden.
Ich erwarte, daß die Kriegswirtschaftsämter und die Kriegswirtschaftsstellen sich des Ernstes der Lage bewußt werden und daß die Leiter der Kriegswirtschaftsämter sich persönlich davon überzeugen, daß in allen Kreisen mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet wird, alle Lebensmittel den städtischen und Industriearbeitern zuzuführen.<<

**02.04.1917**

**USA:** Präsident Wilson erklärt am 2. April 1917 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x056/137): >>... Der gegenwärtige deutsche U-Bootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg gegen die Menschheit. ...
Unser Ziel ist es, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit gegen selbstsüchtige und autokratische Gewalt zu verteidigen. ...
Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das Frieden und Sicherheit für alle bringen und schließlich die Welt selbst befreien wird. ...<<
US-Präsident Wilson fordert den nordamerikanischen Kongreß am 2. April 1917 auf, Deutschland den Krieg zu erklären (x068/177-178): >>... Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk ... Wir haben ihm gegenüber keine anderen Gefühle als Sympathie und Freundschaft ... Wir haben keine egoistischen Ziele, keine Eroberungsabsichten oder Herr-

schaftsansprüche. Wir suchen keine materielle Entschädigung für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir kämpfen nur für die Menschenrechte ...
Es ist furchtbar, dieses große und friedliche Volk in den Krieg führen zu müssen ... Aber das Recht ist wertvoller als der Frieden und wir werden für die Ideale kämpfen, die uns immer am meisten am Herzen gelegen haben ...
Dieser Aufgabe weihen wir unser Leben, unser Glück und alles, was wir sind und was wir haben. Wir sind stolz darauf zu wissen, daß der Tag gekommen ist, an dem Amerika das Vorrecht hat, sein Blut und seine Kräfte für die Grundsätze hinzugeben, denen es seine Geburt und sein Glück verdankt, für den Frieden, der ihm teuer ist.
Mit Gottes Hilfe kann es nichts anderes tun ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über diese Rede des US-Präsidenten Wilson (x068/178-179): >>... Alles fand sich hier, um Menschen guten Willens zu begeistern, zu entflammen: reine Selbstlosigkeit, keine Spur von schnödem Egoismus, von Macht, von Geldgier, keine Eroberungs-, keine Herrschaftsgelüste.
Nur Opfer, freiwillige Opfer, versteht sich, lauterste, für die gute, die beste Sache, für die Rechte, die Menschenrechte, die höchsten Ideale, ja, Sympathie gar und Freundschaft für die Feinde.
Und alles mit Gottes Hilfe ...
Gott, wer möchte da nicht mitkämpfen, wer nicht augenblicklich sein Blut verspritzen! Der Kongreß, zu alt zwar, zu kostbar, um selbst zu fechten, konnte leider nur andere (für sich) fechten lassen und jubelte. Ja, Demokraten wie Republikaner applaudierten. ...
Und wirklich – hatte es je eine freundschaftlichere Kriegsbotschaft gegeben? Je edlere Gründe für einen Krieg? Je eine zu tätigende größere Tugendübung? Ein menschenfreundlicheres Werk? Es war eine Rede in jenem grandiosen Yankee-Stil, den man da seit den Tagen der Jefferson und Lincoln kultivierte, eine Heuchelei, die in Yankeebrüsten vielleicht gar nicht mehr empfunden wird, so tief schon ist sie eingedrungen durch Mark und Bein ins innerste Gemüt – ein Puritanererbe eben.
Auch Premier Asquith, ein Earl von Oxford und Asquith, vom gleichen Erbe begnadet, erkannte denn sofort im Unterhaus in der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917, ohne wie er betonte, jede Schmeichelei und Übertreibung, "eine der uneigennützigsten Handlungen der Geschichte". Der König und die Königin von England nahmen an einem feierlichen Dankgottesdienst in der Sankt-Pauls-Kathedrale teil.
Und Wilson, der "Friedensengel" wurde zum totalen Krieger, zum Bundesgenossen eines Chauvinisten wie Clemenceau, eines Lloyd George (der Asquith im Dezember 1916 als Ministerpräsident verdrängte), die nun beide die Notwendigkeiten eines totalen Sieges propagierten. Denn Wilson fürchtete eine Weltherrschaft Deutschlands.
Die Welt aber wollten die USA beherrschen. Schließlich hatte dort seit zwei Jahrzehnten eine gewisse Führungsgruppe auf einer expansiven Weltpolitik bestanden, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, genauer Schwierigkeiten. ...<<

**06.04.1917**

**USA:** Die Vereinigten Staaten von Amerika treten am 6. April 1917 in den Ersten Weltkrieg ein.
Der Kriegseintritt Nordamerikas bringt endgültig die Wende des Krieges. Die US-Wirtschaftsmacht führt den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wird. Die großen US-Geleitzüge bringen jetzt noch mehr schwere Waffen (vor allem Panzer), Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen treffen neue Waffen-, Munitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

Nordamerika greift in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft beliefert die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte soll angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den US-Kriegseintritt in den 1. Weltkrieg (x364/119-126): >>**Amerikas Eintritt in den Krieg**
Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Einkommensteuer und über die Errichtung des Federal Reserve Systems war für die amerikanischen Banker endlich der Weg frei für die Vorbereitung des amerikanischen Kriegseintritts in den Ersten Weltkrieg. Obwohl Wilson und seine verborgenen Meister Amerikas militärisches Engagement in dem europäischen "Kriegstheater" seit geraumer Zeit geplant hatten, galt es, noch ein größeres Hindernis zu überwinden. Die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes befürwortete den Standpunkt des Isolationismus. Sie wollte, daß ihr Land an den liebgewonnenen Prinzipien der Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823 festhält und sich nicht in einen Krieg in Europa einmischt.
Als sich der selbstgefällige Marionettenpräsident zur Wiederwahl 1916 stellte, war er gezwungen, so zu tun, als ob er auf der Seite des amerikanischen Volkes stünde, jedenfalls für die Dauer des Wahlkampfes. Mit dem Slogan "Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten" konnte Wilson die Wiederwahl knapp für sich gewinnen. Nur wenige Tage nach seiner zweiten Amtseinführung trat Wilson vor den Kongreß und verlangte die Kriegserklärung gegen Deutschland. Der Kongreß gehorchte.
Amerika erklärte Deutschland am 6. April 1917 den Krieg, und im Juni landeten Hunderttausende amerikanische Truppen unter dem Kommando von General John J. Pershing in Frankreich.
In dem Buch "Pilgrim Partners", das in sehr kleiner Auflage 1942 erschienen ist, enthüllt Sir Harry Brittain, wie die internationalen Verschwörer über die Nachricht der amerikanischen Kriegserklärung entzückt waren:
"Endlich dämmerte im April 1917 ein wunderbarer Tag in der anglo-amerikanischen Geschichte herauf - die USA hatten sich den Alliierten angeschlossen.
Einige Tage darauf wurde in der St. Pauls Kathedrale ein feierlicher Gottesdienst abgehalten, um den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu zelebrieren und die Mitglieder des Pilgrim Clubs erhielten Ehrenplätze unter der Domkuppel, hinter dem König und der Königin."
**Amerika als Werkzeug der Banker**
Trotz der massiven Infusion "frischen Blutes" auf Seiten der Verbündeten hielt Deutschland stand. Bereits 1918 hatte Deutschland - mit Hilfe der nach Einstellung der Feindhandlungen im Osten an die Westfront verlegten Truppen - eine massive Stirb-oder-Sieg-Offensive auf die alliierten Streitkräfte vorgenommen. Die Deutschen schossen sich bereits den Weg durch die Außenbezirke von Paris, ehe sie aufgehalten wurden.
Eine Gegenoffensive der Alliierten, vor allem kraft der amerikanischen Verstärkung, brach der deutschen Armee das Genick und zwang sie zum Rückzug auf die ursprüngliche Hindenburg-Linie.
In Deutschland selbst schwollen die Probleme zu einer Revolution an und der deutsche Militärapparat fing an, auseinanderzubrechen. Kaiser Wilhelm II. dankte ab. Der Krieg war zu Ende, als am 11. November 1918 in Compiègne, Frankreich, der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, der den Ersten Weltkrieg beendete.
In den 17 Monaten der amerikanischen Expedition in das europäische "Theater" wurden eine Reihe weitreichender Zielsetzungen für die Hintermänner erreicht. Amerikas Außenpolitik des Isolationismus und der Neutralität, die George Washington so beredt in seiner Abschiedsbot-

schaft verfochten und die ihren Niederschlag in der Monroe-Doktrin gefunden hatte, war tot.
Damit war ein Präzedenzfall geschaffen worden - wenngleich durch ungeheuerlichen Betrug - daß Amerika als ein militärisches Werkzeug in den Händen der internationalen Banker benutzt werden konnte.
Dem Pan-Amerikanismus wurde durch ein Geheimabkommen der Pilgrim Society Ende 1890 abgeschworen, als die amerikanischen Wirtschafts- und Politkräfte entschieden, daß sie in Zukunft den "Anglo-Saxonismus" unterstützen und die Interessen der Krone verteidigen würden. Das Bewußtsein über diese Tatsache hat vielen Amerikanern nur sehr langsam gedämmert.
Das zaristische Rußland, den Geldmonopolisten seit vielen Jahren ein Dorn im Auge, war mit Erfolg von der Weltbühne gefegt worden. Dies hatte 47 Jahre zuvor der Oberilluminat Albert Pike in seinem berühmten Brief an Mazzini beschworen.
Der Erste Weltkrieg hatte in den beteiligten Ländern eine Staatsverschuldung von astronomischer Höhe geschaffen. Diese Schulden waren bei den internationalen Banken gemacht worden, die die Sache von vorne bis hinten organisiert und in Szene gesetzt haben. "Kriegsschauplätze " haben sich schon immer als höchst lukrativ für ihre Manager und diejenigen erwiesen, die sie finanzieren.

**Ruinen und Schulden und nur Verlierer**

Der Erste Weltkrieg hatte in den Ländern Europas einen beispiellosen gesellschaftlichen Umbruch bewirkt und die Bühne für eine weltweite soziale Revolution vorbereitet. Als der Waffenstillstand 1918 geschlossen wurde, hatte sich das Bild der Welt grundlegend verändert.
Aus den Ruinen und Schulden des "Krieges zur Beendigung allen Krieges" erhoben sich unanfechtbare Tatsachen. Das englische Volk hatte verloren. Das französische Volk hatte verloren ebenso wie das deutsche, österreichische und das italienische.
Das russische Volk hatte den Krieg, die Revolution - und seine Freiheit verloren.
Amerika, mit mehr als zwei Millionen Truppen bei Kriegsende in Europa, stand auf Seiten der Verlierer Rußland nur wenig nach. Dank der Treulosigkeit von Präsident Wilson und vielen Kongreßmitgliedern und der ungezügelten Lust derer, die jetzt unser Währungssystem kontrollieren, befand sich die einstmals stolze amerikanische Republik auf rasantem Weg in die Zerstörung.
Obwohl das amerikanische Volk eindeutig der Verlierer im Ersten Weltkrieg war, ebenso wie die Völker der übrigen beteiligten Nationen, gab es eine Gruppe, für die der Erste Weltkrieg ein uneingeschränkter Erfolg gewesen war: die Big Banker.
Die Tatsachen über die wirklichen Sieger teilt Carrol Quigley in seinem Buch "Tragedy and Hope" mit: "Der Erste Weltkrieg war eine Katastrophe solchen Ausmaßes, daß selbst heute das Vorstellungsvermögen nur schwer mithalten kann. An allen Fronten sind in der gesamten Kriegszeit rund 13 Millionen Männer der verschiedenen Streitkräfte umgekommen, sei es durch Verwundung oder Krankheit.
Die Carnegie-Stiftung für den internationalen Frieden hat geschätzt, daß der Krieg Gebäude im Wert von 400.000.000.000 $ zerstört hat, wobei der Wert aller Gebäude in Frankreich und Belgien zu der Zeit nicht mehr als 75.000.000.000 Dollar betragen hat."
Wenn Sie die folgenden Worte lesen, erinnern Sie sich der langfristigen Zielsetzung der Illuminaten, wie sie aus verschiedenen Quellen belegt wurde: "Es war offensichtlich, daß der Aufwand an Menschen und Gütern in solchen Größenordnungen eine gewaltige Mobilmachung von Hilfsquellen in der ganzen Welt erforderlich macht, und nicht umhin konnte, weitreichende Auswirkungen auf die Denk- und Handlungsweise der Menschen zu haben, die unter eine derartige Belastung gezwungen wurden. Einige Staaten wurden vernichtet oder auf immer verkrüppelt.
Es gab tiefgreifende Veränderungen im Finanz- und Wirtschaftsleben, in den gesellschaftli-

chen Beziehungen, in der Weltanschauung und im Gefühlsverhalten.
Der Krieg setzte nichts Neues in die Welt; vielmehr beschleunigte er einen Gärungsprozeß. Mit dem Ergebnis, daß Veränderungen, die sich in Friedenszeiten über einen Zeitraum von 30 oder 50 Jahren entwickelt hätten, innerhalb von fünf Kriegsjahren vollzogen worden waren.

**Beherrschung der Wirtschaft der Welt**

Carrol Quigley betont des weiteren, die gewaltigen Veränderungen "in der Gesellschaftsordnung", die der Krieg bewirkt hat, aber er beklagt die Tatsache, daß viele es nur langsam akzeptieren konnten, diese Veränderungen als dauerhaft anzusehen.
"Es war, als ob die Veränderungen zu schnell gekommen wären, um vom menschlichen Verstand hingenommen zu werden, oder was wahrscheinlicher ist, daß die Menschen zwar die überall eingetretenen Veränderungen sahen, aber annahmen, sie seien vorübergehende Entgleisungen einer Kriegszeit und daß, wenn der Frieden käme, sie verschwinden und jedermann zu seiner langsamen, angenehmen Welt von 1913 zurückkehren würde." Für den illuminierten Professor Quigley war dies ein "sehr gefährlicher" Standpunkt.
"Sehr gefährlich" für wen? Vermutlich für die Illuminierten und für die internationalen Banker, die, wie Quigley offen zugibt, höchst interessiert daran waren, "ein anderes, weitreichendes Ziel, nicht geringeres als die Erschaffung eines Weltsystems zur finanziellen Kontrolle durch private Hand, in der Lage, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise (Rückkehr zur Leibeigenschaft) von den Zentralbanken der Welt (internationale Banker) gesteuert werden, die konzentriert handeln, und zwar aufgrund von Geheimabkommen, die auf häufigen Privatkonferenzen und Treffen vereinbart würden."
Quigley, ein anerkannter "Insider ", der sich mit einem zweijährigen Zugang zu den "Papieren und Geheimdokumenten" der Round-Table-Gruppe (Illuminaten) zu Beginn der 60er Jahre brüstet, macht einige aufschlußreiche Erklärungen über die internationalen Banker:
"Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zeigt, daß der Rat, den die Banker (die, wie wir gesehen haben, die Regierungen kontrollieren) Regierungen gegeben haben, ebenso wie der Rat, den sie an Industriekonzerne gegeben haben, für die Banker durchweg vorteilhaft waren, aber für die Regierungen, Unternehmen und das Volk allgemein oft unglückselig. Solcher Rat konnte, falls notwendig, durch Manipulation der Aktienbörse, Goldbewegungen, Diskontsätze, ja sogar durch Wirtschaftszyklen aufoktroyiert werden."
Quigley entdeckt uns sodann die Methoden, mit denen die internationalen Banker jedes Gramm Profit aus dem Krieg herausgeschlagen haben, den ihre Tricks verursacht haben. Er informiert seine Leser, daß "im Juli 1914 die Militärs zuversichtlich waren, eine Entscheidung innerhalb von sechs Monaten herbeiführen zu können, weil ihre strategischen Pläne und die Beispiele von 1866 und 1870 eine sofortige Entscheidung nahelegten.
Dieser Glauben wurde von den Finanzexperten unterstützt, die zwar die Kosten des Krieges erheblich unterschätzt hatten, aber dennoch sicher waren, daß die finanziellen Mittel aller Staaten nach sechs Monaten erschöpft sein würden. Unter finanziellen Mitteln verstanden sie die Goldreserven der verschiedenen Nationen. Diese waren ganz offensichtlich begrenzt; alle Großmächte waren an den Goldstandard gebunden, nach dem Banknoten und Papiergeld auf Verlangen in Gold umgetauscht werden konnten."

**Die Banken machten das Geld**

Quigley schreibt weiter, daß "der Kriegsausbruch von 1914 diese finanziellen Kapitalisten von ihrer schlechtesten Seite zeigte, kurzsichtig und selbstsüchtig, während die, wie gewöhnlich, ihre totale Hingabe an das soziale Wohl proklamierten.
Die Einstellung der Banker hat sich am deutlichsten in England gezeigt, wo jede Bewegung von den Bemühungen diktiert wurde, ihre eigene Position zu sichern und davon zu profitieren, und nicht von den Überlegungen, wie die Wirtschaft für den Krieg oder das Wohl des engli-

schen Volkes zu mobilisieren sei."
Um die Finanzierungsprobleme zu bewältigen und den Weg für eine Verlängerung des Krieges zu öffnen, so daß daraus der größte finanzielle und politische Gewinn geschlagen werden konnte", stellten die Banker ein System auf, wonach die ihnen geschuldeten Verpflichtungen mit ungedecktem Papiergeld sogenannte Schatzanweisungen - beglichen werden konnten."
"Jedes Land hob den Goldstandard bei Kriegsbeginn bis auf weiteres auf. Damit wurde die automatische Begrenzung in der Versorgung mit Papiergeld beseitigt.
Sodann hat jedes Land den Krieg durch Aufnahme von Krediten bei den Banken bezahlt. Die Banken machten das Geld, das sie anschließend ausliehen, indem sie der Regierung einfach ein Konto in beliebiger Höhe einräumten, auf das die Regierung Schecks ziehen konnte.
Die Banken waren damit nicht mehr in der Höhe der Kredite beschränkt, die sie bereitstellen konnten, weil sie nun kein Gold mehr auf Verlangen gegen Schecks eintauschen mußten.
Damit wurde die Geldschöpfung der Banken in Form von Krediten nur noch von der Nachfrage ihrer Schuldner begrenzt. Und da die Regierungen für ihren Bedarf Geld borgten, borgten natürlich auch die Privatunternehmen, um die Regierungsaufträge ausführen zu können. Das Gold, das nun nicht mehr einfach verlangt werden konnte, ruhte in den Tresoren, abgesehen von kleinen Mengen, die exportiert wurden, um für die Lieferungen neutraler Länder oder von Mitstreitern zu bezahlen."
Der gewaltige Anstieg von ungedecktem Papiergeld führte zu einer atemberaubenden Inflation:
"Die Mittelklasse der europäischen Gesellschaft, mit ihren Bankguthaben, Scheckeinlagen, Hypotheken, Versicherungs- und Rentenpapieren wurde durch die Kriegsinflation angeschlagen und sogar ruiniert."

**Lügen wie zu keiner anderen Zeit der Weltgeschichte**

Diese von den internationalen Banken berechnete Vergewaltigung der Währung hatte eine zusätzliche Wirkung, die perfekt in ihre Pläne zur Vernichtung der "alten Weltordnung" paßte, die der "Neuen Weltordnung" der Illuminaten vorausgehen sollte.
In einigen Ländern "ging die Inflation so weit, daß die Währungseinheit vollkommen wertlos wurde. Die Mittelklasse wurde weitgehend zerstört und ihre Angehörigen in die Verzweiflung getrieben oder zumindest an den Rand eines psychopathischen Hasses auf jede Form der Regierung oder der sozialen Klasse, die sie für ihren Notstand verantwortlich hielten."
Selbst in England und Amerika "stiegen die Preise um 200 bis 300 Prozent, während die Staatsverschuldung um rund 1.000 Prozent zunahm." Professor Quigley bestätigt die Ansicht von Arthur Ponsonby, einem englischen Parlamentarier, daß "es in der Welt von 1914 bis 1918 mehr vorsätzliche Lügen gegeben haben muß als zu jeder anderen Zeit der Weltgeschichte."
Aufgrund der englischen Zensur waren zum Beispiel die meisten Tatsachen bezüglich der Vorgeschichte des Krieges in Amerika unbekannt. Das englische Kriegspropaganda-Ministerium unter Leitung von Sir Gilbert Parker betrieb das amerikanische Informationsbüro, welches "fast alle Informationen kontrollieren konnte, die für die amerikanische Presse bestimmt waren und fungierte ab 1916 als ein internationaler Nachrichtendienst, der die europäischen Nachrichten selbst an rund 35 amerikanische Zeitungen verteilte."
Sie "unterschlugen jede Verletzung des Kriegsrechts oder der Regeln der Menschlichkeit, soweit diese der (britisch-französischen) Entente anzulasten waren. Hingegen wurden Verstöße und Grausamkeiten der Zentralmächte (Deutschland) groß herausgebracht."
"Greuel-Propaganda" wurde hochgespielt, Geschichten über Deutsche, die Tote verstümmeln, Frauen vergewaltigen, Kindern die Hände abhacken, Kirchen und Denkmäler entweihen und Belgier gekreuzigt haben, fanden im Westen allgemein Glauben, als man das Jahr 1916 schrieb.

Diese krassen Lügen wurden von den Illuminaten-Agenten für eine Reihe von Zwecken fabriziert. Zu diesen Zwecken gehörte die Hoffnung, dadurch die Chance eines Verhandlungsfriedens (zum Dezember 1916) zu sabotieren. Sie hofften damit auch, die Unterstützung neutraler Länder (wie die Vereinigten Staaten) zu gewinnen und diese im Namen der "Menschlichkeit " in den Krieg zu ziehen.
Als der Öffentlichkeit diese Lügen am Ende des Krieges bekannt wurden, erfüllten sie auch noch den Zweck, die Skepsis gegenüber allen Regierungsmitteilungen weiter zu vermehren.
Wie Edward Stanton, Lincolns Kriegsminister, in seinem berühmten Buch "Mr. Secretary" sagt: "Kriege werden nicht ausgetragen, um einen Feind zu besiegen. Kriege werden gefochten, um einen Zustand hervorzurufen", der vollkommen in Übersteinstimmung mit den langfristigen Plänen der Illuminaten war.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg (gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.
Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begründer der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.
Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.
Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.
Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so scheffelte.
Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar

(schon der heilige Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.
Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahressalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.
Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berüchtigte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerläßlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.
Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina.
Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.
Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.
Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...
Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons.
Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersönlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.
Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.
Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.
Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer be-

nötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten.
Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.
Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen großenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.
Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/58,60): >>**Händler des Todes**
_ von *Sven Reuth*
Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson sicherte sich seine Wiederwahl 1916 mit dem Slogan: "Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten". Eine glatte Lüge - denn die US-Hochfinanz hatte Deutschland längst ins Visier genommen.
… **Kapitalistische Revolutionäre**
Sowohl das Deutsche Reich als auch Kreise der New Yorker Hochfinanz versuchten, die Russische Revolution zu beeinflussen. In Berlin sah man im Frühjahr 1917 nach dem US-Kriegseintritt nur noch die Möglichkeit, den Krieg im Osten schnell zu beenden, um Kräfte für den Westen freizubekommen.
Da nach dem Sturz des Zaren im März 1917 auch die neue bürgerliche Regierung unter Alexander Kerenski den Krieg fortsetzen wollte, setzte man auf die bolschewistische Karte. Der Schweizer Exilant Lenin wurde in einem plombierten Eisenbahnwaggon über das deutsche Reichsgebiet und Skandinavien nach Rußland gebracht. Die Bolschewiki erhielten dort über den Hamburger Bankier Max M. Warburg insgesamt sechs Millionen Dollar in Gold. Aber auch jüdische Bankiers in New York wie Jakob Schiff wünschten den Sturz des Zaren, da es in seinem Land immer wieder zu antisemitischen Pogromen kam. So unterstützte Schiff schon vor der Februarrevolution revolutionäre Aktivitäten in der russischen Armee und finanzierte auch Trotzkis Rückkehr aus dem US-Exil nach Rußland.
**Geburt einer Weltmacht**
Als an der Jahreswende 1916/17 nach der deutschen Eroberung Rumäniens mit seinen wichtigen Ölfeldern und den gescheiterten und ungeheuer verlustreichen britischen Offensiven an der Somme ein deutscher Sieg möglich zu werden schien, brauchte der US-Präsident dann auch nicht lange, um auf militärische Parolen umzuschalten. Den Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 bezeichnete er als "Kreuzzug für die Demokratie". Die ungeheuren materiellen und personellen Ressourcen, die die Vereinigten Staaten in den Krieg warfen, wendeten das Blatt schließlich für die Entente-Mächte.
**"Die alliierte Sache ist auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwommen."**
Lord Curzon
Die USA waren innerhalb von vier Jahren endgültig zu einer Weltmacht aufgestiegen und hatten ungeheure ökonomische Gewinne realisiert. Betrugen die US-amerikanischen Exportüberschüsse zum Ende des dortigen Fiskaljahrs am 30. Juni 1914 noch eine Milliarde Dollar, so waren sie drei Jahre später auf 82 Milliarden Dollar gestiegen.

Ein unter dem Vorsitz des republikanischen Senators Gerald P. Nye zwischen 1934 und 1936 tagender Untersuchungsausschuß stellte fest, daß die Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkriegs alleine an Großbritannien 2,3 Milliarden Dollar an Krediten vergeben hatten, an das Deutsche Reich aber nur 27 Millionen Dollar. Die von dem konservativen Politiker daraufhin aufgestellte Forderung, das Land dürfe sich nie mehr von den "Merchants of Death", den "Händlern des Todes", lenken lassen, hat sich bislang als frommer Wunsch erwiesen. <<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet später (am 3. Juni 2022) über die US-Außenpolitik (x1.144/…): >>**Die Amerikanisierung Europas und ihr notwendiges Ende - Warum die EU und vor allem Deutschland sich von "America First" befreien müssen**

Ein Artikel von *Werner Rügemer*

Der Krieg in der Ukraine und die europäischen Reaktionen darauf zeigen einmal mehr, wie sehr Europas Politik die Interessen der USA priorisiert - sie scheinen sogar wichtiger zu sein als die eigenen europäischen Interessen. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Folge einer langen und sehr erfolgreichen Einflußpolitik der USA.

Werner Rügemer hat diese Entwicklung in einem vor der russischen Invasion geschriebenen Beitrag für den neu erschienenen Sammelband "Fortschritt in neuen Farben? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen der Gegenwart" skizziert, den die NachDenkSeiten heute ihren Lesern vorstellen wollen.

Führende EU-PolitikerInnen fordern seit einigen Jahren immer stärker eine "größere Unabhängigkeit Europas". Doch in Wirklichkeit wächst die Gefolgschaft der EU gegenüber den USA in mehrfacher Hinsicht: militärisch, investiv, außenpolitisch, finanziell, kulturell, geheimdienstlich. Das hat eine hundertjährige Vorgeschichte, die vielen Europäern, auch Linken gerade in Deutschland, immer noch weitgehend unbekannt ist. Es gehört im 21. Jahrhundert zu den Existenzfragen der Menschheit, ob und wie sich Europa und Deutschland auf friedenspolitischer Grundlage von einer imperialen Politik lösen kann, die seit Jahrzehnten US-dominiert ist.

**Umkehrung des Verhältnisses durch den Ersten Weltkrieg**

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts waren US-Unternehmen auf Kredite europäischer Banken, insbesondere aus Frankreich und England, angewiesen. Auch die Nord- wie die Südstaaten wurden für den Bürgerkrieg von europäischen Banken und Börsenplätzen mitfinanziert, vor allem aus London, Paris, Frankfurt und Amsterdam. Ab den 1870er Jahren war etwa die Deutsche Bank an der Elektrifizierung des Landes beteiligt.

Die Wall Street war durch eingewanderte Bankiers aufgebaut worden. Die Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve 1913 durch Wall-Street-Banken markiert einen Einschnitt: Die Kreditmöglichkeiten für die Banken selbst wie für den Staat wurden enorm ausgeweitet. So finanzierten nun v.a. US-Banken den Krieg in Europa, insbesondere finanzierten sie Frankreich und England.

Durch den unter Führung von US-Präsident Woodrow Wilson abgeschlossenen Versailler Vertrag wurde das Deutsche Reich der Hauptschuldner und, um auch die Kriegsreparationen zahlen zu können, Hauptempfänger von US-Krediten: Sie gingen an die Deutsche Reichsbank, an deutsche Unternehmen, aber auch an US-Unternehmen:

Sie kauften in Westeuropa Unternehmen oder Unternehmensanteile und errichteten Tochterfirmen, so etwa Ford, General Motors, IBM, ITT, General Electric, International Harvester, Coca-Cola und Hollywood-Firmen wie Paramount. Dabei spielten der Dawes-Plan (1924) und der Young-Plan (1929) eine wichtige Rolle.

Auch in faschistischen Regimen wie unter Benito Mussolini in Italien oder Francisco Franco in Spanien, von den USA schnell diplomatisch anerkannt, wurde kräftig investiert. Schwerpunkt war allerdings der technologisch führende Standort Deutschland, hier waren Anfang der 1930er Jahre einige hundert der wichtigsten US-Unternehmen präsent.

So entstand auch mit Hilfe der USA in Hitler-Deutschland die modernste Militärmaschine Europas - und keineswegs unterbrochen im Zweiten Weltkrieg. Trotz militärischer Feinderklärung durch die US-Regierung produzierten Ford, General Motors, IBM, Hollywood und Co. auch im Krieg für das NS-System, für die Wehrmacht und auch für die KZ-Verwaltung.
Die von der Wall Street 1930 in Basel/Schweiz gegründete Bank for International Settlements (BIS, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich/BIZ, Zentralbank der Zentralbanken auch heute) wusch Raubgold und Raubaktien, die die Wehrmacht aus den besetzten Staaten herausholte, und verschaffte dem Deutschen Reich international notwendige Devisen für die Beschaffung von Rohstoffen und Kriegsmaterial.
In der BIS kooperierten auch während des Krieges die Zentralbanken der militärisch verfeindeten Staaten, also USA und Deutschland, Japan, Frankreich, Belgien, Italien, Schweden usw. Nur die Sowjetunion war nicht vertreten, die Leitung hatte der Wall-Street-Banker Thomas McKittrick.

**US-Neuordnung (West)Europas I: Marshall-Plan**

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die neue westliche Supermacht. Nicht nur (West-)Deutschland war wesentlich geschwächt, sondern auch die anderen imperialistischen und kolonialistischen Staaten Europas, insbesondere Großbritannien und Frankreich, aber auch die kleineren Staaten Italien, Belgien, Portugal und die Niederlande. Vor allem Großbritannien war bei den USA tief verschuldet.

**USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen**

Die USA hatten sich durch den Zweiten Weltkrieg endlich aus der tiefen Produktionskrise, die 1928 begonnen hatte, befreit. Den Kriegsboom, den größten Wirtschaftsboom, den die USA bis dahin erlebt hatten, wollten sie nach dem Krieg fortführen. Nach dem Dawes-Plan folgte der viel umfangreichere Marshall-Plan (1947).
Das treibende Motiv des Plans war nicht die vielbeschworene "Hilfe" für das zerstörte Europa - denn zum einen war nur das kapitalistische Westeuropa gemeint, nicht die am meisten zerstörte Sowjetunion und andere von den Nazis verwüstete osteuropäische Staaten. Zum anderen galt die Hilfe vorrangig den USA, ihren Unternehmen und Banken selbst.
Das Marshall-Programm wurde von denen geleitet, die schon die transatlantischen Beziehungen zwischen US-Unternehmen und europäischen, insbesondere deutschen Konzernen vor und während des Krieges gestaltet hatten. So etwa war McKittrick, von 1940 bis 1945 Chef der u. a. als NS-Finanzier fungierenden BIS, in der Pariser Zentrale des Marshall-Plans zuständig für die Finanzabwicklung. So wurde der Wall-Street-Anwalt, dann stellvertretende Kriegsminister ("Assistant Secretary of War"), dann Präsident der Weltbank, John McCloy, zum Marshall-Plan-Beauftragten für die neu gegründete Bundesrepublik Deutschland und ab 1949 auch zu deren US-Hochkommissar.

**Ausschluß sozialistischer Parteien und Staaten**

Für den Erhalt von Marshall-Hilfen mußten die Empfänger das Politik-, Parteien- und Gewerkschaftssystem antikommunistisch säubern. Kein Kommunist durfte Regierungsmitglied werden. Sozialisten und Sozialdemokraten durften sich nur dann an einer Regierung beteiligen, wenn sie zugleich antikommunistisch waren. Sogar der konservative Charles de Gaulle, der mit "Freies Frankreich" gegen die Nazis gekämpft hatte, wurde von den USA schon 1946 aus der Regierung verdrängt.
Sozialistische Staaten wollten und konnten sich dem Marshall-Regelsystem nicht anschließen. Das hatten die USA von vornherein geplant und schlossen die Sowjetunion schon 1944 bei der Gründung des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank aus.

**Öffnung für den Marshall-Plan: Krieg der USA in Griechenland**

Wenn es nötig schien, verschärften die USA auch Bürgerkriege. Sie wurden dann anders entschieden als es nach den Kräfteverhältnissen im Land gekommen wäre. 300 CIA-Agenten,

450 US-Militär- und 1.200 US-Wirtschaftsberater wurden 1947 als American Mission for Aid to Greece (AMAG) eingesetzt. Sie unterstützten nationalistische und monarchistische Militärs in Griechenland (die teilweise mit den Nazi-Besatzern kooperiert hatten) durch Geld, Sturzkampfbomber und Napalmbomben. Reiche griechische Unternehmerfamilien, darunter Reeder wie Aristoteles Onassis, wurden subventioniert.
Die schwächelnde Kolonialmacht Großbritannien zog sich aus ihrem traditionellen Einflußbereich zurück und überließ der neuen Supermacht das Feld. So wurde die demokratische und antifaschistische Befreiungsbewegung mitten in "Friedenszeiten" vernichtet: Zwischen 1948 und 1952 wurden zehntausende Kommunisten und Linke eingesperrt, über 1.500 wurden hingerichtet. Dann flossen auch die Gelder des Marshall-Plans. Zum "Kalten Krieg" gehörten für die USA immer auch "heiße" Kriege.

**Antikommunistische Steuerung der Gewerkschaften**

Der mit der CIA verbundene US-Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO infiltrierte, finanzierte, spaltete, erpreßte ab 1945 Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien und Funktionäre in allen westeuropäischen Staaten, so in Frankreich, Italien, Großbritannien, Westdeutschland, aber auch etwa in den skandinavischen Staaten.
Antifaschismus und Kapitalismus-Kritik wurden weitgehend ausgetrieben. Gegen den 1945 gegründeten überparteilichen Welt-Gewerkschaftsbund initiierten die USA über den AFL-CIO den antikommunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, in den der DGB, der englische TUC usw. aufgenommen wurden.
Noch in den 1970er Jahren war z.B. der hauptamtliche DGB-Funktionär Walter Boehm gleichzeitig Gehaltsempfänger des US-Geheimdienstes.

**Seit den 1980er Jahren: Noch mehr transatlantische Investitionen**

Der Marshall-Plan löste eine dauerhafte US-Investitionswelle aus, die weit über den Umfang der Plan-Hilfen hinausging: Während die US-Investitionen zwischen 1950 und 1970 in Lateinamerika auf das Dreifache stiegen, in Asien (einschließlich Japan) auf das Fünffache, im traditionellen Nachbarschaftsmarkt Kanada um das Sechsfache, stiegen sie in Westeuropa um das Vierzehnfache. Aber das war nicht das Ende.
US-Berater: Für DDR-Verkauf, Privatisierung, Rüstungsbeschaffung … Ab den 1980er Jahren wurden Wall-Street-Investmentbanken wie JP Morgan und Goldman Sachs, teilweise vermittelt über die Europäische Kommission, in EU-Staaten für die Privatisierung der großen staatlichen Unternehmen wie Post, Bahn, Medien und deren Börsengänge herangezogen, zuerst in Großbritannien durch die Tory-Regierung von Thatcher, dann auch etwa durch die von Bundeskanzler Kohl geführte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP:
Sie holte ab 1990 JP Morgan, McKinsey, PricewaterhouseCoopers (PwC) usw. als Berater in die Treuhand-Anstalt, um die Betriebe der Ex-DDR möglichst schnell und billig zu privatisieren.
McKinsey, PwC, Ernst&Young, Freshfields, Fleishman Hillard und Accenture - die "zivile Privatarmee des transatlantischen Kapitals" - sind zu Dauer-Beratern nicht nur der großen privaten Unternehmen in der EU geworden, etwa bei Bilanzen, Übernahmen, Fusionen und Börsengängen, sondern auch der EU-Regierungen wie der deutschen und auch der Europäischen Kommission, so bei Flüchtlingspolitik, Rüstungsbeschaffung oder Jobcenter-Umgestaltung.
Und die drei großen US-Ratingagenturen Standard&Poor's, Moody's und Fitch beherrschen auch in der EU die Bonitätsbewertung nicht nur der Unternehmen, sondern auch der EU-Staaten und legen deren Kreditkonditionen fest, für den griechischen genauso wie für den deutschen Staat.

**Weitere US-Interventionen: De-Industrialisierung der EU**

Trotz der verstärkten Investitionen westeuropäischer Banken und Unternehmen seit den 1980er Jahren in den USA blieb die US-Dominanz nicht nur erhalten, sondern wurde seit Beginn des 21. Jahrhunderts weiter ausgebaut.

Dabei haben die US-Akteure die EU-Staaten Irland, Luxemburg, die Niederlande und auch die City of London zu besonders willigen Finanzoasen ausgebaut - mit Hilfe und aktiver Duldung der EU. Die strukturelle Verarmung der staatlichen Haushalte in der EU sind die Folge, Verfall oder teure Privatisierung der Infrastruktur inbegriffen.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts förderte die deutsche Regierung aus SPD/Grünen unter Kanzler Gerhard Schröder mit dem Programm "Entflechtung der Deutschland AG" durch Deregulierungen und Steuerbegünstigungen den Kauf deutscher Mittelstandsunternehmen und öffentlicher Wohnungsbestände durch Private-Equity-Investoren ("Heuschrecken") wie Blackstone und KKR - Vorbild für die ganze EU.

**Verwertung der Substanz, De-Industrialisierung**

Das Prinzip: Die vorhandene wirtschaftliche Substanz verwerten, Arbeitseinkommen senken, Gewinne rausziehen, keine Zukunftsinvestitionen. Ergebnis: Investive Entmächtigung der EU, De-Industrialisierung, Absturz gegenüber den USA und v. a. der Volksrepublik China.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 drangen dann die größeren Kapital-Organisatoren der Ersten Liga ein, wieder v. a. aus den USA: BlackRock, State Street, Vanguard und Co., neben vereinzelten Staatsinvestoren wie Norges (Norwegen), Temasek (Singapur) oder solchen aus den Golfstaaten. Sie sind nun die führenden und gleichzeitigen Eigentümer der wichtigsten Banken und Konzerne in Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Großbritannien usw., auch in der Schweiz.

Und der gegenwärtig größte Kapital-Organisator, BlackRock, ist nicht nur gleichzeitig Aktionär in allen DAX- und weiteren hunderten deutschen Unternehmen - auch in den fünf größten Wohnungskonzernen - und in den bedeutendsten Unternehmen der wichtigsten EU-Staaten, sondern ist auch mit drei Managern in der US-Regierung von Joe Biden vertreten. Er ist gleichzeitig Berater der Federal Reserve, der Europäischen Kommission und der EZB, auch für die Umsetzung des Corona-Wiederaufbau-Programms der EU.

Arbeitsverhältnisse und die Umdeutung der Menschenrechte Die International Labour Organization (ILO) konkretisiert die Universellen Menschenrechte der UNO im Bereich der Arbeitsbeziehungen: Recht auf Arbeit, Recht auf freie Gewerkschaften und Streik, Recht auf Kranken-, Arbeitslosigkeits- und Rentenversicherung, gerechtes Arbeitsentgelt, Kündigungsschutz, Arbeits- und Ruhezeiten, bezahlter Urlaub, Verbot der Zwangs- und Sklavenarbeit, Schutz der Wanderarbeit usw. Die westlichen EU-Staaten haben in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg eine Vielzahl der knapp 200 ILO-Konventionen ratifiziert.

Aber: Von 1948 bis ins Jahr 1970 war David Abner Morse Generalsekretär der ILO, länger als jemals ein anderer Generalsekretär vor oder nach ihm. Er war zuvor Vize-Arbeitsminister der US-Regierung und Arbeits-Berater der US-Militärregierung in Westdeutschland.

Die USA haben bis heute nur ein Dutzend der Konventionen ratifiziert, und schon gar nicht die wichtigsten - und stehen damit weltweit an vorletzter Stelle, weniger sind es noch bei Katar. Ein Hinweis darauf, warum die USA stets danach trachtete, daß einer der ihren, ob nun US-Bürger oder nicht, die ILO führt und neutralisiert. Unter der Regie von Morse wurden die ILO-Arbeitsrechte völkerrechtswidrig verdrängt, praktisch außer Kraft gesetzt, gezielt auch bei den Vorläufern der EU. Dies wirkt bis heute fort, etwa auch bei internationalen Freihandelsverträgen.

Dies steht im Kontext der US-geführten Umdeutung der Menschenrechte: Arbeits- und Sozialrechte raus, Individualrechte bleiben übrig, heute zugespitzt auf Diversität.

**Working poor, working sick, migrantische Arbeit von legal bis illegal**

US-Konzerne wie McDonald's und UPS waren in Westeuropa ab den 1970er Jahren die Vorreiter für gewerkschaftsfeindliche prekäre Arbeitsverhältnisse. Working poor, zudem verbunden mit working sick, breitete sich von den USA kommend auch in der EU aus. Sie fördert den Ersatz des regulierten Voll- und Dauerarbeitsplatzes durch den hochflexiblen Job nach US-Vorbild. Die Situation der abhängig Beschäftigten in der EU gleicht sich den US-Verhältnissen immer mehr an, auch mit der Nutzung legaler wie illegaler migrantischer Arbeit.

Seit Beginn der 2000er Jahre wurde die in den USA entwickelte Dienstleistung des Union Busting auch in der EU installiert: Professionelle Bekämpfung von unabhängigen Belegschaftsvertretungen. Wie in den USA besteht die Klasse der abhängig Beschäftigten heute aus vielfältigsten Gruppen, die nach Nationalität und Ethnie, rechtlichem Status, Arbeitsumfang und Legalität/Illegalität hochgradig und kaum organisierbar zersplittert sind und wo schon erste Ansätze einer Organisierung bekämpft werden.

**Ost-Erweiterung und Digitalisierung**

Mit der Osterweiterung der EU wurden und werden die neuen Mitglieds- und Anwärterstaaten zweifach genutzt: 1. für selektive Investitionen einzelner v. a. westlicher Unternehmen, ohne die Volkswirtschaft und die Infrastruktur zu fördern, 2. als Reservoir für millionenfache, befristete migrantische Arbeit in den Sektoren Bau, Logistik, Gesundheit, Landwirtschaft (Saisonarbeit), häusliche und Alten-Pflege, Gastronomie und auch Prostitution.

US-Konzerne wie Uber, Amazon, Facebook/Meta sind mit ihren EU-weiten Subunternehmerketten die Vorreiter der digitalisierten und durch Künstliche Intelligenz beschleunigten Prekarität (gig und crowd working, oft vertragslos, oft einseitiges anonymes Anweisungsverhältnis), zusätzlich befördert durch die Pandemie(-Politik).

**US-Neuordnung (West-)Europas II: NATO**

Im Vorfeld der NATO-Gründung wußten die Verantwortlichen in den USA: Die Sowjetunion bedeutet keine militärische Gefahr. Einen Angriff auf Westeuropa konnte die geschwächte Macht, selbst wenn sie wollte, nicht durchhalten: Die Wirtschaft der Sowjetunion war zu schwach; ihr Transportsystem zu unausgereift; ihre Ölindustrie ist viel zu leicht anzugreifen. Die Männer im Kreml sind kluge Tyrannen, urteilte der Chefplaner im State Department, George Kennan, die ihre innere Macht nicht durch militärische Abenteuer im Ausland aufs Spiel setzen. Dies hielt Kennan ab 1948 für Außenminister Marshall, Präsident Truman und die US-Botschafter in diversen Memoranden wiederholt fest.

**Die Gründungslüge**

Die tieferen Gründe für die militärische Besetzung Europas waren andere. Im März 1943 machte es der neoliberale Geostratege Walter Lippmann offiziell: Nach der Eroberung Nordamerikas, Mittelamerikas, der Karibik, der Philippinen und Inseln im Pazifik (Wake Islands, Guam, Hawaii …) seien die USA bisher gezwungen gewesen, "zwei Drittel der Erdoberfläche von unserer kontinentalen Basis in Nordamerika aus zu verteidigen."

Jetzt aber eröffne sich mit der absehbaren Niederlage der Achsenmächte Deutschland, Japan, Italien eine neue Möglichkeit: Die USA können jetzt ihre "Verteidigungslinie" entscheidend erweitern, "indem wir unsere Außenpolitik auf zuverlässige Bündnisse in der alten Welt gründen."

**1947: Vom Department of War zum Department of Defense**

Von 1776 an, seit ihrer Gründung, hatten die USA faktengemäß ein Kriegsministerium (Department of War). Aber gerade jetzt, 1947, auf der erweiterten Stufe ihrer globalen Expansion, wurde das Kriegsministerium als Verteidigungsministerium (Department of Defense) deklariert. Dies war durchaus ein internationaler Trend, der es dem Kriegsbündnis NATO leichter machte, unter "Verteidigungsbündnis" zu firmieren.

Die 1949 gegründete NATO war Zwillingsgeschöpf des Marshall-Plans. Das verkörperte George Marshall selbst: Während des Zweiten Weltkriegs koordinierte er als Chief of Staff das US-Militär auf allen Kriegsschauplätzen zwischen Nordafrika und Japan. Nach dem Krieg organisierte er als Außenminister von 1947 bis 1949 den nach ihm benannten Plan. Und 1950 organisierte er als US-Verteidigungsminister die im Jahr zuvor aus der Taufe gehobene NATO mit.

**Die Fortsetzungslüge: EU-Osterweiterung mit NATO**

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die ins Feld geführte Legitimation für die NATO weggefallen. Aber für die USA als "einzige Weltmacht" war und ist die Beherrschung ganz Eurasiens "von Lissabon bis Wladiwostok" das Ziel, so 1996 der führende Berater mehrerer US-Präsidenten, Brzezinski.

Der unter dem Deckmantel der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker - bis hin zur Behauptung, "ein neues Auschwitz" müsse verhindert werden -, geführte Krieg gegen Jugoslawien war ein Einschnitt. Heute ist man weiter: Rußland muß erobert werden, auch um die großen Ressourcen nicht China zu überlassen; dafür ist die Ukraine der wichtigste Zwischenschritt, so das geostrategische Konzept.

Alle osteuropäischen Staaten, ob Ungarn, Polen, Tschechien, Kroatien, Litauen usw. wurden und werden zuerst Mitglieder der NATO, bevor sie nach einigen Jahren auch EU-Mitglied werden dürfen. Der Kosovo wurde völkerrechtswidrig von Serbien abgetrennt und zum Staat erklärt (bis Ende 2021 von gut 100 Ländern, darunter 22 der 27 EU-Staaten, anerkannt), um dort, umgeben von Armut und Korruption, den neuen US-Militärstützpunkt Bond Steel zu betreiben.

So sind zwar die britischen, französischen, belgischen und niederländischen Besatzungstruppen aus der Bundesrepublik abgezogen, aber nicht die US Army und nicht die US-Atombomben - im Gegenteil: Die etwa drei Dutzend US-Militärstützpunkte und Operationsbasen werden umgebaut, erweitert, modernisiert, für Kriege in Asien, "Operationen" in Afrika und den Aufmarsch gegen Rußland. Kein größerer Staat der Welt ist so dicht mit ausländischem, also US-Militär, besetzt wie der "mächtigste" EU-Staat, und dies verschärft in den 16 Regierungsjahren der "mächtigsten Frau der Welt".

**Befreiung von "America First"!**

Die deutsche Bundeskanzlerin ließ sich und ihre Regierungsmitglieder von US-Geheimdiensten ausspionieren. Aber selbst als dieses Mal zufällig und kurzzeitig bekannt wurde - Frau Merkel unternahm nichts dagegen. Das gehört seit Bundeskanzler Adenauer zum Standard dieser besonders tiefen transatlantischen "Freundschaft". Ergebnis: Die Macht Deutschlands und der EU erodiert, auf allen technologischen und geostrategischen Gebieten, so der außenpolitische Thinktank European Council on Foreign Relations.

**"Machtlos gegen Big Tech"**

Die EU hat seit einem Jahrzehnt auf strategisch wichtigen Feldern immer wieder versucht, die US-Vorherrschaft zumindest etwas zu begrenzen: Bei der organisierten Steuerflucht von US-Unternehmen, bei der Einschränkung des Wettbewerbs durch die großen fünf US-Digitalkonzerne Google, Apple, Microsoft, Facebook und Amazon (GAMFA), bei der Abschöpfung von Bürger- und Unternehmensdaten und deren Transfer in die USA, bei der Abhängigkeit der EU im Bereich der Software, der Chip-Produktion und der Clouds.

Es wurden schon mal ein paar Milliarden Bußgelder eingetrieben - aber die Strukturabhängigkeit von den Digitalkonzernen wächst, noch beschleunigt mit der Pandemie-Politik. Dabei werden die dreistelligen Millionenbeträge nicht einmal thematisiert, mit denen die GAMFA mitunter Lehrstühle finanzieren und über häufige und große Anzeigen auch Abhängigkeiten der sogenannten Leitmedien in der EU schaffen, in Deutschland von taz bis FAZ.

Da bilanziert die FAZ: "Verzweifelte Aufholjagd einer Schlüsselindustrie. Brüssel will die Chip-Branche in der EU vor dem Niedergang retten. Der aber ist längst im Gange." Und das Handelsblatt bilanziert: "Machtlos gegen Big Tech". Deshalb schlägt die US-lastige Unternehmer-Postille als "Lösung" offen vor: "Mit Apple und Google verbünden"!

**Noch mehr Unterwerfung trotz wachsender Zweifel an der Supermacht**

Zwei Jahrzehnte haben die wichtigsten und auch kleine EU-Staaten und ebenso ihre Neutralität zelebrierende Staaten wie die Schweiz den US- und NATO-Krieg in Afghanistan mitgetragen: militärisch, finanziell, propagandistisch, geheimdienstlich und übrigens auch mit christlich-kirchlicher Beweihräucherung vor Ort.

Ergebnis: Millionen Menschen auf der Flucht, hunderttausende Tote, ein destabilisiertes und verarmtes Land, mit vielgestaltig korrumpierten Marionettenregierungen, Oligarchen, Warlords, einheimischen "Menschenrechtlern" und "Ortskräften" sowie eine wieder zur Macht gekommene Taliban-Regierung. Das nur als ein Beispiel, ein aktuelles, für die menschenrechtlich, moralisch, politisch, finanziell und sogar noch militärisch desaströse US- und NATO--Gefolgschaft.

Selbst ein transatlantisches Flaggschiff wie die "Zeitung für Deutschland" konstatiert die technisch-finanzielle Dominanz der USA, und auch die sich vertiefenden Zweifel an der "einzigen Weltmacht": Durch "strukturellen Rassismus, Waffengewalt auf den Straßen, zehntausende Drogentote, rechten Populismus - die Krisensymptome sind nicht mehr zu leugnen und reichen weit in das liberale Bürgertum", so die FAZ in ihrer immer noch beschönigenden Krisenanalyse, in der z.B. der Afghanistan-Krieg fehlt.

Aber solange Rußland und China uns bedrohen, so das von Facebook und Google mittels Inseraten reichlich bedachte Leitmedium, "muß Europa sein Mißtrauen Washington gegenüber überwinden und auf Amerika setzen."

**Militärische Budgets weiter erhöhen**

Derlei herrschende Meinungsmache erreicht, in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, in der gegenwärtigen Feindbild-Konstruktion, in der Haß- und Hetzeproduktion gegen Rußland und die Volksrepublik China "Weltniveau".

Die EU erweitert die "eigenen" militärischen Instrumente, aber die NATO-Führung bleibt, und die EU-Staaten erfüllen schrittweise die dem US-Präsidenten Barack Obama verbindlich zugesagte Forderung der Supermacht, die Rüstungsetats mindestens auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

Die USA schrumpfen sich und die besten Alliierten volkswirtschaftlich, ihre wichtigsten internationalen Instrumente sind Boykotte und Sanktionen - und haben als wichtigstes Alleinstellungsmerkmal nur noch den weltweit größten Destruktionsapparat zu bieten: Militär zu Land, zur See, in der Luft, im Weltraum; die mit riesigem Abstand meisten Militärstützpunkte rund um den Planeten; die größten Rüstungskonzerne und den größten Rüstungsexport, die meisten Kriege, offene und verdeckte.

**Die notwendige Befreiung von "America First"**

Nach dem bisher größten Weltkrieg wurden die Konsequenzen gezogen: UN-Völkerrecht und Universelle Menschenrechte. Um den nächsten, noch größeren Weltkrieg zu verhindern - und auch seine teils geifernd begrüßten Vorstufen zu entschärfen -, muß die Menschheit zu diesem Völkerrecht und diesen Menschenrechten zurück: Globalisierung ohne militärische Begleitung. Befreiung der UNO und ihrer Unterorganisationen aus dem Zugriff der USA. Austritt aus der NATO, statt dessen gemeinsame Sicherheitsarchitektur für das ganze Europa - jenseits von "America First". ...<<

**07.04.1917**

**Deutsches Reich:** Kaiser Wilhelm II. beauftragt am 7. April 1917 den deutschen Reichskanzler, die Abschaffung des preußischen Klassenwahlrechts vorzubereiten (x245/77): >>Für die

Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus sind auf meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden.
Ich beauftrage sie nunmehr, mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde.
Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben. ...<<

**09.04.1917**

**Schweiz:** Am 9. April 1917 werden Lenin und andere Führer der Bolschewisten in einem plombierten Eisenbahnwaggon nach Schweden (12.04.1917) und von dort nach Sankt Petersburg (16.04.1917) transportiert (x080/99, x041/70).
Vor allem General Ludendorff (Generalstabschef der 8. deutschen Armee) unterstützt den vermeintlich "glänzenden Plan", Lenin aus dem Schweizer Exil nach Rußland zu bringen, um den innenpolitischen und militärischen Zusammenbruch Rußlands zu beschleunigen. Die deutsche Reichsregierung finanzierte bereits vorher zeitweise Lenins Parteiblatt "Prawda" (x063/544).
Dieser "geniale Schachzug", Lenins Umsturzpläne zu unterstützen, hat letzten Endes verhängnisvolle Folgen, denn er beendet nicht nur die russische Zarenherrschaft, sondern leitet außerdem langfristig den Untergang der Deutschen Ostsiedlung und die vollständige Zertrümmerung des Deutschen Reiches ein.

**16.04.1917**

**Rußland:** Als Lenin am 16. April 1917 in Sankt Petersburg eintrifft, ruft er die versammelten Russen zum Kampf gegen den Kapitalismus auf (x128/32): >>Liebe Genossen! Soldaten, Matrosen und Arbeiter! Ich bin glücklich, in Euch die siegreiche russische Revolution, Euch als die Avantgarde der proletarischen Armee zu begrüßen. ...
Der imperialistische Krieg ist der Beginn eines Bürgerkrieges in ganz Europa. ... Die Stunde ist nicht mehr fern, da auf den Ruf unseres Genossen Karl Liebknecht die Völker ihre Waffen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter wenden werden. ... Die Morgenröte der sozialistischen Weltrevolution hat schon begonnen. ... In Deutschland brodelt alles. Der ganze europäische Kapitalismus kann jeden Tag zusammenbrechen, wenn nicht heute, so morgen.
Die von Euch vollzogene russische Revolution hat diesen Zusammenbruch eingeleitet und eine neue Epoche eröffnet.
Es lebe die sozialistische Weltrevolution!<<

**April 1917**

**Deutsches Reich:** Das Kriegsernährungsamt erteilt im Frühjahr 1917 folgende Vorschriften (x267/230): >>Vollmilch wird nur werdenden und stillenden Müttern, Kindern bis zu 6 Jahren und Kranken zugeführt. Die übrige Bevölkerung erhält keine Vollmilch; es wird erstrebt, sie mit Magermilch (entfetteter Milch, die aber sonst den gleichen Nährgehalt hat wie Vollmilch) besser als bisher zu versorgen.
Magermilch ist bei dem übergroßen Futtermittelmangel als Erhaltungs- und Mastfutter für Kälber und Schweine unbedingt erforderlich. Sie kann daher den Tierhaltern nicht völlig entzogen werden. Ein Teil der Magermilch wird auch unbedingt zur Käseherstellung gebraucht. Daher ist eine vollgenügende Belieferung der Städte mit Magermilch nicht möglich, zumal diese bei weiteren Transporten leicht verdirbt.
Immer wieder begegnet man der Meinung, daß jetzt noch Korn zur Schnapsherstellung verwendet wird. Das ist ein Irrtum. Es darf in diesem Jahre kein Korn, Rogen oder Gerste zur Herstellung von Kornschnaps, auch nicht für das Heer, verwendet werden. Es ist lediglich

etwas Korn bereitgestellt worden, weil zum Einmaischen des für die Munitionsbereitung erforderlichen Kartoffelspiritus ein gewisser Zusatz von Malz (Gerste) notwendig ist; dabei handelt es sich aber um ganz verschwindende Mengen von Korn.<<

**Mai 1917**

**Österreich-Ungarn:** Der österreichische Außenminister Graf Czernin führt vom Februar bis Mai 1917 geheime Friedensverhandlungen. Obwohl er eigenmächtig die Abtretung Elsaß-Lothringens anerkennen will, scheitert Czernins diplomatischer Friedensversuch bzw. der österreichische Verrat im Mai 1917 (x041/69).

**20.06.1917**

**Rußland:** Die Zeitung "Iswestija" berichtet am 20. Juni 1917, daß Ministerpräsident Alexander Kerenski die radikalen Pläne der Bolschewiken entschieden ablehnt (x191/17): >>Eure Rezepte, Bolschewiken, sind kindisch. – "Verhaftet, tötet, vernichtet!"
Was seid ihr eigentlich, Sozialisten oder die Polizei des alten Regimes? ...
Ihr empfehlt, daß wir denselben Weg wie die französische Revolution von 1792 gehen sollen. Ihr empfehlt eine weitere Auflösung im Lande. ...
Wenn ihr gemeinsam mit der Reaktion unsere Macht zerstört habt, dann werdet ihr eine wirkliche Diktatur haben.
Es ist unsere Pflicht, die Pflicht der russischen Demokratie, euch zu sagen: Wiederholt nicht die geschichtlichen Fehler! ...<<

**19.07.1917**

**Deutsches Reich:** Die Mehrheit der deutschen Reichsregierung (Sozialdemokraten und Zentrum) wendet sich am 19. Juli 1917 gegen den sogenannten "Siegfrieden" der deutschen Heeresleitung (x059/24): >>... Der deutsche Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.
Mit einem solchen Frieden sind Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen nicht vereinbar.<<

**Ostkrieg:** Nach dem Zusammenbruch der russischen Offensive beginnt die deutsch-österreichische Großoffensive. Bei Tarnopol gelingt am 19. Juli 1917 der deutsche Durchbruch. Danach bricht die gesamte russische Südfront zusammen. Bis zum Oktober besetzen deutsche Truppen die Ukraine und Livland.

**22.07.1917**

**Polen:** Pilsudski wird am 22. Juli 1917 nach Unruhen von den Deutschen festgenommen und inhaftiert. Die Polenpolitik der Mittelmächte ist damit endgültig gescheitert.

**Frankreich:** Einige französische Politiker fordern am 22. Juli 1917 die vollständige Auflösung des Deutschen Reiches.

**Ententemächte:** Die Alliierten sprechen am 22. Juli 1917 erstmals von der Tschechoslowakei.

**28.07.1917**

**Deutsches Reich:** Die Wochenzeitschrift "Allgemeiner Wegweiser für jede Familie" berichtet am 28. Juli 1917 über die gereizte Stimmung der deutschen Zivilbevölkerung (x267/249): >>Daß der Druck dieses schweren Krieges eine schwere Belastung für das Gemüt mit sich bringt, ist eine unbestreitbare Selbstverständlichkeit. Es kommt nur darauf an, wie wir diese Last tragen, in welcher Art wir uns an sie gewöhnen und ihre Schwere zu mildern suchen.
Viele Menschen, und ganz besonders viele Hausfrauen, denen ja gegenwärtig die wahrhaft nicht leichte Arbeit der Beschaffung der Nahrungsmittel für die Familie obliegt, spüren die Last am meisten, dermaßen, daß sie ihr geradezu zu erliegen scheinen.
Sie befinden sich immer in einem Zustand der Unruhe, in einer gereizten Nervosität, die sie alles im schwärzesten Licht sehen läßt. Und da es unter uns leider nicht an schwarzgalligen Pessimisten fehlt, die stets bemüht sind, jeden freundlichen Gedanken niederzuschlagen und

die düsteren Bilder aus Gegenwart und Zukunft wie böse Teufel an die Wand zu malen, so haben sie gerade bei diesen sorgenbeschwerten und ihrer nervösen Stimmung nachgebenden Frauen den meisten Erfolg.
So kommt es oft, daß kleine Sorgen zu großen Sorgen werden, daß ein unbedeutender Ärger zu starker Verbitterung ausartet und daß jede notwendige Anordnung der Behörden, jede Bestimmung bezüglich der Verteilung der Nahrungsmittel für Woche und Monat endlose Klagen und düstere Prophezeiungen veranlaßt.
Das sind alles Auswüchse einer überreizten Stimmung eines krankhaften Zustandes.
Nein, wir schwelgen durchaus nicht im Überfluß, wir müssen viel entbehren und uns nach der stark verkürzten "Decke strecken", die uns der Krieg bereitet. Aber das wichtigste Gesetz der Notwendigkeit und der Lebenskunst besteht eben darin, daß wir uns nach der "Decke strekken" und ins Unvermeidliche fügen. Nervosität, Klagen, Ärger und aufreizende Verbitterung machen die Dinge nicht besser und ändern nichts an der Lage der Umstände.<<

**August 1917**

**Rußland:** Der russische Politiker Felix Dserschinski (1877-1926, stammt aus polnischem Adel, seit 1906 Bolschewik, leitet nach der Oktober-Revolution 1917 die Tscheka und von 1922-26 die GPU) schlägt im August 1917 vor, alle Feinde radikal zu bekämpfen (x087/125): >>Könnte man nicht das soziale und politische Kräfteverhältnis in einem Staate radikal ändern? Zum Beispiel durch - die Ausrottung bestimmter Klassen der Gesellschaft? ...<<

**Spanien:** Obwohl die neutrale Position Spaniens während des Ersten Weltkrieges zunächst zu einem wirtschaftlichen Aufschwung (Rohstofflieferungen an die Kriegsmächte) führt, verschlechtern sich die Lebensverhältnisse im Jahre 1917 dramatisch. Arbeitslosigkeit, Inflation, Not und Elend führen zunehmend zur Instabilität des Landes.
Aufgrund der Unzufriedenheit über die Verzerrung der Aufstiegschancen (Bevorzugung der Marokko-Offiziere) erzwingen die Festlands-Armeeeinheiten 1917 einen Regierungswechsel. Zugleich erschüttern Aufstände der Anarchisten verschiedene Regionen des Landes. In Katalonien fordert eine starke regionale Bewegung die Selbstständigkeit. Infolge der politischen und wirtschaftlichen Probleme (Krieg in Marokko, steigende Preise, Arbeitslosigkeit) rufen die Arbeiter und Sozialisten, insbesondere in Barcelona, im August 1917 zum Generalstreik auf, der das gesamte Regime ins Wanken bringt.

**01.09.1917**

**Rußland:** Die "Iswestija" (Zeitung des russischen Sowjetkongresses) berichtet am 1. September 1917 über die Forderungen des Rates der Bauerndeputierten (x149/15): >>Die Bodenfrage kann in ihrem ganzen Umfang nur durch die vom gesamten Volk gewählte Konstituierende Versammlung gelöst werden. Die gerechteste Lösung ... ist die folgende:
Das Recht des Privateigentums an Grund und Boden wird für immer aufgehoben. ...
Der gesamte Boden wird entschädigungslos enteignet, zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung übergeben.
Den durch die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse Geschädigten steht lediglich das Recht auf öffentliche Unterstützung zu für die Zeit, die zur Anpassung an die neuen Existenzbedingungen erforderlich ist.<<

**September 1917**

**Rußland:** Lenin, der vom Sieg der Bolschewisten überzeugt ist, erklärt im September 1917 (x073/45): >>... Hinter uns ist die Mehrheit der Klasse, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes. ... Hinter uns ist die Mehrheit des Volkes. Der Sieg ist uns sicher, denn das Volk ist am Rande der Verzweiflung, wir aber weisen dem Volk einen sicheren Ausweg. ...
Es wäre naiv, eine "formelle" Mehrheit für die Bolschewiki abzuwarten. Keine Revolution wartet darauf.<<

**02.11.1917**

**Palästina:** Am 2. November 1917 erteilt der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) Lord Rothschild bzw. dem jüdischen Politiker Chaijim B. Weizmann (1874-1952, ein Führer der zionistischen Organisation) eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

In der sog. Balfourerklärung heißt es (x128/361): >>Mein Lieber Lord Rothschild!,
zu meiner großen Genugtuung übermittle ich ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathie-Erklärung für die jüdisch-nationalen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist.
Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.
Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.<<
Diese Erklärung wird später zur Grundlage des jüdischen Anspruches auf Westpalästina (x073/71).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Balfour-Deklaration" (x051/57): >>Balfour-Deklaration, Erklärung des britischen Außenministers Balfour (1848-1930) in einem Brief vom 2.11.17 an den Zionistischen Weltkongreß, die "Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" nach Kräften zu erleichtern.
Die Balfour-Deklaration wurde von den Zionisten als verbindliche Zusage zur Bildung eines jüdischen Staates auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets interpretiert, von den Gegnern nur als Zusicherung des Wohn- und Lebensrechts. Mit Berufung auf die Balfour-Deklaration versuchten v.a. die im Dritten Reich verfolgten deutschen Juden Einwanderungsgenehmigungen zu erzwingen.
Aus Rücksicht auf die arabische Bevölkerung aber legten die Briten die Balfour-Deklaration sehr eng aus und lehnten in einem Weißbuch vom Mai 39 ausdrücklich eine jüdische Staatsbildung ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/17-18): >>**Das Haus zum Roten Schild**
*_von Daniell Pföhringer*
Sie gelten als erfolgreichste Dynastie aller Zeiten und dienten den Nazis als Beleg für ihre antisemitische Theorie einer "jüdischen Weltverschwörung". Kennzeichnend war von Anfang an ihre Nähe zur Macht - und das Wissen um entscheidende Entwicklungen. …
Der Erste Weltkrieg markierte einen Wendepunkt für die Dynastie. Nathans Sohn Lionel hatte mittlerweile die Geschäfte in London übernommen, während der 1885 als Lord Rothschild of Tring geadelte Nathaniel - als Baron damit erstes jüdisches Mitglied des Oberhauses in der Geschichte Englands - den englischen Adelszweig begründete. Der historisch bedeutendste Sohn Nathaniels war der Zoologe und Politiker Lionel Walter Rothschild (1868-1937), der als Mitglied der Führung der Zionistischen Internationale offizieller Empfänger des Briefes von Großbritanniens Außenminister Lord Balfour vom 2. November 1917, der sogenannten Balfour-Deklaration, war.
Darin hieß es, die britische Regierung betrachte "die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen" und werde "die größten Anstrengungen unternehmen, um die Erreichung dieses Ziels zu unterstützen". Chaim Weizmann, Präsident der zionistischen Weltbewegung und eng mit den Rothschilds verbunden, war zu jener Zeit Bera-

ter von Lord Balfour.
Nathaniels Enkel, der 1936 geborene Lord Jacob Rothschild, ist bis heute das Oberhaupt des britischen Zweiges der Familie. 1980 aus dem Bankgeschäft ausgestiegen, gründete er fünf Jahre später die Rothschild Holdings und verdiente Unsummen als Spekulant. Sein Cousin Evelyn Robert de Rothschild beriet als Chef des Londoner Bankhauses in den 1980er Jahren die britische Premierministerin Margret Thatcher bei der ihrer umfassenden Privatisierung von Staatskonzernen und strich dafür Provisionen ein.
Der wohl bekannteste Vertreter des französischen Zweigs der Rothschild-Familie war der Bankier und Industrielle Baron Guy de Rothschild (1909-2007). Nachdem die damals in Paris regierenden Sozialisten 1937 bereits einen Teil des Rothschild-Imperiums verstaatlicht hatten, beschlagnahmte nach der deutschen Besetzung 1940 die mit Hitler kollaborierende Vichy-Regierung unter Marschall Pétain sämtliche Besitztümer der Familie in Frankreich.
Ab 1941 hielt sich Guy de Rothschild in den USA auf, wo auch sein Sohn David geboren wurde. Nachdem er 1944 im Troß Charles de Gaulles nach Frankreich zurückgekehrt war, übernahm er 1949 die wieder ins Eigentum der Familie überführte Rothschild-Bank in Paris, damals größte Privatbank Frankreichs, und gründete die Paris-Orléans Holding (P.O.). Einer seiner Mitarbeiter war der spätere französische Staatspräsident Georges Pompidou. Die Satire-Zeitung Canard enchainé erlaubte sich zu dessen Regierungszeit sogar den Scherz, die Abkürzung RF (République francaise) stehe in Wirklichkeit für Rothschild Frères - so der Name der Bank des französischen Zweigs bis 1982.
1981 löste die neue sozialistische Regierung unter François Mitterrand eines ihrer Wahlkampfversprechen ein und verstaatlichte verschiedene Industriekonzerne und Großbanken, darunter auch die Rothschild-Bank. Die Familie erhielt eine Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Francs und durfte ihre Anteile an internationalen Rothschild-Finanzgruppen, darunter auch die P.O., behalten. Aus Protest gegen die Maßnahme ging Guy de Rothschild erneut nach New York, wo er die Investmentbank Rothschild Inc. gründete.
Später kehrte er wieder nach Paris zurück, da seine Söhne David und Édouard die Rothschild-Bank unter neuem Namen wiedergründen konnten. Der 1942 in New York geborene David de Rothschild führt die Pariser Familienbank, an der er mit 50 Prozent beteiligt ist, bis heute. Seine Cousins Elie und Alain halten die restlichen Anteile. Seit 2008 ist er auch Vorstandschef der Londoner Rothschild-Bank. …
Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts war den Rotschilds eine mächtige Konkurrenz in den USA erwachsen. Die Einflußsphären der beiden Finanzdynastien blieben Jahrzehnte voneinander getrennt, bis sich die französische Rothschild-Tochter RIT Partners Capital 2017 mit 37 Prozent in das Vermögensmanagement der Amerikaner einkaufte. Deren 2017 verstorbener Patriarch galt als einflußreichster Strippenzieher hinter den Kulissen der Macht - und der Name der Familie ist bis heute der Inbegriff des US-Kapitalismus: Rockefeller.<<

**06.11.1917**

**Rußland:** Lenin ruft am 6. November 1917 zum gewaltsamen Sturz der russischen Kerenski-Regierung auf (x073/46): >>Genossen!
Ich schreibe diese Zeilen am Abend des 24. (6. November). Die Lage ist äußerst kritisch. Es ist jetzt sonnenklar, daß jetzt jede Verzögerung des Aufstandes den Tod bedeuten würde. Mit der Aufbietung meiner ganzen Kraft mühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Faden hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Konferenzen, durch Kongresse ... entschieden werden, sondern durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewegten Massen. ...
Man muß unter allen Umständen heute abend, heute nacht die Regierung verhaften, indem man die Junker entwaffnet ... Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!
Die Geschichte wird eine Verzögerung den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen

können (und bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles zu verlieren, ja Gefahr laufen, alles zu verlieren. ...
Die Regierung schwankt, man muß ihr den Rest geben, koste es, was es wolle!<<
Am 6. November 1917 wird die russische Kerenski-Regierung durch die Bolschewisten (Kommunisten) gewaltsam gestürzt. An der russischen "Oktober-Revolution" von 1917 (der westliche gregorianische Kalender wird erst im Februar 1918 in Rußland eingeführt) sind zahlreiche jüdische Revolutionäre maßgeblich beteiligt und besetzen entscheidende Positionen. Zu ihnen gehören z.B. (x043/346): Leo Trotzki (1879-1940, ermordet), Grigorij Sinowjew (1883-1936, hingerichtet) und Lew Kamenew (1883-1936, hingerichtet, enger Mitarbeiter Lenins).
Lenin berichtet später über die russischen Revolutionäre (x043/346): >>... Die Russen sind zu leichtlebig. Sie werden des revolutionären Kampfes zu schnell müde. Die Juden aber geben mit ihrer Hartnäckigkeit und ihrem Fanatismus ausgezeichnete Revolutionäre ab.<<
Leo Trotzki (ein herausragender Redner und Schriftsteller, der u.a. auch die US-Darlehen weiterleitet) gründet und führt später die Rote Armee.
Der deutsche Historiker Günther Stökl berichtet später über Trotzkis Hauptrolle während der "Oktoberrevolution" im Jahre 1917 (x243/125): >>... Die Seele der Vorbereitungen war ein Mann, den die sowjetische Geschichtsschreibung zur Unperson gemacht hat – Trotzki.
Als Termin war der 25. Oktober (7. November) vorgesehen, an dem der Zweite Allrussische Kongreß zusammentreten sollte. Kein wesentliches Hindernis stellte sich dem Plan in den Weg.
Schon am 22. Oktober (4. November) konnte das militärrevolutionäre Komitee ... es wagen, offen die militärische Militärsgewalt zu übernehmen. ... Als Kerenski mit ganz unzulänglichen Kräften – es standen ihm nur die Junker einiger Offiziersschulen und ein Frauenbataillon zur Verfügung – einen letzten Versuch machte, um das Gesetz des Handelns an sich zu reißen und die Druckerei der bolschewistischen Zeitung sowie die Nevabrücken besetzen ließ, schlug Trotzki los.
Während des Tages und der darauffolgenden Nacht besetzten bolschewistische Truppen und Rote Garden (bewaffnete Arbeitermilizen) alle wichtigen Punkte der Stadt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Nur das Winterpalais, in dem sich die Regierung aufhielt, ... fiel erst in der nächsten Nacht – dabei verloren die Angreifer 6 Tote, die einzigen Opfer der Oktoberrevolution in Petrograd – und die anwesenden Minister wurden verhaftet. ...
Zur gleichen Zeit verkündete ein Aufruf Trotzkis den Bürgern Rußlands: "Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Als Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat das militärrevolutionäre Komitee, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht, die Staatsgewalt übernommen."
Die Unauffälligkeit des welthistorischen Ereignisses hat Akteure und Zuschauer gleichermaßen beeindruckt. während der Sturm auf das Winterpalais stattfand, spielten die Theater und fuhren die Straßenbahnen.
Trotzki schreibt später von einer "Stille, schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden, einer Drehbühne gleich, die die Volksmassen in den Vordergrund hob und die gestrigen Herren in die Unterwelt hinabtrug."
Was emporgehoben wurde, waren in Wahrheit nicht die "Volksmassen", sondern die Partei der russischen Kommunisten unter der Führung Lenins, und hinabgetragen "auf den Kehrichthaufen der Geschichte", wie derselbe Trotzki ihnen nachschrie, wurden fürs erste die russischen Sozialisten – rechte Sozialrevolutionäre, Menschewisten und Bundisten, - die am Abend des 25. Oktober (7. November) den Sowjetkongreß aus Protest gegen das Geschehen verließen.
Damit waren die Bolschewisten unter sich – den linken Sozialrevolutionären, die sich ihnen

angeschlossen hatten, kam keine selbständige Bedeutung zu – und Lenin begann zu regieren. ...<<

Die Bolschewisten werden damals durch US-Banken (wie z.B. durch die New Yorker Bankhäuser Kuhn, Loeb & Co., Warburg und andere) finanziell unterstützt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die finanzielle Unterstützung der Bolschewisten durch US-Banken (x068/187-188): >>... Das zaristische Reich kollabierte, die revolutionäre Regierung, ... die rote Armee war zu finanzieren. Jakob H. Schiff, dem Zaren gram wegen der Judenverfolgungen, hatte schon im Russisch-Japanischen Krieg 1905 russische Revolutionäre finanziert und derart zum Sieg der Japaner beigetragen. 1917 aber bezahlte er den bolschewistischen Umsturz, und zwar über Leo Trotzki, der mit der Tochter eines ihm befreundeten Bankiers, Giwotowski, verheiratet war.

Einerseits gelangte derart ein ununterbrochener Geldstrom an die roten Revolutionäre mittels der den Partnern von Kuhn, Loeb & Co. offen stehenden Kredite bei den Rothschildbanken in Paris, London und Petersburg, Lazare Frères, Speyer & Co. und Ginzburg & Co. Andererseits war ja auch die deutsche Heeresleitung zur Unterstützung der russischen Revolution bereit.

Die amerikanischen Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Felix M. Warburg und Paul M. Warburg, schalteten also ihren in Deutschland lebenden Bruder Max M. Warburg ein. (Er war eng befreundet mit dem deutschen Großindustriellen, dem 1922 ermordeten Reichsminister Walther Rathenau, der ab 1914 die Rohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium leitete und als Verwaltungsratsmitglied in weit über hundert Firmen saß.) Max M. Warburg widmete sich fast nur europäischen Unternehmen und gab über seine Bank das deutsche Geld ins neutrale Schweden, an die Nye-Banken in Stockholm, deren Leiter Oscar Ahlström es den Bolschewisten transferierte.

Man wird in Erinnerung behalten müssen, daß die Finanzierung des Umsturzes in Rußland und der roten Armee durch die US-Hochfinanz geschah, ja, daß sie auch dort - über Max M. Warburg - ihre Finger im Spiel hatte, wo der deutsche Goldstrom zum Fließen kam, nämlich das Geld des Rheinisch-Westfälischen Syndikats, einer nahezu singulären Industriekonzentration, auf die Max M. Warburg größeren Einfluß hatte als seine Rivalen Thyssen, Stinnes oder Hugenberg.

Trotzkis Position an der Seite Lenins wurde durch seine kapitalistischen Verbindungen beträchtlich verstärkt, von Stalin später aber unter vielem anderen zu seiner Diffamierung und Verfemung benutzt. Doch ist nicht sicher erwiesen, daß Trotzki in Mexiko einem Anschlag der russischen Seite erlag.

Er hatte zuletzt seinen Stalin-Attacken auch Hinweise auf die Wallstreet beigefügt; zum Beispiel erklärt, "daß die kommunistische Internationale geradezu als konservatives Unternehmen bezeichnet werden müsse, wenn ihr vergleichsweise die Börse von New York gegenübergestellt werde".

Als Jakob H. Schiff jedenfalls seine Verdienste am bolschewistischen Umsturz herausstrich, verfiel er zeitweise so etwas wie dem Boykott der US-Gesellschaft, und sein Schwager Paul M. Warburg mußte sich von ihm distanzieren.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die finanzielle Förderung der russischen Aufstände (x364/65-68): >>… **Die Finanzierung der russischen Revolution**

In dieselbe Zeit fiel ein weiteres historisch bedeutendes Ereignis. Nach seiner Ausweisung aus Frankreich und Spanien traf Trotzki mit seiner Familie an Bord des Dampfers "Monserrat" am 13. Januar 1917 in New York ein. Obwohl nichts davon bekannt ist, daß er eine feste Anstellung hatte, lebten die Trotzkis in einer Luxuswohnung und fuhren in einer chauffierten Limousine herum. Die Quelle seines Wohlstandes blieb eine zeitlang unbekannt.

Trotzki verließ New York an Bord der SS. "Kristianafjord", um in Rußland die bolschewistische Phase der Revolution zu organisieren. Als das Schiff am 3. April 1917 in Halifax, Neuschottland, festmachte, wurde Trotzkis Gruppe von kanadischen Beamten auf Anordnung der britischen Admiralität in London festgehalten.
Innerhalb weniger Stunden sahen sich die Kanadier beträchtlichem Druck von hohen Regierungsbeamten in Washington und in London ausgesetzt, die Trotzkis Freilassung erwirken wollten. Offizielle Unterlagen über das Geschehnis, die unlängst von der kanadischen Regierung freigegeben wurden, bestätigen, daß die Beamten wußten, daß Trotzkis Gruppe "Sozialisten waren, die Amerika verließen, um eine Revolution gegen die derzeitige russische Regierung zu entfesseln". Trotzki und seine Reisegefährten wurden rasch entlassen.
Antony A. Sutton vom Hoover Institut der Stanford Universität wirft in seinem Buch "Wall Street and the Bolshevik Revolution" ein helles Licht auf diese Geschichtsperiode. Über das Hoover Institut hatte er Zugang zu Regierungsunterlagen: "Präsident Wilson war die märchenhafte Patentante, die Trotzki mit einem Paß versorgte, damit er die Revolution in Rußland "vorantreiben" konnte.
Dieser amerikanische Paß war mit einem russischen Einreisevisum versehen. Jennings C. Wise kommentiert in "Woodrow Wilson: Schüler der Revolution entsprechend: "Die Geschichte darf nie vergessen werden, daß Woodrow Wilson es Leo Trotzki trotz der Bemühungen der britischen Polizei ermöglichte, Rußland mit einem amerikanischen Paß zu betreten.
Im April 1917 reisten Lenin und eine Gruppe von 32 russischen Revolutionären per Bahn von der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Petrograd in Rußland. Sie wollten sich mit Trotzki treffen, um "die Revolution zu Ende zu führen". Ihre Reise durch Deutschland war vom deutschen Generalstab gebilligt, ermöglicht und finanziert worden."
Der Kaiser wußte davon nichts. Zu dieser Zeit bekleidete Max Warburg, der Bruder von Paul und Felix Warburg, die bei der Gründung des amerikanischen Federal Reserve System eine führende Rolle gespielt hatten, einen hohen Posten im deutschen Geheimdienst. Außerdem war er der Vorstand der Rothschild-Warburg-Bank in Frankfurt. Kann man bei diesen Tatsachen bezweifeln, daß die internationalen Bankiers das Ganze heimlich steuerten?

**20 Millionen Dollar für den Sieg der Revolution**

Lenin und Trotzki vereinigten ihre Kräfte und waren innerhalb von sieben Monaten durch List, Korruption und Betrug soweit, daß sie zusätzliche Kriminelle in ausreichender Menge anheuerten und dem Staat das Prinzip aufzwingen konnten, das Lenin "alle Macht den Räten" nannte. Die Bolschewiken übernahmen die Kontrolle in einigen Städten, deren wichtigste Petrograd war. Das war Jahre vor der endgültigen Machtübernahme in Rußland durch Lenin und seine Horde.
In seinem Buch "Czarism and the Revolution" schreibt der russische General Arsene De Gulewitsch:
"Die Hauptgeldgeber der Revolution waren aber weder verrückte russische Millionäre noch Lenins bewaffnete Banditen. Das "wirkliche" Geld kam hauptsächlich aus gewissen britischen und amerikanischen Kreisen, die schon seit langem die revolutionäre Sache in Rußland unterstützt hatten. Die wichtige Rolle, die der begüterte amerikanische Bankier Jacob Schiff bei den russischen Emigranten spielte, ist kein Geheimnis mehr."
Das wurde vom "New York Journal American" vom 3. Februar 1949 bestätigt: "Jacobs Enkel John Schiff schätzt heute, daß sein Großvater ungefähr 20 Millionen Dollar für den endgültigen Triumph des Bolschewismus in Rußland aufwandte."
De Gulewitsch erwähnt einen anderen russischen General, der behauptet, die Revolution sei "von den Engländern, genauer gesagt von Sir George Buchanan und Lord Alfred Milner in die Wege geleitet worden. In Privatgesprächen wurde mir mitgeteilt, daß Lord Milner mehr als 21 Millionen Rubel für die Finanzierung der russischen Revolution auf gewandt hat."

Milner, ein Strohmann der Rothschilds, war ein führendes Mitglied der geheimen "Round Table-Organisation", deren "Einfluß kaum überschätzt werden kann", schreibt Quigley. Es ist keine Frage, daß die wirklichen Mächte hinter den Kulissen die russische Revolution ins Leben riefen und finanzierten.
Bei Quigley heißt es weiter: "1919 war es dieselbe Gruppe, die für die Gründung des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten in England und den Rat für Auswärtige Beziehungen in den Vereinigten Staaten verantwortlich zeichnete". Beide Organisationen sind seit ihrer Gründung nie müde geworden, das Konzept einer "neuen Weltordnung" zu verkünden. Sofort nach Beginn der bolschewistischen Revolution wurden in der amerikanischen Presse zahlreiche kritische Stimmen zu Ursache und Auswirkungen der Revolution laut.
Am 28. November 1917 - zwei Wochen nach Beginn der russischen Revolution - kabelte "Colonel" House, "der kein offizielles Regierungsamt bekleidete und nie in irgendeine Position gewählt worden war, an Präsident Wilson: "Es ist von allerhöchster Wichtigkeit, daß solche Kritik unterdrückt wird"."

**Profite der Revolution**

Winston Churchill erkannte die wahre Kraft hinter der bolschewistischen Revolution - die Illuminaten! In einem Artikel des "Illustrated Sunday Herald" vom 8. Februar 1920 schrieb er: "Seit den Tagen Spartacus Weishaupts über Karl Marx, Trotzki, Bela-Kuhn, Rosa Luxemburg und Emma Goldmann ist diese weltweite Verschwörung stetig angewachsen. Sie spielte in der Tragödie der französischen Revolution eine klare erkennbare Rolle.
Sie war die Triebfeder jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts; und jetzt hat diese Gruppe außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk beim Schopf gepackt und ist praktisch der unbeschränkte Herrscher dieses Riesenreichs geworden."
Die Auswirkungen des Krieges und der Revolution auf die russische Nation waren verheerend. Als die Feindseligkeiten aufhörten, war Rußland in jeder Beziehung ein Schlachtfeld. Die toten Theorien von Marx und seinen Jüngern erwiesen sich als völlig unbrauchbar bei dem Versuch, den Wiederaufbau zu leisten. Der Zusammenbruch des gesamten Systems schien unabwendbar.
In den auf die Revolution folgenden Jahren pumpten amerikanische Industrielle, Bankiers und ihre Geschäftspartner aus anderen Ländern Kapital nach Rußland. Nach Dokumenten, die in einem Senat-Hearing über den Export strategischer Güter in die UdSSR am 23. Oktober 1961 vorgelegt wurden, sandten die großen amerikanischen Gesellschaften Techniker und Maschinen in die UdSSR, um die dortigen Ölfelder zu erschließen. Außerdem wurden zahlreiche amerikanische Experten hinübergeschickt, um den Bolschewiken zu helfen, durch den Bau von Eisenbahnen, Stahl- und anderer Industrie ihre Position zu festigen. …<<

**07.11.1917**

**Rußland:** Die "Iswestija" (Zeitung des russischen Sowjetkongresses) berichtet am 7. November 1917 (x191/18-19): >>Die Bolschewisten machen sich die weitverbreitete Unzufriedenheit und die große Unwissenheit der Massen von Soldaten und Arbeitern zunutze. ... Ist es möglich, daß die Leute nicht begreifen, daß Diktatur und Terror nicht die Mittel sind, mit denen man ein Land organisieren sollte? ...<<
Die nordamerikanische Historikerin Merle Fainsod (1907-1972) schreibt später über die russische "Oktoberrevolution von 1917" (x245/126-127): >>... Die stärkste Hilfstruppe der Bolschewiki (Mehrheitler) waren die Fabrikarbeiter. Lenin gewann ihre Unterstützung, indem er ihnen eine Regierung versprach, die "den Schmarotzern die überflüssigen Lebensmittel wegnimmt und sie den Hungernden gibt, ... die Obdachlosen in Wohnungen der Reichen einquartiert, ... die Reichen zwingt, die Milch zu bezahlen, ihnen jedoch keinen Tropfen Milch gibt, solange nicht die Kinder aller armen Familien in genügendem Maße damit versorgt sind".

Mit zwei Parolen – "Brot" und "Arbeiterkontrolle" – zog Lenin beträchtliche Teile der Industriearbeiterschaft von den Menschewiki (Minderheitler) weg auf die Seite der Bolschewiki.
Die bolschewistische Revolution war nicht von einer Mehrheit getragen. Die letzten freien Wahlen, die in Rußland stattfanden, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung Ende 1917, zeigten klar, daß die Bolschewiki im gesamten Land über nicht mehr als 25 % der Stimmen verfügten.
Aber die Bolschewiki besaßen, wie Lenin später bemerkte, "zum entscheidenden Zeitpunkt an der entscheidenden Stelle das ausschlaggebende Übergewicht an Kräften". In den Gebieten und Truppenteilen, die für den Erfolg des Aufstands strategisch wichtig waren – Petrograd, Moskau, die Baltische Flotte und die Garnisonen rund um Petrograd -, neigte sich die Waagschale tief zugunsten der Bolschewiki.
Die Feinde des Bolschewismus waren zahlreich; aber sie waren schwach, schlecht organisiert, gespalten und apathisch. Lenins Strategie war darauf gerichtet, die Spaltungen unter seinen Gegnern zu vertiefen, ihren Widerstand zu neutralisieren und aus ihrer Apathie Kapital zu schlagen.
1902 hatte Lenin in "Was tun?" geschrieben: "Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!"
Am 7. November 1917 war der Wunsch erfüllt und die Tat vollbracht. ...<<
Der deutsche Historiker Oskar Anweiler schreibt später über die Folgen der russischen "Oktoberrevolution von 1917" (x245/125): >>... Die Oktoberrevolution wurde von den Bolschewiki unter der Losung "Alle Macht den Räten" vorbereitet und durchgeführt. Eine Überprüfung des geschichtlichen Tatbestandes ergibt aber, daß die Machtübernahme nur von einem Teil der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte selbst gewünscht und praktisch durchgeführt wurde.
Die große Mehrheit der Sowjets und der in ihnen vertretenen Massen begrüßte zwar den Sturz der Provisorischen Regierung, lehnte aber eine bolschewistische Alleinherrschaft ab. Trotzdem gelang es Lenin und Trotzki durch gewaltsame Aktionen und eine geschickte Demagogie, diese Widerstände auszuschalten und hinter der Sowjetfassade den Grund für ihre Parteidiktatur zu legen.
Schon sechs Wochen nach dem bolschewistischen Oktoberaufstand schrieb Maxim Gorkis Blatt "Novaja Zizn" in einer herben Kritik der neuen Machthaber: "Die Macht ist auf die Räte nur auf dem Papier, in der Fiktion, und nicht in Wirklichkeit übergegangen. Der 2. Altrussische Sowjetkongreß wurde von den Bolschewiki vor die vollendete Tatsache der Machteroberung durch die Bolschewiki und nicht durch die Sowjets gestellt. Die Sitzungen des Kongresses gingen in einer Atmosphäre des Aufstandes vor sich, die Bolschewiki stützten sich auf die Gewalt der Bajonette und Gewehre. ...
In den Provinzen, wo die Sowjets schwankten, wo keine bolschewistische Mehrheit gesichert war, suchten die Bolschewiki den Sowjets Angst einzujagen und sie vor die Alternative zu stellen, entweder sich zu unterwerfen oder den Bürgerkrieg in den Reihen der Demokratie hervorzurufen. So wurde die Losung 'Alle Macht den Räten' verwirklicht, die sich in Wirklichkeit in die Losung 'Macht einigen Bolschewiki' verwandelt hatte. ...
Die Räte verlieren schon ihre Bedeutung, die Rolle der Räte sinkt zu einem Nichts herab. ...
Eine Sowjetrepublik? Leere Worte! In Wahrheit ist es eine oligarchische Republik, eine Republik einiger Volkskommissare.
Worin haben sich die lokalen Sowjets verwandelt? In unfreie, untätige Anhängsel der bolschewistischen 'Kriegsrevolutionskomitees' oder von oben ernannter Kommissare. Und diejenigen Räte, die ihre Unabhängigkeit noch bewahren, die hartnäckig den 'Rat der Volkskommissare' nicht anerkennen, kommen auf eine schwarze Liste der verdächtigen, opportunistischen, beinahe konterrevolutionären Einrichtungen. ...
Die Sowjets zerfallen, werden kraftlos und verlieren von Tag zu Tag mehr ihr Ansehen in den

Reihen der Demokratie. ...<<

**08.11.1917**

**Rußland:** Der Sowjetkongreß erläßt am 8. November 1917 ein Dekret über die Verstaatlichung von Grund und Boden (x058/304):

>>1. Das Besitzrecht der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich aufgehoben. Eine Entschädigung wird nicht geleistet.

2. Die den Gutsbesitzern, Domänenverwaltungen, Klöstern, Kirchen gehörenden Ländereien gehen mit allem lebenden und toten Inventar, allen Baulichkeiten und allem Zubehör bis zur Entscheidung in der Bodenfrage durch die Konstituante (verfassunggebende Versammlung) in die Verwaltung der Dorfagrarkomitees und der Kreisbauernräte über.

3. Jeder dem konfiszierten Eigentum, das nun dem ganzen Volke gehört, zugefügte Schaden wird als schweres Verbrechen betrachtet und von den Revolutionsgerichten bestraft. Die Kreisbauernräte ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung einer strengen Ordnung bei der Konfiskation des Gutsbesitzes, zur Bestimmung der der Konfiskation unterliegenden Ländereien und ihrer Grenzen, zur Aufstellung genauer Verzeichnisse des konfiszierten Eigentums und zum strengsten revolutionären Schutz des ganzen in den Besitz des Volkes übergehenden Grundbesitzes mit allen Baulichkeiten, Geräten und Viehbeständen, Vorräten usw. ...<<

Lenin hält nach der siegreichen "Oktober-Revolution" eine Rede vor dem Sowjetkongreß (x191/18): >>Genossen, die Arbeiter- und Bauernrevolution, deren Notwendigkeit die Bolschewiki mit Nachdruck vertreten haben, ist Tatsache geworden.

Was bedeutet diese Revolution? Zunächst bedeutet sie, daß wir eine Sowjet-Regierung haben werden ohne die geringste Beteiligung der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst eine Regierung bilden.

Der alte Staatsapparat wird zerschlagen werden, und an seiner Stelle wird ein neuer, von Sowjetorganisationen geschaffener Regierungsapparat entstehen.

Heute beginnt ein neues Blatt in der Geschichte Rußlands und die gegenwärtige Dritte Russische Revolution wird schließlich zum Sieg des Sozialismus führen.

Eine unserer unmittelbarsten Aufgaben ist es, sofort den Krieg zu beenden. Aber um den Krieg, der mit dem jetzigen kapitalistischen System eng verknüpft ist, zu beenden, wird es notwendig sein, den Kapitalismus selbst zu stürzen. In diesem Beginnen werden wir den Beistand der revolutionären Bewegung der Welt haben, deren Entwicklung in Italien, England und Deutschland schon eingesetzt hat ...

Wir müssen nur daran gehen, in Rußland einen proletarischen sozialistischen Staat aufzubauen.

Hoch lebe die weltumspannende sozialistische Revolution!<<

Lenin schreibt damals über die Diktatur des Proletariats (x128/33): >>Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft ... zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine "politische Übergangsperiode", und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein. ...

Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben.

Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der zum erstenmal ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten.

Diese müssen wir niederhalten, um die Menschen von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden – es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung,

wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt. ...
Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d.h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann "hört der Staat auf zu bestehen" und "kann von Freiheit die Rede sein". ...<<
Der russische Schriftsteller Maxim Gorki warnt damals bereits frühzeitig vor einem verlustreichen russischen Bürgerkrieg (x122/431): >>... Die Menschen werden einander töten, weil sie es nicht verstehen, ihre tierische Dummheit zu überwinden. ... Kurz, es wird sich das blutige, sinnlose Gemetzel wiederholen, das wir schon gesehen haben und das im ganzen Land die moralische Bedeutung der Revolution bereits angegriffen aber auch ihren kulturellen Sinn erschüttert hat.
Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Ereignisse diesmal einen noch blutigeren und pogromistischeren Charakter annehmen werden. ...<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die russischen Revolutionen im Jahre 1917 (x364/114-119): >>…

**Bühne frei für die Revolution**

Im Jahr 1915 konnten aufgrund der Verstärkung an der Ostfront die Deutschen eine massive Offensive einleiten. Bis zum September hatten sie ganz Polen und Litauen eingenommen und rückten weiter nach Osten vor. Die russische Armee hatte in den Schlachten um Polen und Litauen weitere Millionenverluste erlitten.
In der Gegenoffensive von 1916 unter General Brussilow in Galizien und Wolhynien, die bis zu den Karpaten gelangt war, ehe sie durch das Eintreffen von Nachschubtruppen der Deutschen gestoppt wurde, verlor Rußland eine weitere Million Männer. Nach dieser neuen nationalen Katastrophe befand sich Rußland vor dem physischen und finanziellen Ruin. Die Nation war von Verzweiflung gepackt.
Die durch dieses nationale Trauma geschaffenen Zustände wurden von speziell ausgebildeten Illuminaten-Agenten in übersteigerten Tönen ausgemalt, die eifrig die Flammen der Unzufriedenheit schürten, vor allem in den dichter besiedelten Gebieten.
Da die Philosophie der Illuminaten von Elend und Unsicherheit lebt, hatten ihre Bemühungen Erfolg, die Bühne für eine Revolution freizumachen, die sich an die durch die Deutschen erlittene Niederlage anschließen sollte.
Die Revolution brach im Februar 1917 aus. Der Zar dankte ab und eine provisorische Regierung übernahm die Regierungsgeschäfte, zunächst unter Leitung von Prinz Georgi Luwow, dann Alexander Kerenski. Es gelang dieser jedoch nicht, das Blatt des nationalen Zerfalls zu wenden.

**Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten**

Da sich die Situation weiter verschlimmerte, wurden von der Kabale der Illuminaten und den internationalen Banken sorgfältige Vorbereitungen zum endgültigen Überfall auf die russische Nation unternommen, die, wie die Vergangenheit gezeigt hatte, das Haar in der Suppe war, jedenfalls bezüglich der Pläne für die Welteroberung.
In New York bemühte sich Leo Trotzki. der am 13. Januar auf verschlungenen Wegen in die USA gekommen war, um der Inhaftierung durch europäische Behörden zu entgehen, mit diabolischem Eifer, das zu sammeln, was Winston Churchill später einmal als eine "Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten" bezeichnet hat. Diese bildete den Kern, um den sich die politische Führungsmannschaft der geplanten Revolution aufbaute.
Obwohl er nach außen hin keine Mittel besaß, lebte Trotzki in einem modischen Apartment und ließ sich in einem Straßenkreuzer herumchauffieren. Häufig sah man ihn den palastähnli-

chen Wohnort von Jacob Schiff betreten, dem Rothschildagenten, der vor rund 40 Jahren die Kontrolle der Firma Kühn, Loeb and Co. übernommen hatte, einem internationalen Bankhaus, und zwar auf Geheiß seiner europäischen Meister.
Schiff hatte sich in den amerikanischen Finanzkreisen einige Jahre zuvor selbständig gemacht, als er in seiner Eigenschaft als der amerikanische Rothschildagent Nr. l die Finanzierung für die John D. Rockefeller gehörende Standard Oil, das Eisenbahnimperium von Edward Harriman und das Stahlreich von Andrew Carnegie besorgt hatte.
Als Trotzkis private Armee aus skrupellosen Taugenichtsen, die ihr "Hammellager" auf dem Standard Oil-Gelände in New Jersey hatten, ausreichend für seinen Feldzug der Subversion und des Terrors ausgebildet war, verließen sie New York auf der SS "Kristianiafjord" in Richtung Rußland. Mit ihnen befanden sich an Bord 20 Millionen Dollar in Gold, die der internationale Banker Jacob Schiff geliefert hatte. Diese Riesensumme sollte die unzähligen, verschiedenen Auslagen decken, die für ein solches Herkulesunternehmen benötigt würden.
Diese Tatsache ist später von Jacob Schiffs Enkelsohn, John, bestätigt worden (Knickerbocker Column, "New York Journal American", 3. Februar 1949).
Als ihr Schiff, das von Jacob Schiff gechartert war, am 3. April von kanadischen Behörden in Halifax, Neuschottland, festgehalten wurde, sah es für einen flüchtigen Moment so aus, als ob die Illuminaten-Verschwörung scheitern würde.
An dieser Stelle wurde die furchtbare, unsichtbare Macht des Jacob Schiff und seiner Big-Money-Freunde der kanadischen Regierung deutlich gemacht. Sie befahlen ihren Marionetten in Washington und London, sofort zu intervenieren.
Daraufhin befand sich die Trotzki-Bande innerhalb weniger Stunden wieder auf hoher See. In Europa angekommen, machte sich Trotzki auf den Weg in die Schweiz, wo er mit Lenin, Stalin, Kaganowitsch und Litwinow zusammenstieß, um die letzten Einzelheiten der Strategie zu klären, bevor man sich nach Rußland begab.

**Die ehrenwerten Warburgs**

Aber noch sahen sich die bolschewistischen Verschwörer vor ein scheinbar unüberwindliches Hindernis gestellt: wie sollten sie ihre "Armee" und Ausrüstung quer durch halb Europa und nach Rußland bringen? Die Antwort auf dieses Dilemma kam, als Max Warburg, der Rothschildagent, der Leiter der deutschen Geheimpolizei war, sie alle in einen versiegelten Eisenbahnwaggon packte und für ihre sichere Durchfahrt bis an die russische Grenze sorgte. Max Warburg war der Bruder von Paul Warburg, dem Erbauer, Gründer und ersten Vorsitzenden der amerikanischen Federal Reserve Corporation.
Nachdem sie einmal in Rußland waren, wendeten Lenin, Trotzki und ihre erbarmungslose Bande von Raubmördern die teuflischen Lehren mit unermüdlichem Eifer an, die Sergei Nechayev in seinem "Revolutionären Katechismus" niedergelegt hatte. In Lenins eigenen Worten mußten die ergebenen Anhänger "zu jedem und allen Opfern bereit sein und zu allen nur denkbaren Mitteln, Manövern und illegalen Methoden, zu Lügen und Verleumdungen", um die Zielsetzung zu verwirklichen.

**Die Rote Armee der Banker**

Im Juli 1917 erlitt das von den internationalen Banken unterstützte Komplott einen anfänglichen Rückschlag, und Lenin und einige seiner Mitarbeiter mußten nach Finnland fliehen. Einige Monate danach kehrten sie wieder nach Rußland zurück, wo sie eine stattliche Zahl von Einzelpersonen in den Griff bekamen, die, bestürzt von den entsetzlichen Zuständen in Rußland infolge des drei Jahre währenden Krieges, leichtgläubig ihren Versprechungen Glauben schenkten, man werde die großen Landgüter untereinander aufteilen und sie mit vielen Annehmlichkeiten des Lebens versehen.
Die Bolschewiken taten sich auch mit Tausenden von böswilligen, anarchistischen Atheisten zusammen, denen von der provisorischen Regierung unter Alexander Kerenski nach Abdan-

kung des Zaren eine Amnestie gewährt worden war.
Im November 1917 ließen die Bolschewisten ihre Revolution steigen und diesmal mit Erfolg. Zunächst ergriffen sie die Kontrolle über Petrograd und dann im Verlauf der nächsten zweieinhalb Jahre über ganz Rußland, wobei sie sich einer Terrorkampagne bedienten, die in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel war.
Während des blutigen Bürgerkrieges, der auf die bolschewistische Revolution folgte, war Lenin der unangefochtene Führer der politischen Aktivitäten und Trotzki organisierte den militärischen Zweig der Organisation die Rote Armee. Der Name "Rote Armee" war keine falsche Benennung oder ein zufällig gesuchter Name.
Die bolschewistische Rote Armee unter der Führung von Trotzki war das tödliche Werkzug der von Rothschilds (Rotes Schild) beherrschten internationalen Banken. Es war nur allzu passend, daß sie das "Rote" Etikett oder Schild trug.
Zwischen 1917 und 1921 durchlebte Rußland eine Zeit des unvorstellbaren politischen und wirtschaftlichen Chaos. Wirtschaftlich und sozial war der äußerste Ruin erreicht. Die industrielle Produktion brach durch die Unterbrechung der Transportlinien zusammen, die Versorgung mit Rohstoffen und Krediten war unzulänglich, so daß es fast überhaupt keine Waren wie Kleidung, Schuhe oder landwirtschaftliche Gerätschaften gab.
Im Jahr 1920 belief sich die Industrieproduktion auf 13 Prozent des Wertes von 1913. Gleichzeitig wurde Papiergeld so großzügig gedruckt, daß der Rubel so gut wie wertlos war.

**Der Plan der Illuminaten erfüllte sich**

Die Kommunisten haben die immer tiefer greifende nationale Tragödie ausgebeutet sowie die Uneinigkeit und Unentschlossenheit ihrer Gegner. Sie führten ihren diabolischen Plan mit fanatischer Grausamkeit aus. Terror a la "Revolutionärer Katechismus" hieß die Losung des Tages - jeden Tag, jede Woche und jeden Monat. Die Werkzeuge, die diese gnadenlosen Terroristen einsetzten, war die Rote Armee unter Leitung von Leo Trotzki sowie die Geheimpolizei, die systematisch alle tatsächlichen, potentiellen oder eingebildeten Gegner ermordete.
Diese Terroristen wurden für ihre blutbesudelten Dienste reich belohnt. Sie erhielten guten Lohn und eine umfangreiche Lebensmittelration. Sie waren "das Gesetz", wo immer sie hingingen.
Wahrlich, die Situation in Rußland "schrie laut" nach Maßnahmen seitens der westlichen "Nationen, die sich selbstgefällig soviel auf ihre "Menschlichkeit" zugute hielten. Aber keine einzige Nation rührte sich, um die Vernichtung der unschuldigen Massen in Rußland zu verhindern.
Ihre Regierungen wurden allesamt von derselben Kraft kontrolliert, die geschäftig dabei war, Rußland gemäß dem Plan zu erdrosseln, den der Illuminaten "Alleiniger Oberbefehlshaber" Albert Pike in seinem berühmten Brief an Mazzini im Jahre 1871 beschrieben hatte.
Trotzki, der der Hauptanstifter dieses Gemetzels war, rechtfertigte seine Taten damit, daß sie "eine Demonstration des Willens und der Stärke des Proletariats" seien.
Winston Churchill bemerkte in seinem Artikel in der "Illustrated Sunday Herald" am 8. Februar
1920, daß die "weltweite und stetig wachsende "Illuminaten-Verschwörung" eine klar erkennbare Rolle in der Tragödie der Französischen Revolution gespielt hat. Sie ist die Antriebsfeder einer jeden subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts gewesen; und nun, zuletzt, hat diese Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der Großstädte Europas und Amerikas das russische Volk bei den Haaren gepackt und sind praktisch die unangefochtenen Herren dieses riesigen Reiches."
Die Französische Revolution, von Winston Churchill als die "klar erkennbare" Arbeit der Illuminatenverschwörung gekennzeichnet, war eine Zeit voller Blutvergießen und Gewalttaten, eine Terrorherrschaft, die den Tod von Hunderttausenden von Menschen gefordert hatte.

Mit der von den Illuminaten geplanten und finanzierten Russischen Revolution von 1917 wird das frühere Ereignis an Intensität und Dauer völlig in den Schatten gestellt. In Frankreich hatte sich das rot-hitzige Fieber des mordenden Pöbels in wenigen Monaten von selbst ausgebrannt.
In Rußland wurde das kalt berechnete Abschlachten des Volkes und die systematische Vernichtung der alten Ordnung mit einem religiösen Eifer weitergeführt, der all die sadistischen, vom Teufel inspirierten Anweisungen in sich vereinigte, die in dem "Revolutionären Katechismus" niedergelegt sind, einem verwunderlichen Dokument.
Bevor das Blutvergießen ein Ende nahm, waren mehr als 30 Millionen Menschen unter dem gnadenlosen Schwert des von den internationalen Banken erschaffenen roten Ungeheuers umgekommen.
Mehreren Millionen gelang es, den Krallen der kommunistischen Schlächter zu entgehen und in Nachbarländer zu fliehen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 1. November 2017): >>**Die Ausbreitung der Barbarei**
Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland war der "bis dahin gewaltigste Vorstoß der 'Ewigen Linken', … das heißt einer Empfindungs- und Denktendenz, die an den vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen Anstoß nimmt, weil sie sie für 'ungerecht' hält".
Für ungerecht gehalten wurde die ungleichmäßige Verteilung von Gütern und Lebensmöglichkeiten, die gegen den Gedanken der Brüderlichkeit aller Menschen verstieß. Diese Empfindung ist beispielhaft festgehalten in dem Vers des Priesters John Ball, der im 14. Jahrhundert in England predigte und als Rebell hingerichtet wurde: "Als Adam grub und Eva spann, wer war da der Edelmann?"
In Rußland gab es 1917 riesige soziale Unterschiede und eine furchtbare Massenarmut, die sämtliche Mißstände in Westeuropa übertraf. Das erklärt die Wut der Massen, die sich in Grausamkeiten gegen den Adel und das Bürgertum entlud. Neben dem spontanen gab es den planvollen Terror. Die Revolutionsführer ließen keinen Zweifel daran, daß sie es wörtlich meinten, wenn sie von der Vernichtung der parasitären Ausbeuterklassen und anderer sogenannter Volksfeinde sprachen. Das historische Recht dazu entnahmen sie dem Marxismus-Leninismus, der die uralte Utopie von einer gerechten Welt in eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung übersetzte.
Doch bald zeigte sich, daß die soziale, ökonomische, kulturelle Wirklichkeit einer Gesellschaft nicht in der Theorie vom Klassenkampf aufging. Also mußte die Realität zurechtgestutzt werden, um der Weltanschauung zu entsprechen. Das Mittel dazu war der stalinistische Massenterror, von dem viele Linke im Westen lange Zeit nichts wissen wollten oder den sie sogar rechtfertigten.
Der Zerfall des sowjetischen Imperiums seit 1989 markierte das Ende des linken Traums, die Utopie von der gerechten Welt in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die orientierungslose Linke ist seither zum Claqueur der globalisierten Wirtschaft und Finanzindustrie herabgesunken.
Deren Wunsch nach freier Verfügbarkeit über die Ressourcen, nach ungehindertem Warenfluß und grenzenlos kompatiblen Arbeitsnomaden und Konsumenten liefert sie ideologischen Flankenschutz, indem sie namens der globalen Gerechtigkeit offene Grenzen für alle fordert und diese, wo sie kann, auch durchsetzt.
Die Folgen sind die Zerstörung von Heimat und die sukzessive Ausbreitung der Barbarei. Diese strukturelle Gewalt von links wirkt schlimmer und nachhaltiger als der punktuelle Terror, der von linksideologisch aufmunitionierten Schlägertrupps gegen jene Minderheit verübt wird, die Widerstand leistet. Hundert Jahre nach der Oktoberrevolution ist die "Ewige Linke" nur noch ein bösartiges und destruktives Phänomen.<<
**20.11.1917**

**Rußland:** Die Zeitung "Prawda" berichtet am 20. November 1917 (x191/20): >>Die Armee der russischen Revolution stützt sich auf unerschöpfliche Reserven. Die unterdrückten Nationen Asiens (China, Indien, Persien) warten ebenso leidenschaftlich auf den Sturz des kapitalistischen Regimes der Gewalt wie die unterdrückten proletarischen Massen ganz Europas.
Diese Kräfte zu einer Weltrevolution zu verschmelzen, ist die historische Aufgabe der Arbeiter und Bauern in Rußland.<<

**21.11.1917**

**Rußland:** Maxim Gorki veröffentlicht am 21. November 1917 in der Zeitung "Neues Leben" einen kritischen Artikel über die "Oktober-Revolution" (x191/18): >>Das Proletariat hat nicht gesiegt; im ganzen Land tobt der Bürgerkrieg; Hunderte und Tausende von Menschen morden einander hin. ...
Das Menschenleben wird ebenso niedrig eingeschätzt wie vorher. Die Gewohnheiten des alten Regimes verschwinden nicht. Die "neue Obrigkeit" ist ebenso grob wie die alte und hat sogar noch schlechtere Manieren als diese. In den neuen Polizeirevieren schreit man und stampft man mit den Füßen genauso wie früher. Die neuen Beamten lassen sich auch ebenso gerne bestechen und schicken die Leute herdenweise ins Gefängnis. Alles Alte und Häßliche ist noch lange nicht überwunden. ...<<

**November 1917**

**Rußland:** Während und nach der "Oktoberrevolution" beginnt die größte Christenverfolgung der russischen Geschichte. Von 1917 bis 1940 werden ungezählte Priester, Mönche, Nonnen und andere Geistliche verhaftet, verschleppt oder ermordet.

**01.12.1917**

**Rußland:** Der Volkskommissar für das Kriegswesen, Leo Trotzki, verkündet am 1. Dezember 1917 vor den Delegierten des zentralen Exekutivkomitees der Sowjets (x046/189): >>In weniger als einem Monat wird der Terror extrem gewaltsame Formen annehmen, so wie es auch bei der Großen Französischen Revolution gekommen ist. ...<<

**03.12.1917**

**Deutsches Reich:** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schlägt dem Kaiser am 3. Dezember 1917 vor, Friedensverhandlungen mit Rußland einzuleiten (x191/19-20): >>Die Bolschewiki sind nun zur Herrschaft gelangt; wie lange sie sich an der Macht werden halten können, ist noch nicht zu übersehen. Sie brauchen zur Befestigung ihrer eigenen Stellung den Frieden; auf der anderen Seite haben wir alles Interesse daran, ihre vielleicht nur kurze Regierungszeit auszunutzen, um zunächst zu einem Waffenstillstand, und dann, wenn möglich, auch zum Frieden zu gelangen.
Der Abschluß eines Separatfriedens würde die Verwirklichung des erstrebten Kriegszieles, den Bruch Rußlands mit seinen Verbündeten, bedeuten. ...<<

**04.12.1917**

**Finnland:** Nach der bolschewistischen Machtübernahme in Rußland erklärt sich Finnland am 4. Dezember 1917 von Rußland unabhängig.

**11.12.1917**

**Litauen:** Am 11. Dezember 1917 gelingt es den Litauern, die Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Republik Litauen (Hauptstadt = Kowno) zu gründen.
Im Jahre 1935 beträgt die Bevölkerung rd. 2.471.000 Einwohner (Konfession: 80 % römisch-katholisch, 9,5 % Protestanten, 2,5 % griechisch-orthodox, 7,3 % israelitisch (x019/139).
Wesentliche Städte sind z.B.: Kowno, Wilna, Schaulen.

**15.12.1917**

**Deutsches Reich:** Der spätere deutsche Außenminister Walther Rathenau schreibt am 15. Dezember 1917 an einen Freund (x267/274): >>... An eine baldige Kriegsbeendigung glaube ich nicht ... Man tut sehr unrecht, Amerika zu unterschätzen, und irrt sich, wenn man jede neue

Kriegserklärung aus Südamerika oder Übersee lächerlich findet. Es gibt im Drama Spieler, die im ersten Akt auftreten, dann unsichtbar bleiben und schließlich im fünften Akt als bedeutende Figuren hervortreten.<<

**Ostkrieg:** Nach der erfolgreichen "Oktober-Revolution" schließen die Bolschewisten und das Deutsche Reich am 15. Dezember 1917 einen Waffenstillstand.

**24.12.1917**

**Westkrieg:** Ein 21jähriger deutscher Soldat berichtet über Weihnachten an der Westfront (x274/55-57): >>... Es ist Weihnachten 1917. Wir liegen im vordersten Graben an der Westfront. Man darf nicht über den Grabenrand sehen, schon knallt es. So belauern wir uns mit Grabenspiegeln.

Das Heimweh quält uns. Einer fängt an zu singen: "Stille Nacht, Heilige Nacht". Bald singen alle, so wie man eben singt, wenn man fast erstickt.

Plötzlich springt unser Hauptmann aus dem Graben und geht singend zu den Franzosen hinüber. Wir denken, daß die ihn gleich abknallen werden. Aber es fällt kein Schuß. Einer nach dem anderen klettert aus dem Graben und singend geht er hinüber zu den Franzosen. Auch die Franzosen kommen und zwischen den Gräbern fallen wir uns in die Arme, lachen und weinen zugleich.

Dann feiern wir. Deutsche und Franzosen, hüben wie drüben, gemeinsam Weihnachten. Die Franzosen spendieren Rotwein. Mitleidig kosten sie unser armseliges Brot. Ich, der Älteste in unserem Graben, habe mich mit einem blutjungen Leutnant angefreundet. Er zeigt mir Bilder von seinem Schloß, er gehört zum französischen Hochadel. Und er zeigt mir das Bild seiner Mutter, die er sehr liebt und verehrt. Ich müsse ihn unbedingt nach dem Kriege besuchen. Seine Mama würde sich sehr freuen.

Damit man weiter hinten nichts merkt, ballern wir vergnügt in die Luft.

In der übernächsten Nacht bekommen wir den Befehl "Fertigmachen zum Stürmen des französischen Grabens".

Wo wir uns vor zwei Tagen in den Armen lagen, fallen wir im Nahkampf übereinander her. Vor mir taucht ein Franzose auf und hebt seine Pistole. Da renne ich ihm mein Bajonett in den Leib. Und merke, das ist mein Freund!

Ich lasse die anderen stürmen und sich umbringen, es ist mir alles egal, ich bleibe bei meinem Freund. Und der bittet mich, ich möge seine Brieftasche nehmen und nach dem Krieg seiner Mutter zustellen. Es sei ein Brief drin für sie. Dann stirbt er. Er war 19 Jahre alt! ...

Nach dem Krieg konnte ich die Brieftasche ... zustellen. Dann kam ein Brief von ihr. Sie bedankte sich, daß ausgerechnet ein Deutscher sich um ihren toten Sohn gekümmert habe. Ich möge ihr die Freude machen und sie als ihr Gast besuchen. Aber ich habe mich nicht einmal für die Einladung bedankt. Ich konnte nicht hinfahren. Ich hätte der Mutter sagen müssen, daß ich ihren Sohn umgebracht habe. ... Das konnte ich nicht. ...<<

**1917**

**Ostkrieg:** Der deutsche Schriftsteller Walter Flex (1887-1917, fällt im Oktober 1917 an der deutsch-russischen Ostfront) verfaßt im Jahre 1917 den Text des Soldatenliedes "Wildgänse rauschen durch die Nacht ..." (x846/...):

>>1. Wildgänse rauschen durch die Nacht
Mit schrillem Schrei nach Norden;
Unstete Fahrt habt Acht, habt Acht,
Die Welt ist voller Morden.

2. Fahrt durch die nachtdurchwogte Welt,
Graureisige Geschwader!
Fahlhelle zuckt und Schlachtruf gellt,

Weit wallt und wogt der Hader.

3. Rausch zu, fahr zu, du graues Heer!
Rauscht zu, fahrt zu nach Norden!
Fahrt ihr nach Süden übers Meer,
Was ist aus uns geworden?

4. Wir sind wie ihr ein graues Heer
Und fahr'n in Kaisers Namen
Und fahr'n wir ohne Wiederkehr,
Rauscht uns im Herbst ein Amen.<<

**Österreich-Ungarn:** Der tschechische Panslawist Hanus Kuffner (1861-1929) verlangt im Jahre 1917 bereits die Elbe-Linie als zukünftige Westgrenze der "Slawenzone" (x025/177).
H. Kuffner fordert in seiner Publikation "Unser Staat und der Weltfriede" für den tschechischen Staat folgende Gebiete: Teile von Österreich, Bayern, Brandenburg, Sachsen und Schlesien bis zur Oder (x206/25).

**USA:** Im Jahre 1917 verfügen die Vereinigten Staaten bereits über mehr Einwohner, als jedes europäische Land (mit Ausnahme Rußlands).

**1918**

> Ein Friede, den die Sieger diktieren, wird sein wie auf Wasser geschrieben.
> *Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, nordamerikanischer Politiker)*

**08.01.1918**

**USA:** US-Präsident Wilson gibt am 8. Januar 1918 in einer Rede vor dem US-Kongreß vierzehn Punkte bekannt, die als zukünftige Richtlinien für die Erhaltung des Weltfriedens dienen sollen.
Wilson fordert zur friedlichen Regelung aller Streitfragen (wie z.B. Sicherung der territorialen Unverletzlichkeit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten) die Gründung eines Völkerbundes (x058/293-294): >>Wir traten in den Krieg ein, da Rechtsverletzungen vorgekommen waren, die uns aufs tiefste kränkten und unserem Volk das Leben zu einer Unmöglichkeit gestalteten, bevor sie nicht wieder gutgemacht waren und die Welt ein für allemal gegen deren Wiederholung gesichert war.
Wir beanspruchen daher in diesem Kriege nichts Besonderes für uns selbst. Die Welt muß tauglich und sicher gemacht werden, um in ihr leben zu können; und besonders muß sie für jede friedliebende Nation gleich der unseren sicher gemacht werden, die ihr eigenes Leben zu leben, ihre eigenen Einrichtungen zu bestimmen wünscht.
Gerechtigkeit und faires Handeln der anderen Völker der Welt müssen gegen Gewalt und Angriffsgeist gesichert werden. Sämtliche Völker sind in Wahrheit Genossen in diesem Interesse, und wir unsererseits erkennen mit äußerster Klarheit, daß, wenn anderen keine Gerechtigkeit gewährt wird, sie auch uns nicht gewährt werden kann.
Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses Programm, das einzig mögliche Programm wie wir es sehen, lautet:
I. Öffentliche Friedensverträge, öffentlich beschlossen, nach denen es keine privaten internationalen Abmachungen irgendwelcher Art geben darf. Vielmehr soll die Diplomatie stets frei und vor aller Öffentlichkeit sich abspielen.
II. Absolute Freiheit der Schiffahrt auf der See außerhalb der territorialen Gewässer ...
III. Soweit als möglich die Aufhebung sämtlicher wirtschaftlicher Schranken und die Fortsetzung gleichmäßiger Handelsbeziehungen zwischen sämtlichen Nationen, die dem Frieden zustimmen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

IV. Angemessene Garantien, ... daß die nationalen Rüstungen ... herabgesetzt werden.
V. Eine freie, offenherzige und absolut unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche, gegründet auf strenge Beachtung des Prinzips, daß bei Bestimmung aller derartigen Fragen der Souveränität das Interesse der betreffenden Bevölkerung gleiches Gewicht haben muß wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel festgesetzt werden soll ...
VI. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und eine derartige Erledigung aller Rußland berührenden Fragen, um die beste und freieste Zusammenarbeit der übrigen Nationen der Welt zu sichern ...
VII. Belgien, dem wird die ganze Welt zustimmen, muß, ohne jeden Versuch, die Souveränität, deren es sich gleich allen anderen Nationen erfreut, zu beschränken, geräumt und wiederhergestellt werden ...
VIII. Das gesamte französische Gebiet muß befreit und die verwüsteten Teile wieder hergestellt werden. Ebenso müßte das Frankreich durch Preußen 1871 in Sachen Elsaß-Lothringen angetane Unrecht, das den Weltfrieden nahezu 50 Jahre bedroht hat, berichtigt werden, um den Frieden im Interesse aller wieder Sicherheit zu verleihen.
IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens sollte gemäß den klar erkennbaren Nationalitätenlinien bewirkt werden.
X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gefestigt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden (nicht identisch mit Zerschlagung der Donaumonarchie) ...
XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt werden, besetzte Gebiete wieder hergestellt, Serbien freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährt und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander auf Grund freundschaftlicher Verabredung gemäß den historisch festgesetzten Grenzen der Untertanenpflicht und der Nationalität festgelegt werden. ...
XII. Dem türkischen Teil des gegenwärtigen ottomanischen Reiches sollte eine gesicherte Souveränität gewährleistet werden ...
XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollen.
XIV. Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß auf Grund eines besonderen Bundesvertrages gebildet werden zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für die großen und kleinen Staaten. In bezug auf diese notwendige Berichtigung von Unrecht und Sicherung des Rechtes betrachten wir uns als intime Genossen sämtlicher Regierungen und Völker, die sich gegen die Imperialisten zusammengeschlossen haben. Es gibt für uns keine Sonderinteressen oder andersartige Ziele. Bis zum Ende stehen wir zusammen.<<
Wilson denkt bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstreben (x041/71, x064/125).
Später wirft man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606):
>>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:
Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;

Freiheit der Meere;
Freiheit des internationalen Handels;
Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;
"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;
Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;
Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;
Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;
Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;
Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;
Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;
Unabhängigkeit des türkischen Staates,
Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;
Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;
Gründung eines Völkerbundes.
Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.
Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.
Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.
Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zugunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.
Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.
Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.

Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<

**10.01.1918**

**USA:** Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtet später in seinem Buch "Als Deutschland Großmacht war" über ein gemeinsames Gebet der Abgeordneten des US-Kongresses während der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode am 10. Januar 1918 (x847/...): >>Du weißt, O Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, mit einer der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und tückischsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichte entehrt haben.
Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage zurück das große Pack hungriger, wölfischer Hunnen, von deren Fängen Blut und Geronnenes tropfen.
Und Dir sei Lob immerdar durch Jesus Christus, Amen.<<

**13.01.1918**

**Deutsches Reich:** Der deutsche Nationalökonom und Soziologe Max Weber schreibt am 13. Januar 1918 über die geplante Frühjahrsoffensive, die endlich die Entscheidung im Westen bringen soll (x267/282-283): >>Die große Offensive im Westen ist beschlossen; die Verluste für uns sind auf 600.000 Tote allein (!) kalkuliert. ...
Politisch ist das hier ein Irrenhaus, und die verständigen Leute sind machtlos. ...
Was im Osten zustande kommt (Brest-Litowsk), weiß niemand ... Ludendorff ist in allem Nichtmilitärischen völlig blind. ...<<

**15.01.1918**

**Großbritannien:** Der britische Premierminister Lloyd George unterstützt am 15. Januar 1918 die polnischen Gebietsforderungen und definiert Polen wie folgt (x064/125): >>... umfassend all jene wahrhaft polnischen Elemente, die wünschen, Teil Polens zu werden ...<<

**20.01.1918**

**Rußland:** Lenin rechtfertigt am 20. Januar 1918 die deutsch-russischen Friedensverhandlungen (x191/20): >>Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns ... für den gegebenen Augenblick ... von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg ... aus, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen.<<

**Januar 1918**

**Ententemächte:** In England und Frankreich übernehmen Anfang 1918 Lloyd George und Georges Clemenceau die Leitung des Krieges (Oberbefehl: Frankreich).
Der britische Premierminister David Lloyd George (Mitglied des Obersten Kriegsrates der Entente) vertritt die bedingungslose "Knock-out-Methode" (x041/68).
Britische und französische Befürworter eines Verständigungsfriedens werden damals kurzerhand verhaftet (x054/184).

**09.02.1918**

**Ostkrieg:** Das Deutsche Reich schließt mit der Ukraine am 9. Februar 1918 einen Friedensvertrag (sogenannter "Brotfrieden"). Die Ukraine erhält äußerst günstige Westgrenzen und Autonomie-Zusagen für Ostgalizien. Die Mittelmächte sollen dafür Getreidelieferungen bekommen (x092/760).

**18.02.1918**

**Ostkrieg:** Nach dem Scheitern der deutsch-russischen Friedensverhandlungen greifen die deutschen Truppen am 18. Februar 1918 erneut an.

**24.02.1918**

**Estland:** Nach erfolgreichen Freiheitskämpfen gegen die Bolschewisten entsteht am 24. Februar 1918 die Republik Estland (Hauptstadt = Reval). Estland wird aus den russischen Provinzen Estland und Nordlivland gegründet.

Im Jahre 1935 beträgt die Bevölkerung rd. 1.128.000 Einwohner (87,7 % Esten, 10 % Russen, 1,7 % Deutsche, 0,6 % Sonstige). Konfession: 79 % Protestanten, 19 % griechisch-orthodox (x019/136).

Größere Städte sind z.B.: Narwa, Dorpat, Reval, Fellin, Pernau, Wesenberg.

**03.03.1918**

**Ostkrieg:** Die sowjetisch-russische Regierung kapituliert am 3. März 1918 und erkennt das "deutsche Friedensdiktat" von Brest-Litowsk an.

Infolge der Kriegsmüdigkeit der russischen Soldaten und der bevorstehenden Kämpfe gegen die "Weiße Armee" (russische Gegenrevolution bzw. Bürgerkrieg) schließen die Kommunisten schließlich nach schwierigen Friedensverhandlungen notgedrungen den "russisch-deutschen Frieden um jeden Preis". Sowjet-Rußland verzichtet auch auf seine bisherigen Hoheitsrechte in Polen, Litauen und in Kurland. Die Ukraine und Finnland werden als selbständige Staaten anerkannt, während Estland und Lettland zunächst deutsche Besatzungsgebiete bleiben.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 33 über die geschichtliche Entwicklung der Ukraine (x371/34-36): >>**Zwischen Ost und West**

_ von *Brigitte Queck*

In der Vergangenheit war die Ukraine nur selten ein selbständiger Staat. Der Anspruch der russischen Zaren wurde vor allem von den Polen, aber auch von Mongolen, Schweden und Habsburgern bestritten. Wie kam das?

Das Gebiet der heutigen Ukraine war eines der frühen Siedlungsgebiete ostslawischer Stämme. Auch die dort in den ersten Jahrhunderten neuer Zeitrechnung lebenden Skythen gelten als Vorfahren der Slawen.

Prägend für Rußland, Weißrußland und die Ukraine wurde die Kiewer Rus, ein frühfeudaler Staat der Ostslawen vom 8. bis zum 12. Jahrhundert, der im 10. und 11. Jahrhundert seine Blütezeit erreichte. Territorial erstreckte sich dieses Gebiet im Osten bis über den Don hinaus, dazu gehörten zum Beispiel Nowgorod, Jaroslawl und Belosersk. Im Norden reichte das Land bis zum Ladogasee und zur Ostsee, im Süden bis zur Donaumündung und zum Schwarzen Meer, im Westen bis zu den Siedlungen der Litauer, Polen und Bulgaren.

**Die Mongolen kommen**

Die Hauptstadt Kiew war ein wichtiger politischer und kultureller Mittelpunkt Osteuropas. Die Kiewer Rus unterhielt enge Beziehungen zu Byzanz sowie zu Mittel- und Westeuropa. Als sie auseinanderfiel, entstanden aus ihr auf dem Gebiet Rußlands und der heutigen Ukraine mehrere Fürstentümer. Zu den bedeutendsten gehörte um die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts das Fürstentum Halitsch-Wolhynien, das den Expansionsbestrebungen der Polen und Ungarn erfolgreich Widerstand leistete.

1239/1240 wurde die Ukraine Opfer zahlreicher Mongoleneinfälle. Kiew und andere Städte wurden zum großen Teil zerstört und Halitsch-Wolhynien mußte die Oberhoheit der fernöstlichen Khans anerkennen.

Ende des 13. und im 14. Jahrhundert unterlagen die durch feudale Zersplitterung geschwächten Fürstentümer den Angriffen der Litauer, Polen und Ungarn. Der größere Teil der Ukraine kam zu Litauen, während sich Polen der Westukraine bemächtigte.

Ab dem 14. und 15. Jahrhundert bildete sich neben der groß- und belorussischen Völkerschaft auch das ukrainische Volk heraus, sprachlich und kulturell hatten alle drei die gleichen Wur-

zeln. Verbindende Schriftsprache wurde wegen der gemeinsamen Religion des orthodoxen Glaubens das Kirchenslawisch, das bis heute verwendet wird.

**Unter polnischer Besatzung**

Nach dem Zusammenschluß von Polen und Litauen (Lubliner Union) im Jahr 1569 fiel der größere Teil der Ukraine an Polen. Die ukrainischen Fürstentümer Tschernigow, Gomel und Nowgorod-Sewerski waren bereits um das Jahr 1500 an Moskau angegliedert worden. Die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung waren Bauern. Nach der Lubliner Union errichteten die polnischen Magnaten auf ukrainischem Boden ausgedehnte Latifundien. Orthodoxe Feudalherren ließen sich polonisieren und katholisieren. Die Bauern, die sowohl der feudalen Ausbeutung als auch der nationalen und religiösen Unterdrückung ausgesetzt waren, verelendeten immer mehr.

Seit dem Jahr 1591 kämpften die ukrainischen Kosaken immer wieder gegen die Fremdherrschaft. Ursachen waren vordergründig Streitereien über ein Kosakenregister der zugewanderten und nicht erfaßten Kosaken, über die Höhe ihres Soldes und auch wegen der Religion: Die Kosaken verstanden sich als Hüter der Orthodoxie, nachdem 1595 ein Teil der Geistlichkeit in der Kirchenunion von Brest- Litowsk das Primat des Papstes in Rom anerkannt hatte. Noch heute ist in der Westukraine die damals gegründete "unierte" Kirche vertreten.

Im Kampf gegen Überfremdung spielten auch die religiösen Bruderschaften, besonders in Kiew und Lwow (Lemberg), eine große Rolle. Aber die Hauptkraft des nationalen Widerstands gegen die Polen kam von den Kosaken, deren Zentrum (Saporoger Setsch) sich im 16. Jahrhundert am Unterlauf des Dnjepr gebildet hatte. Sie setzen sich gegen die nationale und feudale Unterdrückung zur Wehr. Alle Aufstände scheiterten, bis 1648 ein neuer Hetman (oberster Anführer des Kosakenheeres) namens Bohdan Chmelnyzkyj die Befreiung der Ukraine von polnisch-litauischer Vorherrschaft einleitete.

Er führte harte Kämpfe, errang glänzende Siege und sicherte, auch mittels guter Verhandlungen, den Kosaken in einem großen Teil der heutigen Ukraine eine weitgehende Selbstständigkeit. Die Unabhängigkeit ließ sich aber nur durch andere Allianzen sichern, da die Polen immer wieder die abgeschlossenen Verträge brachen. Die muslimischen Krimtataren im Süden, mit denen zeitweilige Verträge abgeschlossen wurden, erwiesen sich als unzuverlässig. Deswegen schloß Chmelnyzkyj ein festes Bündnis mit dem Moskauer Zaren: im Jahr 1654 mit dem Vertrag von Perejaslaw.

In der Folge gelang es dem russischen Heer zusammen mit ukrainischen Kosakentruppen, Polen und Litauen entscheidend zu schlagen - aber diese konnten bis 1667 auch Gebiete westlich des Dnjepr zurückgewinnen. Beim Waffenstillstand von Andrussowo im Jahr 1667 verzichtete Polen auf Kiew und das ukrainische Land östlich des Dnjeprs. Das Königreich verlor auch das Sewersker Gebiet mit Tschernigow und Starodub und im Norden Smolensk, das direkt zu Rußland kam.

Der befreite Teil der Ukraine erhielt weitgehende Autonomie. Der russische Zar wurde ihr Schutzherr, der die Attribute eines souveränen ukrainischen Staates urkundlich bekräftigte: So hatte die Ukraine ihre eigene Verwaltung und Justiz, ihr eigenes Heer, das Kosakenheer, ein eigenes Bildungs- und Schulsystem und betrieb eine eigene Handelspolitik mit Zollgrenzen - sogar gegenüber Rußland.

**Der Große Nordische Krieg**

Ab dem Jahr 1700 kam es durch den Großen Nordischen Krieg zu einer neuen Entwicklung. Der Hetman Mazeppa handelte, anders als seine Amtskollegen, die immer ukrainische Patrioten waren, gegen die Interessen des Landes. Er verriet das Slawentum und die orthodoxe Religion und kollaborierte mit dem Schwedenkönig Karl XII. und dem polnischen König Stanislaw Leszczynski. Kein Wunder: Als Jugendlicher war er am Königshof in Warschau von Jesuiten erzogen worden. 1687 war er Herr über etwa ein Sechstel des ukrainischen Gebiets.

In der Schlacht von Narwa im Jahr 1700 hatten die Nordländer zunächst Rußland besiegt. Ein schneller Triumph gelang dem Schwedenkönig auch über Dänemark, der mit dem Frieden von Traventhal besiegelt wurde. In mehreren Schlachten wurden auch Polen und Sachsen überwältigt, was im Jahr 1706 im Frieden von Altranstädt ratifiziert wurde.
Als die schwedischen Truppen nach Polen marschierten, setzte König Karl XII. dort im Jahr 1704 Stanislaw Leszczynski als Vasallenkönig ein, mit dem Hetman Mazeppa schon frühzeitig Beziehungen unterhalten hatte.
Während des Großen Nordischen Krieges drangen die Schweden auch nach Rußland und in die zum Zarenreich gehörende Ukraine vor. Mazeppa übte Verrat an Zar Peter dem Großen (1682-1725), obwohl er ihm vertraglich zur Treue verpflichtet war. In der Schlacht bei Poltawa im Jahr 1709 kämpften seine Kosakeneinheiten auf der Seite des Aggressors gegen Rußland. Doch in diesem gigantischen Ringen erlitt das bis dahin als unbesiegbar geltende Schwedenheer eine vernichtende Niederlage.
Es endete mit einem überwältigenden Sieg der Truppen von Peter dem Großen und leitete eine historische Wende ein: Schweden verlor seine Rolle als vorherrschende europäische Großmacht. Damit kam die Ukraine wieder an Rußland, dieses Mal aber mit der Folge, daß die ukrainische Autonomie eingeschränkt wurde - nach der Treulosigkeit von Mazeppa nicht ganz unverständlich.

**Unter der Zarenkrone**

Als Polen-Litauen von 1762 bis 1795 zwischen Rußland, Preußen und Österreich aufgeteilt wurde, fielen die restlichen ukrainischen Gebiete, die Polen noch annektiert hatte, zurück an Rußland. Bei der ersten Teilung kamen fast ausschließlich belorussische Gebiete unter die Zarenherrschaft. Erst bei der zweiten Teilung 1793 wurden dann die Gebiete Shitomir, Moser, Winniza, Tergowice, Podolien und Wolhynien dem Zaren unterstellt. Mit der letzten Teilung von 1795 hörte der polnische Staat auf zu bestehen. Bis auf Galizien und die Bukowina, die an Österreich gingen, war die Ukraine damit unter der Zarenkrone vereinigt.
Große Bedeutung für die Ukraine hatten auch die siegreichen Kriege Rußlands gegen das Osmanische Reich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Die Schwarzmeerküste kam zu Rußland und wurde vorwiegend von Ukrainern besiedelt. Die Ukraine verlor allerdings weiter an Eigenständigkeit. Zarin Katharina die Große (1762-1796) schaffte das Hetmanat und auch weitere ukrainische Besonderheiten ab, die ukrainische Sprache konnte sich jedoch erhalten. Im 19. Jahrhundert entstand eine neue National- und Kulturbewegung. Bedeutend wurde die Sammlung ukrainischsprachiger Gedichte von Taras Schewtschenko, der zu ihren Begründern gehörte.
Nach der Oktoberrevolution 1917 schwebte den ukrainischen Patrioten vor, nach dem ersehnten Ende der Zarenherrschaft ein freies Land in einer Konföderation mit Rußland zu erschaffen. Es handelte sich dabei keineswegs um antirussische Bestrebungen, sondern es ging ihnen um den Erhalt der eigenen Sprache und Kultur.<<

**Der russische Bürgerkrieg von 1918-20**

Rußland wurde von 1918-20 durch einen verheerenden Bürgerkrieg verwüstet. Während des russischen Bürgerkrieges bekämpften sich die Truppen der "Roten Armee" und der "Weißen Armee" mit gnadenloser Härte. Nach den erbitterten Kämpfen wurden oftmals alle Gefangenen niedergemetzelt oder z.B. in Säcke gesteckt und in der Wolga ertränkt. Unzählige Frauen und Mädchen fielen barbarischen Massenvergewaltigungen zum Opfer.
Ein Zeitzeuge berichtet Ende 1920 in der "Brünner Zeitung" über die Revolution in Sowjet-Rußland (x120/33): >>... Ich sah die Schreckenstaten der bolschewistischen Revolution mit meinen eigenen Augen. Sie enthüllten eine fast barbarische Grausamkeit ... Ich fühlte den tiefsten moralischen Abscheu für die offensichtlich überflüssige Opferung menschlicher Leben.<<

Der deutsche Historiker Jörg Baberowski schreibt später über das Schicksal der Kosaken am Don in den Jahren 1919-1920 (x289/30-31): >>... Im Januar 1919 erteilte das Zentralkomitee der Roten Armee den Befehl, "Massenterror" gegen die Kosaken in der Don-Region auszuüben und ihre Oberschicht "vollständig zu vernichten". Allein im Februar 1919 verurteilten die Revolutionstribunale mehr als 8.000 Kosaken zum Tod, und auch in den nachfolgenden Monaten setzte sich das Morden fort. Während des Jahres 1920 wurden 300.000 Kosaken aus ihrer Heimat vertrieben, in Konzentrationslager eingesperrt oder als Zwangsarbeiter in die Industriezentren des Donbass verschleppt.
Auch in anderen Regionen entfachten die Bolschewiki solchen Terror: gegen ethnische Minoritäten, renitente nationale Eliten und Bauern, die sich ihnen widersetzten. Die Bolschewiki eroberten die Macht unter den Bedingungen des Bürgerkrieges, und sie machten die Erfahrung, daß in diesem Krieg nur obsiegen konnte, wer seine Feinde vernichtete oder auf eine Weise niederwarf, daß sie sich nicht mehr erheben konnten.
Die Bolschewiki fanden, wovon sie ohnehin überzeugt waren, daß nämlich soziale und ethnische Gegensätze Bürgerkriege und Anarchie hervorriefen. Deshalb begannen sie nach dem Krieg, an der Neuordnung des Imperiums zu arbeiten.<<
Der französische Historiker Nicolas Werth schreibt später über das Schicksal der Kosaken am Don und am Kuban in den Jahren 1919-1920 sowie über die sowjetischen Massaker auf der Krim Ende 1920 (x265/117,122): >>... In den Kosakengebieten am Don und Kuban zahlte man für den Widerstand gegen die Bolschewiki einen hohen Preis. Nach den glaubwürdigsten Schätzungen wurden in den Jahren 1919 und 1920 zwischen 300.000 und 500.000 Menschen getötet oder deportiert, wobei die Zahl der Gesamtbevölkerung nicht über drei Millionen hinausging.<<
>>... Auf der Krim erreichten die Massaker bei der Evakuierung der letzten weißen Einheiten Wrangels und der Zivilisten, die vor dem Vormarsch der Bolschewiki geflüchtet waren, ihren Höhepunkt, In den wenigen Wochen von Mitte November bis Ende Dezember 1920 wurden an die 50.000 Menschen erschossen oder erhängt. Zahlreiche Hinrichtungen fanden kurz nach der Einschiffung der Wrangel-Truppen statt. Am 26. November wurden in Sewastopol mehrere hundert Hafenarbeiter erschossen, weil sie bei der Evakuierung der Weißen geholfen hatten. ...<<
Während Nordamerika im Verlauf des Ersten Weltkrieges mindestens 1,4 Millionen US-Soldaten und gewaltige Kriegsmateriallieferungen nach Europa schickte, um das "gefährliche" Deutsche Reich zu zertrümmern und den Weltfrieden zu retten, wurde die Gefahr, die von den radikalen sowjetischen Kommunisten drohte, völlig falsch eingeschätzt bzw. ignoriert.
Als sich die kriegsmüden europäischen Westmächte und die gleichgültigen Japaner ab September 1918 in Nordrußland bzw. in Sibirien am russischen Bürgerkrieg beteiligten, stellte Nordamerika vorübergehend nur etwa 35.000 Soldaten.
Anstatt die gemäßigten bürgerlichen Kräfte der "Weißen Armee" mit allen Mitteln zu unterstützen, um den "sowjetischen Weltfrieden" bzw. die "kommunistische Weltrevolution" bereits im Keim zu ersticken, zog Nordamerika bereits 1920 alle US-Truppen aus Rußland ab.
Nach dem nordamerikanischen Rückzug verließen auch die Briten, Franzosen und Japaner die russischen Bürgerkriegsgebiete, so daß sich schließlich die linksradikalen Bolschewisten bzw. Kommunisten (bis 1917 = Bolschewisten, "Mehrheitler") nach ungewöhnlich verlustreichen Kämpfen durchsetzen konnten.
Der russische Bürgerkrieg von 1918-20 und während des Krieges auftretende Epidemien forderten mindestens 6,0 Millionen Todesopfer (x076/287).

**21.03.1918**

**Westkrieg:** Die Oberste Heeresleitung (OHL) ordnet am 21. März 1918 an der Westfront eine Reihe von Offensiven an, um den "Siegfrieden" durchzusetzen.

**März 1918**

**Ostkrieg:** Nach Einstellung der russisch-deutschen Kämpfe werden die deutschen Ostfront-Truppen größtenteils von März-Juni 1918 mit der Bahn abtransportiert und verstärkt an der Westfront eingesetzt. An der deutsch-russischen Front bleiben aber weiterhin über 1,0 Millionen deutsche Soldaten.

**28.06.1918**

**Rußland:** Der Rat der Volkskommissare erläßt am 28. Juni 1918 ein Dekret über die Verstaatlichung der industriellen Unternehmen (x058/305): >>Um den Zusammenbruch im Wirtschaftsleben und in der Lebensmittelversorgung energisch zu bekämpfen und um die Diktatur der Arbeiterklasse und der Dorfarmut energisch zu unterstützen, beschloß der Rat der Volkskommissare:

1. Die unten aufgeführten (Unternehmen der Bergbau-, Metall-, Textil-, elektronischen und Holzindustrie, die Aktiengesellschaften sind oder ein bestimmtes Kapital besitzen), in der Sowjetrepublik liegenden industriellen und kommerziell-industriellen Unternehmen mit allem ihrem Kapital und Eigentum, woraus es auch bestehe, zum Besitz der RSFSR (Russische Sozialistische Sowjetrepublik) zu erklären. ...

IV. Vom Augenblick der Veröffentlichung dieses Dekrets an sind die Verwaltungsmitglieder, die Direktoren und anderen verantwortlichen Leiter der verstaatlichten Unternehmungen der Sowjetrepublik sowohl für die Unversehrtheit als auch die Instandhaltung und den richtigen Betrieb des Unternehmens verantwortlich.

Im Falle, daß jemand seinen Posten ohne die Zustimmung der zuständigen Organisationen des Obersten Wirtschaftsrates verläßt, oder in dem Falle unentschuldbarer Vernachlässigung in der Leitung des Unternehmens werden die Schuldigen nicht nur der Republik mit allem ihrem Vermögen zu haften haben, sondern es erwartet sie auch ernste Strafverfolgung seitens der Gerichte. ...<<

**Juni 1918**

**Westkrieg:** Im Verlauf der letzten großen deutschen Westoffensive (März bis Juni 1918) können die deutschen Truppen (200-220 Divisionen mit 3,5-4,0 Millionen Soldaten) bei Amiens und an der Aisne erstmalig im März 1918 durch die feindlichen Fronten brechen (x041/-71, x065/366). Aufgrund fehlender "Beweglichkeit", Treibstoff- und Munitionsmangel sowie totaler Erschöpfung müssen die deutschen Truppen im Juni 1918 jedoch alle eroberten Stellungen wieder aufgegeben und den Rückzug hinter die bisherigen Frontlinien antreten.

**Rußland:** Im Juni 1918 landen die ersten US-Marinetruppen in Murmansk, um die Gegner der Bolschewisten zu unterstützen.

Der Chef der Tscheka (Lenins geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" von 1917-22 unter diesem Namen operiert) berichtet im Juni 1918 (x243/126): >>... Wir treten für den organisierten Terror ein. ... Terror ist in Zeiten der Revolution eine absolute Notwendigkeit. ... Die Tscheka ist verpflichtet, die Revolution zu verteidigen und den Gegner zu vernichten, auch wenn das Schwert manchmal die Köpfe von Unschuldigen trifft. ...<<

**04.07.1918**

**USA:** US-Präsident Wilson erklärt am 4. Juli 1918, daß die neuen Grenzen auch die Interessen von ethnischen Gruppen und die Volkszugehörigkeit berücksichtigen müssen (x028/41).

**10.07.1918**

**Sowjet-Rußland:** Am 10. Juli 1918 wird die erste Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) angenommen.

**17.07.1918**

**Sowjet-Rußland:** Lenin läßt am 17. Juli 1918 den letzten russischen Zaren Nikolaus II. Alexandrowitsch Romanow (1868-1918) mit seiner gesamten Familie in Jekaterinburg erschießen (x080/178).

Lenin erklärt später, daß der Terror für das kommunistische System in manchen Situationen dringend erforderlich ist (x099/58, x245/176): >>... Es ist unsere Pflicht als Kommunisten alle Kampfformen zu beherrschen ... und unsere Taktik jeweils der Lage anzupassen. ...
Die eigenen Hände im voraus zu binden, dem gegenwärtig besser bewaffneten Feind offen zu verkünden, ob und wann wir beginnen, ist Dummheit, aber keine Revolution. ...
Der Terror ist eine nützliche, ja in manchen Augenblicken eine lebenswichtige militärische Operation. ...<<
>>... Die Sowjetrepublik ist eine vom Weltkapital belagerte Festung. ... Daraus ergibt sich unser Recht und unsere Pflicht, die Bevölkerung restlos für den Krieg zu mobilisieren. ...
Wir kennen den "Nährboden", der konterrevolutionäre Unternehmungen, Putsche, Verschwörungen usw. hervorbringt. Wir kennen dieses Milieu sehr gut. Das ist das Milieu der Bourgeoisie, der bürgerlichen Intelligenz, der Kulaken auf dem Lande, des "parteilosen" Publikums überall, dann der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.
Die Überwachung dieses Milieus muß verdreifacht und verzehnfacht werden. Die Wachsamkeit muß verzehnfacht werden, denn konterrevolutionäre Anschläge von dieser Seite her sind im gegenwärtigen Augenblick und in der nächsten Zukunft absolut unvermeidlich. ...<<
Die Sozialistin Rosa Luxemburg (gründet 1917 mit Karl Liebknecht den Spartakusbund) kritisiert später Lenins Terrormethoden (x243/127): >>Lenin vergreift sich völlig im Mittel. ...
Der einzige Weg zur Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkteste breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert. ...
Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.
Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. eine Diktatur im bürgerlichen Sinne. ...
Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie auch noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. ...<<

**18.07.1918**

**Westkrieg:** Mit ausgeruhten, frischen Truppen (unterstützt von 9 nordamerikanischen Divisionen) und unerschöpflichen Kriegsmaterialvorräten beginnen die Ententetruppen am 18. Juli 1918 eine großangelegte Gegenoffensive, aber die abgekämpften deutschen Kampfverbände wehren sich erbittert.

**08.08.1918**

**Westkrieg:** Nach harten Kämpfen brechen am 8. August 1918 etwa 450 britische und nordamerikanische Panzer bei Amiens durch die deutsche Front (x041/71). Die deutschen Truppen ziehen sich danach in schweren Abwehrschlachten auf die Antwerpen-Maas-Stellungen zurück, die man bis zum Kriegsende halten kann.
Ludendorff bezeichnet den 8. August 1918 später als den "Schwarzen Tag des deutschen Heeres".
Erich Maria Remarque (1898-1970, deutscher Schriftsteller, Soldat im Ersten Weltkrieg) berichtet später in seinem Roman "Im Westen nichts Neues" über die Schlußkämpfe an der

Westfront (x105/154-155): >>... Unsere Linien werden zurückgenommen. Es gibt drüben zu viele englische und amerikanische Regimenter. Es gibt zu viel Corned beef und weißes Weizenmehl. Und zu viel neue Geschütze. Zu viel Flugzeuge.
Wir aber sind mager und ausgehungert. Unser Essen ist so schlecht und mit so vielen Ersatzmitteln gestreckt, daß wir krank davon werden. Die Fabrikbesitzer in Deutschland sind reiche Leute geworden – uns zerschrinnt die Ruhr die Därme. Die Latrinenstangen sind stets dicht gehockt voll; - man sollte den Leuten zu Hause diese grauen, elenden, ergebenen Gesichter hier zeigen, diese verkrümmten Gestalten, denen die Kolik das Blut aus dem Leibe quetscht und die höchstens mit verzerrten, noch schmerzbebenden Lippen sich angrinsen: "Es hat gar keinen Zweck, die Hose wieder hochzuziehen –"
Unsere Artillerie ist ausgeschossen – sie hat zu wenig Munition – und ihre Rohre sind so ausgeleiert, daß sie unsicher schießen und bis zu uns herüberstreuen. Wir haben zu wenig Pferde. Unsere frischen Truppen sind blutarme, erholungsbedürftige Knaben, die keinen Tornister tragen können, aber zu sterben wissen. Zu Tausenden. Sie verstehen nichts vom Kriege, sie gehen nur vor und lassen sich abschießen. Ein einziger Flieger knallte aus Spaß zwei Kompanien von ihnen weg, ehe sie etwas von Deckung wußten, als sie frisch aus dem Zuge kamen. ...
Die Tanks sind vom Gespött zu einer schweren Waffe geworden. Sie kommen, gepanzert, in langer Reihe gerollt und verkörpern uns mehr als anderes das Grauen des Krieges.
Die Geschütze, die uns das Trommelfeuer herüberschicken, sehen wir nicht, die angreifenden Linien der Gegner sind Menschen wie wir – aber diese Tanks sind Maschinen, ihre Kettenbänder laufen endlos wie der Krieg, wenn sie fühllos in Trichter hineinrollen und wieder hochklettern, unaufhaltsam, eine Flotte brüllender, rauchspeiender Panzer, unverwundbare, Tote und Verwundete zerquetschende Stahltiere – wir schrumpfen zusammen vor ihnen in unserer dünnen Haut, vor ihrer kolossalen Wucht werden unsere Arme zu Strohhalmen und unsere Handgranaten zu Streichhölzern.
Granaten, Gasschwaden und Tankflottillen – Zerstampfen, Zerfressen, Tod.
Ruhr, Grippe, Typhus – Würgen, Verbrennen, Tod.
Graben, Lazarett, Massengrab – mehr Möglichkeiten gibt es nicht. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-1918 (x068/190-194): >>... In den ersten fünf Wochen des Krieges schien es, als sei der Sieg Deutschlands fast sicher. Der Schlieffenplan - nach der durch Nachfolger Moltke veränderten Vernichtungsstrategie des preußischen Generalfeldmarschalls praktiziert - lief ab wie auf dem Papier. Und in den letzten zwei Kriegsjahren wurde das deutsche Heer durch Materialmangel nie ernsthaft behindert. Ja, die Pulverproduktion, die zunächst seine Schlagkraft beeinträchtigt hatte, erklomm im Oktober 1918 den Höchststand.
Bei den Westmächten aber folgt im vorletzten Jahr des Krieges ein Mißerfolg und Rückschlag dem anderen. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg Deutschlands - am 31. Januar 1917 (den USA) angekündigt, am 1. Februar begonnen - kulminierte bald. Die deutschen U-Boote schickten Schiff um Schiff auf den Meeresgrund, monatlich 500.000 bis 600.000 Tonnen, von Februar bis September 1917 beinahe 4,7 Millionen Tonnen, im ganzen Jahr 1917 rund 6.500.000 Tonnen, während die Alliierten nur 2.700.000 bauten.
"Sie werden gewinnen", sagte der britische Admiral Sir John Jellicoe zu US-Admiral Sims, "wenn wir unsere Verluste nicht aufhalten können - und zwar sehr schnell". Die Lebensmittelversorgung wird prekär: England hat im April 1917 Vorräte für nur noch zwei Monate.
Die französischen Offensiven scheitern, Meutereien beginnen. Die britische Somme-Offensive bricht zusammen.
Wichtige Verbündete scheiden mehr oder weniger aus. Rußland ist am Ende und kapituliert

(wenn auch die faktische Beendigung des Kampfes für die Mittelmächte zu spät kommt, weil die USA eben schon in den Krieg eingetreten waren). Die im Süden angreifenden Italiener erleiden im Oktober 1917 eine katastrophale Niederlage, die Mittelmächte durchstoßen die Isonzofront. Italien, Frankreich und England bitten um sofortige militärische Hilfe, und Wilson erklärt prompt auch Österreich-Ungarn den Krieg, da die Donaumonarchie "augenblicklich nicht ihr eigener Herr sei, sondern Vasall der deutschen Regierung".
Gewiß waren die Kräfteverhältnisse auch ohne Amerikas Eingreifen zugunsten der Entente, war sie an Menschen und Material überlegen. Im Herbst 1916 treffen auf 7.345.000 Soldaten der Mittelmächte 14.308.000 der Entente, auf 20.042 Maschinengewehre der Mittelmächte 76.276 der Entente, auf 1.200 Flugzeuge der Mittelmächte 3.163 der Entente. Aber der britische Marschall Douglas Earl of Haig betonte mit Recht am 25. Oktober 1918 gegenüber Marschall Foch: "Germany is not broken in a military sense".
Gewiß drohte auch Deutschland der Ermattungsstrategie seiner Gegner zu erliegen. Konnte es doch nicht, wie sie, wichtige Bedarfsgüter aus Übersee beziehen. Und gerade die an sich großen Erfolge seiner Rüstungsproduktion nach 1916 führten zu immer ernsteren Funktionsstörungen der deutschen Volkswirtschaft insgesamt.
Doch die deutschen Armeen standen noch nach der Niederlage auf französischem Boden. Und ohne die militärische Intervention der Vereinigten Staaten, die eine Division nach der anderen an die Fronten warfen, die in dem Augenblick in den Krieg eintraten, als die Alliierten ihn zu verlieren drohten, hätten sie ihn wohl auch verloren - wie wahrscheinlich ebenso den Zweiten Weltkrieg. Jedenfalls veränderte erst der Kriegseintritt der USA das Kräfteverhältnis entscheidend. Er machte die Blockade gegen die Mittelmächte weltweit wirksam, auch China und lateinamerikanische Staaten erklärten jetzt Deutschland zumindest formal den Krieg.
Zwar waren die USA, versessen auf das große Geschäft, weniger vorbereitet, den Krieg zu führen, als darauf, jene, die ihn führten, zu schröpfen. Kriegsminister Newton D. Baker, wie sein Chef Pazifist, hatte nur ein stehendes Heer von allenfalls 300.000 Mann, Nationalgarde und Reserve eingeschlossen. Doch wie der Chef bezwang auch Baker seinen Abscheu vor jedem Militarismus. Schon im Mai 1917 verfügte man die Wehrpflicht, schon im Juni wurden zehn Millionen Mann gemustert.
Und ... (im Juni) 1917 landeten die ersten Amerikaner unter John J. Pershing, dem Oberkommandierenden des Expeditionsheeres, in Europa. Der General hatte bereits Erfahrungen in Kuba gesammelt, auf den Philippinen, beim Raubkrieg in Mexiko. Und war sein Erscheinen gewiß auch noch keine materielle Hilfe, so doch eine starke "moralische".
Immer neue US-Einheiten wurden nach Frankreich verschifft, auf englisch-amerikanischen Truppentransportern, wovon infolge des hervorragenden Geleitschutzes angeblich nur zwei torpediert worden sind und nur ein einziges Schiff sank. Während der Offensive in der Champagne griffen bereits acht US-Divisionen ein.
Im September stürmte die Erste amerikanische Armee unter Pershings persönlichem Befehl die Höhe Saint-Mihiel, eroberte 443 Kanonen und machte 16.000 Gefangene. Und Ende 1918 beliefen sich die Expeditionstruppen auf mehr als zwei Millionen Mann, auf 42 Infanterie-Divisionen (die allerdings, um Zeit und Schiffsraum zu sparen, erst in Europa ausgerüstet worden sind). Insgesamt dienten im November 1918 fast 4.800.000 amerikanische Männer und Frauen in der Armee, und 24,2 Millionen hatte das Selective Service Act bereits im Mai 1918 für den Militärdienst erfaßt.
Wie entscheidend Amerikas Kriegseintritt war, zeigt auch die Versorgung Frankreichs mit Nahrungsmitteln. Seine Getreideernte fiel von ihrem Durchschnitt von 8,5 Millionen Tonnen in den unmittelbaren Vorkriegsjahren auf 3,1 Millionen Tonnen 1917. Einmal hatte selbst die französische Armee Getreidevorräte nur noch für zwei Tage. Die Zufuhr aus Übersee verhinderte die Katastrophe.

Bis November 1918 befördern alliierte Handelsschiffe nicht weniger als 4,4 Millionen Tonnen Nachschubgüter nach Frankreich. Selbst die französische Industrie, die eigentliche Waffenschmiede der Alliierten im Ersten Weltkrieg, geriet zeitweise "ins Stolpern", doch erhielt man knapp werdende kriegswichtige Güter von Großbritannien oder den Vereinigten Staaten.
Gerade die Käufe in Übersee ermöglichten es den Franzosen, ihre eigenen Ressourcen in großem Umfang auf die Rüstungsproduktion und den Kampf an der Front zu konzentrieren. Fast alle Geschütze und Tanks der Expeditionstruppen stammten von den Franzosen, ebenso zehn Millionen 7,5-cm-Granaten und 4.791 von insgesamt 6.287 Flugzeugen.
Es ist klar, zu den größten Kriegsgewinnlern, neben den Finanziers, gehörte die Kriegsindustrie auf allen Seiten. Also hatte auch sie wohl, neben den Finanziers, das größte Interesse gehabt, den Kriegsausbruch zu betreiben. ...
In Frankreich übernahm schließlich statt des Kriegsministers das Rüstungsministerium unter Étienne Clémentel die Führung bei der Koordinierung der Kriegsproduktion. Eine ökonomische Kooperation zwischen Frankreich, England und Italien begann, die auch im Frieden das industrielle Übergewicht dieser Staaten über Deutschland sichern sollte.
Doch die USA fürchteten diesen entstehenden Wirtschaftsblock, und nach ihrem Eintritt in den Krieg mußte Clémentel seine Pläne mit Rücksicht auf den amerikanischen Argwohn und die amerikanische Industrie begraben.<<

**14.08.1918**

**Westkrieg:** Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos ist, drängt die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).

**Deutsches Reich:** Kaiser Wilhelm II. erklärt danach am 14. August 1918 vor hohen Generälen und Beamten (x059/26): >>Der Krieg muß beendet werden! ...<<

Das Protokoll der Sitzung des Kronrats vom 14. August 1918 lautet wie folgt (x237/239): >>Der Reichskanzler ausführt die innere Lage. Stimmung kriegsmüde – Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel, Wahlrechtsreform ...
Der Staatssekretär (Außenminister) äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je.
Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt aber sei die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. ...
Verbündete: Österreich erklärt, ... daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. ...
Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen. ...<<

**Österreich-Ungarn:** Gemäß alter Habsburger Tradition versucht der österreichische Kaiser Karl I. noch rechtzeitig, das "sinkende Schiff" zu verlassen. Er bittet US-Präsident Wilson am 14. August 1918 um separate Friedensverhandlungen, aber alle österreichischen Versprechungen und Geheimverhandlungen sind letzten Endes vergeblich (x041/72).

**19.08.1918**

**Deutsches Reich:** Ein Zeitzeuge schreibt am 19. August 1918 über die allgemeine Stimmung in Bayern (x267/302): >>... Keiner glaubt mehr, daß wir den Krieg gewinnen. Alle wissen, daß wir ihn verloren haben, und doch rückt keiner mit der Sprache heraus.
Wir sind gereizt, sogar, wenn der andere dieselbe Meinung äußert, die wir im stillen selbst hegen; als wären wir abergläubisch, daß sie nicht ausgesprochen werden dürfe. Wir gehen gereizt und verstimmt auseinander, wenn wir es uns auch nicht einzugestehen wagen.

Auch in Gesellschaft sind wir allein mit unseren Gedanken und Befürchtungen. ...<<

**August 1918**

**Westkrieg:** Die Postüberwachungsstelle berichtet Ende August 1918 über die Stimmung der deutschen Soldaten (x256/35): >>Die Briefschreiber haben sich mit der nackten Tatsache "Wir können nicht siegen" abgefunden und knüpfen daran sogar zum Teil die Anschauung, daß Deutschland unterliegen müsse. Ein Gefühl der Vaterlandsliebe wird in den Briefen fast gar nicht geäußert.<<

**Sowjet-Rußland:** Im August 1918 landen weitere US-Marinetruppen in Wladiwostok.

**05.09.1918**

**Sowjet-Rußland:** Lenin fordert am 5. September 1918 die Einrichtung von "Konzentrationslagern" und "summarische Erschießungen".

Die Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten) richtet danach innerhalb von 2 Monaten etwa 10.000-15.000 Menschewiken, Adelige, Offiziere, Polizisten, Verwaltungsbeamte und sonstige "Staatsfeinde" hin (x087/125).

**14.09.1918**

**USA:** US-Präsident Wilson lehnt separate Friedensverhandlungen mit Österreich-Ungarn am 14. September 1918 ab (x041/72).

**19.09.1918**

**Sowjet-Rußland:** Der bolschewistische Parteiführer Grigorij Sinowjew (1883-1936, eigentlicher Name: Hirsch Apfelbaum, hingerichtet) fordert am 19. September 1918 in der Zeitung "Servernaja Kommuna", daß von den 100 Millionen Einwohnern Rußlands etwa 10 Millionen durch den eigenen sozialistischen Terror vernichtet werden müssen (x046/189, x087/125).

**26.09.1918**

**Frankreich:** Masaryk (Staatspräsident) und Benesch (Außenminister) bilden am 26. September 1918 in Paris eine provisorische tschechoslowakische Regierung.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Tomás Garrigue Masaryk (x051/376): >>Masaryk, Tomás Garrigue, geboren in Hodonin 7.3.1850, gestorben im Schloß Lány bei Prag 14.9.1937, tschechoslowakischer Politiker, Soziologe und Philosoph.

Als Philosophieprofessor an der Universität Prag und Publizist kämpfte Masaryk gleichermaßen gegen deutsche und ungarische Vorherrschaft wie panslawistische Strömungen.

Wegen seiner Unterstützung der Alliierten mußte Masaryk nach Beginn des Ersten Weltkrieges ins Ausland fliehen, wirkte auf die Einigung der tschechischen und slowakischen Emigranten hin und war maßgeblich an der Errichtung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates 1918 beteiligt, dessen erster und mehrmals wiedergewählter Präsident (bis 1935) er wurde.

Obwohl sich Masaryk selbst als humanistischer und idealistischer Demokrat verstand, verweigerte er den Sudetendeutschen und anderen nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei die ursprünglich versprochenen Autonomierechte nach Schweizer Muster und förderte so die zentrifugalen Kräfte. Hitler nutzte die Volksgruppenkonflikte später zur Zerschlagung des jungen Staates.<<

**Ententemächte:** Frankreich, England, Italien und die USA erkennen am 26. September 1918 in Pittsburg die Selbständigkeit der Tschechoslowakei an.

**27.09.1918**

**USA:** US-Präsident Wilson wirbt am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

**29.09.1918**

**Deutsches Reich:** Ein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes informiert die deutsche Regierung am 29. September 1918 über ein Gespräch mit General Ludendorf (x191/21): >>General Ludendorf legte die militärische Lage dar; er ließ die Darlegung in der Erklärung gipfeln: die Lage der Armee bedinge sofortigen Waffenstillstand, um einer Katastrophe vorzubeugen. ... Sieg wäre ausgeschlossen.<<

**30.09.1918**

**Deutsches Reich:** Der deutsche Reichskanzler Georg Graf Hertling wird am 30. September 1918 entlassen.

**September 1918**

**Deutsches Reich:** Der bayerische Schriftsteller und Literaturkritiker Josef Hofmiller (1872-1933) berichtet über der Stimmung der Bevölkerung im September 1918 (x149/31): >>Alles ist seelisch erschüttert.

Erschüttert ... (sind) 1. der Arbeiter, 2. die Bauern, 3. eigentlich hätte ich sagen sollen 1. das Militär, 4. die Frauen, 5. alle Angestellten, 6. alle Beamten, 7. die Presse.

Die Demobilisierung hat bei den Gemütern begonnen. ... Die Stimmung ist früher da als die Ereignisse. Keine Hemmungen, keine Dämme, die Stimmung im Land ist furchtbar.

Wer glaubt denn noch an einen guten Ausgang? ...<<

**Sowjet-Rußland:** Im September 1918 kämpfen etwa 900.000 Europäer, Japaner und Nordamerikaner sowie weißrussische und mongolische Truppen gegen die Bolschewisten (x068/-190).

**01.10.1918**

**Deutsches Reich:** Die deutsche Regierung berichtet über ein Telegramm der deutschen Heeresleitung vom 1. Oktober 1918 (x243/10): >>General Ludendorff bat, ... seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgehe.

Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. ...<<

Kaiser Wilhelm II. schreibt am 1. Oktober 1918 an einen Vertrauten (x191/24): >>Ich denke gar nicht daran, wegen der paar 100 Juden und der 1.000 Arbeiter den Thron zu verlassen. ... Und das sage ich Ihnen, wenn nur das Geringste passiert, dann schreib' ich denen die Antwort mit Maschinengewehren auf die Pflaster, und wenn ich mir mein eigenes Schloß zerschieße; aber Ordnung soll sein!<<

**03.10.1918**

**Westkrieg:** Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) teilt der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/21-22): >>Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September 1918, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedenangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.<<

**Deutsches Reich:** Prinz Max von Baden (1867-1929) wird am 3. Oktober 1918 zum Reichskanzler ernannt. Er bildet danach eine Regierung der Mehrheitsparteien (Sozialdemokraten, Links- und Nationalliberale, Zentrum).

Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitet US-Präsident Wilson in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14–Punkte-Programms (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...
Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<

**04.10.1918**

**Österreich-Ungarn:** Österreich-Ungarn tritt dem deutschen Waffenstillstandsangebot am 4. Oktober 1918 bei.

**06.10.1918**

**Österreich-Ungarn:** Das provisorische österreichische Parlament erklärt am 6. Oktober 1918 (x028/43): >>Wir erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen das gleiche Recht für das Volk Österreichs in Anspruch ...
Wir erklären, daß sich das deutsche Volk Österreichs mit allen Mitteln dagegen wehren wird, daß seine staatsrechtliche Stellung oder diejenige eines seiner Teile über seinen Kopf hinweg durch die Staatsgewalt oder das Schwert eines fremden Eroberers bestimmt wird. Jedem solchen Versuch gegenüber wird das deutsche Volk in Österreich sein unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht mit allen Mitteln verteidigen.<<

**07.10.1918**

**Deutsches Reich:** Der spätere Außenminister Walther Rathenau lehnt das deutsche Waffenstillstandsangebot als übereilt ab und fordert am 7. Oktober 1918 in der "Vossischen Zeitung" zum "Letzten Aufgebot" auf (x267/312-313, x1.142): >>Kommt die unbefriedigende Antwort, die den Lebensraum uns kürzt, so müssen wir vorbereitet sein. Die nationale Verteidigung, die Erhebung des Volkes muß eingeleitet, ein Verteidigungsamt errichtet werden. Beides tritt nur dann in Kraft, wenn die Not es fordert, wenn man uns zurückstößt; doch darf kein Tag verlorengehen. Das Amt ist keiner bestehenden Behörde anzugliedern, es besteht aus Bürgern und Soldaten und hat weite Vollmacht. Seine Aufgabe ist dreifach.
Erstens wendet es sich in einem Aufruf an das Volk, in einer Sprache der Rückhaltlosigkeit und Wahrheit. Wer sich berufen fühlt, mag sich melden, es gibt ältere Männer genug, die gesund, voll Leidenschaft und bereit sind, ermüdeten Brüdern an der Front mit Leib und Seele zu helfen.
Zweitens müssen alle die Feldgrauen zur Front zurück, die man heute in Städten, auf Bahnhöfen und in Eisenbahnen sieht, wenn es auch für manchen hart sein mag, den schwerverdienten Urlaub zu unterbrechen.
Drittens müssen in Ost und West, in Etappen und im Hinterland aus Kanzleien, Wachtstuben und Truppenplätzen die Waffentragenden ausgesiebt werden. Was nützen uns heute noch Besatzungen und Expeditionen in Rußland? Schwerlich ist in diesem Augenblick mehr als die Hälfte unserer Truppen an der Westfront. Einer erneuten Front werden andere Bedingungen geboten als einer ermüdeten. Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung. …<<

**08.10.1918**

**Polen:** Roman Dmowski (1864-1939, Führer der antisemitischen und antideutschen polnischen Nationaldemokraten) verlangt am 8. Oktober 1918 die polnischen Grenzen von 1772 und fordert die Abtretung von Ost- und Westpreußen, Oberschlesien, von großen Teilen Mittelschlesiens sowie die Eingliederung dieser "unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete" (x070/146).

**USA:** US-Präsident Wilson lehnt am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... (Kein) Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf (fremdem) Boden stehen. ...<<

**13.10.1918**

**Österreich-Ungarn:** Der Bund der Deutschen in Böhmen protestiert am 13. Oktober 1918 (x206/25): >>Die deutschen Gebiete in Böhmen dürfen nie und nimmer einem tschechoslowakischen Staat einverleibt werden ...<<

**14.10.1918**

**Westkrieg:** Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigert sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.

**USA:** Wilson fordert am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>...Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<

**17.10.1918**

**Österreich-Ungarn:** Als Ungarn nachträglich über die österreichischen Geheimverhandlungen vom 14. September 1918 informiert wird, kommt es am 17. Oktober 1918 zum endgültigen Bruch mit Österreich.

Ungarn proklamiert am 17. Oktober 1918 die Unabhängigkeit und am 16.11.1918 die Gründung der Republik Ungarn (x041/72).

**20.10.1918**

**USA:** US-Präsident Wilson beantwortet am 20. Oktober 1918 das österreichisch-ungarische Waffenstillstandsangebot vom 4. Oktober 1918. Er fordert, daß die Selbständigkeitswünsche der Völker der Monarchie anerkannt werden müssen (x041/72).

**21.10.1918**

**Österreich:** Die provisorische österreichische Nationalversammlung erklärt am 21. Oktober 1918 (x028/43): >>Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln.

Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere aber auch in den Sudetenländern. ...

Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern oder Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen ...<<

Die sudetendeutschen Abgeordneten erklären während dieser Sitzung (x028/43): >>Wir, vom deutschen Volk Böhmens auf Grund des allgemeinen gleichen und unmittelbaren Wahlrechts gewählte Abgeordnete, haben uns zu dieser vorläufigen Landesversammlung vereinigt, um auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Beschlüsse der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in unserem Siedlungsgebiet eine geordnete Verwaltung aufzurichten und so unser Volk vor Fremdherrschaft und wirtschaftlichem Elend zu bewahren ...

... Die Provinz Deutschböhmen steht somit zu gleichen Rechten und Pflichten den übrigen Ländern Deutsch-Österreichs zur Seite und gelobt, deren Schicksal mit unverbrüchlicher Gemeinschaft und Treue zu teilen.<<

**23.10.1918**

**USA:** US-Präsident Wilson fordert in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>(Der) Waffenstillstand (muß) ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmög-

lich ... machen. ...
Die ... Vereinigten Staaten (werden nur) ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

**24.10.1918**

**Deutsches Reich:** Am 24. Oktober 1918 wird in Preußen das seit 1849 gültige Dreiklassenwahlrecht aufgehoben und durch ein "gleiches Wahlrecht" ersetzt.

**Westkrieg:** Nach dem Abzug der ungarischen Truppen brechen am 24. Oktober 1918 die italienischen Truppen an der unteren Piave (Fluß in Norditalien) durch die österreichische Front.

**28.10.1918**

**Deutsches Reich:** Am 28. Oktober 1918 wird die deutsche Reichsverfassung per Gesetz geändert (x243/12): >>... Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich.
Friedensverträge sowie ... Verträge mit fremden Staaten ... bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags. ...
Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser ... vornimmt. Der Reichskanzler und sein Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich. ...<<

**CSR:** Die Tschechoslowakische Republik (Tschechoslowakei) bzw. Ceskoslovenska Republica (CSR) wird am 28. Oktober 1918 offiziell in Prag gegründet.

**Ceskoslovenska Republica (CSR)**

Das Kernland des neuen Staates Böhmen war im Mittelalter ein selbständiges Königreich und kam im Jahre 1526 zur habsburgischen Krone.
Im neuen Vielvölkerstaat Tschechoslowakei lebten 1919 rd. 46 % Tschechen, 28 % Deutsche (3,3 Mio), 13 % Slowaken, 8 % Magyaren, 3 % Ukrainer und 2 % sonstige Minderheiten (x061/435). Die Bevölkerung bezifferte sich 1934 auf 15.057.000 Einwohner (x019/79).
Konfessionsgliederung in der Tschechoslowakei im Jahre 1930 (x019/080): 73,6 % römisch-katholisch, 7,6 % protestantisch, 2,4 % israelitisch und 10,5 % andere Konfessionen.
Die Gebiete der Tschechoslowakei stammten zu rd. 55 % von Österreich (österreichische Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien) und zu rd. 45 % von Ungarn (oberungarische Komitate der Slowakei und Karpato-Rußland). Das Deutsche Reich mußte außerdem Teile des Hultschiner Ländchens (oberschlesisches Industriegebiet zwischen Oder und Oppa) abtreten (x019/79).
Die Sudetendeutschen siedelten damals in Deutsch Böhmen (am Rande des böhmischen Bekkens, in den Grenzgebieten der Sudeten, des Erzgebirges und des Böhmerwaldes) und in Mähren-Schlesien. Sie wohnten überwiegend in geschlossenen Siedlungsgebieten (Größe = rd. 26.000 qkm). Im Jahre 1920 gab es in der westlichen Tschechoslowakei insgesamt 3.397 deutsche Gemeinden (x206/26). 987 Gemeinden hatten einen deutschen Bevölkerungsanteil von 100 %, 2.133 Gemeinden hatten einen deutschen Bevölkerungsanteil von über 80 % und 277 Gemeinden von 50-80 %.
Die ersten Siedlungen der Sudetendeutschen entstanden im 12. Jahrhundert. Sie gehörten seit 1526 ununterbrochen zum Herrschaftsbereich der Habsburger Monarchie (Erzherzog Ferdinand von Österreich, König von Böhmen und Ungarn), die bis 1866 Mitglied des Deutschen Bundes war. Das politische Bewußtsein der deutschen Minderheiten wurde eindeutig durch Österreich und das Deutsche Reich geprägt. Die Sudetendeutschen sprachen überwiegend bayerische, schlesische und österreichische Dialekte.
In der Slowakei (Ober- und Unterzips) entstanden die ersten deutschen Siedlungen im 12.

Jahrhundert. Die Karpatendeutschen siedelten überwiegend in weitverzweigten slowakischen Streusiedlungen. In der Slowakei existierten deshalb hauptsächlich deutsche Streusiedlungen ("Volkstumsinseln").
Im Jahre 1920 lebten die deutschen Minderheiten in 148 Gemeinden mit einem deutschen Bevölkerungsanteil von 10-50 %. Im Jahre 1940 lebten rd. 155.000 Karpatendeutsche in der Slowakei (x004/141).
Die bekanntesten und größten deutschen Sprachinseln waren: Die Ober- und Unterzips in der Ostslowakei (Deutschendorf, Leutschau, Käsmark, Neudorf u.a.), das Hauerland in der Mittelslowakei (Kremnitz, Turz Sankt Martin, Hochwies und Paulisch) und der Preßburger Raum (in der slowakischen Hauptstadt Preßburg wohnten rd. 19.000 Deutsche).

**Minderheitenprobleme in der CSR**

Dr. Eduard Benesch (1884-1948, 1918-35 tschechischer Außenminister, 1945-48 Präsident der Tschechoslowakei) verkündete bei der Pariser Friedenskonferenz, das demokratische "Schweizer Modell" zu verwirklichen.
Die Sudetendeutschen wurden aber nach der Staatsgründung der Tschechoslowakischen Republik überall ausgeschlossen. Während die Slowaken (ehemals ungarische Staatsbürger) und Polen eine gewisse Autonomie, Selbstbestimmung und andere Vorteile erhielten, gab es für die Sudetendeutschen keine derartigen Regelungen.
Obwohl die Tschechen im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und später in Österreich-Ungarn traditionell jahrhundertelang großzügige Vorrechte und eine gewisse Unabhängigkeit erhielten, gewährten sie den Deutschen grundsätzlich keine Freiheiten.
Für die neue Regierung der Tschechoslowakei waren die Deutschen nie gleichberechtigte Staatsbürger, sondern in erster Linie wichtige Arbeitskräfte. Die nationalen Minderheiten sollten zwar offiziell in den tschechischen Staat eingegliedert werden ("Schweizer Modell"), aber tatsächlich setzte man im Sudetenland konsequent radikale, rücksichtslose Druckmittel ein, um eine schnelle "Entdeutschung" durchzusetzen.
Der absolute tschechische Herrschaftsanspruch duldete keinen Widerspruch und mißachtete vertraglich zugesicherte Minderheitsrechte. Die Deutschen, die pauschal als illoyale "Fünfte Kolonne" eingestuft wurden, und andere Minderheiten wurden systematisch schikaniert und diskriminiert, falls sie sich nicht vollständig unterordneten.
Die angekündigte demokratische "neue Schweiz", die allen Einwohnern, ohne Unterschied der Geburt, Staatsangehörigkeit, Sprache, Rasse, oder Religion, "vollen und ganzen Schutz" von Leben und Freiheit garantieren sollte, wurde jedenfalls nicht verwirklicht, so daß die Mehrheit der Sudetendeutschen die tschechoslowakische Zugehörigkeit grundsätzlich ablehnte. Nach der Zwangsenteignung des deutschen Großgrundbesitzes ("Bodenreform" im Jahre 1919) forderten die Sudetendeutschen vergeblich nationale Selbstbestimmungsrechte.
Da die tschechoslowakischen Behörden im Sudetenland vielerorts tschechische Beamte, Angestellte und Kaufleute einsetzten sowie tschechische Bauern "ansiedelten", wanderten bis Ende 1920 ca. 300.000 Sudetendeutsche nach Österreich und in das Deutsche Reich aus (x028/47). Bis 1938 wurden rd. 400.000 Tschechen systematisch in den deutschen Siedlungsgebieten angesiedelt, um die Deutschen zu verdrängen (x206/27). Die Sudetendeutschen lebten jedoch größtenteils in geschlossenen deutschen Siedlungen und verfügten weiterhin über enge österreichisch-deutsche Verbindungen, deshalb konnten sie ihre jahrhundertealte Heimat jahrelang erfolgreich verteidigen.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Deutschtum in der Tschechoslowakischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg (x004/3-11): >>... **I. Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl.**
Die Sudetendeutschen sind die größte Gruppe der außerhalb des Reiches in den Grenzen von 1937 ansässigen Deutschen, die nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Ihre Sied-

lungsgebiete, die sich in einem im 11./12. Jahrhundert beginnenden geschichtlichen Prozeß geformt haben, zogen sich in einem bald breiter, bald schmaler werdenden Streifen entlang der Böhmen und Mähren-Schlesien umschließenden Randgebirge; in einzelnen Sprachinseln ragten sie ins Innere Böhmens und Mährens hinein.
Während sie in ihrem Hauptbestand einen Teil des geschlossenen deutschen Sprachgebietes bildeten, war das von Deutschen bewohnte Gebiet um Zwittau, Landskron und Mährisch Trübau, der sogenannte Schönhengstgau, durch den tschechisch besiedelten Streifen von Hohenstadt und Senftenberg vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet getrennt.
Südwestlich davon, auf der Böhmisch-Mährischen Höhe, lag um Stecken und Iglau eine weitere größere Sprachinsel. Kleinere Inseln bildeten noch in Innermähren die geschlossenen Siedlungen bei Konitz, Wischau und südlich von Olmütz und Brünn. Außerdem befanden sich starke Kolonien alteingesessener Deutscher in den städtischen Zentren Prag, Brünn und Olmütz und in den Bezirken um Mährisch Ostrau, Pilsen und Budweis.
Infolge der weiten Verstreutheit ihrer Heimatgebiete mit zum Teil engnachbarlicher Anlehnung an die verschiedenen deutschen Stammlandschaften erhielt sich bei den Sudetendeutschen stammesmäßige Vielfalt und landsmannschaftliche Eigenart. Wenn sie auch in der alten österreichischen Monarchie durch gemeinsame Schicksale verbunden waren, so war doch ihr politisches Bewußtsein bis 1918 mehr gesamtösterreichisch oder gesamtdeutsch als böhmisch oder "sudetendeutsch".
Erst nach der Errichtung der Tschechoslowakischen Republik, die sich ohne ihre Beteiligung vollzog, und in der Auseinandersetzung mit deren nationalstaatlichem Zentralismus wurde ein Gemeinschaftsbewußtsein der Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien geweckt. Jetzt erst setzte sich der Sammelbegriff "Sudetendeutsche" durch, der allerdings schon seit Beginn dieses Jahrhunderts in wissenschaftlichen und politischen Publikationen als Bezeichnung für alle Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien aufgetaucht war.
Mit den in den dreißiger Jahren verstärkt einsetzenden innen- und außenpolitischen Diskussionen um den Status der deutschen Volksgruppe in der CSR wurde diese Bezeichnung ein fester Begriff der internationalen Publizistik.
Die Sudetenländer - Böhmen und Mähren-Schlesien - sind das klassische Feld des Nationalitätenkampfes innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie seit der Revolution von 1848 und später innerhalb der I. Tschechoslowakischen Republik von 1918-1938 gewesen. Eine Lösung ist weder in jener noch in dieser geglückt, abgesehen von Teilentscheidungen wie dem sogenannten Mährischen Ausgleich von 1905.
Während es in der alten Monarchie nicht gelang, zwischen dem Anspruch der Tschechen auf das "Böhmische Staatsrecht", d.h. die staatsrechtliche Einheit der Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien und ihre Heraushebung aus den übrigen Ländern der westlichen Reichshälfte, und auf der anderen Seite dem ererbten Führungsanspruch der Deutschen im österreichischen Gesamtstaat einen Ausweg zu finden, ist später das Sudetendeutschtum nicht zum echten Partner der Staatsgründung von 1918/19, höchstens zur tolerierten Minderheit geworden. Das von Eduard Benes auf der Pariser Friedenskonferenz beschworene Modell einer neuen Schweiz wurde nicht verwirklicht; die tschechische Nation ging grundsätzlich nicht davon ab, den tschechoslowakischen Staat als ihren Nationalstaat zu betrachten und unternahm keine Schritte, ihn zu einem föderalistischen Nationalitätenstaat umzugestalten.
Die Sudetendeutschen waren an der Staatsschöpfung der Republik nicht beteiligt worden, und sie lehnten ihrerseits anfangs die Zugehörigkeit zu ihr ab. Sie standen zunächst fast geschlossen auf dem Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechtes und gingen später zur Forderung der nationalen Autonomie innerhalb der CSR über.
Seit 1926 beteiligten sich "aktivistische" deutsche Parteien (Bund der Landwirte, Christlichsoziale Volkspartei, Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei) an Koalitionsregierungen

der Republik; an den staatlichen Grundverhältnissen vermochten sie im Prinzip kaum etwas zu ändern, wenn sich auch einige neue Möglichkeiten für eine Neugestaltung des Verhältnisses der Deutschen zum tschechoslowakischen Staat zu öffnen schienen.
Seit 1933 und dann 1938 begann mit der nationalsozialistischen Expansionspolitik eine neue Phase: Die sudetendeutsche Autonomieforderung, aus der eigenen politischen Tradition erwachsen und lange festgehalten, wird überspielt von Hitlers Willen zur Angliederung der böhmischen Randgebiete an das Reich und zur Zerschlagung der Tschechoslowakei.
Das Sudetendeutschtum, das sich bei den Parlamentswahlen von 1935 zu zwei Dritteln zur Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins bekannt hatte, hat, enttäuscht von den Erwartungen auf eine Lösung des deutschen Problems im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik und in besonderem Maße von der Wirtschaftskrise betroffen, den Gedanken des Anschlusses an das "Großdeutsche Reich" aufgenommen, wenn dies auch - selbst innerhalb der Sudetendeutschen Partei - keineswegs einhellig geschah.
Aber spätestens seit dem Frühjahr 1938 hatte die politische Führung des Sudetendeutschtums die Initiative an Hitler und die nationalsozialistische Reichspolitik verloren, die im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 die Abtretung der sudetendeutschen Randgebiete an das Reich erzwang.
Das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet in Böhmen und Mähren-Schlesien mit einer erheblichen tschechischen Minderheit fiel damit an das Deutsche Reich; nur eine deutsche Minderheit, die hauptsächlich in den größeren Städten Innerböhmens und -mährens wie Prag und Brunn und in den von tschechischem Siedlungsgebiet umgebenen Sprachinseln Stecken-Iglau, Wischau und Konitz beheimatet war, verblieb im tschechoslowakischen Reststaat bzw. nach dessen Auflösung im "Protektorat Böhmen und Mähren", innerhalb dessen ihre Glieder die unmittelbare Staatsangehörigkeit des Reiches erhielten.
Bei der Eingliederung in das Deutsche Reich konnte infolge der geographischen Lage das auseinandergezogene und im Osten durch tschechische Bezirke unterbrochene sudetendeutsche Gebiet nicht zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt werden. Aus den Kreisen längs der schlesischen Gebirge, des Erzgebirges und Oberpfälzer Waldes, in denen der größte Teil der Sudetendeutschen wohnte, wurde der "Reichsgau Sudetenland" mit den Regierungsbezirken Troppau, Aussig und Eger und der Hauptstadt Reichenberg gebildet. Der Regierungsbezirk Troppau blieb durch das von Tschechen bis zur alten Reichsgrenze bewohnte Gebiet zwischen Oberelbe und Glatzer Kessel von dem übrigen Sudetenland getrennt.
Das Hultschiner Ländchen, das im Versailler Vertrag 1919 vom Deutschen Reich abgetrennt worden war, kam wieder an den oberschlesischen Regierungsbezirk Oppeln zurück. Das nördliche Böhmerwaldgebiet mit den Kreisen Markt Eisenstein, Bergreichenstein und Prachatitz wurde in den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz, im südlichen Böhmerwaldgebiet die Kreise Kaplitz und Krumau in den "Reichsgau Oberdonau", der Kreis Neubistritz mit dem sudetendeutschen Teil von Gmünd und die südmährischen Kreise Znaim und Nikolsburg mit den sudetendeutschen Teilen von Horn und Waidhofen in den "Reichsgau Niederdonau" eingegliedert.
Der Teil des Teschener Landes (Olsa-Gebiet), der nach dem polnischen Ultimatum vom 30. September 1938 von der CSR an Polen abgetreten worden war, wurde nach der deutschen Okkupation Polens im September 1939 dem neugebildeten Regierungsbezirk Kattowitz zugeschlagen.
Um eine Grundlage für die Ermittlung der im Gesamtgebiet von Böhmen und Mähren-Schlesien 1945 vorhandenen deutschen Bevölkerung zu schaffen, geht man zweckmäßigerweise von der tschechoslowakischen Volkszählung vom 1. Dezember 1930 aus. Diese enthält die letzte amtliche Nationalitätenstatistik für die I. Tschechoslowakische Republik und zugleich die letzten amtlich ermittelten Zahlen der Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit in

ganz Böhmen und Mähren-Schlesien.
Nach den Ergebnissen dieser Zählung betrug die Zahl der in Böhmen und Mähren-Schlesien anwesenden Personen deutscher Volkszugehörigkeit 3.149.820; von diesen wohnten in Böhmen 2.326.090, in Mähren 823.730, d.h. 30,38 % der Gesamteinwohnerzahl dieser Gebiete (10.674 386) bekannten sich zum Deutschtum.
Bei einem Vergleich der Ergebnisse der Zählung von 1930 mit denen der amtlichen Volkszählung vom 15. Februar 1921, bei der in Böhmen und Mähren-Schlesien 3.061.369 Personen deutscher Nationalität ermittelt wurden, ergibt sich für die Deutschen eine Zunahme um 88.451, für die Tschechen und Slowaken um 574.324 Personen. Der deutsche Bevölkerungszuwachs (2,6 %) war demnach wesentlich geringer als der tschechoslowakische (8,5 %).
Der Unterschied erklärt sich einmal aus dem verhältnismäßig geringen Geburtenzuwachs bei den Sudetendeutschen. Er ist zum anderen aber auch auf die unterschiedliche Praxis in den beiden Volkszählungen bei der Ermittlung der Nationalität zurückzuführen. Im Jahre 1921 wurde in der "Anleitung zur Ausfüllung der einzelnen Bogenspalten" in § 8 bestimmt:
"Unter Nationalität ist die Stammeszugehörigkeit zu verstehen, deren äußeres Hauptmerkmal in der Regel die Muttersprache ist. Juden können die jüdische Nationalität anführen. Es ist unzulässig, statt der Nationalität die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Gebiet anzuführen; es darf somit z.B. nicht eingetragen werden: Hanake, Schlesier und dgl."
In der "Regierungsverordnung vom 26. Juni 1930" wurde dagegen unter § 21 angeordnet: "Die Nationalität wird in der Regel nach der Muttersprache eingetragen. Eine andere Nationalität als jene, für welche die Muttersprache zeugt, kann nur dann eingetragen werden, wenn die gezählte Person ihre Muttersprache weder in ihrer Familie noch im Haushalt spricht und wenn sie die Sprache jener Nationalität vollkommen beherrscht. Juden können jedoch immer die jüdische Nationalität einbekennen. - Es darf nur eine Nationalität eingetragen werden. Bekennt jemand zwei Nationalitäten ein oder keine, so ist die Nationalität nach der Muttersprache einzutragen."
Die Verordnung von 1930 "objektivierte" den Begriff der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einem Volkstum, indem sie die Muttersprache als allein entscheidendes Kriterium für die Ermittlung der Nationalität und die Beherrschung der Sprache als Norm für die Änderung der Nationalität festsetzte. Den politischen Behörden wurde dadurch die Möglichkeit gegeben, in dem gemischtsprachigen Gebiet entlang der Sprachgrenze, in dem ein Teil der Bevölkerung beide Sprachen beherrschte, und in den Fällen von nationalen Mischehen oder von schwankendem Nationalbewußtsein zu Gunsten der tschechischen und slowakischen Nationalität zu entscheiden.
Die verschiedene Dynamik der Bevölkerungsbewegung bei Tschechen und Sudetendeutschen, wie sie in den Volkszählungsergebnissen zum Ausdruck kommt, war also zum Teil nur ein statistischer Vorgang, zum Teil wurde sie durch die Zählpraktiken im Dienste des Staatsvolkes herbeigeführt, zum anderen Teil allerdings war sie der Ausdruck der Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Sudetendeutschtums, wie sie seit der Auflösung der alten Monarchie sich vor allem für die deutsche Industrie in den böhmischen Randgebieten ergeben hatte.
Diese hatte 1918 das große Absatzgebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie verloren und sah sich, besonders seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, vor wachsenden Schwierigkeiten. So waren die sudetendeutschen Gebiete am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen.
Die Bevölkerungsverhältnisse in den sudetendeutschen Gebieten sind aber auch noch in anderer Weise durch die Begründung des tschechoslowakischen Nationalstaats beeinflußt worden: seit 1918 beginnt ein starker Einstrom tschechischer Bevölkerung in das geschlossene deutsche Sprachgebiet, in erster Linie von Militärpersonen, Verwaltungs- und Polizeibeamten mit

ihren Familien.
Die deutschen Sprachinseln Innerböhmens und Mährens waren in besonderem Maße von einer teilweise planmäßig gelenkten tschechischen Expansionsbewegung und Bodenpolitik gefährdet, eine Tatsache, die schon vor dem I. Weltkrieg zu verfolgen war, sich nach der tschechischen Staatsgründung aber noch erheblich verstärkte. …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl der Slowakei-Deutschen (x004/137-147): >>... **I. Siedlungsgebiete, Bevölkerungszahl und soziale Struktur der Deutschen in der Slowakei.**
… Im Gegensatz zu den Sudetendeutschen, deren Siedlungsgebiete sich fast ausschließlich unmittelbar an das geschlossene deutsche Sprachgebiet anlehnten, lebten die Karpatendeutschen in einzelnen Streusiedlungen, als kleine Splittergruppen in den auf deutsche Gründungen zurückgehenden und nun slowakischen Städten und in den schon stark von Slowaken durchsetzten Sprachinseln: der Zips, dem Hauerland und dem Preßburger Raum.
Mit ihrer bis ins 12. Jahrhundert zurückreichenden historischen und kulturellen Tradition kann die Zips als die bekannteste deutsche Sprachinsel in der Slowakei gelten. Sie teilte sich in zwei geschlossenere und nur lose zusammenhängende Gebiete. Im Tal der Popper und ihren Nebentälern am Fuße der Hohen Tatra zog sich von Poprad (Deutschendorf) im Westen und Leutschau im Süden bis über den politischen und kulturellen Mittelpunkt Käsmark nach Nordosten auslaufend die siedlungsgeschichtlich ältere Oberzips hin. Südlich davon, im Flußgebiet der Hernad und Göllnitz, dehnte sich von Zipser Neudorf im Norden bis Untermetzenseifen im Süden die Unterzips oder der Gründner Boden aus.
Ober- und Unterzips, die bereits seit dem 13. Jahrhundert von Deutschen besiedelt waren, bildeten ursprünglich ein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet, das jedoch schon verhältnismäßig früh wieder eingeengt wurde.
Die Hussiteneinfälle in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts vernichteten die deutschen Siedlungen zwischen den beiden Sprachinseln ebenso wie die im oberen Waagtal, die bis dahin die Verbindung zum Hauerland aufrechterhalten hatten. Später dezimierten die Kämpfe des protestantischen Adels gegen die katholische Dynastie die Zahl der deutschen Ortschaften, und die Konfessionspolitik der Habsburger, die ganze Gemeinden der evangelischen Zipser aussiedelten und durch katholische Slowaken ersetzten, trug viel zur Entdeutschung einzelner Landstriche bei.
In den einst deutschen Städten der weiteren Umgebung der Zips - zwischen Dobschau im Westen, Kaschau im Süden und Preschau im Osten - hatten sich nur kleinere deutsche Splittergruppen gehalten. Ebenso bekannten sich in Bartfeld, Homenau und Michalovce in der Ostslowakei nur noch einige Hundert Einwohner zum Deutschtum. Aber auch das Kerngebiet der Zips war von Slowaken und im Süden von Madjaren durchsetzt.
Die Ergebnisse der Volkszählung von 1930 ergaben folgendes Zahlenbild: Oberzips 25.162 Deutsche, Unterzips 13.141 Deutsche.
Zu diesen 38.303 Zipser Deutschen müssen noch Splittergruppen des Vorlandes hinzugerechnet werden.
Von den im 13. Jahrhundert gegründeten Bergbaustädten der Mittelslowakei waren im 14. Jahrhundert in den waldreichen Flußtälern deutsche Rodungsdörfer angelegt worden. Die für die Rodungen gebräuchliche Bezeichnung "Hau" kehrt in den Ortsnamen häufig wieder, und danach erhielt diese Sprachinsel den Namen Hauerland.
Das Deutschtum in den Städten, als den wirtschaftlichen Mittelpunkten, ist im Laufe der Jahrhunderte fast verschwunden: es wanderte aus oder wurde slowakisiert. Nur die abgelegenen dörflichen Siedlungen hatten ihren deutschen Charakter auch in der Zusammensetzung der Bevölkerung fast rein bewahrt. Es sind dies 25 Ortschaften, die in zwei benachbarten Sprach-

inseln um die Hauptorte Kremnitz im Quellgebiet der Turz und Deutsch Proben am Oberlauf der Neutra liegen.
Die zahlenmäßig stärkste deutsche Gruppe mit 24.415 Seelen wohnte um Deutsch Proben; in der Kremnitzer Sprachinsel lebten 10.622, in der etwas abseits liegenden Siedlung Hochwies-Paulisch 4.692 und verstreut in einzelnen slowakischen Orten der Umgebung, besonders in den Städten, noch 1.226 Deutsche. Insgesamt lebten (1930) im Hauerland 41.255 Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit.
Preßburg, die Hauptstadt der Slowakei, gehört noch zu den Ausläufern des geschlossenen bayrisch-österreichischen Siedlungsgebietes. Der während des Mittelalters rein deutsche Charakter der Stadt begann zu verblassen, als sie nach der Schlacht von Mohacs (1526) die Hauptstadt des Königreichs Ungarn wurde und ihre Tore den madjarischen Untertanen öffnete, die dann besonders in den letzten Dezennien der ungarischen Herrschaft immer zahlreicher einströmten. Gleichzeitig setzte die Zuwanderung der umwohnenden Slowaken und auch der Tschechen ein; sie vervielfachte sich, als die Grenzziehung von 1919 die Stadt aus ihren alten politischen Bindungen löste und zur Tschechoslowakei schlug.
Die Deutschen, durch Seuchen und Kriege dezimiert, konnten wohl gleichfalls durch Zuzug aus dem benachbarten geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet ihren Bestand von rund 32.000 Seelen kontinuierlich halten, ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung sank aber gegenüber dem sprunghaft anwachsenden Slowaken- und Tschechentum stark ab und betrug 1930 nur noch 28 vom Hundert. Trotzdem blieb Preßburg bis 1945 die Stadt mit dem größten deutschen Bevölkerungsanteil in der Slowakei.
In der Umgebung Preßburgs befand sich in den von Slowaken durchsetzten Weinbauerndörfern am Südosthang; der Kleinen Karpaten und im Westzipfel der hauptsächlich von Madjaren bewohnten Großen Schüttinsel eine dichtere deutsche Streusiedlung, die sich eng an die Hauptstadt anlehnte. Die deutsche Bevölkerung der Umgebung Preßburgs kann mit etwa 19.000 Personen angegeben werden. -
Die Zahl der Deutschen in und um Preßburg betrug damit ca. 52.000. Insgesamt lebten in der Slowakei - nach den Ergebnissen der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 - 154.821 Deutsche, von denen 147.501 tschechoslowakische Staatsbürger waren. Zum Zeitpunkt der slowakischen Volkszählung von 1940 betrug die Zahl der Deutschen in der Slowakei nach dem Gebietsstand von 1937 rund 155.000.
Uneinheitlich wie Herkommen und Siedlungsgeschichte der einzelnen deutschen Sprachgruppen in der Slowakei war auch ihre soziologische Struktur. Die deutsche Bevölkerung der Zips stellte einen entsprechenden Anteil an allen Berufsgruppen: Kaufleute, Handwerker, Bauern, Fabrik- und Waldarbeiter. Im Hauerland dagegen hielten sich die Deutschen nur in dem Rückzugsgebiet der abgelegenen Rodungsdörfer als Kleinbauern, Kätner und Wanderarbeiter. Die städtischen Berufsschichten waren fast völlig im Slowakentum aufgegangen.
Das Preßburger deutsche Bürgertum jedoch hatte trotz starker madjarischer, slowakischer und tschechischer Konkurrenz einen Teil der städtischen Berufe des Handels und Gewerbes in seiner Hand behalten. Daneben fristete aber ein erheblicher Teil der Deutschen sein Dasein als Arbeiter und Häusler. Die in der Umgebung der Stadt lebende deutsche Bevölkerung gehörte bis auf wenige Ausnahmen dem Bauern- (Weinbauern-) und Arbeiterstand an. - An der Zivil- und Militärverwaltung hatte das Slowakeideutschtum kaum einen Anteil.
Auch in der Verteilung des religiösen Bekenntnisses glich keine der einzelnen Sprachinseln der anderen. Die Zipser Deutschen gehörten zu 60 bis 70 % der evangelischen Kirche an, der Rest der römisch-katholischen. Im Hauerland dagegen bekannte sich die überwiegende Mehrheit der Deutschen zum römisch-katholischen Glauben. Das Preßburger Deutschtum war zu zwei Dritteln römisch-katholisch, zu einem Drittel evangelisch.

## II. Die politische Struktur des Karpatendeutschtums.

Für das Verständnis der politischen Situation, in der sich die Karpaten-deutschen befanden, ist es notwendig, die politischen Verhältnisse und Kräfte in der Slowakei selbst zu skizzieren. Bei der Zerschlagung der habsburgischen Doppelmonarchie am Ende des Ersten Weltkrieges, die in den Friedensverträgen von Saint Germain und Trianon sanktioniert wurde, wurden die in der überwiegenden Mehrheit von Slowaken und im Ostteil von Ukrainern (Ruthenen) bewohnten oberungarischen Komitate der Nordkarpaten und des Karpatenvorlandes aus dem Staatsverband des Königreiches Ungarn herausgelöst und der neugegründeten Tschechoslowakischen Republik eingegliedert.

Die in dem neuen Staat offenbar werdenden zentralistischen Tendenzen, die vor allem von den das politische Geschehen beherrschenden tschechischen Politikern und Parteien und der von ihnen unterstützten und geförderten slowakischen zentralistischen Parteien, von denen die Agrar-Partei unter Milan Hodza die bedeutendste war, durchgesetzt wurden, riefen bald die Opposition der politischen Kräfte hervor, die für eine Eigenständigkeit der Slowakei eintraten. Das Ringen um die den Slowaken vor der Errichtung des Staates versprochene, aber bis 1938 nicht gewährte Autonomie prägte die innenpolitische Situation des Landes bis zur Zerschlagung der Tschechoslowakei.

Träger der Autonomiebewegung war die von Monsignore Andrej Hlinka gegründete Slowakische Volkspartei und daneben die unbedeutendere Slowakische Nationalpartei unter Martin Ruza. Beiden Parteien gelang es zunächst nicht, die Slowaken, deren Mehrheit kaum am öffentlichen Leben teilnahm, für sich zu gewinnen. Das slowakische Volk, zu einem großen Teil ohne eine eigene historische und politische Tradition, war jahrhundertelang durch die ungarische Politik bevormundet worden.

Erst im Laufe der Jahre konnten die Autonomisten durch ihre intensive, auf die nationale Eigenständigkeit der Slowaken gegenüber der tschechischen politischen und kulturellen Bevormundung gerichtete Propaganda die Zahl ihrer Anhänger vermehren. Der starke Zustrom tschechischer Beamter und Lehrer, hervorgerufen und begünstigt durch das Fehlen einer ausreichenden slowakischen Intelligenzschicht, die fast gänzlich im Madjarentum aufgegangen war, gab ihren gegen den Zentralismus gerichteten Argumenten neue Nahrung.

Das innenpolitische Spannungsfeld wurde noch durch das Vorhandensein einer starken madjarischen Minderheit bestimmt, die, bekannt für ihr stark ausgeprägtes Nationalgefühl und ihre irredentistische Politik, eine schwere Belastung für den neuen Staat bedeutete. Da die slowakisch-ungarische Grenze ausschließlich zugunsten der Slowakei gezogen worden war, schloß sie im Süden des Landes ein fast geschlossenes madjarisches Siedlungsgebiet in die CSR ein. Bis zum Ende der I. Tschechoslowakischen Republik besaß das Problem der madjarischen Minderheit im slowakischen Teil des Staates die gleiche Bedeutung wie die sudetendeutsche Frage im tschechischen.

Der Zurückdrängung des madjarischen Einflusses im kulturellen und politischen Bereich der Slowaken galt daher das besondere Interesse der tschechoslowakischen Behörden, und aus dieser Politik konnte die zahlenmäßig geringe und politisch wenig hervortretende deutsche Minderheit zunächst großen Nutzen ziehen.

Der Prozeß ihres Zusammenwachsens vollzog sich allerdings nur allmählich, denn die weit auseinandergezogenen, von Slowaken durchsetzten deutschen Sprachinseln, voneinander getrennt durch die bewaldeten und schwer passierbaren Höhenzüge der Nordkarpaten, hatten bis zur staatlichen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein isoliertes Dasein geführt und vermochten es nicht, nun aus eigener Kraft zu einer einheitlichen Gruppe zusammenzufinden. Die großartige Vergangenheit, wie sie in der reichen Architektur, den Urkunden und Museen der mit wenigen Ausnahmen schon lange slowakisierten Städte in die Gegenwart herüberreichte oder in der Fülle des Brauchtums und der Volkstrachten der Zips oder des Hauerlandes

lebte, änderte nichts an der Tatsache, daß das Deutschtum in der Slowakei eine in ihrem Bestand schwer gefährdete Volksgruppe war. Die Gründe hierfür waren mannigfaltig.
Die Veränderung der wirtschaftlichen Struktur im Nordkarpatenraum, vor allem das Versiegen des Bergbaus, die Verlagerung der Handelswege, die beginnende Industrialisierung und die damit verbundene soziologische Umschichtung hatten die frühere Sonderstellung des Deutschtums schon lange aufgehoben.
Dazu kam, daß eine tatkräftige geistige und materielle Unterstützung aus den kerndeutschen Gebieten fehlte. Zum geschlossenen deutschen Volksgebiet bestanden kaum noch Beziehungen; das Verhältnis zu Österreich war mit starken Ressentiments belastet, denn gerade die Konfessions-, Handels- und Verwaltungspolitik der Habsburger hatte in den letzten drei Jahrhunderten wesentlich zum Niedergang des Slowakeideutschtums beigetragen.
Die Folge dieser Entwicklung war auf der einen Seite eine durch die wirtschaftliche Zwangslage bedingte starke Auswanderung in die ungarischen Städte, vorwiegend in das um Budapest liegende Industriegebiet, aber auch nach Amerika, auf der anderen Seite eine stärkere Anlehnung an das Staatsvolkstum, die bis 1918, gefördert durch die ungarische Verwaltungspraxis und Schulpolitik, zur Madjarisierung insbesondere der Intelligenz- und Bürgerschicht geführt hatte.
Diesem Prozeß wurde durch die Errichtung der Tschechoslowakischen Republik Einhalt geboten, denn der neue Staat versuchte - zumindest in den ersten Jahren - durch Errichtung deutscher Minderheitsschulen die engen Beziehungen zwischen der deutschen und der wegen ihrer Irredentapolitik gefährlicheren madjarischen Minderheit zu unterbrechen.
Dieses Wohlwollen der tschechoslowakischen Behörden gegenüber dem deutschen Schulwesen in der Slowakei sticht erheblich von der Praxis gegenüber den deutschen Schulen in den Sudetenländern ab. Wie weit aber die Madjarisierung bereits fortgeschritten war, zeigen die Widerstände einzelner deutscher Gemeinden gegen die Errichtung deutscher Schulen; sie forderten statt dessen die Beibehaltung der madjarischen.
Erst allmählich wurde sich die deutsche Minderheit ihrer nationalen Eigenständigkeit bewußt. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den starken Rückhalt, den sie im neuen Staat beim Sudetendeutschtum fand. Der Deutsche Kulturverband dehnte seine Tätigkeit auch auf die Slowakei aus und trug durch geistige und materielle Unterstützung der Schulen und durch Gründung deutscher Kulturvereinigungen und Ausbau des Genossenschaftswesens wesentlich zur Stärkung des deutschen Volksbewußtseins bei.
Da das geeignete Lehrpersonal für die errichteten Schulen fehlte, kam eine beträchtliche Anzahl sudetendeutscher Lehrer ins Land. Auch das Genossenschaftswesen konnte auf Grund der langjährigen Erfahrungen des Sudetendeutschtums ausgebaut werden.
Wie sehr sich aber das in mehrere Gruppen zerfallende Slowakeideutschtum von dem geschlossenen Block der Sudetendeutschen unterschied, geht aus seiner parteipolitischen Struktur hervor. Gerade hier blieb die alte Anhänglichkeit an das Madjarentum erhalten. Bis zum Beginn der dreißiger Jahre sah ein großer Teil der deutschen Wähler seine politische Vertretung in der "Deutschen Sektion" der Madjarischen Christlichsozialen Partei und - soweit es die Zips betraf - in der Zipser Deutschen Partei, deren Abhängigkeit von der Madjarischen Nationalpartei offenkundig war. Ein nicht geringer Teil der deutschen Stimmen fiel auch den slowakischen und tschechoslowakischen Parteien zu.
Um den madjarischen kultur- und parteipolitischen Einflüssen innerhalb der deutschen Minderheit zu begegnen und dem Slowakeideutschtum eine geschlossenere parteipolitische Repräsentation zu verschaffen, gründeten einige um die Erhaltung und Förderung des Deutschtums verdiente Männer kurz vor den Parlamentswahlen von 1929 die Karpatendeutsche Partei. Sie schloß mit der "aktivistischen", in der tschechoslowakischen Regierung mitwirkenden sudetendeutschen Partei des Bundes der Landwirte (Minister Spina) und der Deutschen Ar-

beits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Rosche-Gruppe) ein Wahlbündnis, ohne aber ein Mandat erringen zu können.
Erst nach dem von der jüngeren Generation durchgesetzten Wahlbündnis mit der Sudetendeutschen Heimatfront (späteren Sudetendeutsche Partei - SdP) Konrad Henleins vor den Wahlen von 1935 konnte sie die Zahl ihrer Anhänger vermehren.
Die weitere Folge der Anlehnung an die nach dem Führerprinzip aufgebaute SdP war die im November 1935 vollzogene Union mit dieser Partei. Konrad Henlein übernahm auch den Vorsitz in der Karpatendeutschen Partei, sein Stellvertreter für die Karpatenländer wurde der spätere Volksgruppenführer Franz Karmasin. Die Karpatendeutsche Partei wurde organisatorisch der SdP angeglichen und schließlich im September 1938 gleichzeitig mit dieser verboten.
Das darf aber nicht zu der Annahme führen, als ob die Karpatendeutsche Partei für das Deutschtum der Slowakei die gleiche Bedeutung besessen hätte wie die SdP in den Sudetenländern. Als Repräsentantin der großen Mehrheit der Slowakeideutschen konnte sie zu diesem Zeitpunkt nicht gelten. Die entscheidende Veränderung der politischen Struktur des Karpatendeutschtums brachte erst die Zerschlagung der Tschechoslowakei, die durch das Münchener Abkommen eingeleitet wurde. …<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Gründung der "Tschechoslowakei" (x051/588): >>Tschechoslowakei, östlicher Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit 140.485 km² und rund 14,7 Millionen Einwohnern (1930).
Die Tschechoslowakische Republik (CSR) wurde als Nachfolgestaat Österreich-Ungarns am 28.10.18 gegründet aus den "historischen Ländern" Böhmen, Mähren und Schlesien sowie der Slowakei und der Karpato-Ukraine. Erhebliche Nationalitätenprobleme (nur 50 % Tschechen, aber 22,4 % Deutsche und 15,6 % Slowaken), starke nationale und kulturgeschichtliche Unterschiede und ein deutliches sozioökonomisches Gefälle zwischen industrialisiertem Westen und bäuerlichem Osten hatte die Tschechoslowakei zu bewältigen.
In ständigem Widerstreit zwischen dem staatsrechtlich, geostrategisch und wirtschaftlich begründeten tschechischen Programm eines zentralisierten Einheitsstaates und den Autonomieforderungen der Slowaken und der nationalen Minderheiten verfehlten die Tschechen als Staatsvolk das ursprünglich versprochene Modell einer "mitteleuropäischen Schweiz" und brachen damit v.a. die 1918 den Slowaken gemachten Versprechungen: 29.2.20 Verabschiedung einer zentralistischen Verfassung durch eine ernannte provisorische "Revolutionäre Nationalversammlung" ohne Mitwirkung der Minderheiten, Tschechisierung der Beamtenschaft, Sprachengesetze.
Dennoch besaß die Tschechoslowakei unter Masaryk (Staatspräsident 1918-35) und Benes durch gesunde Wirtschaftsentwicklung, innere Festigkeit und Koalitionsfähigkeit ihrer Parteien, Loyalität ihrer Minderheiten und Bereitschaft der "aktivistischen" deutschen Parteien zur Übernahme von Regierungsverantwortung seit 1926 im Vergleich zu anderen Staaten Ostmitteleuropas große parlamentarisch-demokratische Stabilität.
Außenpolitisch stützte sie sich gegen die Gebietsansprüche Ungarns (Südteil der Slowakei, Karpato-Ukraine) und Polens (Teschen) und gegen monarchistische Restaurationsbestrebungen in Österreich auf die Kleine Entente und Bündnisse mit Frankreich (25.1.24) und der Sowjetunion (16.5.25).
Die Beziehungen zur Weimarer Republik waren korrekt infolge des relativ geringen Interesses Berlins an der Sudetenfrage. ...<<

**29.10.1918**

**Österreich:** In Wien werden am 29. Oktober 1918 die Provinzen Deutschböhmen und Sudetenland gegründet.

**30.10.1918**

**Osmanisches Reich:** Nach Zerschlagung der türkischen Palästinafront gibt das Osmanische

Reich den erbitterten Widerstand auf und schließt am 30. Oktober 1918 einen Waffenstillstand.

**Oktober 1918**

**Westkrieg:** Im Oktober 1918 gerät Hitler in einen britischen Gasangriff und erblindet vorübergehend. Hitler beendet den Ersten Weltkrieg als Gefreiter in einem Lazarett in Pasewalk/Pommern.

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Adolf Hitler in den Jahren 1918-1933" (x051/260-262): >>(Hitler, Adolf) ... In Pasewalk erlebte Hitler das Kriegsende und faßte den Entschluß, "Politiker zu werden", um die "Schmach" der Kapitulation zu rächen ("Mein Kampf"); er glaubte fest an den "Dolchstoß" der marxistisch verseuchten Heimat in den Rücken der unbesiegten Front.

Im Mai 19 stellte sich Hitler der Reichswehr zur Verfügung und fiel Vorgesetzten als "national zuverlässig" auf. Erste Rednererfolge hatte er im Lager Lechfeld vor heimgekehrten Kriegsgefangenen, die revolutionär anfällig waren.

12.9.19: Hitler sollte über eine der zahllosen Münchner Rechtsparteien und -gruppen, die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus eigener Anschauung berichten. Er fiel dort durch einen leidenschaftlichen Diskussionsbeitrag auf und trat nach einiger Bedenkzeit dieser Partei als 55. Mitglied bei; Funktion: Werbeobmann. In einer noch ganz unbekannten Partei sah er ein formbares Instrument für seine Zwecke – statt des Hochdienens in einer der altetablierten. Dies war der Beginn von Hitlers Karriere.

Sofort entfaltete er eine lärmende Öffentlichkeitsarbeit. Organisatorisch einfallsreich, demagogisch geschickt, rednerisch aufhetzend in radikaler Schwarz-Weiß-Manier, alle Übel auf einfache Formeln und klare Schuldzuweisung verdichtend ("Novemberverbrecher", "Schandvertrag von Versailles", "internationales Judentum"), zog er wachsende Zuhörerscharen an die DAP heran. Deren Umbenennung in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) erfolgte im Februar 20. Zugleich wurde das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet – ohne wesentliche Beteiligung Hitlers.

Inhaltlich aber war das Programm seinem Weltbild gemäß, besonders hinsichtlich der Punkte 1 (Großdeutsches Reich), 2 (Ausschluß der Juden besonders aus öffentlichen Ämtern und der Presse). Im Juli 21 riß er die Parteiführung an sich. Ergebene Anhänger leiteten den Führerkult ein, die NSDAP verbreitete sich organisatorisch in ganz Deutschland.

Der nationalistische Konfrontationskurs der bayerischen Landesregierung (Ritter von Kahr) gegen die Reichsregierung, unter deutlich hochverräterischen Tendenzen, ließ Hitler die Kräfteverhältnisse im Reich falsch einschätzen. Er hielt die Zeit reif für den Umsturz, wollte dabei Kahrs mutmaßliche eigene Absichten – ihm zuvorkommend – für sich nutzen, ihn also "rechts überholen".

So kam es am 8./9.11.23, übereilt und mangelhaft vorbereitet, zum Hitlerputsch. Der nachfolgende Prozeß glich streckenweise einer Farce, da die Richter Hitler weltanschaulich nahestanden und ihm ausgiebige Selbstdarstellung erlaubten. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Festungshaft mit Aussicht auf vorzeitige Entlassung.

In Landsberg am Lech diktierte der Vorzugshäftling den 1. Band von "Mein Kampf". Zur Rassenfrage heißt es darin, die nationalsozialistische Bewegung müsse das Judentum, "den bösen Feind der Menschheit, als den wirklichen Urheber allen Leides, dem allgemeinen Zorne weihen"; die künftige "Lebensraum-Politik" wird vorgezeichnet mit dem Satz: "Wenn wir heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken." Unbeirrt also von seiner politischen Niederlage und ohne jede Erfolgsaussicht entwarf Hitler selbstbewußt sein Zukunftsprogramm (Weltanschauung Hitlers).

Nach neun Monaten freigelassen, gründete er die zerfallene nationalsozialistische Bewegung

1925 neu. Richtungskämpfe zwischen Nord und Süd entschied er gegen Gregor Strasser und Joseph Goebbels in Bamberg mit klarem Sieg für sich (Februar 26).
Hitler gewann danach Goebbels als Parteigänger und schickte den fähigen Organisator und Demagogen als Gauleiter nach Berlin. Insgesamt waren diese Jahre infolge relativer wirtschaftlicher Erholung Deutschlands die politisch erfolglosesten für Hitler.
Dies erweist: Die NSDAP war eine Krisenpartei. Sie warb weniger durch überzeugendes Ideengut für sich als durch radikale Absage an das "System" von Weimar, war Ausdruck gebündelten Unmuts.
Erst die Weltwirtschaftskrise ab Herbst 29 brachte ihr die zweite, entscheidende Aufschwungphase mit sprunghaften Zuwachsraten an Mitgliedern und Wählern: all jene, die zweifelten, daß die parlamentarische Demokratie die Not meistern könne. Hitler, der aus dem ersten Fehlschlag gelernt hatte, wollte die Republik mit ihrem eigenen Instrumentarium – legal – erobern (Legalitätseid 1930). Er wurde erst jetzt über einen fiktiven Posten als Regierungsrat in Braunschweig deutscher Staatsbürger und errang im Frühjahr 32 bei der Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten einen Achtungserfolg (über 13 Millionen Stimmen) gegen den siegreichen Hindenburg.
1932 wurde die Republik unregierbar. Gegen die NSDAP als stärkste Reichstagsfraktion und gegen die gleichfalls total verneinende KPD war keine gesetzesfähige Mehrheit aufzubringen; und dies vor dem Hintergrund von sechs Millionen Arbeitslosen.
Reichspräsident Hindenburg, nach zwei glücklosen Kanzlerernennungen (Papen, Schleicher), überwand unter dem Einfluß engster Berater (Machtergreifung) sein Zögern gegenüber Hitler, dessen Person und Zielen er mißtraute, dessen nationalem Vokabular und soldatischer Gesinnung er andererseits nahe stand. Am 30.1.33 ernannte er Hitler zum Reichskanzler. ...<<

**01.11.1918**

**Ungarn:** Graf Michael Károlyi gründet am 1. November 1918 eine selbständige ungarische Regierung.

**03.11.1918**

**Deutsches Reich:** Matrosen der Kriegsmarine rufen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergreift.
Ein Matrose berichtet damals über die Meuterei der Kriegsflotte in Kiel (x191/22): >>Der Kommandant (des Kriegsschiffes) "Thüringen" sagte: "Wir verfeuern unsere letzten 2.000 Schuß und wollen mit wehender Flagge untergehen." Darauf haben sie (die Soldaten) ihm gesagt, er solle allein losfahren und nun ging der Krach los. ...
Den Zweck haben sie ja erreicht, die Flotte wird in der nächsten Zeit nicht auslaufen, und wenn wir jedenfalls auch darunter leiden müssen, aber unsere Zeit kommt bald, oder der Friede muß bald kommen, sonst machen wir ihn uns selber. Die Marine macht nicht mehr mit. ...<<
Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.
Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. …<<
**Österreich:** Österreich und die Ententemächte schließen am 3. November 1918 einen Waffenstillstand (x041/77). Damit beendet Österreich den Ersten Weltkrieg genauso eigenmächtig wie es den Krieg eröffnet hatte.

**05.11.1918**

**Deutsches Reich:** Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 5. November 1918 über die unge-

wisse Zukunft des deutschen Kaisers (x267/315-317): >>... Denn, was in diesen fünf Wochen vor sich gegangen ist, das ist, nach innen und nach außen, die Liquidation der dreißigjährigen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II., oder dessen, was von ihr noch übrig geblieben ist in der fürchterlichen Katastrophe dieses Krieges, die eben auch die Katastrophe des Kaisers ist.
Was wir jetzt erleben, ist Ende und Abschluß: unmöglich schien der Gedanke, daß der Anfang des Neuen, das nun kommen muß, unter demselben Zeichen der Regierung Wilhelms II. (oder seines Sohnes) begonnen werden könnte.
Nicht um die schwere Frage der Schuld handelt es sich dabei in erster Reihe; denn ebenso schuldig wie der Kaiser waren die Jämmerlichen, die ihm knechtisch dienten, statt ihn mannhaft in die Grenzen seiner Rechte und seiner Fähigkeiten zu verweisen.
Aber der Kaiser selbst hat sich vor der ganzen Welt zum Symbol der Politik gemacht, die Deutschland in den Abgrund geführt hat; als sein System hatte diese immer in der Ichform geführte Politik vor der Zeit und vor der Geschichte gelten sollen – so gebietet es die Würde, daß er verzichte, wenn diese furchtbare Politik zusammenbricht.
Was jetzt geschieht, ist das diametrale Gegenteil von dem, was er dreißig Jahre hindurch, nur allzu oft und allzu laut, als seinen Glauben bekundet, gelehrt, gehandelt hat. Wohl bekundet er jetzt, daß es ihm ernst sei auch mit dem Neuen, und wir achten in dieser Bekundung die späte Einsicht – aber kann der Sechzigjährige wirklich selbst glauben, daß er nochmals berufen sei, uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen?<<

**Frankreich:** Die deutsche Waffenstillstandskommission wird am 5. November 1918 durch Marschall Foch empfangen.

**07.11.1918**

**Deutsches Reich:** In Berlin verlangt die SPD am 7. November 1918 den sofortigen Rücktritt des Kaisers.

Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erklärt während eines Gespräches mit Reichskanzler Prinz Max von Baden (x149/33): >>... Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Aber ich will sie nicht. Ja ich hasse sie wie die Sünde.<<

In München bricht am 7. November 1918 eine Revolution aus. Als in München ein Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat gebildet wird, flieht der König von Bayern.

**08.11.1918**

**Deutsches Reich:** Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin fordert am 8. November 1918 die Einführung eines Rätestaates (x243/19): >>Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern (die) Republik! Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen. ...
Heraus aus den Betrieben, heraus aus den Kasernen! ...<<

Der radikale USPD-Politiker Kurt Eisner (1867-1919) proklamiert am 8. November 1918 in München die Räterepublik Bayern.

Ernst F. Däumig (1866-1922, Journalist und USPD-Politiker) setzt sich damals für die Einführung des Rätesystems ein (x149/34): >>... Wie der Sozialismus als neues Grundprinzip der Welt aufzieht, so ist selbstverständlich damit auch verbunden, daß (der) bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Rätesystem findet. ...
Ich weiß, daß diesem System der Ludergeruch des Bolschewismus anhaftet ... Die Diktatur ist zweifellos mit dem Rätesystem verbunden; aber was in Rußland geschehen ist, braucht nicht in Deutschland nachgeahmt zu werden.<<

Der damalige Kölner Erzbischof Felix Kardinal von Hartmann (1851-1919, ein persönlicher Freund des deutschen Kaisers Wilhelm II.) schreibt am 8. November 1918 an den damaligen Münchener Erzbischof Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII. (x340/116): >>Seine Majestät der Kaiser läßt mir soeben mitteilen, daß nach ihm gestern zugegangenen Nachrichten der Groß-Orient beschlossen habe, zunächst alle Souveräne in erster Linie ihn, den Kaiser,

abzusetzen etc. und schließlich eine Weltrepublik unter Führung des amerikanischen Großkapitals auf den Trümmern der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft aufzurichten. Die deutschen Freimaurer seien dem Kaiser treu (was sehr zu bezweifeln ist!) und hätten ihn das wissen lassen. …
Ich habe geglaubt, verpflichtet zu sein, dies Euer Excellenz zur Kenntnis zu bringen, und muß Eurem weisen Ermessen überlassen, ob ihr die Mitteilung nach Rom weitergeben wollt. Das stürmische Verlangen der Sozialdemokraten, der Kaiser solle abdanken, gibt der Nachricht eine gewisse Bestätigung. …<<
**Frankreich:** Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wird später als "Novemberverbrecher" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelt vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Aisne) über die Waffenstillstandsbedingungen.
Marschall Ferdinand Foch (1851-1921, französischer Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte) lehnt während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.
**09.11.1918**
**Deutsches Reich:** In Berlin bricht eine Revolution aus. Am Morgen ruft der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhält das Militär um 13 Uhr Schießverbot.
Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und tritt danach ebenfalls zurück.
Die 2. Extraausgabe der SPD-Zeitung "Vorwärts" (Berliner Volksblatt) berichtet am 9. November 1918 (x256/38): >>**Der Kaiser hat abgedankt!**
Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:
Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.
Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte; bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzichte Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.
Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volks einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.
Berlin, den 9. November 1918.
Der Reichskanzler.
Prinz Max von Baden.
**Es wird nicht geschossen!**
Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.<<
Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, ab 1903 Mitglied des Reichstages, seit Februar 1919 erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, lehnte die Unterzeichnung des Versailler Vertrages ab und trat Juni 1919 als Ministerpräsident zurück, von 1920-1933 Mitglied des Reichstages) ruft am 9. November 1918 die Deutsche Republik aus,

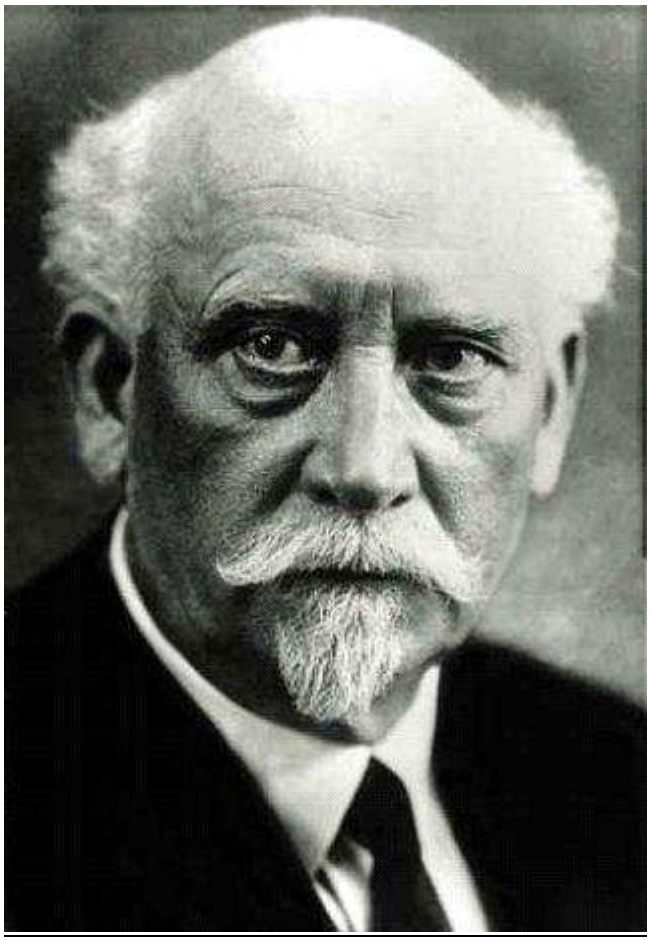

*Abb. 53 (x051/514): Philipp Scheidemann*

Philipp Scheidemann verkündet am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und überträgt die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25): >>Arbeiter und Soldaten!
Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt!
Es lebe die Deutsche Republik!
Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören.
Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete!
Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Ruhe, Ordnung und Sicherheit das ist das, was wir jetzt brauchen! ...
Es lebe die Deutsche Republik!<<
Der neue Reichskanzler Friedrich Ebert fordert am 9. November 1918 die Bevölkerung in einer schriftlichen "Kundgebung" zur Ruhe und Ordnung auf (x256/67):
>>**Mahnung zur Ruhe und Ordnung!**
Mitbürger!
Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Envernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.
Mitbürger!
Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.
Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören, es muß erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu verhindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Not mit Elend für Alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden.
Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich auf das Schwerste an der Gesamtheit.
Mitbürger!
Ich bitte euch dringend, verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!
Berlin, den 9. November 1918.
**Der Reichskanzler**
Ebert.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Friedrich Ebert (x051/136): >>Ebert, Friedrich, geboren in Heidelberg 4.2.1871, gestorben in Berlin 28.2.1925, deutscher Politiker.
Der gelernte Sattler Ebert wurde 1893 Redakteur der "Bremer Bürger-Zeitung" und 1900 Mitglied der Bürgerschaft, 1905 Sekretär des SPD-Parteivorstands in Berlin. Seit 1912 war Ebert MdR und wurde 1913 auf dem Jenaer Parteitag der SPD als Nachfolger A. Bebels zum Parteivorstand gewählt.
Er war ein pragmatischer Politiker, kein Freund ideologischer Auseinandersetzungen. Im Januar 18 versuchte Ebert vergeblich, den Munitionsarbeiterstreik zu verhindern; danach stellte er sich an dessen Spitze, um ihn in gesetzlichen Rahmen zu lenken.
Als Gegner revolutionärer Umwälzungen und Vorsitzender der stärksten deutschen Partei schien er bei Kriegsende der einzige geeignete Regierungschef für die Liquidation des Kaiserreiches und einen Neuaufbau.
Reichskanzler Max von Baden übergab daher Ebert am 9.11.18 die Geschäfte. Durch Wahl zum Vorsitz des Rats der Volksbeauftragten am 10.11. bestätigt, bemühte sich Ebert um Überwindung der revolutionären Nachkriegsphase und scheute dabei nicht das Bündnis mit den alten Eliten, insbesondere dem Militär.
Am 11.2.19 wählte ihn die Weimarer Nationalversammlung zum ersten Reichspräsidenten. Ebert wurde Zielscheibe heftiger Attacken der nationalen Rechten. Wegen seiner Teilnahme am Januarstreik 1918 wurde er am 23.12.24 nach der Klage eines Redakteurs von einem Magdeburger Gericht im juristischen Sinne des Landesverrats für schuldig befunden. Dennoch wurde Ebert mit seiner natürlichen Autorität und persönlichen Integrität zu einem wichtigen Halt der jungen Republik.<<
Die Unabhängigen Sozialdemokraten (der Spartakusbund und andere radikale Gruppen) verlangen am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, fordern die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.
Der Spartakusbund-Mitbegründer Karl Liebknecht proklamiert am 9. November 1918, um 16 Uhr, vom kaiserlichen Schloß in Berlin die "Freie Sozialistische Republik Deutschland"

(x191/25-26): >>Der Tag der Revolution ist gekommen ...
Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland, ... die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. ...
Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.<<
Der "Vorwärts" (Zentralorgan der SPD) berichtet in der 3. Extraausgabe am 9. November 1918 (x149/33): >>Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!
Der freie Volksstaat ist da!
Kaiser und Kronprinz haben abgedankt! Fritz Ebert der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen.
Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.
Arbeiter, Soldaten, Bürger!
Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrecht erhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird.
Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt im engsten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.
Hoch die deutsche Republik!
Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.<<
Die große Mehrheit der SPD lehnt gewaltsame, undemokratische Veränderungen (wie z.B. eine Diktatur der Arbeiterklasse) entschieden ab, deshalb bildet man eine demokratische Republik. Diese neue deutsche Republik ist keine Staatsgründung, denn die staats- und völkerrechtliche Persönlichkeit des Deutschen Reiches ändert sich nicht (x063/512).
Der SPD-Vorstand schreibt am 9. November 1918, abends um 20.30 Uhr, an den Vorstand der USPD (x128/101): >>... Von dem aufrichtigen Wunsch geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:
1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.
Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik. Indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.
2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.
Antwort: Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.
3. Ausschluß aller Mitglieder aus der Regierung.
Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde. - -
Es ist von der Einsicht der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erhof-

fen, daß sie mit der Sozialdemokratischen Partei noch zu einer Verständigung gelangt.
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.<<
Die Abendausgabe des "Berliner Tageblatts" berichtet am 9. November 1918 über die Abdankung des deutschen Kaisers Wilhelm II. (x267/323-324): >>So sicher es ist, daß der von der Höhe herabfallende Stein nicht in der Luft hängen bleiben kann, so sicher stand, nach dem Gesetz der Schwere, seit Wochen diese Lösung der großen Frage fest. Besser wäre es auch hier gewesen, dem Willen des Volkes nicht hinterdrein zu folgen, sondern ihm mit Herrscherwürde voranzugehen.
Aber trifft die Könige die alleinige Schuld, wenn sie zu lange glauben, das ganze Volk sei in liebender Anhänglichkeit um sie geschart? Wann tritt, zwischen huldigenden Bürgermeistern, Ehrenjungfrauen, Spalierenthusiasten, Lakaien und Triariern (altrömische Legionsveteranen), die Wahrheit an sie heran? Und wie sollen sie verstehen, daß plötzlich so mancher, der gestern noch den Roten Adlerorden vierter Klasse glückstrahlend entgegennahm, heute die demokratische Überzeugung möglichst sichtbar ins Knopfloch steckt?
Es ist verzeihlich, wenn sie an eine so schnelle Wandlung nicht glauben wollen, die doch nur dartut, daß selbst in der furchtbarsten geschichtlichen Tragödie die menschliche Komödie unverändert weitergeht.
Wer dem Kaiser nie die Rosen, die aus den Gärten von Byzanz stammen, dargebracht hat, wird in diesem Augenblick verzichten, auf die Schwelle, über die er hinausschreitet, nur Beschuldigungen zu streuen.
Er hat dreißig Jahre lang regiert, und er ist das Opfer von Eigenschaften geworden, die ein Teil seiner Natur waren und von fatalen Persönlichkeiten falscher Ziele ausgebeutet worden sind. Man kann ihn nicht mit wenigen Worten und Strichen zeichnen, denn sein Wesen ist sehr gemischt, und es geht in ihm vieles, was unvereinbar scheint, durcheinander und nebeneinander. Er schien, wie ein moderner Mensch, überall Wissen und Berührung zu suchen, und er war doch offenbar überzeugt, Gott habe ihn und sein Haus zu Sendboten, zu Vollstreckern seines Willens gewählt. ...
Es wäre eine gewaltsame Ungerechtigkeit, zu behaupten, er habe alle Fehler selbst begangen, uns allein so weit gebracht. In der Marokkopolitik hatte Wilhelm II. instinktiv richtiger als Fürst Bülow gesehen. Aber er operierte doch auch mit phantastischer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse auf eigene Hand. ... Die Reden, die vielen Reden kamen hinzu.
Wilhelm II. war kein "Alldeutscher" er ist von den Alldeutschen lange als ein friedliebender Schwächling angesehen worden, und er hat doch das alldeutsche Vokabularium abwechselnd bereichert und ausgeschöpft. Wie er Berlin mit Statuen anfüllte, so waren seine Reden mit historischen Bildern und Symbolen angefüllt. ... Kriegerische Worte zählten, wenn er sie ausgesprochen hatte, gewöhnlich nicht mehr für ihn. Aber der Eindruck im Ausland blieb.
Kann man behaupten, er habe diesen entsetzlichen Krieg gewollt?
Er war nie der "Attila", dessen blutgieriges, grausames Bild die Ententepresse so rastlos malt. Über den Ursprung dieser Menschheitskatastrophe werden wir sprechen, wenn der Frieden geschlossen sein wird.
Wilhelm II. hat dabei nicht die Rolle des Führenden und Voranschreitenden, sondern nur die Rolle des Gedrängten und Geschobenen gespielt. Seine Ratgeber, verantwortliche und unverantwortliche, hielten, wenn man die Aktion bis ans Ende durchführte, in ihrer Ahnungslosigkeit einen glänzenden diplomatischen Erfolg für gewiß. Andere flüsterten, wenn der Krieg doch einmal kommen müsse, sei es besser, er komme jetzt. Die offizielle Weisheit spielte Vabanque (alles aufs Spiel setzen). Der Kaiser wich schrittweise zurück. Bis zu dem entscheidenden Schritt. ...
Das alles wird später in Ruhe – denn einmal werden wir doch wieder zur Ruhe kommen müssen – besser und gründlicher zu zeigen sein. Wilhelm II. war nicht der alleinige Urheber, aber

der Repräsentant einer aberwitzig kurzsichtigen, alle Kräfte und Ideen des Auslands falsch schätzenden Politik, und war das Symbol einer Zeit und eines Geistes, der, in Machtbegehren und Selbstüberhebung, die Katastrophe herbeigeführt hat. Er mußte abdanken, auch wenn die Aufstandsbewegung im ganzen Land nicht so brausend und unbezwingbar angeschwollen wäre, wie es niemand erwartet hat.
Nur diejenigen sollten ihn heute nicht anklagen, die Hurra gerufen haben, als er ihnen "herrliche Zeiten" und, im August 1914, die glanzvollsten Siege versprach.<<
Der Unternehmer und spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt später über die "Novemberrevolution 1918" (x128/104): >>Mißtrauen gebührt jedem Zufallsgeschenk und jedem Verzweiflungsprodukt.
Nicht eine Kette wurde aufgesprengt durch das Schwellen eines Geistes und Willens, sondern ein Schloß ist durchgerostet. Die Kette fiel ab, und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen und mußten sich wider Willen rühren. Am schnellsten rührten sich, die ihren Vorteil erkannten.
Den Generalstreik einer besiegten Armee nennen wir deutsche Revolution. Die Arbeitsaufnahme einer neuen Versuchsarmee nennen wir die deutsche Gegenrevolution.
Die Arbeiterschaft ließ sich in den Sattel setzen und reitet den alten Streiktrab. Das Volk blieb abseits und wählte ein bürgerliches Parlament. Die verbürgerlichte Sozialdemokratie ließ sich im Bürgerhause bewirten und die Führung aufnötigen. Führung ohne Macht. Die Extremisten laufen neben dem Gaul und peitschen ihn mit der Knute des Bolschewismus.
Kein Wunder, denn nichts war vorbereitet.
Noch vor 5 Jahren wußte die deutsche Sozialdemokratie nicht, ob sie auch nur die parlamentarische Regierungsform ernstlich wünschen sollte. Sie stimmte dem Kriege zu, weil sie fühlte, daß ihre Massen es verlangten. Sie billigten den Unterseekrieg. Noch im letzten Kriegsjahr ließ die Frage des preußischen Wahlrechts die Massen vollkommen gleichgültig. Die beiden russischen Revolutionen von 1917 und der Friede von Brest wurden unbewegt hingenommen. Bis in die Novembertage 1918 gab es keine Revolutionsstimmung, nur Müdigkeit im Lande und Verdrossenheit an der Front.
Die äußere Revolution ist der inneren vorausgeeilt. Deshalb trägt sie schon heute alle entwürdigenden Zeichen des Interessenkampfes. Interessierte Romantik herrscht auf der Rechten, interessierter Radikalismus auf der Linken, und in der Mitte wird um Besitz und Einkommen gehandelt. Ein spießiges Parlament bürgerlichen Mittelmaßes, verkrampft und erstarrt in unversöhnlichen Gegensätzlichkeiten, entkernt und entgeistet jede seiner Aufgaben und rüstet die Gegenrevolution. Die verbürgte Gefahrlosigkeit radikaler Tiraden ermutigt ungelernte Tribunen, das Pathos ihrer früheren Kriegsberichte und die Schlagworte Sozialisierung und Rätesystem abzustellen.
Das zerfleischte, blutleere Land aber verkommt von Tag zu Tag. Wille und Arbeitskraft sind gebrochen. Widerliche Leidenschaften wachsen, Spekulationen, Genußsucht, Spiel, Bestechung, Müßigkeit und Geschwätz gedeihen, Arbeitsmittel und Werte, Häuser, Felder, Vieh verderben, die Jugend erwächst roh und unwissend. Dämmernde Gleichgültigkeit und Verzagtheit sinkt herab. Zuversicht, Vertrauen und Respekt sind gewesen, der Geist erstickt im endlosen Gerede. ...
Gelingt es nicht, die Revolution aus den Fesseln der Interessen, des Wahns und der Schlagwörter zu reißen, so erleben wir eine aufgeklärte Demokratie der Verlogenheit, des bösen Gewissens und der Unterdrückung, die alles übertrifft, was der alte Westen an verhülltem und beschönigtem Klassen- und Cliquenwesen geschaffen hat.<<

**10.11.1918**

**Westkrieg:** Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) telegrafiert am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den

Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<

**Deutsches Reich:** Kaiser Wilhelm II. flieht am 10. November 1918 nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten treten anschließend widerstandslos zurück.

Die Deutschen fühlen sich von der Staatsführung hintergangen. Besonders in der Arbeiterschaft regt sich offene Feindschaft gegen den Kaiser. Der Adel und das Großbürgertum, die größtenteils ebenfalls nicht informiert sind, reagieren ratlos und verwirrt.

Das "Berliner Tageblatt" berichtet am 10. November 1918 über das unrühmliche Ende der Monarchie (x191/26): >>Eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war das alles noch da, gestern nachmittag existierte nichts mehr davon. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den letzten deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x051/645): >>Wilhelm II., geboren in Potsdam, 27.1.1859, gestorben in Doorn (Niederlande) 4.6.1941, deutscher Kaiser und König von Preußen (1888-1918).

Der von starkem monarchischem Sendungsbewußtsein durchdrungene Wilhelm geriet nach der Thronbesteigung rasch in Konflikt mit dem Reichsgründer Bismarck, der im Innern seinem Popularitätsdrang (sozialpolitische Scheinprogressivität) entgegenstand und es nach außen nach Wilhelms Meinung an selbstbewußtem Auftreten fehlen ließ.

Die Nach-Bismarck-Ära war dann auch gekennzeichnet von sozialpolitischen Rückzügen und konzeptlos-martialischem Auftreten. Konnten die innenpolitischen Gegensätze noch durch eine relative Prosperität unter Kontrolle gehalten werden, so führte das außenpolitische Draufgängertum (Flottenrüstung, wechselnde Annäherungen, "Nibelungentreue" zu Wien, naive Taktlosigkeiten) zur außenpolitischen Isolierung des Reiches und in den Ersten Weltkrieg.

Nach dem Sturz der Monarchie ging Wilhelm am 10.11.18 ins holländische Exil, dankte am 28.11.18 ab und setzte auf baldige Restauration in Deutschland. V.a. vom nationalsozialistischen Aufstieg erhoffte er sich die Rückberufung (Januar 31 und Mai 32 Besuche Görings in Doorn), mußte aber nach Hindenburgs Tod (2.8.34) diese Illusion begraben und sprach vom Dritten Reich fortan nur als "Mostrichrepublik" ("braun und scharf").

Beim Einmarsch deutscher Truppen in Holland 1940 war höheren Offizieren der Kontakt mit Wilhelm untersagt, dem aber militärische Ehren bei der Beisetzung gewährt wurden. Den heutigen Leser der Reden und Notizen Wilhelms erstaunt die Ähnlichkeit mit Hitlers Simplifizierungen, nur waren sie im Gegensatz zum Diktator beim Kaiser bloße Pose.<<

Die Spartakisten rufen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101): >>Arbeiter und Soldaten!

Eine jahrtausende alte Knechtschaft geht zu Ende; aus den unsäglichen Leiden eines Krieges steigt die neue Freiheit empor. Vier lange Jahre haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten, euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse "das Vaterland" verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte.

Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist, und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken.

Es darf kein "Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten! Es lebe die Revolution! Es lebe die Internationale!<<

Die "Rote Fahne" veröffentlicht am 10. November 1918 in Berlin das Kampfprogramm der

Spartakusgruppe (x128/102):
>>1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Bewaffnung des Volkes; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.
2. Übernahme sämtlicher militärischen und zivilen Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.
Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände durch den Arbeiter- und Soldatenrat.
4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.
5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.
6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.
7. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.
8. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.
9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes. ...<<
General Wilhelm Groener (1867-1939, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitet nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres) führt am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.
General Wilhelm Groener berichtet später über dieses Gespräch mit Friedrich Ebert (x058/-322-323): >>Die Aufgabe der Heeresleitung mußte es jetzt sein, den Rest des Heeres rechtzeitig und in Ordnung, aber vor allem innerlich gesund in die Heimat zu bringen und dem Offizierskorps als dem Träger des Wehrgedankens einen Weg in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen.
Die seit Jahrhunderten im preußisch-deutschen Offizierskorps angesammelte moralisch-geistige Kraft mußte in ihrem Kern für die Wehmacht der Zukunft erhalten werden.
Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtepunkt. Es mußte ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es mußte das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht nur gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin. Daß Hindenburg auf seinem Posten blieb und den Oberbefehl über das gesamte Heer übernahm, ja daß dieser ihm vom Kaiser übertragen worden war, machte den Übergang möglich und erleichterte ihn.
Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammengehen, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit, aber er hielt sich nur mühsam am Steuer und war nahe daran, von den Unabhängigen und der Liebknechtgruppe über den Haufen gerannt zu werden. Was war demnach näherliegend, als Ebert, den ich als anständigen, zuverlässigen Charakter und unter der Schar seiner Parteigenossen als den staatspolitisch weitsichtigsten Kopf kennengelernt hatte, die Unterstützung des Heeres und des Offizierskorps anzubieten? ...
Am Abend (des 10. November) rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, daß das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, daß dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ord-

nung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit.
Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.
Für den Schritt des 10. November habe ich allein die Verantwortung zu übernehmen. Hindenburg wußte nichts von ihm, billigte ihn aber, nachdem ich die innenpolitische Lage in der Heimat eingehend mit ihm besprochen hatte. ...
Wir (die Offiziere der O. H. L.) hofften, durch unsere Tätigkeit einen Teil der Macht im neuen Staat an Heer und Offizierskorps zu bringen, gelang das, so war der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland hinübergerettet.
Zunächst galt es freilich, Zugeständnisse zu machen, denn die Entwicklung im Heer und in der Heimat war solche Wege gegangen, daß es sich vorerst nicht um rücksichtsloses Befehlen von seiten der O. H. L. handeln konnte, sondern um Auffangen und Unschädlichenmachen der revolutionären Strömungen.<<
Ein Göttinger Student berichtet am 10. November 1918 über die revolutionären Umsturzbewegungen im Deutschen Reich (x149/32-33): >>Deutsche Republik! Man gewöhnt sich recht schnell an den ungewohnten Klang der Worte. ...
Die bisherige Entwicklung schmeckt verdammt nach Rußland. Ausgangspunkt der Revolution: Die Flotte. Überall Arbeiter- und Soldatenräte. Zersetzung der Front, während gleichzeitig der Feind im Westen militärisch nachdringt und die Lage zur äußersten Steigerung seiner Friedensforderung ausbeutet.
Dies alles ist ganz wie in Rußland im Herbst 1917. Ganz wie dort erscheint auch hier alles auf den Gegensatz zweier Parteien gegründet: der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, unsere Mehrheitssozialisten, und der Bolschewiki, unsere Unabhängigen.
Freilich ist der Gegensatz nicht hoffnungslos; abgesehen davon, daß in vielen Arbeiter- und Soldatenräten eine Einigung der Parteien erzielt ist, sind die Unabhängigen-Sozialisten zum Eintritt in die Regierung bereit, wenn dieselbe rein sozialistisch ist, während ... Ebert und Scheidemann auch zur Aufnahme bürgerlicher Kabinettsmitglieder geneigt sind.<<
**Polen:** Pilsudski trifft nach der Haftentlassung am 10. November 1918 in Warschau ein.

**11.11.1918**

**Westkrieg:** Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichnen die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthält. Danach schweigen an den europäischen Fronten die Waffen.
Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhält, schreibt damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>... Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<
Der Abschluß des Waffenstillstandes ist völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen sind zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand können fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen sind bereits von französischen Truppen besetzt.
Nach dem 11. November 1918 ist das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte sind ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade bleibt weiterhin in Kraft.
Die Deutschen müssen innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen

räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wird termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befinden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich muß alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren dürfen.
Der Waffenstillstand wird monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen können (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes muß das ausgehungerte Deutsche Reich später 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).
Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.
Die Friedensbedingungen (so war vereinbart) sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".
Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.
Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den 1. Weltkrieg des 20. Jahrhunderts (x364/105-114): >>… **Der Glanz von Visionen**
Während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts beschloß der Wiener Zweig des Hauses Rothschild, die Aktivitäten eines intelligenten und ehrgeizigen jungen Fürsten namens Otto von Bismarck zu finanzieren.
Mit ihrer Unterstützung ergriff der Fürst die Kontrolle über Preußen, dem größten der deutschsprachigen Kleinstaaten in Mitteleuropa und machte sich an die Expansion seiner Domäne. Im Jahre 1866 beseitigte Bismarck mit einem Sieg über Österreich den Einfluß dieses Landes in Deutschland und zog mit einer 700.000 Mann starken Armee zum Sieg gegen die Franzosen in die Schlacht bei Sedan.
Die Geschichtsschreibung belegt, daß die internationalen Banker die Ereignisse gelenkt haben, die zu der Schlacht führten.
Am 9. Januar 1871 wurde König Wilhelm I. von Preußen formal zum Kaiser des neuen Deutschen Reiches ausgerufen - worin sich vier Königreiche und 21 Fürstentümer in Mitteleuropa vereinigt hatten. Bismarck wurde der erste Kanzler Deutschlands.
Nachdem er, der "Eiserne Kanzler ", von Wilhelm II. im Jahr 1880 demissioniert worden war, zeigten sich die deutschen Kanzler zunehmend aggressiver gegenüber den anderen Nationen. Rothschilds Plan begann fehlzuschlagen.
Deutschland war vor der scheinbar unüberwindlichen Macht des englischen Imperiums nicht in völliger Ehrfurcht erstarrt. Die Deutschen glaubten an die früher von Bismarck geäußerte Meinung: "England mit all seinem Getue und Gehabe hat hundert schwache Stellen und es weiß, daß ein Konflikt mit einer fast gleichstarken Macht seinen Untergang bedeutet."
Das militärische Fieber war in den Anfangsjahren dieses Jahrhunderts so stark, daß deutsche Offiziere häufig auf "Den Tag" tranken, an dem England der Krieg erklärt werden würde.
Nicht wenige erkannten "den Glanz der Vision vor deutschen Augen", der dafür sorgte, daß

"der Sieg so nah schien, um deutsches Blut in Erwartung des Triumphes schneller zirkulieren zu lassen".
Als eine Folge des unerwartet schnellen Aufstiegs des Deutschen Reiches in den Rang einer Weltgroßmacht fing das berühmte "Gleichgewicht der Mächte" in Europa an, abzubröckeln. Viele Nationen begannen, "ihren eigenen Kram zu machen".
Wie Nicholas John Spykman in seinem Buch "America's Strategy in World Politics", 1940, ausführt, hatte England "eine aktive Rolle bei den meisten Koalitionen gespielt, die zur Einschränkung der aufstrebenden Kontinentalmächte gebildet worden waren. Derjenige, der das Gleichgewicht der Mächte ausspielt, kann keine Freunde von Dauer haben.
Seine Hingabe kann für keinen spezifischen Staat bestimmt sein, sondern nur für das Machtgleichgewicht. Der Verbündete von Heute ist der Feind von Morgen. Es gehört zum Zauber der Machtpolitik, daß er einem keine Zeit läßt, seiner Freunde überdrüssig zu werden. Englands Ruf als perfides Albion ist das unvermeidliche Ergebnis seiner Lieblingsbeschäftigung, das Gleichgewicht der Mächte aufrecht zu erhalten."
Mit dem Zusammenbruch der Struktur dieses Gleichgewichtes ging die Schwächung der wirtschaftlichen Hebelwirkung einher, die die Geldmonopolisten auf eine Nation ausüben konnten, die aus der Reihe tanzte.

**V. Krieg der Welt**

Der Zusammenschluß der deutschen Staaten unter Bismarck störte das "Gleichgewicht der Mächte", das seit über zwei Jahrhunderten in Europa bestanden hatte. Bis 1871 hatte England - oder richtiger, die Krone - die Beherrschung des europäischen Kontinents genossen.
Jene Oberherrschaft war zwar wiederholt von Mächten wie Spanien und Frankreich angegriffen worden, aber England war immer wieder siegreich gewesen.
Das Erstarken der Deutschen stellte eine schwerwiegende Bedrohung für die Krone und ihre Beherrschung Europas dar, und zwar wirtschaftlich und militärisch. Sehr zu ihrem Verdruß "stellten die Engländer fest, daß die deutschen Lieferanten und ihre Vertreter bessere Dienstleistungen, bessere Bedingungen und niedrigere Preise für Güter von mindestens gleicher Qualität anboten".

**Die Krone fürchtete um ihre Interessen**

Nach 1884 erwarb Deutschland Kolonien in Afrika, die sich von Ost nach West quer über den Kontinent zu erstrecken und die Pläne der Krone zur weiteren Expansion auf dem schwarzen Erdteil schachmatt zu setzen drohten. Deutschland ermutigte ebenfalls die Buren im Transvaal und dem Freistaat Oranien, ehe es zum Krieg mit England 1889 bis 1902 kam. Im Pazifischen Ozean hatte Deutschland bis zum Jahre 1902 die Karolinischen-, Marschall- und die Marianen-Inseln erworben, Teile von Neu Guinea und Samoa sowie eine wichtige Marine- und Handelsbasis auf der Halbinsel Shantum in China.
Und weiter reckte sich der deutsche Löwe mit der Verabschiedung einer Reihe von Marinegesetzen in den Jahren 1898, 1900 und 1902, die für den Bau von vierzehn neuen Schlachtschiffen grünes Licht gaben. Diese Entwicklung stellte eindeutig eine ernsthafte Bedrohung für die Pläne der Krone dar.
Um der Gefahr entgegenzuwirken, suchten die internationalen Banker, die "weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ausgeschlossen waren", nach Mitteln und Wegen, um Deutschland einzudämmen und zu kontrollieren. Zwischen 1894 und 1907 wurden eine Reihe von Staatsverträgen und Abkommen geschlossen, die sicherstellten, daß Rußland, Frankreich, England und andere europäische Nationen sich im Falle eines Krieges gegen Deutschland vereinigen würden.

**Alle Nationen mußten auf die Knie gezwungen werden**

Zu denjenigen, die in diesem geheimen Abkommen schwerwiegende Folgen erkannten, gehörte W. Lyon Blease. In seinem bemerkenswerten tiefblickenden Buch "A Short History of Eng-

lish Liberalism", erschienen 1913, erklärte er, daß England "direkt auf einen Konflikt zusteuert, von dem nicht ein Engländer unter Zehntausend irgend etwas Bestimmtes und keiner unter Tausend überhaupt weiß".
Des weiteren warf er der englischen Regierung vor, "ihr eigenes Volk zu korrumpieren, indem sie sich letztendlich mit Regierungen einläßt, deren Methoden nicht nur verschieden, sondern absolut fremdartig von den eigenen sind. Eine Allianz mit Frankreich ist insofern schlecht, als sie in einen Zusammenschluß gegen Deutschland verwandelt wird. Eine Allianz mit Rußland ist an sich unnatürlich und erschreckend."
Äußerlich gesehen, befand sich die Welt zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Frieden. Allerdings wurden hinter den Kulissen fieberhafte Vorbereitungen getroffen, die Welt in ein internationales Blutbad zu tauchen, das die Zivilisation bis in ihr Mark erschüttern würde. Die Illuminaten hatten erkannt, daß sie, um ihren Plan zur Schaffung einer Eine-Welt-Regierung erfolgreich durchführen zu können, einen Zustand von solch niederträchtiger Verwüstung hervorrufen mußten, daß davon keine Nation unberührt bliebe. Alle Nationen dieser Welt mußten auf die Knie gezwungen werden, so daß sie nach Frieden um jeden Preis betteln würden.
Die meisten Historiker sind sich einig, daß der Funke, der den großen Krieg von 1914 bis 1918 entzündete, ein trivialer, lokal begrenzter Streitfall zwischen Österreich und Serbien war. Gewöhnlich hätte man diese Zänkereien in wenigen Tagen, wenn nicht Stunden beigelegt. Dieses Gezanke war anders.
Es wurde von den Mächten hinter den Kulissen benutzt, um den Weltkrieg zu bringen, den der Illuminat Albert Pike mehr als 40 Jahre zuvor geplant hatte.
Österreich und Serbien eröffneten feindliche Handlungen am 2. August. Bereits zum 3. August waren Frankreich, und Belgien am 4. August daran beteiligt. Am 4. August erklärte England Deutschland den Krieg, obwohl das englische Kabinett sich einig war, daß die Ereignisse auf dem Kontinent "England rechtlich nicht zum Kriegseintritt verpflichteten". Es ist klar, daß die internationalen Banker alle Großmächte beteiligt sehen wollten. Sie wußten, daß ohne Englands sofortige Teilnahme die deutschen Streitkräfte nicht aufzuhalten waren.
Das sich anschließende Blutbad kennzeichnete das Ende einer Kriegsführung, die Hunderte, vielleicht Tausende Jahre alt war. Es führte zum ersten Mal in der Geschichte der Kriegsführung zum Einsatz von Maschinengewehren, Panzern und U-Booten. Es stimmt zwar, daß viele der historischen Kriege zu großen Gemetzeln geführt haben, aber im Ersten Weltkrieg hat das Wort "Gemetzel" eine tiefere und ernüchternde Bedeutung erlangt.

**Ein sinnloses Blutbad**

Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Militärs auf beiden Seiten sich weigerten anzuerkennen, daß ihre konventionellen Kriegsmethoden nunmehr veraltet waren und aufgegeben werden mußten. Die Tatsache, daß Angriffe einer mit Bajonetten ausgerüsteten Kavallerie und Infanterie angesichts der neu entwickelten Techniken wie Stacheldrahtfallen, tiefen Schützengräben und MGs nutzlos war, schien einfach nicht eher in das Bewußtsein von "Militär-Experten" zu dringen, als bis die meisten ihrer Truppen vernichtet worden waren.
Die Militärs auf beiden Seiten waren überzeugt, daß der Krieg unmöglich länger als höchstens 6 bis 8 Wochen dauern könnte und daß der Sieg für die Seite gesichert wäre, die den massivsten Angriff mit einem Minimum an Mobilmachungsfrist vornehmen könnte. Ein Vorsprung am Anfang wurde als entscheidend angesehen, da dies den Truppen einen psychologischen Vorteil gegenüber dem Feind verschaffen würde.
Nach der Invasion in Frankreich am 3. August durch die Deutschen setzten die Franzosen ihren Plan in Kraft, die Invasion in Lothringen aufzuhalten und in Süddeutschland zum Gegenangriff überzugehen. In nur 16 Tagen wurden knapp vier Millionen Soldaten in 7.000 Zügen an ihre vordere Front transportiert.
Zwischen dem 6. und 12. August brachte das deutsche Oberkommando 1,5 Millionen Truppen

über den Rhein, den täglich 550 Züge passierten. Die Franzosen starteten am 14. August einen Massivangriff, aber mit katastrophalem Ergebnis. Innerhalb weniger Stunden hatte die französische Armee einen demoralisierenden Schlag von 300.000 Gefallenen erlitten (25 Prozent der gesamten Armee) und befand sich auf dem Rückzug. Das englische Expeditionskorps, das den Franzosen Beistand leisten sollte, trat den Rückzug noch schneller an als seine Verbündeten.
Der Rückzug wurde am 3. September zum Stillstand gebracht und am folgenden Tag eine allgemeine Gegenoffensive gestartet.
Die Deutschen wurden unter diesem Ansturm bis zur Aisne zurückgeworfen. Sie glaubten, sie würden ihren Vormarsch wiederaufnehmen können, sobald ihre Frontlinie verstärkt und ihre Nachschublinien besser funktionieren würden. Aber in den folgenden Monaten waren weder die Deutschen noch die "Verbündeten" in ihren Bemühungen erfolgreich, einen entscheidenden Vorteil zu erringen. Keiner der beiden Seiten gelang es, gegen die Feuerkraft der anderen anzukommen.
Eine Reihe von unnützen Anstrengungen beider Seiten, die Stellungen der anderen zu umgehen, führten dazu, daß sich die Gefechtslinie vom Ärmelkanal im Norden bis hin zur Schweizer Grenze im Süden zog. Heftige Kämpfe, mit Millionen Menschenopfern, tobten in den nächsten drei Jahren entlang der ganzen Front, ohne daß eine der beiden Seiten einen wirklichen Vorteil errungen hätte.

**Ein blindes Völkermorden**

Nach konventioneller Kriegsführung wird mit schwerem Artilleriefeuer die Verteidigungslinie des Gegners aufgeweicht, dann folgen massive Kavallerie- oder Infanterieausfälle, die durch die Linie brechen und die feindlichen Kommunikations- und Versorgungslinien unterbrechen.
Im Ersten. Weltkrieg wurden derartige Truppenausfälle auf die am stärksten verteidigten Abschnitte der gegnerischen Front geworfen.
Einige wenige Zahlenbeispiele sind ausreichend, um die katastrophalen Menschenverluste zu zeigen, die mit diesen Wahnsinnsaktionen erlitten wurden.
In der Schlacht von Verdun im Jahre 1916 verloren die Franzosen insgesamt 350.000 und die Deutschen 300.000 Soldaten. In der Schlacht an der Somme im selben Jahr verloren die Engländer 410.000 und ihre Verbündeten, die Franzosen, 190.000 Männer. In derselben Schlacht verloren die Deutschen 450.000 Soldaten und das für einen Gewinn von höchstens sieben Meilen auf einer Front von nur 20 Meilen.
Auch 1917 wurde das sinnlose Abschlachten fortgesetzt. Im April des Jahres ging die französische Armee unter Robert Nivelle zu einem erbitterten Angriff bei Chemin des Dames über. Bei einem Artilleriegefecht, dessen Stärke in der ganzen Geschichte beispiellos ist, wurden von den Franzosen 11 Millionen Geschosse auf die deutschen Stellungen über eine 30 Meilen lange Front in nur 10 Tagen abgefeuert. In der anschließenden Infanterieattacke wurde das französische Heer zerschmettert. Viele der übriggebliebenen Soldaten meuterten gegen ihre Offiziere und wurden erschossen, um die Disziplin aufrechtzuerhalten.
Damit er in diesem Wettrennen um den Titel des Militäridioten des Jahrzehnts nicht zurückbliebe, bemühte sich der englische Kommandant Douglas Haig verzweifelt, Nivelles Akt des Völkermordes zu übertrumpfen. Nur wenige Wochen später hat Frankreichs Nationaltragöde, Haig, in Mißachtung der tragischen Lektion, die mit französischem Blut so beredt geschrieben stand, und der höchst genauen Nachrichtenberichte über die relative Stärke der Deutschen an seinem Abschnitt der Front, ein Artilleriebombardement und Infanterieangriff ähnlicher Art unternommen.
An der Front bei Passchendaele ließ Haig seine Artillerie einen Feuerteppich von 4.250.000 Geschossen legen und zwar auf einer 11 Meilen langen Front (das sind fünf Tonnen hochbrisanter Sprengstoff und Schrapnell pro Meter und ein Kostenaufwand von rund 100 Millionen Dollar) und verlor 400.000 Mann in der anschließenden Infanterieattacke.

Das englische Volk war über dieses sinnlose Morden von Hunderttausenden seiner besten jungen Männer derart empört, daß General Haig in Form einer Puppe auf dem Trafalgar Square in London aufgehängt wurde.

**Rußland materiell unterlegen**

An der Ostfront war der Aderlaß noch schrecklicher. Nachdem Japan Rußland 1905 besiegt hatte, erkannte der Zar, daß sein Land nicht für einen modernen Krieg vorbereitet war. Während sich die Kriegswolken über dem europäischen Kontinent zusammenbrauten, wurde klar, daß, wenn Rußland in der Lage sein sollte, sich zu verteidigen und seine vertraglichen Verpflichtungen … einzuhalten, seine gesamte Armee neu organisiert, neu ausgerüstet und neu ausgebildet werden müßte.

Der Zar erklärte seinen Generälen, daß diese Mammutaufgabe, trotz eines sofortigen Bargeldprogrammes, nicht vor 1920 vollständig abgeschlossen werden könnte und daß es notwendig sei, den Frieden so lange zu erhalten, bis dieser Stand erreicht sei. Als der Krieg 1914 ausbrach, war Rußland, obwohl es die größte Armee der Welt besaß, für eine größere Auseinandersetzung erbarmungswürdig unvorbereitet.

Rußland sah sich vor eine schwere Entscheidung gestellt. Entweder mußte man zurückstekken, seine Vertragsverpflichtungen widerrufen, das Gesicht verlieren, zum Gespött der Welt und eine fünftklassige Macht werden - oder man mußte kämpfen. Rußland entschied sich zum letzteren, und zwar in dem Bewußtsein, daß der Sieg schnell erreicht werden müsse oder daß eine beispiellose nationale Katastrophe folgen werde.

Abgesehen von seiner Truppenstärke war Rußland materiell unterlegen. Das beste russische Geschütz konnte nur vier Meilen weit schießen, während die deutschen sieben Meilen erreichten: Artillerieduelle kamen einem Massenmord gleich. Rußlands elendes Los wurde noch durch die veralteten Kanonen verschlimmert, die nur einige Geschosse pro Tag abfeuern konnten. Das deutsche Heer verfügte über modernes Kriegsgerät, während viele russische Divisionen nur ein Gewehr je vier Mann hatten. Der Rest war mit Mistgabeln und Äxten bewaffnet.

Den Ruf, den die russischen Truppen weltweit besaßen, hat Professor Usher 1913 veranschaulicht, als er schrieb: "Die größten Schwierigkeiten für die russischen Generäle bestanden in der Qualität des Menschenmaterials, das ihnen zur Verfügung stand. Die Soldaten und selbst die Unteroffiziere waren häufig nicht intelligent genug, um eine Bewegung durchzuführen, die mehr verlangte als bloßen Gehorsam, einen Befehl buchstabengetreu auszuführen. Blinder Mut, die Fähigkeit, Hunger und Kälte zu erdulden, die die deutsche Armee zur Meuterei veranlaßt hätten, die Dumpfheit des wilden Tieres.

All dies besaßen die russischen Truppen. Intelligenz, Urteilsvermögen, Können und Initiative, all dies und vieles andere, für eine so komplexe Organisation wie eine moderne Armee lebenswichtigen Fähigkeiten fehlten der Masse der russischen Truppen ganz und gar."

**Die Krone verrät Rußland**

Vor Ausbruch der Feindhandlungen im Jahre 1914 hatte die Krone volle Hilfe und militärische Unterstützung an Rußland im Kriegsfall versprochen. Mit Kriegsbeginn verringerte England seine Hilfeleistungen an Rußland auf 10 Prozent der Vorkriegsleistung. Offensichtlich wollten die Geldmonopolisten - in perfekter Übereinstimmung mit dem von Albert Pike in seinem Brief vom 15. August 1871 aufgezeichneten Illuminatenplan - Rußland in eine möglichst gefahrvolle Situation bringen.

General Nicholas, der Onkel des Zaren, erkannte, daß Rußlands einzige Hoffnung in einem sofortigen, entscheidenden Sieg lag. Mit dieser Zielsetzung vor Augen begann er unmittelbar mit zwei russischen Heeren einen rasanten Angriff auf Ostpreußen. Er wollte eine Bresche nach Berlin schlagen und den Sieg durch die Einnahme der deutschen Hauptstadt erringen.

**In der Schlacht bei Tannenberg**
(23. August bis 31. August 1914) brachte die russische Nordarmee Hindenburg zum Stillstand, während die Südarmee sich durch den Wald in Hindenburgs Rücken schlich. Als es sicher schien, daß Hindenburg zermalmt und Berlin eingenommen werden würde, kamen Befehle aus London, den Vormarsch zu stoppen und die Stellungen auf beiden Seiten zu halten. Klar, ein derartig verblüffender Sieg hätte für die Geldgeier sich als höchst unglücklich erwiesen, die eine unschätzbare Ernte aus dem Blutbad einzubringen gedachten, welches sie erst vor einigen Wochen in Europa angeheizt hatten.
Was dann an der Ostfront geschah, ist von allergrößter Bedeutung und beweist die Macht der "verborgenen Hand" im internationalen Ränkespiel um die Macht. Während die russische Armee unter dem Stillhaltebefehl stand, gab von Hindenburg, der später als ein "brillanter Militärstratege" hochgejubelt wurde, die Front im Norden praktisch auf, indem er seine Truppen an den Südabschnitt verlegte - so daß seine Nordfront offen und ungedeckt vor der russischen Armee lag - und griff an. Von Hindenburgs vereinte Streitkräfte vernichteten die russische Südarmee in einem Kampf, dessen Todesopfer zahlenmäßig alles bisher an der Westfront Erlebte bei weitem übertraf.
Da die Hälfte ihrer regulären Streitmacht andernorts aufmarschiert war, warfen die Russen alles, was sie nur auftreiben konnten, zur Verstärkung an die Südfront, um in einem Verzweiflungskampf die anstürmenden Heere von Hindenburgs aufzuhalten. Ihr Kampf war vergebens.
Die internationalen Banker bewerkstelligten die Niederlage bei Tannenberg und den Masurischen Seen und vernichteten die zweite russische Armee und gaben den Deutschen einen klaren Vorsprung für die folgenden Monate. Die Russen wurden von vielen Slawen unterstützt, die von der deutschen Seite abfielen.
Daher konnte Rußland eine "Tschechische Legion" von mehr als 100.000 Mann aufstellen.
Rußland setzte seinen Kampf des Verlierers noch weitere zweieinhalb Jahre fort. …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**
Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.
Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.
Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Elysees entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"
Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Frei-

tag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.
Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging.
Dabei war der Schottenabkömmling, der Mann mit dem grobknochigen Kleppergesicht, dem angriffigen Kinn, der Mensch, von dem ein Freund meinte, Gott habe ihn häßlich geschaffen, aber er selbst sich ein gutes Aussehen gegeben, dabei war dieser Präsident doch sonst so selbstsicher, so von sich eingenommen, daß er in seinem intellektuellen Hochmut kaum zugänglich für andere Ansichten war, daß er keinen Widerspruch duldete und gern bemerkte: "Ein Yankee glaubt immer, daß er Recht hat, ein Schotte weiß, daß er Recht hat".
Ja, dieser Präsident hielt sich für so messiasgleich, daß Journalisten höhnten, er sei inmitten des Atlantiks vom Schiff in die Tiefe gesprungen, Begleitern, die ihn hindern wollten, zurufend: "Er ist doch auch auf dem Meere gewandelt!" (Indes war Wilson nicht verrückt, wie ... Pius XL, der Verkünder der Päpstlichen Unfehlbarkeit, der nicht nur das Christuswort "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" auf sich angewandt, sondern 1870 durch den Zuruf an einen Krüppel "Stehe auf und gehe!", auch eine mißglückte Wunderheilung zu verzeichnen hatte). ...<<
Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/40-44): >>**Falsche Versprechungen**
Deutschland willigte nur in den Waffenstillstand ein, weil es sich auf die Zusagen des amerikanischen Präsidenten verließ, die in einem diplomatischen Notenwechsel gegeben worden waren.
… Zwei Pläne für die zukünftige Gestaltung der Welt machten sich den Platz streitig: die 14 Punkte des Präsidenten und der Karthago-Friede* Clemenceaus. …
* Anspielung auf die totale Zerstörung Karthagos durch das Römische Reich. …
Wilsons Erklärung
Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch* bevollmächtigt worden sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.
In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit den folgenden Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". …
Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern". Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen solle, die es wehrlos machen würden. Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der

Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.
* Ferdinand Jean Marie Foch (1851-1929), Marschall von Frankreich im Ersten Weltkrieg. …
Die deutsche Antwort
Die deutschen Bemerkungen über den Friedensvertragsentwurf bestanden großenteils in einem Vergleich zwischen den Bedingungen des Abkommens, aufgrund dessen das deutsche Volk eingewilligt hatte, die Waffen niederzulegen, und den wirklichen Bestimmungen der Urkunde, die ihm dann zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Den deutschen Auslegern fiel es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertragsentwurf einen Bruch von Verpflichtungen und internationaler Sittlichkeit bedeute, der mit ihrer eigenen Schuld am Einfall in Belgien zu vergleichen sei. …
Der Vertrag bezweckte die systematische Vernichtung der deutschen Wirtschaft.
… Das Wirtschaftssystem Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf drei Hauptfaktoren: I. seinem Überseehandel, verkörpert in seiner Handelsflotte, seinen Kolonien, seinen Auslandsanlagen, seiner Ausfuhr und den Überseeverbindungen seiner Kaufleute; II. der Ausbeutung seiner Kohle und seines Eisens und der darauf gegründeten Industrien; III. seinem Verkehrs- und Zollsystem. Von diesen Faktoren war der erste zwar nicht der wenigst wichtige, aber sicher der verwundbarste. Der Friedensvertrag bezweckt die systematische Vernichtung aller drei, vornehmlich jedoch der ersten beiden.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen: "Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."
Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. …<<
Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtet später über Abschluß des Waffenstillstands vom 11. November 1918 (x1.035/…): >>**Der Beginn unserer Katastrophe**
**Das deutsche Unglück begann mit dem Jahr 1918**
Wenn die ehemaligen Siegermächte des Ersten Weltkriegs den 11. November feierlich begehen, so hat das seinen Grund nicht nur darin, daß man am "Waffenstillstandstag" oder "Tag des Sieges und des Friedens" der Gefallenen gedenken will, sondern auch darin, daß das Erinnerungsbild von Briten und Franzosen ein anderes ist als das der Deutschen.
Um genau zu sein: ein anderes war als das der Deutschen. Denn hierzulande verliert sich im Zeichen gelungener Verwestlichung allmählich das Bewußtsein, daß die Deutschen nichts zu feiern haben, wenn es um das Datum 1918 geht, noch weniger, als im Hinblick auf das Datum 1945.
Das deutsche Unglück begann mit dem Jahr 1918,
weil die Politik der Sieger von Anfang an auf Irreführung beruhte und die deutsche auf Illusi-

on, weil die Verhetzung der Briten, Franzosen, Italiener und Belgier, denen man die Deutschen als "Menschheitsfeinde", "Hunnen" und "Schweine" präsentiert hatte, nicht rückgängig zu machen war,
weil der Krieg gegen Deutschland nach dem Abschluß des Waffenstillstands fortgesetzt wurde, "alle gegen einen, wenn auch ohne Sprengstoffe" (Walther Rathenau),
weil man die Entwaffnung der Deutschen betrieb, um sie jeder Forderung unterwerfen zu können,
weil die von Großbritannien gegen Deutschland bis zum Juni 1919 aufrechterhaltene Hungerblockade 1 Million Ziviltote forderte - vor allem Kinder, Frauen, Alte und Kranke,
weil die Alliierten die ersten großen Vertreibungen in Mitteleuropa ins Werk setzten oder duldeten,
weil man unsere Nation demütigte und ihr alle Rechte vorenthielt, die großartig als "universal" und "ewig" deklariert worden waren,
weil man Deutschland den Versailler Vertrag - diese "Friedensvertrag genannte Kriegserklärung" (Gustav Bauer) - aufzwang,
weil man damit ein tiefes Mißtrauen gegen die westliche Demokratie einpflanzte, die offenbar nur ein Herrschaftsmittel wie alle anderen war.
Der 11. November 1918 beendete das Sterben an den Fronten im Westen, der Kampf im Osten dauerte an und wurde von deutschen Soldaten getragen, die unter Befehl der Entente gegen bolschewistische Truppen zu fechten hatten, er begann neu in den Gebieten, die fremden Herren ausgeliefert wurden, und an den inneren Fronten eines Bürgerkrieges, den die Sieger wesentlich mitverursacht hatten.
Zwischen dem Waffenstillstand und dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags stand Deutschland unter der dauernden Drohung eines alliierten Einmarschs, mußte mit schwächer werdenden Kräften Aufstands- und Separationsversuche abwehren, die mit fremdem Geld finanziert wurden, und einen vollständigen Kollaps der inneren Ordnung verhindern. Das alles in dem Bewußtsein, daß die Sieger - so oder so - den Vorwand deutscher Alleinkriegsschuld nutzen würden, um das Land wirtschaftlich auszubluten.
Ein Amerikaner, der Ölmagnat Paul Getty, hat geurteilt: Der Vertrag von Versailles "war rachsüchtig, er legte Deutschland unbezahlbare Reparationen auf, der dümmste Student der Wirtschaftswissenschaften sah sogleich, daß eine nur notdürftig funktionierende deutsche Wirtschaft auf diese Weise total zerrüttet werden mußte. Die als Strafe gedachten Artikel dieses Vertrags mußten in Deutschland eine heftige nationalistische Reaktion in Gang setzen. Ein vernünftigerer und gerechterer Friede an Stelle des Vertrages von Versailles hätte zwischen 1919 und 1932 in Deutschland ein demokratisches System befestigt."

**Fazit**

Der 11. November mag Deutsche an eine nationale Katastrophe erinnern, auch an die erste Phase des "Dreißigjährigen Krieges" zwischen 1914-1945. Zu feiern gibt es nichts. Wer das verkennt, hat - gegen jede Beteuerung - nichts verstanden vom Besonderen unserer Geschichte im 20. Jahrhundert. …<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schreiben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber bleibt (x340/216-217): >>… Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgroßkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital.
Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich

wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.
Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. …
Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.
Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.
Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

**Die Verluste des Ersten Weltkrieges**

Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet (davon waren 4.247.000 Deutsche) - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen (Kampfhandlungen, Luftangriffe etc.) verschont (Ausnahme: Ostpreußen), aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursachte unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien (obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug). Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und Holzmehl vermischte.

Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstieß, verhungerten nochmals etwa 300.000 deutsche Zivilisten, bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten (x063/521). In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 10. November 2018): >>**Die Urkatastrophe**

*von Thorsten Hinz*

Der November 1918 bescherte den Deutschen die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die Revolution. Er markierte ein Ende und zugleich den Übergang in einen Latenzzustand, der noch hundert Jahre danach sein beunruhigendes Potential freisetzt. Um die Bedeutung und Dimension des Endes zu erschließen, muß man über den Kriegsausbruch 1914 hinaus wenigstens bis zur Reichsgründung 1871 zurückgehen.

Bis zu dem Zeitpunkt waren die deutschen Kleinstaaten und selbst Preußen als die kleinste unter den europäischen Großmächten vor allem Durchmarschgebiet, Manövriermasse, jedenfalls Objekte im europäischen Mächtespiel gewesen. Nun lebten die Deutschen im mächtigsten Land Europas, das allerdings aus geographischen, geschichtlichen und politischen Gründen permanent gefährdet war. Dieser Konflikt bildete den Ausgangspunkt für Bismarcks ausgleichende Politik, während die meisten Deutschen den rasanten Aufstieg, den das Deutsche Reich in der Wirtschaft, der Wissenschaft und dem Geistesleben nahm, für selbstverständlich und den Garanten seiner selbst hielten.

Das illusorische Gefühl der Unangreifbarkeit zeigte sich in der Erwartung eines heute vergessenen Historikers, der nächste Krieg würde "das rechte Exempel werden auf die Echtheit unserer Macht, auf die Zukunft unserer Kultur". Dieses Exempel war im November 1918 mit Aplomb gescheitert. Die deutsche Staatskunst in Berlin hatte nicht verhindern können, daß Deutschland von der halben Welt als Feind bekämpft wurde. Die Nation wurde brutal auf die Einsicht gestoßen, wie fragil der Erfolg und der Bestand ihres Nationalstaates waren.

**Max Weber tobte vor Zorn**

Die Reaktionen waren gespalten. Max Weber geriet außer sich vor Zorn über ein "Literatenvolk", das sich in Bezichtigungen einer deutschen "Kriegsschuld" erging und den unversöhnlichen Kriegsgegnern als Kronzeuge anbot. Die Niederlage, schrieb er im Januar 1919, mußte

für diese Leute unbedingt die Folge einer Schuld sein, "dann nur entsprach sie jener 'Weltordnung', welche alle solche schwachen, dem Antlitz der Wirklichkeit nicht gewachsenen Naturen allein ertragen".
Weber skizzierte hier den Typus des Unpolitischen, der die Politik aus einer rein idealistischen Perspektive betrachtet und damit verkennt. Die Neigung, politischen Herausforderungen durch moralische Selbstanklagen, den Nachweis eigener Harmlosigkeit und durch exzessive Nachgiebigkeit zu begegnen, ist bis heute eine verbreitete deutsche Eigenschaft.
Ergänzend wies der Sozialpsychologe Kurt Baschwitz auf die Wirksamkeit des "Spiegelgedankens" hin. Als die alliierte Kriegspropaganda von abgehackten belgischen Kinderhänden berichtete, projizierte sie die Praxis der belgischen Kolonialtruppen im Kongo auf Deutschland. Gleichzeitig dienten solche Greuelberichte der moralischen Selbstentlastung angesichts der über Deutschland verhängten Hungerblockade, die tatsächlich Hunderttausende deutsche Kinder Leben und Gesundheit kostete. Trotzdem waren solche Spiegelprojektionen so übermächtig - und war die deutsche Gegenpropaganda derart hilflos -, daß sie sogar bei vielen Deutschen auf Resonanz stießen.
Die Folge in der Weimarer Republik war die unversöhnliche Konfrontation zwischen Linken und Rechten, zwischen "Novemberverbrechern" und "Kriegsverbrechern", zwischen erbitterten Stahlhelmern und "Soldaten sind Mörder-Skandierern", zwischen kosmopolitischen Überzeugungstätern, die sich lieber mit dem revolutionären Rußland oder den idealisierten westlichen Demokratien identifizierten, und den zunehmend aggressiven Nationalisten. Einen nationalen Konsens für ein Gefallenen-Gedenken gab es nicht.

**Es war eine europäisch-abendländische Niederlage**

Diesen nach innen und außen unerträglichen Zustand hätte man nur durch eine länderübergreifende "Staatsklugheit" (Baschwitz) überwinden können. Der braune Zampano aber, der 1933 die Macht ergriff, führte die innere Befriedung dadurch herbei, daß er das Pazifisten-Lager kurzerhand mit Gewalt zum Schweigen brachte. Um die Position Deutschlands im internationalen Gefüge wirklich unangreifbar zu machen, ging er mit Kontrahenten und Kriegsgegnern in einer Weise um, die jenem Horrorbild entsprach, das die Alliierten im Ersten Weltkrieg fälschlich von den Deutschen gezeichnet hatten. 1945 erschien die Propaganda von damals als eine hellsichtige Prophezeiung und damit gerechtfertigt.
Entsprechend frißt die manische Vergangenheitsbewältigung, die zunächst dem NS-Jahrzwölft galt, sich immer tiefer in die deutsche Geschichte ein. Der Erste Weltkrieg ist heute in der kollektiven Erinnerung weitgehend in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs eingeschmolzen und gilt als zu Recht verloren. Bei den französischen Gedenkfeiern am 11. November 2009 übertrug Kanzlerin Merkel die deutschen Bußformeln, die dem Gedenken an die NS-Zeit vorbehalten sind, unbekümmert auf das Jahr 1918.
Aufmerksame Zeitgenossen bemerkten damals schon, daß die europäischen Gewinner des Krieges genauso in den Abgrund gezogen wurden wie die unterlegenen Mittelmächte. Besonders eindrücklich hat Oswald Spengler formuliert, daß die deutsche in Wahrheit eine europäisch-abendländische Niederlage war.
Indem die Nachbarländer Deutschlands sogar Hilfstruppen aus Afrika und Asien mobilisierten, um das Herzland des eigenen Kontinents zu erstürmen, hätten die europäischen Völker die Achtung der anderen verspielt und seien "von ihrem einstigen Rang herabgestiegen. Sie verhandeln heute, wo sie gestern befahlen, und werden morgen schmeicheln müssen, um verhandeln zu dürfen. Sie haben das Bewußtsein der Selbstverständlichkeit ihrer Macht verloren und merken es nicht einmal." Heute wird Wirklichkeit, was vor hundert Jahren als Flammenschrift an der Wand erschien.<<

**Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges (vom 28.07.1914 bis zum 11.11.1918)**

Kriegsparteien, Truppenstärke, Gefallene, Verwundete und Gefangene des Ersten Weltkrieges (x041/60,77, x056/319, x061/404):

| **Kriegsparteien** | **Truppen-stärke 1914** | **Truppen-stärke 1918** | **Gefallene** | **Verwun-dete** | **Kriegsge-fangene** |
|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | |
| Deutsches Reich | 4.500.000 | 11.000.000 | 1.809.000 | 4.247.000 | 618.000 |
| Österreich-Ungarn | 3.000.000 | 7.800.000 | 1.200.000 | 3.620.000 | 2.200.000 |
| Osmanisches Reich | - | 2.800.000 | 325.000 | 400.000 | . |
| Bulgarien | - | 1.200.000 | . | . | . |
| **Mittelmächte** | **7.500.000** | **22.800.000** | **3.334.000** | **8.267.000** | **2.818.000** |
| | | | | | |
| Rußland | 5.970.000 | 12.000.000 | 1.700.000 | 4.950.000 | 2.500.000 |
| Frankreich | 4.020.000 | 7.900.000 | 1.280.000 | 2.813.000 | 446.000 |
| Französische Kolonien | - | 600.000 | 105.000 | 231.000 | . |
| Großbritannien | 980.000 | 6.704.000 | 705.000 | 1.395.000 | 192.000 |
| Britisches Weltreich | - | 2.296.000 | 242.000 | 727.000 | . |
| Serbien | 200.000 | 700.000 | 360.000 | . | . |
| Italien | - | 5.500.000 | 460.000 | 947.000 | 530.000 |
| Rumänien | - | 750.000 | 250.000 | . | . |
| USA | - | 1.400.000 | 115.000 | 206.000 | 5.000 |
| **Ententemächte** | **11.170.000** | **37.850.000** | **5.217.000** | **11.269.000** | **3.673.000** |
| | | | | | |
| **Gesamt** | **18.670.000** | **60.650.000** | **8.551.000** | **19.536.000** | **6.491.000** |

**Deutsches Reich:** Die provisorische Reichsregierung veröffentlicht am 11. November 1918 folgenden Erlaß (x243/20): >>Die Staatsbehörden und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden.
Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet. ...<<

**Österreich:** Kaiser Karl I. geht am 11. November 1918 in die Schweiz ins Exil.
Der provisorische österreichische Staatsrat erklärt die Republik Österreich am 11. November 1918 zum Bestandteil der Deutschen Republik (x034/10).

**Polen:** Nach den "polnischen Teilungen" von 1772, 1793 und 1795 erfolgt am 11. November 1918 die Neugründung des polnischen Staates bzw. der Republik Polen (x051/447).

**Die Republik Polen**

Der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 brachte für Polen große Gewinne an Land, Menschen und Wirtschaftskraft. Polen erhielt z.B. vom Deutschen Reich ca. 90 % der Provinz Posen und rd. 66 % der Provinz Westpreußen (x020/15). Polen bekam ferner Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen besaß große Kohlevorkommen), mußte der Tschechoslowakei aber einige Gebiete überlassen.
Im Oktober 1921 mußte die deutsche Reichsregierung, trotz der eindeutigen Volksabstimmung für das Deutsche Reich (59,6 %), den Verlust der wertvollsten oberschlesischen Industriegebiete hinnehmen (der Schiedsspruch des Völkerbundes vom 20.10.1921 stellte zweifelsfrei einen Bruch des Versailler Friedensvertrages dar).
Der östlich Teil Westpreußens (Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen, mit dem

Regierungssitz Schneidemühl, und Teile der Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder) blieb nach Volksabstimmung (Wahlergebnis von 1920 = 92,3 % bzw. 97,9 %) beim Deutschen Reich und wurde den preußischen Provinzen Pommern und Ostpreußen zugeordnet. Die preußische Provinz Ostpreußen wurde danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, durch den "Polnischen Korridor" (Küstenlänge = 137 km) vom Deutschen Reich abgeschnitten. Die bisherige westpreußische Hauptstadt Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil rd. 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.
Aufgrund der langen russisch-preußisch-österreichischen Besatzung (123-146 Jahre) herrschten in den polnischen Regionen sehr unterschiedliche wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensverhältnisse:
Ehemalige preußische Provinzen Westpreußen und Posen: Vorbildlich organisierte Landwirtschaft, dichtes Verkehrsnetz, zahlreiche kleine Industriebetriebe. Zentraler Mittelpunkt war Posen.
Ehemalige preußische Provinz Oberschlesien (der östlich Teil Oberschlesiens gehörte seit 1335 zum Deutschen Reich und zählte zu den ältesten Grenzlinien Europas): Zentraler Mittelpunkt war Kattowitz.
Ehemalige österreichische Provinz Galizien: Teilweise gut entwickelte Land- und Forstwirtschaft. Zentrale Mittelpunkte waren Krakau und Lemberg.
Ehemalige russische Provinz ("Kongreßpolen"): Rückständige Landwirtschaft, z.T. mangelhafte Verkehrswege. Zentrale Mittelpunkte waren Warschau und Lodz.

**Minderheitenprobleme in Polen**

In Polen mußten sich die Deutschen und andere nationale Minderheiten in den ehemaligen preußischen Provinzen spätestens ab 1923 entweder völlig unterordnen oder sie wurden vielfach gewaltsam gezwungen, ihre nicht selten uralten Heimatorte kurzfristig zu verlassen.
In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den Städten gelang es den Polen verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, der Angestellten und der Beamten zu brechen. Die meisten Deutschen konnten die systematischen Diskriminierungen nicht ertragen und wollten die unwürdigen Lebensumstände nicht hinnehmen.
Von 1919-1925 kehrten etwa 638.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück (x035/327). Die volksdeutschen Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen (465.500), Ostoberschlesien (90.000) und aus Kongreßpolen (82.500).
Werner Hilgemann (1921-2004) berichtet später im "Atlas zur deutschen Zeitgeschichte 1918-68" über die Minderheitenprobleme in Polen (x024/38): >>Obwohl die polnische "Märzverfassung" von 1921 im Kapitel V den nationalen Minderheiten volle Gleichberechtigung und das Recht zur Pflege ihrer Nationalität, ihrer Sprache und Kultur zugestand, der Minderheitenschutzvertrag vom 28.6.1919 die deutsche und jüdische Bevölkerung schützen sollte und eine galizisch-ukrainische Autonomie am 26.9.1922 anerkannt worden war, kam es in Polen nicht zu einem Zusammenleben der Völker.
Ein unduldsamer polnischer Nationalismus verkannte ethnische und geographische Bedingungen und war bestrebt, Bedeutung und Einfluß der Minderheiten einzuschränken, indem er sie zu assimilieren bzw. polonisieren (Weißrussen, Ukrainer) oder zu verdrängen versuchte (Deutsche).<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Wiedererrichtung Polens (x051/447-448): >>Polen, östlicher Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit 388.390 km² und rund 32 Millionen Einwohnern (1930).
Das seit dem 18. Jahrhundert zwischen Preußen, Rußland und Österreich geteilte Polen erstand am 11.11.18 neu als Republik. Nach einer Phase der innen- ("Märzverfassung" vom 17.3.21) und außenpolitischen Konsolidierung führten wirtschaftliche Probleme nach politischer Destabilisierung schließlich zum Staatsstreich durch Pilsudski (12.5.26).

Eingeschlossen zwischen revisionistischen Mächten, blieb Polens Schicksal eng mit dem Deutschlands und der Sowjetunion und der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen verflochten. In enger Wechselbeziehung zu dieser Lage stand die Lösung politisch-ökonomischer Schwierigkeiten in dem durch den Krieg stark zerstörten und wirtschaftlich rückständigen Land:
1. Agrarreform u.a. als Waffe gegen den deutschen Großgrundbesitz in Westpolen;
2. Industrialisierung und Modernisierung im Schatten eines deutsch-polnischen Zollkrieges 1925-34;
3. Ausbau Gdingens als Konkurrenzhafen zum deutschen Freistaat Danzig;
4. restriktive Minderheiten- und Verdrängungspolitik besonders gegen die Deutschen (1921 rund 2,3 % der Bevölkerung).
Außenpolitisch erhob Polen Anspruch auf die Führungsrolle im "Dritten Europa" zwischen Ostsee und Adria (3.3.21 polnisch-rumänisches Bündnis), einem 1919 als Sperriegel gegen die Sowjetunion und Deutschland von Frankreich (19.2.21 polnisch-französisches Bündnis) aufgebauten "cordon sanitaire".
Die nach anfänglichen Präventivkriegsplänen Pilsudskis unerwartete Annäherung an Berlin (26.1.34 Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt), der Polnisch-Sowjetische Nichtangriffsvertrag (25.7.32), das Vertrauen auf unüberbrückbare Differenzen zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus und auf eine zwar zahlenmäßig überlegene, aber militärisch-technisch und taktisch-strategisch unterlegene Armee verleiteten den polnischen Außenminister J. Beck (ab 1932 als "junger Mann" Pilsudskis) zu einer selbständigen Politik der Balance zwischen Ost und West. ...<<
Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtet später (im Oktober 1989) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>**Die Wunde gegenüber Polen**
(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:
Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. …
**I.**
**Der neue polnische Staat**
*1. Abgetrennte deutsche Gebiete*
Polen war aus dem Ersten Weltkrieg als eigener Staat hervorgegangen. Seine Grenzen waren überall auf Kosten der Anrainer gezogen worden. Besonders schwer betroffen war das Deutsche Reich. Der Vertrag von Versailles gab Polen fast die gesamte Provinz Posen, ausgenommen einen schmalen Streifen im Westen, die Provinz Westpreußen, abgesehen von den rechts der Weichsel liegenden Kreisen, die Weichselniederung, die Kreise Flatow und Schlochau und Teile einiger Kreise in Ostpreußen und Niederschlesien. In einem Gebiet von ca. 43.000 km kamen beinahe drei Millionen Menschen an Polen, von denen etwa 1,1 Millionen Deutsche waren.
Danzig und ein kleines Territorium wurden zur Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes erhoben, gleichzeitig aber Polen eine bevorzugte Stellung eingeräumt. In Südostpreußen, den vier westpreußischen Kreisen, die östlich der Weichsel lagen, und in Oberschlesien wurden Volksabstimmungen angesetzt. Polen hatte mithin in Versailles eine gewaltige Beute auf Kosten Deutschlands erhalten. Das Land war daher einer der heftigsten Verfechter des Versailler Vertrages und ein zuverlässiger Verbündeter der französischen Deutschlandpolitik.
*2. Polnische Gewaltakte*
Gegenüber Deutschland hatten die Polen mehrfach vollendete Tatsachen zu schaffen versucht und waren zu Gewaltunternehmen übergegangen. In Posen brach Ende Dezember 1918 ein

Aufstand aus, der die Polen an die Macht brachte. Im August 1919, im August 1920 und im Mai 1921 suchten polnische Aufständische Oberschlesien gewaltsam an Polen zu binden. In erbitterten Kämpfen wehrten deutsche Selbstschutzkräfte die Angriffe ab. Deutschland suchte die Weltöffentlichkeit über die brutale Haltung Polens zu unterrichten.
Vor allem trachtete die deutsche Regierung danach, den Heiligen Stuhl über die polnischen Gewalttaten in Oberschlesien aufzuklären und seine moralische Unterstützung bei der Abwehr der polnischen Übergriffe zu gewinnen. In diese Bemühungen war auch Kaas eingeschaltet. Im Jahre 1921 reiste er im Auftrag des deutschen Reichsaußenministers Friedrich Rosen (1856-1935) nach Rom, um Papst Benedikt XV. (1914-1922) über den deutschen Standpunkt bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien zu unterrichten. Spätestens seit dieser Zeit wandte Kaas dem deutschen Osten, vor allem Schlesien und den Deutschen in Polen, seine besondere Aufmerksamkeit zu.

*3. Die Abstimmungen*

Die Vorbereitungen zu den Volksabstimmungen arteten in regelrechte Kämpfe aus, bei denen begreiflicherweise der Klerus eine gewichtige Rolle spielte. Der Heilige Stuhl beobachtete das Geschehen durch den zunächst als Visitator, dann als Nuntius in Polen fungierenden Achille Rattill. Der Bischof von Breslau verbot am 21. November 1920 allen Geistlichen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet, sich politisch zu betätigen ohne Erlaubnis des Ortspfarrers. Den nicht in der Diözese Breslau inkardinierten Priestern untersagte er überhaupt jede politische Aktivität im Abstimmungsgebiet.
Er bewehrte seine Verbote mit der ipso facto eintretenden, dem Bischof zur Lossprechung vorbehaltenen Suspension. Der polnische Episkopat wandte sich gegen diesen Erlaß an den Papst, weil er angeblich die deutsche Seite begünstige. Der päpstliche Abstimmungskommissar Ogno Serra schwächte daraufhin in seinen Richtlinien vom 21. Dezember 1920 die Verordnung des Breslauer Bischofs dahin ab, daß er dem Klerus allgemein die politische Propaganda untersagte.
Die vom Versailler Frieden vorgesehenen Befragungen der Bevölkerung von Gebieten, die Polen für sich beanspruchte, fielen für Deutschland günstig aus. Die Abstimmung vom 11. Juli 1920 in Südostpreußen und Westpreußen erbrachte eine erdrückende Mehrheit für Deutschland. Die Abstimmung vom 20. März 1921 in Oberschlesien ergab knapp 60 % der Stimmen für Deutschland. In 664 Gemeinden gab es eine deutsche, in 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit.
Unzufrieden über dieses Ergebnis, entfachte Wojciech Korfanty (1873-1939) im Mai 1921 den dritten polnischen Aufstand. Freiwilligentruppen stellten in verlustreichen Kämpfen die Ordnung wieder her. Nach dem Ergebnis der Abstimmung hätte Oberschlesien zur Gänze beim Deutschen Reich verbleiben müssen. Der Völkerbundsrat erstattete indes am 20. Oktober 1921 sein Gutachten über die oberschlesische Frage, das auf die Teilung des Landes hinauslief.
Der Botschafterrat wies dementsprechend in seiner Entscheidung vom 20. Oktober 1921 ein Viertel des Abstimmungsgebietes mit einer knappen Hälfte der Einwohner Polen zu. Dieser Beschluß war offenkundig ungerecht und parteiisch. Er beraubte Deutschland des wirtschaftlich wertvollsten Teils von Oberschlesien. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien verlief zickzackförmig und sprach jeder Vernunft hohn.

**Die Animosität in Deutschland gegen Polen**

*1. Die Bestreitung des Existenzrechtes*

Die unangemessene Aufblähung des neuen polnischen Staates auf Kosten des Deutschen Reiches und seine deutschfeindliche Politik riefen in Deutschland starke Erbitterung hervor. Rechtsstehende Kreise wollten sich mit der Existenz des polnischen Staates nicht abfinden. Als ihr Sprecher kann der General Hans von Seeckt gelten. Er bezeichnete am 20. Februar

1920 Polen als den "Todfeind Deutschlands, Geschöpf und Bundesgenosse Frankreichs, Räuber deutschen Bodens, Vernichter deutscher Kultur". Um dieses Land vor dem Bolschewismus zu retten, "darf sich keine deutsche Hand rühren, und will der Teufel Polen holen, wir sollten ihm helfen".
Mit der letzten Bemerkung spielte Seeckt auf die damals siegreich in Polen vordringende Rote Armee an. Sie wurde später mit französischer Hilfe zurückgeworfen. Seeckt aber blieb seiner Haltung treu. Er schrieb am 11. September 1922: "Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und es wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland - mit unserer Hilfe."
Seeckt glaubte nicht an eine lange Dauer des polnischen Staates. Er hielt ihn innerlich für wenig lebenskräftig, und er dachte daran, ihn durch deutsch-sowjetisches Zusammengehen zu beseitigen. Seeckts Auffassung war in Rechtskreisen weit verbreitet. Auch konfessionelle Motive wirkten bei dem Affront gegen Polen mit.
Für manche protestantische Kreise war Polen "ein konfessioneller Keil zwischen den beiden romfreien Ländern Rußland und Deutschland". Aber auch in der Zentrumspartei gab es entschiedene Gegner Polens. Angeblich erklärte Josef Wirth am 24. Juli 1922: "Polen muß erledigt werden. Auf dieses Ziel ist meine Politik eingestellt."
*2. Die Bejahung des Rechtes auf einen eigenen Staat*
Kaas teilte diese Ansicht nicht. An dem Recht Polens, einen eigenen Staat zu bilden, hat er nie gerüttelt". Gewiß wollte er die Rechte der deutschen Minderheit in Polen gewahrt wissen. Aber "eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den polnischen Staat" lehnte er aus ethischen und praktischen Erwägungen ab. "Niemals haben wir daran gedacht, das Recht des polnischen Volkes auf eine eigene Staatlichkeit anzuzweifeln." Deutschland habe ja selbst an der Wiege des polnischen Staates gestanden".
Mit der letzteren Bemerkung spielte er auf die Vorgänge zur Gründung eines selbständigen Polens an, die ihm aus den Verhandlungen des zweiten Untersuchungsausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vertraut waren. Die Mittelmächte hatten am 5. November 1916 das Königreich Polen ausgerufen und am 14. Januar 1917 in Warschau einen vorläufigen Staatsrat errichtet, der später durch einen Regentschaftsrat ersetzt worden war. Höchstwahrscheinlich kannte Kaas auch die harte Behandlung, die Preußen und Rußland ihren Untertanen polnischer Sprache jahrzehntelang hatten angedeihen lassen, und war der Ansicht, daß die Wiederherstellung Polens die verdiente Rehabilitation des geschundenen Volkes sei.
**Die polnische Minderheitenpolitik**
*1. Der Versuch des Minderheitenschutzes*
Polen war ein Nationalitätenstaat, der litauische, weißruthenische, ukrainische, tschechische, jüdische und deutsche Bevölkerungsanteile umfaßte. Eine im Jahre 1926 angestellte geheime Berechnung ergab, daß mehr als 35 % der Bevölkerung des Landes keine Polen waren". Um so dringender war der Schutz der kulturellen Eigenart, der wirtschaftlichen Existenz und der politischen Gleichberechtigung der Minderheiten.
Er sollte durch völkerrechtliche Vereinbarungen gewährleistet werden. Der Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen sicherte den völkischen Minderheiten in Polen unter der Garantie des Völkerbundes freie Ausübung ihres kulturellen Erbes und Chancengleichheit in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht zu.
Die Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 gewährleistete den Deutschen in Oberschlesien die Errichtung von Minderheitsschulen und -klassen und regelte wirtschaftliche und Verkehrsfragen, die sich aus der willkürlichen Abtrennung Ostoberschlesiens an Polen ergaben. Zwei internationale Gremien, das "Schiedsgericht für Oberschlesien" und die "Gemischte Kommissi-

on", sollten über die Einhaltung der Bestimmungen wachen.

*2. Polnische Übergriffe*

Die beiden Abkommen wurden jedoch von den Polen in der Praxis fast überhaupt nicht beachtet. Die kleineren Volksgruppen wurden vielmehr von dem polnischen Staatsvolk brutal unterdrückt. Gegenüber den Deutschen bestand eine weitverbreitete Feindseligkeit, die sich häufig bis zum offenen Haß steigerte. Unterlegenheitsgefühle mischten sich in wunderlicher Weise mit Anmaßung und Großmannssucht. Der polnische Chauvinismus arbeitete rücksichtslos an der Beseitigung des Deutschtums.

Die Deutschen sollten entweder im Polentum aufgehen oder das Land verlassen". In der Tat wanderten aus Posen und Westpreußen von 1919 bis 1926 teils freiwillig, teils unter Druck etwa 600.000 Deutsche in das Deutsche Reich ab. Wer in Polen blieb und an seinem Deutschtum festhielt, hatte Nachteile bis zur Existenzvernichtung zu gewärtigen. Die deutsche Sprache und die deutsche Kultur wurden systematisch unterdrückt.

*3. Deutsche Proteste*

Die "Germania" beobachtete die beinahe unaufhörlichen polnischen Übergriffe peinlich genau. Auch Kaas verfolgte das Wüten des polnischen Chauvinismus mit Empörung und geißelte es in der Öffentlichkeit. Im Jahre 1926 kritisierte er die intransigente Politik Polens, vor allem "seine durch skandalöse Einzelheiten belegbare, bis in das Heiligtum der kirchlichen und religiösen Freiheit brutal hineingreifende Minderheitenpolitik" und "seine vertragswidrige Schulpolitik zu offenkundigem Nachteil der deutschen Minderheiten".

Damit spielte Kaas auf polnische Geistliche an, die in vielen deutschen Gemeinden keinen deutschen Gottesdienst und keinen deutschen Religionsunterricht duldeten, und auf die Behörden, welche die deutschen Schulen zu erdrosseln suchten. Die Rettung der polnischen Wirtschaft durch den Bergarbeiterstreik in England habe "vorläufig den wirtschaftlichen Zwang zur politischen Vernunft in Polen gemildert". Kaas schloß mit den Worten: "Keine deutsche Politik kann auf die Korrektur der deutsch-polnischen Grenzfragen verzichten."

Im Reichstag brandmarkte Kaas mehrfach das gegen Völker- und Menschenrecht verstoßende Vorgehen Polens, aber auch Litauens gegen seine Minderheiten. Am 22. März 1927 sprach er von den Deutschen in Ostoberschlesien als einer "schwer bedrückten und durch eine gewalttätige Woiwodenpolitik in ihren natürlichen und vertragsmäßigen Rechten gehinderten ... Minderheit".

Am 23. Juni 1927 stellte Kaas im Namen der Regierungsparteien seine Befriedigung über "das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation (beim Völkerbund) zugunsten der in ihren statutarisch festgelegten Rechten verletzten Memeldeutschen" fest. Darin liege die Anerkennung des Reiches "als des naturgegebenen Anwalts für die Wahrung und Sicherung der Rechte seiner jenseits der deutschen Landesgrenzen wohnenden Volksgenossen".

Gegenüber Polen erschöpfte sich selbst die Geduld des so friedfertigen und versöhnlichen Kaas. Am 19. November 1928 stellte er fest, in der oberschlesischen Schulfrage versuche Polen immer mehr, "den deutschen Rechtsstandpunkt auszuhöhlen". Er empfahl dem Außenminister, bei künftigen Verhandlungen über die Minderheitsrechte der Deutschen in Polen "nicht mehr so kompromißwillig zu sein", wie er es früher gewesen sei.

"Ein weiteres Nachgeben auf diesem Gebiete würde eine Zerstörung, eine Kompromittierung deutschen Rechts und deutscher Zukunftsmöglichkeiten darstellen, das meine politischen Freunde und vor allem diejenigen, die diesen Verhältnissen besonders nahestehen, nicht verantworten können." Stresemann nahm diese Warnung von Kaas ernst. Auf der Tagung des Völkerbundsrates in Lugano im Dezember 1928 trat er wegen der Minderheitenfrage dem polnischen Außenminister scharf entgegen.

Kaas war auch erbittert über die Undankbarkeit der Polen. Auf dem Ostparteitag der Zentrumspartei in Breslau am 14. April 1929 erinnerte er bezüglich der Minderheitenpolitik dar-

an, wie sich gerade Männer des Zentrums in früherer Zeit teilweise heroisch für die Rechte der polnischen Minderheit eingesetzt hätten. Die Polen sollten jetzt ihrerseits die Rechte der deutschen Minderheit respektieren. In diesem Zusammenhang sprach Kaas die prophetischen Worte, "daß diese Minderheitenfrage der Angelpunkt des europäischen Friedens ist.
Entweder entschließen sich die durch den Krieg neu entstandenen Staaten dazu, großzügig zu sein gegen ihre Minderheiten, oder sie dürfen sich nicht wundern, wenn die so hervorgerufenen Explosivkräfte sich früher oder später gegen sie selbst wenden."
Die deutschen Delegierten beim Völkerbund und der deutsche Außenminister hätten die in den Genfer Abmachungen von 1922 festgelegten Rechte der deutschen Minderheit in Oberschlesien nicht rigoros geltend gemacht, sondern "mehr als einmal beachtliche Teile unseres geschriebenen Rechtes geopfert, um daran das Friedenskompromiß nicht scheitern zu lassen".
Wenn sich das deutsche Entgegenkommen nicht auszahlen sollte, dann müsse in Zukunft energisch gefordert werden, "daß der Buchstabe des Rechts erfüllt wird, weil wir dann die Hoffnung verloren haben, daß sein Geist noch respektiert wird".
In seiner großen programmatischen Rede "Nicht rückwärts - vorwärts!" bezeichnete Kaas als die dringlichsten Fragen der deutschen Außenpolitik die Reparationsregelung, die Abrüstungsfrage und den Schutz der nationalen Minderheiten. "Was bei den polnischen Wahlen unseren deutschen Minderheiten und anderen geschehen ist, ist ein Hohn auf die Kulturanschauungen des 20. Jahrhunderts."
Kaas war in seinen Äußerungen stets vorsichtig und überlegt. Wenn er gegenüber Polen so scharfe Wendungen gebrauchte, dann ergeben sich daraus die Ungeheuerlichkeit des polnischen Verhaltens ebenso wie sein eigenes leidenschaftliches Engagement in Sachen der deutschen Volksangehörigen in Polen.

## IV.

## Provozierende polnische Außenpolitik

*1. Die Spannungen mit Deutschland*

Die Außenpolitik des neuen polnischen Staates war von einem rücksichtslosen Nationalismus geprägt. Die weithin bestehende Unsicherheit gegenüber dem Deutschen Reich wurde durch provozierende Arroganz kompensiert. Von 1920 bis 1925 bestanden daher fortwährende Spannungen zwischen Deutschland und Polen. Aber auch nach 1925 besserten sich die Beziehungen der beiden Länder wenig. Kaas gab Polen die Hauptschuld an dieser Lage. Am 22. März 1927 sprach er von der "polnischen Intransigenz".
An Konfliktsherden zwischen Deutschland und Polen fehlte es nicht. Namentlich die Unklarheit der völkerrechtlichen Stellung Danzigs führte unaufhörlich Mißhelligkeiten herauf. Leonhard von Muralt nannte den Weichselkorridor und Danzig "das schwierigste, ja 'das' unlösbare Problem der Friedenspolitik. Frank Thiess sah in dem Status Danzigs und in der Existenz des "polnischen Korridors" "eine Wunde, die am Bluten gehalten wurde und, solange sie bestand, den Frieden gefährden mußte".
Polen betrieb gegenüber seinem westlichen Nachbarn eine Politik der Drohung und der Herausforderung. Es veranstaltete an den deutschen Grenzen Manöver, die der Einschüchterung und der Abschreckung dienen sollten, und erwog zeitweilig sogar einen Präventivkrieg. In den Jahren 1930 bis 1932 wurden in Polen immer wieder Erwägungen über militärische Operationen gegen das Deutsche Reich angestellt.
Die Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich blieben unter diesen Umständen während der gesamten Dauer der Weimarer Republik gespannt. Sie besserten sich nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht. Am 6. März und im April 1933 traf Polen erneut militärische Vorbereitungen. Hitlers Außenpolitik gegenüber Polen schlug einen anderen Weg ein, als man ihn in der Weimarer Republik gegangen war.

*2. Die Bemühungen um Ausgleich*

Kaas wollte den deutschen Rechtsstandpunkt gegenüber Polen gewahrt wissen, lehnte aber den Zustand eines permanenten Konfliktes ab. Er dachte in europäischen Zusammenhängen und fürchtete die Auswirkungen der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen auf Frankreich".

Er wußte, daß die öffentliche Meinung in Frankreich eine besondere Vorliebe für Polen hatte und heftig auf alles reagierte, was eine wirkliche oder vermeintliche Verletzung der Würde und der Integrität seines östlichen Verbündeten war. Am 22. März 1927 sprach Kaas im Reichstag die polnische "Ausweisungspraxis" und die "Niederlassungsfrage" an. Den Abbruch der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen eines ostoberschlesischen Ausweisungsfalles hielt er für eine überzogene Reaktion.

Zusammen mit der Bildung der neuen Regierung habe er "alle Geister des Mißtrauens im Ausland" geweckt. Er forderte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Einen "Handelskrieg mit Polen" lehnte er ab". Die Erwartung, Polen könne durch wirtschaftlichen Druck zur Grenzrevision veranlaßt werden, sei "eine Illusion". Kaas ließ keinen Zweifel daran, daß seine Partei "an den grenzpolitischen grundsätzlichen Ansprüchen" gegenüber Polen, "an der Forderung der Korrektur des Unrechts, das in Oberschlesien, im Korridor und in Danzig geschehen ist", festhalte. Indes müsse zwischen dringlichen Gegenwartsfragen und zukünftigen Regelungen unterschieden werden.

Für jetzt seien friedliche Wirtschaftsbeziehungen und kulturelle Zusammenarbeit die beste Voraussetzung, um letztere zu erreichen. In der Behandlung der deutschen Minderheit müsse sich "nicht nur gesetzgeberisch, sondern auch in der bisher schikanösen Verwaltungspraxis" etwas ändern, wenn zwischen Polen und Deutschland ein gutnachbarliches Verhältnis hergestellt werden solle.

Diese emotionslosen Ausführungen von Kaas wiesen einen Weg, auf dem die ärgsten Spannungen ausgeräumt werden konnten. Man sollte miteinander verhandeln und wirtschaftliche Beziehungen pflegen; dadurch könne eine gewisse Annäherung erreicht werden. Die beiden Länder waren wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Der polnische Agrarexport nach Deutschland und der deutsche Industrieexport nach Polen vermochten sich in glücklicher Weise zu ergänzen.

Die Frage der Revision der deutschen Ostgrenze war zumindest im Augenblick unlösbar; sie war auch eine schwere Hypothek für die Zukunft. Daß Polen freiwillig einer Grenzkorrektur zugestimmt hätte, ist unwahrscheinlich. Auf dem Ostparteitag des Zentrums in Breslau am 14. April 1929 griff Kaas das Thema erneut auf.

Er wünschte von Polen "einen etwas verbindlicheren Verkehrston", als er bisher üblich gewesen sei. Er stehe "auf dem Boden der Bejahung des polnischen Rechts auf einen eigenen Staat". Aber die Wirtschaftsbeziehungen müßten sich bessern, denn so, wie sie jetzt seien, litten beide Nachbarn. "Wir wollen Wirtschaftsfrieden, aber nicht unter dem Preis des Lebens unserer Grenzlandwirtschaft."

Die versöhnlichen Worte, die Kaas an Polen richtete, wurden dort nicht honoriert. In der polnischen Presse schlug ihm vielmehr eine Welle von Beschimpfungen und Vorwürfen entgegen.

## V.

## Die Revision der deutschen Ostgrenze

*1. Die Übereinstimmung der Regierungen und der Parteien der Weimarer Republik*

Die Weimarer Republik weigerte sich beharrlich, die deutsch-polnische Grenze als endgültig anzuerkennen. Die deutschen Regierungen sahen die in Versailles diktierte deutsche Ostgrenze für ebenso unannehmbar an wie den gesamten Friedensvertrag.

Walther Hubatsch hat richtig festgestellt, daß kein einziges Kabinett in der Zeit der Weimarer Republik die deutschen Ostgrenzen "hingenommen" hat, daß vielmehr "die revisionistische

Strömung gegen den Versailler Vertrag ... im Auslande auf keinem anderen Gebiet so stark gewesen (ist) wie auf dem der Grenzziehungen im Osten". Selbst der konziliante Stresemann hielt an der Revision der Ostgrenze als einer unbedingten Notwendigkeit fest.
Für ihn war die friedliche Grenzregulierung gegenüber Polen ein unverrückbares außenpolitisches Ziel. Auf der Locarno-Konferenz weigerte sich die deutsche Regierung, die ihr angesonnene Garantie für die Ostgrenze abzugeben. Der Vertrag von Locarno gewährleistete daher die deutsch-polnische Grenze nicht. Die aus Angst, Haß und Erbitterung gemischte deutschfeindliche Stimmung in Polen erklärt sich zum Teil von daher.
Die Haltung der deutschen Regierung war zum großen Teil von der Rücksicht auf die Einstellung im Volk bestimmt. Die meisten Deutschen ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung sahen die deutsch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Versailles geschaffen hatte, als unerträglich an. Die deutschen Parteien waren sich darin einig, daß die Ostgrenze revidiert werden müsse.
Es ist richtig festgestellt worden, daß es "in den außenpolitischen Fragen der Weimarer Republik wohl kein zweites Problem" gab, "worüber solche Einstimmigkeit aller Parteien im Reichstag herrschte". Die radikalen Parteien lehnten die Locarno-Verträge u.a. deswegen ab, weil sie ihrer Meinung nach die Revision der deutschen Ostgrenze ausschlossen. Bis zum Ende der Weimarer Republik wehrten sich Vertreter aller Parteien leidenschaftlich gegen ein "Ost-Locarno".
*2. Die Stellung des Zentrums*
Das Zentrum machte in der Frage der Revision der deutschen Ostgrenze keine Ausnahme. Seine Sprecher drückten sich in dieser Hinsicht eindeutig aus. Ulitzka sah in der deutsch-polnischen Grenze ein Provisorium, das bereinigt werden müsse". Ebenso bezeichnete Brüning am 24. Mai 1932 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags eine Garantie der polnischen Westgrenze als "für uns untragbar".
Kaas teilte diese Ansicht. Am 9. Mai 1927 erklärte er in Köln, eine "Locarnisierung der Ostgrenze" wäre "ein schreiendes Unrecht gegen die Existenz- und Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes". Die deutsch-polnische Grenze stelle "eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit" dar. Diesen Feststellungen setzte Kaas aber die Aufforderung bei, auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu einer erträglichen Zusammenarbeit mit Polen zu kommen. Er forderte beiderseitiges christliches Entgegenkommen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu überwinden.
Die letzte Bemerkung zeigt, daß Kaas unter der Tatsache litt, daß zwei christliche Völker es nicht vermochten, zu einem friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben zu finden. Allerdings spielte die dem Zentrum vergleichbare Partei der "Christlichen Demokratie" im politischen Leben der polnischen Republik keine große Rolle. Im übrigen wurde der Katholizismus dort zwar aus politischen Gründen betont; aber christliche Maximen wurden in der Praxis kaum beachtet.
Auf dem Ostparteitag der DZP in Breslau am 14. April 1929 sagte Kaas, die Grenzziehung im Osten sei "ein wirtschaftlicher Nonsens, ein Experiment mit explosiven Möglichkeiten". Nicht durch kriegerische Maßnahmen, sondern durch die Waffe des Rechts kämpfe Deutschland um eine Änderung dieses Zustands. An die "Möglichkeit einer naheliegenden Grenzkorrektur" glaube er nicht. Gewaltanwendung komme nicht in Frage. Das waren mutige Worte. Denn sie stießen auf eine gerade im deutschen Osten besonders starke Animosität gegen Polen, die nicht selten mit dem Gedanken spielte, die verlorenen deutschen Gebiete durch Kampf zurückzuholen. Kaas appellierte gegenüber dieser leidenschaftlichen Ablehnung an die Vernunft und an das Recht.
Zwei Jahre später hob Kaas seinen Standpunkt erneut mutig hervor. Am 10. Februar 1931 sagte er im Reichstag in bezug auf den östlichen Nachbarn des Reiches: "Aber gegenüber der

Grenzen, gegenüber dem Ausmaß, das dieser Staat in Versailles teilweise auch zum Schaden seiner eigenen wohlverstandenen Interessen gefunden hat, haben wir sachliche Bedenken, und wir müssen uns das Recht wahren, festzustellen, wo die Mindestgrenze deutschen Rechtsanspruches verläuft."
Diese Forderung brauche "nicht zu hindern, daß man auch schon in der Gegenwart versucht, zu einem nachbarlichen Verhältnis zu kommen und dadurch eine Atmosphäre zu schaffen, in der eine förderliche Weiterbehandlung der zwischen den beiden Staaten hängigen Dissonanzen überhaupt erst möglich wird". Man sieht, daß bei Kaas die Anmeldung des Revisionsanspruchs stets mit dem Appell, erträgliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen, gekoppelt war.
Auch im Ausland machte Kaas kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß Deutschland im Osten verlorene Gebiete zurückerhalten müsse. Als französische Parlamentarier in Genf ihn nach dem Verhältnis Deutschlands zu Polen befragten, antwortete er, Deutschland bejahe zwar "die Existenz und Unabhängigkeit des polnischen Staates als eine europäische Notwendigkeit"; aber "die friedliche Revision" der polnischen Westgrenze sei "ebenfalls eine europäische Notwendigkeit".
Nach Kaas hätten die französischen Parlamentarier für diesen Standpunkt volles Verständnis gehabt. In der Tat gab es nicht wenige ausländische Stimmen, die den deutschen Revisionsanspruch als berechtigt anerkannten. Eine Erfüllung war ihm nicht beschieden. Als Hitler daran ging, das Problem der deutschen Ostgrenze gewaltsam zu lösen, stolperte er in den Zweiten Weltkrieg hinein. Als seine Folge verlor Deutschland mehr Gebiet im Osten, als es bei einer Revision der deutsch-polnischen Grenze hätte zurückgewinnen können. …<<

**12.11.1918**

**Deutsches Reich:** Die provisorische deutsche Regierung (Vorsitz: Friedrich Ebert) verkündet am 12. November 1918 (x128/102-103): >>An das deutsche Volk!
Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:
1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährleistet. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. ...
9. Die seit Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.
Weitere sozialpolitische Forderungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar wird der 8stündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheiten zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. ... Die Wohnungsnot wird durch die Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.
Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater, sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.
Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht aufgrund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20

Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.
Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht. ...<<
**Österreich:** Die provisorische österreichische Nationalversammlung nimmt am 12. November 1918 ein neues Verfassungsgesetz an.
Artikel I der vorläufigen österreichischen Verfassung lautet (x063/525): >>Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. ...<<
Spätere Volksabstimmungen ergeben überwältigende Mehrheiten für den Anschluß an das Deutsche Reich.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich (x051/25-26): >>Anschluß ... Der Anschlußgedanke reichte zurück bis in die Freiheitskriege (1813/15) und meinte die Vereinigung der deutschsprachigen Gebiete Österreichs mit Deutschland. Ihr standen Partikularinteressen, Bismarcks kleindeutsche Politik und der Vielvölkercharakter der habsburgischen Monarchie lange entgegen. Erst nach deren Untergang im 1. Weltkrieg rückte ein Anschluß politisch in greifbare Nähe, gefördert noch durch wirtschaftliche Existenzsorgen des deutsch-österreichischen Rumpfstaates nach der Niederlage.
Die provisorische österreichische Nationalversammlung nahm am 12.11.18 ein Verfassungsgesetz an, das Deutsch-Österreich einschließlich des Sudetengebietes zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärte; am 12.3.19 einstimmig bestätigt.
Der Friedensvertrag von Saint-Germain aber untersagte selbst die Bezeichnung Deutsch-Österreich, machte eine Änderung der österreichischen Selbständigkeit von der Zustimmung des Völkerbundes abhängig und damit vorerst illusorisch; in der österreichischen Bundesverfassung vom 10.10.20 fehlte daher ein Anschlußpassus, und aus der Weimarer Verfassung mußte auf Druck der Alliierten am 22.9.19 der Artikel 61 gestrichen werden, der Österreich bis zum Anschluß (eine) beratende Stimme im Reichsrat gewährte.
Diese massive Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts trug nicht unwesentlich zur Diskreditierung der Friedensverträge bei und sicherte der Anschlußagitation weit über nationale Kreise hinaus Aufmerksamkeit. Wie wirksam sie war, zeigen die immer neuen, v.a. französischen Forderungen, Österreichs Selbständigkeit festzuschreiben: 1922 mußte Wien für 20 Jahre auf einen Anschluß verzichten, um eine Völkerbundsanleihe zu bekommen, 1931 wurde eine deutsch-österreichische Zollunion von den Großmächten torpediert, 1932 im Lausanner Protokoll eine Anleihe erneut vom Anschlußverzicht abhängig gemacht.
Das führte zu erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten, weil fast alle österreichischen Parteien im Programm auf den Anschluß festgelegt waren. Erst nach Hitlers Machtergreifung im Reich strichen Christlich-Soziale wie Sozialdemokraten entsprechende Forderungen; auch die katholische Kirche wandte sich vom Anschlußgedanken ab und förderte die österreichische Eigenstaatlichkeit. Das Feld der Anschlußpolitik blieb der Großdeutschen Volkspartei und den österreichischen Nationalsozialisten überlassen.
Und das in zweierlei Sinn: Auch Hitler nämlich stellte zunächst Anschlußforderungen aus taktisch-außenpolitischen Gründen zurück, da die Redlichkeit seiner Friedensbeteuerungen nicht zuletzt am politischen Verhältnis zu seinem Heimatland gemessen werden würde; die Presse erhielt Anweisung, das Wort "deutsch-österreichischer Anschluß" zu meiden (22.6.33).
Das änderte allerdings nichts an dem schon in "Mein Kampf" gleich einleitend formulierten Ziel: "Deutsch-Österreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande", eine Kernforderung nicht nur im Rahmen der Revisionspolitik, sondern auch weltanschaulich: "Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich." ...<<

**13.11.1918**

**Österreich:** Die Sudetendeutschen erklären am 13. November 1918 den Anschluß an

Deutsch-Österreich (x184/19).

**14.11.1918**

**Afrika:** In Deutsch-Ostafrika schließen die letzten deutschen Truppen (Kommandeur: Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck, 1870-1964) am 14. November 1918 eine Waffenstillstandsvereinbarung.

Während der Kämpfe um die deutschen Kolonien (vom 7.11.1914 bis zum 14.11.1918) setzten die Briten und Japaner über 120.000 Soldaten gegen das zahlenmäßig schwache deutsche Ostafrika-Korps ein (nur 155 deutsche Soldaten und rund 4.200 ostafrikanische Soldaten). Die deutschen Truppen verteidigten sich jedoch äußerst geschickt. Bis zum Kriegsende konnten die überlegenen Angreifer das deutsche Ostafrika-Korps, daß von tapferen und treuen afrikanischen Hilfstruppen unterstützt wurde, nicht entscheidend besiegen (x041/67).

**16.11.1918**

**Deutsches Reich:** Die "Deutsche Bergwerkszeitung" berichtet am 16. November 1918 (x034/11): >>Die Totengräber des alten Reiches haben ihr Werk vollendet, aber die Erde, die sie bewegten, hat sie selbst mitbegraben. Die Drahtzieher Erzberger, Gothein, Gröber, Trimborn und wie sie alle heißen, ... sind verweht wie der Spreu in alle Winde. Ihre Exellenzherrlichkeit war von arg kurzer Dauer.<<

**Ungarn:** Am 16. November 1918 erfolgt die Gründung der Ungarischen Republik.

**Die Republik Ungarn**

Infolge der "Friedensbedingungen" von Trianon (04.06.1920) verlor Ungarn rd. 68 % aller bisherigen Gebiete (einschließlich der wichtigen Mittelmeerküste) und fast 60 % der ungarischen Staatsbürger (x019/91). Ungarn mußte die Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei, Kroatien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien sowie Siebenbürgen an Rumänien abtreten.

Im Jahre 1920 lebten im restlichen Ungarn 7.980.143 Einwohner (x008/1E): 89,6 % Ungarn, 6,9 % Deutsche, 1,8 % Slowaken und 1,7 % Rumänen, Kroaten, Serben, Ukrainer sowie sonstige Völker.

1930 wohnten rd. 479.000 Ungarn-Deutsche in folgenden Siedlungsgebieten: Schwäbische Türkei (Komitate Baranya, Tolna und Somogy) = 171.000, Budapest und Umgebung = 146.000, Westungarn = 56.000, Banat und Batschka (Restgebiete) = 54.000, deutsche Siedlungen zwischen Bakonywald und Donau = 45.000 und andere Streusiedlungen = 7.000.

Konfessionsgliederung der Ungarn-Deutschen: 81,8 % römisch-katholisch, 15,7 % evangelisch-lutherisch, 2,1 % israelitisch und 0,2 % andere Konfessionen.

Nach dem Einfall der Rumänen, die von August bis November 1919 sogar die ungarische Hauptstadt Budapest besetzten, wurde Miklos von Horthy im Jahre 1920 zum "Reichsverweser" gewählt. In den Zwanziger Jahren setzten sich in Ungarn feudale und halbfeudale Gesellschaftsschichten (wie z.B. Adel und Großgrundbesitzer) und rechtsradikale Parteien durch. Danach wütete jahrelang der "Weiße Terror", der sich hauptsächlich gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden richtete.

Die einflußreiche nationalistische Pfeilkreuzler-Partei (Führung: Ferenc Szalasi) unterschied sich nur unwesentlich von der 1920 gegründeten NSDAP. Von Horthy sorgte jedoch dafür, daß die ungarischen Nationalisten nicht zu stark wurden. Der ungarische Reichsverweser ließ die radikalen Parteien mehrmals auflösen und ihre Führer inhaftieren.

Der ungarische Ministerpräsident und Kriegsminister Gyula Gömbös von Jákfa war später der erste ausländische Minister, der Hitler offiziell besuchte.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Deutschtum in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg (x008/3E-21E): >>… **Siedlungsgebiete.**

Ungarn in seinen Grenzen von 1937 - in der Literatur als Trianon-Ungarn, Rest- oder Rumpf-

ungarn bekannt - umfaßte nach der amtlichen Volkszählung von 1930 eine Bevölkerung von 8.688.319 Seelen. Der am 4. Juni 1920 unterzeichnete Vertrag von Trianon hatte das alte Königreich Ungarn mit seinen Nebenländern Kroatien-Slawonien - die zusammengefaßt eine Bevölkerungszahl von 20.886.487 Menschen aufwiesen - durch radikale Gebietsbeschneidungen auf ein Kernland beschränkt, dessen Bewohner mit Ausnahme der kleinen deutschsprachigen Minderheit, die nur 6,9 %, und einiger slawischer Splittergruppen, die zusammen mit den wenigen Rumänen 3,5 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, Madjaren waren.
Bei der staatlichen Neuordnung des Südostraums sollten vor allem die Ansprüche der von den Siegermächten unterstützten Nachfolgestaaten befriedigt werden. Es wurden daher auch die zahlreichen Gebiete mit Mischbevölkerung, die sich durch die außerordentlich starke Verzahnung der einzelnen Nationalitäten ergaben, von Ungarn abgetrennt und damit das verkleinerte Rumpfungarn von Randstaaten mit madjarischen Minderheiten umgeben.
Rücksicht auf deutsches Volkstum, das in größeren und kleineren Sprachinseln einen erheblichen Prozentsatz der Bevölkerung des alten Königreichs Ungarn ausgemacht hatte, wurde dabei nur in einem Fall, der Aufrollung der Burgenlandfrage, genommen.
Ein Teil Westungarns fiel als neuer Verwaltungsbezirk Burgenland an Österreich; ein schmaler Streifen mit deutschen Mehrheitsgemeinden, vor allem die Hauptstadt der Landschaft, Ödenburg, verblieb bei Ungarn, da sich hier in einer erzwungenen und von den ungarischen Behörden vorbereiteten Abstimmung 65 % der Bevölkerung für das Verbleiben im alten Staat entschieden hatten. Die übrigen Grenzziehungen beachteten deutsches Siedlungsgebiet nicht, und wenn z.B. die Siebenbürger Sachsen als geschlossene Gruppe dem rumänischen Staat zufielen, so verdankten sie dies nur der Tatsache, daß Siebenbürgen als rumänisches Siedlungsgebiet angesehen wurde.
In anderen Fällen liefen die neuen Grenzen mitten durch Gebiete mit deutscher Mehrheit. Landschaften, die als zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet angesehen werden mußten, wurden unter die Staatshoheit von zwei oder gar drei der neugeschaffenen Länder gestellt. Das Banater Deutschtum gehörte jetzt zu ungefähr zwei Dritteln zu Rumänien, der linke Uferstreifen der Theiß zu Jugoslawien und die nördlichen Ausläufer zu Ungarn.
Die reiche Batschka, ebenfalls deutsches Siedlungsgebiet, fiel in der Masse an Jugoslawien, die nördlichen Bezirke blieben bei Ungarn. Auch von der Schwäbischen Türkei, die Ungarn in der Mehrheit erhalten blieb, wurde das Gebiet im Winkel zwischen der Donau und dem Unterlauf der Drau - das Baranyadreieck - abgetrennt und zu Jugoslawien geschlagen.
Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, wie weit die neuen Grenzziehungen etwa vom Standpunkt historischer Überlieferung, geographischer Zusammengehörigkeit oder des Nationalitätsprinzips als berechtigt erschienen und ob sich günstigere Lösungen hätten finden lassen. Aus dem kurzen Überblick geht aber hervor, daß wie für die Madjaren, so auch für die "Schwaben" die Friedensschlüsse des ersten Weltkrieges eine staatliche Aufspaltung bedeuteten und daß Bezeichnungen wie "Banater Schwaben" oder "Batschka-Deutsche" nur als siedlungsgeographischer Begriff anzuwenden sind und die staatliche Aufteilung nicht berücksichtigen.
Da Ungarn durch die beiden Wiener Schiedssprüche von 1938 und 1940 sowie durch die Besetzung der Karpato-Ukraine im Frühjahr 1939 im Norden und Osten und 1941 nach der Besetzung Jugoslawiens auch im Süden weite Gebiete an sich ziehen konnte und da alle diese Annexionen mit dem Zusammenbruch 1944/45 wieder annulliert wurden, ist es notwendig, um Mißverständnisse zu vermeiden, in dieser Betrachtung vom Staatsgebiet Ungarns zu einem bestimmten Zeitpunkt als regionaler Einheit auszugehen.
Die folgenden Ausführungen beziehen sich, soweit es nicht ausdrücklich anders vermerkt wird, ausschließlich auf das Ungarn in seinem Umfang von 1920-1937, d.h. in den im Vertrag von Trianon festgelegten Grenzen. Ausdrücke wie Batschka oder Westungarn bezeichnen da-

mit auch immer nur den bei Restungarn verbliebenen Teil dieser Landschaften. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die durch die Gebietserwerbungen zwischen 1938 und 1941 unter ungarische Herrschaft gekommenen deutschen Volksgruppen die politischen und militärischen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges ganz oder größtenteils innerhalb des ungarischen Staatsverbandes erlebten.

Das ungarländische Deutschtum bewohnte als Ganzes nicht einen in sich geschlossenen Siedlungsbereich, sondern verteilte sich über den ganzen Süden und Westen des Staates in nicht genau abgegrenzten, aber doch in sich zusammenhängenden Gebieten verschiedener Größe und Struktur.

Es ist auch geschichtlich gesehen nicht einheitlich, sondern entstammt im wesentlichen zwei Siedlungsphasen: während das Deutschtum an der Westgrenze Ungarns schon im Zuge der großen Südostbewegung des bayrisch-österreichischen Stammes diese Siedlungsgebiete erreicht hatte und damit auf das 12. und 13. Jahrhundert, in den Anfängen vielleicht sogar auf die Karolingerzeit zurückgeht, läßt sich die deutsche Bevölkerung im übrigen Ungarn geschichtlich auf die große "Impopulation" und wirtschaftliche Entwicklung Ungarns nach der Befreiung von den Türken zurückführen.

So sind die meisten deutschen Ansiedlungen im 18. Jahrhundert zwischen dem Frieden von Passarowitz (1718) und der Regierungszeit Josephs II. (1780-90) mit den Mitteln staatlich gelenkter, zum geringeren Teil grundherrschaftlicher Kolonisation entstanden.

Als größtes und geschlossenstes Siedlungsgebiet erstreckte sich in dem Winkel zwischen Donau und Drau, dicht an die Donau angelehnt und in einem Bogen um die Komitatstadt Fünfkirchen (Pécs) herum nach Norden und Westen auslaufend, die "Schwäbische Türkei", eine, wie der schon im 19. Jahrhundert gebräuchliche Name aussagt, durch ihren "schwäbischen" Charakter bestimmte Landschaft. Verwaltungstechnisch gesehen gehörte sie zu den Komitaten Baranya im Donau-Drau-Winkel, Tolna, das nördlich angrenzte, und Somogy, das das weite Tiefland im Westen bis zum Plattensee einschloß.

Ostwärts der Schwäbischen Türkei schloß sich am linken Donauufer das Komitat Bács-Bodrog mit der Restgruppe der bei Ungarn verbliebenen Batschkadeutschen an, die sich hauptsächlich in den beiden Bezirken Baja und Bácsalmás an der jugoslawischen Grenze zusammendrängten. Noch weiter nach Osten, entlang der rumänischen Grenze, fanden sich in dem Komitat Csanád-Arad-Torontál eine Reihe von Gemeinden mit deutschsprachiger Bevölkerung, die dem Banater Deutschtum zugehörten; sie wirkten im ungarischen Staatsverband wie eine Splittergruppe, da die Staatsgrenzen sie von ihren Landsleuten im jugoslawischen und rumänischen Banat abschnitten.

Eine zweite große deutschsprachige Gruppe hatte sich um Budapest angesiedelt; besonders die westlichen Vororte der Landeshauptstadt - Großgemeinden mit einem wohlhabenden Bauerntum - beherbergten eine fast rein deutsche Bevölkerung. Das Deutschtum bildete hier eine Sprachinsel, die sich besonders vom Süden und Westen her eng um die ungarische Hauptstadt herumlegte; verwaltungsmäßig gehörte sie zum Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskún. Im gleichen Komitat, das fast den gesamten Raum zwischen Donau und Theiß nördlich der Batschka einschloß, fanden sich noch einzelne deutsche Siedlungen, teils in rein madjarischer Umgebung wie Ceglédbercel oder donauaufwärts Harta, teils in unmittelbarer Nachbarschaft der Batschka, wie Hajos.

Von Budapest aus nach Norden in den Komitaten Nógrad, Hont und Esztergom (Gran) und nach Westen hin, im Schildgebirge und daran anschließend in dem nach Südwesten sich hinziehenden Bakonywald bis an das nördliche Ufer des Plattensees in den Komitaten Komárom, Fejér (Weißenburg) und Veszprém, dehnte sich eine weite deutsche Streusiedlung aus.

Sie hatte wohl unmittelbaren Anschluß an das Budapester Deutschtum, unterschied sich aber dadurch von ihm, daß die einzelnen deutschen Gemeinden - häufig auch hier noch deutsche

Mehrheitsgemeinden - keine geschlossene Sprachinsel mehr bildeten, sondern in größeren und kleineren Zusammenballungen weil über das Land verteilt und erheblich stärker als das Kerngebiet der "Schwäbischen Türkei" oder die westlichen Vororte Budapests mit madjarischen Siedlungsgruppen durchsetzt waren.
Deutlich abgesetzt von den deutschen Streusiedlungen nördlich des Plattensees zog sich entlang der ungarisch-österreichischen Grenze ein verhältnismäßig schmaler und häufig unterbrochener Streifen alten deutschen Siedlungsgebietes hin. Es war der Teil des westungarischen Deutschtums, der bei der Abtretung des Burgenlandes an Österreich im alten Staatsverband verblieben war.
Diese einzelnen größeren oder kleineren Splittergruppen konnten also, genau wie das Banater oder Batschka-Deutschtum, nicht eigentlich als Streudeutschtum bezeichnet werden, sondern sie stellten einzelne Ausläufer des bayrisch-österreichischen Siedlungsraumes dar, von dem sie durch die Grenzziehung von 1919/21 getrennt worden waren. Die stärkste dieser Gruppen bildete das Deutschtum in der Komitatstadt Ödenburg (Sopron) und ihrer näheren Umgebung, eines Gebietes, das wie eine Halbinsel nach Österreich hineinragt.
Nach Süden schlossen sich noch einige Orte mit größerem oder kleinerem deutschen Bevölkerungsanteil an, so vor allem die Städte Güns (Köszeg) und Steinamanger (Szombathely) und mehrere Dörfer im Bezirk Szentgotthárd (Sankt Gotthard an der Raab) des Komitats Vas. Zum westungarischen Deutschtum sind auch noch einige deutsche Mehrheitsgemeinden im sog. "Heideboden" zu rechnen, der im Norden an die Donau angrenzte und im Osten sich bis zu den Städten Wieselburg (Moson) und Ungarisch Altenburg (Magyaróvár) ausdehnte.
Das im übrigen Ungarn verstreute Deutschtum hatte keine regionalen Schwerpunkte.

**Bevölkerungszahl.**

Die Deutschen Ungarns bewohnten also einen weit ausgedehnten und nicht oder als Ganzes nur sehr locker zusammenhängenden Siedlungsraum. Dazu kommt, daß selbst die einzelnen Wohngebiete keine geschlossenen Einheiten bildeten, sondern oft mit Madjaren und kleinen slawischen Splittergruppen durchsetzt waren und daß nicht nur in der Streusiedlung, sondern auch in den deutschen Kerngebieten die sogenannte "Mehrheitsgemeinde" vorherrschte und in der Regel nicht die national homogene deutsche Gemeinde.
Das Zusammenwachsen zu einer einheitlichen deutschen Volksgruppe ist zweifellos durch diese landschaftliche Streuung, die das Ergebnis der Siedlungsgeschichte ist, erschwert worden. Weit stärker als die regionale Aufteilung wirkte sich aber in dieser Richtung die jahrzehntelange intensive Madjarisierungspolitik aus. Sie höhlte den geschlossenen Kern der deutschsprachigen Minderheit aus und förderte die Bildung einer zahlenmäßig starken, wenn auch schwer zu erfassenden Zwischenschicht, die wohl ein schwaches Bewußtsein ihrer deutschen Abstammung behielt, auch noch Schwäbisch sprach, die sich aber nicht nur politisch wie auch kulturell zu Ungarn bekannte, sondern auf dem Wege war, volksmäßig im Madjarentum aufzugehen.
Bei der Ermittlung der Zahl des ungarländischen Deutschtums mußte man daher zu erheblich voneinander abweichenden Ergebnissen kommen, je nachdem, welcher Maßstab für die Bestimmung von Volkstum und Nationalität zugrunde gelegt wurde.
Nach der amtlichen ungarischen Volkszählung vom Jahre 1941 umfaßte Restungarn 490.449 Personen deutscher Muttersprache = 5,2 % der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Deutschsprachigen hatte sich allerdings in den letzten fünfzig Jahren trotz der natürlichen Zunahme der Gesamtbevölkerungszahl kontinuierlich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt vermindert und war lediglich von 1930-41 annähernd konstant geblieben.
Die Verringerung war indessen nicht in einem echten Bevölkerungsrückgang - etwa bedingt durch Geburtenrückgang oder Auswanderung - sondern in einer Umschreibung in der Sprachenspalte der Zählungsbogen begründet. Es wurde bei den Volkszählungen nämlich nach der

Muttersprache des Einzelnen gefragt, und zwar mit der erklärenden Definition, nach der Sprache, die der Befragte "als die Seinige einbekennt und am besten und am liebsten spricht".
Damit wurde der Begriff der Muttersprache mit dem der Umgangssprache identifiziert und Volksdeutsche, die aus noch zu schildernden Gründen vornehmlich Madjarisch sprachen, auch als "Madjaren" gezählt, eine Tatsache, die in wachsendem Maße ins Gewicht fiel.
Die Volkszählungsergebnisse zeigen, daß sich die Position des Deutschtums in den einzelnen Teilen des Siedlungsgebietes in verschiedenem Grade verschlechtert hat. So verringerte sich z.B. die Gesamtzahl der Mehrheitsgemeinden fast gleichmäßig, aber für die einzelnen Komitate ergaben sich doch erhebliche Unterschiede.
Während nämlich die Mehrheitsgemeinden in Komitaten mit relativ geschlossenem deutschen Siedlungsgebiet und mit größtenteils bäuerlicher Bevölkerung - also besonders in der Baranya, aber auch in Sopron (Ödenburg) und Tolna - erhalten blieben oder nur geringfügige Einbuße erlitten, wiesen die Komitate mit deutscher Streusiedlung - Veszprém, Esztergom (Gran) - oder mit städtischer Industriebevölkerung, wie das rund um Budapest gelagerte Pest-Pilis-Solt-Kiskún, ganz erhebliche Verluste auf.
Ebenso waren die Randbezirke der deutschen Siedlungsgebiete stärker dem madjarischen Druck ausgesetzt als die Ortschaften innerhalb der vom "schwäbischen" Volkstum bestimmten Landschaften.
Noch sichtbarer als in den ländlichen Gebieten wird die Bevölkerungsumschichtung in den Städten. Hier spielte neben der weit schnelleren und radikaleren Assimilierung auch die Unterwanderung durch die Madjaren eine wesentliche Rolle. Das wohl eindrucksvollste Beispiel für die madjarische Unterwanderung einer ursprünglich deutschen oder zum mindesten deutschbestimmten Stadt stellt Ödenburg (Sopron) dar, das noch im alten deutschen Siedlungsraum an der westungarischen Grenze lag.
Bis 1920 hielt sich dort die deutschsprechende Einwohnerschaft absolut in fast gleicher Stärke, im Verhältnis zur schnell anwachsenden madjarischen Bevölkerung sank ihr Anteil dagegen von 73,7 % im Jahre 1880 auf 48,0 % im Jahre 1920 ab.
Entscheidend für diese ins Auge fallende Verminderung der deutschen Stadtbevölkerung in Ungarn war aber im ganzen gesehen nicht so sehr die Unterwanderung als vielmehr der starke Sog des Madjarentums, der sich in der Stadt weit intensiver auswirkte als in den dörflichen Gemeinden und zu einer ständig weitergreifenden Assimilierung führte. In keiner ungarischen Stadt ist das deutschsprachige Element nach den Daten der einzelnen Volkszählungen trotz wachsender Bevölkerungszahl prozentual mitangestiegen.
In Budapest sank sogar die Zahl der Deutschen in zehn Jahren von 60.503 auf 38.460, in Raab von 1.389 auf 80l. Da auf der anderen Seite das Verhältnis zwischen Madjarisch- und Deutschsprechenden in den Landgemeinden im großen gesehen konstanter blieb, inmitten dichterer deutscher Siedlungsgebiete sich sogar eine für das Deutschtum günstige Tendenz zeigte, hielt sich der Verlust auf ganz Ungarn berechnet noch in mäßigen Grenzen. Immerhin betrug er in dem einen Jahrzehnt von 1920-1930 13,2 %, eine Zahl, die die Intensität des Madjarisierungsprozesses durchaus erkennen läßt.
Das Gefährliche war die Stetigkeit des Vorganges über Jahrzehnte hin; dabei brauchte es nicht zu großen Siegen und ausgesprochenen Augenblickserfolgen zu kommen, es sei denn, die Zählungsergebnisse wurden von den übereifrigen Zählern frisiert, um eine madjarische Mehrheit vorzutäuschen.
Derartige Unkorrektheiten bei der Durchführung der Befragung waren nicht selten und sie veranlaßten nicht-madjarische Kreise in Ungarn, schon für die Zählung von 1920 eine zusätzliche Auswertung der amtlichen Sprachkenntniserhebung durchzuführen. Von ihr wurden alle Ungarn erfaßt, die neben Madjarisch noch andere Sprachen - Deutsch, Kroatisch, Slowakisch, Serbisch - beherrschten und aus diesem Grunde dem entsprechenden Volkstum als ursprüng-

lich zugehörig betrachtet wurden.
Im großen und ganzen war dieses Vorgehen bei den einzelnen slawischen Minderheiten gerechtfertigt, bei der deutschen allerdings nur mit Einschränkung, da auf Grund der früheren engen Verbindung mit Österreich nicht wenige echte Madjaren, besonders der höheren Schichten, auch Deutsch sprachen.
Außerdem gab ein großer Prozentsatz der 600.000 Juden in Ungarn Madjarisch und nicht das ihnen ebenso geläufige Deutsch als Muttersprache an. Bleiben die Ergebnisse der amtlichen Volkszählung auch weit hinter den wirklichen Verhältnissen zurück, so würde es daher doch entschieden zu hoch gegriffen sein, wenn man die durch die Sprachenkenntniserhebung gewonnene Zahl von 1.398.729 Deutschsprechenden (551.211 Deutschsprechende + 808.029 neben Madjarisch- auch Deutschsprechende) für das Deutschtum in Anspruch nehmen wollte.
Eigene Erhebungen der deutschen Volksgruppe ergaben für 1930 eine Zahl von 648.546, Aufstellungen der Volksgruppenführung auf Grund der Volkszählung von 1941 nannten die Zahl von weit über 800.000 Deutschen in Ungarn.
Demgegenüber hielt die ungarische Regierung die amtlichen Zahlen für die deutsche Bevölkerung ihres Staates so niedrig wie nur möglich und schreckte dabei vor ungesetzlichen Manipulationen nicht zurück, wie aus den Beschwerden und Beanstandungen der Minderheiten, nicht nur der deutschen, hervorgeht. Andererseits ist aber auch nicht zu verkennen, daß ein zahlenmäßig nicht genau bestimmbarer Teil der deutschen Bevölkerung an der Zurechnung zum Deutschtum nicht interessiert war und die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit ablehnte, seitdem sich diese politisch zu organisieren begann.
Zu ihm gehörten einmal die deutschsprechenden Juden, darüber hinaus alle diejenigen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Identifizierung mit der damaligen deutschen Volksgruppenpolitik zu vermeiden suchten. Bei der amtlichen Volkszählung 1941 bekannten sich 490.449 Personen zur deutschen Muttersprache, dagegen etwa 300.000 zur deutschen Nationalität.
Allerdings ist die Frage nach der "Nationalität", die 1941 zum ersten und einzigen Male gestellt wurde und neben dem objektiven Merkmal der Sprache das subjektive Bekenntnis zu ermitteln suchte, von einem großen Teil der Volksdeutschen offensichtlich nicht erfaßt worden, da besonders für den bäuerlichen Volksdeutschen die Begriffe Nationalität und Staatszugehörigkeit zusammenfielen und diese irrige Annahme noch von der madjarischen Propaganda bestärkt wurde.
Wägt man alle Faktoren gegeneinander ab, so kommt man zu dem Ergebnis, daß für die Jahre 1937-45 Schätzungen von 500.000 bis 600.000 Volksdeutschen in Ungarn eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sind. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß diese Schätzungen, ohne auf die subjektive Entscheidung des Einzelnen einzugehen, die Summe aller derjenigen erfassen, die ihrem Herkommen und ihrer Sprache nach, also nach objektiven Merkmalen, als Deutsche anzusprechen waren.

**Soziale und konfessionelle Struktur des ungarländischen Deutschtums.**

Im 18. Jahrhundert waren die deutschen Siedler zunächst durch die feudalen Grundherren und die Kirche, dann in späteren Jahren im Zuge der "Kameral-Kolonisierung" durch Maria Theresia und ihren Sohn Joseph II. als Bauern ins Land gerufen und zur Kultivierung der während der langen Türkenherrschaft verödeten und von Menschen entblößten Landstriche angesetzt worden. Sie sind diesem Beruf in den meisten Fällen treu geblieben; Klein- und Mittelbauern bildeten die Mehrzahl der ungarländischen Deutschen.
Während das alte Königreich Ungarn in Siebenbürgen und der Batschka ein wohlhabendes deutsches Großbauerntum aufgewiesen hatte, gab es in Rumpfungarn nur in einzelnen Gebieten, wie z.B. in der Restbatschka, größere Bauernhöfe. In den dörflichen Siedlungen und Landstädten bildete sich daneben auch ein bäuerliches Handwerk, z.B. Tischler, Maurer,

Schmiede, Schuhmacher. Deutsche Handwerker, beispielsweise Friseure, aber auch Kaufleute machten sich außerdem in den größeren Städten, in erster Linie in Budapest, seßhaft.
Weiter schuf die Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert Möglichkeiten, den ländlichen Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen; es war dabei besonders günstig, daß sich das Hauptindustriegebiet im Raume deutscher Siedlungen, z.B. der Großgemeinden mit erheblicher deutscher Mehrheit rund um Budapest, entwickelte.
So entstand ein volksdeutsches Arbeitertum. Im Gegensatz dazu war der Anteil der Deutschen am Großgrundbesitz, Großhandel und an der Großindustrie, am Beamtentum des höheren Dienstes bemerkenswert gering, er lag jedenfalls statistisch erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Die deutsche Bevölkerung scheint also nicht im gleichen Maße wie die madjarische an allen Schichten und Ständen beteiligt, sondern überwiegend auf die Schichten des Arbeiters und Bauern bis zum Handwerker und Kaufmann beschränkt gewesen zu sein.
Doch trügen die statistischen Angaben, aus denen dieser Eindruck zu gewinnen ist, in mancher Hinsicht. Das betrifft sicher nicht den Großgrundbesitz, der tatsächlich so gut wie ausschließlich im Besitz des ungarischen Adels war. In den übrigen gehobenen Ständen und Berufen jedoch war der Anteil des ungarländischen Deutschtums viel stärker als die Sprachenstatistik es erscheinen läßt; das gilt besonders für die Lehrberufe, für Kunst und Wissenschaft, für Klerus, Verwaltung und Politik.
Nur müssen alle deutschstämmigen Angehörigen dieser Intelligenzschicht in der Regel zu den Assimilierungswilligen gerechnet werden, d.h. sie gaben bei den Volkszählungen nicht Deutsch, sondern Madjarisch als Muttersprache an und wurden damit statistisch als Madjaren erfaßt. Wollte man also die soziale Struktur des ungarländischen Deutschtums in einer geometrischen Figur darstellen, so bestand diese in Wahrheit und im Gegensatz zu dem offiziellen statistischen Diagramm nicht in einer abgeschnittenen, sondern in einer vollen Pyramide.
Die Spitze dieser Pyramide erschien in dem Ergebnis der amtlichen Volkszählungen aber als madjarisch, da die Sprachenstatistik vornehmlich die gehobene oder sich emporarbeitende Schicht für das Madjarentum reklamierte. Das Madjarische galt schlechthin als die Sprache der Gebildeten, als die staatliche Hochsprache, deren Beherrschung für den sozialen Aufstieg unumgänglich notwendig war.
Jeder, der aus der unmittelbaren bäuerlichen Umgebung herauswuchs, übernahm es wie selbstverständlich als Umgangssprache, während der Gebrauch des "Schwäbischen" auf die familiäre oder engnachbarliche Sphäre beschränkt blieb, wenn man nicht überhaupt ganz darauf verzichtete.
Besonders in den Städten war die sprachliche Umstellung selbstverständlich, denn nicht nur alle Beamten, sondern auch die freien Berufe - Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, Gewerbetreibende in nicht-deutscher Umgebung - vervollkommneten sich im eigenen Interesse in der Staatssprache und sahen darauf, daß auch ihren Kindern aus der mangelnden Beherrschung des Madjarischen kein Hindernis für eine künftige Berufswahl erwuchs.
Diese Schicht gab ganz bewußt Madjarisch als Umgangssprache an, nicht zuletzt, um damit zu dokumentieren, daß sie der bäuerlichen Herkunft entwachsen war. Ebenso brachte die Namensmadjarisierung den Einzelnen selten in Gewissenskonflikte, wenn auch hierbei Traditions- und Familiensinn oftmals hemmend gewirkt haben mögen.
Ein zweiter Grund für die fortlaufende Assimilierung des ungarländischen Deutschtums durch die Staatsnation lag darin, daß ihm die Voraussetzungen dafür fehlten, sich vom Madjarentum als kulturelle oder religiöse Sondergruppe bewußt abzusetzen.
Ganz im Gegensatz zu den sich ihrer großen historischen Vergangenheit und ihres Volksgruppencharakters wohl bewußten Siebenbürger Sachsen, die mit dem Vertrag von Trianon der rumänischen Staatshoheit unterstellt wurden, bildeten die Schwaben in Restungarn tatsächlich nur eine sprachliche Gemeinschaft, deren Kulturgut sich auf Trachten, Volksbräuche und

Volkslieder und eben die schwere bäuerliche Sprache beschränkte, die einem Vergleich mit dem Hochmadjarischen nicht standhielt.
Die eigene geschichtliche Überlieferung erwies sich gegenüber der Anziehungskraft des geschichtlich und kulturell selbstbewußten Madjarentums als nicht stark genug. Alte Bindungen politischer oder kultureller Art zum Deutschen Reich gab es so gut wie gar nicht. Das Verhältnis zu Österreich, zu dem bis 1918 die keineswegs zu unterschätzende dynastische Verbindung des gemeinsamen Herrscherhauses bestanden hatte, litt anfangs unter den Nachwirkungen der Abstimmungskämpfe im Burgenland, später unter den außenpolitischen Rücksichten, die Wien auf Ungarn zu nehmen hatte und die ihm jede Beschützerrolle für das Deutschtum in Ungarn verboten.
Auch die Konfessionszugehörigkeit verband eher das ungarländische Deutschtum mit dem madjarischen Staatsvolk, als daß sie es von ihm trennte, da das katholische Element bei beiden ganz erheblich überwog. Es ergaben sich daher auf Grund der konfessionellen Gliederung im allgemeinen keine Differenzen, im Gegenteil, die alle nationalen Gruppen vereinigende Kirche konnte Spannungsmomente und Gegensätze der Nationalitäten ausgleichen.
Sicherlich vollzog sich dieser Ausgleich im wesentlichen zugunsten des Staatsvolkes, wenn auch die katholische Kirche in Ungarn keineswegs den Assimilierungsbestrebungen des Madjarentums bewußt Vorschub geleistet hat. Sie hat vielmehr durch Erhaltung von Konfessionsschulen, in denen grundsätzlich in der Muttersprache der Schüler unterrichtet wurde, wesentlich dazu beigetragen, daß das schwäbische Deutsch in den dörflichen Gemeinden nicht ausstarb.
Außerdem waren bekannte schwäbische Volkstumsführer wie Ladislaus Pintér oder auch der Jesuitenschüler Jakob Bleyer der Kirche eng verbunden. Aber als eine das ungarländische Deutschtum gegen die Madjarisierungstendenzen sammelnde und führende Kraft wie in anderen Ländern konnte die katholische Kirche, schon wegen ihrer engen Verbindung zum ungarischen Staat, nicht angesehen werden.
Gegen den Assimilierungsvorgang der aufstrebenden Schicht und der städtischen Bevölkerung hat sie kein Gegengewicht gebildet. Auf einem anderen Blatte steht es, daß sie sich Ende der dreißiger Jahre ganz betont gegen die nationalistische Überspitzung des Volkstumskampfes, wie sie unter dem Einfluß des reichsdeutschen Nationalsozialismus zustande kam, gewandt hat.

**Madjarisierung und ungarische Schulpolitik.**

Es liegt auf der Hand, daß die Assimilation von den Madjaren selbst bewußt gefördert wurde. Das Madjarentum, seines Wertes und seiner geschichtlichen Sendung bewußt, glaubte, den "Schwaben" zu sich emporzuheben, wenn er Madjare wurde, und es gewährte ihm bereitwillig alle Vorteile eines Gleichberechtigten, es forderte nur eins: die unbedingte Bereitschaft zur Assimilation.
Der Gebrauch der madjarischen Sprache, die Madjarisierung des Namens galten als natürliche und selbstverständliche Treuebeweise; sie beruhten theoretisch auf freiwilliger Entscheidung, wurden den Schwaben aber zur Erleichterung ihres sozialen und politischen Aufstiegs als unabweisbare Notwendigkeit nahegelegt. So konnte zum Beispiel der einfache Mann den erstrebenswerten Beruf eines Beamten der Staatsbahn oder der Post nur dann erreichen, wenn er einen madjarischen Namen trug.
Dasselbe galt für die Aufnahme in den Vitéz-Orden. Den Offizieren mit nichtmadjarischen Namen wurde 1930 vom damaligen Verteidigungsminister Gömbös die Namensänderung nahegelegt. Im öffentlichen Leben, in allen Berufszweigen, besonders in den Intelligenzberufen und in der Wirtschaft, überall war ein Aufsteigen sehr viel leichter, wenn der Minderheitenangehörige schon durch seinen madjarischen Namen beweisen konnte, daß er zu den "Treuen" gehörte.

Nicht eigentlich die Gesetzgebung, sondern eher die administrative Praxis der ungarischen Behörden war es also, die den Rückgang der deutschen Minderheit herbeigeführt hat. Etwas anders liegen die Dinge auf dem Gebiete der Schulpolitik, die es verstanden hat, die Zahl der deutschsprachigen Schulen im Laufe von fünfzig Jahren auf ein Minimum einzuschränken. Ihre radikale Verminderung, die dann in den zwanziger Jahren zum Halten gebracht und von einer allerdings recht langsam anlaufenden Vermehrung abgelöst wurde, ist zum großen Teil, wenn auch nicht ausschließlich, aus den gesetzgeberischen Maßnahmen zu erklären, wie sie nach dem "Ausgleich" von 1867 einsetzten.
Das Schulgesetz von 1879, das Madjarisch als Pflichtfach in allen Schulen einführte, und dann besonders die scharfe Lex Apponyi von 1907, die neben anderen einschränkenden Verfügungen das Beherrschen des Madjarischen in Wort und Schrift als Unterrichtsziel des 4. Schuljahres forderte, ließen der deutschsprachigen Schule kaum noch Raum. Gab es 1869 im Königreich Ungarn noch 1.232 deutschsprachige (und 957 gemischtsprachige) Schulen, so verminderte sich der Bestand bis 1880 auf 867 (und 919) und bis 1913 auf 447 deutschsprachige Schulen, von denen der weitaus größte Teil in Siebenbürgen lag; Rumpfungarn wies 1920 noch 14 deutschsprachige Schulen auf.
Eine Madjarisierung der Schulsprache in diesem Ausmaße war allerdings nur bei den "Schwaben" Rumpfungarns möglich, nicht bei den anderen fremdsprachigen Bevölkerungsgruppen und auch nicht bei den Siebenbürger Sachsen, da hier besondere Umstände vorlagen. Das Nationalitätengesetz von 1868 gab der griechisch-katholischen Kirche, der ein Teil der Rumänen, und der griechisch-orthodoxen Kirche, der Rumänen und Serben angehörten, die Autonomie, ebenso der evangelischen Landeskirche der Siebenbürger Sachsen.
Damit hatten diese Volksgruppen in ihrer Kirche einen sehr fühlbaren Rückhalt und verloren nur einen geringen Teil ihrer eigensprachigen Schulen. Das übrige ungarische Deutschtum genoß keinen solchen Schutz, darin trat auch nach 1918 keine Besserung ein.
Der Passus zum Schutz der Minderheiten im Vertrag von Trianon, ebenso wie das theoretisch immer noch gültige Nationalitätengesetz von 1868 garantierten wohl allen anderssprachigen Untertanen ihre individuellen Rechte auf den Gebrauch ihrer Muttersprache, auf ihr religiöses Bekenntnis, auf volle Gleichberechtigung, und die madjarische Literatur hat nicht versäumt, immer wieder auf diese Tatsache hinzuweisen; dessen ungeachtet aber trat gegenüber der Vorweltkriegszeit keine Änderung ein.
Die madjarische Schulpolitik erreichte es vielmehr, daß um 1940 nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der ungarischen Schwaben die deutsche Schriftsprache beherrschte. Der Volksdeutsche in Ungarn konnte, obgleich Deutsch seine Umgangssprache war, sich schriftlich in dieser Sprache meist nur in einer Art phonetischer Umschrift seines Heimatdialektes, der mit einer Fülle von Hungarismen durchsetzt war, ausdrücken.

**Die politische Struktur des ungarländischen Deutschtums.**

Das Deutschtum Rumpfungarns hat sich bis in die neueste Zeit hinein, d.h. bis in die Tage kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, niemals um eine Sonderstellung als Gruppe oder gar um volle Autonomie in irgendeiner Form bemüht. Es wurden wohl deutschstämmige Abgeordnete, unter ihnen hier und dort auch einmal ein schwäbischer Bauer in das ungarische Parlament gewählt, aber nicht als Vertreter des Deutschtums, sondern als Angehörige einer allgemeinen ungarischen Partei, meist der Regierungspartei.
Es kam ebenso vor, daß einer dieser Abgeordneten oder ein Kommunalpolitiker deutscher Herkunft sich dafür verwandte, die in der Verfassung garantierte staatsbürgerliche Gleichberechtigung seiner deutschen Wähler zu sichern, aber darüber hinaus gingen die Bemühungen nicht - ein Ausdruck der Staatsloyalität des ungarländischen Deutschtums.
Sicher spielte auch die Tatsache mit, daß diesem eine ausreichende Intelligenzschicht fehlte, trotz einiger Versuche, schon vor dem Ersten Weltkrieg eine solche zu schaffen. Die Abtren-

nung der politisch und kulturell aktiveren deutschen Volksgruppen von Ungarn, wie sie durch die Grenzziehungen von 1919 vorgenommen wurde, hat diese Ansätze wieder unterbrochen.
So fand sich das Deutschtum in Trianon-Ungarn nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im neuen madjarischen Nationalstaat ohne politische Tradition und Führerschicht und sah sich dem Druck des madjarischen Nationalismus ausgesetzt, der durch den für Ungarn unglücklichen Weltkriegsausgang und die großen Gebietsverluste sich gegenüber früher noch erhitzt hatte.
Das vorhandene landsmannschaftliche oder stammhafte Gefühl, zum "Schwabentum" zu gehören, reichte nicht aus für ein eigenes politisches Programm, wie es schon die Siebenbürger Sachsen vorweisen konnten. Jakob Bleyer, die zweifellos bedeutendste Persönlichkeit des ungarländischen Deutschtums seit dem Ersten Weltkrieg, erkannte am schärfsten diesen Mangel und suchte in den 20er Jahren das ungarländische Deutschtum durch bewußte Volkstums- und Kulturpflege geistig zu sammeln und seine im Vertrag von Trianon garantierten Minderheitsrechte vor allem im Schulwesen zu verteidigen.
Der auf seine Initiative 1923 gegründete "Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein" (UDV) setzte sich zum Ziel, durch Bildung von Ortsgruppen in deutschsprachigen Gemeinden, durch Errichtung von Bibliotheken, Veranstaltung von Volks- und Trachtenfesten, Musik- und anderen kulturellen Wettbewerben, Herausgabe von deutschem heimatgebundenen Schrifttum das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl der ungarländischen Deutschen zu stärken.
Der Wirkungsbereich des Volksbildungsvereins darf allerdings nicht überschätzt werden, so sehr er für die reine Volkstumspflege Gutes stiftete und von ihm auch mittelbar Anregungen ausgingen. Die passive Resistenz, vor allem der oft stark nationalistischen örtlichen Behörden, setzte seinem Bestreben, an die gesamte deutschsprachige Bevölkerung heranzukommen, Grenzen.
So blieb der Kreis der Anhänger und Mitglieder des "Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins" Jakob Bleyers immer begrenzt; in der Zeit seiner größten Entfaltung zwischen 1938-40 wird seine Mitgliederzahl nicht über 15 000 hinausgegangen sein.
Hier trat geradezu eine Tragik in den Bemühungen Bleyers zutage, denn seine deutsche Volkstumspolitik wollte gerade nicht an der Zugehörigkeit des ungarländischen Deutschtums zu Ungarn, ja zur ungarländischen Staatsnation rütteln: "Das Deutschtum in Ungarn", schrieb er in einem über die Grenzen Ungarns hinaus bekanntgewordenen Aufsatz, "ging von jeher gerne auf die historische und juristische Terminologie des Ungarntums ein und so bekannte es sich in der Vergangenheit und bekennt sich auch in der Gegenwart ohne Umstände zur einheitlichen, politischen, ungarischen Nation.
Hier schwingen gerade bei dem Deutschtum hohe Gefühle und inhaltsschwere Erlebnisse mit: Die Erinnerung an eine vielhundertjährige, gemeinsame Vergangenheit, die Liebe zur schweißgedüngten Heimat, die Treue zum gemeinsamen blutgetränkten Vaterland, die innige Verwachsenheit nicht nur mit der deutschen Volkskultur, sondern auch mit der so vielfach deutsch beeinflußten ungarischen Staatskultur, wie diese sich im politischen, staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben seit ungezählten Generationen herausgebildet hat.
All dies läßt den Deutschen aus Ungarn überall in der Welt sich Ungar oder doch Deutsch-Ungar nennen. Jedenfalls war es unter den Deutschen Ungarns nie Brauch, sich zur "deutschen Nation" zu bekennen und täten sie es, so kämen sie nicht nur mit dem Wortlaut der ungarischen Gesetze in Widerspruch, sondern würden auch bei dem Ungarntum durch Verneinung seiner eingewurzeltesten Ideen Mißtrauen, ja offenes Ärgernis hervorrufen. ...
Bei aller Zugehörigkeit zur "ungarischen Nation" sind wir natürlich - dieses "natürlich" im ursprünglichsten Sinne verstanden - gleichgeartete und gleichwertige Mitglieder des "deut-

schen Volkes". Es wäre niedrige Heuchelei und käme der Selbstverachtung gleich, wenn wir uns zu dieser unabänderlichen und unbestreitbaren Tatsache nicht frank und frei bekennen würden." Bleyer, der die deutsche "Nationalität" innerhalb der ungarischen Nation zusammenführen wollte, glaubte, damit ebenso der Erfüllung des ungarischen Staatsgedankens wie der Pflicht gegenüber dem gottgewollten Volkstum dienen zu können.
Mit Nachdruck trat er für einen Volksgedanken ein, der sich an objektiven Merkmalen, vor allem an der Muttersprache orientierte. Im Bereiche des Volkstums nahm er Gegebenheiten an, "die durch kein Bekenntnis und durch keine Absage verschwinden gemacht werden können".
Mit diesem Programm, das sich vor leeren Verallgemeinerungen hüten und die besonderen geschichtlichen Verhältnisse Ungarns zum Richtmaß nehmen wollte, ist Bleyer im wesentlichen gescheitert. Gescheitert einmal an den Schwierigkeiten, für seine Volkstumsidee in ihrem Verhältnis zu Staat und ungarischer Nation die Bereitschaft unter seinen Landsleuten zu wecken, gescheitert aber mehr noch an den Gegenkräften des madjarischen Nationalismus, der selbst die Minderheits-Nationalität im Sinne Bleyers ablehnte.
So hatte Jakob Bleyer selbst gegen Ende seines Lebens, noch vor dem nationalsozialistischen Umbruch in Deutschland, das Vertrauen an die Möglichkeit aufgegeben, "daß Ungarn von sich heraus die deutsche Frage lösen soll und lösen wird. Ich baute zu sehr auf das Recht und die Gerechtigkeit, auf die Einsicht und auf die nüchterne Erfassung der eigenen Interessen. In diesem Sinne und diesem Glauben habe ich viele Jahre lang gekämpft und gearbeitet.
Diesen Glauben habe ich vollständig verloren. Ungarn wird nie die deutsche Frage lösen, nämlich nicht aus sich selbst heraus. Die Madjarisierung war nie so rücksichtslos, so zielbewußt und so durchgreifend wie heute. Das ist eine Tatsache, über die gar nicht diskutiert werden kann." …<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Verhältnisse in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg (x051/592): >>Ungarn, Staat in Südosteuropa mit 93.073 km² und rund 8,7 Millionen Einwohnern (1930). Nach republikanischen Anfängen (16.11.18) und kommunistischer Räterepublik unter Béla Kun (22.3.-1.8.19) etablierte Horthy als "Reichsverweser" ein Königreich Ungarn bei Thronvakanz.
Drei Themen bestimmten nach dem Frieden von Trianon (4. 6.20) Ungarns Politik:
Revision des Friedensvertrages (2.11.38: 1. Wiener Schiedsspruch, 14.3.39: Besetzung der Karpato-Ukraine, 30.8.40: 2. Wiener Schiedsspruch, April 41: Wiedereingliederung jugoslawischer Gebiete),
Restauration der Habsburger Monarchie (1921 vergebliche Versuche einer Rückkehr Kaiser Karls), schwere soziale Spannungen (dominierender feudaler Großgrundbesitz, Landhunger der Kleinbauern, Aufstieg eines rechtsradikalen, antisemitischen "neuen Mittelstands").
Während die liberalkonservative Gruppierung um den Grafen Bethlen (Ministerpräsident 4.4.22-19.8.31) für außenpolitische Selbständigkeit, einen maßvollen Revisionismus und innere Konsolidierung eintrat, suchten die Exponenten des mittelständischen Antisemitismus und eines radikalen Irredentismus gegen die Kleine Entente um Gömbös (Ministerpräsident 30.9.32-6.10.36) ideologisch und außenpolitisch sowie aus Gründen einer immer stärkeren Abhängigkeit vom deutschen Markt enge Anlehnung an Faschismus und Nationalsozialismus; Entstehung einer von Berlin unterstützten nationalsozialistischen Pfeilkreuzler-Partei unter Szálasi. ...<<

**18.11.1918**

**Lettland:** Nach dem Sieg der deutsch-lettischen Landwehren gegen die Bolschewisten gründet man am 18. November 1918 die Republik Lettland (Hauptstadt = Riga).
Lettland wird aus den russischen Provinzen Kurland und Südlivland gebildet. Im Jahre 1935 beträgt die Bevölkerung rd. 1.939.000 Einwohner (75,0 % Letten, 13 % Russen, 5 % Juden, 4

% Deutsche, 3 % Polen). Konfession: Überwiegend Protestanten (x019/138).
Bekannte Städte sind z.B.: Riga, Rositten, Windau, Paulshafen, Libau, Dünaburg.
**Polen:** Ein Dekret der polnischen Regierung vom 18. November 1918 für die Wahl des polnischen Parlaments umfaßt bereits Teile Ostpreußens (Masuren und Ermland) Westpreußen, Posen und Oberschlesien (x070/147).

**18.11.1918**

**Rumänien:** Die rumänische Nationalversammlung vereinbart in Karlsburg (Alba Julia) am 18. November 1918 die sog. Karlsburger Beschlüsse.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Karlsburger Beschlüsse (x007/123E-124E): >>… **Die Karlsburger Beschlüsse.**
Die Beschlüsse der rumänischen Nationalversammlung in Karlsburg (Alba Julia) vom 18. November 1918.
I. Die Nationalversammlung aller Rumänen aus Siebenbürgen, dem Banat und Ungarn, die durch ihre beglaubigten Vertreter am 18. November (1. Dezember) 1918 in Karlsburg versammelt sind, beschließen die Vereinigung dieser Rumänen und aller von ihnen bewohnten Gebiete mit Rumänien. Die Nationalversammlung verkündet insbesondere das unveräußerliche Recht der rumänischen Nation auf den ganzen Banat, eingeschlossen von den Flüssen Maros, Theiß und Donau.
II. Die Nationalversammlung behält allen oben genannten Gebieten die provisorische Autonomie bis zum Zusammentritt der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Konstituanten vor.
III. Im Zusammenhang mit dieser als dem Grundprinzip für die Gestaltung des neuen rumänischen Staates verkündet die Nationalversammlung das folgende:
1. Die volle nationale Freiheit für alle mitbewohnenden Völker. Jedes Volk wird den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner eigenen Sprache durch Personen aus seiner Mitte erhalten, und jedes Volk wird das Recht der Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung im Verhältnis der Zahl seiner Volkangehörigen haben.
2. Gleichberechtigung und volle autonome konfessionelle Freiheit für alle Konfessionen im Staate.
3. Volle Verwirklichung eines rein demokratischen Regimes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Allgemeines, gleiches, geheimes, gemeindeweises Proportionalwahlrecht für beide Geschlechter im Alter von 25 Jahren für die Vertretung in Gemeinde, Bezirk oder Parlament.
4. Vollständige Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit volle Gedankenfreiheit.
5. Durchgreifende Agrarreform. Aufstellung eines Katasters über den gesamten Grundbesitz und insbesondere über die großen Landgüter. Es soll auf der Grundlage dieser Kataster durch Auflösung der Majoratsgüter und das Recht, die großen soweit notwendig zu verkleinern, den Bauern ermöglicht werden, wenigstens so viel Land (Ackerland, Weide und Wald) zu erwerben, wie sie mit ihren Familienangehörigen bearbeiten können. Das leitende Prinzip dieser Agrarpolitik ist das des sozialen Ausgleichs bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion.
6. Sicherstellung derselben Rechte und Vorteile für die Industriearbeiter, wie sie durch die Gesetzgebungen in den meisten fortschrittlichen Staaten des Westens gewährleistet wird.
IV. Die Nationalversammlung gibt ihrem Wunsche Ausdruck, der Friedenskongreß möge die Gemeinschaft der freien Nationen in solcher Weise zustande bringen, daß das Recht und die Freiheit für alle Nationen, groß und klein, in gleicher Weise gesichert sei und daß in Zukunft der Krieg als Mittel für die Regelung der internationalen Beziehungen ausgeschaltet sei.
V. Die in der Nationalversammlung versammelten Rumänen begrüßen ihre Brüder aus der Bukowina, die von dem Joch Österreich-Ungarns befreit und mit dem Mutterland Rumänien vereinigt worden sind.

VIII. Für die weitere Führung der Angelegenheiten der rumänischen Nation aus Siebenbürgen, dem Banat und Ungarn beschließt die Nationalversammlung die Einsetzung eines großen rumänischen Nationalrates, der die volle Berechtigung haben wird, die rumänische Nation wann immer und überall allen Nationen der Welt gegenüber zu vertreten und alle Verfügungen zu treffen, die er im Interesse der Nation für notwendig halten wird.<<

**25.11.1918**

**Deutsches Reich:** Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, erklärt am 25. November 1918 auf der Reichskonferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin (x243/20): >>Wir (die sechs Volksbeauftragten) mußten, nachdem wir die politische Macht in die Hand genommen hatten, dafür Sorge tragen, daß diese Maschine weiterläuft, um unsere Ernährung und Wirtschaft aufrecht erhalten zu können. ... Dazu brauchen wir die erfahrene Mitarbeit der Fachleute. ...<<

**26.11.1918**

**Deutsches Reich:** Hugo Haase (Vorsitzender der USPD und neben Friedrich Ebert Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten) schreibt am 26. November 1918 in einem Brief an seinen Sohn (x149/34): >>Die harten Waffenstillstandsbedingungen, die Notwendigkeit der überstürzten Demobilisierung, das Detail der Ernährungspolitik erheischten mehr als sonst die Aufrechterhaltung des eingearbeiteten Verwaltungsapparats.

Die alten Beamten, die sich mit der Revolution abgefunden haben, ... sind im Innern radikalen Neuerungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht geneigt, als bloße Techniker sind sie dennoch nicht zu entbehren.

Die Scheidemänner haben aber Bürgerliche auch in wichtigen politischen Stellungen gelassen. ... Ich würde allein mit meinen Freunden die Regierung ergriffen haben, wenn nicht die Soldaten fast einmütig darauf bestanden, daß wir mit Ebert die Gewalt teilen sollten, und wenn nicht ohne Ebert ein erheblicher Teil der bürgerlichen Fachmänner Sabotage treiben würde.

So müssen wir manches in Kauf nehmen, was uns ... (gegen den Strich) geht. Der revolutionäre Elan wird stark gedämpft. ...<<

**28.11.1918**

**Niederlande:** Kaiser Wilhelm II. dankt im holländischen Exil am 28. November 1918 ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.

Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautet wie folgt (x979/…): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.

Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. (x1.035/…): >>**Friede oder Hohenzollern?**

**Deutschland im Herbst 1918**

Die Ereignisse, die im Herbst 1918 zum Thronverzicht und schließlich zur Abdankung von Kaiser Wilhelm II. führten, sind in der geschichtspolitischen Propaganda der letzten 100 Jahre zu einem Prozeß umgedeutet worden, der etwas längst Überfälliges vollzogen hätte.

Da der Kaiser und das kaiserliche Deutschland im Versailler Vertrag als Alleinschuldige am Ersten Weltkrieg benannt wurden, konnte es keinen anderen Weg geben. Das Kaiserreich ha-

be sich als historischer Irrweg erwiesen, den die Deutschen im November 1918 endlich verlassen hatten.
Dabei tritt in den Hintergrund, daß das Kaiserreich am Vorabend des Weltkrieges glänzend dastand, und daß es auch am Ende des Weltkriegs - anders als in Rußland - kaum ernsthafte Bestrebungen gab, den Kaiser zu beseitigen, wenn Deutschland nicht vor die Alternative gestellt worden wäre: Friede oder Hohenzollern?

**Das Schicksal Wilhelms II. war längst mit dem Kriegsausgang verknüpft**

Durch den Ersten Weltkrieg hatte sich die öffentliche Wahrnehmung des Kaisers zweifellos geändert. War er vor dem Krieg die anerkannte Instanz über dem Parteienstreit gewesen, mußte er sich jetzt praktisch als Führer in der Not bewähren. Hatte man ihm damals harmlose Marotten lächelnd nachgesehen, wog jetzt jede kleinste Verfehlung doppelt schwer.

**Kaiser Wilhelm II. 1918**

Die von ihm ausgewählten und durchgesetzten Heerführer versagten, und es entstand ihm in der Person des Feldmarschalls Paul von Hindenburg ein Konkurrent, der dem Kaiser in der Öffentlichkeit allmählich den Rang ablief. Bereits durch den Sieg bei Tannenberg Ende August 1914 war Hindenburg von der Aura des Siegers umgeben. Die Geländegewinne im Osten schrieb man ihm gut, während der - zunehmend als sinnlose Schlächterei empfundene - Stellungskrieg im Westen das Konto des Kaisers belastete.
Daher war dem Kaiser schon im April 1917 klar, daß es in diesem Krieg auch um seine Krone gehen würde. Auch in der nächsten Umgebung des Kaisers und bei ihm durchaus gewogenen Leuten gab es diese Auffassung.
Der Bankier und Staatssekretär Karl Helfferich glaubte nach dem Zeugnis von Admiral von Müller, dem Chef des Marinekabinetts beim Kaiser, schon am 2. Oktober 1918 nicht mehr, daß der Kaiser "noch über Weihnachten hinaus regieren werde, und über den Kronprinzen (den ältesten Sohn Wilhelms II. als dessen Nachfolger] würde das Volk erst recht hinweggehen. Es sei gar nicht unwahrscheinlich, daß die Entente das Abtreten Wilhelms II. als Friedensbedingung fordern werde…"

**Zuspitzung der Ereignisse im Oktober 1918: der Notenwechsel mit US-Präsident Wilson**

Für die Abdankung des Kaisers ist dann tatsächlich der Notenwechsel mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson entscheidend geworden. Er hat sich im nachhinein als Sargnagel der Monarchie erwiesen.
Vorausgegangen war dem Notenwechsel das Eingeständnis der Obersten Heeresleitung um Hindenburg und Ludendorff, daß das Halten der Front nicht länger garantiert werden könne. Über die wirkliche Lage an der Front und auch über den Zustand der alliierten Truppen ist viel gestritten worden. Offenbar schätzten die Alliierten den Kampfwert der deutschen Truppen wesentlich höher ein und rechneten nicht mehr damit, daß der Krieg 1918 beendet werden würde. Da auf deutscher Seite in der Annahme gehandelt wurde, daß Gefahr im Verzug sei, sind diese Spekulationen für die Anbahnung des Friedens letztlich unwichtig. Sie werden erst später wieder interessant, als es um die Frage des "Dolchstoßes" ging.

**US-Präsident Woodrow Wilson 1918**

In Bezugnahme auf die 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson, die dieser am 8. Januar 1918 verkündet und in der Folge immer weiter ausgebaut hatte, richtete der neue Reichskanzler Max von Baden, der extra deshalb ins Amt gekommen war, am 5. Oktober 1918 das Ersuchen an Wilson, die Herstellung eines Friedens in die Hand zu nehmen. Die Berufung auf die 14 Punkte war nicht unproblematisch, da sie so vage gehalten waren, daß sich daraus fast jede Forderung, insbesondere die sofortige Räumung der von den Deutschen besetzen Gebiete, ableiten ließ. Wilson ließ seinen Staatssekretär Robert Lansing am 8. Oktober daraufhin drei Fragen bzw. Bedingungen übermitteln.
Er ließ fragen, ob die Bitte um Frieden die Annahme der Bedingungen beinhalte, so daß im

Anschluß nur noch Formalien zu klären seien und forderte als Bedingung die Räumung der besetzten Gebiete im Westen. Den entscheidenden Hinweis auf die Stoßrichtung, die sich in der Folge immer deutlicher herausstellen sollte, gibt die abschließende Frage, "ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben".
In ihrer Antwortnote, die nicht mehr vom Reichskanzler, sondern vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, dem Außenminister, Wilhelm Solf, unterzeichnet war, bejahte die deutsche Regierung am 12. Oktober die erste Frage mit dem Zusatz, daß man davon ausginge, daß sich auch die Feinde an die 14 Punkte Wilsons halten würden, und versprach den Räumungsvorschlägen zu entsprechen. Zum heiklen letzten Punkt heißt es:
"Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes."

**US-Regierung: "Regime Change" in Deutschland als Friedensbedingung**

Diese viel- und nichtssagende Versicherung genügte der amerikanischen Seite nicht, da die neue Regierung zwar auf parlamentarischer Basis gebildet, der Kanzler jedoch vom Kaiser bestimmt worden war. In der Note vom 14. Oktober wurde man daher deutlicher, indem man die Friedensbedingungen, denen sich das Deutsche Reich zu unterwerfen habe, mit dem Zitat einer Rede Wilsons vom 4. Juli 1918 präzisierte.
Die Forderung lautete: "Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit." Weiter heißt es in der Note: "Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern." Ausdrücklich nennt die Note diesen Sachverhalt als die Bedingung, die dem Friedensschluß vorausgehen muß. Daher verlangte der US-Präsident entsprechende Bürgschaften in dieser "grundsätzlichen Frage".
Am 21. Oktober antwortete Solf mit dem Hinweis auf die auf den Weg gebrachten Gesetze, die das Deutsche Reich in eine konstitutionelle Monarchie verwandeln würden und betonte den grundsätzlichen Wandel, der sich bereits vollzogen habe. Die Mitwirkung des Reichstags sei sichergestellt, und die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag werde ausgebaut.
"Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahingehend beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes."
Nachdem bislang der deutsche Kaiser nicht ausdrücklich erwähnt worden war, obwohl jedem Leser klar sein mußte, wessen Kopf hier gefordert wurde, ging die amerikanische Seite in ihrer Note vom 23. Oktober noch einen Schritt weiter. Da diese entscheidenden Passagen oft nur erwähnt werden, seien sie hier ausführlich zitiert:
"Der Präsident (Wilson) fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht - und zwar in möglichst klarer Form - betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Äußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so erscheint es doch nicht, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden.
Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen

worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als eine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß es sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben."

**Konstitutionelle Monarchie nur als Zwischenschritt**

Auch wenn diese hinterhältigen Forderungen von der Obersten Heeresleitung abgelehnt wurden, liefen die politischen Konsequenzen doch auf deren Erfüllung hinaus. Die Regierung hatte schon Anfang Oktober eine zaghafte Verfassungsänderungsinitiative gestartet, die Mitte Oktober um eine weitergehende ergänzt worden war, um die konstitutionelle Monarchie Realität werden zu lassen. Beide Gesetze wurden nach Änderung durch den Reichstag von diesem in seiner letzten Sitzung am 25. und 26. Oktober angenommen.

Am 26. Oktober war Ludendorff entlassen und Groener zu seinem Nachfolger berufen worden. Dementsprechend konnte Solf in einer abschließenden Note an Wilson Vollzug melden: "Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt." Formellen Abschluß fand diese Verfassungsänderung durch die Zustimmung des Bundesrates und die Unterzeichnung des Kaisers am 28. Oktober 1918.

Die Spekulationen über die konkreten Forderungen der Alliierten schossen in der öffentlichen Debatte ins Kraut, weil es in jedem Land eine gemäßigte und eine radikale Seite gab, von denen unklar war, wer sich durchsetzen würde. In Deutschland war man sich einig, daß man nicht jede Forderung akzeptieren würde. Beispielsweise erklärte selbst der radikale Sozialist Georg Ledebour im Reichstag, daß man niemals auf Danzig verzichten würde.

Wenn der Preis der Kaiser war, wollte man diesen allerdings zahlen, weil die Deutschen hungerten und Ruhe brauchten. "Durch alle Bevölkerungsschichten hindurch zog sich der eine gemeinsame Wunsch nach Frieden, und das hieß zum einen: Abdankung des Kaisers, der dem Frieden im Weg zu stehen schien (bedingt durch die amerikanischen Forderungen); und zum anderen: parlamentarische Demokratie, denn nichts war im Augenblick der Niederlage gewisser als die Schuld das alten Systems", so der Historiker Hagen Schulze.

**Der Kaiser verläßt Deutschland**

Dieser Situation war der Kaiser nicht gewachsen. Er entzog sich diesen Forderungen, indem er Berlin verließ und sich ins Große Hauptquartier, nach Spa in Belgien, begab. Er ist offenbar

der Überzeugung gewesen, daß er sich auf das Heer weiter verlassen würde können und mit ihm gemeinsam Gegenmaßnahmen ergreifen könne. Die Möglichkeiten, die erwogen wurden, reichen vom Gedanken, die Heimat durch eine Operation des Feldheeres wieder zu erobern, bis hin zu der Überlegung, sich an der Spitze seiner Truppen im Kampf gegen den Feind zu opfern.
Die erste Variante verwarf der Kaiser, weil er Deutschland den Bürgerkrieg ersparen wollte. Die zweite Variante wurde ihm, wie auch die Überlegung, nach geschlossenem Waffenstillstand an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückzukehren, von General Groener mit den berühmten Worten ausgeredet: "Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generälen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Euerer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Euer Majestät!"

**9. November: das Ende der Monarchie in Deutschland**

Diese realitätsferne Debatte dringt gerüchteweise nach Berlin und heizt die Stimmung dort, wo die Mehrheitssozialisten noch versuchen, die Abdankungsdebatte klein zu halten, noch zusätzlich an. Max Weber, der allerdings immer zu den Gegnern Wilhelm II. zählte, war sogar der Meinung, daß der Kaiser "durch die Desertion aus der Hauptstadt und Spielen mit dem Staatsstreich die Revolution geradezu provoziert" habe.
Schließlich begann am 8. November das Waffenstillstandsdiktat in Compiègne; am nächsten Tag erreichte die Revolution, die zunächst nur in Kiel und Bayern ausgebrochen war, Berlin. Der Reichskanzler Max von Baden erklärte ohne Rücksprache mit Wilhelm dessen Thronverzicht. Mit den Worten: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik!", rief der Staatssekretär und Sozialist Philip Scheidemann die Republik aus. Der Kaiser floh auf Anraten Hindenburgs in die neutralen Niederlande.
Daß die Deutschen den Kaiser für den Frieden opferten, kann man ihnen in der damaligen Situation nicht verdenken. Allerdings muß man aus der heutigen Perspektive zwei Dinge ergänzen. Zum einen bedeutete die Lossagung vom Kaiser für alle Beamten und Offiziere einen Bruch des Treueeids, was für die Weimarer Republik eine nicht zu unterschätzende Hypothek darstellte. Zum anderen führte die Abdankung des Kaisers, die nach dem überstürzten Thronverzicht am 28. November formal nachgeholt wurde, keineswegs zum Frieden.
Schließlich blieb die Hungerblockade der Alliierten bestehen, Deutschland war den Feinden hilflos ausgeliefert, mußte im Osten gegen den Bolschewismus kämpfen und fand erst nach einem Bürgerkrieg zu einem fragilen Frieden, der durch einen neuen Weltkrieg, der schon im Versailler Vertrag angelegt war, sein Ende fand. Es war also nicht nur Naivität, sondern auch Hilflosigkeit, die zu den Ereignissen von 1918 führte.

**Der Krieg zweier Weltanschauungen**

Zum Schluß bleibt die Frage, warum die Alliierten, insbesondere Wilson, unbedingt die Abdankung des Kaisers wollten. Die Amerikaner brauchten ein Symbol für den Sieg des Guten, und das war die Demokratisierung Deutschlands. Der Reeder und Kaiservertraute Albert Ballin hatte Anfang September gegenüber dem Kaiser den "brennenden Wunsch Wilsons (der allein heute, weil die Arbeiterparteien der Westmächte ihn als Sachwalter betrachten, den Schlüssel zum Haustempel hat), den Krieg nicht militärisch, sondern ideologisch zu enden", noch als Trumpf Deutschlands bezeichnet, dabei aber unterschätzt, zu welch harten Konsequenzen vor allem ein Ideologe vom Schlage Wilsons fähig sein würde.
Der Krieg war kein "normaler" Krieg mehr, in dem man den Unterlegenen weiterleben läßt, sondern einer, in dem der Feind von alliierter Seite nicht als Gegner, sondern als Krimineller, den es unschädlich zu machen und zu bestrafen gilt, betrachtet wurde. Die Amerikaner waren, insbesondere in der Person des außenpolitischen Beraters von Wilson, Oberst House, zudem der Überzeugung, daß dieser Krieg zwischen Demokratien und Autokratien ausgefochten

wurde. Allerdings waren die Regierungssysteme ganz offensichtlich nicht entscheidend.
Auch wenn heute die Ansicht verbreitet ist, daß der Erste Weltkrieg zwischen den Monarchien in Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen und den alliierten Demokratien auf der anderen Seite geführt wurde, war das jeweilige Regierungssystem kein Grund für Koalitionen. Das demokratische Frankreich war mit dem zaristischen Rußland verbündet, das aus Sicht der Alliierten viel besser zu Deutschland gepaßt hätte.
"Die Sanduhr läuft ab."
Daß es um grundsätzlicheres ging, hatte der Kaiser ebenfalls erkannt, wenngleich er es anläßlich seines 30jährigen Regierungsjubiläums anders zuspitzte. Es handelte sich bei dem Weltkrieg in seinen Worten "nicht um einen strategischen Feldzug, es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung, Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, in Ehre bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen. Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht. Die beiden Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden…"
Auch wenn Max Weber in dieser Zuspitzung die Ursache für die alliierten Forderungen nach Abdankung sehen wollte, weil Wilhelm den Krieg zu seiner persönlichen Fehde gemacht habe, handelt es sich bei diesen Worten um eine richtige Einsicht.
Es ging um einen Weltanschauungskrieg, der entsprechend geführt wurde. Das Symbol für "Recht, Freiheit, Ehre und Sitte" mußte daher abdanken. Es war nur unklug, diese Gedanken so offen zu äußern. Über sein Schicksal haben diese Worte sicherlich nicht entschieden. Sie stehen aber symptomatisch für ein Problem, das letztendlich ursächlich für die Abdankung gewesen ist.
Der Kaiser und die Deutschen waren der alliierten Propaganda, die den Gegner verteufelte und selbst für die gute Sache der Menschenrechte zu streiten vorgab, nicht gewachsen. Die Deutschen lernten im Laufe der vier Jahre am eigenen Leib kennen, was sich hinter der alliierten Heuchelei verbarg, z.B. durch die englische Hungerblockade. Der Kaiser lebte zunehmend in seiner eigenen Welt und verlor damit die Verbindung zur Wirklichkeit, die sich gerade in diesen Jahren grundlegend wandelte. …<<

**29.11.1918**

**CSR:** In Mährisch Trübau werden am 29. November 1918 fünf deutsche Demonstranten (3 Frauen und 2 Schüler) durch tschechische Sicherheitskräfte erschossen (x206/26).

**November 1918**

**Deutsches Reich:** Der Schriftsteller Friedrich Lienhart begrüßt die heimkehrenden deutschen Soldaten im November 1918 mit dem folgenden Gedicht (x267/326):

>>Wir können nicht, du tapferes Heer,
mit Glockenschlag dich lohnen –
Wir haben keine Glocken mehr,
sie wurden zu Kanonen.
Doch ein Wunsch tönt wie Glockenhall
empor aus allen Gauen:
Helft uns mit eurem Feldmarschall
ein würdig Deutschland bauen!<<

**01.12.1918**

**Jugoslawien:** Am 1. Dezember 1918 entsteht aus dem Königreich Serbien, Montenegro und verschiedenen österreichisch-ungarischen Gebietsteilen das neue "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen".

**Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1929 Umbenennung in Königreich Jugoslawien)**

Nach den Friedensverträgen von Saint-Germain-en-Laye (2.09.1919), Neuilly (27.11.1919) und Trianon (04.06.1920) war dieser neue Staat etwa 5mal so groß, wie das ursprüngliche Serbien. Da in den jugoslawischen Gebieten häufig völlig unterschiedliche kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Verhältnisse herrschten, waren die Nationalitätenprobleme äußerst schwierig. Durch die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie wurden auch die deutschen Siedlungsgebiete des "Donau-Schwabentums" fast vollständig zerrissen und größtenteils Jugoslawien und Rumänien zugeordnet. Nur ein geringer Teil der deutsch-ungarischen Siedlungsgebiete blieb bei Ungarn.

Im Jahre 1931 lebten in Jugoslawien 13.934.038 Einwohner (x006/11E): 77 % Serben und Kroaten, 8,1 % Slowenen, 3,6 % Deutsche, 3,6 % Albaner, 3,4 % Ungarn, 1,0 % Rumänen, 1,0 % Türken und 2,3 % sonstige Völker.

Konfessionsgliederung in Jugoslawien im Jahre 1935 (x019/154): 48,8 % serbisch-orthodox, 37,5 % römisch-katholisch (Kroaten, Slowenen und Deutsche), 11,2 % Moslems (Bosnier), 1,7 % protestantisch und 0,5 % israelitisch.

Im Jahre 1934 lebten noch mehr als 80 % der jugoslawischen Bevölkerung von der Landwirtschaft. Die fruchtbarsten Anbaugebiete lagen im Donautiefland (Banat, Batschka und Slawonien). Diese Gebiete waren die "Kornkammern des Landes". In den weiten Ebenen wurden hauptsächlich Weizen, Mais, Tabak und Wein angebaut.

Die deutschen Siedlungen entstanden ursprünglich nach dem Abzug der Türken (Friedensverträge von Karlowitz: 1699 und Passarowitz: 1718). Die Deutschen wurden durch österreichische Herrscher, die zugleich ungarische Könige waren, in den ehemals türkisch beherrschten Gebieten des Königreiches Ungarn angesiedelt (x006/5E).

Im Jahre 1931 wohnten rd. 500.000 Jugoslawien-Deutsche in folgenden Siedlungsgebieten: Batschka = 173.000, Banat = 120.000, Kroatien-Slawonien = 81.000, Ost-Syrmien = 49.000, Slowenien = 29.000, Baranya = 16.000, Bosnien-Herzegowina (historische Grenzen) = 16.000, Stadt Belgrad = 10.000 und übrige Gebiete = 6.000 Jugoslawien-Deutsche.

Die deutschen Siedler (Banater Schwaben und Ungarn-Deutsche) bezeichnete man etwa seit 1920 als "Donauschwaben", obwohl die Deutschen ursprünglich aus fast allen Gebieten des Deutschen Reiches stammten.

Im Jahre 1931 waren 76,7 % der Volksdeutschen römisch-katholisch, 20,2 % evangelisch-lutherisch und 3,1 % gehörten sonstigen Religionen an.

Die willkürlichen Grenzziehungen der Pariser "Friedensverträge" verschärften nachweislich die Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Behörden und nationalen Minderheiten in Süd-Osteuropa. Der Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Staates traf die deutschen Siedlungsgruppen in Serbien bzw. Jugoslawien äußerst schwer.

**Minderheitenprobleme in Jugoslawien**

Nach der Beseitigung der österreichisch-ungarischen Verwaltung bekämpfte man besonders die deutschen Minderheiten. In Slowenien wurden z.B. Tausende von Deutschen, vor allem Beamte und Angehörige freier Berufe, durch staatliche Anordnungen arbeitslos und durch Boykottmaßnahmen ruiniert oder gezwungen, das Land zu verlassen (x006/14E).

Die Volksdeutschen litten vielerorts unter vorsätzlichen Benachteiligungen und bösartigen Schikanen, denn viele waren den Serben, Kroaten, Slowenen und anderen Nationalitäten wirtschaftlich überlegen. Manche Nachbarn konnten ihren Haß, den Neid oder die Mißgunst nur mühsam verbergen. Vor allem die Serben und Slowenen setzten unentwegt politische und wirtschaftliche. Maßnahmen ein, um ihre "national-völkischen Ziele" durchzusetzen.

Trotz alledem duldete man die meisten "Schwaben" weiter in Jugoslawien, denn sie waren im allgemeinen ruhige, hilfsbereite Nachbarn, erfolgreiche Unternehmer, fleißige Bauern oder

geschickte Handwerker. In Jugoslawien waren die selbstbewußten Volksdeutschen zwar nicht übermäßig beliebt, aber man wollte nirgends auf die bewährte Arbeits- und Tatkraft der Deutschen verzichten.
Im Nationalitätenstaat Jugoslawien lebten Völker mit den unterschiedlichsten Glaubensbekenntnissen dicht nebeneinander. In vielen größeren jugoslawischen Gemeinden und Städten gab es verschiedene Kirchen (römisch-katholische, griechisch-katholische, griechisch-orthodoxe, protestantische, islamische und jüdische Gotteshäuser). Alle ethnischen Minderheiten, wie z.B. auch die Volksdeutschen, wehrten sich energisch gegen jede Art von Entdeutschung und verteidigten hartnäckig ihr Volkstum und ihre Kultur.
Im neuen Vielvölkerstaat Jugoslawien rückten die argwöhnischen deutschen Siedler noch dichter zusammen und blieben unter sich. Ehen mit Slawen oder Andersgläubigen kamen nur selten vor, denn die Volksdeutschen wollten ihr Volkstum nicht zusätzlich schwächen. Sie waren außerdem grundsätzlich nicht bereit, ihre Konfession aufzugeben.
Die deutschen Volksgemeinschaften hielten auf Gedeih und Verderb zusammen. Trotz der großen Entfernungen blieb die Mehrheit der Donauschwaben weiterhin mit Ungarn und dem deutschen Volk verbunden.
"Das ist eine Ehre oder eine Schande für einen Deutschen" bzw. "es gibt nicht zweierlei Deutschtum", waren keine allgemeinen Redensarten, sondern diese Grundsätze gehörten damals in Süd-Osteuropa zum überzeugten deutschen Volksbewußtsein.
Obgleich das deutsche Volksbewußtsein überall stark ausgeprägt war, erfüllten die Volksdeutschen gewissenhaft und treu ihre staatsbürgerlichen Pflichten. Die volksdeutschen Politiker hatten es in Jugoslawien ebenfalls sehr schwer. Der politische Führer der Jugoslawien-Deutschen, Dr. Kraft, wurde z.B. während einer Wahlversammlung am 26. Januar 1925 schwer mißhandelt (x034/244).
Außer den Serben identifizierte sich eigentlich niemand mit dem neuen Staat Jugoslawien. Die Serben, Kroaten und Slowenen waren zwar stammverwandte südslawische Völker, aber die historische Vergangenheit, die religiösen Gegensätze und die großen sozialen Unterschiede konnte man trotz aller Bemühungen nicht überwinden.
Kroatien verfügte z.B. über hochentwickelte westeuropäische Wirtschaftsstrukturen, während Serbien infolge der langen türkischen Besatzung keine gleichwertigen Strukturen zu bieten hatte. Die überwiegende Mehrheit der Serben war bettelarm, so daß spätere Konflikte vorprogrammiert waren.
Der ausgeprägte Führungsanspruch der fanatischen Serben stieß zwangsläufig auf den erbitterten Widerstand der stolzen Kroaten, die es nicht gewohnt waren, sich unterdrücken zu lassen. Die Kroaten strebten bereits frühzeitig nach Unabhängigkeit. Ab 1921 kämpften die Kroaten, unter Führung des Parteiführers Stefan Radic (1871-1928), mit allen politischen Mitteln gegen die Serben, um ihre Selbständigkeit durchzusetzen.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Deutschtum in Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg (x006/3E-35E): >>… **1. Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl.**
Das am 1.12.1918 proklamierte und durch die späteren Friedensverträge und Abkommen in seinen Staatsgrenzen näher bestimmte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ... 1929 umbenannt in "Königreich Jugoslawien", vereinigte die früheren Königreiche Serbien, Montenegro und die vorwiegend von Kroaten und Slowenen besiedelten Gebiete Österreich-Ungarns, daneben aber auch Territorien dieses Reiches, in denen die drei staatstragenden Völker in der Minderheit waren, zu einem Staat.
Von der ungarischen Reichshälfte erhielt Jugoslawien im Vertrag von Trianon (4.6.1920) das westliche Banat, den größten Teil der Batschka, das Baranja-Dreieck, Slawonien und Kroatien, das Zwischen- und Übermurgebiet; von der österreichischen im Vertrag von Saint Ger-

main (10.9.1919) die Untersteiermark, Südkärnten, Krain und Dalmatien, außerdem Bosnien und die Herzegowina; dazu gliederte es sich kleinere Gebiete von Bulgarien und Albanien an. Vielfältig und unterschiedlich war die historischpolitische, die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Territorien gewesen, die nun in dem neuen Staat zusammengefaßt wurden, allein dies hat ihn innen- und außenpolitisch mit einer schweren Hypothek belastet.
Zu den von der Neuordnung der politischen Verhältnisse betroffenen Nationalitäten zählten als stärkste nationale Minderheit auch die deutschen Siedlungsgruppen, die vor allem im Banat, der Batschka und Baranja, in Syrmien, Slawonien und Krain (Gottschee) ansässig waren und bisher keinen näheren Zusammenhang untereinander gehabt hatten. Neben der städtischen deutschen Bevölkerung in Belgrad, Agram und Slawonien bestanden deutsche Streusiedlungen in Bosnien und der Herzegowina.
Die stärkste und bedeutendste deutsche Bevölkerungsgruppe lebte in den ehemals südungarischen Gebieten: Banat, Batschka, Baranja. Im Banat - der Landschaft zwischen Donau und Theiß, der Mieresch (Maros) und den Transsilvanischen Alpen -, dessen westlicher Teil 1920 an Jugoslawien fiel, lag der Schwerpunkt deutscher Siedlungen im Süden bei Pantschowa, Weißkirchen und Werschetz, im Mittelbanat zwischen Groß-Betschkerek und der rumänischen Grenze, im Norden um Groß-Kikinda.
In der Batschka, dem südlichen Ausläufer der ungarischen Tiefebene zwischen Donau und Unterlauf der Theiß, lebten Deutsche vorwiegend im südwestlichen Teil und um die Bezirksorte Palanka, Neusatz, Hodschag und Kula, Apatin und Sombor. Das relativ kleine Gebiet der jugoslawischen Baranja im Drau-Donauwinkel, das sich westlich an die Batschka anschließt und zum deutschen Siedlungsgebiet der "Schwäbischen Türkei" gehörte, war bei Popovać und Beli Monastir, in den Verwaltungsbezirken Batina und Darda, von Deutschen besiedelt.
Das Deutschtum dieser drei Gebiete geht auf die Besiedlung nach den Friedensschlüssen von Karlowitz (1699) und Passarowitz (1718) zurück, durch die dieses Land an die Habsburger fiel. In die unter der Türkenherrschaft und durch die Kriege verödeten und verwilderten südungarischen Landesteile rief die kaiserliche Regierung Siedler aus fast allen Ländern des Reiches und versprach ihnen die Ansiedlung unter großzügigen finanziellen und materiellen Bedingungen. Diese staatliche Ansiedlung weist drei Höhepunkte auf.
Nachdem schon seit den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts einige Gruppen deutscher Handwerker, später überwiegend Bauern, vor allem von dem Gouverneur Graf Mercy ins Banat gerufen worden waren, wurden unter Maria Theresia zwischen 1765 und 1771 jährlich durchschnittlich ca. 1.000 bis 1.500 deutsche Familien für das Banat angeworben, und auch unter Joseph II. zwischen 1784 und 1787 stellten hier wie in der Batschka deutsche Bauern und Handwerker an der Gesamtzahl der in dieser Zeit Angesiedelten den größten Anteil.
Neben Deutschen wurden Serben, Madjaren und Rumänen, kleinere Gruppen Bulgaren, Kroaten, Slowaken. Ruthenen, Tschechen und eine geringe Anzahl von Italienern, Spaniern, Elsässern und lothringischen Franzosen angesiedelt; die zuletzt genannten sind bereits nach wenigen Generationen vorwiegend im Deutschtum der Umgebung aufgegangen.
Die Neusiedlung der eroberten Gebiete beruhte indes neben der staatlichen auch auf der privaten Initiative der Grundherren, die, um die Prosperität ihrer Besitzungen zu heben, Bauern und Landarbeiter auf ihre Ländereien holten. Diese Siedlungsaktion wurde insbesondere in der Batschka begünstigt, in der ein großer Teil des Bodens ungarischen Magnaten gehörte und wo selbst der Kameralbesitz der Krone, der mit einer kurzen Unterbrechung (1740-44) der Ungarischen Hofkammer in Preßburg unterstand, privatwirtschaftlich verwaltet wurde.
Als unter Joseph II. nach 1779 der Kameralbesitz im Banat an private Grundherren verkauft wurde, erfaßte diese Siedlungsbewegung auch das Banat. Es waren vorwiegend Madjaren, die ins Land gerufen wurden, daneben aber auch eine Anzahl deutscher Familien und Angehörige

anderer Völker. Durch das Anwerbungspatent Josephs II. von 1782 wurde erneut ein Zustrom deutscher Siedler ausgelöst. Trotz schwerer Rückschläge und wirtschaftlicher Schwierigkeiten erlebten die deutschen Siedlungen einen verhältnismäßig raschen Aufstieg.
Da die kinderreichen deutschen Siedlerfamilien im Gegensatz zu den Angehörigen anderer Nationalitäten keine Realteilung kannten, entschlossen sich viele Söhne deutscher Bauern zur weiteren Landsuche, um nicht als Landarbeiter ihr Dasein fristen zu müssen, wenn es ihnen nicht gelang, in dem rein agrarischen Gebiet sich als Handwerker eine Existenz zu schaffen. Solange noch unbesiedeltes Land zur Verfügung stand, gründeten die von der Erbfolge ausgeschlossenen Bauernsöhne oft mit Unterstützung der Grundherren oder ihrer Heimatgemeinden neue, sogenannte Tochtersiedlungen in Gestalt einzelner oder mehrerer Kolonistendörfer. Nicht selten erwarben deutsche Familien durch Kauf Höfe in andersnationalen Siedlungen, die durch weitere Zusiedlung von Deutschen in den nächsten Generationen schließlich einen überwiegend deutschen Charakter gewannen oder aber eine starke deutsche Minderheit aufwiesen.
Weit weniger geschlossen als im Banat, in der Batschka und Baranja siedelten Deutsche in Syrmien, Slawonien und im Kronland Kroatien. In Syrmien, dem schmalen Landstrich zwischen der Donau und der Sawe, lag der Schwerpunkt deutscher Siedlungen im östlichen Teil: um Semlin, Neu-Pasua und Indjija, im westlichen um Ruma und Sremska Mitrovica. Deutsche Siedlungen gleicher Größenordnung gab es in Slawonien, der Landschaft zwischen dem Unterlauf der Drau und Sawe, die im Westen durch die Randgebirge des Agramer Beckens begrenzt ist, nur in Esseg, Vinkovci und Vukovar.
Zahlreiche kleinere Siedlungen befanden sich in der weiteren Umgebung von Djakovo und zerstreut in den Bezirken Garesnica, Daruvar und Virovitica im westlichen Teil des Landes. In Kroatien lebte nur in der Hauptstadt Agram eine nennenswerte Gruppe von Deutschen. Das Deutschtum in Syrmien, Slawonien und Kroatien wurde fast ausschließlich durch adlige Grundherren ins Land geholt, die schon während des ganzen 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts Siedler, darunter auch eine größere Anzahl Deutscher, herbeiriefen, um ihren Besitz rentabler zu machen.
Abgesehen von dieser Gruppe der Zuwanderer und einer Anzahl deutscher Beamten- und Handwerkerfamilien, die sich nach dem Abzug der Türken vorwiegend in den Städten, insbesondere in Esseg und Peterwardein, niedergelassen hatten, kam die Masse der deutschen Siedler erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in dem Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg in diese Landschaften, die durch Bodenbeschaffenheit und Klima, vor allem aber durch die Institution der "Militärgrenze" weniger Siedlungsmöglichkeiten boten.
Den äußeren Anstoß für die letzte Besiedlungswelle boten die Bauernbefreiung (1848), die Aufhebung des Einwandererverbots für Protestanten (1859) und die Auflösung der Militärgrenze (seit 1871). Die Siedler kamen zum überwiegenden Teil aus den Kolonisationsgebieten Südungarns, wo durch die wirtschaftliche Entwicklung die Bodenpreise hochgetrieben worden waren und es kaum noch Grund und Boden für größere Siedlerstellen gab. Viele Deutsche folgten daher dem Angebot von Grundherren in Syrmien und Slawonien, auf ihren Ländereien neue Bauernstellen zu errichten.
Ähnlich wie in der Batschka fanden sich häufig die Auswanderer aus einem Dorf oder mehreren Orten zusammen und gründeten eine Reihe von "Tochterkolonien". Weit mehr Siedler erwarben jedoch Grund und Boden in andersnationalen Dörfern und Gemeinden, wo noch Grundstücke und Äcker zu haben waren. Es kam vor, daß auch hier in Dörfern, die einst ausschließlich von Serben und Kroaten bewohnt gewesen waren, die Deutschen im Lauf der Generationen schließlich die Überzahl erlangten. In anderen, nicht selteneren Fällen gingen die deutschen Zuwanderer im fremden Volkstum auf.
Bosnien und Herzegowina waren auf dem Berliner Kongreß von 1878 dem Habsburgerstaat

zur unbefristeten Okkupation überlassen worden; 1908 wurden durch die Annexionserklärung Österreich-Ungarns die Reste formaler türkischer Oberhoheit beseitigt und die Verwaltung und Stellung des österreichisch-ungarischen Reichslandes, das jetzt eine eigene Verfassung erhielt, staatsrechtlich fixiert.

In diesen Provinzen, begrenzt vom Mittellauf der Sawe, der Drina, dem süddalmatinischen Küstenland und den Dinarischen Alpen, lebte verstreut über das ganze Gebiet nur eine geringe Zahl von Deutschen. Schwerpunkte deutscher Besiedlung hatten sich allein im nördlichen und nordöstlichen Bosnien in den Bezirken Bosanska Gradiska, Banja Luka, Prnjavor, Bijeljina und in den von der österreichisch-ungarischen Verwaltung angelegten Industriestädten Zepce, Zavidovići und Zenica, sowie in der Hauptstadt Sarajewo gebildet.

Die Deutschen in Bosnien und der Herzegowina, die jüngste Siedlungsgruppe unter den Jugoslawiendeutsehen, waren erst nach der Besetzung beider Provinzen durch österreichisch-ungarische Truppen ins Land gekommen. Um das wirtschaftlich unerschlossene Land zu beleben, förderte die Wiener Regierung die Ansiedlung von Handwerkern und Bauern. Zu diesem Schritt wurde sie auch durch die von deutschen Trappisten gegründeten Siedlungen Windthorst und Rudolfstal angeregt, in denen sich rund 500 Familien aus dem Rheinland, Hannover und Oldenburg niederließen und in verhältnismäßig kurzer Zeit zwei blühende Dörfer schufen.

Bis 1905 wurden von der staatlichen Verwaltung 54 ärarische Siedlungen angelegt, in denen neben Polen, Ukrainern und Angehörigen anderer Völker der Anteil deutscher Siedler, zum überwiegenden Teil Galiziendeutscher, etwa zwanzig Prozent betrug. Die weitaus größte Zahl deutscher Siedler zog seit 1885 aus eigenem Antrieb nach Bosnien und in die Herzegowina. Es waren meist Landsuchende, die aus den südungarischen Siedlungsgebieten und jetzt auch schon aus Syrmien kamen.

Slowenien, das nordwestliche Grenzland zwischen Karawanken, Julischen Alpen und Uskoken, das sich ostwärts bis über den Unterlauf der Mur erstreckt, gehörte mit seinen Teilgebieten Untersteiermark, Südkärnten und Krain zu den südlichen Ausläufern des geschlossenen deutschen Sprachgebietes. Hier hatten sich im Laufe der Jahrhunderte einige Schwerpunkte deutscher Besiedlung gebildet, die in den Städten, insbesondere Marburg, Pettau und Cilli, ihre kulturellen und wirtschaftlichen Zentren besaß. In der Krain lebte eine homogene deutsche Gruppe allein in der Gottschee, dem Hochplateau im Krainischen Karst südöstlich von Laibach, und in der Stadt Laibach selber.

Wie in fast allen Siedlungsgebieten verdankten auch die Deutschen Sloweniens ihre Anwesenheit im Land zumeist obrigkeitlichen Maßnahmen. Sie waren seit dem Ende des 10. Jahrhunderts im Gefolge deutscher Grundherren ins Land gekommen, die auf ihre teilweise dünn besiedelten Besitzungen deutsche Bauern herbeiriefen. Auch die Erzbischöfe von Salzburg, zu deren Missionsgebiet Slowenien gehörte, versuchten die Erfolge der Christianisierung durch verstärkte Ansiedlung christlicher Bauern zu festigen.

Auf eine jahrhundertelange Geschichte konnte auch die nach Slowenien älteste Siedlung des Jugoslawiendeutschtums, die deutsche Sprachinsel Gottschee, zurückblicken. Die Besiedlung des Gottscheer Ländchen geht auf die kärntnischen Grafen von Ortenburg zurück, die im 14. Jahrhundert deutsche Bauern zur Kultivierung des menschenleeren Waldgebietes ansetzten. Unter ihren Nachfolgern wurde das Werk fortgesetzt und erweitert. Seit dem 17. Jahrhundert rekrutierten sich die Siedler fast ausschließlich aus den ersten Gründungen, die sich trotz der Türkeneinfälle kräftig entwickelt hatten. -

Eine präzise zahlenmäßige Erfassung des vor dem zweiten Weltkrieg in Jugoslawien lebenden Deutschtums ist kaum möglich, da zuverlässige Unterlagen fehlen. Die Ergebnisse der österreichisch-ungarischen Volkszählung von 1910 und der jugoslawischen von 1921 und 1931 geben für dieses Gebiet in dem die staatlichen Erhebungen im Zeichen eines heftigen Nationa-

litätenstreits standen, kein völlig zuverlässiges Bild. Die in diesen Volkszählungen verwendeten Erhebungsmerkmale: Muttersprache, nationales Bekenntnis und Religionszugehörigkeit, vermitteln nur annähernd mit der Wirklichkeit übereinstimmende Ergebnisse für die Bestimmung der Volkstumszugehörigkeit.
In einer Völkermischzone wie Jugoslawien, mit Gebieten unterschiedlicher politischer und kultureller Vergangenheit wurden die Umgangs-, Amts- und Hochsprachen oft nebeneinander oder vermengt gebraucht, oder ihre Geltungsbereiche überschnitten sich. Die enge Verzahnung der verschiedenen Siedlungsgebiete und die Durchmischung der Nationalitäten in einzelnen Landesteilen begünstigte den Volkstumswechsel, schuf in Grenzzonen ein schwebendes Volkstum, das sich je nach Opportunität für diese oder jene Nationalität entschied oder von dem jeweiligen Staatsvolk oder dem im betreffenden Gebiet vorherrschenden Volkstum assimiliert wurde.
Diesem Prozeß, dessen Wirkungen seit dem vorigen Jahrhundert im Zeichen des Nationalstaatsgedankens und des Nationalitätenkampfes nachhaltiger wurden, unterlag auch das Deutschtum, seitdem es nach dem Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie keinen gesamtstaatlich-dynastischen Rückhalt mehr hatte.
Die letzte jugoslawische Volkszählung vor dem Zusammenbruch des Königreichs, die Zählung vom 31.3.1931, fragte nach der Muttersprache und der Konfession. Ihre Ergebnisse wurden jedoch von den jugoslawischen Behörden nur unvollständig bekanntgemacht und erst nach der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen von deutscher Seite veröffentlicht. Die Zählung von 1931 bildet trotz den skizzierten allgemeinen Mängeln der Nationalitätenstatistik den einzigen praktischen Anhaltspunkt, um die Stärke des Jugoslawiendeutschtums zu Beginn der 30er Jahre und für die späteren Jahre zu berechnen.
Nach den Ergebnissen dieser Volkszählung lebten in Jugoslawien 499.969 Deutsche, die Mehrzahl von ihnen in den alten Kolonisationsgebieten des Banats, der Batschka, Baranja und Syrmiens. Im Banat gaben 120.450 Deutsch als Muttersprache an, d.h. zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung. In 33 von 174 Gemeinden und in der Stadt Weißkirchen stellten die Deutschsprechenden die Mehrheit, in sechs Dörfern und in der Stadt Werschetz bildeten sie die stärkste Minderheitengruppe.
Die Batschka wies mit 173.058 Deutschen, die auch hier zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, die größte deutsche Bevölkerungsgruppe auf. In 36 von 110 Gemeinden siedelten Deutsche in absoluter, in vier weiteren in jeweils relativer Mehrheit. Die Deutschen in der Baranja, mit 15.751 Seelen oder dreißig Prozent der Gesamtbevölkerung eine verhältnismäßig kleine Gruppe, hatten in sieben Ortschaften die absolute Überzahl. Diese drei Gebiete wiesen die dichteste deutsche Besiedlung auf; im Banat und in der Baranja war das Deutschtum die stärkste nationale Minderheit, in der Batschka die zweitstärkste.
Von den rechts der Donau gelegenen Landschaften besaß allein Syrmien eine relativ große deutsche Minderheit von 49.345 Personen oder vierzehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Obwohl in Slawonien und Kroatien 80.519 Deutsche lebten, stellten sie nur drei Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Charakteristisch für das deutsche Siedlungsbild dieser beiden Landschaften war der vorherrschende Typus kleiner deutscher Gruppen inmitten größerer gemischtnationaler Siedlungen, insbesondere auf dem Lande.
Siedlungen, die ausschließlich oder doch fast ausschließlich von Deutschen bewohnt wurden, gab es nur wenige. In nicht mehr als elf Landgemeinden besaßen Deutsche die absolute Mehrheit, in 25 weiteren die relative. In einer Reihe von Städten lag jedoch der deutsche Bevölkerungsanteil, verglichen mit dem Landesdurchschnitt, höher, z.T. sogar beträchtlich höher. In Bosnien und der Herzegowina stellten die 15.500 Deutschen 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nur vier Ortschaften besaßen eine deutsche Mehrheit, bzw. eine rein deutsche Bevölkerung.

Slowenien, das ehemals zur österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie gehört und wo das Deutschtum bis 1918 eine beherrschende Stellung innegehalten hatte, wies nach der Zählung von 1931 nur noch 28.998 Deutsche, das heißt 2,5 Prozent der Einwohnerzahl, auf. Mit Ausnahme der Orte in der Gottscheer Sprachinsel gab es nur in den Städten Marburg, Pettau und Cilli eine bedeutende deutsche Minderheit.
Der Vergleich mit den Ergebnissen der Zählungen von 1921 und 1910 zeigt einen Rückgang des Deutschtums, dem in den einzelnen Siedlungsgebieten verschiedene Ursachen zugrunde lagen. In den ehemals südungarischen Gebieten war es vor allem die Madjarisierung, die mit der Apponyischen Schulgesetzgebung von 1907 und den Maßnahmen der ungarischen Verwaltung in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht und zur Folge hatte, daß sich zahlreiche Deutsche zum Madjarentum bekannten.
Dieser Prozeß wurde zwar unterbrochen, als das Gebiet an Jugoslawien fiel und die neuen Behörden das deutsche Element für den südslawischen Staat zu gewinnen und dem madjarischen Einfluß zu entziehen versuchten, um ungarischen Revisionsansprüchen zu begegnen. Das anfängliche Entgegenkommen ließ jedoch nach, als sich die außenpolitische Situation des jugoslawischen Staates gefestigt hatte und die Nationalisierung der ehemals südungarischen Gebiete in den Vordergrund des staatlichen Interesses trat, was sich auch in den Methoden und Ergebnissen der Volkszählungen niederschlug.
Diese Entwicklung kann jedoch ebenso wenig wie die Abwanderung österreichisch-ungarischer Beamter und Militärpersonen nach 1918 allein den Rückgang erklären. Weit stärker wirkte sich auf die Bevölkerungszahl der Geburtenrückgang unter den Deutschen aus. In den wirtschaftlich starken Familien, vor allem unter den Bauern der Batschka, herrschte wegen der fehlenden Realteilung das "Ein- oder Zweikinder-System'" vor und griff auch auf die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten über.
In den ehemaligen südungarischen Gebieten wurde mit der Eingliederung in Jugoslawien der Madjarisierungsprozeß, der neben dem Geburtenrückgang den Bestand des Deutschtums beeinträchtigt hatte, unterbrochen; dagegen setzte sich unter dem Streudeutschtum in Kroatien und Slawonien die Kroatisierung weiter fort, ja, sie verstärkte sich sogar.
Am unmittelbarsten waren ihr jene Gruppen ausgesetzt, die als schwache Minderheiten in kroatischen Dörfern lebten, wirtschaftlich abhängig und nicht in der Lage waren, eigene Schulen zu unterhalten. Ohne Kontakt zu ihren Landsleuten und einem harten Existenzkampf ausgesetzt, suchten sie sich ihrer Umgebung anzupassen und gingen schließlich im Kroatentum auf. Diese Entwicklung wurde erst eingedämmt, als in den 30er Jahren die kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Minderheit ihre Erfassungs- und Betreuungsarbeit auch auf das Streudeutschtum auszudehnen versuchten.
Am auffallendsten war nach dem ersten Weltkrieg der Rückgang des Deutschtums in Slowenien, der, soweit der Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1910 und 1921 Schlüsse zuläßt, 62 Prozent betrug. Hier hatte bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts das national erwachte Slowenentum sich von dem deutschen kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß zu emanzipieren begonnen und auf Kosten des Deutschtums ausgebreitet.
Der völlige Umsturz der bestehenden politischen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns gab den Slowenen freie Bahn, um ihre national-völkischen Ziele durchzusetzen. Ehe noch die Friedensverträge die staatspolitischen Veränderungen sanktionierten, hatten die Slowenen bereits begonnen, möglichst viel von dem zu beseitigen, was an die vielhundertjährige Verbindung mit Österreich erinnerte.
Tausende von Deutschen, insbesondere österreichische Beamte und Angehörige freier Berufe, wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Viele andere wanderten ab, weil behördliche Anordnungen und Boykottmaßnahmen zum Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz führten. Nicht gering war aber auch die Zahl derer, die, um dies zu vermeiden und den politischen und

wirtschaftlichen Repressalien zu entgehen, es vorzogen, von nun ab sich als Slowenen auszugeben.
Parallel zu dieser Rückwanderung von Deutschen nach Österreich in den ersten Nachkriegsjahren lief eine starke Auswanderung nach Übersee. Nach amtlichen Statistiken wanderten allein in den 20er Jahren 29.083 Deutsche nach Übersee aus. Wenn auch für die folgenden Jahre bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keine amtlichen Unterlagen für die Abwanderung von Deutschen aus Jugoslawien zur Verfügung stehen, so darf doch angenommen werden, daß dieser Vorgang unvermindert anhielt, zumal da in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zahlreiche Volksdeutsche aus Jugoslawien im Reich Arbeit fanden.
Berücksichtigt man einerseits den geringen Geburtenzuwachs, andererseits den Rückgang der Madjarisierung und Kroatisierung, so wird man die Zahl der Deutschen bei Ausbruch des Krieges mit rund 500.000 ansetzen dürfen.

**2. Wirtschaftlich-soziale Struktur.**

Als Bauern und bäuerliche Handwerker waren die Vorfahren der Jugoslawiendeutschen ins Land gekommen und bis 1944 lebten sie zum überwiegenden Teil von Landwirtschaft und Gewerbe, in denen ihr Anteil den an der Gesamtbevölkerung übertraf. In der Woiwodina, der zwischen Donau und der jugoslawisch-rumänischen Staatsgrenze liegenden Landschaft, die sich aus den 1918 von Ungarn abgetrennten Teilen des Banats, der Batschka und Baranja zusammensetzte, lebten 84 Prozent der donauschwäbischen Bevölkerung in Landgemeinden, und 65 Prozent der Land- und dreißig Prozent der Stadtbewohner waren in der Landwirtschaft tätig.
Es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, daß davon nur eine Minderheit über genügend Boden verfügte, um eine Familie ernähren zu können. Zahlreiche Landwirte waren Zwergbesitzer mit Eigentum bis zu fünf Joch. Die häufig anzutreffende Klischeevorstellung von der Volksgruppe, die sich nahezu ausschließlich aus reichen Bauern zusammensetzte, ist daher durchaus irreführend. Die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft und die steigende Bodenrente in der Hand des relativ kleinen Bevölkerungsteils der wohlhabenden Bauern führte allerdings zu einer gesellschaftlichen Vorrangstellung dieser Schicht in der Volksgruppe, woraus sich eine starke soziale Differenzierung ergab.
Der Anteil der Deutschen an Handel und Gewerbe, vor allem am Handwerk, war ebenfalls nicht gering. In den Städten zählten mehr als vierzig Prozent, auf dem Lande wenig unter dreißig Prozent der deutschen Bewohner zu diesen Wirtschaftsgruppen; übertroffen wurde dieser Anteil nur von der madjarischen Bevölkerung. Es entwickelte sich vor allem in den Städten ein gewerblicher Mittelstand, der zusammen mit dem wirtschaftlich erstarkenden Bauerntum die Voraussetzung dafür schuf, daß sich nach der Abwanderung der madjarischen Intelligenz in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg neben der serbischen auch eine deutsche führende Gesellschaftsschicht herausbilden konnte.
Erst jetzt begann der soziale Aufbau der Volksgruppe sich zu vervollständigen, nachdem die bisher mit dem gesellschaftlichen Aufstieg verbundene Madjarisierung eingedämmt war. Es waren vornehmlich freie Berufe, besonders die des Apothekers und Arztes, in denen sich Deutsche behaupten konnten. Der Anteil der deutschen Minderheit am Kommunal- und Staatsbeamtentum blieb dagegen verschwindend gering und gab Anlaß zu begründeten Beschwerden. Gering war auch die Zahl der Industriearbeiter, die auf rund 15.000 Personen geschätzt wurden. Sie waren vorwiegend in der Hanf-, Nahrungsmittel- und Textilindustrie sowie in Ziegeleien beschäftigt, d.h. in Industrien, die starken Konjunkturschwankungen unterlagen.
Das Rückgrat der wirtschaftlichen Organisation der Deutschen bildeten die Genossenschaften, von denen die 1922 (1.10.) gegründete landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft mbH. "Agraria" in Neusatz die bedeutendste war. Mit Hilfe der Sparstockwirtschaft konnte das not-

wendige billige Betriebskapital für die Genossenschaften beschafft werden.
1927 wurde die "Agraria" geteilt. Die unter dem alten Namen weiterbestehende Institution blieb als Warenzentrale erhalten, während die aus der 1926 gegründeten Kreditabteilung der "Agraria" hervorgehende "Landwirtschaftliche Zentral-Darlehens-Kasse" den Geldverkehr übernahm und sich als Dachorganisation über den "Bauernhilfen", den lokalen Spar- und Darlehenskassen, erhob. 1927 zählte sie 76 örtliche Kreditgenossenschaften mit 6.097 Mitgliedern; das Geschäftsanteile-Kapital betrug l.120.000 Dinar, während die Spareinlagen sich auf 29,5 und die Darlehensbeträge auf 35,3 Millionen Dinar beliefen.
Trotz der auch auf Jugoslawien einwirkenden Weltwirtschaftskrise machte diese genossenschaftliche Entwicklung weitere Fortschritte: Ende 1932 gehörten der Zentral-Darlehens-Kasse 154 Kreditgenossenschaften mit 20.228 Mitgliedern an, das Geschäftseinlage-Kapital war auf 3,13 Millionen Dinar, die Rücklagen waren auf 4,3 Millionen Dinar, die Sparbeträge auf 88,5 Millionen Dinar und die Darlehen auf 108 Millionen Dinar gestiegen. Im Jahre 1934 wurden schon 332 Ortsgenossenschaften mit 45.000 Mitgliedern gezählt.
Unter der energischen Leitung von Dr. Stefan Kraft, Johann Keks und erfahrenen Fachleuten entfalteten sich diese Organisationen der Selbsthilfe mit dem Schwergewicht in der Woiwodina und in Syrmien. Vergleichbar mit dem freilich noch umfassenderen "spoleczenstwo" der preußischen Polen vor dem ersten Weltkrieg, formte sich auch in Jugoslawien ein eigenes Gemeinwesen der deutschen Volksgruppe, in dem die wohlhabenden Bauern ein unverkennbares Übergewicht besaßen.
Bezeichnend für die fast völlig auf die Landwirtschaft ausgerichtete soziale Struktur der deutschen Minderheit und die Haltung ihrer führenden Männer war, daß die nicht in der Landwirtschaft Tätigen in den deutschen wirtschaftlichen Organisationen fast unbeachtet blieben, wenn es auch an Versuchen einzelner Männer nicht fehlte, gerade diesen Familien auf genossenschaftlichem Wege zu helfen.
Die deutsche Bevölkerung Syrmiens wies eine ähnliche gesellschaftliche Struktur auf wie die der benachbarten Woiwodina. Wenn auch 47 Prozent der deutschen Bewohner in Städten - fast ausschließlich in ausgeprägten Landstädten - wohnten, so war doch die Landwirtschaft der bedeutendste Erwerbszweig. Das Slawoniendeutschtum besaß zwar auch in der Landwirtschaft sein sozialstrukturelles Schwergewicht, verfügt jedoch über einen recht hohen Anteil der in Handel, Gewerbe und Industrie Beschäftigten und zeigte in seiner Struktur große Ähnlichkeit mit dem Deutschtum in Bosnien und der Herzegowina, von dem 57 Prozent in der Landwirtschaft und 28 Prozent in Industrie und Handwerk tätig waren.
Einen von den übrigen deutschen Siedlungsgruppen abweichenden sozialen Aufbau besaßen die Deutschen in Slowenien, jener Landschaft, die schon unter österreichischer Verwaltung über eine gut entwickelte Industrie verfügt hatte. Nach der Eingliederung in das Königreich Jugoslawien war zwar die wirtschaftliche und soziale Vorrangstellung der Volksdeutschen durch behördliche Maßnahmen eingeschränkt worden. Dennoch behielt das Deutschtum noch immer eine starke Position in Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe.
In der Gottscheer Sprachinsel herrschte zwar die Landwirtschaft als wichtigster Beruf vor, aber die durch Erbteilung bedingten Klein- und Zwergwirtschaften und der karge Karstboden reichten für den Lebensunterhalt der Familien nicht aus, so daß sich viele Gottscheer außerhalb der Sprachinsel in der Industrie, Land- und Forstwirtschaft verdingten oder aber den Hausierhandel als zusätzliche Erwerbsquelle betrieben. Der wirtschaftliche Notstand trieb aber auch viele zur Auswanderung, vorwiegend nach Nordamerika. Die Unterstützungen, die von dort aus in die Heimat flossen, waren beträchtlich.

**3. Konfessionelle Gliederung. Deutsches Schulwesen und jugoslawische Kulturpolitik.**

Von der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens bekannten sich 1931 383.674 Personen zur katholischen Kirche und 100.806 zu protestantischen Kirchengemeinschaften, die übrigen zu

anderen Konfessionen. Der größte Teil der Protestanten gehörte dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis an und konstituierte sich auf Grund des Gesetzes vom 17.4.1930 zur "Deutschen Evangelischen Christlichen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses im Königreiche Jugoslawien"' unter einem Bischof mit dem Sitz in Agram.
Bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens stand ihr der aus Bezanija bei Franztal stammende Bischof Philipp Popp vor, der nach 1945 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde; weltlicher Kirchenpräsident war Dr. Wilhelm Roth aus Groß-Kikinda. Die stärkste Verbreitung besaß das evangelische Glaubensbekenntnis in der Batschka, dem Banat, in Bosnien und Slawonien, wo evangelische Deutsche unter Joseph II., und dann wieder nach der Aufhebung des Einwanderungsverbotes für Protestanten von 1859 fast ausschließlich in geschlossenen Gemeinden angesiedelt worden waren.
Die deutsche Kirchensprache bildete eine wesentliche Stütze für die Erhaltung des Volkstums, gefördert durch die Ausbildung der Geistlichen auf deutschen Hochschulen. Die eigene Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche A. B. vom 20.12.1930 sicherte ihren deutschen Charakter.
Größere Schwierigkeiten, die deutsche Kirchensprache und ihr Volkstum zu erhalten, hatten die deutschen evangelisch-reformierten Gemeinden, die vorwiegend in der Batschka lagen. Sie gehörten der "Reformierten Christlichen Kirche Südslawiens" an, in der das Madjarentum das Übergewicht besaß. Der madjarische Einfluß wurde durch den Zusammenschluß der deutschen Gemeinden zu einem eigenen Seniorat in Neuwerbaß am Anfang der 30er Jahre eingeschränkt.
Für die deutsche katholische Bevölkerung wurden durch die Eingliederung der ehemals südungarischen Gebiete Jugoslawiens kirchenpolitisch und -organisatorisch schwierige Probleme aufgeworfen. Das Banat, das zur Tschanader Diözese (Temeschburg) gehört hatte, wurde 1923 zur Apostolischen Administratur erklärt, ebenso wie die früher zum ungarischen Bistum Kalosza gehörende Batschka. Während die deutschen Katholiken innerhalb des Banater Administraturbezirks eine schwache Mehrheit besaßen, überwog in der Batschka das madjarische und slawische Element.
Die Pfarrer in den deutschen Mehrheitsgemeinden entstammten dem einheimischen Volkstum, doch sowohl im Banat und in der Batschka, als auch in der Baranja und in Syrmien, die zum Bistum Djakovo gehörten, nahmen vor allem die älteren Geistlichen in den volkspolitischen Fragen eine indifferente Haltung ein. Dies war eine Folge der konsequenten Madjarisierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die alle im Bereich der Stephanskrone lebenden Nationalitäten unter Führung der madjarischen Kultur und Sprache zu vereinheitlichen und ihre Ziele durch das madjarisierte Schulwesen, aber auch durch die kirchlichen Institutionen zu erreichen suchte.
Daraus ergab sich ein kultureller und geistiger Abstand zwischen dem auf madjarischen oder kroatischen Hochschulen und Priesterseminaren ausgebildeten Klerus und der deutschsprechenden Bevölkerung, der sich z.T. auch nachteilig auf das religiöse Leben in den einzelnen Gemeinden auswirkte. Erschwerend trat hinzu, daß sich Klerus und Gläubige der aus den bisherigen staatlichen und kirchenorganisatorischen Bindungen gerissenen Gebiete einer neuen, lange ungeklärten kirchenpolitischen Situation gegenübersahen.
Dazu kamen nationalkirchliche Tendenzen und Kroatisierungsbestrebungen, denen das katholische Deutschtum ausgesetzt war. Die auch gegen kirchlichen Grundbesitz rigoros durchgeführte Agrarreform entzog zahlreichen Kirchengemeinden und kirchlichen Institutionen den wirtschaftlichen Rückhalt. Die Vereinstätigkeit im kirchlichen und sozialen Bereich wurde durch die jugoslawischen Behörden behindert, was von den deutschen Gemeinden als ungerechtfertigte und unbegründete Maßnahme empfunden wurde.
Als Ausbildungsstätten der katholischen Geistlichen standen nur kroatische Anstalten in Dja-

kovo, Sarajevo und Split, sowie das Priester-Seminar in Agram zur Verfügung. Nur wenige Geistliche, z.B. Ende der 20er Jahre acht aus dem Banat, hatten die Möglichkeit, an deutschen Hochschulen zu studieren.
Dennoch wurde die Haltung der deutschstämmigen katholischen Geistlichen vor allem in der jüngeren Generation zunehmend volksbewußter; eine aktive Mitarbeit an der Pflege und Erhaltung des Volkstums zeigte sich allerdings erst in späteren Jahren, dann vielfach als Gegenbewegung gegen die Bestrebungen der "Erneuerer" und den Einfluß nationalsozialistischer Ideen auf die Volksgruppenorganisation der Vorkriegsjahre.
Die jahrelange Zurückhaltung und das Mißtrauen der katholischen Geistlichkeit gegenüber der zentralisierten Volkstumsarbeit des "Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes", in dem sie protestantisierende Tendenzen wahrzunehmen glaubte, hat sie in eine gewisse Isolierung gegenüber der Volkstumsbewegung geführt, aus der sie sich erst in den letzten Jahren vor der Vertreibung zu lösen begann. Nur in der Gottschee betätigte sich der Klerus aktiv in den volkspolitischen Institutionen dieser Siedlungsgruppe. Spannungen zwischen ihm und den Volkstumsorganisationen traten dort kaum auf.
Mit Ausnahme von Slowenien, das ehemals zur österreichischen Reichshälfte gehört und beim Übergang dieses Gebietes an Jugoslawien über eine hochentwickelte deutsche Schulorganisation mit Kindergärten, Volks-, Mittel- und Fachschulen, Lehrerseminaren und Privatschulen verfügt hatte, konnte in den anderen Gebieten von einem ausgebauten deutschen Schulwesen kaum die Rede sein. Im Zug der vor dem Ersten Weltkrieg konsequent betriebenen Madjarisierungspolitik war in den südungarischen deutschen Siedlungsgebieten das seit der Ansiedlung bestehende deutsche Schulwesen aufgelöst worden.
Nur eine Anzahl konfessioneller Volksschulen, vorwiegend in den evangelischen Gemeinden, blieb erhalten. Das gleiche traf auch für die deutschen Siedlungen in Kroatien zu, wo die autonome kroatische Schulgesetzgebung zwar von der Tendenz nicht frei war, die Andersnationalen zu assimilieren, aber die deutschen Schulen nicht ganz unterdrückte.
Gegenüber diesen in den einzelnen Gebieten verschiedenen Schulverhältnissen war die Schulpolitik der neuen jugoslawischen Behörden keineswegs einheitlich. In der Wojwodina wurde von den Behörden, bald nach der Besetzung dieses Gebietes durch serbische Truppen die Umwandlung aller von deutschen Kindern besuchten Schulen in deutsche gefördert; an den früher deutschen Gymnasien in Neuwerbaß und Werschetz wurde wieder die deutsche Unterrichtssprache eingeführt, in Hatzfeld die Errichtung eines deutschen Realgymnasiums gestattet.
Vertreter der Volksgruppe konnten mit den zuständigen Behörden über die Berufung geeigneter deutscher Lehrer aus Österreich und Deutschland verhandeln, um den großen Lehrermangel zu beheben.
Dieses im Vergleich zu den anderen Siedlungsgebieten ungewöhnliche Entgegenkommen der jugoslawischen Behörden entsprang weniger dem Willen, die berechtigten Wünsche der Deutschen auf kulturellem Gebiet zu befriedigen, als vielmehr der Absicht, die Gefahr einer madjarischen Irredentabewegung im nördlichen Grenzgebiet zu bannen und die deutsche Minorität für die eigenen politischen Ziele und Gebietsansprüche zu gewinnen.
Während in Kroatien und Slawonien die Zustände unverändert blieben, setzte in Slowenien sofort nach der Beseitigung der österreichischen Verwaltung eine vor Willkürmaßnahmen nicht zurückschreckende Kampagne gegen das deutsche Element ein. Binnen kurzem wurde die gut ausgebaute deutsche Schulorganisation zerstört. Selbst private Anstalten gingen in slowenischen Besitz über. Das Deutschtum hatte in Slowenien fast alle seine Schulen verloren, noch bevor durch die Verordnung des Unterrichtsministers Pribićević vom Sommer 1922 das gesamte Schulwesen in Jugoslawien verstaatlicht wurde.
Von nun ab gab es nur noch serbische, kroatische und slowenische Schulen, an denen für die

Minderheiten auf Antrag der Erziehungsberechtigten von mindestens 30 Kindern Parallelabteilungen errichtet werden sollten. Doch selbst die Errichtung dieser Klassen suchten die Behörden vor allem mit dem Mittel der fragwürdigen Namensanalyse zu unterdrücken, derzufolge entgegen dem Wunsch der Erziehungsberechtigten die Kinder mit slawischen Namen, oft auch dann, wenn nur ein Großelternteil einen slawischen Namen trug, zum deutschen Unterricht nicht zugelassen und den slawischen Schulen zugewiesen wurden.
Obwohl nach wiederholten Protesten der deutschen Abgeordneten dieser Erlaß zunächst für die Wojwodina und später auch für Slowenien aufgehoben wurde, hielten die subalternen Behörden vor allem in Slowenien und Slawonien-Kroatien ihre Praxis aufrecht. Nicht minder nachteilig für die Schulbildung erwies sich der für die Parallelklassen angeordnete Lehrplan: nach ihm wurde die Staatssprache bereits vom 1. Schuljahr ab gelehrt und rückte nach dem 4. Schuljahr zur Unterrichtssprache auf.
Außerdem wurde nach der Verstaatlichung der Schulen die Übernahme der Lehrer in den Staatsdienst davon abhängig gemacht, daß sie eine Sprachprüfung in der Staatssprache innerhalb eines kurzen Zeitraumes ablegten. Zahlreiche deutschstämmige Lehrer wurden in den Ruhestand oder an andersnationale Schulen versetzt. Durch alle diese Maßnahmen vergrößerte sich der ohnehin beträchtliche Lehrermangel für die deutschen Parallelklassen. Serbische oder kroatische und slowenische Lehrkräfte, die oft die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrschten, wurden für den Unterricht der deutschen Kinder herangezogen.
Die schulpolitische Situation der deutschen Minderheit wurde noch dadurch verschlechtert, daß bis zum Jahre 1929 - mit Ausnahme von Altserbien - eine gesicherte Rechtsordnung des Schulwesens fehlte und dieses ausschließlich auf ministeriellen Verordnungen beruhte. Diese waren nicht selten von parteipolitischen und persönlichen Erwägungen beherrscht.
Zugeständnisse des einen Ministers, die oft erst nach mühsamen Verhandlungen durch die Abgeordneten oder kulturpolitischen Organisationen der Minderheit erwirkt worden waren, wurden von anderen wieder aufgehoben. Von einem Schulrecht der deutschen Minderheit konnte unter diesen Bedingungen genau so wenig die Rede sein wie von dem einer anderen Minorität.
Erst nachdem das Volksschulwesen durch das Gesetz über die Volksschulen vom 5.12.1929 gesetzlich geregelt war, konnten auf Grund von vier Verordnungen des Unterrichtsministeriums vom 1.9.1930, 14.2.193l, 24.l. und 3.4.1933, welche die Vertreter der deutschen Minderheit nach langwierigen Verhandlungen erzielten, die Voraussetzungen für den Aufbau eines deutschen Volksschulunterrichts geschaffen werden. Damit waren die im Minderheitenschutzvertrag vom 10.9.1919 garantierten nationalkulturellen Rechte wenigstens teilweise in die schulpolitische Praxis umgesetzt.
Durch diese Verordnungen wurde die Namensanalyse verboten, die Berücksichtigung der Familiensprache vorgeschrieben, das Deutsche in den ersten vier Klassen als Unterrichtssprache belassen und nur vier Stunden Unterweisung in der Staatssprache vom 3. Schuljahr ab vorgeschrieben. In der 5. und 6. Klasse mußten zusätzlich die sogenannten nationalen Fächer, Geschichte und Geographie, in serbokroatischer Sprache gelehrt werden. Das vertrug sich nicht mit den Vorschriften des § 45 des Volksschulgesetzes, in dem festgesetzt worden war, daß "der Unterricht ... in der Muttersprache der Schüler erteilt" werden müsse.
Ebensowenig ließ sich der Fortfall des deutschen Unterrichts im 7. und 8. Schuljahr und die Tatsache, daß noch immer Kinder aus Mischehen, deren Väter südslawischer Nationalität waren, allein in Schulen mit staatlicher Unterrichtssprache eingeschrieben wurden, mit dem Minderheitenschutzgesetz vereinbaren; denn seine Artikel 8 und 9 garantierten den Angehörigen der verschiedenen, nicht zu den drei Staatsvölkern gerechneten Nationalitäten den freien Gebrauch ihrer Muttersprache im Unterrichtswesen.
Im Rahmen dieser im ganzen jedoch nicht ungünstigen Ordnung des Volksschulwesens ge-

lang es, die Zahl der deutschen Parallelabteilungen an den Volksschulen zu erhöhen. Dem Lehrermangel wurde durch die Errichtung einer privaten deutschen Lehrerbildungsanstalt in Groß-Betschkerek im Oktober 1931, die im Herbst 1933 nach Neuwerbaß verlegt wurde, abgeholfen. Zugleich genehmigte die Verordnung vom 1.9.1930 die Errichtung von privaten deutschen Kindergärten und die Organisation von Analphabetenkursen.
Um alle diese privaten Anstalten zu unterhalten, gründeten die Kultur- und Wirtschaftsorganisationen der deutschen Minderheit im Jahre 1931 die "Schulstiftung der Deutschen des Königreichs Jugoslawien", die allerdings erst 1933 von Unterrichtsminister R. Stanković genehmigt wurde. Sie übernahm den Hauptanteil an der Finanzierung der privaten deutschen Schulen und der übrigen kulturellen Einrichtungen und erhielt sich durch Beiträge der gesamten Minderheit.
Damit - waren wesentliche Fortschritte erzielt, sogar von der Bestimmung des jugoslawischen Gesetzes über die Lehrerausbildung vom 27.9.1929, die die Eröffnung privater Lehrerbildungsanstalten verbot, wurde zugunsten der deutschen Minderheit eine Ausnahme gemacht. Überhaupt konsolidierte sich zu Beginn der 30er Jahre auf kulturpolitischem Gebiet die Lage der Volksgruppe, wenn auch weiterhin die Schulfrage die volle Aufmerksamkeit der politischen Repräsentanten der deutschen Volksgruppe erforderte.
Bezeichnenderweise wurden Zugeständnisse im Schulwegen meist erst durch Wahlabsprachen und den Beitritt der deutschen Abgeordneten zur Regierungspartei ermöglicht. Dadurch konnte der Rückhalt bei der Belgrader Zentralregierung verstärkt werden; gelegentlichen Willkürmaßnahmen und Schikanen der lokalen und regionalen Behörden konnte nicht zuletzt aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Rücksichten auf das Deutsche Reich die Spitze abgebrochen werden.
Wenn sich so die Lage im Schulwesen ganz beträchtlich verbesserte, so ist es doch nicht gelungen, die prinzipielle Spannung zwischen dem großserbischen Unifizierungswillen im jungen südslawischen Staat und den selbstbewußter vertretenen national-kulturellen Ansprüchen der deutschen Minderheit zu beseitigen und eine beide Teile auf die Dauer befriedigende Lösung zu erreichen.

**4. Politische Struktur des Deutschtums und sein Verhältnis zum Staat bis zur Zerschlagung Jugoslawiens.**

Mit Ausnahme der slowenischen Gebiete und der vom gemeinsamen österreichisch-ungarischen Finanzministerium verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina gehörten die deutschen Siedlungsgebiete, die in den neuen südslawischen Staat eingegliedert wurden, der ungarischen Reichshälfte an. Ihre Bewohner, die ihrer Herkunft nach nicht einheitlich waren, wurden unter dem Namen der Donauschwaben zusammengefaßt. Ohne ein politisch bewußtes nationales Zusammengehörigkeitsgefühl betrachteten sie sich als loyale Staatsbürger dem ungarischen Staat verbunden und traten zunächst entschieden der Zerstückelung der Monarchie entgegen.
Dem Beispiel der anderen Nationalitäten folgend, bildeten sie nach der Proklamation der ungarischen Republik einen "Schwäbischen Nationalrat" unter Dr. 0. Roth, der in einem Manifest vom 8.12.1918 in Temeschburg die Forderung des Serbischen Nationalrats in Neusatz und des rumänischen in Karlsburg, das Banat von Ungarn abzutrennen, ablehnte. Diese Haltung bewahrten die Donauschwaben auch in den folgenden Jahren bis zur endgültigen Grenzregelung; sie trat nur zeitweilig zugunsten der Forderung nach einer Autonomie der südungarischen Gebiete zurück.
Da für diese Deutschen, im Gegensatz zu den umwohnenden Rumänen und Slawen, nicht die Möglichkeit gegeben war, staatlichen Anschluß an ihr Muttervolk zu finden, stand ihnen allein die unsichere Aussicht vor Augen, den Staat, der ihnen zum Vaterland geworden war, gegen einen anderen, fremden vertauschen zu müssen. Seinen drei Staatsvölkern die Superio-

rität zuzuerkennen, mußte ihrem Selbstbewußtsein schwerfallen.
Anderseits lag es für eine Minderheit, die sich ihres deutschen Volkstums bewußt war, nahe, die Separationsbestrebungen der Rumänen und Serben zu unterstützen; denn nur eine Loslösung vom ungarischen Staat konnte die Masse des Deutschtums dem madjarischen kulturellen Einfluß entziehen. So wurden unter der Parole "Los von Ungarn" in den Städten und Dörfern "Deutsch-schwäbische Klubs" gegründet, in denen ein kulturelles Deutschbewußtsein geweckt werden sollte; manche Kreise des Deutschtums zeigten sich dem Werben von rumänischer und serbischer Seite zugänglich, die beide Anspruch auf das Banat erhoben.
Die Mehrheit der donauschwäbischen Bevölkerung blieb jedoch ungarnfreundlich und lehnte dieses Vorgehen ab. Überbrückt wurde der Gegensatz erst durch den Protest, den die deutsche Bevölkerung der Woiwodina gegen die auf der Pariser Friedenskonferenz beschlossene Teilung des Banats erhob. Diese Grenzziehung zerstückelte das Banat zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, sie schlug außerdem die Batschka und das Baranjadreieck zu Jugoslawien, das damit einen großen Teil der donauschwäbischen Siedlungsgebiete erwarb.
Die Deutschen in diesem Gebiet wurden, in ihrer überwiegenden Zahl widerstrebend, aus alten politischen Bindungen gerissen und in völlig veränderte Verhältnisse gestellt. Von ihren Landsleuten in der nächsten Nachbarschaft wurden sie getrennt; mit anderen deutschen Gruppen zusammen, mit denen sie kein Zusammengehörigkeitsgefühl verband, sahen sie sich als nationale Minderheit in einen neuen Staat versetzt, der selbst mit einer Fülle außen- und innenpolitischer Probleme belastet war und bis zu seinem Ende im Jahre 1941 sich niemals ganz konsolidieren konnte.
Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen faßte die drei ethnisch nahe verwandten südslawischen Völker zu einem Staat zusammen, ohne aber in den beiden folgenden Jahrzehnten die Verschiedenheiten und Gegensätze überwinden zu können, die sich aus der bisher unterschiedlichen historischen Entwicklung dieser Völker und ihrer Siedlungsgebiete ergaben. Der Führungsanspruch der Serben, die für einen zentralistischen Aufbau des Staates eintraten, ihn an die mittelalterliche Tradition des serbischen Zarenreiches binden und diese auch den neuen Gebieten zu vermitteln suchten, stieß auf den entschiedenen Widerstand der Kroaten und auf deren Forderungen nach einem föderativen Staatsaufbau.
Während sich außenpolitisch die Stellung Jugoslawiens durch die vertragliche Sicherung der neuen Grenzen und den Abschluß eines Bündnissystems festigte, blieben die von dem serbisch-kroatischen Gegensatz überschatteten innenpolitischen Probleme größtenteils ungelöst. Die jeweilige außen- und innenpolitische Konstellation wirkte sich auch auf das Verhältnis der drei Staatsvölker zu den in ihren Siedlungsgebieten lebenden Minderheiten und auf deren Behandlung durch die lokalen und zentralen Behörden aus.
Die deutsche Bevölkerung, die in geschlossenen oder verstreuten Siedlungsgebieten in Jugoslawien lebte und sich, soweit sie der Doppelmonarchie angehörte, bis zu deren Zerfall als Glied des Staates gefühlt hatte, wurde nun zu einer über die neue staatliche Ordnung enttäuschten Minderheit, die ein Gruppenbewußtsein erst mühsam gewinnen mußte.
Die gegen sie gerichteten Maßnahmen zunächst in den slowenischen, dann auch in den ehemals südungarischen Gebieten, erschwerten ihre Hinwendung zum SHS-Staat, dem sie sich gleichwohl loyal unterstellten. Gerade die gegen das Deutschtum gerichteten Maßnahmen haben die Entstehung eines Gemeinschaftsbewußtseins der über das ganze Land verstreuten deutschen Bevölkerungsgruppen gefördert.
Von seinen bisherigen kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen durch die neuen Grenzen abgeschnitten oder wie in Slowenien durch politische Maßnahmen seiner organisatorischen und kulturellen Institutionen beraubt, richtete das Streudeutschtum seinen Blick auf das zusammenhängende deutsche Siedlungsgebiet der Woiwodina mit dem Zentrum in Neusatz. Dieses wurde der Ausgangspunkt der Bestrebungen, die deutsche Bevölkerung organisatorisch

zu erfassen, sie kulturell und wirtschaftlich zu stützen und in ihr ein Bewußtsein volklicher Eigenart zu wecken. Dieser Prozeß vollzog sich allerdings nur allmählich und war noch nicht abgeschlossen, als der deutsche Angriff im Frühjahr 1941 die Zerschlagung Jugoslawiens einleitete.
Die Entfaltung einer solchen Initiative unter den Deutschen der Woiwodina war deshalb möglich, weil hier die jugoslawischen Behörden die deutsche Bevölkerung für den neuen jugoslawischen Staat zu gewinnen und dem madjarischen Einfluß zu entziehen trachteten. So gewährte sowohl die in Neusatz errichtete Provisorische Provinzialregierung wie auch die Zentralregierung in Belgrad den Deutschen in der Woiwodina wesentliche Zugeständnisse auf kulturpolitischem Gebiet, vor allem im Schulwesen.
In den von deutschen Kindern besuchten madjarischen Schulen wurde die deutsche Unterrichtssprache eingeführt, neue Volks- und Bürgerschulen wurden errichtet, deutsche Zeitungen gegründet, die für die Erhaltung des Volkstums eintraten. Gerade im Zeitungswesen ist dem Deutschtum auch fortan ein Bereich relativ unbehelligten Wirkens erhalten geblieben.
Der Anstoß für die volkspolitische Arbeit ging von einer kleinen Gruppe deutscher Akademiker aus, die meist der jüngeren Generation angehörten. In Verhandlungen mit den regionalen und zentralen jugoslawischen Behörden suchten sie die bisherigen kulturpolitischen Erfolge zu sichern und gründeten am 20.6.1920 den "Schwäbisch-Deutschen Kulturbund" mit dem Sitz in Neusatz.
Ziel des Kulturbundes war laut seinen Satzungen die Pflege der Volkstumsüberlieferung, die Verbreitung von Büchern, Kunstwerken, Musikalien und Filmen, die Einrichtung und Förderung von Bibliotheken und anderen, der Volksbildung dienenden Institutionen, die Veranstaltung von Vorträgen und künstlerischen Darbietungen, die Ausbildung deutscher Lehrer und Geistlicher und die Förderung der sozialen Fürsorge und von wirtschaftlichen Einrichtungen. In den Jahren bis 1924 gelang es, während der ersten Aufbauphase in der Woiwodina und in Syrmien 128 Ortsgruppen mit insgesamt 55.000 Mitgliedern zu errichten.
Wegen der Schwierigkeiten, die dem Kulturbund sowohl aus den Behinderungen durch die lokalen Behörden wie aus der nationalen Indifferenz der deutschen Bevölkerung bei seiner Arbeit erwuchsen, breitete er sich zuerst nur über die Woiwodina und einzelne deutsche Siedlungen Syrmiens aus, ohne daß er zugleich in Slawonien, Kroatien und in Slowenien Fuß fassen konnte.
In dem Maße, wie sich die außenpolitische Position des jugoslawischen Staates gegenüber Ungarn festigte, empfanden Regierungskreise die Herausbildung einer geschlossenen deutschen Gruppe in der Woiwodina als störend und suchten ihre Aktivität vor allem im Bereich der Kulturpolitik zu unterbinden.
So wurde das aufblühende deutsche Schulwesen durch die Verstaatlichung sämtlicher Schulen im Jahre 1922 zerstört, die Einschreibungen in die deutschen Schulabteilungen wurden durch die Namensanalyse behindert, schließlich der Kulturbund aufgelöst und sein gesamtes Vermögen im Frühjahr 1924 beschlagnahmt. Auch nach der Aufhebung des Verbots im Oktober des gleichen Jahres blieb das Vermögen des Kulturbundes konfisziert und seine Tätigkeit durch die Behörden unterbunden, bis er 1927 erneut zugelassen wurde und seine Organisation in einer zweiten Phase ausgebaut werden konnte.
Unbeeinträchtigt in seinem Wirkungskreis blieb das deutsche Genossenschaftswesen. Die "Agraria" wurde der Ausgangspunkt für den Ausbau eines umfangreichen Systems von Wirtschafts- und Kreditgenossenschaften, das der bäuerlichen deutschen Bevölkerung einen starken wirtschaftlichen Rückhalt gab, als sie sich nach den schweren Einbußen des Deutschtums durch die Agrarreform umorientieren mußte.
Außerdem wurde durch das Genossenschaftswesen unter den donauschwäbischen Bauern, die in starkem Maße einem wirtschaftlich-materiellen Denken zugewandt waren, auch das Inter-

esse für Volkstumsfragen geweckt. In der wechselvollen innenpolitischen Entwicklung, die zeitweilig zum Verbot sämtlicher deutschen kulturellen und politischen Institutionen führte, blieb das deutsche Genossenschaftswesen oft die einzige organisatorische Zusammenfassung des Deutschtums überhaupt.
Anderseits krankte es an den Mängeln, die die Arbeit in den deutschen Siedlungsgruppen überhaupt erschwerten. Die der bäuerlichen Mentalität angepaßte Form der Volkstumsarbeit brachte es mit sich, daß ein beträchtlicher Teil der nichtbäuerlichen deutschen Bevölkerung, vor allem die Industriearbeiter, oft nicht auf seine Rechnung kam. Das galt in gewissem Grade auch für Arbeit der Genossenschaften.
Einzelne Jugoslawiendeutsche versuchten zwar, durch sogenannte Wohlfahrtsgenossenschaften, d.h. Sparvereine, Krankenkassen usw. auch die sozial schwächeren deutschen Bevölkerungsschichten in die Volkstumsarbeit einzubeziehen und durch eine Verklammerung mit ähnlichen Genossenschaften der Staatsvölker eine wirtschaftliche, politische und soziale Isolierung des Deutschtums zu unterbinden. Sie fanden aber bei den maßgebenden Männern der deutschen Minderheit nicht viel Verständnis, noch weniger die notwendige Unterstützung.
Das anfänglich entgegenkommende Verhalten der jugoslawischen Behörden im Schulwesen gegenüber den Deutschen der Woiwodina förderte die Erwartung der deutschen Führungsschicht, daß der deutschen Minderheit auch die vollen politisch-staatsbürgerlichen Rechte gewährt werden würden, um sie am Aufbau des neuen Staates nicht nur in der Selbstverwaltung, sondern auch in den staatlichen Gremien zu beteiligen.
Bald trat jedoch die Tendenz zutage, die Minderheiten von jeder Mitwirkung am politischen Leben, ja auch aus der kommunalen Selbstverwaltung fernzuhalten. Die führenden Persönlichkeiten der Minderheit mußten daraus die Folgerung ziehen, daß sie ohne eine politische Vertretung im Belgrader Parlament, der Skupschtina, ihre Ziele nicht durchsetzen könnten.
An die Tradition der seit 1905 bestehenden "Ungarländischen Deutschen Volkspartei" anknüpfend, gründeten die führenden Männer der deutschen Minderheit die "Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen", die bei der ersten Parlamentswahl 1923 insgesamt acht Mandate erringen konnte und sich dem Regierungsblock anschloß.
Bis zur Auflösung der "Deutschen Partei" durch das königliche Diktatorialregime im Januar 1929 konnte sie bei den beiden Wahlen von 1925 und 1927 mit 45.172, bzw. 48.032 Stimmen zuerst fünf, dann sechs Mandate behalten. Trotz dieser Vertretung im Parlament blieb die kulturelle und politische Situation der deutschen Minderheit weiterhin angespannt.
In serbischen und auch slowenischen politischen Kreisen war die Herausbildung einer politisch aktiven deutschen Minderheit im Grunde nicht erwünscht, wie die Wahlpropaganda gegen die "Partei der Deutschen" im Jahre 1925 und die von den regionalen und lokalen Behörden behinderte politische und kulturelle Betätigung der deutschen Minderheit zeigte.
Besonders ungünstig war die Lage in der Woiwodina während der 20er Jahre. Hier wurden auf dem durch die Bodenreform enteigneten Land meist madjarischer und deutscher Großgrundbesitzer vor allem Dobrowolzen angesiedelt, während die deutsche landlose Bevölkerung unberücksichtigt blieb.
Dazu kam die Einsetzung meist ortsfremder serbischer Beamter. Erst nach oft wiederholten Interventionen der deutschen Abgeordneten wurden 1927 in der Woiwodina, in der die Gemeindeverwaltung bis dahin in den Händen von ernannten Beamten gelegen hatte, die ersten Kommunalwahlen abgehalten; dadurch erhielt die deutsche Bevölkerung einen stärkeren Anteil an der Selbstverwaltung.
In den hauptsächlich von Kroaten besiedelten Gebieten wurde jede von deutscher Seite unternommene kulturelle oder parteipolitische Betätigung von den Behörden mit doppeltem Mißtrauen beobachtet, da die dort lebenden Deutschen meist die in scharfer Opposition zur Regierungspolitik stehende "Kroatische Bauernpartei" wählten und einzelne Deutsche sogar für die-

se Partei kandidierten. Auf kroatischer Seite blieb hingegen der Verdacht bestehen, daß die die serbische Regierungspartei unterstützende "Partei der Deutschen" im großserbischen Fahrwasser segle.
Der seit der Gründung des Staates schwelende Antagonismus zwischen Serben und Kroaten, der, mit dem Attentat auf den kroatischen Parteiführer Radić in der Skupschtina (20.6.1928) seinen Höhepunkt fand, drohte zum Zerfall des Staates zu führen. Daher hob König Alexander durch den Staatsstreich vom 6.1.1929 die Verfassung auf und setzte ein Militärkabinett unter General Zivković ein. Die Königsdiktatur brachte ein Verbot aller Parteien mit sich, die ausschließlich auf der Grundlage einer Nationalität aufgebaut waren.
Das richtete sich zwar vornehmlich gegen die kroatischen Autonomiebestrebungen und schuf unter den Kroaten nachhaltige Erbitterung. Ebenso aber bedeutete dieses Verbot das Ende der "Partei der Deutschen", die nicht wieder zugelassen wurde. Auch der Kulturbund, der im Jahre 1927 wenigstens in der Woiwodina seine Tätigkeit wieder hatte aufnehmen können, mußte unter diesem Gesichtspunkt seine Satzungen überarbeiten und erneut zur Genehmigung einreichen, die endlich 1931 erteilt wurde.
Trotz dieser Verschlechterung der Gesamtlage für die Minderheitenpolitik gelang es den Führern des Deutschtums in Jugoslawien, vor allem dank der Initiative von Dr. Kraft, unter dem königlichen Diktaturregime wesentliche Zugeständnisse für die deutschen Schulen, ja sogar die Gründung einer Schulstiftung in zähen Verhandlungen zu erwirken, obwohl auch in der oktroyierten Verfassung von 1931 die Rechte der nationalen und religiösen Minderheiten nicht gewährleistet waren.
Die jahrelange Verletzung der Minderheitenrechte und die Aussichtslosigkeit, diese Rechte auf innerstaatlichem Wege durchzusetzen, bewog schließlich die Wortführer des Deutschtums in Slowenien, das sich dem stärksten Druck ausgesetzt fühlte, wegen der Beschlagnahme des "Deutschen Hauses" in Cilli Klage beim Völkerbund zu erheben.
Dadurch sollte die Weltöffentlichkeit auf die Minderheitenproblematik in Jugoslawien aufmerksam gemacht werden. Eine Erörterung dieser Frage, die zwangsläufig auch die mit einem demokratischen System unvereinbare innenpolitische Praxis des südslawischen Staates aufgerollt hätte, kam den verantwortlichen Politikern äußerst ungelegen, und sie versuchten, die Petenten zur Rücknahme ihrer Beschwerde zu bewegen. Zu diesem Schritt fanden sich diese auch bereit, nachdem sich die Regierung zur Zahlung einer Entschädigung und zu Zugeständnissen auf kulturpolitischem Gebiet bereitgefunden hatte. …<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Verhältnisse in Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg (x051/293): >>Jugoslawien, Staat in Südosteuropa mit rund 250.000 km² und 13,9 Millionen Einwohnern (1931). Jugoslawien entstand am 1.12.18 durch Proklamation des "Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen" (Kgr. SHS) als konstitutionelle Monarchie mit stark zentralistischem Einschlag (Verfassung vom 28.6.21) aus den Königreichen Serbien und Montenegro sowie Teilen Österreich-Ungarns und trug den Namen Jugoslawien seit dem 3.10.29.
Die große innenpolitische Instabilität (1918-29 insgesamt 44 Kabinettskrisen) war bedingt durch die Spannungen zwischen großserbisch-einheitsstaatlichen (Serben) und südslawisch-föderalistischer Tendenzen (Kroaten), durch Minderheitenfragen, unterschiedliche historisch-kulturelle Entwicklungen, wirtschaftliche Probleme der Agrargesellschaft und Grenzfragen, die unmittelbar auf die Innenpolitik zurückwirkten.
Mit dem Ziel einer inneren Konsolidierung auf zentralistisch-bürokratisch-antihistorischer Grundlage errichtete Alexander I. mit Staatsstreich vom 6.1.29 eine autoritäre "Königsdiktatur". Nach seiner Ermordung am 9.10.34 in Marseille folgte ein Regentschaftsrat mit dem Prinzregenten Paul für den minderjährigen König Peter II.
Außenpolitisch sicherte sich Jugoslawien gegen die revisionistischen Ansprüche seiner Nach-

barn durch die Kleine Entente, ein Bündnis mit Frankreich (11.11.27), den Balkanpakt mit Rumänien, Griechenland und der Türkei (9.2.34) sowie Einzelverträge. ...<<

**06.12.1918**

**Deutsches Reich:** Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt haben, verstärken die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Vor allem für die deutschen Siedler in Ost- und Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" schon bald verheerend auswirken.

**12.12.1918**

**Österreich:** Die provisorische österreichische Regierung schreibt am 12. Dezember 1918 an US-Präsident Wilson (x028/44): >>Aus einer Mitteilung der tschechoslowakischen Regierung ist zu ersehen, daß die alliierten Mächte angeblich die Absicht haben, die großen, zusammenhängenden Gebiete Böhmens und Mährens, die von mehr als 3 Millionen Deutschen bewohnt werden, dem tschechoslowakischen Staat einzuverleiben.

Über den deutschen Charakter der in Rede stehenden Gegenden kann kein Zweifel obwalten. Ihre Bevölkerung hat bei verschiedenen Gelegenheiten ihren heißen Wunsch zu erkennen gegeben, ihre Freiheit aufrechtzuerhalten und vom tschechoslowakischen Staat unabhängig zu bleiben. ...

Sollten die alliierten Mächte in dieser Hinsicht jedoch Zweifel hegen, so schlägt die deutsch-österreichische Regierung vor, die Lage unverzüglich durch eine unter neutraler Aufsicht stattfindende Volksabstimmung, die nicht nur unter Gewährleistung freier Stimmabgabe, sondern auch unter Inachtnahme anderer Garantien stattfinden müßte, zu klären.

In jedem Fall ersucht die deutsch-österreichische Regierung die alliierten Mächte, über das Schicksal der fraglichen Bevölkerung nicht anders als auf Grund einer solchen Volksabstimmung entscheiden zu wollen. ...<<

**19.12.1918**

**Deutsches Reich:** Am 19. Dezember 1918 stimmt der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?"

Der USPD-Politiker Ernst F. Däumig setzt sich damals für die Einführung eines Rätestaates ein (x243/21): >>Die alte bürgerliche Demokratie mit ... ihren Parlamenten ... hat historische Bedingtheit, ... (es) ist selbstverständlich, ... daß (ihr) die demokratische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Rätesystem findet. ...

(In) der Gewerbezählung vom Jahre 1907 zeigt sich, ... daß sich das werktätige Volk überall in der Mehrheit befindet und ... bis jetzt unter der Diktatur einer ökonomisch überlegenen Minderheit gestanden hat. Und das soll jetzt durch die Nationalversammlung verewigt werden. ...

Das Rätesystem ist so zu vervollkommnen, daß wir für das ganze Deutschland ein einheitliches Wahlsystem durchführen, ... für die Arbeiterschaft und, soweit notwendig, für die Soldatenräte, ... für die Bauernräte, wo es erforderlich ist. ...

Wenn ein solches einheitliches Wahlsystem durchgeführt wird, dann kann auch eine Nationalversammlung zusammentreten. ...

Wir brauchen das Rätesystem in den Betrieben, damit die Arbeiter durch die Räte die Betriebe überwachen. ...<<

Friedrich Ebert erklärt damals vor dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin (x059/49): >>Wir Sozialdemokraten wollen keinen Rätestaat, in dem nur die Arbeiter regieren.

Alle Bürger sollen die gleichen Rechte und Pflichten besitzen. Das Volk wird eine Nationalversammlung wählen, die eine demokratische Verfassung beschließt. ...<<
Der SPD-Politiker Max Cohen fordert ebenfalls eine Nationalversammlung (x149/34): >>Die Arbeiter- und Soldatenräte drücken immer nur einen Teilwillen aus, niemals den Willen des ganzen Volkes. ...
Der Zerfall muß kommen, wenn es uns nicht gelingt, der Disziplinlosigkeit und Einsichtslosigkeit Herr zu werden, die leider auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft zeigt. ...
Die Entente will keinen Sozialismus, sondern eine gemäßigte bürgerliche Demokratie. ...
Die Diktatur will nur ein kleiner Teil, während die große Masse sie ablehnt. ...<<
Der Kongreß entscheidet sich schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).
Nach der Abstimmungsniederlage versuchen die Spartakisten, ihren diktatorischen Rätestaat gewaltsam durchzusetzen.

**20.12.1918**

**Deutsches Reich:** Das Zentralorgan des Spartakusbundes "Die Rote Fahne" berichtet am 20. Dezember 1918 unter dem Titel "Eberts Blutweihnacht" (x256/68): >>Matrosen haben nicht kapituliert. – Halten Schloß und Marstall besetzt. – Sicherheitsmannschaften und Teil der Soldatenwehr kämpfen auf Seite der Matrosen. – Teil Ebert'scher Truppen fraternisiert (verbrüdern sich). – Feindliche Truppen meist entwaffnet. - Ultimatum von 10 Minuten. – Artillerie beschießt Schloß und Marstall. – Infanterie und Kavallerie stürmen. – Bewaffnete Arbeitermassen eilen zu Hilfe. – 70 Opfer. - Schloß und Marstall von Matrosen behauptet. – Ebert-Scheidemann die Schuldigen. – Neue Ebert-Truppen im Anmarsch. – Matrosen klären sie auf. – Berliner Vollzugsrat vermittelt. – Wels abgesetzt.<<
**Frankreich:** Die französische Regierung lehnt am 20. Dezember 1918 die geforderte Volksabstimmung im Sudetenland ab. England schließt sich im Januar 1919 an.

**25.12.1918**

**Deutsches Reich:** Franz Seldte (1882-1947, später SA-Obergruppenführer) gründet am 25. Dezember 1918 den Soldatenbund "Stahlhelm".
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Stahlhelm" (x051/557): >>Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten), von Seldte am 25.12.18 gegründeter Soldatenbund, der als Wehrverband gegen sozialistische und kommunistische Aufstände konzipiert war und den "Geist der Frontkameradschaft" auf die Politik übertragen wollte.
Aus dieser programmatischen Ausrichtung wurde bald eine antirepublikanische Grundhaltung, die sich im Kampf des Stahlhelms gegen "das System" und die es tragenden Kräfte zeigte. Er machte sich auch andere Positionen der nationalistisch-autoritären Parteien zu eigen, wandte sich gegen den "überstaatlichen" Katholizismus wie gegen die Juden, die von der Mitgliedschaft im Stahlhelm durch eine Vorform des Arierparagraphen ausgeschlossen waren.
Der Stahlhelm mit seinen etwa 400.000 Mitgliedern (1925) hatte 1924 schon den Dawesplan bekämpft, 1929 verband er sich mit den Rechtsparteien gegen den Youngplan und ging schließlich mit ihnen in der Harzburger Front einen Pakt ein.
Er wurde damit zu einem der Steigbügelhalter des Nationalsozialismus, dessen Umarmung er nach der Machtergreifung rasch erlag: Zwar wurde Seldte in Hitlers Regierung Arbeitsminister, doch wurden die jüngeren Jahrgänge des Stahlhelms schon ab April 33 in die SA eingegliedert.
Die restlichen Gruppen wurden nach Umbenennung in "Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund" (März 34) im November 35 aufgelöst.
Eine Neugründung des Stahlhelms 1951 in der Bundesrepublik war wenig erfolgreich.<<

**30.12.1918**

**Deutsches Reich:** Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschließen

die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Den KPD-Vorsitz übernimmt Wilhelm Pieck (1876-1960, später Präsident der DDR).
Die KPD verfolgt von Anfang das Ziel, jegliche parlamentarische Ordnung zu zerstören. Naturgemäß nutzt man das bestehende Chaos und die große Massenverelendung konsequent aus. Mit ihren bekannten Parolen ("Proletarier aller Länder, vereinigt euch" etc.) gaukeln die Kommunisten den verzweifelten Deutschen ein "Arbeiter- und Bauernparadies" vor, daß angeblich mit Lenins Hilfe im Deutschen Reich entstehen soll.
Im Parteiprogramm des Spartakusbundes, das überwiegend von Rosa Luxemburg stammt, heißt es (x058/319-321): >>Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.
Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.
Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Lohnproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren; dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.
Um dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, fordert der Spartakusbund:
A. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution:
1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch Arbeiter- und Soldatenräte.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz, Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.
4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
5. Entfernung der Offiziere und Kapitulanten aus allen Soldatenräten.
6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte.
7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.
8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.
B. Auf politischem und sozialem Gebiete:
1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche Republik.
2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte sowie deren Ausschüsse und Organe.
3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, nach Betrieben sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und

Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.
4. Wahl der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Reiche für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der den Vollzug als das Oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat. ...
C. Nächste wirtschaftliche Forderungen:
... 3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligen Anschluß an die sozialistischer Genossenschaften.
4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.
6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.
8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission mit den Betriebsräten, die der beginnenden Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte sichern soll. ...<<

**Dezember 1918**

**Deutsches Reich:** Polnische Truppen besetzen im Dezember 1918 die preußische Provinz Posen. Die polnischen Aufstände in West- und Ostpreußen sowie Oberschlesien scheitern zunächst (x064/126).

Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt im Dezember 1918 an den US-Diplomaten und Politiker Edward M. House (1858-1938, Vertrauensmann von US-Präsident Wilson) und bittet um faire Friedensbedingungen (x1.142): >>Niemals ist, solange es Weltgeschichte gibt, drei Staaten und ihren politischen Häuptern, Wilson, Clemenceau und Lloyd George eine solche Macht verliehen worden. Niemals, solange es Weltgeschichte gibt, ist das Sein und Nichtsein eines ungebrochenen, gesunden, begabten, arbeitsfrohen Volkes und Staates von einem einzigen Entschluß verantwortlicher Männer abhängig gewesen. -
Wenn in Jahrzehnten und Jahrhunderten die blühenden deutschen Städte verödet und verkommen, das Erwerbsleben vernichtet, der deutsche Geist in Wissenschaft und Kunst verebbt, die deutschen Menschen zu Millionen von ihrer heimatlichen Erde losgerissen und vertrieben sind: wird dann vor dem Tribunal der Geschichte und vor dem Richterstuhl Gottes das Wort Geltung haben: Diesem Volk ist recht geschehen, und drei Männer haben dieses Recht vollzogen? ...
Herr Oberst, mein Leben ist vollbracht; für mich erhoffe und fürchte ich nichts mehr, mein Land bedarf meiner nicht, ich denke seinen Untergang nicht lange zu überleben. Als ein schwaches Glied eines ins Herz getroffenen Volkes, das gleichzeitig um seine späte Freiheit und den Rest seines Lebens ringt, rede ich zu Ihnen, dem Vertreter der aufstrebendsten aller Nationen. Noch vor vier Jahren waren wir scheinbar Ihresgleichen. Scheinbar, denn uns fehlte, was den Staaten die Festigkeit des Daseins gibt: die innere Freiheit.
Heute stehen wir am Rande der Vernichtung, die unabwendbar ist, wenn Deutschland nach dem Rate derer verstümmelt wird, die es hassen. Denn dies muß ausgesprochen werden, klar und eindringlich, so daß jeder das Furchtbare versteht, alle Völker und Geschlechter, die jetzigen und die kommenden: Was uns angedroht wird, was der Haß uns anzutun vorschlägt, ist die Vernichtung. Die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in alle Zukunft …<<

Der spätere Außenminister Walther Rathenau kündigt bereits im Dezember 1918 in einem offenen Brief den Zweiten Weltkrieg an (x337/150): >>Wer Deutschland in 20 Jahren besuchen wird, das Deutschland, das er als eines der schönsten Länder der Erde gekannt hatte, wird fühlen, wie sein Herz in Trauer und Scham versinkt. …
Die deutschen Städte werden nicht gerade Ruinen sein; sie werden halbtote Steinblöcke sein, die zum Teil noch von verelendeten, verhärmten Wesen bewohnt werden. … Das Land wird unter Füßen zertrampelt, die Wälder umgehauen sein, die wenigen Felder werden eine miserable Ernte aufweisen, Häfen, Eisenbahnen, Kanäle werden ruiniert und verfallen sein, und überall werden noch mächtige Bauten aus der Vergangenheit stehen, zerbröckelnde Erinnerungen an das Zeitalter der Größe. …
Der deutsche Geist, der einst für die Welt gesungen und gedacht hatte, wird der Vergangenheit angehören, und das Volk, das heute immer noch jung und stark und von Gott für das Leben geschaffen ist, wird nur noch im Zustand lebender Toter existieren. …<<

**Österreich:** Tschechische Truppen marschieren 1918/1919 in die sudetendeutschen Gebiete ein und vertreiben die deutsch-böhmisch-mährische Regierung (x184/19).

**1918**

**Spanien:** Spaniens Neutralität im Ersten Weltkrieg bewahrt das Land im Jahre 1918 nicht vor großen Wirtschaftskrisen, die in den folgenden Jahren die Radikalisierung nationalistischer, sozialistischer, kommunistischer und anarchistischer Bewegungen maßgeblich fördern.

**Südafrika:** Cornelis Jacob Langenhoven (1873-1932) verfaßt im Jahre 1918 den Text der späteren Nationalhymne Südafrikas (x230/165-166):

>>Aus der Bläue unsres Himmels, aus der Tiefe unsrer See,
Aus der Ewigkeit der Berge, wo Antwort tönt aus höchster Höh',
Aus der weit verlass'nen Ebne, wo der Ochsenwagen stöhnt,
Die Stimme des geliebten Südafrika ertönt.
Wir folgen deinem Rufe, zum Opfern sind wir da,
Wir werden leben, werden sterben, stets für dich, Südafrika.<<

**1919**

> Friede ist nur die Fortsetzung des Krieges.
> *Georges Clemenceau (1841-1929, französische Politiker)*

**05.01.1919**

**Deutsches Reich:** Am 5. Januar 1919 entschließen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht (1871-1919) und Rosa Luxemburg (1870-1919), die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angreifen, läßt Gustav Noske (1868-1946, SPD-Politiker, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps) Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.

In einem Aufruf der "Frontsoldaten" heißt es (243/18):

>>Arbeiter, Bürger!
Das Vaterland ist dem Untergang nahe.
Rettet es!
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe.
Schlagt ihre Führer tot!
Tötet Liebknecht!
Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben! ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Gustav Noske (x051/421-422):

>>Noske, Gustav, geboren in Brandenburg 9.7.1868, gestorben in Hannover 30.11.1946,

deutscher Politiker; 1897 Redakteur der sozialdemokratischen "Königsberger Volkstribüne", ab 1902 Leiter der "Volksstimme" in Chemnitz, 1906-18 Mitglied des Reichstages für die SPD.
Im Ersten Weltkrieg war Noske Kriegsberichterstatter. Im November 18 wurde er Gouverneur von Kiel und ("Einer muß ja der Bluthund werden") bekämpfte den revolutionären Aufstand der Marine. Ab dem 29.12.18 saß Noske im Rat der Volksbeauftragten.
Als Oberbefehlshaber der regierungstreuen Truppen schlug er den Berliner Spartakusaufstand im Januar 19 blutig nieder, was ihm harte Kritik aus der Arbeiterschaft einbrachte. Im Februar 19 wurde Noske Reichswehrminister, mußte aber nach dem Kapp-Putsch auf Druck von Legien und Wels von seinem Amt zurücktreten. 1920-33 war er Oberpräsident von Hannover, bis ihn die Nationalsozialisten absetzten.
Noske hatte im Dritten Reich Kontakt zu Widerstandsgruppen um Leuschner, wurde 1939 zum ersten Mal und nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom Zwanzigsten Juli 44 erneut verhaftet. Zwar wurde Noske wegen Hochverrats angeklagt, doch kam es bis zum Kriegsende nicht zu einem Prozeß.<<

**10.01.1919**

**Frankreich:** Der französische Marschall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Heere, schreibt am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...
Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<

**15.01.1919**

**Deutsches Reich:** Im Deutschen Reich, daß bisher fast keine politischen Morde kannte (Ausnahme: Ermordung Wallensteins), ereignen sich während des Spartakusaufstandes erstmalig politische Morde. Die KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg werden am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet und von Regierungssoldaten ermordet.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/15-17): >>**Schüsse im Tiergarten**
*_von Martin Müller-Mertens*
Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht standen Anfang 1919 vor dem politischen Aus. Ihre Ermordung machte sie zu Säulenheiligen der kommunistischen Bewegung. …

**Die Leiche im Landwehrkanal**

… Wenige Tage nach Niederschlagung des Januaraufstandes wurden die Führer der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands am 15. Januar in der damals selbständigen Stadt Berlin-Wilmersdorf verhaftet. Dort wie in der nahe gelegenen Hauptstadt beherrschte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Straßen. Als einer der letzten intakten Großverbände des Heeres exekutierte sie das Bündnis zwischen SPD-geführter Übergangsregierung und Militärs.
Im Berliner Eden-Hotel, wo der Stab der Division stationiert war, wurden die KPD-Gründer verhört und schwer mißhandelt. Zuvor durch den Jäger Otto Wilhelm Runge bereits bewußtlos geschlagen, wurde Luxemburg schließlich mit einem aufgesetzten Schläfenschuß regelrecht hingerichtet, während die Täter sie zum Tiergarten fuhren und in den Landwehrkanal warfen.
Am 13. Juni wurden sterbliche Überreste in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt, die Luxemburgs Vertraute Mathilde Jacob zuvor identifiziert hatte. Jedoch tauchte im Jahr 2007 im Keller des Berliner Krankenhauses Charité eine vergessene Wasserleiche auf. Der Chef der dortigen Rechtsmedizin, Michael Tsokos, hält sie für Luxemburg. Eine DNA-Überprüfung steht bis heute aus.

Kugeln aus den Pistolen von Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Harttung, Leutnant zur See Heinrich Stiege, Oberleutnant zur See Ulrich von Ritgen und Leutnant Rudolf Liepmann beendeten im Berliner Tiergarten fast zeitgleich das Leben Liebknechts - von hinten und angeblich auf der Flucht. Am Verbleib der Leiche gibt es keinen Zweifel. Gemeinsam mit 31 Toten der Januarkämpfe wurde sie am 25. Januar ebenfalls in Friedrichsfelde beerdigt. Zehntausende folgten der Prozession zum damaligen Berliner Armenfriedhof.

**Luxemburg hatte die Oktoberrevolution begrüßt, ging jedoch schnell auf Abstand zu Lenin.**

Die Soldaten handelten nicht auf eigene Initiative. Ihre Befehle erhielten sie von Waldemar Pabst, damals Erster Generalstabsoffizier der Division. Noch 1969, wenige Monate vor seinem Tod, hielt Pabst die Tat für einen Dienst an der Nation. "Tatsache ist: Die Durchführung der von mir angeordneten Befehle ist leider nicht so erfolgt, wie es sein sollte. Aber sie ist erfolgt, und dafür sollten diese deutschen Idioten Noske und mir auf den Knien danken", schrieb er in einem Privatbrief.

Tatsächlich hatten die Liquidierungen jedoch keinerlei Bedeutung für den weiteren Verlauf der Ereignisse. Luxemburg und Liebknecht standen Anfang 1919 längst auf dem politischen Abstellgleis und verfügten selbst in ihrer KPD kaum über echten Einfluß. Daß sie die Führer der auch Spartakusaufstand genannten Januarkämpfe waren, ist reine Legende: Luxemburg lehnte die spontan entstandene Rebellion vehement ab, Liebknecht unterstützte sie aus rein taktischen Gründen und versuchte erfolglos, Volksmarinedivisionen zu mobilisieren. Erst ihr Tod machte Luxemburg - weit mehr als Liebknecht - bis heute sowohl zur Mutter Courage als auch zur Jeanne d'Arc nahezu aller sozialistischen wie kommunistischen Gruppen.

**Der Niedergang**

Dabei hatte der Herbst 1918 für die beiden Politiker eigentlich hoffnungsvoll begonnen. Der 1871 in Leipzig geborene Liebknecht war im Oktober aus der Haft entlassen worden. In Berlin bereitete er eine Revolution vor, doch der Kieler Matrosenaufstand am 8. November kam ihm zuvor. Die wahrscheinlich 1871 im galizischen Zamosc zur Welt gekommene Rozalia Luksenburg - die heute gebräuchliche Variante Luxemburg geht auf einen behördlichen Schreibfehler zurück, ihr amtliches Geburtsdatum bezeichnete sie selbst als Fälschung - verließ an jenem 8. November das Breslauer Gefängnis.

In Berlin trat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), deren Mitglieder beide waren, zwei Tage später der Übergangsregierung Rat der Volksbeauftragten bei. Liebknecht organisierte im unzufriedenen linksradikalen Flügel der USPD den Spartakusbund. Er sollte nur Wochen später zum Kern der Kommunistischen Partei werden.

Luxemburg selbst betonte am 14. Dezember in der Zeitung Die Rote Fahne, man werde "nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes". Doch dieser unzweideutige Wille war nicht zu erkennen.

Bei den Wahlen zum Reichsrätekongreß, der die Weichen zur Weimarer Republik stellte, erlitten die Spartakisten eine krachende Niederlage. Liebknecht und Luxemburg durften nicht einmal als Gäste teilnehmen. Letztere hatte die Oktoberrevolution in Rußland begrüßt, ging jedoch schnell auf Abstand zu Lenin und seinen Genossen. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki betrachtete sie als Verrat an der Revolution.

Nach ihrem Bruch mit der USPD vereinigten sich die Spartakisten am 31. Dezember 1918 mit den Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) zur Kommunistischen Partei. Luxemburg und Liebknecht waren deren Gesichter, doch den Ton gaben andere an. Luxemburg hatte sogar den Namen KPD abgelehnt, um die Unabhängigkeit der Deutschen von den russischen Bolschewiki zu betonen. Deren Instrukteur in Deutschland, Karl Radek, überzeugte die neue

Partei jedoch nicht nur in diesem Punkt, sondern auch von dem durch Luxemburg strikt abgelehnten Putschismus. Sie und Liebknecht plädierten nun für die Teilnahme der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung und damit deren Beteiligung am parlamentarischen System. Maßgeblich die Kräfte der IKD setzten jedoch den Boykott durch.
Faktisch überstand die KPD ihre ersten beiden Jahre nur mühsam als halblegale und tief zerstrittene Politsekte. Erst die Abspaltung der utopistischen Fraktion als Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) im Oktober 1920 und die Vereinigung mit der USPD im darauffolgenden Dezember machte aus der KPD eine Massenpartei, die sich bald als Marionette Moskaus gefiel. Luxemburgs Mitstreiter Paul Levi wollte diesen Weg nicht mitgehen. 1921 wurde er aus der Partei geworfen.

**Gab Noske den Befehl?**

Während der Mord an Liebknecht aufgeklärt ist, bleiben die letzten Augenblicke im Leben Luxemburgs verworren. Wer den tödlichen Schuß abgab, konnte in einem von Vertuschungen dominierten Militärprozeß nicht ermittelt werden. Als Täter galt zunächst Oberleutnant Kurt Vogel. Zwei Jahre später erinnerte sich der Fahrer des Wagens, ein Soldat namens Janschkow, bei dem Schützen habe es sich um Leutnant Hermann Souchon gehandelt. Das behauptete auch Waldemar Pabst 1959 gegenüber dem Chef des Verfassungsschutzes, Günther Nollau. Souchon selbst stritt die Tat jedoch bis zum Ende seines Lebens 1982 ab.
Unklar ist vor allem, ob Pabst auf eigene Initiative handelte oder seine Order vom sozialdemokratischen Volksbeauftragten für Heer und Marine - damit de facto Reichswehrminister - Gustav Noske erhielt. 1962 brüstete er sich noch mit der Entscheidung, für die ihm Noske lediglich gedankt haben soll. In seinen Memoiren läßt er den SPD-Mann auf die Bitte um einen Mordbefehl sagen: "Das ist nicht meine Sache! Dann würde die Partei zerbrechen, denn für solche Maßnahmen ist sie nicht und unter keinen Umständen zu haben." Schließlich habe Noske erklärt, Pabst müsse "selbst verantworten, was zu tun" sei.
In Pabsts Nachlaß fand sich jedoch die Abschrift eines Briefes aus dem Jahre 1969: "Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte - mit Ebert im Hintergrund - und auch meine Offiziere schützen mußte, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, daß ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit."
Gustav Noske konnte dieser Darstellung nicht mehr widersprechen, er starb 1946. Vermutlich deutete er 1919 tatsächlich eher vage an, was Pabst dann aber durchaus richtig verstand.

**"Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte, ist klar."**
Waldemar Pabst

Noske ist bis heute in der SPD umstritten, Pabst weitgehend vergessen. Luxemburg und Liebknecht dagegen leben als kommunistische Ikonen fort. Der Jahrestag ihrer Ermordung ist immer noch Anlaß für die einzige gemeinsame Manifestation der sonst tief zerstrittenen Szene. "Dem Karl Liebknecht haben wir’s geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wird die Hand", singen sie trotzig in die Kälte des Januars.<<
Im Verlauf des Spartakusaufstandes kommen etwa 1.200 Menschen um (x122/433).
Karl Radek (eigentlicher Name: Sobelsohn, 1885-1939?) und andere deutsche Kommunisten fliehen später nach Rußland. Während Stalins "Säuberungen" wird der Trotzkist Radek nach Sibirien verbannt (1933) und wahrscheinlich im Jahre 1937 liquidiert ("Prozeß der 17").

**18.01.1919**

**Frankreich:** Am 18. Januar 1919 werden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt werden, nehmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällt schließlich nur der "Rat der Großen Vier" (der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau,

der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando, 1860-1952) bzw. der "Rat der Großen Drei" (ohne Orlando). Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) und Sowjet-Rußland schließt man von allen Verhandlungen aus.

**Die Pariser "Friedensverhandlungen"**

Obgleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die französischen "Friedenspläne" nach dem Ersten Weltkrieg (x291/33-34): >>... In Frankreich wurde der Ausgang des Krieges damals überwiegend als französischer Sieg verstanden und gefeiert. Nachdem man lange um den Sieg gebangt und schon einer Niederlage ins Auge gesehen hatte, war die Erleichterung über den schließlichen Erfolg ungeheuer; und nachdem man von allen Verbündeten am meisten unter diesem Krieg zu leiden gehabt hatte, glaubte man nur zu gern, auch den größten Anteil an diesem Sieg zu haben. Entsprechend groß waren die Erwartungen, die man in die Friedensverhandlungen setzte.

Der Friedensvertrag sollte nicht nur sichere Garantien gegen einen erneuten deutschen Angriff und damit gegen eine Wiederholung der Kriegsleiden enthalten; die Deutschen sollten auch für alle erlittenen Verluste aufkommen, und sie sollten darüber hinaus durch ihre Kontributionen (Geldleistungen) ein Wiederanknüpfen an die Vorkriegsverhältnisse ermöglichen, die in der Erinnerung vielfach zur "Belle Époque" ("Schöne Epoche", von etwa 1890-1914) verklärt worden war.

Die Überzeugung, daß "Deutschland alles zahlen wird", tröstete über die Misere der Kriegserschöpfung hinweg und entschärfte zugleich die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ein antideutsch bestimmter Nationalismus wurde zum wichtigsten Integrationsmittel einer Gesellschaft, deren innere Friktionen (Reibungen) durch die Kriegserfahrung eher verstärkt und vermehrt als eingeebnet worden waren.<<

Georges Clemenceau (1841-1929, französischer Minister- und Kriegspräsident) der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau (Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges") war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebt, erklärt später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Georges Clemenceau (x051/-103): >>Clemenceau, Georges, geboren in Mouilleron-en-Pareds (Vendée) 28.9.1841, gestorben in Paris 24.11.1929, französischer Politiker; Gegner des Friedensvertrages von 1871; Radikalsozialist; Verleger der Zeitschrift "L'Aurore", mit der er in der Affäre um den jüdischen Hauptmann Dreyfus gegen die Antisemiten kämpfte. Clemenceau löste als Ministerpräsident 1906-09 endgültig den französischen Staat von der Kirche und agitierte im 1. Weltkrieg für den äußersten Einsatz aller Kräfte gegen das Deutsche Reich.

Das brachte ihm 1917 diktatorische Vollmachten als neuer Regierungschef, den Vorsitz 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz und wegen seiner verbissenen Härte den Spitznamen "der Tiger" ein. Die überharten und verhängnisvollen Bedingungen des Versailler Vertrages tragen seine Handschrift. Clemenceau zog sich 1920 aus der Politik zurück.<<

Der britische Ministerpräsident Lloyd George, der den Engländern bereits während des Krieges versprach: "Deutschland zahlt alles!", versuchte nach dem Kriegsende vergeblich, die rachsüchtigen Franzosen zu stoppen.
Lloyd George erklärt damals in Versailles (x059/30): >>Wir müssen uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiische Schiedsrichter, die die Leidenschaften des Krieges vergessen haben. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über David Lloyd George (x051/-359-360): >>Lloyd George, David, geboren in Manchester 17.1.1863, gestorben in Llanystumdwy 26.3.1945, britischer Politiker; 1890 liberaler Unterhausabgeordneter, 1905-08 Handelsminister, 1908-15 Schatzkanzler, 1915/16 Kriegsminister, Dezember 16 bis 19.10.22 Premierminister.
Lloyd war im Ersten Weltkrieg entscheidender Motor der britischen Rüstungsanstrengungen und erzielte in den "Khakiwahlen" (sogenannt nach der Uniformfarbe der britischen Soldaten) 1918 einen überwältigenden Wahlsieg.
Er setzte sich für manche Milderung des Versailler Vertrages ein, konnte aber den Grundtenor kaum mäßigen. 1922 gestürzt, war Lloyd weiter Parteiführer, verlor aber seit 1929 allen politischen Einfluß.
Im September 36 besuchte er Deutschland, zeigte sich tief beeindruckt vom nationalsozialistischen "Aufbauwerk" und sprach von Hitler, nach einem Besuch auf dem Berghof, als dem "George Washington Deutschlands". Trotz späterer Distanzierung blieb dieser Begeisterungsausbruch in der öffentlichen Meinung ein Makel.<<
Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht.
Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschlossen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden (ohne "Sieger und Besiegten"). In erster Linie wollte man das Deutsche Reich (wie z.B. 1648) vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollten außerdem die zugesagten Belohnungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdeckten eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.
Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. …<<
Die Londoner "Times" schreibt im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<
Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x069/122, x320/19): >>... Dahin waren die Tage von Utrecht und Wien, wo aristokratische Staatsmänner und Diplomaten, Sieger und Besiegte ohne Unterschied in höflicher und höfischer Disputation zusammenkamen, um fern und frei vom Lärm und sprachverwirrenden Geschrei der Demokratie die starken Systeme neu zu schaffen, über deren Grundlage sie alle eines Sinnes waren.
Diesmal umstanden die Völker in vielen Millionen den Konferenztisch und verlangten volle

und ungeschmälerte Vergeltung. Wehe den Führern, wenn sie auf der schwindelnden Höhe des Triumphs am Verhandlungstisch verspielten, was die Soldaten auf hundert blutgetränkten Schlachtfeldern gewonnen hatten! …<<

>>… Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bösartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<

Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden. …<<

Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.

Als US-Präsident Wilson ("Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Menschenrechte) seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes (Wilsons größter Wunschtraum). Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampflos und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit (bis 1920) nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa.

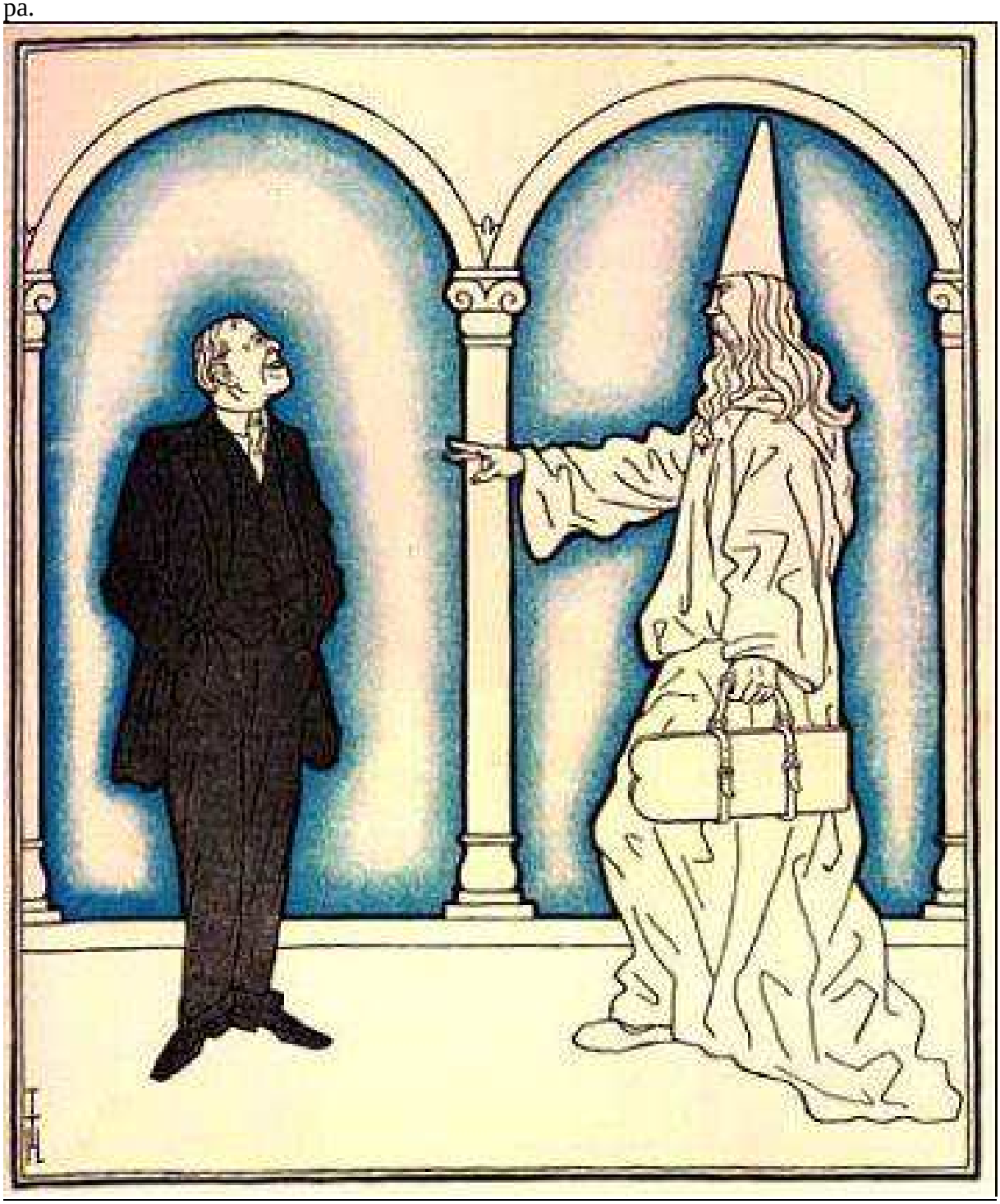

*Abb. 54 (x065/369): **"Unter Göttern":** Woodrow Wilson, wo sind deine 14 Punkte? - Keine Aufregung, oh Lord, deine 10 Gebote haben wir auch nicht gehalten (Simplicissimus vom 17. Juni 1919).*

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schreiben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>… Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.
Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.
Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.
Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. …
Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.
Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern." …<<
Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<
Ein nordamerikanischer Konferenzteilnehmer berichtet später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident (Wilson) hatte die Ärmel hochgekrempelt. Es gab keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlengruben der Saar.
Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...
(Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später).
Er (Wilson) bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...
In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... (das) Komitee für auswärtige Fragen empört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut (des Vertrages) zugehen zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<
Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben unberücksichtigt. Die Siegermächte ignorierten ferner Völker- und Menschenrechte, die sie angeblich bewahren und schützen wollten. Vor allem für die Deutschen in Ost-Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" besonders verheerend auswirken.
Die nordamerikanische Weltkriegsteilnahme und die erstmalige Beteiligung an der Europa-

und Weltpolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse grundlegend. Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".
Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178). Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Pariser Vorortverträge" (x051/436): >>Pariser Vorortverträge, die Friedensverträge, die den Ersten Weltkrieg beendeten, ausgehandelt auf der am 18.1.19 eröffneten Friedenskonferenz in Paris (Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten) und unterzeichnet in verschiedenen Pariser Vororten: der Vertrag mit dem Deutschen Reich am 28.6.19 in Versailles (Versailler Vertrag), der mit Österreich am 10.9.19 in Saint-Germain-en-Laye, mit Bulgarien am 27.11.19 in Neuilly-sur-Seine, mit Ungarn am 4.6.20 im Palais "Grand Trianon" (in Versailles) und mit der Türkei am 10.8.20 in Sèvres.
Österreich mußte u.a. Südtirol, Istrien und Triest an Italien, Dalmatien, Teile von Kärnten und Krain an Jugoslawien abtreten, die Selbständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens anerkennen; der Anschluß an das Deutsche Reich wurde verboten. Auch Ungarn, Bulgarien und v.a. die Türkei verloren Gebiete.
Neben Rüstungsbeschränkungen für die genannten Staaten enthielten die Pariser Vorortverträge Bestimmungen über die Gründung des Völkerbundes, die Leistung von Reparationen und die Strafverfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher.
Die USA, die die Pariser Vorortverträge nicht ratifizierten, schlossen später mit dem Deutschen Reich (1921), Österreich (1921), Ungarn (1921) und der Türkei (1923) gesonderte Friedensverträge.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtet später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x063/522): >>Ende Januar 1918 hatte die große New Yorker Zeitung "Evening Post", die im Besitz Villards war, die Geheimverträge der Alliierten veröffentlicht, die die Engländer und Franzosen ängstlich vor Amerika zu verstecken suchten. Sie waren der kommunistischen Regierung bei der Öffnung der russischen Staatsarchive in die Hände gefallen und erreichten Villard durch eine Kette glücklicher Umstände. Die Echtheit ist nie bestritten worden. Diese Geheimverträge enthüllten die imperialistischen Pläne Frankreichs und sind ein Beweis, daß die Annahme der Vierzehn Punkte Wilsons durch Frankreich unaufrichtig war.
Im September 1916 hatte die französische Regierung mit Zustimmung des Präsidenten Raymond Poincaré beschlossen, das gesamte linksrheinische Gebiet loszubrechen. Es sollten unter französischer Besatzung "autonome Republiken" gebildet werden. Rußlands Zustimmung zu diesem Plane wurde durch die Einräumung völliger Handlungsfreiheit in Ostdeutschland gewonnen.
Marschall Fochs Memorandum vom 27. November 1918 liegt durchaus auf der Linie dieser Verträge. Es zielte auf die Auslöschung der deutschen Souveränität westlich des Rheines hin. Eine oder mehrere autonome rheinische Republiken sollten errichtet und die männliche Bevölkerung zum Militärdienst eingezogen werden, um im Kriegsfall gegen Deutschland zu kämpfen. Die dauernde Besetzung der rechtsrheinischen Brückköpfe war gleichfalls vorgesehen. ...<<

Der deutsche Historiker Jost Dülffer schreibt später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" (H. G. Wells) proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.
Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.
Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen.
Jedoch verkennt dieses Verdikt (Urteil), daß zwar Chancen versäumt wurden, aber die Probleme wirklich ungeheuer groß waren. Auf der Pariser Friedenskonferenz konnten sich nicht einfach, wie in vorangegangenen Jahrhunderten die Staatsmänner zusammensetzen und dann wieder zur Tagesordnung übergehen mit "Friede wirkendem Vergessen", wie man das vormals genannt hatte. Nein, gerade die Völker waren im Krieg mit einem aufgeputschten Nationalismus und Haß gegeneinander angetreten und erwarteten nun auch Genugtuung für ihre Opfer, nicht zuletzt die materiellen; denn der Krieg war in Europa durch Raubbau an den Volkswirtschaften finanziert worden.
Das setzte auch die Regierungen der Sieger unter Druck, so daß der amerikanische Präsident kaum als gleichsam unparteiischer Schiedsrichter nachträglich einen unentschiedenen Frieden durchsetzen konnte. Gerade in Ostmitteleuropa gab es unentwirrbare nationale Gemengelagen. Strategische und wirtschaftliche Gründe konnte man darüber hinaus bei der Gründung neuer Nationalstaaten nicht ganz vernachlässigen. Und schließlich galt unausgesprochen, daß man die weithin als Angreifer des Krieges angesehenen Verlierermächte nicht noch nachträglich durch territoriale Zuwächse gestärkt aus dem Krieg hervorgehen lassen wollte. ...<<
Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x312/216): >>... Die Friedenskonferenz von Versailles wurde am 18. Januar 1919 eröffnet, pikanterweise exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches am selben Ort.
Aber es gab keine deutsche Beteiligung. Die Entscheidungen fielen zwischen den großen drei, dem amerikanischen Präsidenten Wilson, dem britischen Premierminister Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.
Als man sich geeinigt hatte, wurden die deutschen Delegierten einbestellt und erhielten am 7. Mai 1919 den Entwurf des Friedensvertrages. Sie konnten schriftlich Stellung nehmen und daraus ergab sich dann ein Notenwechsel mit einigen für Deutschland günstigen Modifikationen. Aber es gab keinerlei Aussprache.
Diese Kommunikationsverweigerung war ein Novum. Sie zeigte aber auch deutlich, wie weit die emotionalen Verhärtungen gingen. Naturgemäß stimmen sich bei Friedenskongressen die diversen Parteien und Allianzgruppen untereinander ab und gehen nicht unvorbereitet und ohne Konzept in die Verhandlungen mit der Gegenseite. Aber selbst eine solche Form der präparierten und dosierten mündlichen Aussprache war Deutschland nicht zugestanden worden.
Das Zweite, was man sehen muß, ist der schiere Umfang des Vertrages: Die vom Auswärtigen Amt 1919 herausgegebene, dreisprachige (englisch, französisch und deutsch) Ausgabe wiegt 1.140 Gramm (!), sie umfaßt 440 Artikel und 455 Seiten. Die Leserinnen und Leser der Zwanzigerjahre mußten förmlich den Eindruck gewinnen, in diesem Vertragswerk sei nahezu

alles geregelt worden, was dazu angetan sein konnte, die deutsche Position zu schwächen.
So bestimmte, um nur ein skurriles Beispiel zu nennen, Art. 374, daß Deutschland in jedem Falle eine etwaige Kündigung der internationalen Vereinbarung von 1909 über die Schweizer Gotthardbahn mittragen werde.
Man konnte den Vertrag mit gutem Grund nicht nur als "Buch der Sieger", sondern förmlich als Enzyklopädie der Sieger lesen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-199): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...
Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind.
Man trieb also Geheimverhandlungen, Geheimpolitik, mit all den dabei üblichen faulen Kompromissen. Und der US-Präsident, nicht nur von den Massen abgöttisch verehrt, erwies sich jetzt als schwankendes Rohr, als unsicher, von auffallend langsamer Auffassungsgabe auch und schlecht unterrichtet.
Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.
Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens (rund 10 Milliarden Goldmark) ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.
Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft.
Gelegentlich führte der Präsident später eine Entscheidung auf "ungenügendes Studium" zurück, wie seine Preisgabe Südtirols an Italien – wobei er nicht einmal den richtigen Namen des Brenner-Passes kannte: er sprach von der "Brunner-Grenze". Und Rastatt hielt er für einen rheinischen Brückenkopf. Und sogar Lille für "einen festen Platz am Rhein".
Überhaupt waren die Geographiekenntnisse der Yankees, was Europa (und darüber hinaus) betrifft, einfach stupend. Etwa gleich der des Mannes nach und neben Wilson: Außenminister Lansing (dem Wilson insgeheim grollte, so daß er ihm endlich - natürlich an einem 13., am 13. Februar 1920 - mitteilen ließ, daß "seine Resignation dem Präsidenten nicht unangenehm sein würde").
Doch wie der Chef von der "Brunner-Grenze" sprach, so Außenminister Lansing von "Heligoland" - "Heligoland to be ceded to Denmark ..."; ebenso übrigens wie ganz Schleswig-Holstein, obwohl die Dänen am Krieg doch gar nicht teilgenommen hatten und auch dankend auf die ihnen zugedachte große Beute verzichteten (Ein kleines, von Dänen bewohntes Stückchen genehmigten sie sich). Österreich hatte teilgenommen, freilich auf der "falschen" Seite - gleichwohl wollte es Außenminister Lansing generös auf die Schiffahrt von Rhein und Elbe anweisen.

Und Spitzbergen hielt er für deutsches Gebiet. Da durfte Chefberater Oberst House, die Graue Eminenz des Weißen Hauses, nicht zurückbleiben. Für ihn grenzte Mesopotamien an Ägypten, lag Anatolien am Bosporus. Doch seien wir nachsichtig. Clemenceau, den Dingen ja so viel näher lebend, glaubte, die Bahnstrecke Köln - Paris führe durch Holland ...
Wer die Kenntnisse der (allermeisten) Politiker höher einschätzt als etwa ihre Moral, verdankt dies nur eigner Ignoranz. Vielleicht aber war, mancherlei spricht dafür, Wilsons Moral ursprünglich gar nicht so übel - wenn sich auch schwer vorstellen läßt, wie man mit einer intakten Moral Präsident werden, geschweige bleiben kann. ...
Wilson wand sich und log, als ihm in Paris Geheimverträge der Alliierten vorgelegt wurden, nichts davon gewußt zu haben. Wir wissen jedoch sicher durch das von Oberst House publizierte Material daß Wilson die Existenz der meisten Geheimverträge lange vor der Pariser Konferenz kannte. Als freilich am 19. August 1919 Senator Johnson vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten die Geheimverträge aufzählte, antwortete der Präsident auf die Frage, ob er "irgendeine Kenntnis" von den Geheimverträgen vor der Konferenz gehabt habe: "No, Sir. Ich kann zuversichtlich Nein sagen was mich anbelangt."
Die Alliierten aber dachten nicht daran, Wilsons Programm einzuhalten, wozu sie sich ihrer schlechten militärischen Lage wegen bereiterklärt hatten - für Deutschland die Voraussetzung des Waffenstillstands. Jetzt gierten die Sieger nur nach Beute, am meisten die "Tiger" Clemenceau und Lloyd George, der am 14. Dezember unter der Parole "Hängt den Kaiser und laßt die Deutschen die Kosten des Krieges zahlen" einen überwältigenden Wahlsieg errang.
Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.
Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag".
Und selbst der Retter, der Heiland, der Jesus Christus nicht nur öffentlich zu kritisieren, sondern der auch zu sagen vermochte, wie man es besser machen könnte als er, selbst Wilson, der pathetische Schwächling, gestand nun in vertrautem Kreis, als Deutscher würde er den Vertrag nicht unterschrieben haben: "If I were a German, I think, I should never sign it."
Als der Präsident aber nach seiner Rückkehr dem Senat den Vertrag darstellte, sagte er in seiner salbungsvollen Art: "Die Bühne ist aufgebaut, das Schicksal enthüllt. Nicht wir haben diesen Plan gemacht; Gottes Hand hat uns den Weg gewiesen" ...<<

**19.01.1919**

**Deutsches Reich:** Am 19. Januar 1919 findet die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen dürfen, erhalten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).

**29.01.1919**

**Deutsches Reich:** In Wilhelmshaven wird am 29. Januar 1919 ein kommunistischer Aufstand nach harten Kämpfen niedergeschlagen.

**Januar 1919**

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung erklärt im Januar 1919 in einem Aufruf (x256/68): >>... Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen, Seine Stimme soll unterdrückt werden.
Die Erfolge habt ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicher-

heit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten- und Zivilbevölkerung wird unterbunden.
Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. ...<<
Die Inflation, die bereits während des Ersten Weltkrieges beginnt, führt zur Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1919 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 52,08 % (x149/42).
**Polen, Tschechoslowakei:** Im Januar 1919 kommt es zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die nach französischen Plänen zu Eckpfeilern gegen Sowjet-Rußland werden sollen, zu heftigen Zusammenstößen. Polnische Truppen besetzen im Januar 1919 deutsche Reichsgebiete in Teschen an der Olsa.
Frankreich teilt das Teschener Industriegebiet später eigenmächtig auf. Polen erhält den kleineren, aber wertvolleren Teil (x041/84).

**01.02.1919**

**Deutsches Reich:** Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (1876-1967, seit 1906 Mitglied des Zentrums, 1917-1933 und 1945 Kölner Oberbürgermeister, 1920-1933 Präsident des preußischen Staatsrats, im Dritten Reich aller Ämter enthoben) berät am 1. Februar 1919 in Köln mit den Abgeordneten der Nationalversammlung aller rheinischen Parteien über die Errichtung einer "Westdeutschen Republik".
Diese Westdeutsche Republik" (Rheinprovinzen bzw. Rheinland) soll vor allem die Stellung Preußens im Deutschen Reich schwächen und den französischen Sicherheitsinteressen entsprechen (x092/777).

**06.02.1919**

**Deutsches Reich:** Der SPD-Politiker Friedrich Ebert (Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten) eröffnet am 6. Februar 1919 in Weimar die Nationalversammlung mit folgender Rede (x092/779): >>Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation.
Besonders herzlich grüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. ...
Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. ...
Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.
Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. ... Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. ...
Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart und schonungslos durchgeführt worden. Aus diesen Akten spricht alte Gewaltpolitik, spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. ...
Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu treiben. Auch ein sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. ...
Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren im eigentlichen Sinne die Konkursverwalter des alten Regimes, alle Scheuer, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. ...

Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung. ...
Wie der 9. November 1918 anknüpft an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. ... Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. ...
So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahrem sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 7.02.2009) über die deutsche Nationalversammlung vom 6. Februar 1919 (x887/...): >>**Die Weimarer Klassik stand Pate**
Am 6. Februar 1919 trat im Nationaltheater zu Weimar die deutsche Nationalversammlung zusammen
Die Wahl des Sitzungsortes hatte Symbolkraft. Nicht der angeblich in Berlin beheimatete Geist des preußisch-deutschen Militarismus sollte die Republik erfüllen, sondern der der deutschen Klassik.
Deshalb berief die Reichsregierung die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung für den 6. Februar 1919 nicht in die Reichshauptstadt, sondern in die Goethe- und Schiller-Stadt Weimar ein, die der neuen deutschen Republik ihren Namen geben sollte.
Bereits im Zuge der Novemberrevolution 1918 hatten Reichskanzler Prinz Max von Baden, der zuvor eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet hatte, als auch führende Sozialdemokraten die Einrichtung einer Nationalversammlung gefordert, die über die zukünftige Staatsform und die Verfassung des Deutschen Reiches entscheiden sollte.
Der Rat der Volksbeauftragten, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie als provisorische Reichsregierung fungierte, schloß sich dieser Forderung am 30. November 1918 an und setzte für den 19. Januar 1919 eine Reichstagswahl an. Wahlberechtigt waren alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hatten, womit erstmals auch Frauen ein reichsweites Wahlrecht hatten. Auch der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte stimmte diesem Regierungsbeschluß mit deutlicher Mehrheit zu, wodurch der Weg zur Reichstagswahl geebnet und eine von vielen befürchtete Entwicklung hin zu einer Räterepublik endgültig gestoppt war.
Nach der Wahl vom 19. Januar, bei der die eine parlamentarisch-demokratische Republik anstrebenden Parteien SPD, DDP und Zentrum eine Dreiviertelmehrheit erreichten, trat die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Sie war nicht nur mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt, sondern fungierte zugleich auch als Parlament und nahm dessen legislative Aufgaben wahr. Der Umzug in die thüringische Stadt bereitete verkehrstechnische Schwierigkeiten, so daß die Regierungsämter im von nachrevolutionären Wirren und Unruhen beherrschten Berlin verblieben. Um einen schnellen Nachrichtenaustausch zu gewährleisten, wurde eine Luftpostlinie eingerichtet.
Zur Eröffnung der ersten Sitzung sandten die Abgeordneten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ein Grußtelegramm nach Weimar, in dem sie ihren Wunsch nach einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ausdrückten, für den es auch eine Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung gab. Doch die Entscheidung darüber sollten die alliierten Siegermächte auf ihrer Konferenz in Potsdam fällen.
Erster Parlamentspräsident wurde der SPD-Politiker Eduard David, der allerdings wenige Tage später als Minister in die Reichsregierung wechselte und von dem Zentrumspolitiker Konrad Fehrenbach abgelöst wurde.

Am 11. Februar wählten die Abgeordneten mit über 70 Prozent der Stimmen den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Der Parlamentspräsident begrüßte ihn mit den Worten: "Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht, an seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer." Ebert, zugleich SPD-Vorsitzender, antwortete, er wolle und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln und nicht als Vertreter einer einzigen Partei. Zugleich bekannte er sich zu seiner Herkunft aus dem Arbeiterstand.
Gemeinsam mit dem Zentrum und der DDP bildeten die Sozialdemokraten in der Weimarer Koalition eine regierungsfähige Mehrheit. Erster Ministerpräsident (Reichskanzler) der Weimarer Republik wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, Vizekanzler Eugen Schiffer von der DDP und Außenminister der parteilose Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Während im Reich die Aufstände der Spartakisten, Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten tobten, gingen die Abgeordneten in Weimar daran, Deutschland eine demokratische Verfassung zu geben.
Die größte Herausforderung waren die Beratungen über den als Diktatfrieden empfundenen Vertrag von Versailles. Am 12. Mai 1919 tagte die Nationalversammlung erstmals in Berlin. Hier nahm sie eine Erklärung Scheidemanns über die Friedensbedingungen entgegen und debattierte darüber. Unter großem Beifall aller Parteien bezeichnete Scheidemann die Friedensbedingungen als "Gewaltfrieden“, der das deutsche Volk erdrosseln solle. Die Reichsregierung könne diesen Bedingungen nicht zustimmen und werde Gegenvorschläge machen, die auf Wilsons 14-Punkte-Programm beruhen.
Dem schlossen sich die Redner aller Parteien an. Sie erklärten die Forderungen der Entente für unannehmbar und wandten sich vor allem gegen die ruinösen Reparationsforderungen und die Behauptung, Deutschland trage allein die Schuld am Ausbruch des Krieges.
Nachdem Scheidemanns Kabinett aus Protest gegen die unnachgiebige Haltung der Siegermächte wenig später zurücktrat, warb sein Nachfolger, Gustav Bauer, der einer Regierung von SPD und Zentrum vorstand, für die Vertragsunterzeichnung, kritisierte aber weiter einzelne Bestimmungen und insbesondere den Passus zur Kriegsschuldfrage in Artikel 231 des Vertrages. Trotz der allgemeinen Entrüstung über den Vertragsentwurf stimmte die Nationalversammlung dem Antrag in namentlicher Abstimmung mit 237 zu 138 Stimmen schließlich zu, da die Alternative nur die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen sei, die weit schlimmere Folgen haben würden.
Die Weimarer Nationalversammlung war jedoch nicht nur mit den Verfassungsberatungen befaßt. So wurden beispielsweise die gesamte Neuregelung des Steuerwesens in Angriff genommen und mit der Verabschiedung des Reichssiedlungsgesetzes erste Schritte zu einer Bodenreform unternommen.
Am 30. September 1919 verlegte die Nationalversammlung ihren Sitz nach Berlin, bevor sie sich am 21. Mai 1920 auflöste. Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni trat der erste Reichstag an ihre Stelle. Da war der Weg, der wegen des Deutschland erdrückenden Friedensvertrages und verschiedener Verfassungsmängel zu Diktatur, Krieg und Untergang führen sollte, bereits beschritten.<<

**11.02.1919**

**Deutsches Reich:** Die republikanischen Parteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei) wählen Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagt damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschen.
Reichspräsident Friedrich Ebert erklärt während seiner Antrittsrede am 11. Februar 1919 (x073/97): >>... Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von

wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten. ...
Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.<<

**13.02.1919**

**Deutsches Reich:** SPD, Zentrum und DDP bilden am 13. Februar 1919 in Weimar eine Koalitionsregierung. Die sogenannte Weimarer Koalition wählt danach Philipp Scheidemann zum Ministerpräsident.

Mathias Forster schreibt später über Philipp Scheidemann (x051/514): >>Scheidemann, Philipp, geboren in Kassel 26.7.1865, gestorben in Kopenhagen 29.11.1939, deutscher Politiker; 1883 zur SPD, 1911 in den Parteivorstand, 1903-33 Mitglied des Reichstages.
Als Wortführer der Reichstagsfraktion forderte Scheidemann im Ersten Weltkrieg gegen die alldeutsche Kriegszielpropaganda einen Verständigungsfrieden und avancierte nach der Parteispaltung 1917 neben Ebert zum anerkannten Führer der SPD. Am 9.11.18 rief er (ohne Eberts Einverständnis) die deutsche Republik aus, um der beginnenden Revolution entgegenzuwirken, und bildete nach der Wahl zur Nationalversammlung am 13.2.19 die erste von SPD, Zentrum und DDP getragene demokratische Reichsregierung.
Am 11.5.19 legte er sich mit den Worten "Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich mit uns in diese Fesseln legt" auf die Ablehnung des Versailler Vertrages fest, trat im Juni zurück und wandte sich der Kommunalpolitik zu (1920-25 Oberbürgermeister von Kassel), blieb aber eine politische Figur von reichsweiter Wirkung, u.a. durch seine scharfe Kritik an der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee (1926).
1933 ging Scheidemann ins Exil und ließ sich nach Aufenthalten in Frankreich und den USA schließlich in Dänemark nieder. Schrieb "Memoiren eines Sozialdemokraten" (1928).<<

**21.02.1919**

**Deutsches Reich:** Kurt Eisner (1867-1919, ein radikaler USPD-Politiker, seit 1918 bayerischer Ministerpräsident) wird am 21. Februar 1919 durch den rechtsradikalen Graf Anton von Arco (1897-1945, österreichischer Staatsbürger) ermordet.

**23.02.1919**

**Deutsches Reich:** Der "Berliner Anzeiger" veröffentlicht am 23. Februar 1919 einen "offenen Brief" des deutschen Schriftstellers Armin T. Wegner (1886-1978, einer der wenigen Europäer, die damals die armenischen Verfolgungen persönlich erlebten).

Wegner, der sich später auch leidenschaftlich für die verfolgten Juden einsetzt, schreibt in seinem "offenen Brief" an US-Präsident Wilson (x841/...):

>>Herr Präsident!
Verschließen Sie Ihre Ohren nicht, weil ein Unbekannter zu Ihnen redet. In Ihrer Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar des vergangenen Jahres haben Sie die Forderung der Befreiung aller nichttürkischen Völker des osmanischen Reiches aufgestellt. Zu diesen Völkern gehört ohne Zweifel auch das armenische. Diese Nation ist es, für die ich rede.
Als einer der wenigen Europäer, die ihren furchtbaren Untergang von seinem ersten Beginn in den blühenden Städten, auf den fruchtbaren Äckern Anatoliens bis zu der Vernichtung ihrer kläglichen Reste an den Ufern des Euphrats, in den Steinöden der mesopotamischen Wüste mit eigenen Augen erlebt habe, wage ich es, mir das Recht zuzuerkennen, diese Bilder der Not und des Entsetzens vor Ihnen heraufzurufen, die fast durch zwei Jahre an meinen Blicken vorübergingen und die mich nie mehr verlassen werden.
Ich tue dies in dem Augenblick, da die Ihnen verbündeten Regierungen sich rüsten, die Friedensverhandlungen in Paris zu beginnen, die über das Schicksal der Welt für viele Jahrzehnte

entscheiden werden. Aber das armenische Volk ist nur ein geringes unter vielen; die Zukunft größerer und ruhmreicherer Staaten steht zur Verhandlung.
Da liegt es nahe, daß die Bedeutung einer kleinen, so auf das äußerste geschwächten Nation von den gewaltsamen und selbstsüchtigen Zielen der großen europäischen Staaten zurückgedrängt oder beiseite geschoben wird, daß sich so für Armenien das gleiche Spiel der Nichtachtung und des Vergessens wiederholt, das ihm im Laufe der Geschichte so oft widerfuhr. Dies aber wäre auf das tiefste zu bedauern; denn keinem Volke der Erde ist je ein Unrecht geschehen wie dem armenischen. Es ist eine Frage des Christentums, es ist eine Frage der ganzen Menschheit.
Das armenische Volk als solches war nicht an diesem Feldzuge beteiligt, es war ihm nicht einmal die Möglichkeit gegeben, handelnd in ihn einzugreifen. Es war ein Opfer dieses Krieges. Als die türkische Regierung im Frühjahr 1915 an die Ausführung ihres unfaßbaren Planes ging, zwei Millionen Armenier vom Erdboden auszurotten, da waren die Hände ihrer europäischen Brüder Frankreichs, Englands und Deutschlands vom eigenen unseligen Blute feucht, das sie in der traurigen Blindheit ihres Mißverständnisses in Strömen vergossen, und niemand hinderte die finsteren Machthaber der Türkei, ihre qualvollen Folterungen zu beenden, deren Ausführung man in der Tat nur der Handlung eines wahnsinnigen Verbrechers vergleichen kann.
So haben sie ein ganzes Volk, Männer, Frauen, Greise, Kinder, schwangere Mütter, unmündige Säuglinge in die arabische Wüste getrieben mit keiner anderen Absicht als der - sie verhungern zu lassen.
In Europa gewöhnte man sich seit langem daran, Sibirien als eines der unwirtschaftlichsten Länder der Erde zu betrachten, in dem zu leben die härteste Strafe gilt. Und doch gibt es in diesem Lande noch fruchtbare Äcker, weht trotz der Kälte des Winters eine gesunde Luft. Was aber ist Sibirien gegen die mesopotamische Steppe?
Ein Land breitet sich, ohne Gras, ohne Bäume, ohne Vieh, voll spärlichen Krauts, ohne Menschen, die auch nur den Schatten eines Mitleids haben, graue Ebenen voll Lehm auf viele Meilen, kahle Wüsten von Felsen und Stein, zerfallene Ufer, auf die die Glut einer unbarmherzigen Sonne herabfällt, endlose Regen im Herbst und die Kälte der Winternächte mit Frost und eisigem Reif. Abseits seiner zwei großen Flüsse gibt es kein Wasser. Die wenigen kleinen Dörfer reichen kaum aus, um eine Hand voll arabischer Beduinen zu nähren, die in ihrer kümmerlichen Armut jeden Fremden als ein willkommenes Wild betrachten.
Aus ihren Wohnsitzen, die sie länger als zweitausend Jahre inne hatten, aus allen Teilen des Reiches, aus den steinernen Pässen des Hochgebirges bis an die Küsten der Marmara und den Palmenoasen des Südens, trieb man sie in diesen trostlosen Kesseln zusammen mit der Entschuldigung, die jedem menschlichen Empfinden den Hohn spricht, nichts zu tun, als ihnen andere Wohnsitze anzuweisen; metzelte die Scharen ihrer Männer in Massen nieder, stürzte sie mit Ketten und Seilen aneinandergefesselt in den Fluß, rollte sie mit gebundenen Gliedern die Berge hinab, verkaufte ihre Frauen und Kinder auf den öffentlichen Märkten oder hetzte Greise und Knaben unter tödlichen Bastonaden auf die Straße zur Zwangsarbeit.
Nicht genug damit, seine verbrecherischen Hände so für alle Zeiten beschmutzt zu haben, jagte man das Volk, seiner Häupter und Wortführer beraubt aus den Städten, zu jeder Stunde des Tages und der Nacht halb nackt aus den Betten, plünderte seine Häuser, verbrannte die Dörfer, zerstörte die Kirchen oder verwandelte sie in Moscheen, raubte sein Vieh, nahm ihnen Esel und Wagen, riß ihnen das Brot aus den Händen, die Kleider von den Gliedern, das Gold aus den Haaren und aus dem Mund.
Beamte, Offiziere, Soldaten, Hirten wetteiferten in ihrem wilden Delirium des Blutes, schleppten die zarten Gestalten der Waisenmädchen zu ihrem tierischen Vergnügen aus den Schulen, schlugen mit den Knüppeln auf hochschwangere Weiber oder Sterbende ein ...

Reisende, die die Straßen entlang fuhren, wandten ihre Augen entsetzt von diesen Wanderzügen teuflischer Grausamkeit, um in ihren Herbergen die neugeborenen Kinder in den Mist der Höfe gebettet zu finden ... Karawanen, die bei ihrem Aufbruch in die Heimat Hocharmeniens mehrere Tausende von Körper umfaßten, zählten bei ihrer Ankunft an den Staatsgrenzen Aleppos nur noch wenige Hunderte, während die Felder mit angeschwollenen und schwarz gewordenen Leichen besät waren, die die Luft mit ihrem Geruch verpestend, geschändet, nackt und ihrer Kleider beraubt umherlagen oder Rücken an Rücken gefesselt den Euphrat hinabtrieben, den Fischen zum Fraß. Zuweilen streuten Gendarmen zum Hohn ein wenig Mehl in die abgezehrten Hände der Hungernden das sie begierig ableckten, und das nur die Wirkung hatte, ihren Tod hinauszuziehen.

Aber auch vor den Toren Aleppos ließ man ihnen keine Ruhe, jagte aus unbegreiflichen Gründen des Krieges, die niemand verteidigen kann, ihre zusammengeschrumpften Horden mit bloßen Füssen unermüdlich über Hunderte von Meilen auf sonnendurchglühten Straßen, durch steinerne Schluchten, weglose Hügel, von Krankheit und Fieber geschüttelt, zu halbtropischen Sümpfen, in die Öde des Nichts. Hier starben sie, von Kurden erschlagen, von Gendarmen beraubt, erschossen, erhängt, vergiftet, erdolcht, erdrosselt, von Seuchen verzehrt, ertränkt, erfroren, verdurstet, verhungert, verfault, von Schakalen angefressen.

Kinder weinten sich in den Tod, Männer zerschmetterten sich an den Felsen, Mütter warfen ihre Kleinen in den Brunnen, Schwangere stürzten sich mit Gesang in den Euphrat. Alle Tode der Erde, die Tode aller Jahrhunderte starben sie. ... In zerfallenen Karawansereien lagen sie zwischen Haufen von Leichen und Halbverwesten teilnahmslos da und warteten auf den Tod; denn wie lange konnten sie ihr elendes Dasein damit fristen, sich Körner aus dem Mist der Pferde zu suchen oder Gras zu essen? Das alles aber ist nur ein Bruchteil von dem, was ich selbst gesehen habe, was Bekannte oder Reisende mir erzählten, oder was ich aus dem Munde der Vertriebenen selber vernahm.

Herr Präsident, wenn Sie jene furchtbaren Kataloge des Grauens durchblättern, die Lord Bryce in England, Johannes Lepsius in Deutschland über diese Ereignisse gesammelt haben, so werden Sie sehen, dass ich nicht übertreibe. Wenn ich aber annehmen darf, daß diese Bilder des Entsetzens, von denen alle Welt außer in Deutschland gehört hat, das man auf das schändlichste belog, sich bereits in Ihren Händen befinden, mit welchem Recht beschwöre gerade ich sie herauf?

Ich tue das mit dem Recht der menschlichen Gemeinschaft, mit der Pflicht eines heiligen Versprechens. Als ich in der Wüste durch die Flüchtlingslager der Vertriebenen ging, als ich in ihren Zelten mit den Hungernden und Sterbenden auf ihrer Matte saß, da fühlte ich ihre flehenden Hände in den meinen, da beschwor mich die Stimme ihrer Priester, die viele Hunderte von Toten auf ihrer letzten Reise in das Grab gesegnet hatten, für sie zu bitten, wenn ich wieder in Europa wäre.

Aber das Land, in das ich heimkehrte, ist ein armes Land: Deutschland ist eine besiegte Nation. Mein eigenes Volk ist dem Hunger nahe. Elende und Arme bedecken die Straßen. Soll ich ein Volk, das vielleicht bald nicht in der Lage ist, sich selbst zu retten, um Hilfe bitten für ein noch ärmeres? Die Stimme des Gewissens und der Menschlichkeit wird niemals schweigen in mir, und darum spreche ich diese Worte zu Ihnen. Dieses Schreiben ist ein Vermächtnis. Es ist der Mund von tausend Toten, der aus mir redet.

Herr Präsident, das Unrecht dieses Volkes ist maßlos gewesen. Ich habe alles gelesen, was über diesen Krieg geschrieben wurde. Ich habe die Greuel aller Länder dieser Erde verfolgt, die furchtbaren Metzeleien aller Schlachten, die von den Torpedos zerrissenen Schiffe, die von den Flugzeugen auf die Städte herabgeworfenen Bomben, die abscheulichen Ermordungen in Belgien, das Leiden der französischen Flüchtlinge, die entsetzliche Not der verschleppten Deutschen und Gefangenen in Sibirien, die grauenvollen Krankheiten und Seuchen in

Rumänien.
Hier aber gilt es ein Unrecht wieder gutzumachen, wie es keines dieser Völker erlitt, nicht das französische, nicht das belgische, nicht das englische, nicht das russische, nicht das serbische, nicht das rumänische und auch nicht das deutsche, das doch so viel in diesem Kriege erdulden mußte. Nur die wilden Völker des Altertums haben vielleicht annährend ein ähnliches Schicksal ertragen.
Hier aber handelte es sich um eine Nation von hoher Kultur, von reicher und ruhmvoller Vergangenheit, von unvergeßlichen Verdiensten um die Werke der Kunst, Literatur, Wissenschaft mit zahlreichen bedeutenden und geistvollen Männern voll tiefer Religion, voll erhabenem Priestertums, ein christliches Volk, dessen Anhänger über die ganze Erde zerstreut sind, von denen manche viele Jahre in ihrem Lande gelebt hatten, Herr Präsident, und die alle Sprachen der Erde kannten, dessen Frauen und Töchter wohl eher gewöhnt waren, in einem Schaukelstuhl vor einem reichlich gedeckten Tisch zu sitzen, als um ein Erdloch in der Wüste zu kauern, kluge Kaufleute, Ärzte, Gelehrte, Künstler, aufrechte und glückliche Bauern, die das Land fruchtbar machten, und deren einzige Schuld es war, wehrlos zu sein, eine andere Sprache zu sprechen, und als die Kinder eines anderen Glaubens geboren zu sein.
Jeder, der die Vorgänge dieses Krieges in Anatolien kennt, der das Schicksal dieser Nation mit offenen Augen verfolgt hat, weiß, daß alle jene Beschuldigungen, die man mit Weisheit und vieler Mühe gegen die armenische Rasse erhob, nichts sind als eine Abscheu erregende Verleumdung ihrer gewissenlosen Machthaber, die sie zum Schutze ihrer rasenden und brutalen Gewalt erfanden, die sich mit dem Geist der Wahrhaftigkeit und des Menschentums niemals vereinen lassen. Aber selbst wenn alle diese Vorwürfe auf Wahrheit beruhen sollten, würden sie niemals jene grauenhaften Taten rechtfertigen, die man gegen Hunderttausende Unschuldiger begangen hat.
Ich klage nicht den Islam an; der Geist jeder großen Religion ist edel, und die Handlung manches Mohammedaners hat uns die Augen vor den Taten Europas niederschlagen lassen. Ich klage nicht das einfache Volk dieses Landes an, dessen Seele von tiefer Sittlichkeit erfüllt ist; aber ich glaube nicht, daß die Kreise seiner führenden Herrenkaste jemals im Laufe der Geschichte fähig sein werden, es glücklich zu machen, nachdem sie unseren Glauben an ihre Kulturfähigkeit so tief zerstörten, und die Türkei das Recht, sich selbst zu regieren, für alle Zeiten verwirkt hat.
Herr Präsident, Sie werden mir die Unparteilichkeit meiner Stimme glauben, wenn ich als Deutscher zu Ihnen darüber rede, als der Angehörige eines Volkes, das auf das Tiefste mit der Türkei befreundet war, dem man infolge dieser Freundschaft in ungerechtester Weise die Mitschuld an diesen mörderischen Menschenjagden vorgeworfen hat.
Das deutsche Volk hat nichts von diesem Verbrechen gewußt. Wenn seine Regierung, die zu allen Zeiten in heftigster Leidenschaft gegen das Unfaßbare dieser Vorgänge protestiert hat, eine Schuld trifft, so ist es die der Unkenntnis der türkischen Psyche und menschlicher Rücksicht gewesen, in Angst und Sorge um die Zukunft ihres eigenen Volkes zu leben. Ich verschweige es nicht, auch Schwäche ist eine Schuld im Leben der Völker. Aber der bittere Vorwurf, die unverzeihliche Möglichkeit dieser Austreibung hervorgerufen zu haben, trifft sie nicht allein.
Im Berliner Vertrag vom Juli 1878 hat ganz Europa die heiligsten Garantien übernommen, die Ruhe und Sicherheit des armenischen Volkes zu schützen. Aber hat es jemals dieses Versprechen eingelöst?
Selbst die Massenmorde Abdul Hamids haben es nicht zur Besinnung gebracht, und in blinder Begierde verfolgte es die Ziele seines Eigennutzes, nicht bereit, sich zum Beschützer eines unterdrückten Volkes zu machen. In den Waffenstillstandsbedingungen zwischen der Türkei und Ihren verbündeten Völkern, die von den Armeniern der ganzen Erde mit fieberhafter

Spannung erwartet wurden, ist die armenische Frage nur kurz berührt worden.
Soll sich dieses unwürdige Spiel ein zweites Mal wiederholen und die Armenier wieder die enttäuschenden Lehren aus der Vergangenheit ziehen? Die Zukunft dieses kleinen Volkes darf nicht zurücktreten hinter den selbstsüchtigen Plänen und Ansprüchen großer Staaten. Herr Präsident, retten Sie die Ehre Europas!
Der Rat der russischen Volkskommissare hat den Armeniern das Recht der freien Selbstbestimmung zuerkannt, ihre Nationaldelegierten in Paris haben die Unabhängigkeit Armeniens proklamiert.
Aber bei der Anerkennung dieses Rechtes dürfen es die Völker nicht bewenden lassen; denn die armenischen Gebiete der Türkei sind ein menschenverödetes Land, in das zwei Drittel seiner Bewohner niemals zurückkehren werden. Es würde einen nie wieder gutzumachenden Fehler bedeuten, wenn die armenischen Gebiete Rußlands nicht für immer von diesem Reiche gelöst würden, um mit den armenischen Provinzen Anatoliens und Ziliziens zu einem gemeinsamen Lande vereint zu werden, das von jeder türkischen Herrschaft befreit, seinen Ausgang zum Meere hat.
Nur so wäre die Möglichkeit eines Ausgleiches gegeben, nicht nur die zahlreichen Flüchtlinge jenseits der russischen Grenze zurückzuführen auf ihre Scholle, sondern auch die verödeten Städte und Dörfer neu zu beleben.
Es genügt nicht, Herr Präsident, daß Sie das Elend dieses Volkes kennen. Es genügt nicht, daß Sie ihm einen Staat geben, dessen Häuser zerstört, dessen Felder verwüstet, dessen Bürger ermordet sind. Die Erschöpfung dieses Landes ist so groß daß es sich aus eigener Kraft nicht wieder emporraffen kann.
Der Handel ist niedergebrochen, das Handwerk, die Industrie ohne Arbeit. Das Kapital, das an Menschen vernichtet wurde, kann niemals ersetzt werden. Die unermeßlichen Reichtümer, die die grausamen Machthaber dieses Landes in ihrer unersättlichen Gier aus den Schätzen der Vertriebenen angehäuft haben, sind nur ein geringes Pfand.
Viele Tausende von Armeniern wurden mit Gewalt zum Islam bekehrt. Tausende von Kindern sind verschollen und Tausende von Frauen geraubt und in türkischen Harems zu Sklavinnen gemacht worden. Ihnen allen muß die unverbrüchliche Versicherung ihrer Rückkehr in die Freiheit gegeben werden. Alle Opfer der Verfolgung, die ihre Heimat betreten, die zwei Jahre und mehr in der Wüste gelebt haben, müssen an Reichtümern und Gütern, die sie verloren, entschädigt, alle Waisen erzogen werden. Wessen dieses Volk bedarf, das ist die Liebe, die es so lange entbehrt hat. Das ist die Erkenntnis der Schuld unserer aller.
Herr Präsident, für mein eigenes Volk zu bitten, verbietet mir der Stolz. Ich bezweifele nicht, daß es aus der Fülle seines Schmerzes die Kraft gewinnen wird, ... opfernd mitzuwirken an der künftigen Erlösung der Welt. Für die armenischen Nation aber, die so furchtbar gedemütigt wurde, wage ich einzutreten, denn wenn sie auch nach diesem Kriege nicht die Genugtuung ihrer furchtbaren Leiden erfahren sollte, wird sie für immer verloren sein.
Mit der Inbrunst dessen, der die unausdenkbare Schmach seiner Leiden an der eigenen gefolterten Seele erfuhr, erhebe ich die Stimme jener Elenden, deren verzweifelte Klagen ich hilflos hören, deren grauenvollen Tod ich beweinen mußte, deren Knochen die Wüsten des Euphrats bedecken und deren Beine noch einmal Fleisch werden in meinem Herzen und mich mahnen, zu ihnen zu reden.
Schon einmal habe ich an die Tür der amerikanischen Volkes geklopft, als ich die Bittbriefe der Vertriebenen aus den Flüchtlingslagern von Meskene und Aleppo auf Ihre Botschaft nach Konstantinopel brachte, und ich weiß, daß dies nicht vergeblich gewesen ist.
Ich schmeichle mir nicht, jemals eine Antwort auf diesen Brief zu erhalten; aber wenn Sie, Herr Präsident, die erhabene Idee, den unterworfenen Völkern Hilfe zu bringen, in der Tat zur Richtschnur Ihrer Politik gemacht haben, so werden Sie nicht verkennen, daß auch aus diesen

Worten eine machtvolle Stimme spricht, die einzige, die das Recht hat, zu allen Zeiten gehört zu werden, die Stimme der Menschlichkeit.<<

**03.03.1919**

**Großbritannien:** Die Siegermächte verstärken am 3. März 1919 ihre Seeblockade im Ostsee-Raum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

**04.03.1919**

**CSR:** In mehreren Städten (z.B. in Kaaden und in Sternberg) fordern die Sudetendeutschen am 4. März 1919 ihr Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib bei Österreich. Die friedlichen Demonstrationen werden jedoch z.T. gewaltsam beendet (x005/684). 54 Demonstranten werden durch tschechische Milizen erschossen (x025/94).

**06.03.1919**

**Sowjet-Rußland:** Die Komintern (Kommunistische Internationale) faßt während des Gründungskongresses der III. Internationale vom 2. bis zum 6. März 1919 in Moskau alle kommunistischen Parteien Europas straff zusammen und erteilt ihnen verbindliche Anweisungen (x069/141).

In diesen Anweisungen heißt es (x256/59): >>Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik ... zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigen sich brüderliche Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe – die Werktätigen der ganzen Erde.<<

Lenin bezeichnet die Gründung der III. Internationale (Komintern) als die "Vorstufe der internationalen Republik der Sowjets, des Weltsieges des Kommunismus" (x041/80).

**08.03.1919**

**Deutsches Reich:** Der Generalstreik in Berlin und in Thüringen wird am 8. März 1919 nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die Kämpfe fordern etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

**10.03.1919**

**CSR:** Eine US-Expertenkommission berichtet am 10. März 1919 über die Abtretung des Sudetenlandes (x025/94): >>... Würde man den Tschechoslowaken das ganze Gebiet zuerkennen, das sie beanspruchen, so wäre es nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber vielen Millionen Menschen, die nicht unter tschechische Herrschaft gelangen wollen, sondern es wäre auch für die Zukunft des neuen Staates gefährlich und vielleicht verhängnisvoll ...

Das Blut, das am 4. März geflossen ist, als tschechische Soldaten in mehreren Städten auf die deutsche Menge feuerten, ist – obwohl es im Vergleich zu den Opfern, deren Zeugen wir geworden sind, nur ein Tropfen ist, auf eine Art und Weise vergossen worden, die nur schwer verziehen werden kann ...<<

Gemäß den damaligen US-Vorschlägen soll sich der Grenzverlauf überwiegend nach den ethnischen Siedlungsgebieten richten. Das Egerland ist danach Bayern, Nordböhmen ist Sachsen und das Sudetenland ist dem preußischen Teil Schlesiens anzugliedern. Der österreichische Teil Schlesiens soll aufgeteilt und der CSR, Polen sowie dem Deutschen Reich zugeordnet werden.

Ein französischer Vorschlag zur Lösung des deutschen Minderheitenproblems lautet jedoch schon damals: "Ausweisung aller Deutschen"!

Die tschechischen Politiker Masaryk und Benesch lehnen eine Vertreibung der Sudetendeutschen jedoch strikt ab, weil man den neuen Staat nicht mit völkerrechtswidrigen Massenaustreibungen und hohen Entschädigungen belasten will. Die deutschen Arbeitskräfte werden außerdem dringend benötigt (x028/49).

**14.03.1919**

**Österreich:** Die österreichische Nationalversammlung spricht sich am 14. März 1919 für den

Anschluß an das Deutsche Reich aus.

**20.03.1919**

**Deutsches Reich:** Polnische Truppen besetzen am 20. März 1919 Danzig.

**21.03.1919**

**Ungarn:** Bela Kun (1886-1938, ungarischer Volkskommissar für Auswärtige Beziehungen, wahrscheinlich in der UdSSR ermordet) bildet am 21. März 1919 in Budapest eine Räteregierung aus Kommunisten und Sozialisten. Diese diktatorische Räterepublik trennt danach Staat und Kirche, bildet eine Rote Armee und errichtet Revolutionstribunale.

**22.03.1919**

**Sowjet-Rußland:** Ein bolschewistischer Parteifunktionär schreibt am 22. März 1919 an Lenin, um über die verbrecherischen Aktivitäten der Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten, danach umgewandelt zur GPU) zu berichten (x265/118): >>... In dieser von Kriminalität, Gewalt und Willkür verseuchten Organisation, wo Schurken und Verbrecher den Ton angeben, richten bis an die Zähne bewaffnete Männer jeden hin, der ihnen nicht paßt.

Sie dringen in die Häuser ein, plündern, vergewaltigen, nehmen Leute fest, bringen Falschgeld in Umlauf und verlangen von den Leuten Krüge voll Wein, um anschließend die, von denen sie den Wein bekommen haben, zu erpressen und sie schließlich gegen eine 10- oder 20mal so hohe Summe wieder laufen zu lassen.<<

**März 1919**

**USA:** Erst nachdem sich der US-Politiker Herbert Hoover (1874-1964, von 1929-33 nordamerikanischer Präsident) verstärkt für Deutschland einsetzt, dürfen Ende März 1919 wenigstens einige Schiffe der deutschen Fischfangflotte auslaufen.

General J. F. Fuller schreibt später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

**06.04.1919**

**Deutsches Reich:** In München verjagen Kommunisten am 6./7. April 1919 die bayerische Landesregierung und bilden eine Rätediktatur.

**14.04.1919**

**Deutsches Reich:** Der kommunistische Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte Münchens ruft am 14. April 1919 zur Bewaffnung auf (x256/68): >>... Die Bewaffnung der Arbeiter erfolgt in den Betrieben durch die Betriebsräte. In erster Linie werden die Waffenkundigen bewaffnet.

Für Waffenkundige werden sofort Übungen unter Leitung von Waffengeübten abgehalten. Alle Waffendienste sind nur von Waffenkundigen auszuüben.

Die Arbeiter müssen ihre Waffen auf dem Wege zu und von der Arbeitsstelle ständig bei sich tragen.

Die Betriebsräte haben an Hand von Listen, welche Namen und Waffennummern enthalten, eine strenge Waffenkontrolle auszuüben. ...<<

**16.04.1919**

**CSR:** Am 16. April 1919 beschließt die Regierung der CSR ein Gesetz zur Durchführung der Bodenreform.

Bis Oktober 1919 werden fast alle deutschen Großgrundbesitzer (die ca. 30 % der Fläche des Sudetenlandes besitzen) enteignet. Die Grundstücke werden zu 94 % an Tschechen verteilt

(x206/26).

**28.04.1919**

**Frankreich:** Die Satzung des Völkerbundes wird am 28. April 1919 durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und schließlich am 28. Juni 1919 von den Gründerstaaten unterzeichnet. Sie wird damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.

**Der Völkerbund**

Der Völkerbund nahm seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wurde ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Die USA, die Sowjetunion und alle Verlierer des Ersten Weltkrieges waren keine Völkerbundsmitglieder. Nordamerika blieb dem Völkerbund auch später fern und schloß mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separatfrieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entließ.

Das Deutsche Reich und die Sowjetunion wurden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völkerbundes wurde, konnte sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Die mächtigsten Mitglieder des Völkerbundes waren die Siegermächte England und Frankreich, die jedoch weiterhin alle wesentlichen Nachkriegsprobleme direkt mit den betroffenen Nationen aushandelten. Der Völkerbund war deshalb zunächst nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungssystem mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.

Der Völkerbund sollte in erster Linie den Frieden sichern, die allgemeine Abrüstung beschleunigen und die Zusammenarbeit der Völker fördern. Der Völkerbund zeigte zwar Ansätze einer Welt-Friedensorganisation, aber diese internationale Organisation, die von den europäischen Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert wurde, war mit schweren Mängeln behaftet.

Der Völkerbundsrat konnte Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig fassen. Durch die Koppelung mit den "Friedensverträgen 1919/20" und wegen des Prinzips der Einstimmigkeit konnte man die bisherige traditionelle Bündnis- und Geheimpolitik der einzelnen Regierungen natürlich nicht verhindern.

Der Völkerbund war in den ersten Jahren hauptsächlich für die Durchführung und Überwachung der Pariser Friedensverträge zuständig (Aufsicht über Danzig, Memelland, Kontrolle der Mandatsgebiete, Verwaltung des Saargebietes, Durchsetzung der Minderheitenschutzrechte usw.).

Die Minderheitenschutzverträge wurden ausdrücklich in den Friedensverträgen hervorgehoben. Der Völkerbund garantierte den ethnischen Minderheiten in den neugegründeten Staaten z.B. die staatsbürgerliche Gleichstellung, Freiheit der Sprache, freie Religionsausübung und Schulunterricht in der entsprechenden Muttersprache.

Die neuen Nationalstaaten entwickelten sich jedoch frühzeitig zu radikalen Nationalitätenstaaten, so daß innere Spannungen zwischen den jeweiligen ethnischen Minderheiten und den nationalen Mehrheiten, die vielerorts schon seit Jahrzehnten für Unruhe gesorgt hatten, unentwegt zu schweren Konflikten führten.

Die Bearbeitung der zahllosen Beschwerden der unterdrückten Minderheiten erfolgte damals nur schleppend oder wurde größtenteils überhaupt nicht durchgeführt. Der Völkerbund gewährleistete weder den Minderheitenschutz noch überwachte er die Einhaltung der Friedensverträge (falls es sich um die berechtigten Interessen der "Verlierer" handelte).

Bis 1939 traten 14 der 63 Mitgliedstaaten aus dem Völkerbund aus. Der Völkerbund war später auch nicht in der Lage, Japan (Einfall in die Mandschurei im Jahre 1931) sowie Italien (Überfall auf Abessinien im Jahre 1935) zu stoppen und konnte die verbrecherischen Diktatoren Hitler und Stalin ebenfalls nicht in die Schranken weisen.

Der erfolglose Völkerbund wurde schließlich am 18. April 1946 durch Beschluß der Völker-

bundsversammlung aufgelöst.
US-Präsident Warren Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident der USA) erklärte bereits im Jahre 1921, daß der Völkerbund ein Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei (x054/190).
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Völkerbund" (x051/607-608): >>Völkerbund, 1919/20 gegründete weltweite internationale Staaten-Organisation mit Sitz in Genf.
Die Satzung des Völkerbundes wurde am 28.4.19 durch die Vollversammlung der Pariser Friedenskonferenz angenommen, als Teil I (Artikel 1 bis 26) in alle Pariser Vorortverträge aufgenommen und trat mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages am 10.1.20 in Kraft.
Initiator des Völkerbundes war US-Präsident Wilson; im letzten Punkt seiner Vierzehn Punkte vom 8.1.18 forderte er die Errichtung eines Völkerbundes.
Mitglieder des Völkerbundes anfangs 32 Kriegsgegner des Deutschen Reiches und 13 im Ersten Weltkrieg neutrale Staaten; 1920 wurden Äthiopien, Österreich und Bulgarien, 1922 Ungarn, am 8.9.26 das Deutsche Reich (wie im Locarnopakt vorgesehen), 1931 Mexiko, 1932 der Irak und die Türkei und 1934 die UdSSR aufgenommen. Brasilien (1926), Japan (1933), Deutschland (19.10. 33) und Italien (1937) traten wieder aus dem Völkerbund aus; die UdSSR wurde wegen ihres Winterkrieges gegen Finnland 1940 ausgeschlossen.
Die USA ratifizierten den Versailler Vertrag nicht und gehörten dem Völkerbund nicht an.
Organe des Völkerbundes:
1. die einmal jährlich tagende Völkerbundsversammlung, in der jedes Mitglied eine Stimme hatte;
2. der mehrmals im Jahr zusammentretende Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, später auch mit Deutschland und der UdSSR als ständigen und neun für drei Jahre gewählten nichtständigen Mitgliedern;
3. das von einem Generalsekretär geleitete Ständige Sekretariat.
Zweck des Völkerbundes war, die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern zu stärken, für die Achtung ihrer territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit zu sorgen, ihre Sicherheit zu gewährleisten und so den Weltfrieden zu erhalten, etwa durch die Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte oder Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Außerdem war der Völkerbund für die Verwaltung des Saarlandes (bis 1935) und der Freien Stadt Danzig, die Aufsicht über die sogenannten Mandatsgebiete (die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und ehemals türkische Gebiete in Asien) und für den Schutz nationaler Minderheiten zuständig.
Bei der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten, auf kulturellem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet war der Völkerbund erfolgreich. Dagegen hatten weder seine Abrüstungsbemühungen Erfolg, noch konnte er militärische Konflikte, an denen Großmächte beteiligt waren (z.B. den Krieg Italiens gegen Abessinien 1935/36), noch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1939) verhindern.
Am 18.4.46 löste sich der Völkerbund selbst auf. An seine Stelle traten im selben Jahr die Vereinten Nationen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Minderheiten" nach der europäischen Neuordnung (x051/385): >>Minderheiten, Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates, die sich von der Mehrheit der übrigen Staatsangehörigen durch ein auf ihrer Sprache, ihrer rassischen oder ethnischen Herkunft, ihrer kulturellen oder geschichtlichen Tradition beruhendes nationales Sonder- und Eigenbewußtsein unterscheiden.
Die Minderheiten bildeten bei der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein erhebliches Problem, da die Eingliederung fremder Volksgruppen in die neuen oder erweiterten Staaten Ost- und Südosteuropas eigentlich dem schon in den Vierzehn Punkten Wilsons geforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach.

Die machtpolitischen (Gebietsabtretungen des geschlagenen Deutschen Reiches) und ökonomischen Zwänge (Lebensfähigkeit der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie) wiesen jedoch keinen anderen Weg und führten 1919/20 zu multilateralen Minderheitenschutzverträgen zwischen den Siegermächten und Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und der Türkei. Hinzu kamen bilaterale Abmachungen wie etwa das Oberschlesienabkommen vom 15.5.22 zwischen Polen und Deutschland.
Der Schutz der Minderheiten wurde in erster Linie durch Garantie und Ausweitung der individuellen Grundrechte angestrebt: Gebrauch der Muttersprache, Meinungs- und Religionsfreiheit, kulturelle Koalitionsfreiheit, Zugang zu öffentlichen Ämtern u.a. Dagegen vermied man kollektive Volksgruppenregelungen, um den Integrationsprozeß in den jungen Staaten nicht zu belasten.
Appellationsinstanz für die Minderheiten war der Völkerbund, in dessen Satzung allerdings der Minderheitenschutz nicht verankert war. Wegen der divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten wurden Beschwerden meist schon im Vorfeld der Beratungen blockiert, so daß einzelne Staaten ungestraft die Minderheitenrechte aushöhlen konnten. Sie wurden daher zu einem wirksamen Hebel der nationalsozialistischen Außenpolitik, die in der ersten Phase auf eine Revision des Versailler Vertrages zielte und als ersten Schritt zur Destabilisierung der kleinen Randstaaten volksgruppenrechtliche Lösungen für die deutschen Minderheiten forderte.
Dahinter stand auch eine ideologische Stoßrichtung: Nach nationalsozialistischer Auffassung war der individualrechtliche Minderheitenschutz eine jüdische Erfindung, da er zur Umvolkung und damit Schwächung des Volkstums führe. Zudem begünstige er die Assimilation, die "das Judentum" zur Tarnung seiner Rolle als "Völkerparasit" brauche.
Die nationalsozialistische Minderheitenpolitik im Zweiten Weltkrieg war denn auch gekennzeichnet von Deportationen, Um- und Aussiedlung, Vertreibung und Vernichtung. Dies und die Völkerverschiebungen im Gefolge der deutschen Niederlage machten die ursprünglichen Schutzverträge für die nationalen Minderheiten nach 1945 in Europa gegenstandslos. Die Vereinten Nationen vermochten sich bisher auf keine neue Konvention zum Schutz der Minderheiten zu einigen.<<

**04.05.1919**

**China:** Am 4. Mai 1919 demonstrieren Studenten und Professoren der Pekinger Universität gegen den Beschluß der Pariser Friedenskonferenz, die ehemals deutschen Konzessionen und Pachtverträge an Japan zu übertragen.
Da die Westmächte auch nach 1919 an diesem Beschluß festhalten, schließt Präsident Sun Yat-sen später ein Bündnis mit Sowjetrußland.

**07.05.1919**

**Frankreich:** Am 7. Mai 1919 übergibt Clemenceau den deutschen Bevollmächtigten das 455 Seiten umfassende Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz zur Prüfung (x073/69): >>Meine Herren Delegierte des Deutschen Reiches!
Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist.
Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. ... (Wir sind aber einmütig entschlossen), sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechtigte Genugtuung zu erlangen. ...<<
Der deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1928, von Ende 1922-28 Botschafter in Moskau), Sprecher der deutschen Delegation, antwortet daraufhin (x069/119): >>Wir wissen, daß die Macht der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen

das Übermaß des Hasses, der uns entgegenspringt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge.
Wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Personen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden.<<

**09.05.1919**

**Deutsches Reich:** Der SPD-Vorstand ruft am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48): >>Proletarier aller Länder! Vereinigt Eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<
Reichsminister Erzberger erklärt am 9. Mai 1919 (x069/119): >>... Mit dem Revolver kann man von mir das Versprechen erzwingen, auf den Mond zu klettern. Deshalb fühle ich mich nicht verpflichtet, es auch zu tun.<<
Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" ist die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" soll offensichtlich keinen Frieden einleiten. Obgleich alle Beteiligten genau wissen, daß die Deutschen den Ersten Weltkrieg nicht bewußt bzw. vorsätzlich verschuldeten, wird in Paris hauptsächlich das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht.
Der nordamerikanische Journalist Villard berichtet über die damalige deutsche Nachkriegsstimmung (x063/522): >>In gutem Glauben hatten sie sich übergeben; sie hatten die Bedingungen des Waffenstillstands angenommen, weil die Vereinigten Staaten ihre Ehre zum Pfand gaben, daß der Friede auf den 14 Punkten ruhen werde. Sie waren bereit, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen. Hatten sie nicht den Preis gezahlt? Und schließlich, waren sie nicht auch Menschen?
Rasch wurde diese glorreiche Gelegenheit, Europa auf edlen und dauernden Grundlagen wiederaufzubauen, über Bord geworfen. Auch der ungeübteste Beobachter konnte sehen, wie die deutsche Nachkriegsstimmung sich änderte, hinwegschmolz und verflog, vielleicht um nie wiederzukehren ...<<

**11.05.1919**

**Deutsches Reich:** Der evangelische Theologe Otto Dibelius (1880-1967, seit 1945 Bischof) erklärt am 11. Mai 1919 während einer Predigt in Berlin (x340/188): >>Ein Volk, das seinem eigenen Heere den Dolch in den Rücken gestoßen hat, das seine Brüder und Schwestern preisgegeben hat, um den Feinden im leichtsinnigen Vertrauen die Friedenshand hinzustrecken, ein Volk, das seine furchtbare Niederlage mit Streiks und Tanzvergnügen feiert … ein solches Volk hat ein hartes Gericht verdient von den Händen eines gerechten Gottes. …<<

**12.05.1919**

**Deutsches Reich:** Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnt die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.
Ministerpräsident Scheidemann erklärt im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780): >>Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch einen Bruch ertragen, ohne daß aus ... allen Ländern der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" veröffentlicht später (am 28. Juni 2009) den vollständigen Text der Rede, die der Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) als "Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen" vor der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Neuen Aula der Universität Berlin am 12. Mai 1919 hielt. In den Protokollen der Nationalversammlung trug jene Sitzung den Namen "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden": >>**Dieser Vertrag ist unannehmbar!"**

*von Philipp Scheidemann*

Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen.

In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (*Lebhaftes Bravo!*)

Wir müssen beieinander bleiben. (*Erneuter lebhafter Beifall*) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. (*Wiederholter stürmischer Beifall*) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.

Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Machthunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

**"Dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!"**

Lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungen weisend), in dem hundert Absätze beginnen: "Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet", dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (*sehr wahr!*) - dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! (*Stürmischer Beifall*)

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (*Lebhafte Zustimmung*)

Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (*Sehr wahr!*) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson?

Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der

finsteren Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (*Rufe: Pfui!*)
Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern.
Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (*lebhafte Zustimmung*); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!
Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, - ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.
Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!
Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, - alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren!
Aber das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

**"Deutschland aus der Welt wegzuradieren"**

Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmte der Rat der Vier: "Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben …, ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt."
Wie sagt Wilson so zutreffend: "Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!"
O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradieren, setzt sie durch diese Bestimmungen: "Kriegsmaßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen."
Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (*Hört! Hört!*)
Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über -, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für

Kohle, pharmazeutische Artikel und so weiter, - ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (*Lebhafter Beifall*) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschutz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.

Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte, in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (*Hört! Hört!*)

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der Times: "Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden." (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!)

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: "Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich."

Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: "Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', - offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: "Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zu sichern." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!*)

Und nun genug! Übergenug!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe*)

**"Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe"**

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Ver-

trag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! (*Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich. - Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.*)
Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (*Lebhafte Zustimmung*)
Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbarsten Auflodern chauvinistischer Gewaltpolitik -, vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.
Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (*Stürmische Bravo und Händeklatschen*) Brüder in Deutsch-Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)
Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das "deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße, nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (*lebhafte Zustimmung*), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (*Beifall*)
Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder!
Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!
Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! (*Lebhafte Zustimmung*)
Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

**"Das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk"**

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (*Lebhafter Beifall und Zustimmung*) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seinen Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!
Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (*Lebhafte Zustimmung*) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel

und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundung führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!
Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.
Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schaudernd von dem jahrelangen Mord.
Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)<<
Konstantin Fehrenbach (1852-1926, Zentrumspolitiker, 1920/21 deutscher Reichskanzler) hält danach am 12. Mai 1919 eine feierliche Schlußrede (x063/527): >>... Wir hatten einen Frieden erhofft der Völkerbündnisse und der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. Wenn die Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal!<<

**22.05.1919**

**Großbritannien:** Der britische Politiker Philip Snowden (1864-1937) schreibt am 22. Mai 1919 im "Labour Leader" (x063/491-492): >>Mehr als alle anderen Staatsmänner, die für den Friedensvertrag verantwortlich sind, ist Präsident Wilson aufs äußerste diskreditiert. Er hat nicht darauf bestanden, daß auch nur eine einzige der Friedensbedingungen, die er aufstellte, gehalten wurde ...
Sein Eingreifen in den europäischen Krieg war von jedem Standpunkt aus verhängnisvoll. Hätte er Amerika nicht in den Krieg gebracht, so wäre wahrscheinlich ein anständiger Frieden zustande gekommen. Sein Eingreifen hat die europäische Lage außerordentlich verschärft und brodelnde Eifersucht, Haß, bösen Willen und die Gewißheit zurückgelassen, daß ein Menschenalter von Krieg und Blutvergießen vor uns liegt.
Je eher er nach Amerika zurückkehrt und aufhört, sich in die internationale Politik einzumischen, für die er offensichtlich weder den Mut noch das Wissen besitzt, desto besser für den Frieden der Welt.<<

**26.05.1919**

**Frankreich:** Nach Bekanntgabe der französisch-britischen Friedensbedingungen treten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.
US-Attaché William Bullitt (1891-1967), der ebenfalls vorzeitig die Pariser Verhandlungen verläßt, schreibt am 26. Mai 1919 an den nordamerikanischen Präsidenten (x063/526): >>... Ich bin einer von den Millionen, die ihrer Führung blindlings vertrauten und glaubten, Sie würden wirklich auf einem "dauerhaften, auf selbstloser, vorurteilsfreier Gerechtigkeit begründeten Frieden" bestehen.
Aber jetzt hat die Regierung eingewilligt, die leidenden Völker der Welt neuem Zwang, neuer Bedrückung und Aufteilung zu überantworten - einem neuen Jahrhundert des Krieges. Das Unrecht in Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und dem Saarland und die Aufgabe des Grundsatzes der Freiheit der Meere machen neue internationale Konflikte zur Gewißheit. ...
Ich bedauere es, daß sie unseren Kampf nicht zu Ende kämpften und daß Sie so wenig Vertrauen zu den Millionen aller Völker hatten, die Ihnen, wie ich, ihr ganzes Vertrauen schenkten.<<

**30.05.1919**

**Südafrika:** Jan Smuts (1870-1950, ehemaliger Buren-General, 1919-24 und 1939-48 südafrikanischer Ministerpräsident) schreibt am 30. Mai 1919 an US-Präsident Wilson (x068/197-198): >>... daß wir ihnen gegenüber (den Deutschen) unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der 4 Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ...

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.<<

**31.05.1919**

**Deutsches Reich:** Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt am 31. Mai 1919 in der Berliner Zeitschrift "Zukunft" über die Versailler Friedenverhandlungen (x1.142): >>**Das Ende**

Was soll also geschehen? In Versailles muß das Äußerste darangesetzt werden, den Vertrag entscheidend zu verbessern. Gelingt es, gut. Dann unterschreiben. Gelingt es nicht, was dann? Dann darf weder aktiver noch passiver Widerstand versucht werden. Dann hat der Unterhändler, Graf Brockdorff-Rantzau, das vollzogene Auflösungsdekret der Nationalversammlung, die Demission des Reichspräsidenten und aller Reichsminister den gegen uns vereinten Regierungen zu übergeben und sie aufzufordern, unverzüglich alle Souveränitätsrechte des Deutschen Reiches und die gesamte Regierungsgewalt zu übernehmen.

Damit fällt die Verantwortung für den Frieden, für die Verwaltung und für alle Leistungen Deutschlands den Feinden zu; und sie haben vor der Welt, der Geschichte und vor ihren eigenen Völkern die Pflicht, für das Dasein von 60 Millionen zu sorgen. Ein Fall ohnegleichen, unerhörter Sturz eines Staates; doch Wahrung der Ehrlichkeit und des Gewissens. Für das Weitere sorgt das unveräußerliche Recht der Menschheit - und der klar vorauszusehende Gang der Ereignisse. …<<

**Mai 1919**

**Deutsches Reich:** Nach monatelangen schweren Kämpfen (mit über 3.000 Toten) setzen sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlagen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).

Die bayerische Landesregierung muß damals Freikorps (ehemalige Offiziere und Soldaten der deutschen Wehrmacht) einsetzen, weil die Reichswehr nicht über genügend schlagkräftige Truppen verfügt. Die Freikorps werden damals an vielen Orten des Deutschen Reiches und im Baltikum zur Unterdrückung von kommunistischen Umsturzversuchen oder zur Verteidigung von deutschen Siedlungsgebieten eingesetzt.

Diese Freikorps entwickeln sich in den folgenden Jahren zur Belastung für den demokratischen Staat, denn hier sammeln sich zunehmend "verbitterte Landsknechte" und radikale Rechtsradikale, die später "Fememorde" begehen oder sich der rechtsradikalen NSDAP anschließen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Freikorps" (x051/190-191): >>Freikorps, allgemein militärische Freiwilligenverbände ohne feste Zugehörigkeit zu einem größeren Truppenverband.

Nach der Auflösung des kaiserlichen Heeres 1918 bildeten sich zahlreiche Freiwilligenformationen, meist von nationalistischen Offizieren begründet und nach diesen benannt, in denen sich u.a. Arbeitslose, ostelbische Junker, Berufssoldaten zusammenfanden, die nach der

Rückkehr aus dem Krieg im zivilen Alltag orientierungslos waren, als ehemals angesehene Offiziere die soziale Deklassierung nicht hinnehmen wollten und die Republik ablehnten.
Die zeitweise mehr als 200 Freikorps mit über 400.000 Mitgliedern (am bekanntesten "Marinebrigade Ehrhardt") wurden von staatlicher Seite besonders gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt, u.a. bei den Januarstreiks 1919 in Berlin oder der Niederwerfung der Münchener Räterepublik. Sie bekämpften die politische Linke durch Anschläge und Morde (u.a. Luxemburg, Liebknecht, Rathenau) oder wirkten als "Grenzschutz" im Osten.
Die Verfügung zur Auflösung der Freikorps trug 1920 zur Auslösung des Kapp-Putsches bei; viele Freikorps wurden geschlossen in die Reichswehr überführt. Zahlreiche Freikorpsmitglieder schlossen sich SA oder SS an. Sie wurden nach der Machtergreifung mit "Ehrenurkunden" ausgezeichnet zum Ausdruck des "Dankes" für die "bis dahin vorenthaltene Anerkennung".<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Fememorde" (x051/175): >>Fememorde, in Anlehnung an die mittelalterlichen Femegerichte gebildete Bezeichnung für politische Selbstjustiz von Geheimbünden und Untergrundorganisationen.
Fememorde wurden v.a. von Angehörigen der Freikorps und der Schwarzen Reichswehr 1919-23 begangen an angeblichen "Wehrverrätern", die z.B. den Behörden Hinweise auf Waffenverstecke gegeben hatten. Nur wenige der etwa 300 Fememorde wurden von der nationalkonservativen Justiz der Republik mit der sonst üblichen Strenge geahndet. Selbst einer der Haupttäter, Oberleutnant Paul Schultz, wurde nach Verhängung der Todesstrafe 1927 nur in Haft gehalten und gemäß Reichsgesetz vom 24.10.32 amnestiert.
Im Zweiten Weltkrieg kam es vereinzelt zu Fememorden in alliierten Gefangenenlagern durch fanatische Nationalsozialisten an Kameraden, die am "Endsieg" zweifelten und mit der Gewahrsamsmacht kollaborierten.<<
**Litauen:** Da Litauen eine Wiedervereinigung mit Polen entschieden ablehnt, besetzen polnische Truppen im Mai 1919 Teile Litauens mit der Hauptstadt Wilna, um Litauen gewaltsam in den polnischen Staat einzugliedern (x064/126).

**07.06.1919**

**Österreich:** Die österreichische Nationalversammlung protestiert am 7. Juni 1919 gegen die Friedensbedingungen von Saint-Germain-en-Laye bzw. gegen das "Todesurteil für Deutsch-Österreich" (x034/52): >>... Wir werden uns wieder erheben zu neuem Leben und uns eingliedern als freier Staat in die große Deutsche Republik.<<

**14.06.1919**

**Deutsches Reich:** Die Delegierten des 8. Pazifistenkongresses lehnen am 14. Juni 1919 die harten Friedensbedingungen gegen Deutschland ab, obwohl sie die deutsche Kriegsschuld anerkennen.

**16.06.1919**

**Deutsches Reich:** Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert, fordern die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose Anerkennung (innerhalb von 5 Tagen) und drohen mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.
In dieser Note der Siegermächte heißt es (x056/315, x243/10): >>... Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben getrachtet, ... ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten. ...
Sie haben ... beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb (von) 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege ... wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg

entfesseln. ... (Sie haben) sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, ... den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ... vorbereitet war. ...<<
>>... Deshalb haben die alliierten ... Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen; ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit. ...<<

**17.06.1919**

**Deutsches Reich:** Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" (1896 in München gegründet) schreibt am 17. Juni 1919: >>... Als US-Präsident Wilson in den Himmel kommt, fragt ihn Gott: Thomas Woodrow Wilson, wo sind deine 14 Punkte? - Keine Aufregung, oh Lord, deine 10 Gebote haben wir auch nicht gehalten!<<

**20.06.1919**

**Deutsches Reich:** Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Friedensbedingungen entschieden ablehnen, tritt die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert bleibt trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt.
Die SPD-Fraktion beschließt danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.

**21.06.1919**

**Deutsches Reich:** Am 21. Juni 1919 läßt der deutsche Konteradmiral Ludwig von Reuter (1869-1943) bei Scapa Flow (Bucht in den Orkneyinseln) die von den Briten internierte deutsche Kriegsflotte (6 Schlachtkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer und 50 Zerstörer) von den deutschen Besatzungsmitgliedern versenken, obgleich die deutschen Kriegsschiffe an die Siegermächte ausgeliefert werden sollen.

**22.06.1919**

**Deutsches Reich:** Die Mehrheit der Nationalversammlung ist am 22. Juni 1919 unter Vorbehalten (Kriegsschuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte) bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnen den Friedensvertrag ab (x149/38). Das Abstimmungsergebnis lautet schließlich am 22. Juni 1919: 237 Ja-, 138 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen (x034/55).
Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärt Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x063/528, x191/31): >>Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist!
Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk. ...
(Ich rufe auf zum) Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! ...
Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen! ...<<
>>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...
Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<

Der SPD-Politiker Paul Löbe (1875-1967, 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, danach bis 1933 Reichstagsabgeordneter, 1933 und 1944 vorübergehend inhaftiert, 1949-53 Mitglied des Bundestages) erklärt vor der Nationalversammlung (x256/72): >>Wenn wir die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs.
Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. Ein entrechtetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig, ein vergewaltigtes Volk ist nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger.
Deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlicher Verhandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. ...<<

**28.06.1919**

**Frankreich:** Aufgrund der Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichnen die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag". Angesichts der gnadenlosen Methoden der Siegermächte muß sich die deutsche Regierung (wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648) der Gewalt beugen. Der deutsche Staat muß in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.

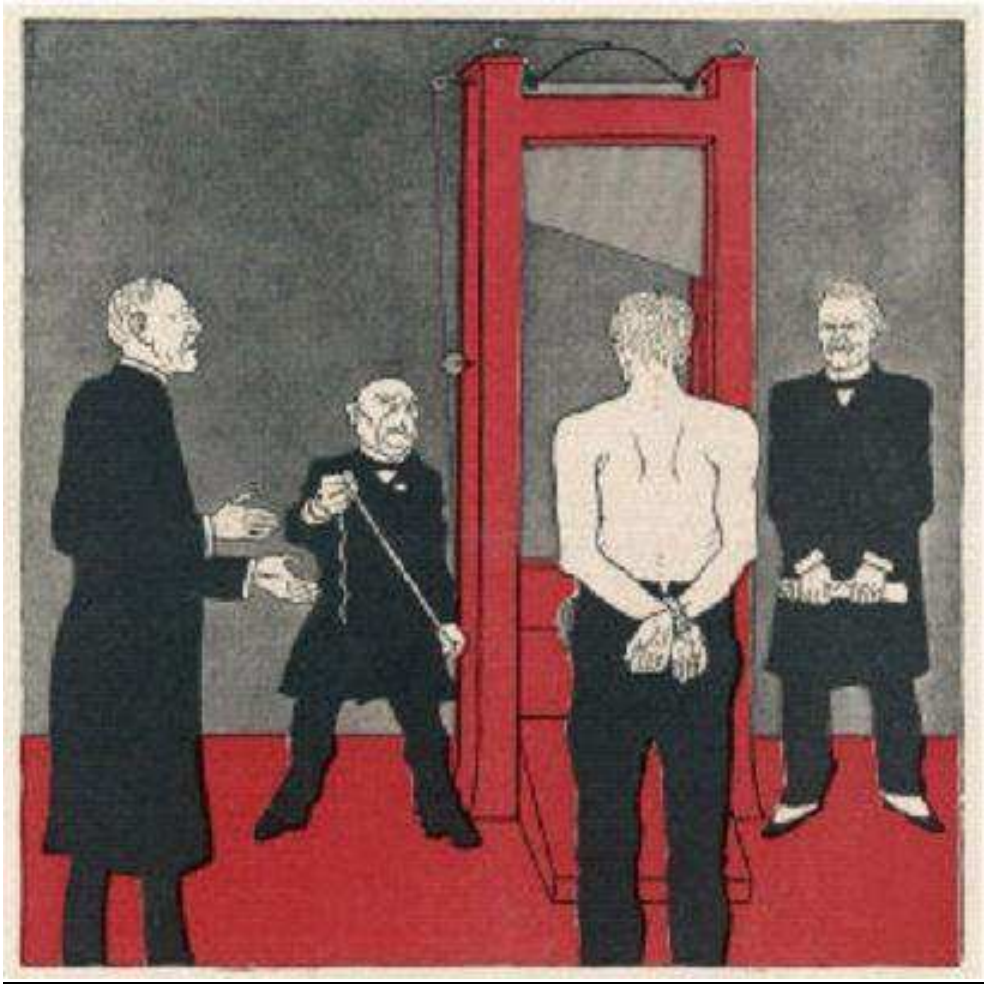

*Abb. 55 (x149/38): Karikatur aus dem "Simplicissimus" 1919. Die Überschrift lautet: "Versailles", sie ist unterschrieben: Auch Sie haben noch ein Selbstbestimmungsrecht: Wünschen Sie, daß Ihnen die Taschen vor oder nach dem Tode ausgeleert werden?"*
*Dargestellt sind Lloyd George, George Clemenceau und Woodrow Wilson.*

Vor der Unterzeichnung erklären Hermann Müller (1876-1931, deutscher Außenminister, SPD-Politiker und späterer Reichskanzler) und Johannes Bell (1868-1949, deutscher Reichsminister und Zentrumspolitiker) am 28. Juni 1919 (x065/371): >>Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit ... aufzugeben, erklärt die (deutsche) Regierung, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.<<
Die erzwungene Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" bzw. die erpreßte Anerkennung der deutschen Kriegsschuld erfolgt am 28. Juni 1919, dem 5. Jahrestag des Mordes von Sarajevo, im Schloß von Versailles (zusätzliche Demütigung für die deutsche Kaiserproklamation im Jahre 1871).
Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtet später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>(Ich hatte) ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<
Nach der Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" entsteht schon bald die sogenannte "Dolchstoßlegende". Vor allem General Erich Ludendorff (1865-1937, von 1916-18 Generalstabschef des Heeres), der nach seiner Flucht (1919) aus Schweden zurückkehrt, macht später unentwegt die deutschen Bolschewisten, Sozialdemokraten, Juden, Freimaurer und andere sog. "Staatsfeinde" für die militärische Katastrophe verantwortlich.
Ludendorff gehört jahrelang zu den schlimmsten Hetzern, obwohl er nachweislich Lenin bzw. den Bolschewismus im Jahre 1917 persönlich unterstützt hatte. Ludendorff belastet bis zu seinem Lebensende viele Unschuldige, um seine eigenen verhängnisvollen Fehler zu vertuschen.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Dolchstoßlegende" (x051/131): >>Dolchstoßlegende, nach dem Ersten Weltkrieg von nationalistischen Kreisen verbreitete These, daß für den militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Herbst 1918 das Versagen der Heimat verantwortlich sei, das "im Feld unbesiegte Heer" sei durch die Novemberrevolution "von hinten erdolcht" worden (Hindenburg am 18.11.19 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung).
In den folgenden Jahren wurde die Dolchstoßlegende fester Bestandteil der Agitation der Rechten, besonders der Deutschnationalisten und der Nationalsozialisten, mit dem Ziel, die demokratischen Politiker der Weimarer Republik als "Novemberverbrecher" zu diffamieren. Tatsächlich stand das deutsche Heer im Herbst 1918 aus kriegswirtschaftlichen und strategischen Gründen unmittelbar vor der Niederlage, was General Ludendorff, später einer der Ziehväter der Dolchstoßlegende, mit seinem überstürzten Rücktritt Ende September 18 sowie seiner Forderung nach "sofortigem Waffenstillstand" dokumentiert hatte.
Daß sich Politiker fanden, die den Militärs die Unterschrift unter den unvermeidlichen Waffenstillstand abnahmen, gab der Dolchstoßlegende neue Nahrung, die auch durch die klaren Beweise ihrer Unhaltbarkeit etwa im Dolchstoßprozeß (19.10. - 20.11.25 in München) nicht auszurotten war und die politische Atmosphäre nachhaltig vergiftete.
Der völlige Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht 1945 verhinderte das Aufkommen einer neuen Dolchstoßlegende nach dem Zweiten Weltkrieg.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtet später (im November 2018): >>**Dolchstoß ohne Legende**
*_von Jan von Flocken*
… **Erschöpfung auch bei den Alliierten**
Auch wenn das angesichts eines nahezu totalen Krieges eher illusorisch war - auf der Gegenseite kam es ebenfalls zur Krise. Unter den alliierten Soldaten forderte die Spanische Grippe tausende Todesopfer. Die französische Heeresleitung kam zu dem Schluß, daß Deutschland auf jeden Fall noch bis 1919 durchhalten werde. General Douglas Haig, Kommandeur der bri-

tischen Streitkräfte in Frankreich, war der Überzeugung, die ersten beiden Oktoberwochen seien "die schwierigsten Wochen des Weiterkämpfens" gewesen.
Deutschland stand zwar "mit dem Rücken zu Wand", so der kenntnisreiche US-Historiker David Stevenson, aber seine Kriegssituation sei nicht aussichtslos gewesen. Ein Weiterkämpfen in gesicherten Stellungen der Westfront, also im Feindesland, wäre für Deutschland möglich gewesen und hätte einen erträglicheren Frieden erreichen können.
Doch die Heimatfront war bereits zersetzt. Seit Juni 1916 kam es in Deutschland zu mehreren Massenstreiks, welche die Kriegsproduktion weitgehend lahmlegten. Am Januarstreik von 1918 nahmen mehr als eine Million Arbeiter teil. Rüstungsbetriebe in Berlin, Hamburg, München, Braunschweig, Halle, Magdeburg, Köln, Breslau, Leipzig und Mannheim lagen still. Die Zechen im Dortmunder Kohlenrevier produzierten tagelang nichts mehr, ebenso wie die Werften in Kiel und Hamburg. Seit der bolschewistischen Revolution in Rußland im Oktober 1917 agitierte die deutsche Linke vehement gegen den Krieg und einen Siegfrieden.
Namentlich die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg edierten *Spartakus-Briefe* taten sich hier hervor. Schon in der ersten Nummer war von "rücksichtsloser Machtentfaltung der Volksmassen" die Rede. Im August 1918 drohten die Linksradikalen, man werde "mit einem mächtigen Ruck die herrschende Mörderbande zum Purzeln bringen". Und einen Monat später hieß es, "die dringende Aufgabe, gerade im gegenwärtigen Moment, ist, die öffentliche Pleite des deutschen Imperialismus mit verzehnfachter Energie agitatorisch auszunutzen".
Der Sozialdemokrat und spätere Kommunist Albert Vater aus Magdeburg rühmte sich: "Wir haben den Umsturz systematisch vorbereitet. Wir haben unsere Leute zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Deserteure haben wir mit falschen Papieren an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten zermürben sollten."
Ein Augenzeuge berichtet vom Herbst 1918: "Es wimmelte von Fronturlaubern, die ihren Urlaub eigenmächtig verlängern; zahllose geheilte Verwundete, die statt an die Front auf den Eisenbahnstrecken im Rund fahren; glatt Fahnenflüchtige und Drückeberger, die angeblich seit Monaten ihre Truppenteile suchen. Allerorten passiver Widerstand, Kriegsunlust, faule Witze, Unordnung in Reih und Glied."

**Weltfremde Friedenshoffnungen**

Man profitierte dabei von der lawinenartigen Überzeugung der Massen, daß man nur die bisherige Führung abzusetzen brauche, um sich danach sofort mit dem großmütigen Feind zu vergleichen und dadurch Frieden, Freiheit und Brot zu erlangen. US-Präsident Woodrow Wilson, der sein Land 1917 in den Krieg hineingezogen hatte, versprach den Deutschen und ihren Verbündeten mit den "14 Punkten" goldene Zeiten, wenn sie nur bedingungslos ihre Waffen niederlegten. So wurden schließlich Soldaten, die an der Front weiterkämpfen wollten, als "Streikbrecher" beschimpft und Sabotage in den Fabriken verübt.
Zufrieden notierte der Kremlchef Wladimir I. Lenin: "Der Zauber der russischen Revolution fand in der ersten grandiosen Aktion der deutschen Arbeiter während des Krieges seinen Ausdruck." Moskaus Gesandter in Berlin, Adolf Joffe, machte die sowjetrussische Botschaft Unter den Linden zum Zentrum für alles, was an deutschen Linkssozialisten und angehenden Spartakisten fachmännische Anleitung und rollende Rubel zur Revolution benötigte.
Das einfache Volk hungerte und fror derweilen. Und es breitete sich die Illusion aus, daß Deutschland von seinen Feinden jederzeit den Frieden haben könne, wenn nur eine Gruppe Fürsten, Feldherren, Alldeutsche und sonstige Kriegsinteressenten hinweggefegt würden. Eine hoffnungsfrohe Weltfremdheit brach sich Bahn. US-Präsident Wilson galt als großer Heilsbringer. Doch gerade er hatte in seiner Kongreßansprache vom 11. Februar 1918 gedroht: "Die deutsche Macht, ohne Gewissen, Ehre und Verständnis für einen Verständigungsfrieden, muß zerschmettert werden!"
Mit der Matrosenmeuterei in Kiel am 1./2. November 1918 kam das Ende. Eine Woche später

mußte Deutschland kapitulieren. Hunderttausende sahen das damals als Resultat eines hinterhältigen "Dolchstoßes", den die Heimat der Front versetzt habe.
Was die vollständige Kapitulation an furchtbaren Folgen zeitigen sollte, bewiesen die Worte des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau bei der Übergabe der Friedensbedingungen im Mai 1919: "Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei befriedigen wollte."<<

**Der "Versailler Friedensvertrag"**

Der Versailler Friedensvertrag traf das Deutsche Reich äußerst schwer und belastete die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch. Die deutschen Unterzeichner des Versailler Vertrages wurden später unentwegt als Volksverräter ("Novemberverbrecher" etc.) beschimpft und verunglimpft.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die sog. "Novemberverbrecher" (x051/422): >>Novemberverbrecher, Schimpfwort der politischen Rechten im Kampf gegen die Weimarer Republik.
Mit der zunächst auf die Ausrufer der Republik (9.11.18), die Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten und die Unterzeichner des Waffenstillstands vom 11.11.18 (daher die Bezeichnung) gemünzten Verunglimpfung sollte den Demokraten wie Ebert, Erzberger, Scheidemann u.a. die Schuld am deutschen Zusammenbruch gegeben und die Dolchstoßlegende flankiert werden.
Der Begriff wurde daher bald auf alle Repräsentanten der "Novemberrepublik", des "Novembersystems" ausgedehnt, die als "Novembersippschaft" beschimpft wurden. Die Novemberrevolution wurde zur "Revolte" herabgestuft und dem "System" damit die Legitimation bestritten. Die Novemberverbrecher und ihre Erfüllungspolitik spielten leitmotivisch auch in Hitlers Polemiken eine Hauptrolle zur Kettung der Republik an die "Schmach" des Novembers 1918.<<
Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages) verlor das Deutsche Reich insgesamt 13 % seiner bisherigen Gebiete (ohne Kolonien) sowie 10 % der Bevölkerung (Stand: 01.12.1910) und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.

Nach dem Versailler Vertrag mußte das Deutsche Reich zwangsweise z.B. auf folgende Ostgebiete verzichten: Oberschlesien = Regierungsbezirk Oppeln (3.213,4 qkm mit 892.537 Einwohnern) und Niederschlesien = Regierungsbezirk Breslau (511,6 qkm mit 26.248 Einwohnern) erhielt Polen.
Das Hultschiner Ländchen in Oberschlesien (315,9 qkm mit 48.446 Einwohnern) fiel an die Tschechoslowakei.
Der größte Teil Westpreußens (das Kulmerland und Pommerellen, ohne die Freie Stadt Danzig) fiel 1919/20 an Polen, so daß Ostpreußen wieder vom Deutschen Reich getrennt wurde. Der polnische Korridor (größtenteils mit Pommerellen bzw. Westpreußen identisch) entsprach fast den Abtretungsgebieten des Jahres 1466.

*Abb. 56 (x315/118): Grenzen des Deutschen Reiches nach 1919.*

**Gebiets- und Bevölkerungsverluste des Deutschen Reiches infolge der Gebietsabtretungen von 1919-22 (x012/46, x018/675, x019/55):**

| **Gebietsabtretungen** | **qkm** | **Bevölkerung** |
|---|---|---|
| | | |
| Deutsches Reich (Stand: 01.12.1910) | 541.125,4 | 64.926.000 |
| Memelland **an Litauen** | - 2.656,7 | - 141.238 |
| Danzig und Umgebung **an Freistaat Danzig** | - 1.914,2 | - 330.630 |
| Fast die gesamte Provinz Posen, 75 % von Westpreußen, Teile von Nieder- und Oberschlesien, Ostpreußen sowie Ostpommern **an Polen** | - 46.142,4 | - 3.854.961 |
| Oberschlesische Gebiete und das Hultschiner Ländchen **an die Tschechoslowakei** | - 315,9 | - 48.446 |
| Nordschleswig **an Dänemark** | - 3.992,7 | - 166.348 |
| Eupen und Malmedy **an Belgien** | - 1.035,5 | - 59.945 |
| Verluste der preußischen Provinzen | - 56.057,4 | - 4.601.568 |
| Elsaß-Lothringen **an Frankreich** | - 14.523,0 | - 1.874.000 |
| Deutsche Gesamtverluste | - 70.580,4 | - 6.475.568 |
| Deutsches Reich (Stand: 31.12.1922) | **470.545,0** | **58.450.432** |

Durch die Abtretung der östlichen Teile des oberschlesischen Industriegebietes (Kattowitz, Königshütte, Lublinitz, Myslowitz, Pleß, Rybnik, Tarnowitz und von anderen wichtigen Industriestandorten) verloren die Deutschen unersetzliches Volksvermögen und riesige, erschlossene sowie leicht abbaubare Steinkohlevorkommen (die mächtigen Flöze waren häufig bis zu 15 m stark). Von den 62 oberschlesischen Kohlebergwerken übernahm Polen 49! Das Deutsche Reich mußte den Polen außerdem alle 23 Zinkwerke und 11 oberschlesische Zinkminen, die damals ca. 18 % der gesamten Zink-Weltproduktion erzeugten, ohne Entschädigung überlassen (x019/95).

Das Deutsche Reich mußte außerdem auf alle deutschen Kolonien (Gebietsgröße = rd. 3,0 Millionen qkm) und die deutschen Rechte im Ausland (Patente, Überseekabel etc.) verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015). Die Siegermächte beschlagnahmten bzw. liquidierten ferner zahlreiche deutsche Privatvermögen.

Der Erste Weltkrieg kostete dem Deutschen Reich etwa 1/3 seiner Kohlen-, 1/2 seiner Blei-, 2/3 seiner Zinkerz- und 3/4 seiner gesamten Eisenerzvorkommen (x054/188). Die Abtretung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete in den Provinzen Posen und Westpreußen sowie die Zwangsenteignung der wertvollen oberschlesischen Kohlenvorräte und modernen Schwerindustriebetriebe stellten das Deutsche Reich bereits ohne die noch zusätzlich zu erbringenden Wiedergutmachungsleistungen vor gewaltige, fast unlösbare wirtschaftliche Nachkriegsprobleme. Von 1914-22 verminderte sich das gesamte deutsche Volksvermögen von 310,0 Milliarden (1914) um 150,0-200,0 Milliarden Mark (x063/524).

**Der Inhalt des Versailler Friedensvertrages (440 Artikel)**

**Teil I** (enthielt die Völkerbundssatzung)

**Teil II-III** (regelte die Festsetzung der neuen Grenzen und die Ausbeutung von deutschen Kohlengruben): Bei den Gebietsabtretungen spielte Frankreich eine besonders unrühmliche Führungsrolle und befürwortete speziell den polnischen und tschechischen Expansionsdrang nach Westen. Die Polen und Tschechen sollten nach den französischen Wunschvorstellungen die bisherige Aufgabe der Deutschen ("Pufferzone" zwischen Ost- und Westeuropa) über-

nehmen und wichtige Eckpfeiler gegen Rußland werden. Diese kurzsichtige und menschenverachtende Politik änderte nicht nur die Landkarten Ost-Mitteleuropas grundlegend, sondern sie bedeutete letztlich auch den ersten Schritt zur Liquidation der jahrhundertealten deutschen Ostsiedlung.

Gebietsabtretungen (ohne Volksabstimmung):

1. Frankreich übernahm Elsaß-Lothringen. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.
2. Eupen und Malmedy (mit rd. 60.000 Einwohnern; davon 50.000 Deutsche) mußten an Belgien abgetreten werden.
3. Polen erhielt nahezu die gesamte Provinz Posen und rd. 75 % der Provinz Westpreußen. Der "Polnische Korridor" trennte die preußische Provinz Ostpreußen danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, vom übrigen Deutschen Reich.
4. Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil = 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.
5. Das Memelland erhielt am 4. Oktober 1920 zwar eine französische Besatzungsmacht, wurde später aber gewaltsam durch Litauen besetzt und nach Zustimmung des Völkerbundes annektiert (eindeutiger Bruch des Friedensvertrages!).
6. Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen mit seinen großen Kohlevorkommen) mußte man der Tschechoslowakei überlassen.

Abtretungsgebiete mit Volksabstimmung:

1. Nordschleswig fiel an Dänemark (75 % der Bevölkerung stimmten gegen das Deutsche Reich).
2. Oberschlesien fiel an Polen (obgleich sich 59,6 % der Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden). Oberschlesien wurde nach der Volksabstimmung kurzerhand gewaltsam durch polnische Truppen besetzt und das Deutsche Reich mußte gemäß Entscheidung des Völkerbundes vom 20. Oktober 1921 die wertvollsten Teile der östlichen oberschlesischen Industriegebiete abtreten. Diese ungerechte Entscheidung stellte ebenfalls einen schwerwiegenden Vertragsbruch der Siegermächte dar.

Frankreich erhielt das Recht, die wertvollen Kohlevorkommen an der Saar auszubeuten (Volksabstimmung nach 15 Jahren). Die linksrheinischen Gebiete der preußischen Rheinprovinzen dienten als "Bürgschaft" und wurden in 3 Besatzungszonen eingeteilt (insgesamt 32.452 qkm mit 7,2 Millionen Einwohnern). Die linksrheinischen Gebiete sollten bei pünktlicher Vertragserfüllung nach 5-15 Jahren Militärbesatzung geräumt werden (x041/82). Das Deutsche Reich mußte selbstverständlich auch die gesamten Besatzungskosten tragen.

**Teil IV-V** (regelte die sonstigen Enteignungen und die Überwachung der Abrüstung): Das Deutsche Reich mußte auf alle deutschen Kolonien (Gebietsgröße = rd. 3,0 Millionen qkm) und die deutschen Rechte im Ausland (Patente, Überseekabel etc.) verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015).

Militärische Bestimmungen: Ablieferung des Kriegsmaterials (u.a. alle U-Boote und die meisten Schiffe der deutschen Kriegsmarine sowie rd. 2.000 Jagd- und Bombenflugzeuge), Aufhebung der Wehrpflicht, Auflösung der einst stolzen deutschen Militärmacht und Einführung einer sehr kleinen Berufsarmee (Heer = 100.000 Soldaten und Marine = 15.000 Mann), Zerstörung aller Küstenbefestigungen und Festungen ostwärts des Rheins (in einer Entfernung von 50 km), Verbot und Überwachung der Rüstungsproduktion (x041/82).

Die Entscheidung, eine Armee aus langfristig dienenden Berufssoldaten aufzustellen, hatte

später verhängnisvolle Folgen. Die "Reichswehr" kapselte sich als Berufsheer schon bald von der Weimarer Republik ab und bildete einen "Staat im Staate". Die Reichswehr blieb zwar unpolitisch, entwickelte aber auch keine innere Bindung an die demokratische Republik.
**Teil VI-VII** (regelte die Bestimmungen über Kriegsgefangene und die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher): Holland lieferte den früheren deutschen Kaiser Wilhelm II. später nicht aus.
**Teil VIII** (regelte die Kriegsschuld und Reparationen): Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld mußte das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen.
Der Artikel 231 des Vertrages erläuterte die Reparationen wie folgt (x061/411): >>Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und (ihre Staatsangehörigen) infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.<<
Die Höhe der Geldleistungen sollte erst später festgelegt werden, aber das Deutsche Reich wurde zum Schluß gezwungen, innerhalb von 30 Jahren für alle Schäden und Verluste der Siegerstaaten (einschließlich der hohen britischen und französischen Schulden gegenüber Nordamerika) aufzukommen. Das Deutsche Reich mußte sofort eine 1. Teilzahlung von 10,0 Milliarden Goldmark leisten und hatte zusätzlich gewaltige Sachleistungen zu erbringen: Alle Handelsschiffe über 1.600 BRT, 25 % der gesamten Fischfangflotte, 8.000 Lokomotiven, 230.000 Eisenbahnwaggons, 5.000 Kraftfahrzeuge, Fabrikeinrichtungen, Maschinen, Kohle, Vieh usw. mußten an die Sieger abgeliefert werden (x061/411, x090/259, x175/154).
**Teil IX-XIV** (regelte die sonstigen Bestimmungen über Finanzen, Wirtschaft, Luft- und Flußschiffahrt, Eisenbahnen, Bürgschaften etc.): Aufhebung aller Handelsverträge und Anerkennung von Verträgen, die von den Alliierten in Zukunft ohne Mitwirkung Deutschlands geschlossen werden. Alle deutschen Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen, Flüsse (Donau, Elbe, Memel, Oder und Rhein) wurden zu "internationalen Einrichtungen" erklärt (x041/83). Das entmündigte und gedemütigte Deutsche Reich mußte danach allen Nationen freie Durchfahrt und Nutzung gewähren.
Alle Siegermächte (außer Nordamerika) unterzeichneten den Versailler Vertrag. Der Vertrag von Versailles trat jedoch trotzdem am 10. Januar 1920 in Kraft.
Dieser unsägliche Vertrag wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur "Wiege" der europäischen Diktaturen und war zweifellos die eigentliche "Geburtsstunde des NS-Regimes". Die unheilvollen Friedensverhandlungen, bei denen man die Besiegten kurzerhand für "schuldig" erklärte, als politische Gesprächspartner ablehnte und von allen Verhandlungen ausschloß, wurden später wesentliche Bestandteile der radikalen NS-Propaganda.
Der Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen, die unmenschliche Hungerblockade, die ungerechte Verurteilung, die monatelange Erpressung und die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages säten nicht nur grimmigen Haß und tiefe Verbitterung, sondern dieser ungerechte Frieden erschütterte außerdem nachhaltig die Moralvorstellungen und Ideale des gesamten Volkes.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet im Jahre 1955 über die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges (x057/194): >>Die alleinige Kriegsschuld wurde von Deutschlands Gegnern den Mittelmächten, besonders dem Deutsch Reich, zugeschoben und als Propaganda in der ganzen Welt verbreitet. Diese vom deutschen Volk als Kriegsschuldlüge empfundene Behauptung diente später als Begründung für die harten Friedensbedingungen.
Weder moralisch noch juristisch oder politisch konnte von einer Alleinschuld Deutschlands die Rede sein. Die Entwicklung von 1871 bis 1914 hatte gelehrt, daß sowohl Bismarck als auch Wilhelm II. ehrlich auf den Frieden bedacht waren. Weder die Regierung, noch das Volk

hielten einen Krieg für die geeignete Lösung der europäischen Krisen. Wohl gab es auch in Deutschland einige wenige radikale Kreise, die einen Krieg für notwendig hielten. Der überwiegende Teil des deutschen Volkes war jedoch ebenso friedliebend gesinnt wie die Völker der übrigen Welt.
Dagegen hat sich der Kriegswille einiger ausländischer Staatsmänner, besonders der russischen, als aktenmäßig feststehend erwiesen, ebenso die Tatsache, daß im Jahre 1914 keine der Regierungen den Krieg herbeiführen wollte (Lloyd George: "Die Mächte sind in den Krieg hineingeschlittert").
Aber die Entente hatte es verstanden, der Welt gegenüber Deutschland als Friedensbrecher hinzustellen. Hierin wurde sie unterstützt durch das diplomatisch ungeschickte Verhalten Deutschlands und Österreichs bei Kriegsausbruch.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die "Kriegsschuld-Klausel" (x063/526): >>Artikel 231 des Versailler Vertrages, die "Kriegsschuld-Klausel", hat politisch und psychologisch besonders verhängnisvoll gewirkt. Es war im Lichte der Tatsachen eine grobe Geschichtslüge und wurde als eine schwere Beleidigung des deutschen Volkes empfunden. Eine deutsche Regierung, die dazu ihre Zustimmung gab, mußte jedes Ansehen verlieren. ...<<

Die meisten Deutschen, die den Versprechungen der Siegermächte bedingungslos geglaubt hatten, wurden bitter enttäuscht. Nach der Entwaffnung des deutschen Heeres begann für die Deutschen eine endlose Tragödie. Fast niemand war bereit, den Deutschen zu helfen.

*Abb. 57 (x065/371): "Statt der 14 Punkte 440 unerfüllbare Paragraphen". Karikatur von E. Schilling auf den Versailler Vertrag.*

Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg. Die willkürlichen Gebietsabtretungen im Osten und die Tatsache, daß mehreren Millionen Deutschen die Selbstbestimmungsrechte so-

wie wesentliche Menschenrechte vorenthalten wurden, waren bei der deutschen Bevölkerung ungemein verhaßt und erleichterten letzten Endes Hitlers Weg zur gewaltsamen Machtübernahme.

Der US-Historiker Paul Gottfried berichtet später über die Kriegsschuld der Deutschen (x1.035/…): >>**Kriegsschuld im Ersten Weltkrieg**

**Der letzte Kaiser im Wandel der Zeitgeschichte**

Einer bemoosten Legende nach haben die Achtundsechziger einem weitgehenden Läuterungsverfahren Anstoß gegeben. Über die von ihr umgestaltete politische Kultur hinaus hat die Einflußnahme dieser Generation auf das deutsche und mitteleuropäische Gemeinleben eindringlich gewirkt - stets zum Zweck, der Stammbevölkerung ihren Nationalsinn zu entziehen.

**Kriegsschuld im Ersten und Zweiten Weltkrieg**

Zu den Aufgaben dieser Gewissenspeiniger zählt die Arbeit, die Verantwortlichkeit für den Ersten Weltkrieg umzudeuten. Der Legende nach hat die ältere Generation von deutschen Historikern übergroße Unterschiede zwischen den Verantwortungsgraden der deutschen Kriegführenden jeweils 1914 und 1939 getroffen. Während sie der deutschen Diktatur im Falle des Zweiten Weltkriegs eine beträchtliche Schuldlast unterstellten, versuchten die vermutlichen Beschöniger, der deutschen Regierung und den Staatsbürgern beim Ersten Weltkrieg einen niedrigen Grad zuzuschreiben.

Natürlich war es für die deutschen Ehrenverteidiger schwierig, die damalige deutsche Regierung und den sprunghaften … Deutschkaiser von jeder Kriegsschuld freizusprechen.

Trotzdem behandelten die betreffenden Historiker die deutschen Staatsträger einfach als Fahrlässige, die den Kriegsablauf mit anderen Mitschuldigen ins Rollen gebracht hatten. Dieser Deutung folgend müsse man sich hüten, der deutschen Nation den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Auch wenn die rasante Vermehrung der kaiserlichen Flotte, das Einmischen von Wilhelm II. in die Verhandlungen der westlichen Kolonialmächte und die im Zweiten Reich zu erkennende "illiberale" Staatsform in Betracht gezogen werden, hätten die Deutschen nicht mehr als die anderen angerichtet, um den Krieg herauszufordern. In diesen überspitzten Formulierungen, so die späteren Kritiker, haben nationalbewußte, deutsche Geschichtler die deutsche Rolle am Kriegsausbruch und die Mängel des Kaiserreiches verniedlicht.

**Historikerstreit in den 60er-Jahren**

Gegen diese Verharmloser ist der ehemals nationalsozialistische und nachher auf die deutsche Vergangenheitsbewältigung hinarbeitende Historiker Fritz Fischer in "Griff nach der Weltmacht" (1961) und in dessen Folgewerken zu Felde gezogen. Die Tatsache, daß die damalige Springer-Presse und Union-Rundschreiben Fischers Werk als eine Ehrenbefleckung für ihre Nation brandmarkten und den Unwillen "der Deutschen, sich zweimal als kriegsschuldig zu bekennen" unterstrichen, gab dem heraufziehenden Gerangel weitere Nahrung.

Bei diesem Historikerstreit wurden, so erscheint es, gewisse erzählenswerte Tatsachen weggefegt. Die Fischer-Schule setzte sich aus hartgestrickten Sozialisten zusammen, während ihre bevorzugten Angriffsscheiben, Gerhard Ritter, Heinz Gollwitzer, und Hans-Dietrich Erdmann, der relativ konservativen CDU zuzuordnen waren. Und natürlich kamen die "nationalkonservativen Historiker" durch die CDU-Schirmherrschaft zu stattlichen Lehrstühlen. Immerhin haben die verhöhnten Historiker keineswegs erkennen lassen, daß sie überhitzte Nationalisten gewesen sind.

Bezüglich ihres Herangehens an den Ersten Weltkriegs haben sie sich nie als Deutschnationale gebärdet. Ihr Fauxpas bestand darin, daß sie die angehäuften Beschuldigungen gegen das Zweite Reich für ihre Gegner zeitgeistwidrig ausgesiebt hatten. Wie dies auch sein mag: Auf den Kaiser und seine Staatsminister hielten sie überhaupt keine Lobreden.

Gollwitzer, der in Münster von Radikalen schikaniert wurde und sich früh pensionieren ließ,

hat die grelle Rückschrittlichkeit des Kaiserdeutschlands in den Vordergrund seiner Aufsätze über die Weltpolitik gestellt. Doch entgegen seinen Behauptungen hat die deutsche Sache im Ausland nicht bloß miesepetrige Militärs und unsympathische Reaktionären angezogen.

**Die geistigen Abhängigkeiten der damaligen Historiker**

Was viele Historiker der älteren Generation in der Nachkriegszeit prägte, war die nachhaltige Erinnerung an die zwei deutschen Niederlagen im zwanzigsten Jahrhundert. Ebenso eindringlich war die Einwirkung der den West- und Mitteleuropäern beschiedenen amerikanischen Herrschaft und das Angewiesensein der Deutschen auf die Amerikaner, um sich vor einer drohenden sowjetischen Macht zu schützen.

Die Wertevorzüge ihrer amerikanischen Besetzer und späteren Gönner hat die in der Nachkriegszeit zur Berufsreife gelangten Deutschen lebenslang mitgeprägt. Und wesentlich für diese von außen angelernte Gesinnungspolitik war der "liberal internationalism," den der Antideutsche Wilson im Ersten Weltkrieg auf sein Panier schrieb, und der den zerschlagenen Deutschen eingehämmert wurde.

Die Westbindung bedeutete für den Besiegten und Bekehrten, das Gute und Sittliche auf einen "demokratischen," "in Amerika hergestellten" gemeinsamen Nenner zu bringen. Der heute als rechts eingeordnete Historiker Ernst Nolte eifert in seiner "Geschichte Europas 1848-1948" ebenfalls gegen das Zweite Reich. Bei seinem Rundumschlag gegen die deutsche Staatsführung vor und während des Krieges läßt sich Nolte nicht einmal von Fischer und Geiss bei seiner Verachtung für das Kaiserreich überbieten.

Falls sich die Deutschen im Krieg durchgesetzt hätten, so Nolte, hätten die übrigen Europäer "unter der Herrschaft einer siegestrunkenen Militärmacht, einer eisernen Ferse gestanden." Darüber hinaus: "So wenig sein heutige Zustand Bewunderung verdient oder endgültig sein muß, so wenig gibt es einen zwingenden Grund, Deutschlands Niederlage von 1918 zu beklagen."

Eine weichenstellende Position bezog der an der Harvard Universität lehrende Ordentliche Professor William L. Langer (1896-177). In "European Alliances and Alignments" (1939) legte Langer bei seiner Behandlung des Ursprunges des Ersten Weltkriegs den Schwerpunkt auf die diplomatischen Bindungen der beiden in den Konflikt eintretenden Seiten. Schwer wäre es, bei seiner Geschichtsschreibung den Mittelmächten eine besondere Kriegsschuld zuzuweisen. Als diplomatischer Historiker versucht Langer die Antriebe und Wirkungsweise der Allianzenstruktur ab dem letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts freizulegen und zu gewichten.

**Fay: Serbien, Rußland und Österreich-Ungarn sind schuld**

Sein Zeitgenosse Sidney Bradshaw Fay wirbelte außerdem Staub auf mit seiner revisionistischen Studie über die Kriegsverantwortung "The Origins of the World War" (1928). Fay zieht den antideutschen Konsens der amerikanischen Liberalinternationalisten in Zweifel und rückt die Beteiligung der serbischen Regierung an dem folgenschweren Attentat auf den österreichischen Erzherzog und seine Gattin ins Scheinwerferlicht. Aufgrund seiner Belegstücke schafft es Fay, die Schuld für den Kriegsausbruch weg von den Westmächten, einschließlich der Deutschen, zentnerschwer auf Serbien, Rußland und Österreich-Ungarn zu verlagern. Den Deutschen aber schrieb er denselben Fahrlässigkeitsgrad wie den Franzosen zu.

Zwei weitere die Kriegsfrage angehende, zeitnähere Schriften sind ebenfalls von Bedeutung: "The Politics of War" (1979) - ein Buch, worin Walter Karp mit Woodrow Wilson und seiner Außenpolitik hart ins Gericht geht. Karp hebt die Zielbewußtheit hervor, womit Wilsons Regierung seine Nation in eine feindselige Haltung den Mittelmächten gegenüber gelenkt hatte. Besondere Aufmerksamkeit wandte Karp dem Doppelmaß zu, womit Wilson und sein Staatssekretär Robert Lansing mit den deutschen Zuständigen umgesprungen waren.

**Kennan: Französisch-russischer Pakt mit verheerenden Folgen**

Einen weiteren Hieb gegen die deutschfeindliche Interpretierung des Kriegsbeginns versetzte George Frost Kennan (1904-2005) in "The Fateful Alliance: France, Russia, and the Coming of the First World War" (erschienen 1984). In dieser sprachgekonnten Schrift zerlegt Kennan die schon damals einseitige Darstellung der in dem Krieg kulminierenden Ereigniskette.

Nach der hergebrachten Interpretierung sei es Wilhelm II. vorzuwerfen, daß das 1887 Wiederversicherungsabkommen mit Rußland nicht binnen der anberaumten Jahresfrist (1890) erneuert wurde. Wegen der hochschnellenden Widerstreite zwischen Österreich-Ungarn und Rußland entschied Wilhelm II. voreilig, die russische Verbindung zugunsten der österreichischen im Ganzen zu opfern.

Der junge Kaiser war nicht zu tadeln, so Kennan, daß der auf Bismarcks Wacht abgewickelte Wiederversicherungsvertrag mit Rußland fortfiel. Der Verantwortungsträger dafür war der russische Zar Alexander III., der ein näheres Verhältnis mit Frankreich anstrebte.

Wegen des Machtstrebens auf dem Balkan - entgegen den Wünschen der Deutschen und Österreicher - entschieden der Zar und seine Berater von den Deutschen mit ihren österreichischen Mitverbündeten wegzurudern. Mittlerweile trat der französische Gesandte und nebenbei Abkömmling der byzantinischen Kaiserfamilie, Maurice Paleologue, an den russischen Herrscher mit bestechendem Köder französischer Kredite heran, um die russische Schwerindustrie und Eisenbahnlinien aufzurichten.

Und kurz nach dem Abschluß der russisch-französischen Allianz kam der Schlieffenplan als Lösung des gewärtigten Zweifrontenkriegs für die Deutschen zutage. Darin schlug sich das Paktieren der Russen und Franzosen zu einem Verhängnis nieder. Zu dieser Auswertung gehören folgende weitere Betrachtungen:

Der Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Rußland hat nicht mehr ermöglicht, als eine wohlwollende Neutralität zwischen den Unterzeichnenden zu gewährleisten. Wie der Geheime und Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein (wie begründet sein Ruf als Hofintrigant auch gewesen sei) mit Recht feststellte:

Den Deutschen sei mit der russischen Verständigung kein großer Wurf gelungen. Man hat diese im Geheimen abgeschlossen, ohne die Österreicher davon zu unterrichten, und ohne eine beträchtliche Gegenleistung setzt man sich der erdenklichen Gefahr aus, die Engländer ins Harnisch zu bringen. Zu diesem Zeitpunkt zerstritten sich die Russen und Engländer über die Ausdehnung ihrer jeweiligen Einflußbereiche in Mittelasien.

**Wer hat alles Schuld? Großbritannien auch?**

Die Fortsetzung der Beziehung zum Zarenreich hätte zur Folge gehabt, daß die Deutschen verhindert werden könnten, eine nähere Verständigung mit Wilhelms englischem Mutterland zu erreichen, so Holstein und Bismarcks Nachfolger Leo von Caprivi. Und nicht zuletzt hat es reichlich Anlässe nach 1891 gegeben, zwischen Deutschland und Rußland freundliche Verhältnisse zustande zu bringen.

Ebenso aufklärend für den Hintergrund des Ersten Weltkriegs wirken ein paar englischsprachige Studien, die die britische Beteiligung ausleuchten. Mit erdrückendem Beweismaterial zeigen Roy Jenkins und Edward Cokeley, wie hartnäckig Churchill als britischer Stabschef gegen die Deutschen als einen bedrohlichen Nationalfeind gewettert hatte. Eine Machtprobe mit dieser emporsteigenden Landmacht, die England seine industrielle und wirtschaftliche Spitzenstellung in Europa abzunehmen drohte, hat Churchill als vorbestimmt angesehen.

In der Kabinettregierung des Lord Edward Grey, wo Churchill steil an Einfluß gewann, wurden mit den Franzosen weitreichende Kriegspläne geschmiedet. Als Notmaßnahme wurde eine beiderseitige Besetzung der belgischen oder holländischen Küste nach Anfang der Kriegshandlung gegen die Deutschen vorgesehen. Kein Wunder, daß Churchill ohne Kriegsansage der britischen Flotte schlagartig befahl, über die Deutschen eine Hungerblockade zu

verhängen.
Im Sammelband "The Costs of War" beweist der libertäre Historiker Ralph Raico, mit welcher Leichtfertigkeit die Geschichtsfigur, die Henry Kissinger "einen Ausbund an Staatsklugheit" lobpreist, sein Land in Streitigkeiten hineingedrängt hat.
Vom Burenkrieg bis hin zu den Weltkriegen hatte Churchill keine Skrupel auf vorgezeichnete Totalfeinde britische Streitkräfte loszulassen. Und war das Gefecht einmal losgetreten, hat er es keineswegs gescheut, seine Feinde inklusive der Zivilisten zu vernichten. Woher rührt es, daß er Hungerblockaden und Terroranschläge gegen Nichtkämpfer als alltägliche Kriegsmittel eingesetzt hat; und nach dem Zweiten Weltkrieg, ohne einen Mucks vorzubringen, Hunderttausende aus Osteuropa zugeströmte Flüchtlinge Stalins Henkern ausgeliefert hat? Raico bezweifelt, daß das deutsche Eindringen in Belgien den englischen Stabschef gänzlich zur Kriegserklärung brachte. Den Anlaß ergriff Churchill vorsätzlich und zwar genüßlich. …
"Folglich wäre es falsch, die öffentlichen Beteuerungen Wilhelms seiner friedlichen Absichten - die bekannteste in seiner Jubiläumsansprache vor den Reichstagsabgeordneten am 16.6.1913 - einfach als "scheinheilige" Tarnung für eine grundsätzliche kriegerische Diplomatie zu verwerfen. Wilhelm schlug auch bei weniger öffentlichen Anlässen die gleiche Saite an. Zu Admiral Müller sagte er etwa, er wünsche, daß seine Herrschaft eine Zeit der Konsolidierung sei, nicht der Expansion.
In einem Gespräch mit dem badischen Gesandten Graf Siegmund Berckheim am 11. März 1914 stellte Wilhelm fest, daß größte Zurückhaltung und Vorsicht die allgemeinen Grundsätze der deutschen Politik sein müssen, und versprach, daß er, der Kaiser, ganz gleich in welcher Situation niemals einen Präventivkrieg führen werde."
- Prof. Christopher Clark: Wilhelm ii. München 2008, S. 264<<
Wolfgang Müller berichtet später über das im Jahre 1922 veröffentlichte Buch "The Myth Of A Guilty Nation" (x1.035/…): >>**The Myth Of A Guilty Nation**
Kessinger Publishing 2010 (Reprint von 1922)
*Albert Jay Nock*
Im Jahre 1922 gab der US-amerikanische Autor eine Sammlung seiner vorab im libertären Magazin "Freeman" erschienenen Artikel unter dem Titel "Der Mythos von einer schuldigen Nation" heraus.
Albert Jay Nock (1870-1945) war als Libertärer ein Gegner der amerikanischen Intervention im Ersten Weltkrieg und blieb es auch nach der Niederlage der Mittelmächte 1918. Die vorliegende Streitschrift ist eine Antwort auf die im Versailler Vertrag festgeschriebene deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg.
Diese hatte nach einer Äußerung des britischen Kriegspremiers, David Lloyd George, laut einer in der damaligen Zeit weitverbreiteten Äußerung kein Gegenstand weiterer Debatten, sondern eine "chose jugée" zu sein. Nock wandte sich nach dem Versailler Vertrag entschieden gegen diese Darstellung und wollte die amerikanische Öffentlichkeit von der Unrichtigkeit der Alleinschuld-These überzeugen.
Nach Nock trugen Deutschland und Österreich nicht mehr Verantwortung an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges als die Entente-Mächte.
Er zeigte, wenn man schon von einer "Verschwörung" kleiner, elitärer politischer und militärischer Gruppen gegen den Frieden ausgehe, daß diese in St. Petersburg, London und Paris stattgefunden habe: "To say that Sir E. Grey, Mr. Asquith …, Lord Haldane, … Mr. Winston Churchill … were taken by surprise and unprepared, is mere levity."
Nock wertet erstmals belgische Akten aus, beklagt die geheimen Absprachen zwischen den Entente-Mächten und entlarvt die Lügen und Kriegspropaganda, die auch im Zwischenkriegsamerika Allgemeingut waren und Deutschland schließlich für immer brandmarken sollten.
**Fazit**

Der Autor schuf mit seinem schmalen Büchlein - ein heute noch äußerst lesenswertes - frühes Werk des historischen Revisionismus und warnte weitsichtig vor einem neuen Krieg mit Deutschland. Leider sollte er recht behalten.<<

Theodor Heuss (1884-1963, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) schreibt im Jahre 1932 in seinem Buch "Hitlers Weg" - eine Studie über das Werden des Nationalsozialismus - über den Versailler Vertrag (x024/35): >>... Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x057/201,203): >>Entgegen der Zusicherung eines Friedens der Gerechtigkeit (14 Punkte Wilsons) legte die Entente dem Deutschen Reich einen Diktatfrieden vor. Die erste republikanische Regierung, die sich nach den Wahlen der Nationalversammlung (Januar 1919) gebildet hatte, unterzeichnete den Vertrag von Versailles (28. Juni 1919), um den drohenden Einmarsch feindlicher Truppen zu vermeiden.

Der Versailler Vertrag forderte an Landabtretungen: Elsaß-Lothringen, die Provinz Posen, den größten Teil von Westpreußen, das Memelland, das Hultschiner Ländchen und, trotz vorheriger, günstiger Abstimmung, Ostoberschlesien, Nordschleswig und Eupen-Malmedy, ebenso das Saargebiet bis zur Abstimmung (1935), ferner sämtliche deutschen Kolonien. Damit verlor Deutschland 6 ½ Millionen Einwohner und 70.500 Quadratkilometer Land. Außerdem sollte das Rheinland 15 Jahre besetzt werden.

Die Wehrmacht wurde auf ein stehendes Heer von 100.000 Mann (Berufsheer) und auf eine Flotte von 6 Linienschiffen, 6 kleinen Kreuzern und 24 Torpedobooten beschränkt. Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht und die Pflege die Wehrhaftigkeit wurden verboten, die Befestigungen geschleift.

Aufgrund der These von Deutschlands Alleinschuld am Krieg verlangte das Diktat die "Wiedergutmachung" (Reparationen) aller durch den Krieg entstandenen Schäden und machte dafür das Vermögen und das Einkommen des deutschen Volkes haftbar. Die "Reparationssumme" sollte später festgelegt werden (132 Milliarden Goldmark, 1921). Bei Nichteinhaltung der Zahlungen, der Ablieferung an Vieh, Kohle, Maschinen sowie der gesamten Handelsflotte wurden als Vergeltung "Sanktionen" vorgesehen (Ruhreinbruch 1923). ...<<

>>... Das Deutsche Reich erlebte nach 1648 und 1806/07 einen neuen tiefen Sturz im Verlauf seiner tausendjährigen Geschichte. Durch Hunger zermürbt, von einer feindlichen Übermacht erdrückt, von seinen Bundesgenossen verlassen, von der Führung enttäuscht, innenpolitisch erschüttert, war das deutsche Volk gezwungen, den Kampf aufzugeben.

In ungezählten Gruppen und Parteien zerrissen, wirtschaftlich völlig erschöpft und seelisch gebrochen, mußte Deutschland seinen zerschlagenen Staat neu aufrichten, seine zerstörte Wirtschaft wieder aufbauen und neue Kraft sammeln zum Leben. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Versailler Vertrag" (x051/602-603): >>Versailler Vertrag, am 28.6.19 unterzeichneter Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und seinen Gegnern im Ersten Weltkrieg.

Wie die anderen Pariser Vorortverträge wurde der Versailler Vertrag auf der am 18.1.19 eröffneten Pariser Friedenskonferenz - Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten - ausgehandelt; das entscheidende Gremium war dabei der "Oberste Rat" aus den Regierungschefs der USA (Wilson), von Frankreich (Clemenceau), Großbritannien (Lloyd George) und Italien (Orlando).

Deutschland durfte an den Verhandlungen nicht teilnehmen. Der von Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau geleiteten deutschen Delegation überreichten die Alliierten am 7.5. den fertigen Entwurf des Versailler Vertrages; den deutschen Gegenvorschlägen vom 29.5. stimmten sie am 16.6. nur in wenigen nebensächlichen Punkten zu.

Unter der ultimativen Drohung der Alliierten, den Krieg wieder zu eröffnen, ermächtigte die

Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen die Reichsregierung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages, die am 28.6. im Schloß von Versailles - für Deutschland von Außenminister H. Müller und Verkehrsminister J. Bell - vollzogen wurde. Am 10.1.20 trat der Versailler Vertrag in Kraft.
Er enthält in 15 Teilen mit insgesamt 440 Artikeln:
1. Die Satzung des Völkerbundes.
2. Territoriale Regelungen: Das Deutsche Reich mußte abtreten: ohne Volksabstimmung Elsaß-Lothringen an Frankreich, Posen und Westpreußen an Polen, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, das Memelland an die Alliierten (1923 an Litauen übergeben), Danzig (das zur Freien Stadt erklärt wurde) und alle Kolonien (als Mandatsgebiete der Aufsicht des Völkerbundes unterstellt); aufgrund von Volksabstimmungen das östliche Oberschlesien an Polen, Eupen-Malmedy an Belgien und Nordschleswig an Dänemark (Abstimmungsgebiete). Das Saarland wurde bis zu einer Volksabstimmung (nach 15 Jahren) der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt; Elbe, Oder, Memel, Donau, Rhein und Mosel wurden internationalisiert; Österreich wurde der Anschluß an das Deutsche Reich verboten. Deutsche Gesamtverluste: 73.845 qkm mit rund 7,3 Millionen Einwohnern. –
3. Militärische Bestimmungen: Besetzung des linken Rheinufers mit den rechtsrheinischen Brückenköpfen Kehl, Köln, Koblenz und Mainz durch alliierte Truppen, die etappenweise (in fünf, zehn und 15 Jahren) wieder aufgehoben werden sollte; Bildung einer entmilitarisierten Zone auf dem linken und in einem 50 km breiten Streifen auf dem rechten Rheinufer; Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Beschränkung des deutschen Heeres auf maximal 100.000, der deutschen Marine auf 15.000 (Berufs-)Soldaten; Auflösung der deutschen Luft- und Luftseestreitkräfte; Verbot der Herstellung und Verwendung "schwerer" Waffen (z.B. Flugzeuge und Panzer); Auslieferung des deutschen Kriegsmaterials und Kontrolle der deutschen Rüstung und Rüstungsproduktion durch die Alliierten; Auflösung des deutschen Generalstabs und militärischer Schulen. –
4. Wirtschaftliche Bestimmungen: Verpflichtung Deutschlands zur Leistung von Reparationen sowie zur Lieferung von Sachgütern (u.a. von Kohle, Maschinen, Fabrikeinrichtungen, Untersee-Kabel) und von Tieren (z.B. 140.000 Milchkühe) an die Alliierten; Auslieferung fast der gesamten Handelsflotte; Konfiskation des deutschen Auslandsvermögens (auch des privaten). Die Erhebung von Reparationen wurde begründet mit der alleinigen Schuld des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten am Krieg, die in Artikel 231 festgestellt und von Deutschland anerkannt werden mußte (Kriegsschuldfrage). –
5. Anklage des (ehemaligen) deutschen Kaisers Wilhelm II. und anderer Personen, die gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen hätten, vor einem (zu bildenden) Gerichtshof und deren Auslieferung.
Der in Deutschland fast einhellig als "Diktatfrieden" oder "Schanddiktat von Versailles" abgelehnte Versailler Vertrag stellte eine starke und dauerhafte Belastung für die Weimarer Republik dar und bot den antidemokratischen Kräften, v.a. auch der NSDAP, einen Ansatzpunkt zum Kampf gegen die Republik (Dolchstoßlegende, Kriegsschuldlüge). Auch unter den Alliierten fand der Versailler Vertrag nicht nur Zustimmung; so ratifizierten z.B. die USA nicht und schlossen 1921 einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über den "Versailler Vertrag" (x283/204): >>... Washington hat zwar den Krieg entschieden, sich dann aber aus der Verantwortung für den Frieden gestohlen. Der Kongreß hat den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet.
Immerhin unterblieben die von der französischen Generalität geforderte Aufteilung Deutschlands in seine Bundesstaaten, die Auslieferung der Generale als "Kriegsverbrecher" und die Deportation Kaiser Wilhelms nach Curacao, wo das Quartier für ihn bereitstand.

Das Reizwort "Versailles" war die zugkräftigste Wahl- und Kriegsparole Hitlers. Die unbezahlbaren Reparationen überforderten nicht nur die Wirtschaft, sondern, schlimmer noch, sie belasteten die Regierung und das Weimarer System überhaupt, das in den Augen seiner Gegner von rechts wie von links zum schändlichen Erfüllungsgehilfen Frankreichs wurde.
So stand die Demokratie auf schwachen Füßen ... So ist die Weimarer Republik gekennzeichnet durch die doppelte Spannung einerseits zwischen Links- und Rechtsextremisten, die sich allerdings im Kampf gegen Versailles einig waren, und andererseits in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die Aktivisten auf beiden Flügeln des politischen Spektrums und die kaisertreuen Konservativen. ...<<
Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über den Versailler Vertrag (x313/334-335): >>... Ehemalige Gebiete Deutschlands wurden an Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich, Jugoslawien und an Dänemark abgetreten. Andere Gebiete wurden unter das Protektorat der Siegermächte gestellt. Insgesamt verlor Deutschland ein Siebtel seines ehemaligen Gebietes und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Vielfach wurde das Selbstbestimmungsrecht ... verletzt.
Zudem wurde Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht kastriert: Fast die gesamte deutsche Handelsflotte mußte ausgeliefert werden. Die überseeischen Besitzungen Deutschlands gingen verloren. Und deutsche Kapitalanlagen im Ausland wurden konfisziert.
Darüber hinaus mußten Reparationszahlungen in schwindelerregender Höhe geleistet werden, zu denen Barzahlungen gehörten (deren Höhe immer wieder revidiert wurde), "Zahlungen" in Form von Sachgütern wie Kohle, Farbstoffen und pharmazeutischen Produkten sowie Vieh, Kunstwerken, Eisenbahnmaterial, Lastkraftwagen oder Kabel.
Es gab Besatzungskosten, Kosten für die neuen Grenzregulierungen, Verwaltungskosten und andere Kosten mehr, die alle dem neuen deutschen Reich aufgebürdet wurden.
Weiter wurde Deutschland entwaffnet: Die Wehrpflicht und der Generalstab wurden abgeschafft, das Heer und die Marine auf ein Minimum an Soldaten reduziert. Die Munitionierung wurde beschränkt. Bestimmte Waffen (Panzer, Luft- und U-Boot-Waffen) wurden gänzlich untersagt, Befestigungen geschliffen. Und es wurde ein Großteil der deutschen Hochseeflotte versenkt.
Nie war Deutschland so gedemütigt worden, nie zuvor hatte man seinen Stolz so verletzt.
Im Artikel 231 des Versailler Vertrages wurde Deutschland und seinen Verbündeten überdies die gesamte Schuld aufgebürdet ...
Empörung flackerte an allen Orten auf. Der Versailler Friedensvertrag schuf in Deutschland einen unaussprechlichen Haß auf die Siegermächte.
Das Axiom (Ursatz) gilt:
**Wenn ein Volk in einem "Frieden" zu sehr gedemütigt und sein Stolz verletzt wird, wird es eines Tages zurückschlagen wollen.**
Der Versailler Friedensvertrag wurde denn auch von allen Parteien in Deutschland gleichermaßen abgelehnt, aber es gab keine Alternative. Zähnknirschend setzten die deutschen Vertreter schließlich ihre Unterschrift unter den Vertrag. ...
Hoffnungslosigkeit, Niedergeschlagenheit, Trauer, Haß, Zorn, Wut und Protest machten sich breit. Vielerorts sträubte man sich einzugestehen, daß man den Ersten Weltkrieg tatsächlich verloren hatte. ...
Die öffentliche Meinung schlug um, die radikalen Parteien erhielten Zulauf.
Da die Reparationsforderungen barbarisch waren, mußten die Steuern erhöht werden. Gleichzeitig begann die Inflation ihr häßliches Gesicht zu zeigen.
Für all das wurden in ... (der) neuen Weimarer Republik die demokratischen Politiker verantwortlich gemacht. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die im Versailler

Vertrag beschlossenen Gebietsabtretungen (x063/523): >>Deutschland verlor 13 % seines Gebietes.
Der "Polnische" Korridor mit 2.156.000 Einwohnern wurde ohne Volksabstimmung herausgeschnitten und trennte Ostpreußen vom übrigen Deutschland ab. In Oberschlesien gingen weitere wertvolle Gebiete verloren, obgleich die Volksabstimmung eine Mehrheit von 62 % zugunsten Deutschlands ergeben hatte. Das Memelland fiel unter Bewahrung einer gewissen Autonomie, an Litauen. Das Hultschiner Land, wirtschaftlich wertvoll durch seine Kohle, kam gleichfalls ohne Volksabstimmung an die Tschechoslowakei. Die zu 95 % deutsche Stadt Danzig wurde mit ihrem Hinterland unter Völkerbundskontrolle gestellt.
Der französisch-polnische Plan, Danzig Polen einzuverleiben, wurde durch Präsident Wilson verhindert. Der Süden von Ostpreußen konnte gerettet werden. Dort betrug die Mehrheit fast 98 %. Im Westen ging das Reichsland Elsaß-Lothringen an Frankreich verloren. Eupen und Malmedy mit 60.000 Einwohnern, davon 50.000 Deutschen, kamen an Belgien. Nordschleswig fiel nach einer Volksabstimmung im Juli 1920 an Dänemark. Insgesamt verlor Deutschland durch die Abtretungen in Europa ein Gebiet von 70.579 Quadratkilometern mit 7.300.000 Einwohnern.
Zusammengesetzt aus bayerischen und preußischen Gebietsteilen wurde das "Saargebiet" geschaffen und einer Regierungskommission unterstellt, die dem Völkerbund verantwortlich war. Nach 15 Jahren sollte ein Volksentscheid bestimmen, ob sich das Gebiet an Frankreich anschließen, zu Deutschland zurückkehren oder den Status quo beibehalten wollte. Die Saargruben wurden Frankreich zur Ausbeutung überlassen. ...
Deutschland verlor alle Kolonien: sie wurden als Mandate des Völkerbundes dem Britischen Empire, Frankreich, Belgien und Japan zur Verwaltung übergeben. ...<<
Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes schreibt im Jahre 1920 über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages (x128/119-120): >>Der Friedensvertrag enthält keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, nichts, um die geschlagenen Mittelmächte wieder zu guten Nachbarn zu machen, nichts, um die neuen Staaten Europas zu festigen, nichts, um Rußland zu retten.
Auch fördert er in keiner Weise die wirtschaftliche Interessengemeinschaft unter den Verbündeten selbst. Über die Ordnung der zerrütteten Finanzen Frankreichs und Italiens oder den Ausgleich zwischen den Systemen der alten und der neuen Welt konnte man sich in Paris nicht verständigen.
Der Rat der Vier schenkte diesen Fragen keine Aufmerksamkeit, da er mit anderem beschäftigt war. Clemenceau, das Wirtschaftsleben seiner Feinde zu vernichten, Lloyd George, ein Geschäft zu machen und etwas nach Hause zu bringen, was wenigstens eine Woche lang sich sehen lassen konnte, der Präsident (Wilson), nur das Gerechte und Rechte zu tun.
Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß das wirtschaftliche Grundproblem eines vor ihren Augen verhungernden und verfallenden Europa die einzige Frage war, für die es nicht möglich war, die Teilnahme der Vier zu erwecken. Wiedergutmachung war ihr Hauptinteresse auf wirtschaftlichem Gebiet, und sie behandelten sie als eine Frage der Theologie, der Politik, der Wahltaktik, kurz, von jedem anderen Gesichtspunkt als dem der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten, deren Schicksal in ihrer Hand lag. ...
Die bezeichnenden Züge der gegenwärtigen Lage lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:
1. Das vollständige zeitweise Nachlassen der inneren Produktivität Europas.
2. Der Zusammenbruch des Verkehrswesens und des Austausches, mittels deren seine Erzeugnisse dorthin gebracht werden konnten, wo man ihrer am meisten bedurfte, und
3. Europas Mangel an Kaufkraft zur Beschaffung der gewohnten Waren von Übersee.
... Vor uns steht ein leistungsunfähiges, arbeitsloses, desorganisiertes Europa, zerrissen vom

Haß der Völker und von innerem Aufruhr, kämpfend, hungernd, plündernd und schwindelnd, wo soll man weniger düstere Farben hernehmen? ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages (x320/19): >>… Denn wenn wir bewußt auf die Verarmung Mitteleuropas hinarbeiten, dann wird - das wage ich vorherzusagen - die Rache nicht auf sich warten lassen. Nichts kann dann mehr lange den letzten Bürgerkrieg zwischen den Mächten der Reaktion und den verzweifelten Zuckungen der Revolution aufhalten, jenen Bürgerkrieg angesichts dessen die Schrecken des Krieges mit Deutschland ein Nichts scheinen werden, jenen Krieg, der, ganz gleich wer siegt, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation vernichten wird.<<

Churchill kritisiert später die verhängnisvolle Reparationspolitik der Ententemächte (x069/-146): >>Diese Diktate drücken sowohl die Wut der Sieger aus wie den Irrtum der Völker, die nicht begriffen, daß keine Nation die Kosten des modernen Krieges ersetzen kann. Die breiten Massen hatten von den einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen keine Ahnung, und die Parteiführer wagten mit Rücksicht auf die Wähler nicht, sie darüber aufzuklären

Nur wenige Stimmen erhoben sich, um darzulegen, daß Reparationszahlungen lediglich auf dem Wege von Dienstleistungen oder durch den Transport von Waren möglich seien, und daß diese Waren die Industrie der Gläubiger aus dem Gleise bringen müßten.

Die siegreichen Alliierten versicherten nach wie vor, sie würden die Deutschen "ausquetschen, bis die Kerne krachen". Das alles übte auf das Gedeihen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluß aus. ...<<

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über den Versailler Friedensvertrag aus französischer Sicht (x291/60-63): >>... Die Zukunftsvorstellungen, die während des Krieges entwickelt wurden, zielten schwerpunktmäßig auf eine sicherheitspolitisch motivierte Expansion nach Osten: Wie den russischen Verbündeten weitreichende Gebietsabtretungen im östlichen Preußen zugestanden werden sollten, sollte Deutschland im Westen durch eine Beschränkung auf die Rheinlinie eingedämmt werden.

Gewiß, die Sozialisten wollten den Krieg zumeist nur bis zur Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen führen; und manche bürgerliche Pazifisten waren sogar bereit, zumal in den Phasen militärischer Erschöpfung, sich mit der Wahrung des Status quo ante zufriedenzugeben.

Die überwiegende Mehrheit der politischen Kräfte visitierte jedoch eine Abtrennung des gesamten Rheinlandes vom deutschen Staatsverband an, sei es in der Form einer Annexion, oder, was mit der Zeit als wahrscheinlicher angesehen wurde, mit dem Ziel einer Etablierung eines rheinischen Separatstaates, der wirtschaftlich mit Frankreich verbunden und militärisch von französischen und sonstigen alliierten Truppen kontrolliert werden sollte.

Ein Teil der Rheinstaatenbefürworter wollte zudem die Wiederherstellung der französischen Grenzen von 1814, d.h. die Angliederung des schwerindustriellen Zentrums an der Saar.

Und eine Minderheit extremer Nationalisten – so die "Action francaise" um Charles Maurras, aber auch manche Experten des Außenministeriums – forderte sogar eine Rückkehr zum Deutschland des Westfälischen Friedens: eine Aufteilung des Reiches in machtlose Kleinstaaten.

... Als die Vorbereitung der Friedensverhandlungen anstand, legte sich die Regierung Clemenceau auf die Forderung nach Schaffung eines oder mehrerer Rheinstaaten und Annexion der Saar fest. Darüber hinaus traf sie Vorkehrungen, Frankreich zum wirtschaftlichen Zentrum des Kontinents werden zu lassen, und griff die Idee einer kollektiven Sicherheitsorganisation auf, mit der die Alliierten gemeinsam künftigen Expansionsplänen der Deutschen zuvorkommen sollten.

In Versailles, wo die Alliierten vom Januar bis zum Mai 1919 über den Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich verhandelten, konnte Clemenceau freilich nur einen Teil der französi-

schen Forderungen durchsetzen. Die britischen Verbündeten wollten die deutsche Hegemonie nicht mit einer französischen oder gar einer bolschewistischen eintauschen; und der amerikanische Präsident Wilson wollte eine Friedensregelung durchsetzen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen und auf dem Prinzip allgemeiner Abrüstung beruhte.
Hinsichtlich des Rheinlandes konnte die französische Delegation daher nur eine vorübergehende, in drei Stufen abzubauende militärische Besetzung auf 15 Jahre sowie die Schaffung einer entmilitarisierten Zone bis auf 50 km rechts des Rheins erreichen.
Hinsichtlich der Saar blieb es bei einer Übertragung der Eigentumsrechte der Kohlengruben an Frankreich und einer Verwaltung des Territoriums durch den Völkerbund; nach 15 Jahren sollte die Saarbevölkerung in einer Volksabstimmung selbst über ihren zukünftigen Status entscheiden können.
Die Planungen zur Stärkung der französischen Wirtschaftskraft wurden nicht konkretisiert; die Höhe der Reparationen, die Deutschland zu zahlen hatte, blieben unbestimmt ...
Immerhin enthielten die Regelungen von Versailles einige Ansatzpunkte, das französische Programm langfristig doch noch zu verwirklichen: Der Rückzug der französischen Besatzungstruppen aus dem Rheinland war an die Erfüllung der übrigen Friedensvertragsbedingungen durch Deutschland gebunden; da mochten sich leicht Anlässe finden, die Besetzung auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Solange die französischen Truppen am Rhein standen, konnten allerlei Weichenstellungen zur politischen und wirtschaftlichen Umorientierung des Rheinlandes zu Frankreich hin vorgenommen werden; und es bestand darum auch einige Hoffnung, die rheinländische Bevölkerung letztlich selbst für die Trennung vom Reichsgebiet gewinnen zu können.
Die Besatzungstruppen hielten jedenfalls nach separatistischen Bewegungen Ausschau; und General Mangin, ihr in Mainz stationierter Kommandant zettelte dann auch schon im Juni 1919 einen Separatistenputsch in Wiesbaden an, offensichtlich mit stillschweigender Billigung Clemenceaus. Dieses Putschunternehmen scheiterte zwar, weil es absolut dilettantisch vorbereitet war, und Clemenceau mußte seine Militärs unter dem Druck der Alliierten scharf zurechtweisen; die Hoffnung auf eine Verwirklichung des französischen Rheinlandprogramms auch unter Beachtung des Selbstbestimmungsprinzips, das die Alliierten erzwangen, waren damit aber noch nicht erloschen.
Darüber hinaus bot der Vertrag gewisse Chancen zur wirtschaftlichen Stärkung Frankreichs auf Kosten Deutschlands. Neben der Abtretung der Saargruben sah er auf lange Jahre umfangreiche Kohlelieferungen an Frankreich, Belgien und Italien vor; außerdem sollte das oberschlesische Kohlebecken an Polen abgetreten werden (was dann nach der Volksabstimmung von 1921 nur zum Teil erfolgte). Das bedeutete, daß Deutschland nahezu die Hälfte seines Kohlepotentials entzogen werden konnte und Frankreich einen entscheidenden Vorteil bei der Versorgung mit der damals mit Abstand wichtigsten Energiequelle erwarb.
Daneben wurde dem Deutschen Reich durch die Enteignung des schwerindustriellen Besitzes in Lothringen und das Ausscheiden Luxemburgs aus dem deutschen Zollverband 80 % seiner Eisenerzvorräte, über 40 % seiner Produktionskapazität an Roheisen und über 30 % seiner Produktionskapazität an Stahl genommen. Damit konnte Frankreich das Reich in seiner Rolle als stärkster Eisenproduzent ablösen.
Und dann bedeutete die Aussicht auf deutsche Reparationsleistungen, auch wenn ihre genaue Höhe noch nicht feststand, ganz allgemein eine Erleichterung bei der Versorgung von Waren und Kapital zum Wiederaufbau.
Frankreich konnte somit einen gewissen Vorsprung bei der Wiederbelebung des Binnenmarkts entwickeln, Rückstände in der Entwicklung der industriellen Infrastruktur aufholen und in der allgemeinen Wiederaufbauphase Vorteile gegenüber der deutschen Konkurrenz erzielen. Auf diese Weise ließ sich vielleicht keine wirtschaftliche Hegemonie auf dem Konti-

nent begründen, aber doch immerhin eine Rückkehr zur deutschen Wirtschaftshegemonie verhindern und damit die politische Bedeutung behaupten, die der Wortlaut des Versailler Vertrags Frankreich für den Augenblick zusicherte.
Schließlich boten auch die Garantieverträge, die Großbritannien und die USA der französischen Seite angeboten hatten, einen gewissen Ersatz für die Brüchigkeit der Rheinland- und Völkerbundgarantien. ...
Auch wenn die Friedenkonferenz von Versailles für Clemenceau nur einen Teilerfolg darstellte (und er sich alsbald heftiger Kritik Marschall Fochs und der extremen Nationalisten ausgesetzt sah), war das "System von Versailles" doch flexibel genug, um bei geschickter und sorgfältig aufeinander abgestimmter Nutzung durch die Pariser Außenpolitik eine dauerhafte Neuordnung Europas im französischen Sinne zu ermöglichen.<<
Der französische Historiker Jacques Bainville (1879-1936) schreibt später über den Versailler Friedensvertrag (x243/13): >>Der Friede ist mild, für das, was er an Härten enthält. ... Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat. ...
Und was die Leidenschaften angeht, ... so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um (die Deutschen) aufs äußerste zu reizen. ...
Der Friedensvertrag hat die deutsche Einheit bewahrt. ... Darin liegt das, was wir seine Milde nannten. ...
Der Vertrag ... häuft Schwierigkeiten auf mit Deutschland ... (und) zwischen den Alliierten. ...
Der Friedensvertrag hat uns nicht einmal in ... günstige Bedingungen versetzt, wenn wir Krieg führen müssen. ... Die Meinung der Heerführer, die eine strategische Grenze forderten, ist nicht berücksichtigt worden. ...<<
General Charles de Gaulle (1890-1970, ab 1944/45 französischer Regierungschef) spricht im Jahre 1944 von dem "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". De Gaulle deutet damit an, daß die 20er und 30er Jahre tatsächlich nur Pausen bzw. nur Zwischenkriegszeit gewesen seien (x098/41).
Der französische Politiker Maurice Thorez (1900-1964) berichtet später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>… Der letzte Krieg war ein Raubkrieg und der Vertrag, der ihn beendete, war ein Raubvertrag, geheiligt von der Sozialdemokratie, die seine Durchführung unterstützte. …
Der Vertrag von Versailles bedeutet die Hegemonie Frankreichs, bedeutet die Unterwerfung Deutschlands unter ein brutales Joch, bedeutet die Unterdrückung Elsaß-Lothringens durch unseren Imperialismus, so wie es zuvor durch den Imperialismus Deutschlands unterjocht worden war. Versailles bedeutet die Unterdrückung der nationalen Minderheiten Europas, bedeutet die Balkanisierung Europas; es bedeutet die Reparationslast, die auf den Werktätigen der besiegten Länder lastet; es bedeutet ein System, in dem Frankreich dank seiner Bündnisse, dank der Länder, die es zu seinen Vasallen gemacht hat, vorherrschend ist. Ein derartiger Vertrag ist daher die größte Kriegsquelle der gegenwärtigen Stunde. …
Eine der Hauptwaffen der Hitler-Propaganda ist die heftige Kritik an den Folgen des Artikels 231 des Vertrages, der sich auf die einseitige Verantwortung des Volkes Deutschlands im letzten Krieg bezieht.<<
Der französische Schriftsteller und Kritiker Anatole France (1844-1924, eigentlich Jacques-Anatole Thibault) schreibt später über den Versailler Vertrag (x340/198): >>… Der fürchterlichste aller Kriege hatte einen Friedensvertrag zur Folge, der kein Vertrag des Friedens ist, sondern die Fortsetzung des Krieges. Europa wird daran zugrunde gehen, wenn es nicht die Vernunft zu seinem Ratgeber wählt.<<
Der russische Politiker Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir I. Uljanow) schreibt später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>… Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich schärfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der

Krieg versetzt mit einem Schlage etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagen ist. Österreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernsten Fortschritts stehen.
Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, das fortgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten. Sie sind durch diesen Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. …
Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung versetzt.<<
Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die Folgen des Versailler Vertrages (x337/148): >>Nach Versailles unterstand Deutschland tatsächlich einer dezenten Besetzung. Deutschlands Unabhängigkeit war damals so vorgetäuscht wie zum Beispiel heute diejenige des Irak.
Eine Regierung, eine Flagge und eine Nationalhymne, das alles hat es gegeben, aber nicht die Fähigkeit, eigenständige Lösungen zu entwickeln. England und die USA konnten in Deutschland tun und lassen, was sie wollten, und wir können das Ergebnis sehen: endlose Wahlen, Hitlers vorzeitige Entlassung aus der Haft und dann seine Ernennung zum Kanzler. Zwischen 1918 und 1933 geschah in Deutschland nichts auf Geheiß der Deutschen selbst. …<<
Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schreibt später über den Versailler Friedensvertrag (x191/32): >>Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. ... Dieser Krieg wurde von den Vereinigten Staaten geführt, um für immer Zustände zu vernichten, die ihn hervorbrachten. Diese Zustände sind nicht zerstört worden. Andere Zustände, andere Bedingungen haben sie verdrängt, die nicht minder als jene den Haß, die Eifersucht, den Argwohn erwecken.<<
Der US-Historiker Gordon A. Craig (1913-2005) berichtet später über Folgen des Versailler Friedensdiktats (x024/35): >>... Diese Ereignisse von außen waren sehr wichtig. Wenn die westlichen Mächte nach 1918 klüger gewesen wären, wenn sie ein bißchen mehr Verständnis für die inneren Umstände Deutschlands nach einem langen Kriege gehabt hätten, wenn die USA nicht in den Isolationismus zurückgefallen wären, wenn die Engländer und die Franzosen eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland betrieben hätten, dann wäre die Sache gewiß ein bißchen besser ausgegangen, dann hätte die Weimarer Republik eine bessere Chance zum Leben gehabt.<<
In einem "Spiegel-Interview" ("Spiegel" vom 25. Januar 1971, S. 97) erklärt der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Versailler Friedenskonferenz (x364/127-131):
>>**VI. Verrat in Versailles**
Als sich der Erste Weltkrieg, der "Krieg zur Beendigung aller Kriege", zähflüssig einem Stillstand näherte und "Frieden" sich unbehaglich über die dezimierten und ausgelaugten Völker Europas legte, blieb eine Frage von übergeordneter Dringlichkeit in den Köpfen der monopolistischen Weltverteiler offen: wie sollten sie das Geschehen zwischen den führenden Mächten

so manipulieren, daß ein weiteres universales Blutbad, mit all seinen möglichen Gewinnen und Fortschritten auf dem Weg zu ihrem Endziel in der nahen Zukunft mit tödlicher Wut ausbrechen würde?

Sofort nach dem Krieg belegte die englische Regierung auf Geheiß ihrer heimlichen Meister aus der City, Deutschland mit einer Blockade. Am 14. März 1919 erklärte Winston Churchill vor dem englischen Unterhaus, daß England "die Blockade mit Nachdruck durchsetze. Diese Waffe des Aushungerns ist vornehmlich auf die Frauen und Kinder gerichtet, die Alten, die Kranken und die Armen."

**Der Mann, der die Würfel rollen ließ**

Während die London "Daily News" Augenzeugenberichten aus Deutschland über "viele entsetzliche Dinge … Babies zu Hauf, vom Fieber aus Mangel an Nahrung geschüttelt, von Hunger derart verzehrt, daß ihre kleinen Glieder wie dünne Stöckchen aussehen, ihre Gesichter hoffnungslos und ihre Augen voller Qual" brachte, berichtete, die "Associated Press" aus Paris am 24. Juli, daß "Deutschland 500 Hengste, 3.000 Fohlen, 90.000 Milchkühe, 100.000 Schafe und 10 000 Ziegen an Frankreich abliefern muß. Des weiteren hat Deutschland 200 Hengste, 5.000 Stuten, 5.000 Fohlen, 50.000 Kühe und 40.000 Säue an Belgien abzuliefern."

Wie uns Professor Quigley in seinem Buch "Tragedy and Hope" mitteilt, war "der Ausgang der Blockade verheerend. In den neun Monaten nach dem Waffenstillstand hat sie den Tod von 800.000 Menschen bewirkt." In den vier Kriegsjahren hatte Deutschland l ,6 Millionen Menschen verloren. Die Sterblichkeitsrate in Deutschland während der Blockade war fünfeinhalbmal so groß wie im Krieg.

Als sich die Führer der "siegreichen " Nationen in Versailles, Frankreich, versammelten, um über das Schicksal Europas zu beschließen, waren auch die Rothschilds und ihre Agenten mit von der Partie, um sicherzustellen, daß die Dinge in die Bahn gelenkt wurden, die ihren Interessen nützlich sein würde.

Die Delegation der Vereinigten Staaten wurde nach außen hin von Woodrow Wilson angeführt, aber es bestanden bei den anderen führenden Teilnehmern keinerlei gedankliche Zweifel daran, daß House der Mann war, der die Würfel rollen ließ. Er war der Mann, der die Entscheidungen traf. Ohne seine Billigung ging nichts.

**Berater waren die Banker**

Der dritte im Führungsbunde der amerikanischen Delegation, der die Rolle eines "Beraters" spielte, war Bernard Baruch. In seiner Zeit als despotischer Leiter des Amtes für Kriegsindustrie im Ersten Weltkriege hatte Baruch es verstanden, sich ein Vermögen von rund 200 Millionen US-Dollar zu erwerben, indem er lukrative Regierungsaufträge an die "richtigen" Stellen vergab. Baruch hatte für Wilsons Wahlkampagne 1912 und 1916 sein privates Vermögen investiert. Es hatte sich nett bezahlt gemacht!

England wurde durch seinen Premier David Lloyd George vertreten. An seiner Seite befand sich Sir Philip Sassoon, ein direkter Nachfahre von Amschel Rothschild und ein Mitglied des englischen Privy Council (geheimer Staatsrat). Auf der Friedenskonferenz agierte Sassoon als Lloyd Georges Privatsekretär und konnte damit an allen supergeheimen Sitzungen teilnehmen. Bei den Franzosen wurde Premierminister Clemenceau von einem Mann "beraten", der den Namen "Georges Mandel" trug.

Es war kein neuer Job, den dieser spitznasige, untersetzte kleine Chemiker ausführte, der während des Krieges das französische Innenministerium geleitet und die Zivilbevölkerung zum Mut ermahnt hatte. Mandel, geborener Louis Georges Rothschild, ist oft als der Disraeli Frankreichs bezeichnet worden. Er war ein Superpolitiker in einem Land der Politiker.

"Colonel" House war auf der europäischen Politszene kein Fremdling. Seit 1912 - insbesondere während der Kriegsjahre - hatte er regelmäßig die Kanzlerämter Europas besucht. "House fühlte sich immer ganz zu Hause, ob er mit König Georg im Buckingham Palast dinierte, mit

dem Kaiser in Potsdam plauderte oder im Elysée Palast zu Mittag aß, genauso wie in den Zeiten, als seine Bibliothek in Austin der Treffpunkt der Männer war, die Texas regierten".
Zur Zeit der Versailler Friedenskonferenz befand sich House auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er war dort der gefragteste Mann. Premiers, Botschafter und Delegierte belagerten ihn in seinem Hotel Carlton. An einem einzigen Tag gewährte er an solch einflußreichen Männern 49 Audienzen. Einmal traf der französische Regierungschef, Clemenceau, ein, als der Präsident Wilson bei House weilte.
Der Präsident mußte das Zimmer verlassen, während House und der französische Premier sich unter vier Augen unterhielten. Wilson war nur ein Bauer in dem Spiel - ein austauschbarer Bauer in dem tödlichen Spiel der internationalen Macht.

**Wilson ein gebrochener Mann**

Es liegen erhebliche Beweise vor, daß Woodrow Wilson bereits 1914 zu der furchterregenden Einsicht gelangt war, er habe, seine "Seele dem Teufel verkauft" im Austausch für einen flüchtigen Moment des "Ruhmes" auf der nationalen und internationalen Bühne.
Diese Tatsache hat offensichtlich das Gewissen des Präsidenten in den späteren Jahren mehr und mehr belastet. House vertraute seinem Tagebuch später an, daß er "damals (1914) und auch mehrmals danach dachte, der Präsident habe den Wunsch zu sterben; zweifellos war an seiner Haltung und seiner Gemütsverfassung abzulesen, daß er dem Leben keine Freude abgewann."
Einige Monate nach Wilsons zweiter Amtseinführung schrieb der englische Botschafter, Sir Horace Plunkett, an House: "Ich habe dem Präsidenten meine Aufwartung gemacht und war über sein abgehärmtes Aussehen erschrocken; die seit Januar eingetretene Veränderung ist entsetzlich deutlich."
Zur Zeit der Versailler Konferenz, 1919, äußerte ein englischer Regierungsbeamter, Sir William Wiseman zu House, daß er erschrocken sei "über sein Aussehen. Sein Gesicht war angespannt und hatte eine graue Farbe …
Offenbar hatte der Marionettenpräsident eine längere Zeit der geistigen Tortur durchgemacht, die ihm seine Einsicht verursacht hatte, daß die verborgenen Mächte ihn als ihr Instrument bei ihrem Komplott zur Zerstörung der Vereinigten Staaten benutzten.
In Versailles wurde Woodrow Wilson von dem Betrug und den Schikanen der internationalen Machtpolitik vernichtet. Schwindel befiel ihn, als er herausfand, daß Amerika für den Erfolg eines Geheimabkommens gekämpft hatte, von dem die Vereinigten Staaten nichts gewußt hatten und welches gegen die ersten Interessen dieser Nation verstieß.
In Versailles verhandelten die Großmächte hinter verschlossenen Türen, die kleinen Nationen hatten in den Entscheidungen nichts mitzureden. Nachdem er seinem von House inspirierten Vorschlag über die Liga der Nationen durchgebracht hatte, brach Wilson unwiderruflich mit seinem "alter ego" und fuhr heim. Bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten wurde Wilson vom amerikanischen Volk verstoßen. Innerhalb von zwei Wochen erlitt er zwei Schlaganfälle und war halb gelähmt. Nur wenige Menschen sahen ihn in den nächsten Monaten. Er starb 1924 in Washington.

**Die Erklärung eines weiteren Krieges**

- Großbritannien - oder richtig die Krone - war mehr noch als Frankreich der eigentliche Nutznießer des Versailler Vertrages. -
"Dem sogenannten gesättigten Imperium gelang es, in Form von Mandaten, die Mehrzahl der deutschen Kolonien zusätzlich zu einem fetten Stück von den Ottomanischen Besitzungen zu verschlingen. Die Kapitulation der deutschen Flotte beseitigte eine schwere Drohung und ließ England unangefochten als Seemacht vom Nordkap bis Gibraltar und von Gibraltar bis zu den Dardanellen zurück" (Nicholas Spykman "America's Strategy in World Politics").
Der endgültige "Vertrag", den man mit stillschweigendem Einverständnis der internationalen

Banker geschlossen hatte, ist von vielen Beobachtern als eine grausame Farce erkannt worden. Philip Snowden, der später ein Mitglied des englischen Parlaments war, hat eine zutreffende Bewertung geliefert: "Der Vertrag dürfte Briganten, Imperialisten und Militaristen zufriedenstellen. Er ist ein Todesstoß für alle diejenigen, die gehofft hatten, das Ende des Krieges werde den Frieden bringen. Es ist kein Friedensvertrag, sondern eine Erklärung für einen weiteren Krieg. Es ist der Verrat an der Demokratie und an den Gefallenen des Krieges. Der Vertrag bringt die wahren Ziele der Verbündeten an den Tag".
Lord Curzon erklärte, der in Versailles erreichte Vertrag sei "kein Friedensvertrag, er ist einfach eine Unterbrechung der Feindhandlungen."
Später hat Lloyd George dazu bemerkt: "Wir haben ein schriftliches Dokument, das uns Krieg in zwanzig Jahren garantiert. Wenn Sie einem Volk (Deutschland) Bedingungen auferlegen, die es unmöglich erfüllen kann, dann zwingen Sie es dazu, entweder den Vertrag zu brechen oder Krieg zu führen. Entweder wir modifizieren diesen Vertrag und machen ihn für das deutsche Volk erträglich oder es wird, wenn die neue Generation herangewachsen ist, es wieder versuchen."
Noel F. Busch, Wirtschaftsberater im englischen Finanzministerium, deckt in einem in "Life" veröffentlichten Artikel am 17. September 1945 auf, daß John Maynard Keynes (später Lord Keynes), der neben Lord Rotschild in Cambridge wohnte und ein Direktor der Rotschild-kontrollierten Bank of England war, der Chefberater der englischen Regierung zu der Zeit war, als die finanziellen Klauseln des Versailler Vertrages entworfen wurden. So ist es nur natürlich, daß die Ergebnisse der wie auch immer gearteten "Vereinbarungen", die in Versailles getroffen wurden, sich in den folgenden Jahren als höchst gewinnbringend für die Banker und ihre Freunde erweisen würden. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über den Versailler Vertrag (x358/16): >>**Die Rache Frankreichs**
_ *von Rüdiger Lenhoff*
Die empörendsten Bestimmungen des Versailler Vertrages trugen die Handschrift der Pariser Politik. Auch nach Einstellung der Kampfhandlungen gingen die Franzosen systematisch gegen Deutsche vor.
Nicht nur die Ruhrbesetzung 1923, sondern auch die Vertreibung der Deutschen aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen 1918/19, das durch Versailles wieder an Frankreich gefallen war, zeigte, daß die feindselige Haltung der französischen Regierung gegenüber Berlin nach dem Krieg fortbestand.
Paris verfolgte entsprechend dem Dreiklang "purifier, centraliser, assimiler" eine Politik der ethnischen Säuberung, zentralistischen Erfassung und Zwangsassimilation. Die Behörden wurden von örtlichen Komitees unterstützt, die willkürlich gegen Deutsche in ihrer Nachbarschaft vorgingen und im Windschatten der großen Politik oft persönliche Rechnungen beglichen. Viele französische Aktivisten trieb auch ein allgemeines Rachegefühl wegen der Kriegsniederlage von 1871, in deren Folge vor allem deutschsprachige Teile Elsaß-Lothringens ans Deutsche Kaiserreich gefallen war.
Nachdem sich die Ausweisungspolitik zunächst nur gegen Angehörige der deutschen Funktionselite gerichtet hatte, traf es bald auch ganz normale Bürger. Die Behörden teilten die Bevölkerung nach Abstammungskriterien in vier Gruppen ein und etablierten damit ein Apartheidsystem. Besondere Repressionen mußten diejenigen über sich ergehen lassen, die zwischen 1871 und 1918 aus dem Inneren des Deutschen Reiches nach Elsaß-Lothringen gekommen waren.
In weniger als zwei Jahren wurden mehr als 100.000 Menschen teils mit roher Gewalt, teils mit anderen Methoden vertrieben und mußten dabei meist allen Besitz zurücklassen. Bloß mit Handgepäck flüchteten vor allem die sogenannten Altdeutschen zu Fuß in Richtung Rheinli-

nie bei Kehl. Zu den Begleiterscheinungen gehörten Boykottaufrufe, Enteignungen, Stigmatisierungen und maßlose Hetze. Deutsche Geschäfte wurden mit Schildern bestückt, auf denen "Maison d'un sale Boche" ("Haus eines dreckigen Deutschen") stand, Flugblätter forderten "Kauft nur bei Elsässern" und französische Zeitungen sprachen vom germanischen "Ungeziefer", das auszutilgen sei.

**Besatzung an Rhein und Ruhr**

Diese Wortwahl dürften viele der französischen Soldaten im Hinterkopf gehabt haben, die ab dem 11. Januar 1923 unter Befehl des französischen Generals Jean-Marie Degoutte zusammen mit belgischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Der Vorwand: Deutschland hatte die horrenden Reparationsforderungen des Versailler Vertrages - ein Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark - zwischenzeitlich nicht bedienen können.

Gegen die 30.000 bis 40.000 Besatzungssoldaten entwickelte sich eine Bewegung des passiven Widerstandes, die Kumpels legten die Arbeit nieder. Als am 31. März 1923 Arbeiter gegen die Beschlagnahmung von LKWs protestierten, eröffneten die französischen Soldaten das Feuer. Die Beisetzung der 13 Toten erfolgte am 10. April 1923 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung.

Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden der französischen Okkupation wurde mit etwa vier bis fünf Milliarden Goldmark beziffert. Kein Wunder, daß die Reichsmark im Verlauf des Jahres 1923 durch eine Hyperinflation zerstört wurde und die Deutschen alle Ersparnisse verloren.<<

**Die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges**

Verursacher und wichtige Beteiligte des Krieges:

Die Schuld der Staaten (spätere Siegermächte), die eindeutige Kriegsziele verfolgten und den Krieg wollten, war nachweislich wesentlich größer, als die Schuld der späteren Verliererstaaten, die nicht vorsichtig genug oder zu naiv waren, um die Katastrophe des Ersten Weltkrieges zu verhindern.

Serbien: Der slawische Nationalismus (Jugo- und Panslawismus) förderte nachweislich die radikalen Unabhängigkeitsbestrebungen im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Die radikalen serbischen Geheimbünde verursachten vorsätzlich den Kriegsausbruch, um die Donaumonarchie Österreich-Ungarn zu vernichten.

Österreich-Ungarn: Die geschwächte Großmacht Österreich-Ungarn war unfähig, die jahrzehntelangen Nationalitätenprobleme rechtzeitig und umfassend zu lösen. Österreich nahm schließlich die Ermordung des österreichischen Thronfolgers zum Anlaß, um endgültig mit Serbien abzurechnen. Die Habsburger kämpften verzweifelt um ihre europäische Großmachtstellung, deshalb wollten sie den slawischen Nationalismus zerschlagen und versuchten nicht, den Krieg zu verhindern. Der Balkankonflikt war für die Habsburger Monarchie letzten Endes ein Kampf um Sein oder Nichtsein.

Rußland: Aufgrund der traditionellen russischen Expansionspolitik unterstützte der Zar Serbien und verhinderte durch die russische Generalmobilmachung alle deutschen Vermittlungsversuche. Obgleich die russischen Lebensinteressen in keinster Weise bedroht wurden, trieb die russische Regierung das friedlich gesinnte russische Volk in einen verlustreichen Krieg. Die russische Expansionspolitik auf dem Balkan und der verzweifelte Kampf um die innenpolitische Machtstellung des Zarenreiches (Existenznot des Zaren) führten schließlich zum Untergang Rußlands (bolschewistische Revolution im Jahre 1917).

Frankreich: Aufgrund des russisch-französischen Bündnisses geriet Frankreich zwangsläufig in den Krieg. Die französische Regierung unternahm nachweislich nichts, um den drohenden Krieg zu vermeiden, denn man wollte diese Gelegenheit zur "Revanche" unbedingt nutzen (Rache für die militärische Niederlage von 1870/71 und Rückeroberung von Elsaß-Lothrin-

gen).
Deutsches Reich: Die außenpolitische Unfähigkeit des Deutschen Reiches (unüberlegte Bündnisvereinbarungen und leichtsinnige Überheblichkeit) führten schließlich zur völligen Isolierung des Landes. Die leichtfertigen deutschen Bündniszusagen (sogenannte "Blankoschecks") förderten schließlich die österreichisch-ungarische Kriegserklärung und rissen das Deutsche Reich in den ungewollten verhängnisvollen Krieg. Das Deutsche Reich ging ursprünglich von einem Verteidigungskrieg aus. Angesichts der frühzeitigen russisch-französischen Mobilmachung entschloß sich die deutsche Heeresführung jedoch notgedrungen zur offensiven Kriegsführung.
Der deutsche Historiker Golo Mann (1909-1994) schreibt z.B. später über den angeblichen "deutschen Angriffskrieg" (x024/36): >>... Die Frage Bethmanns im Reichstag, ob Deutschland hätte warten sollen, bis es eingekeilt zwischen Feinden, von ihnen überwältigt worden wäre, klingt ehrlich, wie der Reichskanzler im allgemeinen wenig Begabung zum Lügen besaß.<<
Das Deutsche Reich hatte damals nachweislich keine Kriegsziele und es gab auch keine spezielle "deutsche Expansionsstrategie". Wenn das Deutsche Reich tatsächlich einen Krieg geplant hätte, wäre man sicherlich bereits im Jahre 1905 zum Angriff übergegangen, als Rußland nach dem russisch-japanischen Krieg entscheidend geschwächt war (Wegfall der zweiten Front im Osten), denn die deutschen Aufmarschpläne gegen Frankreich ("Stoß- und Sichelschnitt") lagen damals bereits vor (x098/39). Die deutsche Reichsregierung wollte im Jahre 1914 mehrheitlich keinen Krieg, weil alle ernstzunehmenden Politiker wußten, daß Deutschland nichts gewinnen, sondern höchstens alles verlieren konnte.
Großbritannien: Die Briten bemühten sich angeblich, um den Krieg zu verhindern, aber sie traten nach dem Kriegsausbruch erstaunlich schnell gegen das Deutsche Reich an, um die vermeintlichen deutschen Expansionsbestrebungen zu verhindern. Der britische Außenminister Sir Edward Grey lehnte z.B. die erbetene Neutralität Großbritanniens kommentarlos ab, obwohl das Deutsche Reich die europäischen Gebietsstände des Jahres 1914 zusicherten (x090/245).
USA: Nordamerika griff im Jahre 1917 in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft lieferte den Briten und Franzosen bereits vor dem nordamerikanischen Kriegseintritt erhebliche Kriegsgüter.
US-Senator George Norris (1861-1944) aus Nebraska gibt im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...
Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<
Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, erklärt bereits nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, daß ein Sieg der Alliierten die Herrschaft Rußlands in Europa fördern wird (x063/489): >>... Wenn aber Deutschland gewinnt, so bedeutet dies die unsägliche Tyrannei des Militarismus auf Generationen hinaus. ... Deutschlands Erfolg würde letzten Endes ein Bedrohung für uns sein ...<<
Der deutsche Historiker Christian Zentner schreibt später über die Gründe bzw. Folgen der nordamerikanischen Kriegsbeteiligung (x065/329-330): >>... Der Druck der industriellen und landwirtschaftlichen Überproduktion, der in den Vorkriegsjahren so schwer auf den USA ge-

lastet hatte, verschwand im Laufe des Ersten Weltkrieges in zunehmenden Maß als die USA zum Lieferanten der kriegsführenden Alliierten wurden.
Von etwa 40 Millionen Dollar im Jahre 1914 stieg der Wert der nordamerikanischen Ausfuhr 1915 auf 210 Millionen und 1916 auf 1,29 Milliarden Dollar. 1915 betrugen die englisch-französischen Schulden in den USA bereits 500 Millionen Dollar. Diese wirtschaftlichen Tatsachen gewannen mehr und mehr an Gewicht. Sie waren zwar nicht das einzige, vielleicht nicht einmal das ausschlaggebende, aber ein höchst bedeutsames Motiv für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg ...<<
Nach umfangreichen Untersuchungen stellt der Völkerbund im Jahre 1921 fest, daß vor allem die großen Kreditinstitute und Rüstungsfirmen zu den großen Kriegsgewinnlern gehören (x068/193): >>Die Rüstungsfirmen haben die Kriegspolitik großgezogen und ihre eigenen Länder überredet, Kriegspolitik zu treiben und ihre Rüstungen zu steigern. Im In- und Ausland versuchten die Rüstungsfirmen Regierungsbeamte zu bestechen.
Die Rüstungsfirmen haben Falschmeldungen über die Militär- und Marineprogramme verschiedener Länder verbreitet, um die Ausgaben für die Rüstung hochzutreiben. Durch Kontrolle der eigenen und ausländischen Zeitungen suchten die Rüstungsfirmen die öffentliche Meinung zu beeinflussen.
Die Rüstungsfirmen haben internationale Rüstungsringe organisiert, die den Rüstungswettstreit durch das Ausspielen eines Landes gegen das andere förderten. Internationale Rüstungstrusts wurden organisiert, die die Preise für die Rüstungen erhöht haben.<<
Die Kriegsschuldfrage wurde noch jahrzehntelang nach dem Kriegsende gewissenhaft geprüft und ausführlich diskutiert. Im Verlauf dieser historischen Untersuchungen mußten die Behauptungen der Siegermächte schließlich korrigiert werden, daß das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg vorsätzlich verursacht hätte (x063/474).
Nach fairen und objektiven Nachforschungen setzte sich bei anglo-amerikanischen Geschichtsforschern, westeuropäischen Staatsmännern und Historikern schließlich die Auffassung durch, daß alle beteiligten westeuropäischen Großmächte eigentlich nur durch unglückliche Umstände in den Ersten Weltkrieg geraten seien, und keiner den Krieg vorsätzlich und planmäßig angestrebt hätte.
In den Nachkriegsjahren stellten nordamerikanische, britische und deutsche Geschichtsforscher jedenfalls übereinstimmend fest, daß von einer deutschen Alleinschuld nicht gesprochen werden kann (x059/32). Nach der Devise: "Die Regierungen haben zwar den Krieg, aber auch den Frieden nicht gewollt", klärte man damals die historischen Zusammenhänge auf und ermittelte die Schuldigen bzw. die Unschuldigen.
Die Frage nach der Kriegsschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird heute trotzdem immer noch kontrovers diskutiert.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Kriegsschuldfrage" (x051/333): >>Kriegsschuldfrage, eines der brennendsten politischen Themen in der Weimarer Republik. Durch Unterschrift unter den Versailler Vertrag hatte das Deutsche Reich, wenngleich nur unter Protest und massivem Druck (alliierte "Mantelnote" vom 16.6.19), die deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges anerkannt.
Aus ihr leiteten die Siegermächte nach Artikel 231 des Friedenvertrages das Recht auf deutsche Reparationen und auf wehrpolitische Restriktionen ab. Die einseitige Schuldzuweisung wurde nicht nur wegen der wirtschaftlichen Konsequenzen, sondern auch wegen der moralischen Deklassierung von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich als Kriegsschuldlüge empfunden.
Die Weimarer Regierungen mühten sich immer wieder um Revision der Verurteilung Deutschlands: Im Auswärtigen Amt wurde 1919 ein Kriegsschuldreferat eingerichtet; es finanzierte die "Zentralstelle zur Erforschung der Kriegsursachen", die wiederum eine Zeit-

schrift "Die Kriegsschuldfrage" herausgab (ab 1927 "Berliner Monatshefte"). Ein Erfolg aber blieb aus, weil an der Kriegsschuldfrage das gesamte Versailler System hing.
Sie lieferte denn auch den Rechtsparteien, allen voran den Nationalsozialisten, wirkungsvolle Munition für den Kampf gegen "die Fesseln des Schanddiktats" und damit gegen die Republik. Hitler verwahrte sich gleich bei der Reichstagseröffnung am 21.3.33 (Tag von Potsdam) gegen die Versailler Schuldklausel, mit deren Bekämpfung er seine Revisionspolitik begründete. Am 30.1.37 zog er die deutsche Unterschrift unter den Versailler Vertrag förmlich zurück.
Heute wird die Kriegsschuldfrage für 1914 differenzierter beantwortet: Zwar verneinen die Historiker im Allgemeinen eine deutsche Alleinschuld, gehen aber von einem deutlich höheren deutschen Schuldanteil aus als die Apologeten der 20er und 30er Jahre.
Eine Kriegsschuldfrage für den Zweiten Weltkrieg stellt sich so nicht, da die auslösenden Momente unübersehbar in der aggressiven Außen- und "Lebensraum-Politik" der Nationalsozialisten liegen.<<
Der britische Premierminister Lloyd George bekennt bereits 1920 (x059/32): >>... Niemand, der in den damaligen Jahren die Staatsgeschäfte leitete, wünschte wirklich den Krieg. Es war etwas, in das sie hineingeglitten sind oder besser hineintaumelten oder zufällig hineingerieten ...<<
In den Jahren 1935 und 1951 stellen maßgebliche deutsche und französische Historiker zur Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges fest (x069/100): >>Die Dokumente erlauben es nicht, im Jahre 1914 irgendeiner Regierung oder einem Volk den bewußten Willen zu einem europäischen Krieg zuzuschreiben. Das gegenseitige Mißtrauen war auf den höchsten Grad gestiegen, und in leitenden Kreisen herrschte der Glaube, der Krieg sei unvermeidbar; jeder nahm die Gefahr des Krieges hin, und eine Gewähr für die Sicherheit wurde nur in einem Bündnissystem und ständiger Aufrüstung gesehen. ...<<
Der US-Historiker Harry E. Barnes berichtet später über die deutsche Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges, daß von den beteiligten Mächten, Deutschland die geringste Schuld treffen würde (x063/474).
Der französische Historiker Pierre Renouvin (1893-1974) schreibt im Jahre 1964 über die "Juli-Krise 1914" (x261/213): >>Aufs Ganze gesehen hat die französische Politik in dieser Krise keine Entscheidung getroffen, die geeignet gewesen wäre, die Risiken des Konflikts zu erhöhen. Sie hat sich darauf beschränkt, angesichts der von Österreich-Ungarn und von Deutschland ergriffenen Initiativen Position zu beziehen.
Der entscheidende Faktor war das Schicksal des französisch-russischen Bündnisses. Bei einem Verzicht auf die Unterstützung der russischen Balkan-Interessen wäre Frankreich Gefahr gelaufen, diese Allianz zu zerstören. Aber indem es der russischen Politik eine totale Unterstützung gab, geriet es in Gefahr, in den Krieg hineingezogen zu werden. ...
Tatsächlich hat die französische Regierung der russischen zur Vorsicht geraten, doch setzte sich der Verbündete darüber hinweg. ...
Die französische Regierung fürchtete, wenn sie ... als Zuschauer der Niederlage Rußlands beiwohnen würde, einem siegreichen Deutschland isoliert und ratlos gegenüberzustehen. ...<<
Der sowjetische Historiker Igor W. Bestuschew schreibt im Jahre 1966 über die Kriegschuldfrage im Jahre 1914 (x261/213): >>Die Untersuchungen der Tatsachen zeigt, ... daß die Politik aller Großmächte, einschließlich Rußlands, objektiv zum Weltkrieg führte.
Die Verantwortung für den Krieg tragen die herrschenden Kreise aller Großmächte ... ungeachtet der Tatsache, daß die Regierungen Deutschlands und Österreichs, die den Krieg auslösten, eine größere Aktivität an den Tag legten, weil Deutschland auf einen Krieg besser vorbereitet war und weil sich die innere Krise Österreichs ständig verschärfte, und ungeachtet der weiteren Tatsache, daß die Entscheidung über den Zeitpunkt des Krieges letzen Endes prak-

tisch von Deutschland und England getroffen wurde.
Wenn man die Geschichte der internationalen Beziehungen in den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts analysiert, so kommt man zu dem Schluß, daß die Krise des Juli 1914 keine zufällige Katastrophe war, sondern eine zwangsläufige Konsequenz der objektiven Bedingungen, die in der Politik der imperialistischen Mächte ihren Ausdruck fanden.<<
Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schreibt im Jahre 1964 über die Kriegschuldfrage im Jahre 1914 (x261/212): >>Der große Krieg von 1914 ist nicht ... durch einen "Überfall" seiner Gegner auf die friedliche Mitte Europas entstanden. Es ist aber auch nicht als deutsche Offensive oder als deutscher "Hegemonialkrieg" in dem Sinne zu verstehen, daß unsere Nation, überschäumend von Kraftbewußtsein und politischem Ehrgeiz, ihre Nachbarn zum Zweikampf herausgefordert hätte, um sich mit Waffengewalt den schon lange ersehnten Aufstieg zur "Weltmacht" zu erkämpfen. ...
Im übrigen unterschied sich die Politik Deutschlands nur dadurch von der seiner Rivalen, daß sie so weitgehend von rein militärtechnischen Erwägungen bestimmt wurde – zwar ähnlich wie die russische, aber doch weitgehend und noch einseitiger. Wir haben ... gesehen, daß letztlich nur die Angst der Militärs, mit ihren einmal festgelegten Offensivplänen zu spät zu kommen, das Bemühen der diplomatischen Diplomatie zum Scheitern brachte, auf dem Wege friedlichen Verhandelns und politischer Kompromisse die serbische Krise zu beschwören und einen Ausgleich zwischen Petersburg und Wien zu vermitteln.
Die hilflose Abhängigkeit der deutschen politischen Führung von den Plänen der Militärs war der wesentliche Grund für ihr Versagen im entscheidenden Augenblick: am Abend des 30. Juli. Das war nicht einfach Schwäche, sondern Not: nur Deutschland hatte mit einem Zweifrontenkrieg zu rechnen, war also darauf in jedem Fall darauf angewiesen, den Angriffsplänen seiner Gegner zuvorzukommen, wenn es siegen wollte. ...<<
Der deutsche Historiker Wolfgang J. Mommsen (1930-2004) schreibt im Jahre 1969 über die Kriegschuldfrage im Jahre 1914 (x261/213): >>... Bei einiger Bereitschaft zur Konzilianz (Entgegenkommen) hätten die anderen Mächte gleichwohl den Ersten Weltkrieg noch abwenden können. Tatsächlich setzten diplomatische Gegensätze von relativ geringer Größenordnung, die unter anderen Umständen leichthin ohne großen Krieg hätten geschlichtet werden können, eine Welt in Flammen, weil man einander schon länger waffenstarrend gegenüberstand und auf allen Seiten auf das Signal zum Losschlagen wartete.<<
Der deutsche Redakteur und Historiker Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x024/36-37): >>Über den anteiligen Grad der Kriegsschuld ließe sich lange debattieren. Fest steht, daß die vertragliche Fixierung der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg in erster Linie dem Zweck diente, die harten Friedensbedingungen zu rechtfertigen. Von der deutschen Öffentlichkeit wurde sie als nationale Demütigung empfunden, die dem nationalistischen Radikalismus in verhängnisvoller Weise die Türen öffnete. ...<<
Der niederländische Autor Mees Baaijen schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>… Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...
Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen immer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat: bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und

Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.
All das wird listigerweise als die einzige Lösung ausgegeben, um regionales oder globales Chaos und Krieg durch "Frieden, Demokratie und Wohlstand" zu ersetzen - und zwar unter der verdeckten Kontrolle der internationalen Bankiers.
… Zigtausende an Publikationen wurden nach den Vorgaben der falschen amtlichen Darstellung geschrieben, in der unglückliche Zufälle die hauptsächliche und unbedarfte Erklärung für das ganze Gemetzel und Blutvergießen abgeben. Uns allen wurden die gleichen Geschichten in der Schule oder an der Universität, bei feierlichen Gedenkfeiern und auf Mahnmalen, im Fernsehen und im Kino und über unzählige reißerische und seriöse Bücher eingetrichtert. Die großen Lügen wurden so in unserem Geist als die Wahrheit eingeprägt, daß sie zum Teil unserer Identität geworden sind. …
Diese Tatsache ist den von den Bankiers eingesetzten "Managern der Wahrnehmung" natürlich wohlbekannt. Wenn uns also die Wahrheit erzählt wird - die Briten und Amerikaner hätten das Blutbad des Ersten Weltkrieges vorbereitet und betrieben, und der Zionismus und Kommunismus in Rußland und anderswo seien von den internationalen Bankiers zu Gunsten ihres Projekts Neue Weltordnung finanziert und aufgebaut worden -, dann lehnen wir den Berichterstatter sofort als irrationalen, paranoiden, verrückten und wahrscheinlich gewalttätigen "Verschwörungstheoretiker" ab.
Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von *1984* oder *Schöne Neue Welt.* 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkriegs zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politkern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.
Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<
Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>… Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.
Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhörer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. …<<
Der Schriftsteller Karl Bruno Leder schreibt später in seinem Buch "Nie wieder Krieg?" über die Entstehung von Kriegen (x024/45-46): >>... Krieg und Frieden auf der Welt hängen von der subjektiven Gefühlslage der Nationen ab.
Fühlt sich eine Nation in ihrem Selbstwertgefühl entscheidend verletzt, so wird sie nicht ruhen, bis diese Kränkung aufgehoben und durch einen Triumph kompensiert ist. Je tiefer die

Demütigung geht, je schwerer das Selbstwertgefühl verletzt ist, desto bedingungsloser wird der Drang nach dessen Rehabilitierung.
Einem Volk in solcher Lage kann man nicht kommen mit Bedenken und Einwänden; man kann ihm nicht einmal mit dem Untergang der Welt oder der Menschheit drohen.
Ein solches Volk ist ohnehin bereit, auch den eigenen Untergang einzukalkulieren; was soll ihm da der Untergang der Menschheit! Im Gegenteil: Diese Aussicht stellt eher eine heimliche Verlockung dar; damit kann man die anderen Völker erpressen: Sollen sie gefälligst Partei ergreifen, und zwar die des Gedemütigten, wenn sie Katastrophen vermeiden wollen! Man denke etwa an die Vietnamesen; auf sie hätte auch eine Drohung mit der Atombombe keinen Eindruck gemacht. ... Dasselbe gilt für die Palästinenser und für viele andere Beispiele.
Das alte Wort "lieber tot als Sklav" drückt am eindeutigsten das subjektive Bewußtsein eines gedemütigten Volkes aus. Gegen dieses Wort kann man nicht rational argumentieren.<<
Der deutsche Historiker Jan von Flocken schreibt später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x319/80-81): >>… Das stolze, hochfahrende Deutschland sah sich 1919 als Paria (Ausgestoßener) unter den europäischen Nationen, verarmt und ausgeblutet durch die vier Jahre Krieg gegen eine übermächtige Koalition und deren Hungerblockade. Im Versailler Vertrag hatte man ein ganzes Volk schuldig gesprochen, ohne ihm die geringste Möglichkeit zur Verteidigung einzuräumen. Der Kriegschuldartikel 231 lud auf Deutschland die Bürde alleiniger Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Auf diesen Paragraphen stützten sich auch sämtliche unsinnig hohen Reparationsforderungen von zunächst 226 Milliarden Reichsmark.
Derartige ökonomische Unvernunft fand ihre Ergänzung durch politisch-moralischen Irrsinn. Frankreich verabreichte seinem Nachbarn eine Ohrfeige nach der anderen, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes 1923 war der Höhepunkt. Ost-Oberschlesien mit Kattowitz wurde von Deutschland getrennt, obwohl sich 60 Prozent der Einwohner in einer Volksabstimmung dagegen erklärt hatten.
In Westpreußen, Memelland und der Provinz Posen fragte man die Bevölkerung sicherheitshalber gar nicht erst und schlug das Gebiet den Polen und Litauern zu. Danzig wurde zum anachronistischen Gebilde einer "Freien Stadt". Es ergab sich die einmalig groteske Situation, daß Deutschland aus zwei voneinander isolierten Teilen bestand. Ostpreußen als Insel mitten im polnischen Ländermeer. Konflikte waren dadurch schon vorprogrammiert.
Was der SPD-Vorsitzende und Reichspräsident Friedrich Ebert über den "Gewaltfrieden von Versailles im Mai 1919 sagte, sollte manchem sozialdemokratisch angehauchten Historiker in den Ohren klingen: "Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen". Der Mann war ein Prophet.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die Schuldklausel des Versailler Vertrages (x063/478): >>... Daß ... die Schuldklausel des Versailler Vertrages, der Artikel 231, ein Fehlurteil gegen besseres Wissen war, stand allgemein fest, als die Untaten des Nationalsozialismus und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die klare Sachlage wie mit rückwirkender Kraft wieder zu verschleiern begannen.
Daß der Erste Weltkrieg auch nicht ein Kampf um sittliche Grundsätze, etwa der Demokratie gegen die Autokratie (unumschränkte Alleinherrschaft) war, hat sich in der gebildeten englischen und amerikanischen Welt seit Jahren durchgesetzt. ...
Rußland und die Kriegspartei unter dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch konnten die politischen Ziele im Westen nur durch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Türkei verwirklichen. Der Weg nach Konstantinopel und zur Herrschaft über die slawische Welt, führte, wie der russische Kronrat vom 21. Februar 1914 feststellte, zwingend über den europäischen Krieg.

Der nie erloschene Revanchewille in Frankreich begrüßte einen solchen Krieg, der die Hoffnung auf die Eroberung von Elsaß-Lothringen vor Augen stellte.
Nach der Ermordung des Thronfolgers gewannen die Kräfte in der österreichischen Regierung, die auf Abrechnung mit Serbien drängten, notwendigerweise die Oberhand. Aber man hoffte auf einen "lokalisierten" Konflikt und war überzeugt, daß Rußland, wenn man nicht sofort mit äußerster Entschiedenheit vorgehe, Serbien schließlich zu Hilfe kommen werde. Sidney B. Fay schreibt dazu: "Österreich wußte, daß Rußland mit jedem Jahre stärker wurde, bezweifelte aber, daß die Rüstungen des Zaren schon so weit waren, daß Rußland es wagen würde einzugreifen ..."<<
Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später in seinem Buch "Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands" über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x313/301-307): >>... Es stellt eine immense intellektuelle Herausforderung dar, die wirklichen Ursachen des Ersten Weltkrieges zu benennen. Bereits die brillantesten Geschichtswissenschaftler und schärfsten Analytikern haben sich an dieser Aufgabe bereits versucht und sich regelmäßig die Zähne ausgebissen.
Trotzdem ist es ihnen unseres Erachtens nicht gelungen, die wahren Ursachen für diesen "Krieg, der alle Kriege beenden sollte", herauszufinden, eine zugegebenermaßen kühne Behauptung, die jedoch allein durch die Tatsache erhärtet wird, daß danach noch viel mehr Kriege tobten. ...
Im Schnelldurchgang stellt sich der Erste Weltkrieg, von den Franzosen "Grand Guerre" genannt und von den Engländern und Amerikanern "Great War" wie folgt dar:
Das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn (und später die Türkei und Bulgarien) kämpften gegen Frankreich, Großbritannien, Rußland und Serbien (und später zudem gegen Bolivien, Brasilien, China, Kuba, Griechenland, Italien, Japan, Liberia, Panama, Persien, Peru, Portugal, Rumänien, Uruguay, die USA und noch ein paar Staaten mehr). ...
Am Ende des Ersten Weltkrieges befanden sich 25 Staaten und deren Kolonien mit insgesamt 1,35 Milliarden Menschen ... im Kriegszustand.
Nie hatte der Planet zuvor einen solchen Materialeinsatz von Panzern, Flugzeugen und Massenvernichtungswaffen gesehen. Das Maschinengewehr spielte erstmals eine entscheidende Rolle, denn selbst die eigentlich unterlegenen Verteidiger konnten damit leicht eine Stellung halten.
Das Ergebnis war, daß sich Soldaten zu Hunderttausenden gegenseitig an den Fronten abschlachteten. Es handelte sich um die größte Vernichtungsorgie, die die Welt bislang gesehen hatte.
Das Ergebnis in dürren Zahlen:
Deutschland bezahlte mit rund 2 Millionen getöteten Soldaten, Österreich-Ungarn mit rund 1 Million und die Türkei mit etwa 300.000.
In Rußland verloren circa 2 Millionen Soldaten das Leben, Frankreich und Großbritannien bezahlten mit je etwas über 1 Million und Italien mit rund 0,6 Millionen. Die USA beklagte 100.000 getötete Soldaten. Die Toten in der Zivilbevölkerung werden auf insgesamt 0,5 Millionen geschätzt. Die Gesamtverluste weltweit beziffern Statistiker auf rund 10 Millionen Tote. ...
Wer also war für diese Katastrophe verantwortlich? Wer war wirklich verantwortlich? ... Wie fing eigentlich alles an?
Österreich-Ungarn, der Vielvölkerstaat, an dessen Spitze der Habsburger Kaiser Franz Joseph stand, sah sich vor dem Krieg beträchtlichen Problemen ausgesetzt. Die verschiedenen Nationalitäten in seinem Staat strebten nach mehr Eigenständigkeit oder sogar Unabhängigkeit - besonders die Tschechen, die Kroaten, die Ungarn und die Serben.
Immerhin gab es auch Lichtblicke für Franz Joseph: Deutschland mit seinem Kaiser Wilhelm

II. an der Spitze hatte sich in einem Zweibundvertrag gegenüber Franz-Joseph verpflichtet, im Falle eines russischen Angriffs Österreich-Ungarn Waffenhilfe zu leisten.
Ausgelöst wurde der Erste Weltkrieg wie folgt:
Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, sowie seine Gemahlin in Sarajewo (Sarajewo = heute in Bosnien/Herzegowina gelegene Stadt) ermordet. Kaiser Franz-Joseph fühlte sich zum Handeln gezwungen. Bald schon zeigte sich nämlich, daß hinter dem Anschlag die Serben steckten. Man rückversicherte sich erneut der Bündnistreue der Deutschen und entschloß sich, nicht nur der serbischen Bewegung auf österreichischem Boden einen Riegel vorzuschieben, sondern gleichzeitig auch den Staat Serbien unter österreichische Kontrolle zu bringen.
Die Österreicher stellten Serbien umgehend ein Ultimatum und forderten, auf die österreichfeindlichen Umtriebe zu verzichten; außerdem zweifelte man die Souveränität Serbiens an. Serbien seinerseits rückversicherte sich eilig, ob Rußland ihm zur Seite stehen würde. Die Russen nickten und versicherten sich ihrerseits, daß die Franzosen mit ihnen gegen den gemeinsamen Feind (Deutschland und Österreich-Ungarn) kämpfen würden.
Überall wurde nun mobil gemacht: in Serbien, in Österreich, in Rußland, in Frankreich, in Deutschland und sogar in England. (England hatte Frankreich versprochen, im Kriegsfalle den Norden Frankreichs zu schützen.) Trotzdem gab es zunächst noch einige Vermittlungsversuche:
- Die Franzosen versuchten, auf diplomatischem Parkett mäßigend auf die beiden Streithähne (Serbien und Österreich) einzuwirken.
- In London versuchte der englische Außenminister Grey zu vermitteln.
- Kaiser Wilhelm II. in Deutschland bemühte sich, auf den österreichischen Kaiser einzuwirken und das Faß nicht überlaufen zu lassen. Auch sein Kanzler Bethmann Hollweg versuchte, die Österreicher aus dem Krieg wieder herauszureißen.
Aber es war bereits zu spät. Die Österreicher ließen sich nicht beruhigen, und die Serben wußten Rußland auf ihrer Seite.
Der Krieg begann. ...
Wer war für diesen Krieg wirklich verantwortlich?
Folgende Antworten sind darauf von Historikern gegeben worden:
- Verantwortlich waren in erster Linie die Serben und die Österreicher; denn sie entfachten den Weltbrand. Hätte einer von beiden nachgegeben, wäre der Krieg vermieden worden.
- Hätte Rußland sich jedoch nicht hinter Serbien gestellt, wäre der Weltbrand ebenfalls nicht ausgebrochen, der Krieg wäre lokal begrenzt geblieben und hätte nicht viel Schaden angerichtet. Aber der Zar fürchtete die Revolution im eigenen Land. Sein Außenminister Sasonow versuchte, den Krieg zu verhindern, aber die russischen Militärs rieten zum Krieg. Der Zar glaubte, zwischen einer Revolution im eigenen Land und dem Krieg gegen Deutschland/Österreich wählen zu müssen, und entschied sich für den Krieg.
- In Deutschland versuchte Bethmann Hollweg verzweifelt, die Österreicher zum Einlenken zu bewegen. Aber die Militärs, an ihrer Spitze Moltke, rieten dem deutschen Kaiser Wilhelm II., sich auf keine Vermittlungsversuche einzulassen. Die militärische Führung war Bethmann Hollweg in Deutschland nicht untergeordnet (wie das in anderen Ländern der Fall war). So gab der deutsche Kaiser Moltke schließlich nach.
Hätte Wilhelm II. die Österreicher energischer zur Mäßigung gerufen oder sogar das Bündnis mit ihnen in Frage gestellt, wäre der Weltkrieg ebenfalls vermieden worden. Aber das Gegenteil geschah: Rußland wurde ein Ultimatum gestellt, die Mobilmachung gegen Deutschland und Österreich sofort rückgängig zu machen. Da keine Antwort auf das Ultimatum erfolgte, erklärte Deutschland Rußland den Krieg.
- Wie stand es nun um Frankreich? Frankreich hatte sich lange Zeit in einer gewissen Isolation

befunden, der Bund mit Rußland war für das Land enorm wichtig; man wollte die Russen also nicht im Regen stehen lassen. Zudem wollten militaristische Kreise Rache nehmen für den verlorenen Krieg gegen Deutschland im Jahre 1870/1871. Elsaß-Lothringen sollte wieder französisch werden. Die Franzosen ärgerten sich noch immer über den infamen Bismarck, es gelüstete sie nach Rache. Außerdem wollte man die Vormachtstellung Deutschlands auf dem Festland brechen, ganz davon abgesehen, daß man auch eine bestimmte Kolonialpolitik verfolgte. Immerhin: Hätte Frankreich den Russen zu verstehen gegeben, daß es Deutschland nicht angreifen würde, wäre der Erste Weltkrieg vielleicht noch zwei Minuten vor Zwölf vermieden worden.
- England, das zugesagt hatte, die Nordküste Frankreichs zu sichern, stellte Bethmann Hollweg seinerseits ein Ultimatum; Deutschland sollte zusichern, die belgische Neutralität zu sichern. Aber Deutschland plante längst, über Belgien Frankreich anzugreifen. Hätte England zu verstehen gegeben, daß es sich nicht in den Krieg hineinziehen lassen würde, wäre der Weltkrieg möglicherweise ebenfalls verhindert worden. Aber den englischen Militaristen war die Aufrüstung Deutschlands ein Dorn im Auge, speziell der Schiffsbau in Deutschland wurde argwöhnisch beobachtet.
Die maritime Überlegenheit Englands schien durch Deutschland gefährdet zu sein. Von vielen Historikern wurde dieser Umstand sogar als Hauptgrund für den Ersten Weltkrieg genannt. Die Briten fürchteten jedenfalls um ihre Vorherrschaft zur See. ...
Was also die Kriegsschuldfrage angeht, so urteilen die meisten Historiker heute so:
"Man braucht keinem historischen Fatalismus zu huldigen, um zu sehen, wie sehr die Zeit auf den Krieg hindrängte und wie gering die Spanne der Entscheidungsfreiheit die beteiligten Staatsmänner war. Lag es am Ungeschick der Beteiligten? Keiner der Verantwortlichen war ein Staatsmann von großem Format ..."
Andere urteilten noch deutlicher: Niemand habe wirklich den Krieg gewollt, alle Staatsmänner seien gewissermaßen in ihn hineingestolpert. Keiner habe den Ersten Weltkrieg gewünscht, aber es sei nicht hart genug daran gearbeitet worden, ihn zu verhindern, er habe geradezu aus Versehen stattgefunden ...
Am Schluß einigten sich die Historiker wieder einmal darauf, daß "die Zeit" für diesen Krieg reif gewesen sei. Die Luft habe geknistert, Europa hätte einem Pulverfaß geglichen, das so oder so früher oder später in die Luft geflogen wäre. ...<<
Herbert Ludwig berichtet später (am 27. Juni 2019) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Kriegsschuld der Deutschen (x940/…): >>**Versailles 1919 - Die Unterwerfung Deutschlands unter das Kriegsschuld-Diktat**
Am 28. Juni 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem die Vertreter Deutschlands erpreßt wurden, das Versailler Diktat zu unterzeichnen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu akzeptieren - ein folgenschweres Ereignis, das die weitere äußere und innere Zerstörung Mitteleuropas bis heute bestimmt hat. Um so wichtiger ist es, die wahren Kriegstreiber aufzuzeigen, wie sie heute nachgewiesen werden können. Der Deutsch-Franzose Cyril Moog stellt aufgrund der Forschungen schottischer Historiker übersichtlich das Netzwerk dar, das gegen Mitteleuropa geknüpft wurde (Herbert Ludwig).
Ein Gastbeitrag von Cyril Moog
*"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."*
So lautet der Artikel 231 des "Friedensvertrages" von Versailles, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles unterzeichnen mußte, um nicht zu riskieren, daß

Deutschland besetzt und die britische Seeblockade, die zu Hunderttausenden von zivilen Toten in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch in neutralen Staaten wie Dänemark führte, weiterhin aufrecht erhalten werden würde.
Dagegen vertritt der australische Historiker Christopher Clark die These, daß die "Schuld" für den Ersten Weltkrieg keineswegs bei einem einzigen Akteur zu finden sei. Vielmehr sieht er die Ursache in einer verhängnisvollen Kette von Entscheidungen verschiedener Akteure, die zum Krieg geführt haben sollen.
Mit seinem Titel *The Sleepwalkers* (deutsch: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, 2012) greift Clark das scheinbar versöhnliche Diktum des ehemaligen britischen Premiers David Lloyd George aus den 1920er Jahren auf, demzufolge keine der europäischen Mächte den großen Krieg wirklich gewollt habe. Vielmehr seien sie alle mehr oder weniger schlafwandelnd blind in die Katastrophe "hineingeschlittert".
Was, wenn es einen solchen Kriegswunsch eben doch gegeben hat? Was, wenn der Krieg erwünscht und von langer Hand geplant gewesen ist - allerdings nicht von deutscher Seite? In ihrem 2013 erschienenen Buch *Hidden History: The Secret Origins of the First World War* offenbaren Gerry Docherty und Jim Macgregor, wie unser Bild von den damaligen Ereignissen in einem ganzen Netz vorsätzlicher Lügen besteht, das die damaligen Siegermächte sorgfältig gestrickt haben, damit es sich tief in der Psyche festsetzt.
Die beiden schottischen Historiker stützen sich dabei auf Fakten und Indizien, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ans Tageslicht gekommen sind: Tatsächlich habe nicht Deutschland den Ersten Weltkrieg zu verantworten, sondern ein einflußreicher Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Krieges die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt habe.

**Am Anfang war die Angst**

Die bislang weitgehend unbekannte Geschichte, wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, beginnt mit der Angst: der gemeinsamen Furcht einiger Angehöriger der englischen Oberschicht, daß eine Wachablösung anstehen würde, sollte nicht sehr bald etwas äußerst Radikales geschehen. Deutschland war drauf und dran, in wichtigen Bereichen wie Technik und Forschung, Industrie und Handel an England vorbeizuziehen.
Daraufhin wurde im Jahr 1891 in London von Mitgliedern der englischen Herrscherklasse eine Geheimgesellschaft gegründet, deren Ziel nichts Geringeres als die Weltherrschaft war. Zu diesem Zweck sollte das *British Empire* reformiert und auch die engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA erneuert werden. *"Im innersten Kreis des von Cecil Rhodes gegründeten und finanzierten Geheimbundes stand eine handverlesene Gruppe von Männern, die heimlich die britische Kolonial- und Außenpolitik kontrollierte."*
Dazu gehörten William T. Stead, einer der einflußreichsten Journalisten seiner Zeit, und Lord Esher, der in den letzten Regierungsjahren Queen Victorias die Interessen des Königshauses vertrat und sowohl unter König Edward VII. als auch unter König George V. die imperiale Politik steuerte. Die Gesellschaft konnte zudem auf den großen Einfluß zurückgreifen, den die Familien Salisbury und Rosebury schon seit Langem in der britischen Politik innehatten. Auch King Edward VII. und die dem britischen Establishment sehr nahestehende internationale Bankiersfamilie der Rothschilds konnte miteingebunden werden. …

**Südafrika**

Mithilfe massiver Investitionen seitens der Familie Rothschild war Cecil Rhodes in der Lage, mit Gold und Diamanten in Südafrika ein enormes Vermögen anzuhäufen. Hinzu kam, daß die Krone ihm die Erlaubnis erteilte, die *British South Africa Company* zu gründen, durch die er in den Genuß einer eigenen privaten Polizei und einer Armee kam, mit deren Hilfe den Eingeborenen auf brutale Weise mehr und mehr Land abgenommen wurde.
Als der Geheimbund um Rhodes den Entschluß gefaßt hatte, sich das Transvaal-Gold zu si-

chern, wurde ein unausgegorener Plan für eine Invasion entwickelt, die dann auf peinliche Weise scheiterte. Daraufhin übernahm Alfred Milner, ein enger Vertrauter von Cecil Rhodes, die Leitung. Es gelang ihm, zum Hochkommissar der Kapkolonie ernannt zu werden, nur um anschließend einen erneuten Krieg gegen die Buren vom Zaun zu brechen.
Während der Kampfhandlungen wurden den Briten jedoch mehrere schwere Niederlagen zugefügt. *"Das britische Heer brauchte nicht lange, um eindrucksvoll zu beweisen, daß es für den Krieg in Südafrika nicht geeignet war."*
Das Blatt wendete sich erst am Anfang des Jahres 1900, nachdem Feldmarschall Lord Roberts und dessen Stabschef General Lord Kitchener mit 60.000 Mann Verstärkung in Südafrika eingetroffen waren.
Als die Buren zu einem für die Briten äußerst verlustreichen Guerillakrieg übergingen, wandte Kitchener eine Strategie der "verbrannten Erde" an: Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und an die 120.000 Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in von Alfred Milner abgesegnete Konzentrationslagern interniert. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen starben 26.000 Frauen und Kinder an Hunger und Krankheiten.
1905 kehrte Milner dann nach Großbritannien zurück, von wo er das nächste Ziel besser anvisieren konnte: das deutsche Kaiserreich.

**Deutschland wird ins Visier genommen**

Deutschlands wirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Aufstieg wertete die Geheime Soziopathen-Elite um Alfred Milner - Cecil Rhodes war bereits im Jahr 1902 verstorben - als direkte Bedrohung für ihre Weltherrschaftspläne. Zunächst würde man Verbündete für den Waffengang gewinnen müssen, die marode Armee mußte generalüberholt werden und auch die Royal Navy würde ihren historischen Vorsprung nicht einbüßen dürfen.
Außerdem mußte man mit propagandistischen Methoden auch die Öffentlichkeit auf deutschfeindlichen Kurs bringen. König Edward VII., seit 1874 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Protektor der britischen Freimaurerei, ließ sich in die Pläne einbinden und wurde zum Architekten der *Entente Cordiale*, Lord Esher zum Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen, die Armee zu modernisieren.

**Marokko - der erste Versuch**

In der bereits 1904 von London und Paris unterzeichneten *Entente Cordiale* wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs an Marokko bekräftigt. Als Frankreich dazu ermutigt wurde, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen, um Deutschland damit zum Krieg anzustacheln, schlug Kaiser Wilhelm II. jedoch vor, das Thema einfach auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären. Unterdessen lehnte das französische Parlament die Kriegstreiberei des französischen Außenministers Théophile Delcassé ab, der die volle Rückendeckung durch König Edward VII. genoß, und zwang ihn zum Rücktritt. Die Geheime Elite erkannte, daß man die französische Regierung erst noch viel gründlicher würde korrumpieren müsse.

**Ein weiterer Verbündeter - das Zarenreich**

Auch das Zarenreich sollte zu einem Bündnispartner gegen Deutschland gemacht werden. Mit Hilfe des russischen Außenministers Alexander Iswolski, der von der Geheimen Elite finanziert wurde und fortan einen Bündniskurs mit Großbritannien verfolgte, wurde 1907 ein Abkommen unterzeichnet, das Streitfragen zwischen den beiden Mächten in Afghanistan, Persien und Tibet löste.
Um Rußland schließlich in die *Entente Cordiale* einzubinden, wurde King Edward VII. 1908 nach Reval entsendet, wo er sich mit dem Zaren traf. Edward ließ sich zu dem Treffen von seinen Beratern aus der Geheimen Elite und Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence* begleiten, der Zar vor allem von Außenminister Alexander Iswolski, der nicht damit aufhörte, die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn aufzustacheln. Die Bewegung

für ein Groß-Serbien wurde dabei ermutigt, ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf spätere Einsätze vorzubereiten.

**Eine neue Regierung in England**

Noch während sich die Regierungszeit der Konservativen dem Ende näherte, hatten die Konservativen unter Balfour und Landsowne einen geheimen Unterausschuß ins Leben gerufen: das *Committee of Imperial Defence*. Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Das Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen? Als schließlich ein Regierungswechsel anstand, konnte die geheime Elite H. H. Asquith zum Premierminister machen, Richard Haldane zum Kriegsminister und Edward Grey zum Außenminister, so daß die Außenpolitik nahtlos fortgesetzt werden konnte.

Alle drei waren enge Freunde und Bewunderer Alfred Milners, mit dem sie regelmäßig in Kontakt standen. Sämtliche Informationen zu ihren Aktivitäten verheimlichten sie vor dem liberalen Kabinett, um in aller Ruhe weiter auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich zuzusteuern. Während Außenminister Grey die Pläne für den Krieg weiter vorantrieb, gab Kriegsminister Haldane der Armee eine neue Struktur. Admiral Sir John Fisher wiederum verpaßte der Flotte eine radikale Modernisierung: die Kriegsschiffe sollten fortan mit Öl befeuert werden. Später übernahm Winston Churchill diese Aufgabe.

**Die Reihen schließen sich**

Die Geheime Elite wollte in der Öffentlichkeit das Gefühl vermitteln, daß Deutschlands Flottenbauaktivitäten eine Bedrohung für Großbritannien darstellten. Zu diesem Zweck förderte Lord Northcliffe in seinen Blättern ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England, ebenso über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Währenddessen wurden überall im Empire Ableger der Geheimgesellschaft gegründet, um die "Dominions" stärker zu einer Einheit zu verschmelzen und auf den Krieg vorzubereiten; auch die USA sollten stärker eingebunden werden.

Schon Cecil Rhodes hatte erkannt, daß die USA eine zentrale Rolle würden spielen müssen, wenn man eine Welt anstrebe, die von der "angelsächsischen Rasse" dominiert werden solle. In den USA sammelte sich die wirtschaftliche Macht immer stärker in einigen New Yorker Familiendynastien, darunter die Häuser Morgan und Rockefeller.

Auch die Rothschilds waren eng mit Morgan sowie mit anderen aufstrebenden Kreditinstituten wie etwa Kuhn, Loeb & Co., Jacob Schiff und Paul Warburg verbunden. Der Geldadel in den USA wirkte massiv auf die Präsidentschaftswahlen von 1912 ein, damit seine Marionette Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde. Wilson ermöglichte anschließend die Gründung des Federal Reserve Systems im Jahre 1913, das US-amerikanische Zentralbankensystem, mit dem maßgeblich der Erste Weltkrieg finanziert werden konnte.

**Der zweite Versuch - Fes und Agadir**

1911 wurden Gerüchte einer Rebellion in Fes gestreut. Daraufhin setzte Frankreich ein großes Truppenkontingent in Marsch, das sich dann als Besetzungsarmee entpuppte. Deutschland protestierte lediglich, indem es ein kleines Kanonenboot nach Agadir entsandte. Dies wurde allerdings von der Geheimen Elite maßlos übertrieben: Man behauptete, Deutschland wolle in Agadir einen Marinestützpunkt errichten und von dort aus die Seefahrtswege bedrohen.

In Frankreich selbst widersetzte sich der neu gewählte Ministerpräsident Joseph Caillaux den Kriegshetzern und nahm Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf. Erneut also gingen die Deutschen nicht in die Falle und handelten schon wieder eine diplomatische Lösung aus. Die Geheime Elite würde die vollständige Kontrolle über die französische Regierung übernehmen müssen.

In ganz Europa, in Großbritannien und im Empire suchte sich die Geheime Elite Politiker und Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. In Paris setzte sie Alexander Iswolski, inzwischen russischer Botschafter in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Mini-

sterpräsidenten Caillaux zu schwächen, und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen, einen überzeugten Revanchisten.
Unter Poincaré verwandelte sich das französisch-russische Bündnis von einem Verteidigungsabkommen hin zum Kriegsabkommen. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden: Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, daß Rußland sein Militär ausbaue und das Eisenbahnnetz so modernisiere, daß sich die Truppen schneller gegen Deutschland in Stellung bringen lassen könnten. Die Rothschild-Häuser in London und Paris arbeiteten Hand in Hand daran, Rußland über verschlungene Kanäle mit dem notwendigen Kapital zu versorgen.

**Pulverfaß Balkan**

Als das Jahr 1912 anbrach, war es der Geheimen Elite bereits zweimal mißlungen, das Deutsche Reich zu einem Krieg anzustacheln. Marokko schien sich also dafür nicht zu eignen, so daß Agenten der Geheimen Elite die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan anfachten mit dem Ziel, die ganze Region in einen Brandherd zu verwandeln.
Die Kommandokette lief vom Foreign Office zu Iswolski in Paris, weiter zu Außenminister Sergei Dmitrijewitsch Sasonow in Rußland und schließlich zum russischen Botschafter in Belgrad Nikolaus Hartwig, der als Panslawist die expansionistischen Bestrebungen Serbiens gegen Österreich-Ungarn unterstützte.
Außenminister Sasonow meldete dem Zaren, daß sich die Briten insgeheim verpflichtet hatten, Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland zu unterstützen. Entsprechend ermutigt, taten sich die Russen mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation "Schwarze Hand" zusammen, um das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand vorzubereiten.
Als seine Ermordung gelungen war, sorgte die Geheime Elite dafür, daß sich die Morde in Sarajewo zu einer umfassenden Krise auswuchsen. Dabei erhielt Österreich-Ungarn zunächst eine Menge geheuchelter Unterstützung; auch Deutschland wurde mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebeteuerungen hinters Licht geführt.
Auf diese Weise wurde Graf Berchtold, seit 1912 österreichischer Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern, schließlich zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Mit anderen Worten: Er würde in die britische Falle tappen und Deutschland getreulich folgen. Wie bereits 1912 reiste der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré nach Sankt Petersburg und bekräftigte sein Versprechen, daß Frankreich, sollte Deutschland Österreich beistehen, an der Seite Rußlands in den Krieg ziehen würde.
Im Parlament, in der Presse und in Diplomatenkreisen wurde Deutschland unterdessen vorgelogen, daß sich die Beziehungen zu Großbritannien deutlich gebessert hätten. Dabei trieben die Agenten der Geheimen Elite ihre Vorbereitungen für die Zerstörung des Kaiserreiches immer weiter voran.
Serbiens Antwort auf Österreichs Forderungen setzte schließlich die Falle in Kraft, die man Graf Berchtold gestellt hatte. Während der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, und auch Graf Bechthold nun bereit war, "einen Schritt vom Abgrund" wegzutreten, genehmigte der Zar am 26. Juli eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Daß die Generalmobilmachung durch eine Großmacht die erste Kriegshandlung war, galt als allgemein akzeptierte Tatsache.
Am 1. August sandte der russische Botschafter Alexander Iswolski ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg: "Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe." Also fast 24 Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündet und Rußland den Krieg erklärt hatte. Um 16 Uhr gingen aus dem zentralen Telegrafenamt in Paris Telegramme mit dem

Befehl der Geheimmobilmachung ab.
Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Serbien, Österreich, Rußland, Frankreich und Großbritannien auf die eine oder andere Weise damit begonnen, ihr Militär vorzubereiten. Einzig das Deutsche Reich hatte noch nichts unternommen. Erst nachdem der Kaiser 24 Stunden lang vergeblich auf eine Antwort seiner telegrafischen Forderung gewartet hatte, Rußland solle sämtliche Truppenbewegungen entlang der Grenze einstellen, befahl er die Generalmobilmachung.
So entschloß sich das Deutsche Reich als letzte der europäischen Großmächte zu diesem unwiderruflichen Schritt, der ihm von der Entente Cordiale aufgenötigt wurde. "*Wie*", fragen Docherty und Macgregor, *"paßt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen? … Was sonst hätte Deutschland tun können? Entweder geduldig die eigene Vernichtung abwarten oder zuschlagen, um sich zu verteidigen. Damit die deutschen Streitkräfte bei einem Zweifrontenkrieg überhaupt eine Chance hatten, mußten sie blitzartig Erfolge einfahren."*

**Eine gerechte Sache**

Der britische Außenminister Edward Grey wußte mittlerweile, daß die britische Öffentlichkeit nicht zum Krieg bereit wäre, wenn Deutschland nicht klar als Aggressor hingestellt werden könnte. Also benötigte er noch unbedingt eine vermeintlich gerechte Sache, um die Briten mit in den Krieg zu reißen: Man fand sie im "tapferen kleinen Belgien", das man vor den verachtenswerten "Hunnen" beschützen müsse.
Als der deutsche Botschafter in London den Vorschlag unterbreitete, daß Belgiens Souveränität gewahrt bliebe, insofern Großbritannien dafür seine Neutralität versprechen würde, bekam er von Außenminister Grey keine aufrichtige Antwort. Statt dessen log er, daß es vorläufig nicht die geringste Absicht gebe, feindlich gegen Deutschland vorzugehen. Auf diese Weise sorgte Grey dafür, daß jedes Angebot von Frieden und Neutralität aus Berlin abgelehnt oder zurückgehalten wurde.
Gleichzeitig zeigte er sich über das deutsche Verhalten überaus empört: Angeblich habe das Kaiserreich alle Bemühungen um Einigung abgetan, um stetig auf den Krieg zuzumarschieren. Dabei wußte er nur zu gut, daß Deutschland notwendigerweise durch Belgien würde marschieren müssen, um sich gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.
Am Abend des 2. August übergab der deutsche Botschafter in Brüssel den versiegelten Brief, den Generaloberst Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, ihm vorher zur Aufbewahrung zugestellt hatte. In dem Schreiben hieß es, Deutschland habe verläßliche Informationen, daß Frankreich durch Belgien marschieren und das Kaiserreich angreifen wolle.
Deutschland sei als Reaktion darauf seinerseits gezwungen, in Belgien einzumarschieren. Wenn sich Belgien nicht in den Weg stelle, verspreche Deutschland, nach Ende des Krieges und mit Friedensbeginn das Territorium zu räumen, für alle entstandenen Schäden aufzukommen und die Lebensmittel zu bezahlen, welche von den deutschen Truppen verbraucht würden.
Sollte Belgien die deutschen Einheiten dagegen nicht widerstandslos passieren lassen, sehe Deutschland sich leider gezwungen, Belgien als Feind zu betrachten. Der belgischen Regierung wurden zwölf Stunden Zeit für eine Antwort gegeben, also bis 7 Uhr am Morgen des 3. August. König Albert I. von Belgien schickte Sir Edward Grey eine Botschaft: Belgien werde das deutsche Ansinnen ablehnen, man bitte um die Hilfe Großbritanniens.
Als nun endlich feststand, daß Deutschland die belgische Neutralität definitiv verletzen würde, ließ Außenminister Grey seine heuchlerische Maske fallen und *"machte sein Engagement für eine Sache öffentlich, die nicht benannt werden konnte - den Vernichtungskrieg, den die Geheime Elite gegen Deutschland führen wollte".*
Im Kabinett ging es nun schlagartig um die Loyalität gegenüber Belgien. Sollten die Briten

einfach tatenlos mit ansehen, wie Belgien unter die Räder kommt, wäre der Ruf des Empire auf ewig beschädigt. In Wirklichkeit hatte es bereits seit 1906 streng geheime Militärabkommen zwischen Belgien und Großbritannien gegeben: bis in die kleinsten Details hatten Briten und Belgier ihre Militärtaktik geplant und aufeinander abgestimmt.
Die Neutralität Belgiens war also nichts weiter als eine weitere Lüge, eine Täuschung, die man psychologisch sehr geschickt aufrechterhalten hatte, um die Briten vom Krieg gegen Deutschland zu überzeugen und die Deutschen als Bösewichter darstellen zu können. Nun erklärte Grey im Unterhaus, daß Großbritannien nicht tatenlos zusehen würde, sollte es zu einer Invasion Belgiens kommen, daß man Frankreich auf See unterstützen und Deutschland davon in Kenntnis setzen würde.
Am 3. August 1914 hielt Sir Edward Grey vor dem Unterhaus eine Rede, in der er noch einmal betonte, wie sehr er sich und seine Kollegen vom Foreign Office darum bemüht hätten, den Frieden in Europa zu bewahren. Er sprach vom furchtbarsten Verbrechen, das je die Seiten der Geschichtsbücher besudelte, dann eilte er aus dem Parlament, um Deutschland das schicksalhafte Ultimatum zu stellen - wohlwissend, daß die Besetzung Belgiens bereits im Gange war, die zentrale britische Forderung also nicht mehr zu erfüllen war. "Das Ultimatum war somit im Grunde eine Kriegserklärung."
Dann unterschrieb König George V. am Abend des 4. August 1914 im Buckingham Palace die offizielle Kriegserklärung. So bekam die Geheime Elite endlich ihren Krieg gegen Deutschland, den sie seit so vielen Jahren angestrebt und geplant hatte. Kaum begonnen, wurde das Kaiserreich auch schon propagandistisch mit Schuld überhäuft.
Vier Jahre später, am 11. November 1918, wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, in dem Eisenbahnwagon von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet.
*Der Vertrag besagte, der deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Großbritannien, Frankreich und Rußland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Deutschland habe sich der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet, schuldig gemacht. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - Universitäten, Presse, Kirchenkanzeln und dem gesamten Staatsapparat - trug die Geheime Elite diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte."*
Gleichzeitig mußte die tatsächliche Verantwortung der britischen Elite für den Krieg vertuscht werden: die wahren Hintergründe sollte auch die Nachwelt niemals erfahren.
Tatsächlich waren diese Leute auch in der Lage, die für sie relevante Geschichtsschreibung zu kontrollieren - und zwar *"von der kleinsten Dorfschule bis hinauf zu den Elfenbeintürmen der akademischen Welt"*. Regierungsunterlagen wurden sorgfältig darauf überprüft, ob sie in die offizielle Version der Geschichte des Ersten Weltkrieges einfließen durften oder nicht. Potentiell belastende Unterlagen wurden verbrannt, aus den offiziellen Registern getilgt, vernichtet, gefälscht oder umgeschrieben.

**Geschichte als Immunsystem**

Wir können davon ausgehen, daß eine solche Betrachtung der Geschichte - ganz besonders, wenn es sich nun um die wahre Beschreibung historischer Tatsachen handelt - auch heute noch politisch mehr als unerwünscht ist; mit anderen Worten: "volkspädagogisch wertlos", weil eine solche Geschichte wohl nicht dazu beiträgt, die Deutschen "in Schach zu halten". Viele Menschen im In- und Ausland scheinen immer noch eine tief verankerte Angst davor zu haben, daß die Deutschen - sobald sie keine Schuld, oder auch nur weniger Schuld und Gewissensbisse verspürten, jene mörderische Bestie in sich wieder aufsteigen lassen könnten, die für einen Großteil der Greuel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.

Dabei sollte man nicht vergessen, daß gerade die offensichtlich ungerechtfertigte Schuldzuweisung in Bezug auf den Ersten Weltkrieg selbst nicht ganz unverantwortlich war am Erstarken des Nationalsozialismus. Schließlich diente sie als Rechtfertigung für die Kriegsreparationen, die von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet wurden, um gegen die Weimarer Republik, um gegen Freiheit, Demokratie, ja gegen das sogenannte "internationale Judentum" zu wettern.
Selbst die Bundesrepublik wurde noch in die Pflicht genommen und mußte bis etwa 1983 14 Mrd. DM an Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg zurückzahlen. Eine stolze Summe, wenn man davon ausgeht, daß die Schuldzuweisungen auf Lügen beruhten. Hinzu kamen Zinsen in einer Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich ab dem 3. Oktober 1990 wieder fällig wurden, und schließlich am 3. Oktober 2010 getilgt wurden. Wichtiger ist jedoch die Frage, welche Wirkung dieses Schuldbewußtsein im Bereich des Seelisch-Geistigen hat.
Wenn es nun wirklich so ist, daß im deutschen Volk - im Sinne einer "*historisch gewachsenen Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen"*, wenn in dieser deutschen Kulturgemeinschaft "*das tiefe Streben veranlagt ist, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen und die Erkenntnis auf die hinter der Oberfläche wirkenden geistigen Kräfte zu erweitern, die den Erscheinungen zugrunde liegen*", daß "der Deutsche", wie Friedrich Hebbel 1860 schrieb, "*alle Eigenschaften hat, sich den Himmel zu erwerben"*, so kann man sich fragen, welche Folgen dieses Schuldbewußtsein für das Streben nach den geistigen Quellen des Daseins haben könnte.
Könnte es nicht sein, daß die Deutschen vor der eigenen inwendigen Hölle eine solche Angst haben, daß sie wie programmiert davor zurückschrecken, nach den Sternen zu greifen?
Womöglich wirkt das deutsche Schuldbewußtsein, das mit einer Dämonisierung der deutschen Kultur einhergeht, in allen seinen Facetten wie eine Art geistiges Immunsystem.
Betrachtet man nun all die Geschehnisse, die zu den zwei Weltkriegen geführt haben, aus einer geistigen Perspektive, dann können diese Weltkriege als diabolische Inszenierungen erscheinen, die u.a. auch dazu geführt haben, daß die Deutschen so sehr an sich selbst verzweifeln, daß sie keinen Gebrauch mehr von ihren spirituellen Eigenschaften machen, daß ihr Streben, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen, aufgeben, um sich nur noch rein weltlichen Dingen zu widmen.
Möge der Tag kommen, da die Deutschen und alle, die mit der deutschen Kultur auf die eine oder andere Weise verbunden sind, bei klarem Wissen um die grauenhaften Taten der Nationalsozialisten - Taten, die tatsächlich auch im Namen des deutschen Volkes begangen wurden - zurückfinden zu den lichten Quellen ihrer eigenen Kultur.
… Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in "Der Europäer" Februar 2019.
Von Cyril Moog ist ein neuer Roman erschienen: *Der neue Mensch - 1917-1923 …<<*

**Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges**

Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg verlor Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung an Nordamerika. Die meisten europäischen Länder verarmten durch den Ersten Weltkrieg. England und Frankreich waren ebenfalls hochverschuldet und kämpften vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung, obwohl Frankreich Syrien und den Libanon erhielt und England die wichtigsten Ölquellen (außer Saudi-Arabien: dort gingen die Nordamerikaner auf Ölsuche) im Nahen Osten ausbeuten durfte.
Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner der traditionellen europäischen Kapitalexportländer (Deutsches Reich, Frankreich und England) waren, entwickelten sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger." Nach den "Friedensverträgen" trieb Nordamerika die britischen und französischen Kriegs-

schulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen mußte.
Durch die konsequente Eintreibung der Kriegsschulden (nur Sowjet-Rußland lehnte alle Schuldentilgungen erfolgreich ab) übernahmen die Vereinigten Staaten von Amerika schon bald den größten Teil der Weltgold-Vorräte ("Bankier der Welt"). Das finanzielle Zentrum der Welt verlagerte sich von London nach New York. Europa verlor danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickelten und bis 1937 (japanisch-chinesischer Krieg) strikt an der US-Isolationspolitik festhielten.
In den Nachkriegsjahren stieg die industrielle Produktion in Nordamerika und Japan von 1913-29 um 100 %, während die europäischen Volkswirtschaften regelrecht gelähmt reagierten und nur noch 50 % der bisher produzierten Fertigwaren herstellten. Die US-Wirtschaft exportierte danach jahrelang riesige Warenmengen, ohne entsprechende Handelsgüter zu importieren. Von 1919-39 steigerte Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (x057/202-203,210): >>England erzielte eine große Bereicherung seines Kolonialbesitzes in Afrika (Kap bis Kairo) und Ostasien (Verbindung mit Indien). Aber überall in seinen Kolonien regten sich Selbständigkeitsbestrebungen. Anstelle des deutschen Wettbewerbs in Industrie und Handel waren die bedeutend mächtigeren Vereinigten Staaten getreten, die durch ihre Anleihepolitik zum Gläubigerstaat ganz Europas geworden waren und den Schwerpunkt der Hochfinanz von London nach New York gezogen hatten.
Frankreich hatte gehofft, in Versailles seine alten Ziele gegen Deutschland durchzusetzen: das ganze Rheinland, das Saargebiet und womöglich die Auflösung Deutschlands. Aber der Versailler Vertrag erfüllte seine Wünsche nicht, infolge des Widerspruchs seiner Verbündeten. Doch erreichte es durch den Erwerb Elsaß-Lothringens und durch Vergrößerung seines Kolonialreiches einen großen Gebietszuwachs.
Gestützt auf die deutsche Ohnmacht und ein enges Bündnis mit den Randstaaten im Osten Deutschlands (Polen, Kleine Entente), gewann Frankreich eine europäische Machtstellung. Diese war aber durch das britische und amerikanische Weltreich bedroht, und deshalb suchte Frankreich seine politische Macht besonders Deutschland gegenüber zu verankern. ...<<
>>... Die USA erlebten nach dem großen Krieg zunächst einen ungeheuren Aufschwung der Technik und Wirtschaft, von dem Bestreben geleitet, Absatzgebiete für die gewaltige Produktion zu finden. Tatsächlich wurde ein großer Teil der Weltproduktion von den Vereinigten Staaten gedeckt (Öl, Eisen, Stahl, Kohlen, Maschinen). Überall war man zu einer rationellen Serienproduktion übergegangen (Kraftfahrzeuge, Film, Radio), die in fast allen Teilen der Welt Nachahmung fand (Amerikanisierung der Wirtschaft und Technik). ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den größten Gewinner des Ersten Weltkrieges (x068/170-172, 200-202): >>... Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn stecken die USA in einer wirtschaftlichen Rezession, die in eine größere Krise auszuarten droht. Ein Streik von 150.000 Textilarbeitern in New York City im Januar 1913 dauert Monate und greift nach Boston über. ... Im September desselben Jahres beginnen auch Bergleute in Colorado einen Arbeitskampf, der 16 Monate anhält ...
Alle bedrohlichen, seit der industriellen Revolution ohnedies stets wiederkehrenden Schwierigkeiten aber löst der große europäische Krieg. Zunächst zwar bestürzt die US-Exporteure der mögliche Verlust ihrer Überseemärkte. Doch rasch beruhigen, ja berauschen sie die Einkäufe der Europäer, die kaum glaubhaft in die Höhe schnellen.
Das große Blutvergießen beschert den Yankees einen ungeahnten monetären Aufschwung, Aufträge über Aufträge, ein gigantisches Geschäft, zumal sie nahezu ihr gesamtes ökonomisches Potential für den Krieg mobilisieren und der Arbeiter nun fest zum Fabrikanten steht, im

Schweiße seines Angesichtes dessen Konten füllt, ja die "unions" jetzt sogar, gegen Anerkennung des Achtstundentages, auf das Streikrecht verzichten.
Während sich die Europäer zerfleischen, reibt man sich in den USA die Hände über den buchstäblich ungeheuren Nachfrageschub, wobei zuerst die Metall-, dann die chemische Industrie (anstelle der deutschen) profitieren. Und da der Krieg immer mehr mechanisiert, industrialisiert wird, da man 1918 auch die Feindaufklärung und Feindverfolgung mit Flugzeugen und Tanks betreibt statt, wie bisher mit Pferden, mit Kavallerie, steigt der Bedarf an Material aller Art enorm. Ja, die USA sind derart dem großen Kriegsgewinn ergeben, daß ihr schließlicher Eintritt in das Gemetzel weder militärisch noch technisch recht vorbereitet ist. Und dann werden sie mit Aufträgen ihrer eigenen Streitmacht zusätzlich überschwemmt.
Die Zahl der Werften beispielsweise steigt allein in den beiden letzten Kriegsjahren von 61 auf 314 ... US-Reedereien, die im Ersten Weltkrieg für ihre Regierung produzierten, machten 90 % Gewinn.
Nun erzeugten die USA aber nicht nur Kriegsausrüstung, lieferten sie nicht nur Waffen nach Europa, sondern auch Nahrung. Wer schießen, wer erschießen, wer sogar erschossen werden soll, muß erst satt gemacht werden. So gingen von 1914 bis 1924 nicht weniger als 8,42 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nach Frankreich, und zwar 1918 doppelt soviel wie 1914, und dies trotz schlechter Ernte. Der Getreidepreis verdreifachte sich in den ersten 5 Jahren, der Baumwollpreis vervierfachte sich.
Der Exportüberschuß verdoppelte sich von Kriegsjahr zu Kriegsjahr und erreichte 1917 (über den Import) 3,5 Milliarden Dollar. Und da die alliierten Gold- und Devisenreserven gefährlich schrumpften, da Briten und Franzosen, obwohl sie ihre vielen US-Wertpapiere so schnell wie möglich verkauften, ... um Bargeld zu haben, da eben dies Bargeld trotz allem ausging, mußten sie Schulden machen, gaben ihnen amerikanische Banken Kredite zur Finanzierung der Kriegsaufträge – bis zum Frühjahr 1917 bereits 2,3 Milliarden Dollar. ... Natürlich waren gerade diese (New Yorker) Banken 1917 an einem Sieg der Alliierten äußerst interessiert.
Nun vergrößerten aber nicht nur die Lieferungen an Waffen, Ausrüstung, Nahrung für die Entente den Reichtum der USA, auch die neutralen Länder tätigten ihre Einkäufe bei den Vereinigten Staaten. Insbesondere kamen noch jene früher vorwiegend von deutschen und britischen Firmen belieferten Exportmärkte hinzu, die während des Krieges durch den Ausfall der europäischen Mächte den USA zufielen. ...
Die Gesamtproduktion der USA wächst so während des Ersten Weltkrieges um 15 Prozent, der Export steigt um das Dreifache, der Exportüberschuß um das Achtfache. ...
Zwischen 1900 und 1920 verzehnfacht sich beinah – vor allem infolge des Ersten Weltkrieges – das Budget der US-Regierung. ... Das "Volkseinkommen" wächst in diesem Zeitraum von 28 auf mehr als 61 Milliarden Dollar, es schnellt allein in den Jahren, in denen Europa sich zu Tode windet, auf fast das Doppelte – "ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen" (William H. McNeill). ...<<
>>... Obwohl die USA als maßgebliche Weltmacht aus dem Krieg hervorgehen, haben sie während des ganzen folgenden Jahrzehnts kaum weltpolitische Ambitionen. Der Isolationismus herrscht vor, der Protektionismus. Man erhöht zugunsten der Industrie kräftig die Zolltarife und begrenzt die Einwanderung. Man sucht weder mit dem Völkerbund noch mit der Sowjetunion Kontakte. Ja, der neue Präsident Harding versichert bei seiner Amtseinführung, die USA wollten "keinen Anteil an der Lenkung der Geschicke der Welt ..."
Das Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg, "the Roaring Twenties", war in den USA einerseits eine Zeit der satten Selbstzufriedenheit und kruden Prosperität. Subventionen überschwemmten die heimische Wirtschaft. Die Banken florierten, gewährten Kredite, "liberty bonds". Spekulationen begannen, die Preise stiegen steil, und die Verteuerung traf natürlich am härtesten die Arbeiter und die Armen. Andererseits waren diese Jahre, bedingt teils durch Umstellungs-

probleme der Friedenswirtschaft, teils durch das Wachstum, die Verschlingungssucht geradezu der Konzerne, eine Epoche der Arbeitskämpfe, der Arbeitslosigkeit, der Preistreibereien und Korruptionsskandale. Die Werftarbeiter, die Stahlarbeiter, die Kohlenkumpel streikten noch 1919. Denn die Kriegsgewinne hatte natürlich nur eine verschwindend kleine Schicht gemacht - 1914 gab es 4.500 Dollar-Millionäre in den USA, 1920 waren es 11.000 -, die Masse besaß so wenig wie vor dem Krieg.
Der Wirtschaft aber ging es - einige weniger begünstigte Zweige (Textilindustrie, Kohlebergbau, Schiffbau) beiseite - glänzend. In den meisten Geschäftsbereichen herrschte Konjunktur, auch in den Banken, Versicherungen, Warenhausgesellschaften. Die Industrieproduktion verdoppelte sich fast zwischen 1921 und 1929 - alles andere als wunderbar.
Während des vierjährigen Blutbads in Europa hatte man enorm verdient, doppelt verdient sozusagen, ganz legal und illegal dazu, hatte das US-Kriegsministerium doch 18.501.117.899 Dollar für Rüstungsaufträge gezahlt und war dabei auch noch um sechs Milliarden von der US-Geschäftswelt geprellt worden. Im Prozeß aber, der vier Jahre dauerte, gingen alle Angeklagten straffrei aus. Steckten ja die größten Firmen mit in dem Riesenbetrug. Und so mokierte sich Senator George W. Norris: "Warum bringen wir eigentlich kein Gesetz heraus, wonach jeder, der über mehr als hundert Millionen Dollar verfügt, nicht verurteilt werden kann?
Doch der Staat hatte längst nicht mehr die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft den Staat in der Hand, was vieles zeigt, nicht nur die Ohnmacht der Justiz. Obwohl zum Beispiel die behördliche Lenkung der Wirtschaft, eine Art Staatssozialismus, während des Krieges florierte, wollten die maßgeblichen Industriekreise nun nichts mehr davon wissen. Vergebens versuchte der Präsident, das War Industry Board als Industrial Board beizubehalten.
Die Herren, die so selbstlos für einen Dollar pro Jahr im Kriegsindustrieamt die Millionen und Milliarden verteilt hatten, wollten nun keine Wirtschaftskontrolle mehr. Sie wollten zu Hause wieder auf die alte Weise wirtschaften. Und das taten sich auch: der Präsident mußte klein beigeben. ...<<
Der US-Schriftsteller Richard K. Moore berichtet am 2. Februar 2009 in seinem Artikel "A brief history of the New World Order" ("Eine kurze Geschichte der Neuen Weltordnung") über das NWO-Projekt Erster und Zweiter Weltkrieg (x337/117,148-149): >>Der Erste Weltkrieg war das epochale Ereignis, das ein feststellbares Programm zur Errichtung einer neuen Weltordnung einer einzigen globalen Hierarchie … unter der Kontrolle der Finanzierselite in Gang gesetzt hat. …
Großbritannien war nicht mehr die offensichtlich erste Wahl als Grundlage für eine solche globale Machtergreifung. Daher wurde die Entscheidung gefällt, die Hegemonie von London nach Washington zu verlagern. Der Erste Weltkrieg brachte den Aufbau Amerikas als Weltmacht. … Während sich Europäer und Briten millionenfach abschlachteten, erlebten die Amerikaner die Aufbruchzeiten, die zu den Goldenen Zwanziger Jahren führten. … Die Verbündeten wurden mit astronomischen Schulden beim amerikanischen Finanzministerium und der Bankenelite belastet. …
Man kann sagen, Amerika hat den Ersten Weltkrieg gewonnen, und ganz Europa hat ihn verloren - und zwar in großem Umfang. Die Europäer waren verpflichtet, Amerika gewaltige Summen für das Privileg zu zahlen, sich gegenseitig verwüstet zu haben. …
Großbritannien hat eine Zeit lang den Kampf um Europa gewonnen. Amerika hat auf lange Zeit den Kampf um die stärkste Nation der Welt für sich entschieden - doch war es die Bankenelite, die den Krieg um die Gestaltungsmacht des künftigen Kurses der Weltpolitik gewonnen hat. …<<
>>… Der Erste Weltkrieg war ein so erfolgreiches Projekt, daß sofort die Planung für eine noch größere Fortsetzung einsetzte - ein weiterer großer Schritt in Richtung auf eine neue Weltordnung. …

Hitler war ein Projekt der angloamerikanischen Bankiers. Seine charismatische Brillanz war früh erkannt worden … und mit Investitionen in die deutsche Wiederaufrüstung wurden immense Gewinne gemacht. …
Das Projekt Zweiter Weltkrieg erreichte alle seine Ziele auf bewundernswerte Weise. Während sie nur verhalten kämpften und - im Vergleich zu den anderen großen Kriegsparteien - nur vernachlässigbare Verluste erlitten, gingen die USA mit einer intakten Infrastruktur, 40 % des Reichtums und der Industriekapazität der Welt, der Kontrolle über die sieben Weltmeere, einem Monopol auf Atomwaffen, strategischen Stützpunkten in den Öl-Scheichtümern des Nahen Ostens und mit der allgemein verbreiteten Anerkennung als heroischer Vorkämpfer der Demokratie aus dem Krieg hervor.
Ganz von allein richteten sich die Augen der Welt auf Washington als Führung bei der Gestaltung der Nachkriegswelt.
Und Amerika hatte bereits einen fertigen Entwurf vorliegen. Die Bankiers hatten einen Ausschuß ausgewählt, das Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen), und ihn ins Weiße Haus hinübergeschickt, um die Architektur für die Nachkriegszeit zu entwerfen. Man hatte sich Amerika als hegemoniale Operationsbasis gesichert, die für diese Rolle geeigneter war als Großbritannien, und es war an der Zeit, sich an die nächste Phase im Projekt Neue Weltordnung zu machen.
So wurden sofort nach dem Kriegsende die Bretton-Woods-Institutionen der Globalisten - UNO, IWF und Weltbank - ins Leben gerufen, die ersten Grundsteine für eine mögliche Eine-Welt-Regierung.<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtet später (am 26. Mai 2015): >>**Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen**
Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. …
Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.
Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten. …
Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensordnung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.
Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab. …
Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dynamik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien …<<
Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet später (am 9. Januar 2020) über die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland seit dem 19. Jahrhundert (x1.114/…): >>**Die Zerstörung Deutschlands - Wie es den führenden Briten gelang, die Deutschen für sie kämpfen zu lassen**
Ein Gastbeitrag von *Angelika Eberl*
"Menschlichkeit, Friede und Freiheit ist immer ihr Vorwand … In Wahrheit aber schrieben die Times und die Königin im Interesse von England, das mit dem unsern nichts gemein hat.

Das Interesse Englands ist, daß das Deutsche Reich mit Rußland schlecht steht, unser Interesse, daß wir mit ihm so gut stehen, als es der Sachlage nach möglich ist."
Otto von Bismarck, 7. April 1888
Das deutsche Volk ist umgeben von zahlreichen Nachbarvölkern. Ein deutscher Staat in der Mitte Europas hat somit das fundamentale Interesse, mit seinen Nachbarstaaten ein gutes Verhältnis zu pflegen, bis hin zu freundschaftlichen Bündnis-Beziehungen - auch und vor allem mit dem größten Nachbarn Rußland. Doch vor einem solchen freundschaftlichen Bündnis zwischen Deutschland und Rußland hatte bereit 1904 der britische Geograph und Geostratege Sir Halford Mackinder die Eliten Englands gewarnt.
Er sagte vor der Königlich Geographischen Gesellschaft:
"Die Neuordnung des Gleichgewichts der Kräfte zugunsten des Drehpunktstaates (damit ist Rußland gemeint. A. E.), die seine Expansion über die am Rande gelegenen Staaten Eurasiens zur Folge hätte, würde den Einsatz seiner ungeheuren kontinentalen Ressourcen zum Flottenbau ermöglichen und ein Weltimperium hervorbringen. Dazu könnte es beispielsweise kommen, sollte Deutschland ein Bündnis mit Rußland eingehen."
Keine andere Menschengruppe erscheint so geschickt in Diplomatie und Politik, wie die britische politische Oberschicht. Nicht von ungefähr hatte sie sich ein Weltreich erobert: das British Empire. In Bezug auf Europa bestand ihre Strategie stets darin, dafür zu sorgen, daß kein übermächtiger Hegemon auf dem Kontinent entstehe. Großbritannien verbündete sich in einem solchen Fall mit den Zweitstärksten, um den allzu mächtig werdenden Staat einzudämmen. "Balance of Power" nannte man diese Politik - und sie ermöglichte ihnen die weitgehend ungestörte Eroberung ihrer Kolonien. Sie waren "Schachspieler" - sie spielten mit Staaten, als ob sie Spielfiguren wären.
Gegenüber dem Geschick der britischen politischen Führenden waren und sind die Deutschen und ihre politischen Eliten ein sehr unpolitisches Volk, bei dem die Begabung des strategischen Denkens nur bei sehr wenigen entwickelt zu sein scheint. Durch eine gewisse Leichtgläubigkeit, die annimmt, daß, das was gesagt wird, auch tatsächlich so gemeint sei und durch eine gewisse Übertölpelbarkeit eignet sich das deutsche Volk hervorragend als Strategie-Objekt. Strategisch denkende Briten setzten die Deutschen schon seit Jahrhunderten für ihre Zwecke ein, z.B. durch eine Politik, die sich aus Anregungen und "Geschenken" an die Deutschen zusammensetzte.

**Die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland im 18./19. Jahrhundert**

Großbritannien benutzte im 18. Jahrhundert Friedrich II von Preußen. Er sollte durch Krieg das französische Heer auf dem Kontinent binden, so daß es beschäftigt war und Großbritannien somit kaum beim Ausbau seiner nordamerikanischen Kolonien behindern konnte.
Nach den Napoleonischen Kriegen wurde Preußen auf dem Wiener Kongreß ein Gebiet zugesprochen, das rechts vom Rhein lag - und wieder hatte ein britischer Politiker die Finger im Spiel: Lord Castlereagh, der damalige British Foreign Secretary. Er hatte diese strategische Idee ursprünglich von William Pitt, dem Jüngeren: Preußen sollte neben Frankreich plaziert werden, um Letzteres, den traditionellen Rivalen Großbritanniens, in Schach zu halten.
Damals war Preußen den britischen Eliten also schon recht. Was ihnen allerdings nicht recht war, das war ein geschlossener deutschsprachiger Raum unter einem Staatsgebilde, also die sogenannte "großdeutsche Lösung." Während des Ersten und Zweiten Weltkriegs waren Deutschland und Österreich enge Verbündete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Siegermächten verfügt, daß Deutschland und Österreich dauerhaft getrennt bleiben müssen.
Auch Österreich-Ungarn wurde von einem bedeutenden britischen Staatsmann "bedacht": Auf dem Berliner Kongreß 1878 schlug Lord Salisbury vor, Österreich-Ungarn solle doch, zum Heile Europas, Bosnien-Herzegowina okkupieren. Österreich-Ungarn bekam damals zwar nur das Verwaltungsmandat - doch selbst das reichte aus, es dem Russischen Zarenreich zu ent-

fremden. Und als der österreich-ungarische Außenminister Aehrenthal nach mannigfaltigen Manipulationen von britischer Seite und von Seiten des russischen Außenministers Alexander Iswolski im Jahre 1908 schließlich die Annexion Bosnien-Herzegowinas vorantrieb, war der Bruch mit dem Zarenreich nicht mehr aufzuhalten.
Österreich-Ungarn galt fortan als "bedrohlich-aggressive" Macht, und Serben und Russen waren ihm spinnefeind geworden. Langfristige Manipulation geglückt.
Kaiser Wilhelm II. wurde ebenfalls von einem Mitglied der britischen Elite ein "Floh ins Ohr" gesetzt: Im März 1899 war es kein Geringerer als der britische Super-Imperialist Cecil Rhodes, der ihm während einer persönlichen Unterredung vermittelte, daß auf das Deutsche Kaiserreich im Nahen Osten große Aufgaben warteten: "Mesopotamien, der Euphrat und der Tigris, Bagdad, die Kalifenstadt, dort läge seine Zukunft." Er müsse schließlich "den Landweg nach Indien" bauen. Rhodes selbst stachelte den naiven Kaiser sozusagen zu einem expansiven Programm an - und 15 Jahre später zieht dann das Empire gegen den "expansiven" Kaiser unter anderem wegen der Bagdad-Bahn gegen ihn in den Krieg.
Auch beim Boxeraufstand 1899 war es wieder ein britischer Lord, Admiral Sir Edward Hobart Seymour, der gesagt haben soll: "The Germans to the front." Wahrscheinlich fand er, daß das deutsche Kaiserreich zu wenige Kriege geführt hatte, nämlich seit 1871 gar keine mehr. Das British Empire hingegen hatte allein zwischen 1871 und dem Boxeraufstand acht Kriege geführt, den Zulukrieg (1879), den Ersten Burenkrieg (1880/81), den Anglo-Ägyptischen Krieg (1882), den Mahdi-Aufstand (1881-1898), die Gordon Relief Expedition (1884/85), den Britisch-Sansibarischen Krieg (1896), den Zweiten Matabelekrieg (1896) und den Malakand Field Force (1897).
Da wundert man sich schon, wie es gelang, dieses deutsche Kaiserreich so stark zu diskreditieren. Doch Großbritannien besaß ein Weltreich und London war praktisch die Presse-Hauptstadt des Empire. Die Zeitung "The Saturday Review" brachte zum Beispiel in den späten 1890er Jahren drei deutschfeindliche Artikel heraus. Am 11.9.1897 endete ein Artikel mit dem Titel: "England and Germany" mit dem Aufruf: "Germania est delenda" - Deutschland muß zerstört werden.
Ab 1910 gab es heftige antideutsche Presse- Kampagnen in "The Times" und in der Empire-Zeitschrift "The Round Table", beides sehr wichtige Zeitungen, die Einfluß auf die Multiplikatoren im gesamten Empire ausübten. Schon die erste Ausgabe der Zeitschrift "The Round Table" vom November 1910 beinhaltete einen gegen Deutschland gerichteten Propaganda-Artikel mit dem Titel "Anglo-German Rivalry".
Der Artikel erschien anonym, doch der Autor war Philip Kerr, der spätere Lord Lothian. In diesem Artikel unterstellte er dem deutschen Kaiserreich "eine unerbittlich aggressive Politik, die weder Recht noch Gerechtigkeit jenseits des Orbits der deutschen nationalen Existenz anerkennt." Vom Britischen Empire hingegen schrieb er: "… das(britische) Empire … ist kein Imperium, sondern ein Regierungssystem, das einem Viertel der Menschheit Frieden und Hunderten von Millionen rückständiger Völker eine bessere Regierung gibt, als sie auf andere Weise bekommen könnten …"
Diese antideutsche Propaganda von damals wirkt bis heute.
Doch wieso hatte man im Empire ab einem gewissen Zeitpunkt das Deutsche Kaiserreich im Visier, während man doch bis in das 19. Jahrhundert hinein Zweckbündnisse mit deutschsprachigen Ländern abgeschlossen hatte? Wo hatte der neue, außenpolitische Kurs seine Wurzeln?

**Beginn eines neuen, außenpolitischen Kurses in Großbritannien**

Es war im Jahr 1885, da überlegte sich Lord Salisbury, der aus der einflußreichen Cecil-Familie stammte, wie der damalige Rivale des British Empire, das Russische Zarenreich, in Schach gehalten werden konnte und entwickelte folgende drei Langzeit-Strategien, die heute, mehr als hundert Jahre später, alle zur Anwendung gekommen sind:

1. Schwächung des russischen Gegners durch Hineintreiben in Zahlungsunfähigkeit und danach Entfachen von Revolutionen,
2. Wiederbelebung des Islams an Rußlands Rändern,
3. ein verlustreicher Ausblutungskrieg zwischen dem Zarenreich und Deutschland.
Doch obgleich er Rußland als eigentlichen imperialen Langzeit-Gegenspieler des angelsächsischen Weltreichs ansah, ging es Lord Salisbury zunächst darum, die deutschsprachigen Staaten einzukreisen und dazu ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland voranzutreiben, dem sich dann später auch England in einer lockeren "Entente" anschließen würde. Lord Salisbury sah Staaten ebenfalls als Figuren auf einem Schachbrett an - und er fand höchstrangige, unterstützende "Mitspieler": Kronprinz Edward von England, Papst Leo XIII., und - den russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, dessen Rolle bei der "Schaffung der österreichischen Bedrohung" oben schon erwähnt wurde.
Wie ging Salisbury vor: Anfang 1887 traf er in Dieppe den französischen Diplomaten Graf Chaudordy und erörterte mit ihm die Grundlinien der späteren Ententepolitik, wobei die Frage entstand, wie man Rußland und Frankreich einander annähern könnte.
Bei dieser Annäherung spielte der Heilige Stuhl (!) eine wichtige Rolle: Ein enger Freund von Lord Salisbury, der katholische Herzog von Norfolk, reiste nach Rom und berichtete Papst Leo XIII. von den Bündnisplänen. Es kam daraufhin zu einem Politikwechsel des Heiligen Stuhls, indem Papst Leo XIII. den französischen Katholiken befahl, sich der laizistischen französischen Republik zu fügen. Den polnischen Katholiken wiederum befahl er, sich der russisch-orthodoxen Zarenherrschaft zu fügen. So arbeitete er daran, ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland zu ermöglichen - unterstützt vom russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, der ab 1888 Botschafter Rußlands (!) am Heiligen Stuhl wurde.
Nachdem der britische Kronprinz schließlich als Edward VII. den Thron bestiegen hatte, machte er im Frühjahr 1903 einen "Überraschungsbesuch" in Paris und leitete damit die "Entente Cordiale" ein, das "herzliche Einvernehmen" zwischen England und Frankreich. …

**Zerstörungstechniken**

- Man kreiste Deutschland und Österreich-Ungarn ein und lockte Deutschland in einen Drei-Fronten-Krieg.
- Man zerstückelte das Gebiet des deutschen Kaiserreichs und Österreich-Ungarns in machtlose kleine Staaten, in denen die Deutschen und viele andere Völkerschaften zu diskriminierten Minderheiten wurden.
- Man drückte dem besiegten Deutschland irrsinnig hohe Reparationszahlungen auf.
- Man suchte einen "hervorragenden Demagogen", den man mit heimlichen Spenden, geheimdienstlicher Förderung und durch eine künstlich herbeigeführte Weltwirtschaftskrise auf den Posten des deutschen Reichskanzlers hieven half. Dann sorgte man durch Kredite, Propaganda und Appeasement dafür, daß er zunächst auf unblutige Weise außenpolitische Erfolge haben konnte. Danach lockte man ihn in eine Falle und schlug wieder mit einer weltweiten Bündniskoalition zu, um Deutschland endgültig zu entmachten, zu dezimieren und zu helotisieren.
- Nach dem endgültigen Sieg und der dauerhaften Besetzung Deutschlands ließ man die Deutschen, zunächst in Westdeutschland, eine föderale Demokratie errichten, sorgte aber dafür, daß die Bundeskanzler und die wichtigsten Regierungspolitiker stramme Transatlantiker waren und sind und die Interessen der angloamerikanischen Kreise vertraten und immer noch vertreten. Gleichzeitig suggerierte man den Deutschen, daß man es gut mit ihnen meine und ein guter Freund sei. Heute suggeriert man diesen deutschen Eliten, daß sie frei seien und zum Westen gehören und daß sie sich somit auch verhalten dürften, wie westliche Staaten. Und ein westlicher Staat müsse sich selbst verteidigen können.
- Durch Umerziehung, Indoktrination und Einflößen von Schuldgefühlen sorgt man dafür, daß das deutsche Volk sich selbst und seine großen Geister verabscheut. Man suggeriert ihm, daß

das Böse in ihm stecke und daß es daher nie mehr "Alleingänge" machen dürfe, sondern praktisch immer unter der Kontrolle (Vormundschaft) der Angloamerikaner gehalten werden müsse.

**Die Implantierung eines bösen Diktators zur dauerhaften Diskreditierung**

Nach dem russischen Historiker Nikolay Starikov soll sich Hitler in seinem Pamphlet "Mein Kampf" den Briten angedient haben. Auf Seite 697 heiße es in "Mein Kampf": "Wer von dem obigen Gesichtspunkt aus eine Prüfung der heutigen Bündnismöglichkeiten für Deutschland vornimmt, muß zu der Überzeugung gelangen, daß als letzte durchführbare Bindung nur eine Anlehnung an England übrigbleibt." Hitler machte klar, daß er bereit sei, gegen die Sowjetunion vorzugehen. Starikov schreibt:

"Der Schlüssel zum Erfolg für das schwache und zerschlagene Deutschland ist das Bündnis mit den Siegermächten, weil sie an seiner weiteren Schwächung nicht interessiert sind! An dieser Stelle habe ich es begriffen: Nicht für die deutschen Bürger, … nicht für die wohlgenährten SA-Leute und nicht für die … SS hat Adolf Hitler sein Buch geschrieben. Die Seiten seines Buches 'Mein Kampf' gaben ihm die hervorragende Möglichkeit, sich an den Herrscher der damaligen Welt - an die Briten - zu wenden, um ihnen mit einfachen und klaren Worten seine Gedanken und seine Vorschläge zu unterbreiten."

Und auf S. 61 schreibt Starikov: "Ohne Zweifel lauteten die Fragen des britischen Geheimdienstes: Warum sollten wir einen derartigen Patrioten nicht unterstützen? Warum sollten wir ihm kein Geld geben? Warum sollen wir einen derartigen Freund von Großbritannien nicht helfen, an die Macht zu gelangen?"

Starikov weist auch auf die dubiose Rolle des amerikanischen Geheimdienst-Mannes (?) Ernst Hanfstaengl hin, der Hitler unterstützte, indem er ihm z.B. ihm im März 1923 ein Darlehen von 1.000 Dollar gab, was in der damals galoppierende Inflation sehr viel Geld war. Die Nazis kauften dafür zwei neue Druckmaschinen für den "Völkischen Beobachter", so daß ihr Propagandablatt künftig großformatig und täglich erscheinen konnte.

Des weiteren engagierte Hanfstaengl einen Karikaturisten dafür und gab Ratschläge für die Gestaltung des Blattes. Er beriet Hitler auch bei der Auswahl der Melodie von Marschmusik und komponierte selbst einige davon für die SA. Starikov beschreibt auch, wie Hanfstaengl sich für Hitlers Bücherregal eingehend interessierte. Offenbar hatte er die Aufgabe, Informationen über den künftigen "Führer" zu sammeln.

Hier könnte das Motiv liegen, weshalb Montague Norman, der Chef der Bank of England, die Union Banking Corporation in New York und die Harriman-Clique, die Rockefeller-Verbindungen, die Chase-Bank, die britischen Appeaser um Philip Kerr und andere anglo-amerikanische Gruppen den Nazismus politisch, wirtschaftlich und finanziell unterstützten und ihm somit halfen, auch militärisch wieder hochzurüsten, wie es Historiker in ihren Werken darlegen, z.B. Antony Sutton in "Wall Street und der Aufstieg Hitlers" und in "America's Secret Establishment - An Introduction to the Order of Skull & Bones" und Guido Giacomo Preparata in "Wer Hitler mächtig machte", Gian Trepp in "Bankgeschäfte mit dem Feind" und Andrea Bosco in "The Round Table Movement and the Fall of the "Second" British Empire".

Boscos und Preparatas Forschungen machen deutlich, daß die britische außenpolitische Elite, die von Alfred Milner und dem Round Table und später von Philip Kerr und Lionel Curtis geleitet wurde, Fallen für Deutschland ausgelegt hatte, in die die Deutschen 1914 und 1939 zweimal bereitwillig hineingetappt sind. Diese Fallen waren Teil des herbeigeführten Prozesses, Deutschland als Konkurrenzmacht auszuschalten und als "Rammbock" gegen die Sowjetunion zu benutzen. Deutschland und die Sowjetunion sollten sich in einem Vernichtungskrieg gegenseitig ausbluten - und dieser machiavellistische Plan ist im Zweiten Weltkrieg auch gelungen. …<<

**03.07.1919**

**Deutsches Reich:** Am 3. Juli 1919 stimmen die Abgeordneten der 1. Deutschen Republik mit großer Mehrheit für die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold (x063/535).

**09.07.1919**

**Deutsches Reich:** Die Nationalversammlung bestätigt am 9. Juli 1919 mit 208 gegen 115 Stimmen (DNVP, DVP und die Mehrheit der DDP) die Versailler Friedensbedingungen. Die Urkunde wird danach von Reichspräsident Ebert unterzeichnet und nach Paris geschickt.

Abgeordnete der Zentrumsfraktion rechtfertigen am 9. Juli 1919 die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles (x149/38): >>... Es geschieht nicht aus freiem Willen oder innerer Überzeugung, es geschieht lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es keinen anderen Weg gibt, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren.

Das Reich wird nach besten Kräften suchen, den Vertrag zu erfüllen; aber binnen kurzem wird sich zeigen, daß er in vielen oder wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabweisbare Notwendigkeit.<<

**12.07.1919**

**Deutsches Reich:** Am 12. Juli 1919 heben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf.

Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungern mehr als 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

Der deutsche Schriftsteller Erich Mühsam (1878-1934, ein Anführer der Münchner Räterepublik) wird am 12. Juli 1919 in München zu 15 Jahren Haft verurteilt.

**31.07.1919**

**Deutsches Reich:** Am 31. Juli 1919 beschließt die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten und die Zentrumspartei) nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Weimarer Verfassung" (x051/629): >>Weimarer Verfassung, von der in Weimar tagenden deutschen Nationalversammlung am 31.7.19 mit 262:75 Stimmen (dafür: SPD, Zentrum, DDP; dagegen: USPD, DNVP, DVP) verabschiedete, am 11.8. verkündete und am 14.8. in Kraft getretene Verfassung der Weimarer Republik. Der Entwurf zur Weimarer Verfassung stammte im wesentlichen von dem Staatsrechtler H. Preuß. Sie ist in eine Präambel, zwei Hauptteile und Schlußbestimmungen gegliedert; der erste Hauptteil (Artikel 1-108) regelt "Aufbau und Aufgaben des Reichs", der zweite (Artikel 109-165) enthält die "Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen".

Die Weimarer Verfassung machte das Deutsche Reich - erstmals in seiner Geschichte - zu einer Republik (Artikel 1), bestehend aus den 18 deutschen Ländern (Artikel 2) und mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold (Artikel 3). Ihr Staatsaufbau war föderalistisch, ihr Regierungssystem das einer parlamentarischen Demokratie, allerdings durchsetzt mit Elementen einer präsidialen und einer direkten Demokratie (Volkswahl und starke Stellung des Reichspräsidenten, Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid).

Das zu einem Vielparteiensystem führende Verhältniswahlrecht (Artikel 22), das bloß destruktive Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler und jeden Reichsminister (Artikel 54), die fehlende Möglichkeit des Parteienverbots und das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten (Artikel 48) waren Mängel der Weimarer Verfassung, die zur Auflösung der Republik und zur nationalsozialistischen Machtergreifung beitrugen.

Durch die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.33, das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 und die nationalsozialistische Gleichschaltung wurde die Weimarer Verfassung faktisch außer Kraft gesetzt; formell wurde sie während des Dritten

Reiches nicht aufgehoben.<<

**Juli 1919**

**Deutsches Reich:** Hitler wird im Juli 1919 als "Vertrauensmann" (Polizeispitzel) der deutschen Reichswehr eingesetzt. Hitlers Hauptaufgabe ist es, staatsfeindliche politische Parteien, wie z.B. die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), zu beobachten (x030/172).

Mathias Forster berichtet später über die "Deutsche Arbeiterpartei" (x051/113-114): >>Deutsche Arbeiterpartei (DAP), am 5.1.19 in München, das während der Nachkriegswirren das Zentrum gegenrevolutionärer Vereinigungen war, von dem Werkzeugschlosser Drexler, 2. Vorsitzender, und dem Sportjournalisten Harrer, 1. Vorsitzender, ins Leben gerufene Partei.

Das politische Leitmotiv war die Beseitigung der Entfremdung zwischen radikaler Rechten und den Massen, Ziehmutter der Partei war die sich im Hintergrund haltende Thulegesellschaft, ein völkisch-antisemitischer Geheimbund mit ca. 1.500 einflußreichen Mitgliedern, die die DAP als Plattform ihrer politischen Propaganda ansah (Symbol: das Hakenkreuz, Organ: "Münchner Beobachter", Vorläufer des "Völkischen Beobachters").

Die DAP entwickelte sich zu einem Sammelbecken nationalistischer, antibolschewistischer und rassistischer Ideen (insbesondere von Eckart eingebracht) sowie sozialrevolutionärer Strömungen (die von Feder, später auch von Röhm repräsentiert wurden), vermochte sich aber nicht aus dem Dunstkreis eines Bierkeller-Debattiervereins zu lösen.

Statt eines Programms gab es von Drexler erlassene Richtlinien: Neben konkreten Forderungen (Begrenzung der Jahresgehälter auf 10.000 Mark, paritätisch landsmannschaftliche Besetzung des Auswärtigen Amtes, Erweiterung des Mittelstands um die gelernten Arbeiter) waren weltanschauliche Gemeinplätze (klassenloser Führerstaat, Versöhnung von Nation und Sozialismus) und unverbindliche Versprechungen formuliert ("gute Arbeit", "voller Kochtopf", "vorwärts kommende Kinder").

Der nationale Sozialismus der DAP war der Ausdruck einer Sehnsucht nach umfassender Geborgenheit: Statt Klassenkampf wurde die Versöhnung aller Schichten in der Volksgemeinschaft beschworen, als Feindbild von globalem Format diente das Judentum, das die Klammer zwischen Internationalistischem Bolschewismus (= "Demütigung der Nation") und Kapitalismus (= "Demütigung der Person") herstellte.

Der Anspruch der Partei, keine einzelnen Schichten oder Klassen zu vertreten (sondern das Volk), fand taktisch, manche Parole (z.B. "Brechung der Zinsknechtschaft") programmatisch Eingang in die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei).

Von historischer Bedeutung ist die DAP als Vorläuferin der NSDAP und Sprungbrett der Karriere Hitlers. Am 12.9.19 besuchte Hitler auf Anordnung von Hauptmann Mayr, seinem Vorgesetzten, als V-Mann der Reichswehr eine Versammlung der DAP im "Sterneckerbräu". Nach seinem ersten spontanen Auftritt als Redner (verbürgt ein Zitat Drexlers: "Mensch, der hat a Gosch'n, den könnt ma braucha!") wurde Hitler in die Partei (Mitgliedsnummer 555 = 55, die Hunderter sind aus Prestigegründen davor gestellt) und in den siebenköpfigen Parteiausschuß (Nummer 7) aufgenommen.

Zuständig für Propaganda, baute er im Hinterzimmer des "Sterneckerbräu" die Parteibürokratie auf, gewann den bayerischen Presseoffizier der Reichswehr Röhm und ging daran, die DAP zu einer publikumswirksamen Kampforganisation zu machen, die den Protest gegen den Versailler Vertrag und gegen den zunehmenden Einfluß des Judentums ins Zentrum ihrer Agitation rückte.

Am 16.10.19 fand vor 111 Personen die erste öffentliche Versammlung statt, auf der Hitler sein Schlüsselerlebnis hatte, zum Redner geboren zu sein: "Ich konnte reden!" ("Mein Kampf").

Die Partei trug der Hitlerschen Strategie Rechnung und löste Harrer im Vorsitz durch Drexler ab. Die erste Großveranstaltung der DAP am 24.2.20 im Festsaal des Hofbräuhauses nahm

Hitler zum Anlaß, ein ausgearbeitetes Programm vorzustellen, das neben den bekannten antikapitalistischen, antimarxistischen und antisemitischen Thesen einige neue Punkte enthielt, die den sozialistischen Charakter der Partei betonten: Einziehung aller nicht durch Arbeit erworbenen Einkommen, Konfiszierung der Kriegsgewinne, Verbot der Bodenspekulation, Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Großbetrieben; in der Parteilegende wurde diese Rede Hitlers mit dem Thesenanschlag Luthers verglichen.
Dabei ist Hitlers persönlicher Einfluß auf die Formulierung der einzelnen Programmpunkte nicht genau auszumachen. Eine Woche später wurde die DAP in NSDAP umbenannt, am 29.6.21 übernahm Hitler den Parteivorsitz.<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über Hitlers Umsetzung der Kriegserlebnisse (x245/339-340): >>... Die krampfhaft postulierte Verlängerung dieses Krieges auch über den Friedensschluß hinaus, in den Krisen und Bürgerkriegsstimmungen der Weimarer Republik, war dann auch das erste Anliegen und die Voraussetzung des Hitlerischen Wirkens. ...
So waren es denn Kriegsordnung und "Fronterlebnis" mit der klaren und einfachen militärischen Befehls- und Werthierarchie, die nun für alle Zukunft die Wertskala Hitlers gesetzt und den labilen Möchtegern, der mit der bürgerlichen Arbeits- und Ordnungswelt nicht fertig geworden war, zum starren Fanatiker seiner global vereinfachten Kampf- und Ordnungsideen gemacht haben.
In den späteren Parteiarmeen, im Leitbild der kampfbereiten "Volksgemeinschaft" und im Führerprinzip ist dies Modell der Kriegs-Männerordnung festgehalten und als bestimmendes Prinzip in den Raum der Politischen und Sozialen, selbst auch des Geistigen übertragen worden.
Die Nachricht von der Niederlage Deutschlands, die den vorübergehend Gasvergifteten im Lazarett von Pasewalk traf, hat deshalb nicht nur den verletzten Patriotismus des Soldaten, sondern in der Tat Hitlers Existenz getroffen.
Drohend stand der Rückfall in die äußere und innere Misere der Vorkriegsjahre vor ihm. Der Krieg durfte nicht zu Ende sein, und war er nach Hitlers Überzeugung durch das Versagen und den jüdisch-marxistischen "Dolchstoß" der Heimat militärisch verloren gegangen, so galt es diese von vielen geteilte Überzeugung dadurch zu bewähren, daß man den Kampf im Inneren fortführte.
Für Hitler freilich gewann dies "nationale" Anliegen eine existentielle Bedeutung. Seit dem erlösenden Ereignis von 1914 war auch das private und "berufliche" Dasein des nun Dreißigjährigen, der wenig gelernt hatte und keine persönlichen Bindungen besaß, mit der Verlängerung des Kriegszustandes eng verknüpft, ja identisch.
Hier liegen die Wurzeln für die fanatische Energie, mit der nun Hitler den Krieg in Permanenz zu seinem Leitbild erhob, so nur verstand er die Politik als Beruf: als Mittel zu einer Machtentfaltung, die den erneuten Krieg, nun aber nach seinem Willen bis zum endgültigen Erfolg, ermöglichen und tragen konnte. ...<<

**01.08.1919**

**Ungarn:** Béla Kun wird am 1. August 1919 durch den Sozialistenführer Gyula Peidl verdrängt und muß aus dem Land fliehen.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Béla Kun (x051/338): >>Kun, Béla, geboren in Szilágycseh 20.2.1886, gestorben in der UdSSR vermutlich Ende 1939, ungarischer Politiker; im 1. Weltkrieg in russischer Kriegsgefangenschaft, Entwicklung zum Bolschewisten.
Kun organisierte nach seiner Rückkehr 1918 die ungarische KP und war als Volkskommissar für Äußeres der starke Mann der kurzlebigen Räterepublik (21.3.-1.8.19), deren blutiges Regiment die Furcht vor dem Bolschewismus in Mittel- und Westeuropa entscheidend förderte.

Über Österreich setzte sich Kun in die Sowjetunion ab, wo er Opfer der "Großen Säuberung" Stalins wurde.<<

**11.08.1919**

**Deutsches Reich:** Die Nationalversammlung verkündet nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wird danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Reichspräsident Friedrich Ebert erklärt bei seinem Amtsantritt (x256/70): >>Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde.

Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei.

Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Gründung der Weimarer Republik (x057/224-225): >>Die Nationalversammlung wählte Ebert zum Reichspräsidenten, bildete die Regierung der Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum und schuf nach den Plänen von Hugo Preuß die Verfassung des Deutschen Reiches (11. August 1919).

Sie beruhte auf dem Gedanken der Demokratie und machte Deutschland zu einer parlamentarischen Republik mit einem Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt, der, vom Volk gewählt, das Reich nach außen vertrat. Er hatte den Oberbefehl über die Wehrmacht, konnte den Reichstag auflösen, ferner einen Volksentscheid nach erfolgtem Volksbegehren herbeiführen und besaß nach Paragraph 48 das Recht, die Grundrechte und Grundpflichten teilweise aufzuheben, falls "die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Nach diesem Notverordnungsrecht durfte er ohne den Reichstag Gesetze erlassen.

Der Reichstag war die gesetzgebende Körperschaft, nach allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen aller Männer und Frauen (von) über 20 Jahren gewählt. Die Reichsregierung bedurfte der Mehrheit des Parlaments (parlamentarische Regierungsform) und stand unter der Leitung des Reichskanzlers.

Der Reichsrat umfaßte die Vertreter der Länder mit eigenen Landtagen und Landesregierungen (Reichsrecht bricht Landrecht). So war das Deutsche Reich ein dezentralisierter Einheitsstaat mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold (1848) und der Nationalhymne "Deutschland über alles" (Hoffmann von Fallersleben) und hielt die Mitte zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat. Der in der Verfassung enthaltene Anschluß Österreichs (ebenfalls in der österreichischen Verfassung enthalten) mußte auf Grund des Versailler Vertrages wieder fallen gelassen werden. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über die Gründung der Weimarer Republik (x287/170-173): >>... Im Auftrag des deutschen Volkes verabschiedete die Weimarer Nationalversammlung im August 1919 eine neue Verfassung für das territorial verkleinerte Deutsche Reich, das laut Artikel 1 eine Republik war, in der die Staatsgewalt vom souveränen Volk ausging.

Der Wille des Volkes äußerte sich in der Wahl des Reichstags, wobei durch das Frauenwahlrecht eine staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen erfolgte. Die nunmehr als Länder bezeichneten Gliedstaaten des Reiches – das reichsunmittelbare Gebiet Elsaß-Lothringen war verlorengegangen – waren im Reichsrat vertreten, der aber als Vertretung der Länderregierungen nur ein beschränktes Mitwirkungsrecht bei der Reichsgesetzgebung besaß. Ein Zweikammersystem sah die Weimarer Verfassung eben nicht vor!

Dem direkt vom Volke gewählten Reichspräsidenten war eine fast monarchische Stellung eingeräumt worden, doch unterschied ihn von einem konstitutionellen Monarchen, daß er un-

ter Anklage gestellt werden konnte. Wie allerdings die nationale Tradition mit der monarchischen noch verknüpft war, zeigte nicht nur die Rolle Hindenburgs als Ersatzkaiser, sondern auch die schwarz-weiß-rote Gesinnung Gustav Stresemanns, der als Reichskanzler und mehrfacher Außenminister der Republik nicht nur an den Idealen der schwarz-rot-goldenen Paulskirche orientiert war, sondern weiterhin Kaiser und König treu bleiben wollte und den Kronprinzen laufend über seine Politik unterrichtete.
Mit der Formulierung von Grundrechten knüpfte die Weimarer Verfassung ausdrücklich an die Frankfurter Verfassung der Paulskirche an. Gleichfalls wie 1849 waren 1919 die Reichsfarben schwarz-rot-gold; 1922 führte Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied als offizielle Nationalhymne ein.
Scheidemann, den Ebert zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der "Weimarer Koalition" ernannt hatte, trat bereits im Juni 1919 zurück, da er den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollte. Die Hypothek des Ersten Weltkrieges, von der Rechten mit der Dolchstoßlegende abgetan, lastete schwer auf der ersten deutschen Republik und konfrontierte sie mit schwierigen außenpolitischen Fragen.
So sah Artikel 61 der Weimarer Verfassung den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vor, den die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs schon am 12. November 1918 verkündet hatte.
Die deutschsprachigen Bewohner des alten Österreichs hatten sich auch noch nach 1866 als Deutsche gefühlt. Wenn es nur nach dem Willen des Volkes gegangen wäre, wäre eine Entwicklung zu einem demokratisch-republikanischen Großdeutschland möglich gewesen. Denn nach dem politischen Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates hätten die deutschen Österreicher Deutsche werden können.
Obwohl ... Wilson eine Grenzziehung nach klar erkennbaren Sprachgrenzen im Sinn des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprochen hatte, wurde weder auf die deutsche Volks- und Sprachzugehörigkeit der Südtiroler Rücksicht genommen noch auf die der Sudetendeutschen, die sich vielmehr als nationale Minderheit in einem Staate wiederfanden, in dem sich die Tschechen die Rechte eines Mehrheitsvolkes anmaßten.
... Am 6. September 1919 erklärte der Staatskanzler Renner in seinem Bericht über die Ergebnisse von St. Germain vor der Nationalversammlung in Wien: "Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten."
In der gleichen Sitzung legte die Konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich gegen die Einbeziehung der Deutschen Böhmens und Mährens, deren Siedlungsgebiet von Deutsch-Österreich als eigenes Bundesland reklamiert worden war, in die neue CSR Verwahrung ein. Die Siegermächte von Versailles setzten sich über die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes durch die Deutschen hinweg.
Dennoch blieben die dem Versailler Friedensvertrag entgegenstehenden Bestimmungen in Artikel 61 Abs. 2 der Weimarer Verfassung als Bekenntnis zum Ziele der nationalen Weiterentwicklung formell stehen, wurden also nicht aufgehoben, sondern ruhten nur, d.h. sie blieben infolge des Nichtigkeitsprotokolls vom 23. September 1919 unwirksam.
In der Zweiten Republik Österreich, dem Beispiel für das Wiedererstehen eines untergegangenen Staatswesens, hießen die Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht mehr Deutsche, sondern Österreicher. Lediglich die deutschsprachigen Bewohner Südtirols, das politisch bis 1919 zu Österreich gehörte, bezeichnen sich heute noch als Deutsche, nicht als Österreicher. ...<<

**12.08.1919**

**Deutsches Reich:** Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (1875-1921, ermordet) begründet am 12. August 1919 vor den Abgeordneten der Nationalversammlung das sog. "Reichsnotop-

fer" (x281/310-311): >>Meine Damen und Herren!
Das hohe Haus und das deutsche Volk haben das Recht, drei Fragen beantwortet zu erhalten: Was ist? Was muß werden? Und wie muß es werden?
Was ist? Das größte Finanzelend, das die Welt je sehen konnte oder befürchten mußte.
Was muß werden? Baldigste Ordnung unseres gesamten Finanzwesens.
Und wie muß es werden? Neue Wege sind zu gehen, Abschied muß genommen werden von manchem alten Liebgewonnenen.
Die schwebende Schuld ist das Schmerzens- und Sorgenkind jedes Finanzministers. Wenn man an frühere Zeiten vor dem Kriege zurückdenkt, wo man mit einer schwebenden Schuld von nicht einer Milliarde gerechnet hat und wo dann schon Sorgen für die Finanzverwaltung aufgetreten sind ... glückliche Zeiten!
Heute sind es 76 Milliarden. Der erste Schritt auf dem Wege zur eigentlichen Finanzreform soll das große Vermögensopfer sein, das von dem Besitz in dieser harten Schicksalsstunde gefordert werden muß. Schon in der Wortprägung kommt die ganze Eigenart der Maßnahme zum Ausdruck. Damit wird sie herausgerückt aus dem Rahmen der übrigen Steuern und aller gewöhnlichen steuerlichen Maßnahmen und ihre eigenartige wirtschaftliche und sozialethische Seite gekennzeichnet.
Die Gesundung unserer ungeheuer zerrütteten Finanzwirtschaft und damit die Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft kann nur erfolgen, wenn mit großen Mitteln gearbeitet wird. Mit kleinen Medikamenten kann die Krise nicht überwunden werden, der kranke Finanzkörper nicht geheilt werden.
Wir werden bei der Reform der direkten Dauersteuern bis zur höchsten Tragfähigkeit gehen, wir werden auch gewaltige Summen aus den indirekten Steuern herauswirtschaften müssen. Das weiß das Volk.
Aber man muß sich klar sein, daß der Weg der Abwicklung dieser Aufgabe nur freigemacht werden kann, wenn am Anfang steht eine entschlossene Tat der Regierung und Volksvertretung, eine Tat, welche den eisernen Willen des ganzen Volkes bekundet, trotz des schweren Falles, den Weg nach oben wiederzufinden, eine Tat, welche zugleich die feste Bürgschaft dafür bietet, daß der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit im neuen Staate voll zur Wirkung kommt.
Eine solche Tat soll das Vermögensopfer sein!<<
**Ungarn:** Miklos von Horthy übernimmt am 12. August 1919 die Macht und bildet eine ungarische Gegenregierung.
Horthy läßt danach rd. 5.000 Anhänger der ungarischen Räterepublik umbringen (x175/153).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Miklós Horthy (x051/271): >>Horthy, Miklós (Nikolaus Horthy von Nagybánya), geboren in Kenderes (Ungarn) 18.6.1868, gestorben in Estoril (Portugal) 9.2.1957, ungarischer Politiker.
1909-14 Flügeladjutant des österreichischen Kaisers Franz Joseph I., Ende des 1. Weltkrieges Konteradmiral. 1919 kämpfte Horthy als Oberbefehlshaber einer konterrevolutionären "Nationalarmee" gegen die sozialistische ungarische Regierung Kun; 1920 wählte ihn die ungarische Nationalversammlung zum "Reichsverweser".
Als zunächst nur provisorisches Staatsoberhaupt sicherte Horthy seine Macht später mit nahezu diktatorischen Befugnissen ab und suchte enge Zusammenarbeit mit dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland, die das mit den Wiener Schiedssprüchen belohnten, aber Ungarn zugleich in ihre Kriegspolitik zogen.
Nach der Kriegswende in Rußland bemühte sich Horthy um Kontakte zu den Alliierten und wurde unmittelbar nach Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen am 16.10.44 von SS-Einheiten unter Skorzeny und Bach-Zelewski verhaftet und auf Schloß Hansee (Oberbayern) interniert.

Nach der Befreiung ging er zunächst in die Schweiz, dann nach Portugal ins Exil.<<

**14.08.1919**

**Deutsches Reich:** Die Weimarer Verfassung wird am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und die neue Verfassung des Deutschen Reiches tritt damit in Kraft.

Die Einleitung der Weimarer Verfassung lautet (x842/...):

>>Präambel:

Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.<<

Die bisherigen deutschen Bundesstaaten bleiben als Länder erhalten, aber sie verlieren wesentliche Rechte. Die Finanzverwaltung, Zoll, Post, Verkehr, das Heer und die Marine werden direkt der deutschen Reichsregierung unterstellt.

Alle Bewohner des Reiches sind gemäß der Weimarer Verfassung vor dem Gesetz gleich. Sie haben das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, besitzen das Wahlrecht. Sie wählen den Reichstag, der Gesetze beschließt.

Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wird, hat den Oberbefehl über die Armee und besitzt gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erfordert, kann der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").

In der Weimarer Verfassung des Deutschen Reiches vom August 1919 heißt es z.B. (x128/-109-110):

>>Art. 1 Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. ...

Art. 21 Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.

Art. 22 Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. ...

Art. 25 Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. ...

Art. 41 Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. ...

Art. 43 Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7 Jahre. Wiederwahl ist zulässig. ...

Art. 48 Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114 (Freiheit der Person), 115 (Unverletzlichkeit der Wohnung), 117 (Postgeheimnis), 118 (freie Meinungsäußerung), 123 (Versammlungsfreiheit), 124 (Vereinsfreiheit) und 153 (Eigentum) festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen ... getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen. ...

Art. 50 Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiete der Wehrmacht, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. ...

Art. 53 Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichs-

präsidenten ernannt und entlassen.
Art. 54 Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. ...
Art. 73 Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.
Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstages ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es verlangt.
Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. ...
Art. 76 ... Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich. ...
Art. 156 Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung in sinngemäßer Anwendung der für Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. ...
Art. 165 ... Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.
Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonstigen Volkskreisen zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen.
Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. ...<<
Die Weimarer Verfassung legt erstmalig ein einheitliches Schulwesen fest (x149/48): >>Art. 144 Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Staates. ...
Art. 145 Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens 8 Schuljahren. ...
Art. 146 (1) Auf einer für alle gemeinsamen Gesamtschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. ... Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend. ...
Art. 148 (1) In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung ... im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Notverordnungen" (x051/-422): >>Notverordnungen, nach § 48 ("Diktaturparagraph") der Weimarer Verfassung Anordnungen des Reichspräsidenten mit Gesetzeskraft, die auf Verlangen der Reichstagsmehrheit zurückgenommen werden mußten.
Durch Notverordnungen konnte der Reichspräsident mit der Reichswehr gegen verfassungswidrig verfahrende Landesregierungen vorgehen (Absatz 1) und Grundrechte außer Kraft setzen (Absatz 2). Die Notverordnungen sollten allerdings auf "nötige Maßnahmen" beschränkt bleiben, deren beabsichtigte gesetzliche Definition aber unterblieb.
So konnten sich die Notverordnungen in der Krise der Republik ab 1930 zum Ersatz für die Gesetzgebung des blockierten Reichstages entwickeln, der auch sein Aufhebungsrecht nicht nutzen konnte, weil die erforderlichen Mehrheiten fehlten und zudem das Gegenmittel des Reichspräsidenten, nämlich die Parlamentsauflösung nach § 25, drohte.
Die Präsidialkabinette regierten nach Verlust auch der Tolerierungsmehrheit weitgehend mit Notverordnungen. 1932 wurden nur noch fünf Gesetze bei 66 Notverordnungen erlassen. Sie

ebneten auch den Weg zur Diktatur Hitlers, der mit der "Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" (Reichstagsbrandverordnung) vom 28.2.33. die Liquidierung der Republik einleitete.<<

**Die ersten Jahre der Weimarer Republik**

Während der österreichisch-ungarische Staat nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach, blieb die Einheit des Deutschen Reiches trotz des militärischen und politischen Zusammenbruchs erhalten. Die große Not und das Elend der Kriegs- und Hungerjahre festigten sogar noch den Zusammenhalt des deutschen Volkes. Fast alle bisherigen "Staatsdiener" erfüllten weiterhin pflichtgemäß ihre Arbeit, um die "Weimarer Republik" zu unterstützen.

In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend größte außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz.

Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.

Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt. Der unsägliche Versailler "Friedensvertrag" brachte nicht nur die erste demokratische Republik in Mißkredit, sondern die ungerechten "Friedensbedingungen" der Siegermächte ließen auch erhebliche Zweifel an der Gerechtigkeit und den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts aufkommen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Entstehung und Geschichte der "Weimarer Republik" (x051/626-628): >>Weimarer Republik, die 1919-33 bestehende erste (gesamt)-deutsche Republik, benannt nach ihrem Gründungsort Weimar.

Die Entstehung der Weimarer Republik war eine Folge des Ersten Weltkrieges (1914-18) und der Niederlage des Deutschen Reiches:

Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution (28.10.18) gab Reichskanzler Max v. Baden am 9.11. die Abdankung Kaiser Wilhelms II. bekannt und übertrug die Geschäfte des Reichskanzlers dem Vorsitzenden der SPD, F. Ebert; der von Ebert geführte "Rat der Volksbeauftragten" übernahm die Aufgaben der Reichsregierung. Am selben Tag rief Philipp Scheidemann (SPD) die "Deutsche Republik" aus.

Am 11.2.19 trat die am 19.1. gewählte Nationalversammlung in Weimar zusammen (dort wegen der revolutionären Unruhen in Berlin). Sie wählte Ebert zum Reichspräsidenten. Am 13.2. bildete Scheidemann eine Reichsregierung aus SPD, DDP und Zentrum (Weimarer Koalition). Am 31.7.19 verabschiedete die Nationalversammlung die Weimarer Verfassung (WV), die am 11.8. vom Reichspräsidenten unterzeichnet wurde und am 14.8. in Kraft trat.

Die Weimarer Republik war eine parlamentarische Republik in Form eines Bundesstaates aus 18 Ländern. Ihre Staatsorgane waren:

1. der Reichstag als Parlament, 2. der Reichsrat als parlamentarische Vertretung der Länder, 3.

der Reichspräsident als Staatsoberhaupt und 4. die Reichsregierung aus dem Reichskanzler und den Reichsministern.
Durch die bedeutsamen politischen Rechte des Reichspräsidenten (Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und der Reichsminister, Oberbefehl über die Reichswehr, Auflösung des Reichstages, exekutive und legislative Gewalt im Notstandfall nach Artikel 48) war das parlamentarische Regierungssystem mit Elementen einer präsidialen, durch die Beteiligungsrechte des Volkes (Wahl des Reichspräsidenten, Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid nach Artikel 73 WV) mit Bestandteilen einer direkten Demokratie verbunden.
Die entscheidenden politischen Kräfte der Weimarer Republik waren die – in der Weimarer Verfassung nicht erwähnten – politischen Parteien, deren große Anzahl wegen des Verhältniswahlrechts und fehlender Sperrklausel zu lähmender Zersplitterung führte. Da auch Verbotmöglichkeiten fehlten, standen den demokratischen Parteien (v.a. SPD, Zentrum und DDP) antidemokratische von links (KPD, USPD) und rechts (DNVP, NSDAP) unversöhnlich gegenüber.
SPD, Zentrum und DDP erhielten zwar bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 zusammen 76,2 %, verloren die Mehrheit aber schon bei den ersten Reichstagswahlen 1920 (44,6 %); bei den Reichstagswahlen im November 32 bekamen sie nur noch 33,3 %, NSDAP, KPD und DNVP dagegen zusammen 58,9 %. Auch die häufigen Auflösungen und Neuwahlen des Reichstages (1920-32: sieben) und die zahlreichen Wechsel der Reichsregierungen (1919 bis Januar 33: 20 Kabinette mit zwölf verschiedenen Reichskanzlern) wurden von den Mängeln der Weimarer Verfassung begünstigt.
Die Geschichte der Weimarer Republik läßt sich in drei Abschnitte einteilen:
1. Die Krisenjahre 1919-23: Revolutionäre Unruhen und Aufstände von "links", so in Berlin (Spartakus-Aufstand 1919), im Ruhrgebiet 1919 und 20, in Bayern (wo 1919 vorübergehend eine Räterepublik bestand), in Mitteldeutschland und Hamburg 1921 und 23, in Sachsen und Thüringen 1923; Putschversuche von "rechts" (Kapp-Putsch 1920, Hitlerputsch 1923) und die rechtsradikale Agitation gegen die Republik (Dolchstoßlegende, Novemberverbrecher); polnische Aufstandsversuche in Oberschlesien 1919, 20 und 21; Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und Reichswehrführung; Konflikte zwischen dem Reich und einzelnen Ländern, insbesondere Bayern 1923; der sogenannte Ruhrkampf; zahlreiche politische Morde (z.B. 1919 an den KPD-Führern R. Luxemburg und K. Liebknecht, 1921 an Erzberger, 1922 an Rathenau) und nicht zuletzt die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges, vor allem die Zahlung von Reparationen an die Alliierten, die wesentlich zur seit Mitte 22 galoppierenden Inflation beitrugen, belasteten die junge Republik schwer und gefährdeten ihren Bestand.
2. Die Konsolidierung 1924-29. Der Abbruch des Ruhrkampfes (August 23), die Beendigung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark (November 32) und die Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich (Februar 24) leiteten eine Phase der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung und Stabilisierung der Weimarer Republik ein.
Der Dawesplan von 1924 und noch mehr der diesen ablösende Youngplan von 1929 erleichterten die deutschen Reparationslasten. Die von Stresemann 1923-29 geleitete Außenpolitik normalisierte die Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern: 1925 Verträge von Locarno, 1926 Berliner Vertrag mit der UdSSR, dem schon 1922 der Rapallo-Vertrag vorausgegangen war, 1925-30 Räumung des Rheinlands durch die Alliierten, 1926 Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Das wohl wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Phase war die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26.4.1925.
3. Die Auflösung 1929-33. Dieser letzte Abschnitt der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch die Weltwirtschaftskrise, den Übergang vom parlamentarischen zum präsidialen Regierungssystem und das Anwachsen des politischen Extremismus von links und noch mehr

von rechts. Am 25.10.29 leitete der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ein, die Deutschland besonders schwer traf und u.a. zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit (Ende 29 über zwei Millionen, Anfang 32 über sechs Millionen Arbeitslose) führte. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den Anfang und die ersten Jahre der Weimarer Republik (x192/428): >>... Drei Monate lang versuchten beide Seiten, die Oberhand zu gewinnen, doch als die Kommunisten im Januar 1919 einen offenen Aufstand in Berlin begannen, gab es den Republikanern die Möglichkeit, die Armee zur Niederschlagung der Revolte zu Hilfe zu rufen. Bald danach trat in Weimar (da die Hauptstadt Berlin nicht sicher schien) eine Nationalversammlung zusammen, die eine Verfassung für den jungen Staat ausarbeitete.

Das Überleben der "Weimarer Republik", wie der neue Staat genannt wurde, war jedoch nie wirklich gesichert. Während ihres kurzen Bestehens mußte sie sich gegen die – häufig gewaltsamen – Attacken extremer Gruppen der Rechten und Linken zur Wehr setzen. 1920 unternahmen Monarchisten einen Umsturzversuch; 1923 versuchte eine eigenartige Koalition aus unzufriedenen Offizieren unter Führung Ludendorffs und der rechtsextremen Partei Adolf Hitlers, durch einen Putsch in München die Regierungsgewalt in Bayern an sich zu reißen. Auch sie mußte sich geschlagen geben.

Solange die deutsche Wirtschaft ein einigermaßen hohes Beschäftigungsniveau halten konnte, funktionierte das Weimarer Experiment relativ gut. Doch als sich die materiellen Umstände verschlechterten, stieg die Attraktivität jener Gruppen, die versprachen, mit "fester Hand" und stärkeren staatlichen Eingriffen den Wohlstand zurückzubringen.

Letzten Endes waren es die Siegermächte, welche die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft verursachten. Sie alle hatten unter dem Krieg massiv gelitten. Abgesehen von hohen Staatsschulden und der großen Zahl von Gefallenen und Verwundeten waren auch weite Gebiete Frankreichs verwüstet worden, während Großbritannien Millionen Tonnen Schiffskapazität verloren hatte.

Überdies hatten beide Staaten ihre Wirtschaft auf die Erzeugung von Kriegsmaterial umgestellt und dadurch sowie durch andere Faktoren viele ihrer traditionellen überseeischen Märkte verloren. Im März 1921 waren 2 Millionen Briten arbeitslos. Daraus erfolgte die wenig überraschende, mit Nachdruck vorgetragene Forderung, daß Deutschland für all das "zur Kasse gebeten" werden sollte.

1921 verkündete eine Reparationskommission nach langen Beratungen, daß insgesamt eine Summe von 132 Milliarden Goldmark an die Siegermächte zu zahlen sei. Das war für Deutschland, dessen Wirtschaft durch den Krieg ebenfalls stark geschädigt worden war, eine groteske Forderung, doch katastrophale Dimensionen erreichte das Problem durch den Zusammenbruch der deutschen Währung: Die Mark, die 1914 bei 25 US-Cents stand, fiel bis Juli 1922 auf 2 Cents und wurde danach praktisch wertlos: 4,2 Billionen Papiermark waren Ende 1923 für einen Dollar zu zahlen. Das Bürgertum, das durch Anleihen den Krieg finanziert hatte, war ruiniert.

Großbritannien war der Ansicht, daß der Zusammenbruch der Mark auf die Reparationslasten zurückzuführen sei, und schlug ein Einfrieren der Zahlungen vor. Gleichzeitig forderten die Briten jedoch, daß auch ihre eigenen Schulden (und die anderer europäischer Mächte) gegenüber den Vereinigten Staaten gestrichen werden sollten. Die Amerikaner lehnten ab.

Statt dessen setzte einen Sachverständigenausschuß unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles L. Dawes 1924 einen fixen Zeitplan für die Zahlung der vereinbarten Reparationen fest, und das Geld begann schneller denn je in die USA zu fließen. Da immer mehr Reserven aus Europa für die Rückzahlung von Schulden und den Zinsendienst verwendet werden mußten, schrumpfte der Markt für Industriegüter, es entstand ein massives Ungleich-

gewicht in der internationalen Wirtschaft.
Damit war die Bühne bereitet für die Weltwirtschaftskrise, die schließlich den vom Ersten Weltkrieg begonnenen Prozeß vollenden sollte: die Zerstörung der alten Ordnung Europas.<<

**06.09.1919**

**Österreich:** Der österreichische Bundeskanzler Karl Renner (1870-1950) erklärt am 6. September 1919 in der Nationalversammlung, daß Deutsch-Österreich auf seine Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich nie verzichten wird (x063/525).

**09.09.1919**

**Österreich:** Nach Abschluß der sogenannten "Friedensverhandlungen" gibt die österreichische Nationalversammlung am 9. September 1919 bekannt (x028/46): >>... Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs zu schützen, dem deutsch-österreichischen Volk seine Selbstbestimmung nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem deutschen Mutterland, verweigert.
Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß sobald der Friede den Geist nationaler Gehässigkeit und Feindseligkeit, den der Krieg hervorgerufen hat, überwunden haben wird, der Völkerbund auch dem deutschen Volke das Recht auf Einheit und Freiheit der Nation, das er allen anderen Völkern gewährt, nicht dauernd verweigern werde.
In schmerzlicher Enttäuschung legt die Nationalversammlung Verwahrung ein, gegen den leider unwiderruflichen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, 3,3 Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine kulturelle, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszureißen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines feindlichen Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt.
Ohne alle Macht, dieses Unheil abzuwenden und Europa die unvermeidlichen Wirren zu ersparen, die aus der Versündigung an dem heiligsten Rechte einer Nation erwachsen müssen, legt die deutsch-österreichische Nationalversammlung die geschichtliche Verantwortung für diesen Beschluß auf das Gewissen jener Mächte, die ihn trotz unserer ernstesten Warnungen vollziehen.<<

**10.09.1919**

**Österreich:** Österreich unterzeichnet am 10. September 1919 unter Protest den "Friedensvertrag" von Saint-Germain-en-Laye und wird als Rechtsnachfolger der Donaumonarchie zu einem Anstifter des Ersten Weltkrieges erklärt.
Der "Friedensvertrag" von Saint-Germain-en-Laye enthält z.B. folgende Bedingungen (x041/-83): Die deutsch-böhmische Landesregierung in Wien wird aufgelöst und das Sudetenland muß zwangsweise aus dem österreichischen Staatsverband ausscheiden.
Abtretung von Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, Galizien, Bukowina, Dalmatien, Istrien, Südtirol (bis zum Brenner) sowie Teile von Kärnten und Krain an die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und an Italien.
Anerkennung aller "Nachfolgestaaten".
Verzicht auf die Bezeichnung Deutsch-Österreich.
Ausweisung der Habsburger.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Vertrag von Saint-Germain-en-Laye (x051/511): >>Saint-Germain-en-Laye, Vorort von Paris, in dem am 2.9.19 die endgültigen Friedensbedingungen für Österreich von den Alliierten vorgelegt und am 10.9.19 unter österreichischem Protest unterzeichnet wurden.
Der Vertrag von Saint Germain-en-Laye verfügte die Auflösung Österreich-Ungarns und die Beschränkung des österreichischen Staates auf das deutsch besiedelte Gebiet, von dem noch

Südtirol zugunsten Italiens und die deutschsprachigen Gebiete von Böhmen und Mähren zugunsten der neu geschaffenen Tschechoslowakei abgetrennt wurden.
In enger Anlehnung an den Versailler Vertrag wurden Österreich Reparationen auferlegt, das Heer durfte 30.000 Mann nicht überschreiten, ein Anschluß an das Deutsche Reich sollte vom Völkerbund entschieden werden, was einem Verbot gleichkam.
Der am 16.7.20 in Kraft getretene Vertrag von Saint Germain-en-Laye bedeutete für Österreich wirtschaftlich wie psychologisch eine Katastrophe und schuf einen internationalen Konfliktherd, der zum Scheitern des Sicherheitssystems der Pariser Vorortverträge maßgeblich beitragen sollte.<<

**Die Republik Österreich**

Österreich verlor durch den "Friedensvertrag" von Saint Germain-en-Laye insgesamt mehr als 66 % seiner bisherigen Gebiete und über 75 % der gesamten Bevölkerung. Nach der Zertrümmerung des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates lebten nur noch rd. 6,5 Millionen Einwohner in dem neuen Bundesstaat (84.000 qkm).
Obwohl dem neuen Bundesstaat Österreich der gewünschte Name "Deutsch-Österreich" und der Anschluß an das Deutsche Reich ausdrücklich verboten wurde, forderte die überwältigende Mehrheit der Österreicher weiterhin beharrlich den Anschluß an das Deutsche Reich. Man war mit den Deutschen schließlich seit Jahrhunderten verbunden und sah außerdem allein keine politische und wirtschaftliche Zukunft.
Nach dem Ersten Weltkrieg benötigte Österreich ständig ausländische Anleihen, um das Volk überhaupt ernähren zu können (x059/65).
Alle großen österreichischen Parteien nahmen den deutsch-österreichischen Anschluß in ihre Parteiprogramme auf. In den folgenden Jahren wurden die österreichisch-deutschen Einigungsbestrebungen (wie z.B. die deutsch-österreichische Zollunion im Jahre 1931) jedoch vor allem durch Frankreich und Italien verhindert.
Infolge der Liquidierung der jahrhundertealten "Habsburger Ordnung" war Ost-Mitteleuropa noch wesentlich "zerrissener" als vor dem Kriegsausbruch. In den "neuen Staaten" Jugoslawien, Polen, Rumänien und in der Tschechoslowakei lebten die unterschiedlichsten Volksgruppen zusammen. Diese "neuen Staaten" verbündeten sich naturgemäß mit Frankreich und England gegen Österreich und das Deutsche Reich. Aufgrund des bisherigen Nationalitätenkampfes und der bestehenden historischen Feindschaften waren schwere Auseinandersetzungen nur eine Frage der Zeit.
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über "Österreich" nach dem Frieden von Saint-Germain-en-Laye (x051/433): >>Österreich, im Südosten an das Deutsche Reich grenzender Bundesstaat mit rund 84.000 km² und 6,7 Millionen Einwohnern (1930).
Dem "deutschen Rest" des Habsburgerreiches wurde im Frieden von Saint-Germain-en-Laye (10.9.19) der einhellig gewünschte Anschluß an Deutschland untersagt.
Vier fundamentale Widersprüche, denen keine hinreichend integrierenden Kräfte gegenüberstanden, ließen Österreich nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen unter Renner (10.6.20) bis zuletzt nicht zur Ruhe kommen und verhinderten die Ausbildung einer nationalen Identität: historisch die verklärende Erinnerung an Alt-Österreich;
ideologisch und parteipolitisch die Polarisierung zwischen antimarxistischem Bürgerblock mit Christlichsozialen unter I. Seipel (Kanzler 1922-24 und 26-29), Großdeutscher Volkspartei und Landbund und dem austromarxistischen Lager, vertieft durch die paramilitärischen Konflikte zwischen Heimwehren und Republikanischem Schutzbund; gesellschaftlich der Gegensatz zwischen dem industrialisierten "roten" Ballungszentrum und bürokratischem Wasserkopf Wien (25 % der Bevölkerung) und den überwiegend agrarisch-konservativen Bundesländern, die nach der Auflösung der Donaumonarchie nicht in der Lage waren, die Hauptstadt

ausreichend zu ernähren (Hungerrevolten 1918/22);
national die Auseinandersetzung um den Anschluß zwischen den um staatliche Selbständigkeit bemühten Christlichsozialen und den Sozialdemokraten, die sich vom Aufgehen im Deutschen Reich den "Anschluß an den Sozialismus" erhofften. ...<<

**Rumänien:** Rumänien erzielt als Siegermacht des Ersten Weltkrieges erhebliche Gebiets- und Bevölkerungsgewinne und kann durch die Friedensverträge von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919 und Trianon (1920) die Gebiete und die Bevölkerung des bisherigen Staates mehr als verdoppeln (x007/3E).

**Das Königreich Rumänien**

Rumänien erhielt nach dem Ersten Weltkrieg (1914-18) Siebenbürgen, Banat und Marmarosch von Ungarn, die Bukowina von Österreich, Bessarabien von Rußland und behielt außerdem die Dobrudscha (1913 von Bulgarien erobert). Das Königreich Rumänien wurde dadurch ein neuer Nationalitätenstaat.

Im Jahre 1930 lebten in Rumänien 18.057.028 Einwohner (x007/5E): 71,9 % Rumänen, 7,9 % Ungarn, 4,1 % Deutsche, 4,0 % Juden, 3,2 % Ruthenen-Ukrainer, 2,3 % Russen, 2 % Bulgaren, 1,6 % Türken, Tataren und Gagausen, 1,6 % Zigeuner und 1,5 % sonstige Völker.

Konfessionsgliederung in Rumänien im Jahre 1935 (x019/162): 70,6 % rumänisch-orthodox, 7,2 % griechisch-katholisch, 6,9 % römisch-katholisch, 5,8 % israelitisch, 5,3 % protestantisch und 1,0 % Moslems.

Im Jahre 1934 war Rumänien noch ein Agrarstaat 1. Ordnung. Die rumänisch-ungarische Donauebene gehörte damals zu den wichtigsten Kornkammern Europas. Die fruchtbarsten Gebiete lagen vor allem im Banat, in Bessarabien und Siebenbürgen.

Ab 1919 wurden die Siebenbürger Sachsen und die überwiegende Mehrheit der Banater Deutschen ("Donauschwaben") Rumänien zugeordnet, nur ein geringer Rest blieb in Ungarn. Im Jahre 1930 wohnten rd. 745.000 Rumänien-Deutsche in folgenden Siedlungsgebieten: Banat = 275.000, Siebenbürgen = 237.000, Bessarabien = 81.000, Bukowina = 76.000, Sathmar-Gebiet = 31.000, Dobrudscha = 13.000 und Alt-Rumänien (Moldau, Große und Kleine Walachei) = 32.000.

Die bekanntesten deutsch-rumänischen Städte waren: Hermannstadt, Kronstadt und Temeschburg.

Die deutschen Siedlungen hatte man größtenteils nach dem Abzug der Türken gegründet (Friedensverträge von Karlowitz: 1699 und Passarowitz: 1718). Die spätere Übernahme durch Ungarn (1779) behinderte das deutsche Siedlungswerk nicht (x007/8E).

Die Siedlungsgebiete der Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Buchenland- und Bessarabien-Deutschen waren z.T. weit voneinander entfernt. Die Rumänien-Deutschen waren räumlich ab 1919 von ihrem Mutterland getrennt, so daß sie keine Grenzminorität, wie z.B. die Deutschen im Sudetenland, in Westpreußen oder in Oberschlesien, darstellten. Die Nationalitätenpolitik der Rumänen war im allgemeinen gemäßigt.

Das entspannte rumänisch-deutsche Verhältnis änderte sich erst, als die kompromißbereite Führungsschicht der Rumänien-Deutschen ab 1931/32 durch radikalere Kräfte verdrängt wurde und seit 1938 die rumänische "Königsdiktatur" die nationalsozialistischen Ideen der Volksdeutschen förderte.

Im neuen Vielvölkerstaat Rumänien bekämpfte die Regierung (sogenannte "Liberale") vor allem kommunistische Bewegungen, die von der Sowjetunion unterstützt wurden. Aufgrund der erbitterten Feindschaft gegenüber der UdSSR, Ungarn und Bulgarien fühlten sich die Rumänen nach dem Ersten Weltkrieg ständig bedroht. Alle innenpolitischen Feinde wurden rücksichtslos verfolgt. Freie Wahlen gab es nicht und die Wähler wurden nicht selten terrorisiert. Häufig tauschte man kurzerhand Wahlurnen aus, um genügend Wählerstimmen zu erhalten (x178/73).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Deutschtum in Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg (x007/3E-32E): >>… **Siedlungsgebiete.**

Vor dem ersten Weltkrieg verfügte das Königreich Rumänien in seinen damaligen Grenzen über eine - wenn man von der Dobrudscha absieht - fast homogene rumänische Bevölkerung. Kleine Gruppen von Deutschen, Madjaren und Zigeunern fielen kaum ins Gewicht. Die besonders in der Moldau zahlreichen Juden waren nur bedingt als nationale Minderheit zu werten. Das Jahr 1918 sah das vorher den Mittelmächten unterlegene Rumänien an der Seite der Siegerstaaten.

Die Friedensverträge von Trianon und St. Germain schoben die rumänischen Grenzen weit nach Norden und Westen in die Gebiete der zerschlagenen Doppelmonarchie vor; die östliche Hälfte des Banats, Siebenbürgen mit dem nordwestlichen Vorland des Sathmar-Marmarosch-Gebiets und das österreichische Herzogtum Bukowina wurden Rumänien zugesprochen. Der Vertrag von Neuilly bestätigte den Besitz der Dobrudscha einschließlich der im Balkankrieg 1913 von Bulgarien gewonnenen Bezirke. Gleichzeitig besetzten rumänische Truppen im Osten das vordem russische Bessarabien. Fläche und Bevölkerung Rumäniens wurden mehr als verdoppelt. Das entstandene "Groß-Rumänien" war ein völlig neues Staatsgebilde.

In den hinzuerworbenen Territorien lebten 1930 insgesamt 9,25 Millionen Menschen, von denen jedoch nur 5,2 Millionen Rumänen, 4 Millionen aber Madjaren, Deutsche, Ukrainer, Serben und Angehörige anderer nationaler Minderheiten waren. Damit war der Anteil der Fremdstämmigen an der Bevölkerung Rumäniens auf 28 Prozent gestiegen. Erst von 1918 ab kann man von einem ernsthaften rumänischen Nationalitätenproblem sprechen; erst von diesem Zeitpunkt an gab es zugleich ein zahlenmäßig ins Gewicht fallendes Deutschtum in Rumänien.

Die Wirren des zweiten Weltkrieges haben auch die Grenzen Rumäniens wiederholt in Mitleidenschaft gezogen. Ende Juni 1940 besetzten sowjetische Truppen Bessarabien und die nördliche Bukowina mit der Hauptstadt Czernowitz. Im Spätsommer desselben Jahres gingen durch den zweiten Wiener Schiedsspruch der Norden Siebenbürgens mit Sathmar und Großwardein an Ungarn, durch den Vertrag von Craiova die Süd-Dobrudscha an Bulgarien verloren. Ein Jahr später führte Rumäniens Eintritt in den Krieg gegen die Sowjetunion zur Wiedergewinnung der nordöstlichen Grenzprovinzen, während gleichzeitig das angrenzende "Transnistrien", die Moldowanische Sowjetrepublik, unter rumänische Militärverwaltung gestellt wurde.

Das Ende des Krieges brachte Rumänien die Rückgliederung Nord-Siebenbürgens, zugleich aber den endgültigen Verlust Bessarabiens und der nördlichen Bukowina mit dem moldauischen Herţa-Distrikt an die Sowjets. Um in diesem Wechsel einen festen Standpunkt zu gewinnen, geht die vorliegende Darstellung grundsätzlich von dem Gebietsstand der Jahre zwischen 1918/19 und 1940 aus.

Groß-Rumänien hatte 1930 - nach der ersten amtlichen Volkszählung für den Gesamtstaat - rund 18 Millionen Einwohner, von denen ihrer Volkszugehörigkeit nach knapp 13 Millionen Rumänen, 5 Millionen aber Angehörige der verschiedensten nationalen Minderheiten waren. Hierbei stellten nach den fast 1,5 Millionen Madjaren die Deutschen mit rund 4 Prozent der Gesamtbevölkerung die zweitstärkste Gruppe. Freilich waren diese Deutschen zunächst weit davon entfernt, politisch oder bewußtseinsmäßig eine Einheit zu bilden.

Außer ihrer deutschen Abstammung hatten Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Buchenland- und Bessarabien-Deutsche, die sich durch die Neugliederung der Jahre 1918/19 in einen ihnen ursprünglich fremden Staat eingefügt fanden, zunächst wenig gemeinsam. In ihrer sozialen, wirtschaftlichen und konfessionellen Struktur wie auch in ihrer Siedlungsgeschichte stark unterschieden, bewohnten die einzelnen deutschen Gruppen Gebiete, die nicht nur land-

schaftlich sehr verschiedenartig, sondern auch räumlich zum Teil weit voneinander entfernt waren.
Siebenbürgen war das an Umfang und Bevölkerung bedeutendste unter den neugewonnenen Territorien, bald eine der Kernprovinzen des neuen Rumäniens. Das von den Gebirgszügen des großen Karpatenbogens umschlossene Hochland - Transilvania oder auch Ardeal nannten es die Rumänen - verfügte über eine klare rumänische Bevölkerungsmehrheit.
Die Geschichte des Landes jedoch war von den drei historischen "Nationen" der Madjaren, Szekler und Sachsen bestimmt worden. Madjarisch oder deutsch war das Gesicht der siebenbürgischen Städte.
Die Siebenbürger "Sachsen" sind eine der ältesten deutschen Volksgruppen in Südosteuropa. Schon in der Mitte des 12. Jahrhunderts hatten sich deutsche Siedler aus vielen Teilen des Reiches, aus Flandern, vom Rhein und aus Mitteldeutschland vor allem, dem Ruf des ungarischen Königs Geisa II. folgend, auf dem "Königsboden" des Landes zwischen Großer Kokel und Alt-Fluß niedergelassen. Der "Goldene Freibrief" König Andreas II. von 1224 sicherte den "Sachsen" des Altlandes um Hermannstadt territoriale, politische und kirchliche Autonomie zu. Schon unter Geisa waren auch weiter nördlich, im Nösener Land um Bistritz, deutsche Bauern angesiedelt worden.
Eine vorübergehende Niederlassung des Deutschen Ritterordens führte zu Beginn des 13. Jahrhunderts zur deutschen Besiedlung des südöstlich gelegenen Burzenlandes um Kronstadt. Im 14. und 15. Jahrhundert wurden die Privilegien des immer wieder bestätigten "Andreanums" vom alten Kernland der "Sieben Richter" auf alle deutschen Siedlungen in Siebenbürgen ausgedehnt, die sich in der sächsischen "Nationsuniversität" unter der Leitung eines frei gewählten Sachsengrafen zusammenschlossen.
Über die Wechselfälle der Jahrhunderte hinweg verstanden es die Siebenbürger Sachsen - als Bauern und als Bürger in den von ihnen gegründeten Städten - ihre historischen Rechte zu behaupten. Gestützt auf die Unabhängigkeit ihrer seit 1550 evangelisch-lutherischen Landeskirche konnten sie sich das Bewußtsein ihrer sächsischen Eigenständigkeit auch nach dem Verlust der politischen Selbstverwaltung durch die endgültige Angliederung an Ungarn (1868/76) erhalten.
Der Zusammenhang des sächsischen Siedlungsgebietes wurde durch den Übergang Siebenbürgens an Rumänien im Jahre 1918 nicht zerstört. Durch den Wiener Schiedsspruch fielen jedoch 1940 mit dem madjarischen Gebiet des sogenannten Szekler-Zipfels auch die sächsischen Siedlungen um Bistritz und Sächsisch-Reen vorübergehend an Ungarn zurück.
Das Deutschtum im Temescher Banat, dem Geviert zwischen Donau, Theiß und Mieresch (Maros), das im Osten durch die Randgebirge der Karpaten begrenzt wurde, war sehr viel jüngeren Datums als das Siebenbürgens. Es verdankt seine Entstehung einem großangelegten Ansiedlungswerk, das, von der österreichischen Militärverwaltung unmittelbar nach dem Friedensschluß von Passarowitz (1718) in Angriff genommen, mit kurzen Unterbrechungen das ganze 18. Jahrhundert hindurch fortgesetzt wurde; der Übergang in ungarische Verwaltung (1779) bedeutete hier keinen wesentlichen Einschnitt.
Neben deutschen Bauern und Handwerkern - vor allem aus dem Südwesten des Reiches - wurden schon in den ersten Jahrzehnten zur Ausbeutung der Bodenschätze des südöstlichen Berglandes auch österreichische Berg- und Hüttenarbeiter angesetzt. Durch den Friedenschluß von 1919 kam die überwiegende Mehrheit der Banater Deutschen, die der großen Gruppe der Donauschwaben zugerechnet werden, an Rumänien.
Ein Teil wurde dem neuen südslawischen Königreich zugeschlagen; nur ein geringer Rest blieb bei Ungarn. Rumänien fielen neben dem südöstlichen Industriegebiet um Reschitza (Resita) und Steierdorf-Anina mit ihrer deutschen Arbeiterschaft vor allem die fast rein deutschen Bauerndörfer der schwäbischen Heide östlich und nordöstlich von Temeschburg (Timisoara)

zu, das selbst zu einem Drittel von Deutschen bewohnt wurde. Zu den Banater Schwaben müssen auch die deutschen Siedlungen um Arad-Neuarad gerechnet werden, obwohl sie verwaltungsmäßig nicht zum Banat gehören.
Zu den Donauschwaben zählen schließlich auch die deutschen Bewohner des Sathmar-Gebiets, das, jenseits des Siebenbürgischen Hochlandes im äußersten Nordwesten des heutigen Rumänien gelegen, geographisch schon zur ungarischen Tiefebene gehört. Hier waren, ebenfalls im 18. Jahrhundert, auf Grund von Werbungen der Grafen Karolyi um Groß-Karol (Carei; ungarisch: Nagykaroly) auf den ausgedehnten Besitzungen der Familie eine Reihe zum Teil rein schwäbische Bauerndörfer entstanden.
Doch war diese verhältnismäßig kleine deutsche Gruppe weit stärker als die bis 1868 politisch selbständigen Siebenbürger Sachsen oder auch die Banater Schwaben den im 19. Jahrhundert einsetzenden Madjarisierungsbestrebungen des ungarischen Staates ausgeliefert und erschien in ihrem deutschen Charakter 1918 bereits ernsthaft in Frage gestellt. Ähnliches gilt auch für die den Sathmar-Schwaben stammesmäßig nahestehenden deutschen Splitter um Großwardein (Oradea) und in der Marmarosch.
Die Bukowina, das "Buchenland", an der östlichen Abdachung der Waldkarpaten und des Siebenbürgischen Hochlandes, war stets ein ausgesprochenes Grenz- und Durchgangsland, eine Tatsache, die sich in der Wirtschaftsstruktur wie in der Bevölkerungszusammensetzung widerspiegelt. Herrschte im Südteil das rumänische Element vor, so war der 1940 an die Sowjetunion abgetretene Norden mit der Hauptstadt Czernowitz ukrainisches Siedlungsgebiet. Die Einwanderung der Deutschen, die 1930 fast 10 Prozent der Bevölkerung ausmachten, konzentrierte sich im wesentlichen auf die ersten vier Jahrzehnte nach der österreichischen Besitznahme des zuvor moldauischen Gebiets (1775).
Im Gegensatz zu den planmäßigen Besiedlungsaktionen in den donauschwäbischen Gebieten Ungarns wurde der Zustrom deutscher Siedler in der Bukowina, die 1849 als Herzogtum zum österreichischen Kronland erhoben wurde, zwar gefördert, jedoch nur teilweise systematisch gelenkt. So konnten die einwandernden Zipser Bergleute in den südwestlichen Gebirgstälern, die böhmischen Glasbläser und Waldarbeiter in den westlichen Bergwäldern und die "schwäbischen" Bauern im fruchtbaren Hügelland des Nordostens - anders als Banater, Siebenbürger und auch Bessarabien-Deutsche - in der Regel keine geschlossenen Dörfer bilden.
Einen verhältnismäßig starken deutschen Bevölkerungsanteil zeigten die Städte, vor allem Czernowitz (Cernauti), der Sitz der österreichischen Verwaltung, das während des gesamten 19. Jahrhunderts eine stetige Zunahme seiner deutschen Einwohnerschaft zu verzeichnen hatte. Nicht zuletzt dem Vorherrschen der deutschen Amtssprache ist es zu danken, daß sich das Buchenlanddeutschtum bis 1918 auch in Ortschaften mit rumänischer Mehrheit im allgemeinen rein erhalten konnte.
Wie die Bukowina ist auch Bessarabien ein Grenzland. Der Name wird erst seit der Eroberung des vordem ebenfalls türkisch-moldauischen Gebiets durch Rußland (1812) auf den gesamten Landstreifen zwischen Dnjestr und Pruth angewandt. Das Hügelland im Osten und Norden ist altes rumänisches Siedlungsland - nur in den nordöstlichen Randgebieten und in den Städten findet sich ein stärkerer russisch-ukrainischer Bevölkerungsanteil.
Das fruchtbare Steppenland Südwestbessarabiens, ursprünglich kaum besiedelt, wurde nach der russischen Besitzergreifung in das zuerst von Katharina II. begonnene südrussische Kolonisationswerk einbezogen. Hier entstanden in den Jahren 1814-42 neben gagausischen, bulgarischen und ukrainischen Siedlungen zunächst 24 deutsche Bauerndörfer, benannt zum Teil nach Schlachtorten der Befreiungskriege: Leipzig, Kulm, Beresina, Katzbach, Paris.
Die Siedler wurden im Großherzogtum Warschau, in Nordostdeutschland, aber auch in Württemberg angeworben. Ungewöhnlich rasche Bevölkerungszunahme führte bis ins 20. Jahrhundert hinein zur Gründung zahlreicher Tochtersiedlungen, zumeist in den unmittelbar an-

grenzenden Bezirken, die den Wohlstand der ersten Kolonistendörfer um Tarutino freilich nur selten erreichten. Die wenigen unabhängig von dieser Besiedlung entstandenen deutschen Gemeinden in Nordbessarabien fallen ebenso wie die geringfügigen deutschen Gruppen in den Städten kaum ins Gewicht.
Im rumänischen "Altreich" finden sich bedeutendere deutsche Ansiedlungen nur in der Dobrudscha. Von Landnot getriebene deutsche Auswanderer aus Bessarabien und Südrußland hatten in diesem steppenartigen Landstrich südlich der Donaumündung nach 1840 - zunächst noch unter türkischer Herrschaft - insgesamt 30 Gemeinden besiedelt, in denen sie freilich zumeist mit Rumänen, Bulgaren, Tataren und Türken zusammenwohnten.
Von einem geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet kann bei diesen um die Hafenstadt Konstanza und um Tulcea im Norden verstreuten Dörfern kaum die Rede sein.
Im eigentlichen "Regat", in den Provinzen Oltenia (Kleine Walachei), Muntenia (Große Walachei) und Moldau gab es stärkere deutsche Gruppen nur in den größeren Städten: in Ploesti, Craiova, Galatz, Braila und Jassy mit (1930) jeweils zwischen 1.000 und 2.000 deutschen Einwohnern, insbesondere aber in der Metropole Bukarest, die nach der Zählung von 1930 etwa 15.000 Deutsche zählte, mehr als die gesamte Dobrudscha. Hatten sich in Bukarest schon im 18. und 19. Jahrhundert zahlreiche deutsche Familien niedergelassen, so wirkte die Landeshauptstadt nach 1918 in verstärktem Maß auch für die Deutschen der neu angegliederten Gebiete als Anziehungspunkt.

**b. Bevölkerungszahl.**

Rumänien wurde erst durch die Friedensschlüsse nach dem ersten Weltkrieg zum Nationalitätenstaat. Man wird es nicht zuletzt auf diese Tatsache zurückführen dürfen, daß die älteren Volkszählungen des Königreiches Muttersprache oder Volkszugehörigkeit der Einwohner nicht berücksichtigten. Für die angegliederten Gebiete bieten die Ergebnisse der vorhergehenden ungarischen, österreichischen und russischen Zählungen verwertbare Anhaltspunkte.
Die neue rumänische Verwaltung leitete hier unmittelbar nach der Besitzergreifung in den Jahren 1919/20 Erhebungen ein, die auch die Nationalitätenverhältnisse klären sollten, doch blieben die Resultate unbefriedigend. Als daher 1930 nach langjährigen Vorbereitungen die erste allgemeine Volkszählung für Groß-Rumänien durchgeführt wurde, sollte diese in erster Linie dazu dienen, die Unterteilung der rumänischen Bevölkerung nach Volksgruppen ... so genau wie möglich festzulegen.
Der Herausgeber der amtlichen Zählungsergebnisse von 1930, Sabin Manuila, geht in seinem Vorwort auf die prinzipielle Problematik jeder um Genauigkeit bemühten Nationalitätenstatistik ein. Eine objektive Feststellung der sprachlichen und abstammungsmäßigen Volkszugehörigkeit jedes einzelnen Staatsbürgers wäre in der Praxis an sich schwer durchzuführen, in Gebieten nationaler Vermischung oder sprachlicher Überfremdung aber von vornherein zum Scheitern verdammt. Als einzige Alternative bleibt nach Ansicht Manuilas die subjektive Willenserklärung des Einzelnen im Zählungsfragebogen, obwohl auch dieser Methode manche Mängel anhaften.
Die rumänische Volkszählung vom 29. Dezember 1930 versuchte auf dem letztgenannten Wege ein Höchstmaß an Genauigkeit zu erlangen: Sie fragte einmal nach der Muttersprache, der Sprache, "welche die Person zu Hause spricht und die sie von ihren Eltern gelernt hat", zum anderen aber - in einer gesonderten Rubrik - nach der Volkszugehörigkeit, wobei sich jeder zu dem Volkstum bekennen sollte, mit dem er durch Tradition und Gefühl verbunden war ...
Den sehr genauen Ergebnissen der 1930er Zählung lassen sich entsprechende Vergleichswerte aus den vorhergehenden Jahrzehnten leider nicht gegenüberstellen. Eine Gesamtdarstellung der Bevölkerungsentwicklung des rumänischen Deutschtums ist somit auf Grund der statistischen Daten nicht ohne weiteres möglich; sie würde darüber hinaus, angesichts der verschie-

denartigen Struktur der einzelnen deutschen Gruppen, weiterreichende Schlüsse kaum ermöglichen.
So ließ im Banat die nicht nur von der deutschen Bevölkerung geübte Geburtenbeschränkung die Entwicklung stagnieren, während ausgesprochen hohe Kinderzahlen in Bessarabien ein verhältnismäßig starkes Anwachsen der dortigen deutschen Bauernbevölkerung bewirkten.
Zusammenstellungen der für die einzelnen deutschen Siedlungsgebiete verfügbaren Unterlagen zeigen, daß sich der deutsche Bevölkerungsanteil in den Jahrzehnten zwischen 1880 und 1940 prozentual geringfügig vermindert hat, obwohl die absoluten Zahlen stetig anstiegen. Eine stärkere Umschichtung bewirkte das starke Anwachsen der rumänischen Staatsbevölkerung nach 1919 in den ursprünglich mehrheitlich deutschen Städten, in Temeschburg, Kronstadt, vor allem aber in Hermannstadt, dessen deutscher Bevölkerungsanteil von 71,9 % im Jahre 1880 auf 37,0 % im Jahre 1941 zurückging.
Zuverlässige Auskunft über die Gesamtzahl der vor Ausbruch des letzten Krieges in Rumänien ansässigen Volksdeutschen vermögen letztlich nur die Ergebnisse der Volkszählung von 1930 zu geben, da eine weitere Zählung vor den Gebietsveränderungen des Jahres 1940 nicht stattfand. Die Schwierigkeiten, die sich einer Auswertung der in ihrer Art mustergültigen Zählung entgegenstellen, sind angesichts der allgemeinen Bevölkerungssituation Rumäniens sehr viel geringer als etwa in Ungarn.
Machten dort die engen politisch-nationalen und sprachlichen Verflechtungen zwischen Schwaben und Madjaren eine exakte zahlenmäßige Erfassung der "Deutschen" fast unmöglich, so hatte sich das Deutschtum Siebenbürgens, Bessarabiens und der Bukowina von nationaler Vermengung und sprachlicher Überfremdung fast völlig freigehalten. Die schwäbische Bevölkerung des Banats fand nach 1919, trotz der vorangegangenen Madjarisierung, in ihrer überwiegenden Mehrheit zum deutschen Volkstumsbekenntnis zurück.
Akut blieb das Problem eines national unentschiedenen "schwebenden Volkstums" lediglich für die in starkem Maße madjarisierten schwäbischen Siedlungen des Sathmar-Gebiets, deren Bewohner der deutschen Sprache zum Teil völlig entfremdet waren. Auch unter den Deutschen in den Städten des Altreichs wie in der Dobrudscha hatte eine gewisse Assimilierung, hier an das rumänische Staatsvolk, stattgefunden. In den Städten der Bukowina erschwert umgekehrt der hohe Prozentsatz deutschsprachiger Juden - die als eigene Nationalität gezählt wurden - eine saubere Trennung, soweit es um die zweite Rubrik der Zählung geht. …
Die Volkszählung von 1930 ergibt für die einzelnen deutschen Siedlungsräume folgendes Bild:

| | Deutsche Volkszugehörigkeit | Deutsche Muttersprache |
|---|---|---|
| Siebenbürgen . . . . . | 237 416 | 237 881 |
| Banat . . . . . | 275 369 | 281 067 |
| Sathmar-Gebiet . . . . . | 31 067 | 21 845 |
| Bessarabien . . . . . | 81 089 | 80 568 |
| Bukowina . . . . . | 75 533 | 93 812 |
| Dobrudscha . . . . . | 12 581 | 12 439 |
| Alt-Rumänien (Moldau, Große und Kleine Walachei) . . . . . | 32 366 | 33 075[39] |
| Rumänien insgesamt . . . . . | 745 421 | 760 687 |

39) Davon entfielen allein auf Bukarest 14.231 Einwohner mit deutscher Volkszugehörigkeit

…
Schon eine oberflächliche Betrachtung dieser Zahlen zeigt, daß deutsche Muttersprache und deutsche Volkszugehörigkeit sich nicht unbedingt decken. Ein für die Gemeinden vorgenommener Vergleich der Einzelresultate ergibt, daß von den 745.421 Personen deutscher Volkszugehörigkeit wenigstens 18.000 Deutsch nicht als ihre Muttersprache angegeben haben, während umgekehrt von den 760.687 Deutschsprechenden mehr als 30.000 sich nicht dem deutschen Volkstum zurechneten.
Die tatsächlichen Zahlen werden noch um ein geringes höher liegen. Man wird daher für das Jahr 1930, bei vorsichtiger Schätzung, mit 720.000 Rumänien-Deutschen rechnen dürfen, die durch Muttersprache und Volkstumsbekenntnis eindeutig als Deutsche ausgewiesen waren. Dazu kämen rund 25.000 Menschen, die sich noch als Deutsche fühlten, obwohl Madjarisch oder Rumänisch für sie zur Muttersprache geworden waren.
Nach den amtlichen Bevölkerungskontrollen und Fortschreibungen des rumänischen Zentralinstituts für Statistik erhöhte sich die Zahl der Deutschen in Rumänien bis Ende 1939 auf 782.246. Die Zahl greift sicher nicht zu hoch, da nach der Umsiedlung von rund 200.000 Deutschen aus Bessarabien, der Bukowina, der Dobrudscha und dem Altreich, sowie der Abtrennung Nord-Siebenbürgens und des Sathmar-Gebiets mit etwa 70.000 deutschen Bewohnern in der amtlichen Volkszählung von 1941 für Restrumänien noch immer 542.325 Deutsche gezählt wurden.
Unter Berücksichtigung der oben aufgezeigten Fehlerquellen wäre die Gesamtzahl der Volksdeutschen in Groß-Rumänien bei Kriegsausbruch somit zwischen 750.000 und 800.000 anzusetzen, wobei sich die Zahl der tatsächlich noch deutschsprechenden und sich als Deutsche fühlenden der unteren, die aller überhaupt deutschstämmigen Einwohner der oberen Grenze nähern würde.

**c. Wirtschaftlich-soziale Struktur.**

Von den 745.421 rumänischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit des Jahres 1930 wurden 192.879 in den Städten, 552.542 in ländlichen Gemeinden gezählt. Der Anteil der städtischen Bevölkerung lag für die Deutschen mit 25,9 % über dem Landesdurchschnitt (20 %), da die Rumänen zu 83,4 % Landbewohner waren. Schematische Statistiken dieser Art geben allerdings kein zuverlässiges Bild der sozialen Schichtung; zahlreichen Ackerbürgern in den Kleinstädten des Ostbanats standen Gewerbetreibende und Industriearbeiter in den ländlichen Großgemeinden des Westens gegenüber.
Grundsätzlich muß auch eine Betrachtung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des rumänischen Deutschtums die strukturellen Verschiedenheiten der einzelnen Siedlungsgebiete beachten. Dennoch bleibt allgemein festzustellen, daß die Mehrzahl der deutschen Siedler, in Siebenbürgen wie in den Kolonisationsgebieten, im Banat, in Sathmar und Bessarabien, als Bauern ins Land gekommen waren, daß geschlossene bäuerliche Siedlungen die breite Grundlage des rumänischen Deutschtums stellten.
Die Siebenbürger Sachsen bildeten die wirtschaftlich bedeutendste und zugleich die in ihrer sozialen Gliederung ausgewogenste unter den deutschen Gruppen Groß-Rumäniens. Neben dem Bauerntum der sächsischen Dörfer, in denen die Höfe mittlerer Größe (zwischen 5 und 10 ha) überwogen, fand sich in den Städten eine alteingesessene bürgerliche Schicht von Handwerkern, Geschäftsleuten, Beamten und Akademikern.
Auch in den Städten und Großgemeinden des Banats hatte sich freilich neben und aus dem wohlhabenden schwäbischen Bauerntum heraus ein breiter bürgerlicher Mittelstand von Gewerbetreibenden, Kaufleuten und Akademikern gebildet; der relativ hohe Prozentsatz deutscher Arbeiter in den Industrieorten des Berglandes wie in den zunehmend industrialisierten Städten Temeschburg und Arad schuf hier besondere soziale Probleme.
In der schwäbischen Bevölkerung des Sathmar-Gebiets war das bäuerliche Element klar vor-

herrschend, wobei die ursprünglichen Siedlerstellen durch Realteilung mehr noch als im Banat zerstückelt worden waren. In noch stärkerem Maße als in den donauschwäbischen Gebieten blieb in den deutschen Dörfern Bessarabiens das Bauerntum bestimmend.
Obwohl den reichen Großbauern der alten Kolonistendörfer um Tarutino in den jüngeren Ansiedlungen - in Bessarabien wie in der angrenzenden Dobrudscha - oft kaum lebensfähige Klein- und Kleinstbetriebe gegenüber standen, waren Gewerbe und Kleinindustrie in beiden Gebieten kaum entwickelt. In der Bukowina hatte das im wesentlichen ungesteuerte Einströmen deutscher Siedler die Herausbildung eines organischen Sozialgefüges innerhalb der deutschen Bevölkerung verhindert. Neben einer unverhältnismäßig hohen Zahl von Beamten und Rentnern als Hinterlassenschaft der österreichischen Verwaltung fanden sich hier Angehörige fast aller Berufsklassen, Kaufleute und Handwerker, Arbeiter, Häusler und schließlich - vor allem in Nordosten der Provinz - auch Bauern in größerer Zahl.
Die Zerschlagung des südosteuropäischen Großwirtschaftsraumes beließ die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns in einer durch die allgemeine Nachkriegsentwicklung der Weltwirtschaft noch verschärften Krisensituation, die in Rumänien in den Jahrzehnten zwischen den Kriegen trotz der natürlichen Reichtümer des Landes nie ganz behoben werden konnte. Das innerhalb der deutschen Bevölkerung des Landes dominierende Bauerntum war von dem Verlust seiner alten Absatzgebiete, den Schwierigkeiten der Einordnung in das Gefüge der rumänischen Wirtschaft zunächst in besonders starkem Maße betroffen.
Die rumänischen Agrarreformen der Jahre 1921 bis 1924 trafen - neben dem korporativen Besitz deutscher kirchlicher und kultureller Institutionen in Siebenbürgen und im Banat - vor allem das Großbauerntum Bessarabiens. Die Bevorzugung von Stammes-Rumänen bei der Bodenverteilung bewirkte eine rumänische Unterwanderung deutscher Gemeinden. Da die Aufteilung der großen Güter die Möglichkeit neuen Bodenerwerbs auch für die Folgezeit stark einschränkte, sahen sich zahlreiche deutsche Bauern, insbesondere aus dem Banat und aus Bessarabien, zur Auswanderung getrieben.
Die im Vergleich zu den oft noch rückständigen rumänischen Bauernwirtschaften intensivere Bewirtschaftung der deutschen Höfe und die hochstehende Viehzucht ließen die vielfach genossenschaftlich zusammengefaßten deutschen Bauern jedoch trotz der geschilderten Schwierigkeiten bald wesentlich zu den Überschüssen des Landes beitragen.
Besonders stark war der deutsche Anteil an Handwerk und Kleingewerbe des neuen Gesamtstaates, der auf rund 25 % geschätzt wurde. Auch in der noch in der Entwicklung begriffenen rumänischen Industrie, sowie in Handel und Geldwirtschaft waren die deutschen Positionen nicht zu übersehen. Besonders in den gehobenen Berufssparten machten sich jedoch gewisse - schon in den Agrarreformen wahrnehmbare - nationalitätenfeindliche Tendenzen der rumänischen Politik hemmend bemerkbar.
Chauvinistisch-nationale Ressentiments, die bei den Rumänen sehr viel schwächer ausgebildet waren, als bei Slawen und Madjaren, hatten auf die Nationalitätenpolitik des großrumänischen Staates im ganzen nur geringen Einfluß. Besonders die rumänischen Liberalen entwickelten jedoch einen an französischen Staatsprinzipien orientierten Etatismus und Zentralismus, der die Stellung ihrer Politiker zur Minderheitenfrage bestimmte.
Konnte dies einerseits zur Gewährung einzelner Konzessionen, besonders auf kulturellem Gebiet führen, um die Einfügung der zahlenmäßig starken Minderheiten in den Rahmen des Gesamtstaates zu erleichtern, so mußte der Staat auf der anderen Seite darauf bedacht sein, die Stellung des rumänischen Staatsvolkes gegenüber den in mancher Hinsicht zunächst überlegenen nationalen Minoritäten mit allen Mitteln zu stärken.
Diskriminierende Maßnahmen der verschiedensten Art, das Bakkalaureat, rumänische Sprachprüfungen und der Zwang zur "Nostrifizierung" im Ausland erworbener akademischer Grade vor rumänischen Prüfungskommissionen erschwerten den Zugang zur Beamtenlauf-

bahn wie zu den akademischen Berufen.
Gefährlicher waren die immer wieder auflebenden Bestrebungen rumänischer Politiker, den sogenannten "numerus valachicus" - eingeführt zunächst an den Hochschulen als Mindestquote volksrumänischer Studenten - nicht nur auf die Verwaltung, sondern auch auf die gewerbliche Wirtschaft auszudehnen. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der im Jahre 1937 veröffentlicht wurde, konnte freilich nur in stark gemilderter Form verwirklicht werden.

**d. Konfessionelle Gliederung. Deutsches Schulwesen und rumänische Kulturpolitik.**

Für die Behauptung der kulturellen Eigenständigkeit des rumänischen Deutschtums kam den Kirchen besondere Bedeutung zu. Die starke Stellung der Siebenbürger Sachsen beruhte nicht zuletzt auf der Tradition ihrer unabhängigen "Evangelischen Landeskirche Augsburgischen Bekenntnisses" (A. B.). Der Übertritt zur lutherischen Reformation war 1550 von der sächsischen Nationsuniversität beschlossen worden. Immer wieder waren hinfort die evangelischen Landesbischöfe Wortführer des sächsischen Volkes.
Die Kirche war Trägerin des deutschen Schulwesens wie des sächsischen Kulturlebens überhaupt. Auch die deutschen Bauern Bessarabiens wurden wesentlich durch ihr evangelisches Bekenntnis vor nationaler und sprachlicher Überfremdung bewahrt. Schon 1920 kam es zu einer lockeren Vereinigung der evangelischen Kirche Bessarabiens mit der siebenbürgischen Schwesterkirche. Der 1926/27 konstituierten "Evangelischen Landeskirche A. B. in Rumänien", deren Bischofssitz Hermannstadt blieb, gehörten auch die kleineren protestantischen Gruppen in der Bukowina, im Banat und im Altreich an.
In der römisch-katholischen Geistlichkeit hatte die Madjarisierungspolitik der ungarischen Regierung eine ihrer wertvollsten Stützen gefunden. Nach dem Übergang des Banats an Rumänien vollzog sich in dieser Hinsicht eine deutliche Wendung. Das nach der Teilung des Banats geschaffene katholische Bistum Temeschburg wies eine schwäbische Dreiviertelmehrheit auf, die das Los der Diözese unmittelbar mit den volksdeutschen Interessen verknüpfen mußte. Der schon 1923 mit der Leitung der Temeschburger Administratur betraute Schwabenbischof Augustin Pacha wurde zu einem der markantesten Repräsentanten des Banater Deutschtums.
Seit 1930 stand auch die für das rein katholische Deutschtum des Sathmar-Gebiets zuständige Diözese Großwardein unter der Leitung eines Schwaben, doch konnte sich Bischof Stefan Fiedler nur bedingt gegen den in seiner großen Mehrheit madjarisch gesinnten Klerus durchsetzen. Im allgemeinen befanden sich, vor allem in der Bukowina, deutsche Protestanten und deutsche Katholiken dem griechisch-orthodoxen Rumänentum gegenüber gleichermaßen auch kirchlich in der Minderheit, so daß den konfessionellen Unterschieden innerhalb des Deutschtums nur sekundäre Bedeutung zukam.
Besonders wichtig war die Arbeit der evangelischen wie der römischkatholischen Kirche auf dem Gebiet des deutschen Schul- und Erziehungswesens. Für die Sicherung des muttersprachlichen Unterrichts in eigenen kirchlichen oder staatlichen Schulen war die Ausgangslage bei der Schaffung des groß-rumänischen Staates in den verschiedenen Gebieten des rumänischen Deutschtums außerordentlich verschieden.
Im Banat und im benachbarten Sathmar-Gebiet hatte die systematische Madjarisierungspolitik der ungarischen Regierung das im 19. Jahrhundert aufgebaute deutsche Schulwesen fast völlig zerstört. Mit dem politischen Erwachen des Banater Deutschtums nach 1918 setzte hier ein Wandel ein: die Schwaben forderten nun Kultur- und Schulautonomie. In Siebenbürgen hatte die autonome evangelische Landeskirche die von ihr gestützten deutschsprachigen Volksschulen - rund 250 an der Zahl - trotz des madjarischen Druckes zu behaupten vermocht.
In Bessarabien waren zwar deutsche Volksschulen von den evangelischen Kirchengemeinden geschaffen worden, doch waren nur wenige den Russifizierungsbestrebungen der letzten Vorkriegsjahrzehnte entgangen. In der österreichischen Bukowina gab es ein ausgebautes System

deutscher staatlicher Schulen, das von der Landesuniversität in Czernowitz gekrönt wurde.
Der Kulturpolitik des neuen groß-rumänischen Staates schien in der Minderheitenfrage eine klare Linie zunächst zu fehlen. Der Minderheitenschutzvertrag vom 9. Dezember 1919, den die rumänische Regierung trotz starken Widerstrebens hatte unterzeichnen müssen, verpflichtete den rumänischen Staat nicht nur zur Duldung privater und kirchlicher Minderheitenschulen, sondern auch zur Einrichtung staatlicher Elementarschulen mit muttersprachlichem Unterricht "in den Städten und Bezirken, wo ein beträchtlicher Prozentsatz rumänischer Staatsangehöriger mit einer anderen Sprache als der rumänischen wohnt".
Sachsen und Szeklern wurde überdies die volle Autonomie in Schul- und Kirchenfragen zugebilligt - der einzige Fall, in dem ein Minderheitenschutzvertrag derartige Rechte korporativ erteilte. Schon dem Beitritt der deutschen Minderheiten in Siebenbürgen, in der Bukowina und im Banat zu den Anschlußerklärungen dieser Gebiete an Rumänien in den Jahren 1918/19 waren entsprechende Zusicherungen vorausgegangen.
Im Banat wie in Bessarabien kam es unmittelbar nach 1918 tatsächlich zu einer Konsolidierung des deutschen Schulwesens. Gleichzeitig wurde jedoch die wirtschaftliche Grundlage der deutschen evangelischen Schulen in Siebenbürgen durch die Agrarreformen nachhaltig erschüttert: Allein die Evangelische Landeskirche verlor 58.000 Joch (ca. 33.000 ha) Land. Die Czernowitzer Universität wurde schon im Jahre 1919 völlig rumänisiert. Unter Leitung des liberalen Kultusministers Dr. Constantin Angelesen (1922-26, erneut 1933-37) setzte sich dann in der rumänischen Schulpolitik ein eindeutig minderheitenfeindlicher Kurs durch.
Das Gesetz über den staatlichen Volksschulunterricht vom 24. Juni 1924 sah zwar für Gemeinden mit anderssprachiger Bevölkerung eigene Schulen vor. Die Bestimmungen des Gesetzes wurden jedoch in zahlreichen Fällen umgangen. Rumänische Sprachprüfungen führten zum Ausscheiden deutsche Lehrer, andere wurden an rumänische Schulen des Altreichs versetzt. Selbst in den nominell "deutschen" Schulen blieb dem muttersprachlichen Unterricht infolge der gesetzlich verankerten Einführung zahlreicher rumänischer Pflichtstunden vom 2. Volksschuljahr an nur relativ schmaler Raum.
Da die alten Gemeinde- und Privatschulen verstaatlicht wurden, blieb lediglich der Ausweg kirchlicher Schulen. Das Partikulargesetz vom 22. Dezember 1925 bot den Kirchen die Möglichkeit zur Gründung und Erhaltung eigener Schulen, in denen dem Staat nur beschränkte Aufsichtsrechte zustanden.
War das deutsche Schulwesen in Siebenbürgen schon in ungarischer Zeit von der evangelischen Landeskirche getragen worden, so sah sich nunmehr auch das katholische Deutschtum des Banats auf den Weg der deutschen Konfessionsschule verwiesen. Aufs Ganze gesehen verlief die Entwicklung der deutschen Schulen im Banat wie im Sathmar-Gebiet in der Folgezeit nicht unbefriedigend, wenn auch zahlreiche Wünsche offen blieben.
In Sathmar konnte die Zahl der deutschen Schulen in den Jahren 1926-30 von einer auf 22 vermehrt werden. Im Banat und noch stärker im Sathmar-Gebiet wurde zudem die deutsche Volkstumsarbeit in den Jahrzehnten nach dem ersten Weltkrieg von dem auf Schwächung des madjarischen Elements bedachten rumänischen Staat toleriert, ja sogar gefördert.
In der Bukowina und in Bessarabien jedoch führte die nach vorübergehender Lockerung mit dem erneuten Amtsantritt Angelescus verschärft einsetzende Rumänisierungspolitik zur fast restlosen Beseitigung der deutschsprachigen Schulen, da den Deutschen dieser Gebiete die Mittel zum Aufbau eigener Schulen fehlten. In den zum Teil noch ärmeren Gemeinden der Dobrudscha war es - mit wenigen Ausnahmen - nie zur Einrichtung deutscher Schulen gekommen.
Die deutschsprachigen Mittel- und Oberschulen wurden von den Rumänisierungsbestrebungen nicht in demselben Maße wie die Volksschulen betroffen. Hier bildete jedoch das durch Gesetz vom 25. März 1925 eingeführte Bakkalaureat, das - unabhängig von den Abschlußprü-

fungen der deutschen Schulen - vor rumänischen Kommissionen in rumänischer Sprache abgelegt, allein zum Studium an rumänischen Hochschulen berechtigte, einen schweren Hemmschuh.
In den Jahren der Königsdiktatur Carols II., die den demokratischparlamentarischen Staat in Rumänien 1938 beseitigte, schien sich - möglicherweise aus außenpolitischen Rücksichten - eine entgegenkommendere Behandlung des Schulproblems anzubahnen. Nach Maßgabe der bereits im Schulgesetz von 1924 enthaltenen Bestimmungen sollten nun an Orten mit mehr als 30 Schulpflichtigen fremder Muttersprache im Rahmen des staatlichen Schulwesens eigene Schulen oder doch Schulzüge geschaffen werden, die den Unterricht in dieser Sprache erteilten.
Durch Gesetz vom 8. November 1941 wurde die inzwischen zur juristischen Person öffentlichen Rechts erklärte Deutsche Volksgruppe in Rumänien zum Träger aller deutschsprachigen Schulen gemacht; ohne Rücksicht auf ihre frühere Rechtsstellung wurden alle deutschen Schulen den rumänischen Staatsschulen rechtlich gleichgestellt, wobei sie jedoch in allen schulischen Fragen allein dem Schulamt der Volksgruppenführung unterstanden.
Diese Entwicklung zur Schulautonomie, die die Volksdeutschen schon seit den Anfängen des groß-rumänischen Staates angestrebt hatten, vollzog sich jetzt allerdings unter dem politischen und ideologischen Vorzeichen der nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik.
Betroffen waren von der Neuregelung auch die Kirchen, die sich nur widerstrebend zu der geforderten Übergabe ihrer Schulen an die Volksgruppe bereitfanden; lediglich die Mädchen-Schulen des Notre-Dame-Ordens im Banat blieben ausgenommen. 1942 verfügte die Deutsche Volksgruppe in Rumänien über 457 Volksschulen, 27 Mittel- und Oberschulen und 4 Lehrerbildungsanstalten in den verbliebenen Gebieten. Nord-Siebenbürgen unterstand Ungarn, die Bukowina-, Bessarabien- und Dobrudscha-Deutschen waren schon zwei Jahre zuvor umgesiedelt worden.

**e. Politische Struktur und Verhältnis zum rumänischen Staat.**

Nach dem militärischen Zusammenbruch Österreich-Ungarns trat am 30. November 1918 in der siebenbürgischen Stadt Karlsburg (Alba-Julia) eine "Nationalversammlung der ungarländischen Rumänen" zusammen, die am folgenden Tage den Anschluß an Rumänien erklärte. Als "Fundamentalprinzip für die Begründung des neuen rumänischen Staates" proklamierte sie zugleich "volle nationale Freiheit für alle mitwohnenden Völker".
"Jedes Volk", so hieß es, "wird sich in seiner eigenen Sprache unterrichten, verwalten und richten, und zwar durch Angehörige des eigenen Volkes. Jedes Volk wird das Recht haben, in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung des Landes gemäß der Zahl der Menschen, aus denen es sich zusammensetzt, vertreten zu sein." Diese sogenannten "Karlsburger Beschlüsse" sind zwar nie ausdrücklich widerrufen worden, doch hat sie die rumänische Regierung andererseits nie als staatsrechtlich bindend anerkannt.
Dennoch gab der für den 9. Januar 1919 nach Mediasch einberufene Sachsentag wesentlich unter dem Eindruck dieser Beschlüsse seine Zustimmung zu der Anschlußerklärung von Karlsburg. Der Sachsen und Rumänen verbindende Widerstand gegen die Madjarisierungspolitik der ungarischen Regierung hatte die Entscheidung zweifellos erleichtert. Die nicht nur durch die gemeinsame katholische Konfession stärker an Ungarn gebundenen Schwaben widerstrebten der Loslösung, mehr noch aber der Teilung des Banats zunächst mit aller Entschiedenheit.
Erst am 10. August 1919, als rumänische Truppen den Osten des Banats bereits besetzt hatten, erklärte der "radikaldeutsche" Flügel des schwäbischen Nationalrats seine Bereitschaft zum Anschluß an Rumänien; nach Veröffentlichung der Verträge von Trianon und Sèvres im Sommer 1920 mußten sich dann freilich auch die noch länger zurückhaltenden "Gemäßigten" unter Dr. Kaspar Muth den neuen Verhältnissen anpassen.

Am 7. März 1919 billigten - angesichts der bolschewistischen Drohung im Osten - auch die Deutschen Bessarabiens als erste Minderheit ihres Landes die schon im April 1918 erfolgte Vereinigung der zunächst ausgerufenen "autonomen Moldowanischen Republik" mit Rumänien.
Wichtiger noch war es, daß sich die gewählten Vertreter des Buchenland-Deutschtums gegen die Bemühungen des in Lemberg gegründeten ukrainischen Nationalrats am 26. November 1918 - nach Bewilligung ihrer ausführlich niedergelegten politischen und kulturellen Forderungen - eindeutig für einen Anschluß der Bukowina an Rumänien aussprachen.
Die Siebenbürger Sachen verfügten als einzige der deutschen Gruppen des neuen Groß-Rumäniens über eine selbständige politische Tradition. Art. 11 des Minderheitenschutzvertrages von 1919 trug dieser Sonderstellung Rechnung, indem er neben den madjarischen Szeklern als einziger deutscher Gruppe den Sachsen die lokale Autonomie in Kirchen- und Kulturfragen garantierte. Jahrhundertelang hatte die "Nationsuniversität" die Geschicke des sächsischen Volkes geleitet.
Sie hatte ihre politischen und richterlichen Funktionen nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich verloren, doch der Sachsentag blieb als Institution bestehen und konnte 1919 nach 23jähriger Pause erneut zusammentreten. Der zunächst unter Führung von Dr. Rudolf Brandsch gebildete "Deutsch-sächsische Volksrat für Siebenbürgen" schuf lediglich eine neue Form, die an die Stelle der alten "Nationsuniversität" trat. Fast zwangsläufig fiel die Führungsrolle innerhalb des groß-rumänischen Deutschtums in den folgenden Jahren den Siebenbürger Sachsen zu,
In den anderen volksdeutschen Gruppen bewirkte erst die geforderte politische Entscheidung, die Notwendigkeit, dem neuen rumänischen Staat gegenüber Stellung zu beziehen, zu einer organisatorischen Zusammenfassung - zum Teil nach Überwindung interner Gegensätze. In Bessarabien bildete sich aus dem Bezirkskomitee Tarutino des 1917 gegründeten "Allrussischen Verbandes russischer Bürger deutscher Nationalität" ein "Deutscher Volksrat für Bessarabien", der 1926 in Anlehnung an das siebenbürgisch-sächsische Volksprogramm die endgültigen "Satzungen der bessarabischen deutschen Volksgemeinschaft" ausarbeitete.
In der Bukowina waren schon die Anschlußverhandlungen des Jahres 1918 von einem deutschen Volksrat geführt worden, der nach einer Neuordnung des Jahres 1920 in Kreisausschüssen der "Volksgemeinschaft" gewählt wurde, die ihrerseits aus den gewählten Ortsräten der deutschen Gemeinden hervorgingen.
Im Banat kam es erst nach dem eindeutigen Sieg der Autonomie-Partei Dr. Muths über die radikale deutsch-schwäbische Volkspartei in den rumänischen Parlamentswahlen von 1920 zur Gründung einer gemeinsamen "Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft" (13. März 1921), die den neuen politischen Gegebenheiten Rechnung trug und zur Zusammenarbeit mit den siebenbürgisch-sächsischen Politikern bereit war.
Am 18. September 1921 wurde in Czernowitz, als allerdings sehr lockere Dachorganisation aller Volksdeutschen in Rumänien, der "Verband der Deutschen in Rumänien" gegründet, dessen Vorsitz zunächst der Sachse Rudolf Brandsch (bis 1931), dann der Schwabe Kaspar Muth (1931 bis 1935) innehatte. Das Schwergewicht der Volkstumsarbeit verblieb bei den volksdeutschen Organisationen der einzelnen Siedlungsgebiete, den Nachbarschaften, Orts- und Kreisausschüssen, an deren Spitze die Volksräte mit ihren Obmännern standen.
Trotz übereinstimmenden Aufbaus war die tatsächliche Bedeutung dieser Organisationen gebietsweise sehr verschieden. In Bessarabien mit seiner im Grunde unpolitischen Bauernbevölkerung und mehr noch in der Dobrudscha blieb die "Volksgemeinschaft" Angelegenheit einer schmalen Schicht von Intellektuellen, oft Lehrern und Pfarrern. Im Sathmar-Gebiet wurde die Untergruppe der "Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft" Instrument zur Wiedererweckung des fast völlig verschütteten Deutschtums.

Gegenüber dem rumänischen Staat fanden sich die politischen Führer des Deutschtums - nach endgültiger Klärung der Grenzfrage auch die Banater Schwaben - zu loyaler Mitarbeit auf dem Boden der parlamentarischen Verfassung bereit. Auch der rumänischen Regierung mußte angesichts der Revisionsansprüche des neuen Ungarns und der UdSSR, die sich auf die starken madjarischen und ukrainisch-russischen Minderheiten in den Grenzgebieten stützen konnten, an einem Zusammenwirken mit den Deutschen der neuen Provinzen gelegen sein. Die deutsche Volkstumsarbeit im Sathmar-Gebiet wurde daher von den rumänischen Behörden offen gefördert.
1920 wie in den späteren Wahljahren kam es zu Wahlabsprachen der volksdeutschen Politiker mit der jeweiligen Regierungspartei, die den Deutschen in jedem der zum Teil sehr kurzlebigen rumänischen Parlamente der Jahre 1920 bis 1938 eine größere Zahl von Abgeordneten- und Senatorensitzen sicherten. Die "Deutsche Partei", der fraktionelle Zusammenschluß der deutschen Volksvertreter, bildete eine deutsche parlamentarische Vertretung, wie sie in dieser Stärke - die Zahl der volksdeutschen Kammerabgeordneten schwankte zwischen 4 und 10 - gleichzeitig weder in Ungarn noch in Jugoslawien vorhanden war.
Die vor den Wahlen gegebenen Zusicherungen wurden freilich von den jeweils siegreichen Regierungen vielfach nicht eingehalten. Die unverbindlichen Formulierungen der Verfassung von 1923 bedeuteten eine Enttäuschung für die deutschen Parlamentarier, die auch andere minderheitenfeindliche Maßnahmen, insbesondere der Liberalen, nicht verhindern konnten. Das Hauptziel der volksdeutschen Politik, die Verabschiedung eines Minderheitenstatuts, das die Zusicherungen der Karlsburger Beschlüsse verwirklichen sollte, wurde bis zum Ende der 30er Jahre nicht erreicht.
Dennoch gelang es den Männern der Deutschen Partei, die zunächst von Brandsch, seit 1922 von dem gleichfalls aus Siebenbürgen stammenden Dr. Hans Otto Roth geführt wurde, manche Härte zu mildern. Die Deutschen genossen in dieser Periode zweifellos eine gewisse Vorzugsstellung, die sich auch in der Berufung des Sachsen Rudolf Brandsch auf den 1931 geschaffenen Posten eines Unterstaatssekretärs für Minderheitenfragen manifestierte.
Die Volksdeutschen in Rumänien waren räumlich weit von ihrem Mutterland getrennt; sie waren keine Grenzminorität, wie in Rumänien die Madjaren, Ukrainer und Bulgaren oder die Deutschen im Sudetenland, in Posen und Nordschleswig. Wurden schon dadurch zahlreiche Konfliktsmöglichkeiten ausgeschaltet, so beruhte das positive innerpolitische Verhältnis zwischen Deutschen und Rumänen darüber hinaus auf der traditionellen sächsisch-rumänischen Solidarität, die die sächsischen Führer des rumänischen Deutschtums vor allem mit der siebenbürgischen Nationalpartei, der späteren national-ţaranistischen Partei Julius Manius verband.
Hinzu kam eine gewisse politische Zweckgemeinschaft, das gemeinsame Festhalten an der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung, das die einsichtige Kompromißbereitschaft der deutschen Parlamentsvertreter weitergehenden eigenen Wünschen voranstellte. Dieses gute Verhältnis wurde erst in Frage gestellt, als die gemäßigte bürgerliche Führungsschicht der Rumänien-Deutschen zu Beginn der 30er Jahre - parallel zum Zerfall des Weimarer Staates und zum Aufkommen autoritärer Gruppen wie der "Eisernen Garde" in Rumänien - von radikaleren Kräften verdrängt wurde.
Vor dem ersten Weltkrieg stand für die später im groß-rumänischen Staat zusammentreffenden volksdeutschen Gruppen das schwäbische oder sächsische Gemeinschaftsbewußtsein im Vordergrund.
Schon das Erscheinen deutscher Truppen auf dem Balkan nach 1916 hatte jedoch in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas ein verstärktes Gefühl der Verbundenheit und der nationalen Zugehörigkeit zum deutschen Mutterland lebendig werden lassen.
Mit dem Ende des Krieges, das die radikale Lösung aus den bisherigen, zum Teil auch ge-

fühlsmäßig bejahten staatlichen Bindungen, die Einfügung in ein neues und zunächst fremdes Staatswesen mit sich brachte, war das sprachlich-kulturelle Deutschbewußtsein für die betroffenen Volksdeutschen immer ausschließlicher zur bestimmenden Grundlage ihres Nationalgefühls geworden.
Am klarsten war diese Tendenz bei den Banater Schwaben, abgeschwächt auch bei den Deutschen der Bukowina und Bessarabiens zu beobachten. Bei den Sachsen hatte eine ähnliche Entwicklung bereits mit dem Verlust der territorialen Selbständigkeit Siebenbürgens im Jahre 1876 eingesetzt.
Die stärkere gefühlsmäßige Hinwendung der Volksdeutschen zu ihrem Mutterland brachte eine vorher nicht gekannte Fernwirkung der politischen Entwicklung innerhalb der deutschen Reichsgrenzen mit sich. Das Programm des um die Wende der 30er Jahre im Weimarer Staat zur Macht drängenden Nationalsozialismus, dessen nationalistische Vorstellungswelt in ihren Ursprüngen nicht zuletzt auch auf die Sprach- und Nationalitätenkämpfe der österreichisch-ungarischen Monarchie zurückging, fand bei dem "nationalen" Flügel der Volksdeutschen besonders starken Widerhall.
Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland wurde aus der Entfernung des volksdeutschen Sonderdaseins gesehen zur großen nationalen Revolution verklärt. Begriffe wie Volksgemeinschaft, Blut und Boden, Reinerhaltung von Rasse, Sprache und Sitte schienen nur alte, längst propagierte Grundsätze des volksdeutschen Denkens zu bestätigen, wie es vor allem im nationalen Selbsterhaltungskampf der Siebenbürger Sachsen geprägt worden war.
Das Auftreten autoritär-faschistischer Bewegungen wie der 1931 gegründeten "Eisernen Garde" Corneliu Codreanus und die immer deutlicher zutage tretende Krise des parlamentarischen Systems in Rumänien selbst erhöhte auch in volksdeutschen Kreisen die Aufnahmebereitschaft für die politischen Führungsprinzipien des nationalsozialistischen Systems.
Erste Anklänge an nationalsozialistische Ideen zeigten sich in der zu Beginn der 20er Jahre von Rittmeister a.D. Fritz Fabritius begründeten siebenbürgischen Baugenossenschaft "Selbsthilfe". Zunächst war diese jedoch trotz unmittelbarer Kontakte zu der damals noch unbedeutenden deutschen NSDAP weniger von ihr als von den alldeutschen und völkisch-sozialen Konzeptionen Schönerers inspiriert. …<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Verhältnisse in Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg (x051/504-505): >>Rumänien, Staat in Südosteuropa mit 294.967 qkm und rund 18 Millionen Einwohnern (1930); wechselnde Staatsform: 1918-38 konstitutionelle Monarchie, Februar 38 - September 40 Königsdiktatur unter Carol II., September 40 - 23.8.44 autoritäres Regime unter I. Antonescu.
Innenpolitisch war Rumänien ab 1918 instabil und krisengeschüttelt: Agrarfrage, Antisemitismus, Aufkommen faschistischer Gruppierungen (Eiserne Garde u.a.) neben den beiden großen Blöcken der Nationalen Bauernpartei und der Liberalen Partei, rasch wechselnde Koalitionen, Korruptionsfälle, Integrationsprobleme der nationalen Minderheiten.
Außenpolitisch gelang bis 1940 eine Linie der Balance: Die Verteidigung der großen territorialen Gewinne in den Friedensverträgen von 1919/20 (Siebenbürgen, westliches Banat, Bukowina, Bessarabien, Süd-Dobrudscha) gegen die revisionistischen Ansprüche Ungarns, der Sowjetunion und Bulgariens verwies Rumänien auf die Kleine Entente und das Bündnis mit Polen (3.3.21) und Frankreich (10.6.26). ...<<

**16.09.1919**

**Deutsches Reich:** Adolf Hitler schreibt am 16. September 1919 in seiner ersten politischen Stellungnahme über den Antisemitismus (x244/394): >>... Der Antisemitismus als politische Bewegung darf nicht und kann nicht bestimmt werden durch Momente des Gefühls, sondern durch die Erkenntnis von Tatsachen, Tatsachen aber sind:
Zunächst ist das Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgemeinschaft. Und der Jude

selbst bezeichnet sich nie als jüdischen Deutschen, jüdischen Polen oder etwa jüdischen Amerikaner, sondern stets als deutschen, polnischen oder amerikanischen Juden.
Noch nie hat der Jude von fremden Völkern, in deren Mitte er lebt, viel mehr angenommen als die Sprache. Und so wenig ein Deutscher, der in Frankreich gezwungen ist, sich der französischen Sprache zu bedienen, in Italien der italienischen und in China der chinesischen, dadurch zum Franzosen, Italiener oder gar Chinesen wird, so wenig kann man einen Juden, der nun mal unter uns lebt, und, dadurch gezwungen, sich der deutschen Sprache bedient, deshalb einen Deutschen nennen.
Selbst der mosaische Glaube kann, so groß auch seine Bedeutung für die Erhaltung dieser Rasse sein mag, nicht ausschließlich bestimmend für die Frage, ob Jude oder Nichtjude gelten. Es gibt kaum eine Rasse, deren Mitglieder ausnahmslos einer einzigen bestimmten Religion angehören.
Durch tausendjährige Inzucht, häufig vorgenommen in engstem Kreise, hat der Jude im allgemeinen seine Rasse und ihre Eigenart schärfer bewahrt als zahlreiche der Völker, unter denen er lebt. Und damit ergibt sich die Tatsache, daß zwischen uns eine nichtdeutsche, fremde Rasse lebt, nicht gewillt und nicht imstande, ihre Rasseneigenarten zu opfern, ihr eigenes Fühlen, Denken und Streben zu verleugnen, und die dennoch politisch alle Rechte besitzt wie wir selber. Bewegt sich schon das Gefühl des Juden im rein Materiellen, so noch mehr sein Denken und Streben. ...
Sein Wirken wird in seinen Folgen zur Rassentuberkulose der Völker.
Und daraus ergibt sich Folgendes: Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Pogromen.
Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er nur zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung).
Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.
Zu beiden ist nur fähig eine Regierung nationaler Kraft und niemals eine Regierung nationaler Ohnmacht. ...<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtet später über den "Antisemitismus" nach dem Ersten Weltkrieg (x051/30-31): >>(Antisemitismus) ... Von der Verbindung des Antisemitismus ging dann Hitler in seinen programmatischen Äußerungen und in seinem Buch "Mein Kampf" aus.
Hitler der von österreichischen Antisemiten wie Schönerer und Lueger beeinflußt war, verkündete den Antisemitismus mit aller Konsequenz und Schärfe praktizieren zu wollen, besonders durch die gesellschaftliche Ausgrenzung und Ausschaltung der Juden. Seine politische Perspektive war, dem deutschen Volk durch den Antisemitismus "den großen, einigenden Kampfgedanken zu schenken".
Letztlich wollte Hitler von dem neuen Gewicht ausgehen, das der Antisemitismus nach dem verlorengegangenen 1. Weltkrieg gewonnen hatte. Der Glaube, daß das Judentum verantwortlich sei für den Untergang des Kaiserreiches und den "Dolchstoß" gegen die unbesiegt kämpfende Front verübt habe, bekräftigte die Sündenbockfunktion der Juden, nachdem in den letzten Jahren vor dem Krieg der wirtschaftliche Aufschwung eher ein Abklingen antisemitischer Tendenzen zur Folge gehabt hatte.
Auch die in und nach dem Weltkrieg zur Macht gewordene kommunistische Bewegung wurde von den Antisemiten den Juden in die Schuhe geschoben. Außerdem galt ihnen der Kommunismus als von Juden geführt und manipuliert.
Typisch für den Nachkriegs-Antisemitismus waren eine zunehmende "Skrupellosigkeit und eine stärkere Anerkenntnis der physischen Gewalt". ...
Jüdische Organisationen versuchten energisch argumentativ gegen die Zuschiebung der

Schuld an Weltkrieg und Niederlage vorzugehen: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wies z.B. 1924 in Flugblättern auf die 120.000 gefallenen Juden hin und forderte "die deutschen Frauen" auf, nicht zu dulden, daß "die jüdische Mutter in ihrem Schmerz verhöhnt wird".
Derartige Aktionen blieben völlig erfolglos, da der Antisemitismus als im Unterbewußtsein verankertes Vorurteil nicht durch Hinweise auf das Unrichtige oder Unsinnige seiner Vorstellungen "widerlegt" werden konnte.
Die NSDAP Hitlers war eine der antisemitischen Parteien der Weimarer Republik, von denen außerdem noch die Deutsch-Völkische Freiheitspartei des Generals Ludendorff zu erwähnen wäre. Stärkere Verbreitung hatten zunächst die antisemitischen Parolen der DNVP oder des Alldeutschen Verbandes.
Das Programm der NSDAP von 1920 ging auf die Juden vor allem in Punkt 4 ein, wonach "Volksgenosse" und Staatsbürger nur sein könne, "wer deutschen Blutes ist"; "Kein Jude kann daher Volksgenosse sein". Eine Realisierung dieser Forderung mußte zur Ausbürgerung aller Juden und damit auch zu ihrer Entfernung aus den öffentlichen Ämtern führen.
Auch andere Programmpunkte wie die "Brechung der Zinsknechtschaft", die Kommunalisierung der Warenhäuser und die Agrarreform wurden so ausgelegt, daß sie als ausschließlich gegen die Juden gerichtet verstanden wurden.
Eigene Akzente versuchte die NSDAP zu setzen, indem sie seit 1927 im Rahmen ihrer Politik zugunsten des Mittelstands Boykottaktionen gegen Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte durchführte. Sie gab diese als "jüdische Erfindung" aus und behauptete, Warenhäuser seien durchweg von Juden geführt.
Der "Völkische Beobachter" schrieb dazu am 28.1.27: "Man mag den Kampf gegen die Warenhäuser führen, wie man will: Solange man den wahren Grund, aus dem heraus die Gefahr entstanden ist (unersättliche jüdische Machtgier), verschweigt, solange man nicht wagt, von Juden zu sprechen, ... so lange wird der Kampf gegen das Warenhaus nur ein halber sein. Deshalb kann auch der Mittelstand nur durch den Nationalsozialismus gerettet werden."
Die Weltwirtschaftskrise um 1930 hat wie die von 1873 noch einmal starke antisemitische Affekte hervorgerufen. "Eine antisemitische Hochstimmung" begünstigte den Aufschwung des Nationalsozialismus (Reichmann). ...<<

**18.09.1919**

**Deutsches Reich:** Am 18. September 1919 wird Hitler DAP-Mitglied (Nr. 55) und fällt schon bald durch sein erstaunliches Rednertalent auf.
Hitler verfügt über ein äußerst jähzorniges Temperament. Oft steigert er sich während seiner hemmungslosen Reden und Diskussionen in einen regelrechten Rauschzustand. Gegner und Kritiker, die Hitlers Meinung nicht akzeptieren, schreit der maßlose, selbstherrliche Egozentriker nicht selten regelrecht nieder. Der begabte, fanatische Volksverführer, der unter krankhaften Minderwertigkeitskomplexen leidet, feilt ständig besessen an seinen dramatischen, leidenschaftlichen und hetzerischen Reden.
Da Hitler nichts dem Zufall überläßt, trainiert er in den folgenden Jahren, mit Hilfe seines Fotografen (Hoffmann), unentwegt neue Rednerposen.
Heinrich Hoffmann (1885-1957, im Ersten Weltkrieg Bildberichterstatter, ab 1919 Hitlers Fotograf und Reisebegleiter) gehört bis zum Schluß zu Hitlers engsten Vertrauten.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Heinrich Hoffmann (x051/-268): >>Hoffmann, Heinrich, geboren in Fürth 12.9.1885, gestorben in München 16.12.1957, deutscher Fotograf; im 1. Weltkrieg Bildberichterstatter der bayerischen Armee.
1919 traf Hoffmann erstmals mit Hitler zusammen, mit dem ihn ähnliche künstlerische und politische Neigungen verbanden. In München gehörte der als Anekdotenerzähler und Unterhalter von Hitler geschätzte Hoffmann schnell zu dessen engsten Vertrauten; in Hoffmanns

Fotoatelier lernte Hitler Ende der 20er Jahre Eva Braun kennen. Als einer der wenigen, die bis zum Ende Hitlers Vertrauen besaßen, kümmerte sich Hoffmann auch um dessen persönliche und intime Belange, begleitete ihn seit den 20er Jahren fast ständig auf allen Reisen.
Hitler hatte Hoffmann schon zu Anfang seiner Karriere nahezu exklusive Rechte an seinen Bildern eingeräumt; bis 1945 machte Hoffmann etwa 2,5 Millionen Aufnahmen, die für Presseveröffentlichungen wie für Bildbände dienten. Zu Hoffmanns erfolgreichsten Büchern gehörten u.a. "Hitler, wie ihn keiner kennt" (1933), "Jugend um Hitler" (1934), "Hitler befreit das Sudetenland" (1938).
1938 ernannte Hitler seinen Leibfotografen zum Professor, 1940 zum MdR. Als "Nutznießer" des Dritten Reiches wurde Hoffmann nach Kriegsende von Münchner Spruchkammern zu Arbeitslager und Vermögenseinzug verurteilt.<<

**26.09.1919**

**Sowjet-Rußland:** Ein bolschewistischer Parteisekretär berichtet am 26. September 1919 aus Jaroslawl über die Tscheka, von 1917-22 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten, danach umgewandelt zur GPU (x265/119): >>... Tschekisten plündern und verhaften, wen sie wollen. Sie wissen, daß sie straffrei bleiben und haben deshalb die Tschekazentrale in ein Riesenbordell umgewandelt, wo sie die "bürgerlichen" Frauen hinbringen. Überall herrscht Trunkenheit. Kokain ist bei den Chefs weit verbreitet.<<

**September 1919**

**Polen:** Stanislaw Grabski (1871-1949, ein führender nationaldemokratischer Politiker) fordert im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen Gebieten müsse man die fremden Elemente (die Deutschen stellen damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung) auf 1,5 % herabdrücken (x025/42).
Der polnische Staatsrechtler S. Kutrzeba schließt Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).
**Ukraine, Weißrußland:** Im September 1919 besetzen polnische Einheiten die Ukraine und Ostgalizien (mit Vollmacht der Alliierten) sowie Minsk in Weißrußland.

**16.10.1919**

**Sowjet-Rußland:** Ein bolschewistischer Parteikontrolleur berichtet am 16. Oktober 1919 aus Astrachan über die selbstherrlichen Führungskräfte der Tscheka-Spezialeinheiten (x265/119): >>... Artabekow, der Chef der Spezialeinheiten der XI. Armee, erkennt nicht einmal mehr die Zentralgewalt an.
Als Genosse Zakowski, der im Auftrag von Moskau die Arbeiten der Spezialeinheiten kontrollierte, am 30. Juli bei Artabekow vorsprach, sagte dieser zu ihm: "Sagt Dserschinski (Begründer und Leiter der Tscheka), daß ich mich nicht kontrollieren lasse. ...
Vom Personal, das großenteils aus zweifelhaften, ja kriminellen Elementen besteht, wird keine einzige Verwaltungsnorm respektiert. Von der Operationsabteilung gibt es so gut wie gar keine Akten. Was die Todesurteile und Hinrichtungen betrifft, so habe ich keine individuellen Sitzungs- und Urteilsprotokolle gefunden, lediglich Listen, meist unvollständige, auf denen nur die Notiz steht "Erschossen auf Befehl des Genossen Artabekow". Was die Vorkommnisse von März betrifft, so ist es unmöglich sich ein Bild zu machen, wer erschossen wurde und warum. ...
Täglich gibt es Trinkgelage und Orgien. Fast alle Tschekisten haben einen starken Kokainkonsum. So könnten sie – wie sie sagen – den täglichen Anblick von Blut besser ertragen. Im Gewalt- und Blutrausch kommen die Tschekisten ihrer Pflicht nach, aber es sind ohne Zweifel unkontrollierte Elemente, die streng überwacht werden müssen.<<

**25.10.1919**

**Deutsches Reich:** Die Alliierten heben am 25. Oktober 1919 die Ostseeblockade für deutsche

Schiffe auf.

**10.11.1919**

**Deutsches Reich:** Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt am 10. November 1919 in der Berliner Zeitung " Welt am Montag " über den Jahrestag der Revolution (x1.142): >>Es war keine Revolution. Bloß ein Zusammenbruch. Die Türen sprangen auf, die Aufseher liefen davon, das gefangene Volk stand im Hof, geblendet, seiner Glieder nicht mächtig. Wäre eine Revolution gewesen, dann hätten die Kräfte und Ideen, die sie erzeugte, fortgewirkt. Jede Bewegung und jede Wesenheit wird nur erhalten durch die Kräfte, die sie zeugen. Das Volk wollte nichts als Ruhe ...

Das erste Jahr hat ein Maß von Ordnung gebracht. Das war zu erwarten, denn wir sind ein ordentliches Volk. Es hat bürgerliche Maßnahmen, eine altmodische Republik-Verfassung und dergleichen gebracht. Gedanken und Taten hat es nicht gebracht ... Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind. Auf immer? Nein. Denn jetzt erst beginnt der Druck, der uns flüssig macht und umschmilzt ... Die nächsten Jahre sind da, um die Probleme zu begreifen. Dann wird sich zeigen, ob unsere Kraft weiter reicht als zur Kopie der bürgerlichen Demokratien und Wirtschaften des vorigen Jahrhunderts. Ich glaube, ja. …<<

**18.11.1919**

**Deutsches Reich:** Die ehemaligen militärischen Oberbefehlshaber Hindenburg und Ludendorff erklären am 18. November 1919 vor dem parlamentarische Untersuchungsausschuß, daß die deutsche Armee nicht durch die gegnerischen Truppen besiegt, sondern durch Verrat und Revolution in der Heimat "von hinten erdolcht" worden sei (sogenannte "Dolchstoßlegende").

Der deutsche Historiker Eberhard Jäckel berichtet später über die sogenannte "Dolchstoßlegende" (x105/171): >>... Die alten Gewalten, damals geführt von der Obersten Heeresleitung, waren unter dem Schock der militärischen Niederlage und aus Angst vor einer sozialen Revolution nach russischem Muster vorübergehend ohnmächtig geworden und hatten die politische Macht der oppositionellen Parlamentsmehrheit überlassen.

Als sie bald darauf aus ihrer Ohnmacht erwachten, konnten sie zu ihrer Befriedigung feststellen, daß die Demokraten den Staat, so gut es ging, gerettet hatten und daß die meisten Befürchtungen unbegründet gewesen waren. Nun erwies sich der Verzweiflungsschritt der Obersten Heeresleitung vom Herbst 1918 (sie versuchte nach dem Waffenstillstandsangebot noch einmal auf Fortführung des militärischen Widerstandes hinzuwirken; am 26. Oktober 1918 wurde General Ludendorff entlassen) als sogar in manchem vorteilhaft.

Indem man nämlich den demokratischen Parteien das Geschäft der Beendigung des Krieges und des staatlichen Neuaufbaus überlassen hatte, konnte man ihnen jetzt auch noch die Verantwortung für die Folgen der Niederlage zuschieben und sich so eine gute Ausgangsbasis für die Rückkehr zur politischen Macht verschaffen.

Von dort aus eröffnete die Rechte einen erbarmungslosen Kampf, nicht nur gegen die Regierung, sondern ganz allgemein gegen die Republik, und eines der Hauptargumente war dabei die bewußt und nachweisbar falsche Behauptung, die Linke sei für die Niederlage verantwortlich, sie habe dem kämpfenden Heer den Dolch in den Rücken gestoßen.

Unter diesen Umständen war die Position der Weimarer Republik von allem Anfang nahezu aussichtslos. Ihr fehlte eine hinreichende Grundlage in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie war ein offensichtliches Produkt der Niederlage. Es gab keinen Konsens (Übereinstimmung) über die Staatsform und folglich kein demokratisches Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition auf dem Boden einer allgemein akzeptierten Verfassung.

Statt dessen erhob sich sowohl auf der Rechten wie auf der äußersten Linken ein ganz grundsätzlicher Widerstand gegen die demokratische Staatsform schlechthin, der mit seinem Denken in Freund-Feind-Kategorien die politische Auseinandersetzung und nicht zuletzt die Parlamentsdebatten vergiftete. Die im Krieg anerzogene und gepriesene Gewalttätigkeit wurde

auf den Kampf gegen den innenpolitischen Gegner übertragen. ...<<
**USA:** Der US-Senat weigert sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.
US-Senator William E. Borah (1865-1940) analysiert während dieser Senatsdebatte realistisch und schonungslos (x065/372-373): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<
Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 in die Schweiz) schreibt später über den Versailler Friedensvertrag (x321/8): >>Das Vertragswerk von Versailles war nur das Werkzeug zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. … Das was nicht der Friede der 14 Punkte Wilsons, der mit der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 3. November 1918 feierlich zur Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen geworden war.
Im Vertrauen auf die Heiligkeit der Verträge hatte Deutschland damals die Waffen niedergelegt und die unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Jetzt sah es sich in seinem Vertrauen getäuscht, den Vorfriedensvertrag von den Siegermächten schnöde gebrochen und damit die zwischenstaatliche Ordnung für alle Zukunft erschüttert, Gewalt an die Stelle des Rechtes gesetzt.<<
Da der US-Senat den Versailler Vertrag und den Beitritt zum Völkerbund später beharrlich ablehnt, verlangt die beleidigte französische Regierung nur noch unnachgiebiger die Erfüllung der astronomischen, unbezahlbaren Reparationsverpflichtungen.
Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die Weigerung des US-Senats, den Versailler Vertrag zu ratifizieren (x291/64-65): >>... Damit fehlte die kriegsentscheidende Großmacht nicht nur im Völkerbund, auch der amerikanisch-französische Garantievertrag wurde hinfällig, und der britisch-französische Garantievertrag löste sich, weil sein Inkrafttreten von der Ratifizierung des amerikanischen Vertrags abhing, in Nichts auf.
Dabei hinaus zeigten die USA keine Bereitschaft, Frankreich mit Rücksicht auf die angestrebte Ordnungsfunktion in Europa entgegenzukommen. Weder wollten sie die enormen französischen Kriegsschulden stunden oder gar erlassen, noch sahen sie eine Notwendigkeit, den Franc zu stützen oder sich für die Einlösung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu verwenden; die neue Republikanische Administration in Washington war im Gegenteil daran interessiert, Deutschland nicht zu sehr zu belasten, um die amerikanischen Geschäfte auf dem nach wie vor einträglichen Markt des alten Kontinents nicht zu beeinträchtigen.
Die britischen Verbündeten blieben zwar Vertragspartner des allgemeinen Friedensvertrags, sie gewannen aber nun den Eindruck, dem Deutschen Reich schon zuviel zugemutet zu haben, und ließen die Franzosen daher insbesondere bei der Eintreibung der Reparationen (die sie selbst ursprünglich viel höher angesetzt hatten als die französischen Experten) ziemlich allein. ...<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über Wilsons Friedensangebote und die Versailler Friedensverhandlungen (x320/17-18): >>**Die Konferenz**
Es kommt zum Waffenstillstand und der Konferenz von Versailles, die in fataler Weise Geschichte schreiben wird. Die Versammlung leitet der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der die 14 Wilson-Punkte nicht anerkennt und die deutsche und die österreichische Konferenzdelegation von den Verhandlungen ausschließt. So verhandeln Briten, Franzosen, Amerikaner, Belgier, Polen und weitere 22 Siegerstaaten geschlossen unter sich. Sie beschließen die Abtrennung deutscher Gebiete und die Geld- und Sachreparationen, die Deutschland an sie abtreten, zahlen oder leisten soll. Sie legen die nach Versailles benannte Nachkriegsordnung für Europa zu alleinigen Lasten der Besiegten fest.

Am 7. Mai 1919 werden die von den 27 Siegerstaaten festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Clemenceau überreicht sie mit den Worten: "Die Stunde der Abrechnung ist da." Die Bitte der deutschen Delegation, den "Vertrag", den sie nun unterschreiben soll, vorher verhandeln zu können, wird abgelehnt. Um dem Ausmaß ihrer Forderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, versteigen sich die Sieger darauf, Deutschland und seinen Kriegsverbündeten die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben.
Der Vertrag verlangt von Deutschland eine große Zahl an Land- und Bevölkerungsabtretungen: das zu 88 Prozent deutschsprachige Elsaß-Lothringen an Frankreich, die Provinzen Posen, fast das ganze, zu 70 Prozent deutschsprachige Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet an Polen, das Memelgebiet an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet um die Städte Eupen und Malmedy an Belgien sowie Danzig und Umland als Freistaat unter die Hoheit des Völkerbundes. Der Vertrag stellt außerdem das Saargebiet für 15 Jahre unter Frankreichs Herrschaft.
Mehr als die Landverluste schmerzen die erzwungenen Bevölkerungsabtretungen. Die Ausgliederung von sieben Millionen Menschen aus dem Deutschen Reich und die Grenzen neuer Staaten trennen Millionen von Familien auf unbestimmte Dauer. Mit dem Vertrag verliert Deutschland seine Kolonien, zumeist an England. Die Streitkräfte werden auf 100.000 Mann im Heer und 15.000 in der Marine reduziert. Das Deutsche Reich muß den größten Teil der Handelsflotte und seiner Goldreserven an die Sieger übergeben, dazu einen Großteil seiner jährlichen Eisenerz- und Kohleförderung, Unmengen von Nutzvieh sowie Landwirtschaftsmaschinen, 150.000 Eisenbahnwaggons und viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen. Das gesamte private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente werden konfisziert. Die Geldzahlungen sind exorbitant und über 70 Jahre zu begleichen.
Deutschland wird diese, wie sich später zeigen wird, nie in voller Höhe zahlen können. …<<

**19.11.1919**

**USA:** US-Senator William E. Borah erklärt am 19. November 1919 während der Senatsdebatte über den Beitritt der USA in den Völkerbund (x243/81): >>... Wenn wir erst einmal nachgegeben haben und uns in europäische Probleme verwickeln lassen, wo, meine Freunde, wird das aufhören? ...
Wir können die Monroe-Doktrin nur einhalten, wenn wir auch das Grundprinzip einhalten, auf dem sie beruht, und das ist die Politik Washingtons. ...
Dieser Vertrag gefährdet, was für mich die grundlegenden, allerersten Prinzipien dieser Republik sind. Es steht im Widerspruch zu dem Recht unseres Volkes, sich selbst zu regieren, ohne irgendeine rechtliche oder moralische Beschränkung durch ausländische Mächte. ...<<
Der US-Senat lehnt den Beitritt zum Völkerbund später ab.

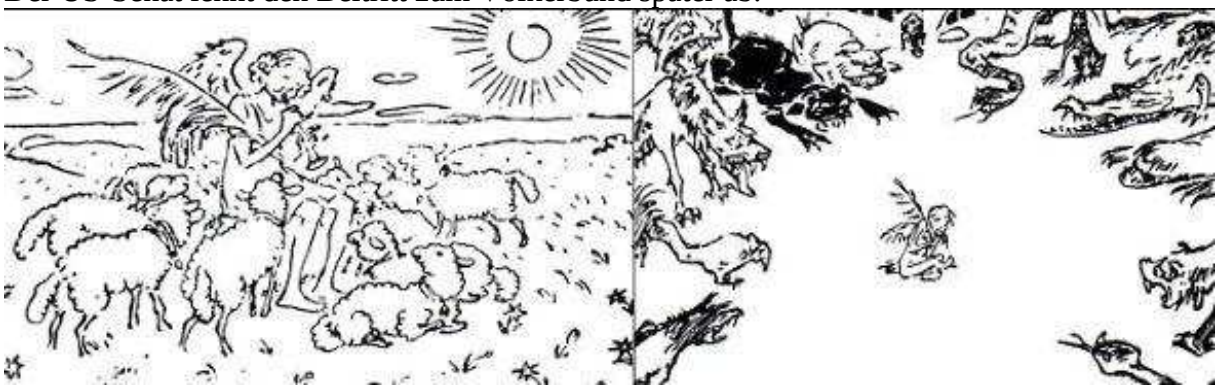

*Abb. 58 (x299/61): Der Völkerbund … und wie er in Wirklichkeit aussieht (Arpad Schmidhammer, 1920).*

**27.11.1919**

**Bulgarien:** Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Neuilly am 27. November

1919 muß Bulgarien folgende Gebiete abtreten: Die Dobrudscha an Rumänien, Thrakien mit dem Zugang zur Ägäis an Griechenland und die nordwestlichen Gebiete an Serbien bzw. Jugoslawien.

**14.12.1919**

**Deutsches Reich:** Der östlich Teil Westpreußens (Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen) und Teile der Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder werden am 14. Dezember 1919 den preußischen Provinzen Pommern und Ostpreußen zugeordnet.

**Danzig:** Bei den Danziger Kommunalwahlen am 14. Dezember 1919 erhalten die polnischen Parteien lediglich 8 % der Stimmen (x034/79).

**CSR:** Der tschechische Jurist Josef Stehule (1875-1946) schreibt im Jahre 1919 über die Sudetendeutschen (x320/32): >>Der Deutsche als Feind der Menschheit kann das Recht auf Selbstbestimmung nicht nach seinen egoistischen Bedürfnissen wahrnehmen … Es sind die Slawen, auf deren Kosten sich der Deutsche ausgebreitet hat und dieses Unrecht muß nach Meinung der Menschheit wiedergutgemacht werden, das heißt das deutsche Volk muß dieses Territorium seinen rechtmäßigen Eigentümern herausgeben. … Die in unserem Staat lebenden Deutschen bilden keine historisch-politische Individualität, welche allein die Träger des Rechtes auf Selbstbestimmung sein kann. Es sind dies ursprünglich Kolonisten. …<<

**1919**

**Europa: Siegeszug der europäischen Diktaturen nach dem Ersten Weltkrieg**

Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich (Versailles: 1919), mit Österreich (Saint Germain-en-Laye: 1919), mit Bulgarien (Neuilly: 1919), mit Ungarn (Trianon: 1920) und mit dem Osmanischen Reich (Sèvres: 1920) veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen.

Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien) sowie Armenien.

In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In folgenden Ländern wurden totalitäre Diktaturen errichtet, die alle politischen Gegner verfolgten und meistens jede Art von Presse-, Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewaltsam unterdrückten: Sowjetunion (1917/21), Ungarn (1920), Italien (1922), Bulgarien, Spanien und Türkei (1923), Albanien (1925), Polen, Portugal und Litauen (1926), Jugoslawien (1929), Rumänien (1930), Deutschland und Österreich (1933) Estland und Lettland (1934) sowie Griechenland (1936).

Julius Leber erklärte im Jahre 1925, daß die Pariser Vorortfriedensverträge den Zustand Europas nicht bessern, sondern die europäische Krankheit - den Nationalismus – sicherlich in ein chronisches Leiden verwandeln würden (x084/117).

Angesichts dieser historischen Tatsachen muß der Zweite Weltkrieg grundsätzlich im inneren Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und den verhängnisvollen Friedensverträgen von 1919/20 gesehen werden.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die außenpolitische Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg (x057/209): >>Die außenpolitischen Wesenszüge der "Zwischenzeit" waren zunächst gekennzeichnet durch das Bestreben der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die Friedensverträge und den Erfolg des Krieges sicherzustellen, während die Besieg-

ten von Anfang an eine Revision erstrebten. Besonders das deutsche Volk empfand einmütig den Diktatfrieden, hauptsächlich die Gebietsverluste, als ungerecht.
Statt einer Befriedung der Nationen entstanden neue Spannungen. Der Völkerbund – errichtet zur Aufrechterhaltung des Friedens – erwies sich damals ... (am) Anfang als Instrument der Sieger, zumal die Urheber-Nation, die USA, sich lange Zeit aus der Europa-Politik zurückzog, und den Versailler Vertrag nicht ratifizierte.
Dagegen blieben die besiegten Staaten, ebenso zunächst die Sowjetunion ausgeschlossen. Auf der anderen Seite festigte sich im Osten allmählich die Herrschaft der Bolschewiken in der UdSSR, während gleichzeitig Japans Imperialismus in ... Erscheinung trat. Den gleichen Expansionsdrang entfalteten in Europa auch das von Versailles enttäuschte faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland.
Hieraus entstand 20 Jahre nach Beendigung des ersten ein zweiter Weltkrieg, der die Welt über ein halbes Jahrzehnt erschütterte, mit dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches endete und schließlich die Welt in noch größere gegensätzliche Gruppen – USA, UdSSR – aufspalten sollte, um die sich je nach Lage und politischer Einstellung die übrigen Mächte des Westens gruppierten, so daß erneut eine Bedrohung des Weltfriedens auftauchen sollte.<<

**Planmäßige Verdrängungskämpfe in Ost-Mitteleuropa**

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es eigentlich nur in Österreich-Ungarn erhebliche Schwierigkeiten mit den radikalen slawischen Nationalisten. Die überwiegende Mehrheit der ethnischen Minderheiten lebte bis zum Ersten Weltkrieg verhältnismäßig friedlich, ohne größere Probleme, zusammen. In den neuen slawischen Nachfolgestaaten, die naturgemäß Frankreichs Verbündete gegen das Deutsche Reich wurden, erschwerte besonders der ausgeprägte slawische Nationalismus ein entspanntes, friedfertiges Zusammenleben der unterschiedlichen Nationalitäten.
Bei der Neuordnung Ost-Mitteleuropas wurden die völkerrechtlichen Grundsätze der Selbstbestimmung meistens nicht beachtet, sondern vielerorts zum Nachteil der Besiegten angewandt. Infolge der willkürlichen Grenzziehungen wurden vielfach die unterschiedlichsten Volksgruppen zusammengefaßt, so daß sich schon bald überall rücksichtslose Verdrängungskämpfe entwickelten.
Als die Deutschen in Posen, Westpreußen. Ostoberschlesien, im Buchenland (Bukowina), im Sudetenland, in Böhmen und Mähren, Ungarn und in Jugoslawien urplötzlich den Schutz des Deutschen Reiches oder Österreich-Ungarns verloren, waren sie den neuen slawischen Landesherren auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.
In den neuen Staaten nutzten die Regierungen jedes erfolgversprechende Druckmittel, um alle Deutschen, die größtenteils seit Jahrhunderten wirtschaftlich und kulturell mit dem Deutschen Reich oder Österreich verbunden waren, fast völlig von ihren Heimatländern zu isolieren.
In Polen und in der Tschechoslowakei verzichtete man in den ersten Jahren noch bewußt auf gewaltsame Massenenteignungen und Vertreibungen der deutschen Minderheiten, denn nach den damaligen völkerrechtlichen Grundsätzen und Verträgen mußten hohe Entschädigungszahlungen an die Vertriebenen geleistet werden.
Aufgrund der z.T. jahrhundertelangen gemeinsamen Vergangenheit, die nicht selten äußerst tragisch verlaufen war, bestand zwischen den Slawen und Deutschen meistens kein freundschaftliches, sondern vielmehr ein ausgesprochen spannungsgeladenes Verhältnis. Während der langen russisch-deutsch-österreichischen Fremdherrschaft (1772, 1793 und 1795-1918) hatte sich vor allem in Polen ein stark ausgeprägtes bzw. übersteigertes slawisches Nationalgefühl entwickelt.
Obgleich während der gesamten deutschen Fremdherrschaft Polen und deutsche Ostsiedler eigentlich relativ friedlich zusammen gelebt hatten, herrschte gegenüber den deutschen Minderheiten nicht selten eine feindliche, haßerfüllte Stimmung. Trotz alledem akzeptierte und

duldete die Mehrheit der Polen ihre deutschen Nachbarn, die seit Generationen die polnische Sprache beherrschten.
Die Abneigung der Slawen hatte jedoch nicht nur nationale oder historische Ursachen. Oftmals ging es bei den späteren Auseinandersetzungen vor allem nur um wirtschaftliche, soziale oder religiöse Gründe. Naturgemäß sorgten auch die gegensätzlichen Eigenschaften, Sitten und Bräuche der Völker ständig für Probleme. Die Volksdeutschen und die Juden gehörten meistens der wohlhabenden Mittel- und Oberschicht an. Infolge dieser vielfältigen Unterschiede herrschte in fast allen Ländern Ost-Mitteleuropa eine ausgeprägte antideutsche und antijüdische Stimmung.
Besonders unter den Volksdeutschen in Polen, die vielfach schon vor dem Ersten Weltkrieg durch aggressive polnische Nachbarn und fanatische Nationalisten bedroht worden waren, breitete sich zusehends trostlose Orientierungslosigkeit, panische Angst, Wut oder Verzweiflung aus. In Jener Zeit wehrte sich die deutsche Minderheit fast ausschließlich mit friedlichen Mitteln gegen die völkerrechtswidrigen Unterdrückungsmaßnahmen (Ausnahmen: Verzweiflungstaten von einzelnen Volksdeutschen). In den Jahren 1919-34 schrieben die Volksdeutschen Tausende von Petitionen an den Völkerbund (x028/28-29).
Der Völkerbund (1919 von den Entente-Mächten gegründet) war damals praktisch handlungsunfähig, weil jeder belastete Mitgliedstaat (wie z.B. Polen, Tschechoslowakei, Rumänien oder Jugoslawien) sein Vetorecht geltend machen konnte. Die Beschwerden der nationalen Minderheiten wurden deshalb größtenteils überhaupt nicht bearbeitet, sondern lediglich "abgelegt".
Obwohl die Tschechen in Österreich-Ungarn traditionell großzügige Vorrechte und eine gewisse Unabhängigkeit erhalten hatten, gewährten sie den Deutschen nach Gründung der Tschechoslowakei grundsätzlich keine Freiheiten. Für die neuen slawischen Regierungen waren die Deutschen keine gleichberechtigten Staatsbürger, sondern in erster Linie wichtige Arbeitskräfte.
In allen neuen Staaten sollten die nationalen Minderheiten zwar offiziell wie gleichberechtigte Einwohner behandelt und eingegliedert werden, aber meistens strebte man mittel- und langfristig eine radikale "Entdeutschung" an. Der absolute slawische Herrschaftsanspruch duldete keinen Widerspruch und mißachtete ständig alle vertraglich zugesicherten Minderheitsrechte. Die Deutschen und andere Minderheiten wurden überall rücksichtslos bekämpft, wenn sie sich nicht vollständig unterordneten.
Besonders wirkungsvolle Verdrängungsmaßnahmen waren wirtschaftliche, soziale und kulturelle Benachteiligungen, Belästigungen, Diskriminierungen und sonstige Schikanen, wie z.B. Verbot der deutschen Amtssprache, Beamtenentlassungen, Schulschließungen, Abschaffung des Erbrechts für Deutsche, Auflösung der kommunalen Selbstverwaltung, erzwungene Übernahme der Staatsbürgerschaft, Zwangsenteignungen und Boykottmaßnahmen aller Art (x025/-42).
Dieser allgegenwärtige Terror machte den deutschen Minderheiten schwer zu schaffen. Hilflos und verbittert mußten die eingeschüchterten Volksdeutschen einsehen, daß vor allem die unerbittlichen Polen und Tschechen keine Gelegenheit ausließen, wenn es darum ging, die sogenannten Volksdeutschen zu erniedrigen und zu schikanieren. Angesichts dieser feindlichen Grundeinstellung war nach dem Ersten Weltkrieg ein friedliches Zusammenleben fast unmöglich.

**Völkergemisch in Südosteuropa**

Infolge der willkürlichen Grenzziehungen verschärften sich nach dem Ersten Weltkrieg auch in Süd-Osteuropa die Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Behörden und den nationalen Minderheiten. Es herrschte überall eine äußerst angespannte Lage. Alle ethnischen Minderheiten, auch die Volksdeutschen, die man in Süd-Osteuropa allgemein als Schwaben

bezeichnete, obwohl sie ursprünglich aus fast allen Gebieten Deutschlands stammten, wehrten sich energisch gegen jede Art von Entdeutschung und verteidigten ihr Volkstum und ihre Kultur.
In Jugoslawien, Ungarn und Rumänien lebten die verschiedensten Völker mit den unterschiedlichsten Glaubensbekenntnissen (römisch-katholische, griechisch-katholische, griechisch-orthodoxe, protestantische, islamische und jüdische Konfessionen) dicht neben- und miteinander. Die deutschen Kinder konnten meistens in den verschiedensten Landessprachen fluchen und die Lieder der anderen Völker singen. Alle deutschen Volksgemeinschaften hielten damals auf Gedeih und Verderb zusammen. Trotz der großen Entfernungen blieb man überall mit dem deutschen Vaterland und dem deutschen Volk verbunden.
In Jugoslawien litten die Volksdeutschen besonders häufig unter vorsätzlichen Benachteiligungen und Schikanen. Viele Volksdeutsche waren den Serben, Rumänen und anderen Nationalitäten meistens wirtschaftlich überlegen, deshalb konnten manche Nachbarn vielfach nur mühsam Haß, Neid und Mißgunst verbergen. Fast niemand liebte die selbstbewußten Volksdeutschen, aber auf ihre wichtige Arbeitskraft wollten die Staaten nirgends verzichten.
Erst nach Hitlers Machtergreifung erhielten die Volksdeutschen plötzlich überall größere Freiheiten, denn danach fürchteten alle südosteuropäischen Staaten den mächtigen Nachbarn und wollten nach Möglichkeit jegliche Feindschaften mit dem NS-Reich vermeiden.
Die Volksdeutschen freuten sich natürlich über die jahrelang entbehrten und vermißten Freiheiten. Einige nachdenkliche Deutsche dachten aber bereits frühzeitig mit großer Sorge daran, daß man diese unfreiwilligen Zugeständnisse sicherlich irgendwann bezahlen mußte. Der radikale deutsche Nationalsozialismus breitete sich jedoch erst relativ spät in Süd-Osteuropa aus.
**Deutsches Reich:** Nach dem Ersten Weltkrieg erreicht die deutsche Staatsverschuldung im Jahre 1919 über 137,2 Milliarden Mark und löst eine rasante Inflation aus. Die deutschen Kriegskosten betragen rund 165,0 Milliarden Goldmark (x074/1029). Die Kaufkraft der Mark beträgt Ende 1919 nur noch 10 % (1918 = 50 %).
Der DNVP-Politiker Karl Helfferich schreibt 1919 in einem Flugblatt, das massenhaft verteilt wird (x149/40): >>Das ist Herr Erzberger, ... der während der Friedensverhandlungen den Feinden seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab, den Schand- und Knechtschaftsfrieden bedingungslos zu unterzeichen. ...
Überall im Lande muß mit unwiderstehlicher Gewalt der Ruf ertönen: "Fort mit Erzberger!"<<
Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt im Jahre 1919 in seinem Buch "Der Kaiser" über den Ausbruch der Revolution im Deutschen Reich (x340/114): >>Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. …
Diese Epoche war nicht nur eine deutsche, sondern eine allokzidentale. In Deutschland aber war sie Verrat an Geist und Vergangenheit, und in Deutschland stieg sie zum Gipfel. In Deutschland mußte sie gebrochen werden. … Um aber diese deutsche Epoche ins Herz zu treffen, mußte im Namen der Geschichte das Sichtbarste, das Zweifelfreieste, das Größte und Vorbildliche geschehen. …<<
General Erich Ludendorff (1865-1937, von 1916-18 Generalstabschef des Heeres) erklärt im Jahre 1919 vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages zu Rathenaus Buch (x340/116): >>… Es waren also Strömungen im Volk vorhanden, die nicht die Ansicht der Obersten Heeresleitung vertraten, daß wir auf Sieg kämpfen mußten, und diesen Störungen mußten wir Rechnung tragen.<<
Ernst Troeltsch (1865-1923, Philosoph und evangelischer Theologe) schreibt über die politi-

sche Stimmung im Deutschen Reich zum Jahresende 1919 (x149/38-39): >>Eine der üblichen Zeitungsüberschriften ist heute "Die Welt von rechts". ...
Die vom Zusammenbruch überraschten, ... (betäubten) und eine Zeitlang völlig hilflosen Kreise des alten Patriotismus und der alten Gesellschaftsordnung rafften sich wieder auf und benützten die von der Demokratie geschaffene Ordnung ... zu einem leidenschaftlichen Kampfe gegen die Träger des jetzigen Regimes und gegen die Revolution überhaupt. ...
Sprach man vor einem Jahr vor Studenten, so mußte man sich auf wilde pazifistische, revolutionäre, ja idealistisch-bolschewistische Widersprüche gefaßt machen; heute muß man auf antisemitische, nationalistische, antirevolutionäre Einsprüche sich einrichten. ...
Zum Teil stecken dahinter die patriotische Scham und Empörung über das Schicksal Deutschlands, den Betrug von Versailles und die Schwäche der Regierung, weiterhin ... die Agitation der sogenannten nationalen Parteien, der heute ein großer Teil der im tiefen Groll aus der alten glanzvollen Armee ausgeschiedenen Offiziere als leidenschaftliche Träger zur Verfügung stehen. ...<<

**Deutsche Ostpolitik (1919-1933)**

Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertelang erbittert gekämpft hatte.
Obgleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deutschen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.
Der schlesische Dichter Gerhart Hauptmann ruft z.B. im Jahre 1919 in der Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" zu Spenden für die von der Abtrennung bedrohten deutschen Reichsgebiete auf (x269/203-204): >>Aufruf.
Deutsche, wenn Ihr nicht müßig zusehen wollt, wie Euer blutendes Land noch weiter zerstükkelt wird, so verhindert es.
Ihr braucht darum nicht zu den Waffen zu greifen, es ist auf friedlichem Wege möglich, Große und lebensnotwendige Gebiete, an unserer nördlichen, östlichen und südöstlichen Grenze haben durch Stimmenmehrheit ihrer Eingeborenen zu entscheiden, ob sie beim Reich verbleiben oder sich davon losreißen wollen. ... Alle müssen sie persönlich an die Wahlurne ihres Geburtsortes treten, wenn ihre Stimmen gezählt werden sollen. ...
Denen, die unbemittelt sind, muß die Reise ermöglicht werden. Darum, Deutsche, wenn ihr nicht zusehen wollt, wie Euer blutendes Land noch weiter zerstückelt wird, so sammelt Geld für die Reise sowie den Unterhalt derer, die durch ihre Stimmabgabe in der Heimat das schwerste Unglück verhindern können.
Es gibt keinen Deutschen, Mann oder Weib, der diese einfache Sprache der Not nicht versteht. Es darf keinen solchen Deutschen geben. Es ist die Not, die uns wieder stark, und wenn auch in einem ganz anderen Sinne als früher, wieder groß machen muß. Es kann keinen Deutschen geben, der den Gewinn seiner Hilfeleistung in diesem Falle nicht sehen sollte: die Rettung und Erhaltung einer deutschen Einheit, die kraftvoll und lebensfähig ist. ...
Wir bitten nicht, wir betteln nicht. Wir sind nur das Sprachrohr der deutschen Not, des deutschen Bewußtseins, des deutschen Herzens. Durch uns spricht unser Volk zu sich selbst: Gib! Schenke her! Erfülle mit klarem Blick und schneller Hand das unbedingte Gebot der Pflicht gegen dich selbst! (Spenden auf Postscheckkonto Berlin ... Deutscher Schutzbund oder unter

"Grenz-Spende" an jede Bank).<<
Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte. Die deutsche Regierung mußte außerdem wegen der gewaltigen finanziellen Probleme mit allen politischen Mitteln versuchen, Massenabwanderungen der Volksdeutschen zu vermeiden. Nach dem Ersten Weltkrieg war das ruinierte und hochverschuldete Deutsche Reich wirtschaftlich nicht in der Lage, mehrere Millionen vertriebene Volksdeutsche zu integrieren.
Das Deutsche Reich konnte den harten Existenzkampf der Volksdeutschen in Posen, Westpreußen, Polen und Oberschlesien nur inoffiziell bzw. verdeckt unterstützen, denn nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg waren direkte bzw. offene Unterstützungsmaßnahmen aus politischen Gründen völlig unmöglich.

**Die deutsche Osthilfe**

Da die staatlichen Stellen keine offiziellen Hilfsmaßnahmen durchführen konnten, gründete die deutsche Regierung private Organisationen, die diese Aufgaben übernahmen. Die deutsche Reichsregierung gründete 1919 den "Ostausschuß", der 1920 von 2 privaten Organisationen ("Deutsche Stiftung" und "Konkordia Literarische GmbH") abgelöst wurde. Diese Organisationen waren wie eingetragene Vereine organisiert und unterstützten die deutsche Industrie, das Bankwesen, die Presse, Schulen, Büchereien, Vereine und sonstige kulturelle Einrichtungen, die in den Abtretungsgebieten um ihre Existenz kämpften.
Der "Deutschtumsbund" förderte überwiegend die deutschen Bauern und Handwerksbetriebe durch zinslose Kredite. Weitere Beihilfen, Subventionen und Beistand gewährten außerdem verschiedene deutsche Wirtschaftsverbände, die Kirchen und Gewerkschaften, die auch für die gesamte Abwicklung der Arbeitslosenunterstützung zuständig waren.
In den Jahren 1923/24 gründete man mehrere ostdeutsche Jugendbewegungen, wie z.B. die "Ostlandscharen" ("Nach Ostland wollen wir fahren!"), die die ukrainischen und polnischen Saisonarbeiter in Ostpreußen, Ostpommern und in Ostbrandenburg verdrängen sollten. Bei diesen "Ostaktivitäten" handelte es sich in erster Linie um die "Wiedereroberung der deutschen Scholle" und um die Sicherung der "deutschen Ostlandzukunft".
Die materielle Unterstützung und der seelische Beistand konnten die Abwanderung der zermürbten deutschen Minderheiten selbstverständlich nicht in allen Gebieten vermeiden, aber man verhinderte vielerorts massive Verdrängungen der Volksdeutschen. Obwohl in Polen fast ständig politische Prozesse gegen Volksdeutsche stattfanden, konnte man den Deutschtum-Organisationen nie antistaatliche Handlungen nachweisen.
In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den polnischen Städten gelang es verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, Angestellten und der Beamten zu brechen. Dort kamen die Abwanderungsbewegungen der entnervten Volksdeutschen trotz eindringlicher Durchhalteappelle nicht zum Stillstand. Viele Volksdeutsche konnten die systematischen Diskriminierungen nicht lange ertragen und kehrten in die deutschen Reichsgebiete zurück, so daß in den "neuen" polnischen Städten der deutsche Bevölkerungsanteil allmählich drastisch zurückging.
Von 1910-31 verminderte sich der deutsche Bevölkerungsanteil z.B. in Graudenz von 85 % auf 7,5 %, in Bromberg von 77,5 % auf 8,5 %, in Thorn von 66 % auf 4 % und in Posen von 42 % auf 2 %.
Von 1919-25 kehrten insgesamt 873.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück. Diese Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen = 700.000 (x001/124E), Ostoberschlesien = 90.000 und aus Kongreßpolen = 83.000 (x035/327).
Die Volksdeutschen, die mehrheitlich in geschlossenen Siedlungsgebieten lebten (wie im Su-

detenland) und weiterhin über enge wirtschaftliche Verbindungen nach Österreich oder Deutschland verfügten, leisteten wesentlich stärkeren Widerstand. Obgleich sich die Lebensverhältnisse ständig verschlechterten, gaben viele Volksdeutsche die Hoffnung nicht auf. Gemäß der uralten "Ostsiedlermentalität" waren sie fest entschlossen, ihre jahrhundertealte Heimat bis zum bitteren Ende zu verteidigen.
Die deutschen Minderheiten kämpften ferner aufopferungsvoll und unermüdlich um den Bestand ihrer nationalen Eigenarten. Ungeachtet der zahllosen Gemeinheiten und Schikanen bemühten sie sich zäh und verbissen, um den kulturellen Charakter ihrer Dörfer, Kirchen, Schulen, Vereine sowie ihre alten deutschen Bräuche, Sitten und Lebensgewohnheiten zu erhalten.
**Österreich:** Serbische Truppen dringen im Jahre 1919 in Österreich (Steiermark und Kärnten) ein und schlagen die österreichischen Heimwehren nach erbitterten Kämpfen.
**Ungarn:** Im Jahre 1919 wird die rechtsradikale ungarische "Partei der rassischen Vereinigung" gegründet. Sie nennt ihren Führer "Nationalsozialist" (x058/124).
**Rumänien:** Codreanu gründet im Jahre 1919 eine rechtsradikale Schülervereinigung (später "Eiserne Garde"), um den Bolschewismus zu bekämpfen (x058/124).
**Italien:** Die faschistische Bewegung fordert im Parteiprogramm des Jahres 1919 (x149/29): >>Mitbestimmungsrecht der Arbeitervertreter an der technischen Gestaltung der Industrie.
- Anerkennung der Befugnis der ... Arbeiterorganisationen, die Industrie und den öffentlichen Dienst zu verwalten. ...
- Eine hohe, außerordentliche und progressive Kapitalsteuer, die einer tatsächlichen Expropriation (Enteignung) eines Teiles aller Reichtümer gleichkommt.
- Die Beschlagnahme aller Güter religiöser Kongregationen (Orden) und die Abschaffung aller bischöflichen Einkünfte, die ein enormes Passivum (Last) und ein Privilegium einiger weniger bedeuten. ...<<
**USA:** Im Jahre 1919 leben in Nordamerika nur noch etwa 250.000 Ureinwohner (x180/129). Nach dem Ausbruch von Seuchen wird erstmalig ein medizinischer Hilfsdienst eingerichtet.
Der nordamerikanische Historiker Alvin M. Josephy jr. berichtet später über die Lebensverhältnisse der amerikanischen Ureinwohner in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (x193/-18): >>Obwohl der Rassismus nach Niederschlagung des letzten indianischen Widertandes zum Ende des Jahrhunderts etwas von seiner Gewalttätigkeit verlor, war er noch lange nicht tot. So ist auch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt von dem Versuch, die indianische Identität auszulöschen – Ausdruck eines angelsächsischen Überlegenheitsgefühls, das kaum etwas Indianisches als erhaltenswert ansah.
In dieser schrecklichen Zeit sank die Zahl der Indianer in den USA auf 250.000, den niedrigsten Stand überhaupt, und auch ihre Moral war am Boden. Jetzt waren sie wirklich die "dahinsterbenden Amerikaner", die, wenig mehr als Gefangene, auf Reservationen lebten und starben und von den meisten Nichtindianern gar nicht mehr wahrgenommen wurden. Die vielzitierten amerikanischen Ideale der Religionsfreiheit, Selbstverwaltung und Selbstorganisation galten für sie nicht, und Kontakte mit den Weißen blieben minimal.
Nicht daß solche Kontakte von den Weißen vermißt wurden; denn wenn sie überhaupt an Indianer dachten, dann vor dem Hintergrund überkommener Klischeevorstellungen nach dem Muster des verachtenswerten "indianischen Trunkenboldes", des "faulen Indianers", des Drückebergers, der "Indianer, die im Gegensatz zu uns allen keine Steuern zahlen". ...<<
Prof. Dr. Werner Stein berichtet in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1919 (x074/1.033): >>Internationale Arbeitskonferenz in Washington beschließt: 48-Stunden-Woche, internationale Erwerbslosenstatistik, öffentliche statt privater Stellenvermittlung, 12-Wochen-Arbeitsverbot für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Nachtarbeitsverbot für Frauen und Jugendliche, Schutz vor Giftwirkungen, Mindestalter für arbeitende Jugendliche, Gewerbeaufsichtsämter.<<

**Syrien:** Emir Feisal I. (1885-1933, 1920 König von Syrien und seit 1921 König von Irak) plant mit britischer Hilfe die Gründung eines unabhängigen Staates Groß-Syrien mit Palästina. Feisal schließt mit dem Zionisten Weizmann im Jahre 1919 ein Abkommen, um internationale Aufbauhilfen zu erhalten.
In dieser arabisch-zionistischen Vereinbarung heißt es z.B. (x128/362): >>Alle nötigen Maßregeln sollen ergriffen werden, die Einwanderung nach Palästina in großem Stil zu ermutigen und zu fördern und so schnell wie möglich jüdische Einwanderer im Land anzusiedeln zwecks dichter Besiedlung und intensiver Kultivierung des Bodens. Bei der Durchführung solcher Maßregeln sollen die arabischen Bauern und Pächter in ihren Rechten beschützt und in der Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt werden.
Die zionistische Unterstützung schlägt die Entsendung einer Sachverständigen-Kommission nach Palästina vor, die eine Untersuchung über die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes durchführen und über die besten Mittel für dessen Entwicklung berichten soll. ... Die zionistische Organisation wird sich nach Kräften bemühen, dem arabischen Staat beizustehen bei der Beschaffung von Mitteln für die Entwicklung seiner Naturschätze und deren wirtschaftlichen Möglichkeiten.
(Feisal fügte das handgeschriebene Kodizill bei):
Vorausgesetzt, daß die Araber ihre Unabhängigkeit erhalten, wie gefordert, ... werde ich die obigen Artikel einhalten. Wenn aber die leiseste Modifikation oder Abweichung unternommen würde, dann wird kein einziges Wort der vorliegenden Übereinkunft für mich bindend sein.<<
Die arabisch-zionistischen Pläne können jedoch nicht verwirklicht werden, da Feisal infolge der Zuteilung des "Mandats Syrien" an Frankreich (1919) nach erbitterten Kämpfen vertrieben und Syrien in autonome Bezirke aufgeteilt wird.
**Indonesien:** Ein Vulkanausbruch in Indonesien fordert im Jahre 1919 rund 5.500 Todesopfer (x175/29).
**Indien:** Als die indische Unabhängigkeitsbewegung im Jahre 1919 bei Amritsar gegen die neue unzureichende Verfassung protestiert, feuern britische Truppen in die Menge.
Während dieser antibritischen Demonstration werden etwa 450 Menschen getötet und 1.500 verletzt (x074/1.036).